C 21734 D



Thesen zur Perspektive des 'AK' Seite 2

Arbeiterkampf

Jg. 11 Nr. 215 21.12.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 3
Förderpreis DM 5,–

Polen zwischen Widerstand und ‚Normalisierung'

Der in Polen und im Westen offensichtlich unterschätzte „Papiertiger" hat nach langem Knurren und Drohen doch noch zugeschlagen: Eine Militärdiktatur soll das Land „zur Vernunft" und „zum Arbeiten" zwingen. Das Militärregime baut auf die Kalkulation, daß die Mehrheit des Volkes sich erst einmal passiv verhalten wird. Nach den bisherigen Berichten scheint diese Kalkulation zunächst aufzugehen: Obwohl die Solidarnosc sich seit Monaten auf eine solche Situation vorbereitet hatte, sind ihre Widerstands-Pläne (Generalstreik u.ä.) im ersten Anlauf gescheitert. Die Führer von Solidarnosc, in den letzten Monaten mit Kraftsprüchen nicht sparsam, hatten ihre Möglichkeiten wohl doch überschätzt. Insbesondere das vorläufige Scheitern der Aufrufe zum Generalstreik kann mit der Militär-Diktatur a l l e i n nicht erklärt werden, sondern scheint eine allgemeinere Resignation auszudrücken: Solidarnosc hatte in den bewegten Monaten seit dem Streiksommer 1980 zwar die Fähigkeit gewonnen, die Tätigkeit des Staates und der herrschenden Bürokratie weitgehend lahmzulegen.

Mehr aber auch nicht. Wenn man in Polen vor dem Ausnahmezustand von „Doppelherrschaft" sprechen konnte, dann nicht in d e m Sinn, daß Solidarnosc politische Macht ausübte, sondern nur in d e m Sinn, daß der Staat seine Macht kaum noch ausüben konnte. Diese Patt-Situation verschärfte die Not und die Krise auf allen Ebenen, ohne dem Volk einen politischen Ausweg bieten zu können. Jetzt setzt das Militär-Regime auf das Gefühl, daß vielleicht alles besser sei, als die Fortsetzung der Situation, wie sie v o r dem Ausnahmezustand bestand.

Der Grat, auf dem sich das MilitärRegime bewegt, ist allerdings sehr schmal. Die Loyalität, die die Armee in den ersten Tagen des Ausnahmezustands gezeigt hat, hängt davon ab, daß direkte Konfrontationen mit dem Volk Ausnahmen bleiben und der Mythos von der Armee als Retterin der Nation halbwegs gewahrt werden kann. Ob das gelingt, ist immer noch offen. Bisher ist zwar M a s s e n widerstand ausgeblieben, aber eine starke Minderheit der Arbeiterklasse (insbesondere diejenigen Teile der Arbeiterklasse, die auch früher schon an der Spitze der Kämpfe standen) zeigt, daß sie nicht gewillt ist, kampflos zu kapitulieren. Dieser Widerstand k a n n , wenn er nicht rasch und relativ unblutig niedergeworfen werden kann, zum Fanal neuer Massenstreiks werden. Damit wäre die polnische Armee vermutlich am Ende ihrer Möglichkeiten, und es käme doch noch zur „brüderlichen Hilfe" in Form einer massiven Militärintervention des Warschauer Paktes.

So oder so ist eine Militär-Diktatur — ob in Polen oder anderswo — i m m e r das Eingeständnis, daß das

So oder so ist eine Militär-Diktatur — ob in Polen oder anderswo — i m m e r das Eingeständnis, daß das herrschende System nur noch mit Gewalt und Terror gegen den Willen der Mehrheit des Volkes aufrechterhalten werden kann. Die Vorstellung, einem Volk den ‚Sozialismus' — oder was dafür erklärt wird — mit Militär-Gewalt aufzwingen zu müssen, stellt eine schlimme „Perversion des Denkens" und eine kaum noch zu überbietende Diskreditierung sozialistischer Politik dar.



Israel raubt Golan-Gebiet

Die syrischen Golan-Höhen sind von Israel nun auch formal annektiert. Das neue Golan-Gesetz wurde innerhalb von zwölf Stunden in drei Lesungen vom israelischen Parlament verabschiedet und dehnt israelische Rechtsprechung und Verwaltung auf das 1967 besetzte syrische Gebiet aus. Der Coup Begins war nichts weiter als ein formaler Akt, der längst geschaffene Tatsachen legalisiert.

Während des Sechs-Tage-Krieges im Juni 1967 wurde das etwa 1.250 Quadratkilometer umfassende Gebiet von israelischen Truppen besetzt, 77 arabische Dörfer und die Stadt Kuneitra wurden zerstört, nur fünf etwas abgelegene Dörfer blieben verschont. Die arabische Bevölkerung — 130.000 Menschen — wurde fast vollständig vertrieben, heute leben in den fünf Dörfern nur etwas mehr als 10.000 Einwohner, meist Drusen. Schon 1967 wurde die syrische Gesetzgebung abgeschafft und israelisches Recht eingeführt, u.a. wurde auch das zionistische Landraub-Gesetz angewendet, das erlaubt, die — gerade vertriebenen — Bewohner bei Abwesenheit zu enteignen. Im Laufe der Jahre wurden 25 israelische Wehrdörfer für 7000 Siedler und die Stadt Katzrin 25.000 Bewohner gegründet, deren Wohnungen aber weitgehend leerstehen. Nach dem israelisch-syrischen Waffenstillstandsabkommen 1973, in dem die zerstörte und praktisch menschenleere Stadt Kuneitra an Syrien ,,zurückgegeben'' wurde (sie steht, wie auch ein schmaler Grenzstreifen, unter Kontrolle von UN-Truppen) stieg die Zahl der israelischen Sieder an: Von damals 1.000 auf heute 7.500. Die jetzige Annexion war also lange vorbereitet, bereits von der bis 1976 regierenden Arbeiterpartei. Die meisten Siedlungen wurden von der Kibbuz- und Moshaw-Bewegung der ,,Israelischen Arbeiterpartei'' (MAPAI) und der ,,Vereinigten Arbeiterpartei'' (MAPAM) gegründet. Die heutigen Oppositionsparteien beteiligten sich auch nur aus formalen Gründen, die das Abstimmungsverfahren kritisierten, zum großen Teil nicht an der Abstimmung. Acht ihrer Mitglieder verschafften allerdings dem Gesetz erst die parlamentarische Mehrheit.

Die Schaffung vollendeter Tatsachen, Besetzung, Vertreibung der Bevölkerung, Landraub, Ausdehnung der israelischen Gesetzgebung, Gründung von Wehrdörfern, hat die Welt-

öffentlichkeit nie erregt. Im Gegenteil, all diese Taten paßten nur zu gut in die zionistische und imperialistische
dung von Wehrdörfern, hat die Welt-

öffentlichkeit nie erregt. Im Gegenteil, all diese Taten paßten nur zu gut in die zionistische und imperialistische Propaganda, die die Expansionspolitik der Zionisten schon immer mit ,,Sicherheitsinteressen'' rechtfertigte. So sind auch nicht die längst geschaffenen Tatsachen in den ,,besetzten Gebieten'' Gegenstand der Kritik der westlichen Presse und der Regierungen der imperialistischen Staaten. Sie kritisieren lediglich den formalen Akt der Annexion, der dem Völkerrecht widerspreche und daher ungültig sei, im

Fortsetzung Seite 2

Startbahn-West: Atempause, kein Moratorium

Am 9.12 schrieb der Präsident des hessischen Staatsgerichtshofs, KarlHeinz Nieders, einen Brief an Börner, in dem er seiner „Erwartung" Ausdruck gab, *„daß bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs auf den für die geplante Startbahn 18 West vorgesehenen Grundstücken der Flughafen F/M AG weder Rodungs- bzw. Bauarbeiten noch Besetzungen stattfinden"* („FR", 17.12.81). Vor dem Staatsgerichtshof ist derzeit die Beschwerde der Startbahngegner auf Zulassung des Volksbegehrens gegen die Flughafenerweiterung anhängig. Am 14.12. antwortete Börner, keineswegs sofort, wie die Presse es darstellt, sondern nach fünf Tagen reiflicher Überlegung, die Landesregierung werde sich in diesem Sinne bei der Flughafen AG verwenden. Diese stimmte noch am gleichen Tag zu, beharrte aber darauf, die Untertunnelungsarbeiten für die Okrifteler Straße fortsetzen zu können. Damit wiederum war die Landesregierung einverstanden, obwohl dies eindeutig eine Baumaßnahme für die Startbahn West ist.

Nun wird in der Öffentlichkeit von einem „Baustopp" gesprochen. Da diese Situation im Widerspruch zur bisher strikten Ablehnung eines Baustopps zu sein scheint, polterte die CDU, unterstützt von Teilen der FDP, los: Der Präsident des Staatsgerichtshofs habe mit seinem Brief *„gegen die guten Sitten verstoßen"*, und die Landesregierung verfolge einen *„Zickzackkurs"*. Börner und die SPD-Fraktion entgegneten, sie hätten lediglich dazu beitragen wollen, daß sich der Prozeß vor dem Staatsgerichtshof b e s c h l e u n i g t.

Tatsächlich sprechen Andeutungen in dem Nieders-Brief dafür, daß es recht bald, also spätestens im Januar eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs geben wird. Möglicherweise gibt es darüber sogar zeitliche Absprachen mit der Regierung. Die Frage ist nur: W a s soll in dieser kurzen Zeit entschieden werden? Die Zulässigkeit des Volksbegehrens (also die „Hauptsache" des Verfahrens)? Oder soll zunächst über den Antrag auf Einstweilige Verfügung beschlossen werden, den die AG Volksbegehren gestellt hat, um alle Bau- und Rodungsarbeiten bis zum Ende des Verfahrens ruhen zu lassen?

„Vor dem Volk" würde es nicht den allerbesten Eindruck machen, wenn über einen Antrag auf Stattfinden eines Volksbegehrens im Hopplahopp-Verfahren befunden wird (zwei Monate, noch durch die Weihnachtspause verkürzt), während sich alle möglichen Verwaltungsgerichtsverfahren über Jahre hinziehen. Es ist also eher davon auszugehen, daß der Staatsgerichtshof zunächst über den EV-Antrag auf formale Verhängung eines Baustopps entscheiden wird, bevor er sich dem eigentlichen Gegenstand des Verfahrens – der Zulässigkeit des Volksbegehrens – zuwendet.

Während also alle Welt davon ausgeht, als sei ein „Baustopp bis zum Ende des Verfahrens" bereits d a , handelt es sich in Wirklichkeit um etwas ganz a n d e r e s: FAG und Landesregierung halten zwei, drei Wochen still, bis der Staatsgerichtshof über den EV-Antrag entschieden hat. Wird dieser abschlägig beschieden (was wahrscheinlich ist), dann können sie mit dem Segen des höchsten hessischen Gerichts die Axt in Aktion treten lassen und dem Wald den Rest geben. Börner und Gries, die stets mit Vehemenz gegen jeden Baustopp aufgetreten waren, bekommen ihre Haltung scheinbar bestätigt – und was ist schon eine Pause von drei Wochen, wenn man nachher eine solche Legitimation erhält? Auf diese Weise soll auch die weitere Auseinandersetzung um das Volksbegehren zum reinen „Rechtsstreit" herabgewürdigt werden.

Diese Interpretation würde auch erklären, weshalb die Landesregierung einerseits umstandslos ihr Einverständnis zu dem Vorschlag des Staatsgerichtshofspräsidenten gegeben hat, während sie andererseits Vorbereitungen trifft, noch in diesem Winter Baulos 2 und Baulos 3 zu „erledigen" (das sind zusammengenommen 160 ha. Wald gegenüber 34 ha., die im November umgelegt wurden!!). Der jetzt beschlossene sogenannte „Baustopp" ist also nichts anderes als ein Hohn, ein Recht auf Weihnachten statt des Rechts auf eine Volksabstimmung. Es besteht also genügend Anlaß, sich weiter, wie die Bürgerinitiativen beschlossen haben, auf die Platzbesetzung vorzubereiten, die bei Inangriffnahme weiterer Rodungen stattfinden soll. Dazu wird am 27.12. (leider war dieser ungünstige Termin nicht mehr zu verschieben) auch eine B u n d e s k o n f e r e n z stattfinden.

Die SPD auf Profilsuche
Eine Posse ohne Gesang

Auftretende und ernste Fragen beschäftigten in den letzten Wochen die SPD: Soll die SPD sich weiterhin so intensiv und großzügig für die Probleme von allerlei Randgruppen einsetzen — und damit ihre traditionelle Arbeiterbasis verärgern und zur CDU treiben? Oder soll die SPD ihre Politik wieder stärker an den Interessen der Arbeiterschaft ausrichten -- und damit die Träger überzogener Ökologie- und Alternativ-Forderungend abstoßen? Ebenso gut könnte man fragen: Soll die CDU/CSU an ihrer überaus kritischen Haltung zur NATO-„Nachrüstung" festhalten, auch auf die Gefahr hin, rechte Wählerschichten zu verlieren?
Der Streit in der SPD um die Löventhal-Thesen ist von vornherein als Posse angelegt, weil weder die Voraussetzungen noch die Fragestellungen des Streits stimmen.

Artikel auf Seite 30

Wie den nachfolgend abgedruckten "Thesen zur Entwicklung des Arbeiterkampfs" zu entnehmen ist, haben wir innerhalb des KB mit einer Diskussion über die Konzeption des AK begonnen. Die politischen Gründe, die für eine Änderung der bisherigen Konzeption sprechen, sind in diesen Thesen zusammengefaßt. Darüberhinaus gibt es jedoch noch weitere Aspekte, die in dieser Diskussion eine wichtige Rolle spielen.

Zunächst betrifft dies unsere finanzielle Situation. Trotz einer Preiserhöhung von 2 auf 3 Mark im vergangenen Jahr werden die Kosten für eine 48seitige Ausgabe durch den Verkauf nicht aufgefangen. Gegenwärtig liegen die Produktions- und Vertriebskosten bei 4 DM pro Zeitung. Nach wie vor ist es deshalb notwendig, daß der KB erhebliche Summen monatlich zur Finanzierung der Zeitung aufbringen muß. Da selbstverständlich aber auch die Finanzkraft der Organisation mit dem Mitgliederschwund in den vergangenen Jahren und Monaten gesunken ist, ist eine Bezuschussung in der bisherigen Weise auf Dauer nicht haltbar. Vor dieser Situation standen wir schon bei der letzten Preiserhöhung 1980. Damals haben wir versucht, dies durch eine Splittung des Verkaufspreises aufzufangen. Neben dem normalen Verkaufspreis von 3 Mark wurde ein Förderpreis von 5 Mark ausgedruckt, womit wir eine eigentlich notwendige Preiserhöhung auf 4 DM vermeiden wollten. Diese Maßnahme hat nicht gegriffen. In der Regel ist es so, daß dadurch wiederum nur die KB-Mitglieder und engen Sympathisanten zur Zahlung von weiteren 2 DM "genötigt" werden, was einer weiteren, verschleierten Bezuschussung durch den KB gleichkommt. Diese Situation wird noch durch die absehbaren Preiserhöhungen für Druck, Papier, Fotomaterialien usw. verschärft. Dies erfordert, daß eine Konzeption erarbeitet wird, bei der sich die Zeitung aus den Verkaufserlösen selbst finanzieren kann und die trotzdem zu einem erschwinglichem Preis verkauft werden kann. Ein wesentlicher Faktor hierfür wird eine starke Reduzierung des Umfangs sein.

Der nächste Faktor betrifft die stark zurückgegangene Auflage. Den höchsten Stand erreichte der AK im Jahre 1977 mit einer verkauften Auflage von 25.000 Exemplaren. Von da an sank die Auflage regelmäßig und ist gegenwärtig bei 5.000 verkauften Zeitungen angelangt. Noch ist nicht absehbar, ob wir damit schon den Tiefpunkt erreicht haben. Auch dies hat sich erheblich auf die finanzielle Situation ausgewirkt, denn die Produktions- und Vertriebskosten machen bei einer geringeren Auflage einen größeren Anteil vom Verkaufserlös aus. Zusätzlich kommt hinzu, daß in der Zeit der hohen Auflagen auch die finanzielle Unterstützung von außerhalb des KB am größten war.

Neben den finanziellen machen die der redaktionellen Zusammenstellung und der technischen Herstellung die größten Probleme aus. Der AK hat sich in den letzten Jahren zu einem aktuellen Nachrichten- und Meinungsblatt der linken Bewegung entwickelt. In erheblichem Umfang wurden fast alle Arbeitsbereiche der westdeutschen Linken durch Berichterstattung begleitet. Um dies überhaupt zu bewerkstelligen, war ein umfangreiches Netz von Korrespondenten und ein ausgebautes System von Kommission und Arbeitsgruppen notwendig. Zweiwöchentlich war und ist damit eine große Zahl von KB-Genossinnen und Genossen allein mit dem Schreiben für den AK beschäftigt. Ebenso umfangreich ist dementsprechend immer der redaktionelle Aufwand gewesen, diese Flut von Artikeln in kurzer Zeit(5 Tage) zu bearbeiten. Die technische Erstellung der Zeitung (Satz, Layout, Foto) mußte dann innerhalb von 3 Tagen bewerkstelligt werden. Wer einmal an einer Zeitung (ob Schülerzeitung, Alternativblatt oder 'professionelle' Zeitung) mitgearbeitet hat, weiß sicherlich, welch enormer Personalaufwand damit verbunden ist, in diesen drei Tagen eine 60 oder 48seitige Zeitung zu erstellen. Diese Art die Zeitung zu machen, hat erheblich an unseren Kräften gezehrt. Hinzu kommt, daß mit dem Weggang einer ganzen Reihe von Genossinnen und Genossen, mit der Abspaltung der Gruppe Z usw. der Personalstamm für diese Art von aufwendiger Zeitungsmache nicht mehr vorhanden ist(was natürlich auch auf die Qualität geht).

Mit der jetzt vorgeschlagenen Konzeption wollen wir auch diese Faktoren rationalisieren, d.h. wir wollen kostengünstiger produzieren und mit weniger Aufwand erstellen. Befürchtungen, daß dies auf Kosten der Qualität der Zeitung geht, sind u.E. nicht gerechtfertigt. Denn wir wollen gerade erreichen, daß durch eine Straffung der gesamten Arbeit mehr Zeit für qualifizierte Tätigkeiten geschaffen wird. Indem wir uns auf Schwerpunktbereiche konzentrieren, soll an diesen die redaktionelle und inhaltliche Arbeit verstärkt werden.

Von der AK-Redaktion hatten wir schon mehrmals zu einer ähnlichen Diskussion angeregt. Bisher "scheiterte" die Umsetzung immer an den massiven Einwänden vieler Leser des AK. Wir haben uns diesen Meinungen "gebeugt", weil wir natürlich eine Zeitung für die Leser und damit auch in Abhängigkeit von deren Wünschen und Willen machen. Deshalb rufen wir auch diesmal alle AK-Leser dazu auf, uns ihre Meinung zu dem von uns vorgeschlagenem Konzept zu schreiben. Um diese Debatte von unnötigen Befürchtungen zu befreien (der AK als Mode-Magazin u.ä.) sei auf folgendes hingewiesen: Wer die letzten Ausgaben des AK aufmerksam verfolgt hat, wird festgestellt haben, daß sich ein Teil unserer Vorstellungen darin schon wiederfindet, vor allem was die Konzentration auf zentrale Fragen, Untersuchungsarbeiten und Auseinandersetzung mit für die Linke wichtigen Fragen betrifft.

Innerhalb des KB ist die Diskussion seit ca. 2 Monaten eröffnet worden und wird auf einem Kongreß im Januar anhand des 'Leitantrags' weitergeführt. Diese Ergebnisse und die eingehenden Lesermeinungen werden wir dann im AK vorstellen.

Thesen zur Perspektive des „Arbeiterkampf"

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

der folgende Text ist der 'Leitantrag' des LG zur Diskussion und Beschlußfassung über die Zukunft unserer Zeitung auf unserem bevorstehenden Kongreß im Januar. Der Text ist auch im LG nicht in sämtlichen Einzelheiten 'vereinheitlicht'. Das wird darin zum Ausdruck kommen, daß auch aus dem LG noch individuelle Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge zum 'Leitantrag' gestellt werden.

Wir bitten Euch, Eure Kritiken und Vorschläge entweder entlang dieses 'Leitantrags' ausformuliert vorzulegen (in Form von präzisen Änderungs- und/oder Ergänzungsanträgen) oder, bei generellem Nicht-Einverständnis, Alternativ-Texte zu formulieren.

1. Über die Krise des „Arbeiterkampf" zu sprechen, heißt, über die Krise des KB (und im weiteren Sinne der 70er „Neuen Linken" insgesamt zu sprechen. Über die Perspektive des „Arbeiterkampf" zu sprechen, heißt, über die Existenzberechtigung und — sofern eine Existenzberechtigung im Prinzip bejaht wird — spezifische Aufgabenstellung des KB zu sprechen.

2. Der „Arbeiterkampf" ist das Produkt einer Phase, in der die Ideologien und vorherrschenden Stimmungen der APO (Ablehnung von „traditionellen Organisationsformen", Ablehnung des „Marxismus-Leninismus" als veraltetes Dogmengebäude) abgelöst wurden bzw. übergingen in einen nur oberflächlich angeeigneten „Marxismus-Leninismus" und die heftige Konkurrenz diverser Avantgarden des Pro-

oberflächlich angeeigneten „Marxismus-Leninismus" und die heftige Konkurrenz diverser Avantgarden des Pro-

letariats. Mehrere Jahre lang konnten die sich auf den „Marxismus-Leninismus" beziehenden Gruppen eine politisch-ideologische und praktische Hegemonie in der Linken außerhalb von SPD und DKP behaupten. Diese Hegemonie erreichte 1976/77 ihre Höhepunkte und ging dann in eine steile Abwärtsentwicklung über. Diese Entwicklung spiegelt sich wider in einem realen Auflagenverlust der „marxistisch-leninistischen" Presse (AK eingerechnet) um mehr als 50.000.

3. Unter den Erklärungsversuchen zu dieser Entwicklung überwiegen Argumentationsmuster, die von einem „Scheitern" nicht allein der diversen „marxistisch-leninistischen" Gruppen, sondern zugleich auch des „Marxismus-Leninismus" selbst ausgehen. Der Marxismus-Leninismus sei, so wird behauptet, unfähig, auf die heute anstehenden Fragen Antworten zu geben. Mehr oder weniger explizit werden aus der Verbreitung bestimmter inhaltlicher Vorstellungen direkte Rückschlüsse auf deren Brauchbarkeit und „Richtigkeit" gezogen.

Eine solche oberflächliche und rein konjunkturelle Interpretation kann Wissenschaftlichkeit nicht beanspruchen. Daß „richtige" Ideen zeitweise gegenüber „falschen", rückschrittlichen Ideen unterliegen, ist historisch betrachtet eher die Regel als die Ausnahme. (Beispiel: Daß um 1970 emanzipatorische Elemente der APO gegenüber rigiden und puritanischen Verhaltensregeln der „ML"-Bewegung preisgegeben wurden, beweist weder die „Falschheit" jener emanzipatorischen Elemente noch die „Richtigkeit" der sie ablösenden sterilen „ML"-Kultur).

4. Die Frage nach der Existenzberechtigung und gegebenenfalls nach einer spezifischen Aufgabenstellung des KB muß in Einschätzung der zu erwartenden Entwicklung der nächsten Jahre beantwortet werden.

a) Innenpolitisch zunehmende Tendenz zur Regierungsunfähigkeit der SPD; einerseits Anwachsen einer Opposition links von der SPD, andererseits Zunahme der CDU/CSU. Daraus resultierend höchstwahrscheinlich Regierungsübernahme durch die CDU/CSU (vielleicht in Koalition mit der FDP), möglicherweise noch vor Ablauf der ordentlichen Amtszeit der jetzigen Regierung. Verschärfte Fortsetzung der „Faschisierung von Staat und Gesellschaft" (präventiver Polizei-Ausbau, unmittelbare Repression), weitere Verringerung des ohnehin bloß minimalen Spielraums für progressive Reformen.

b) Ökonomisch Verschärfung der Krisentendenzen, Angriffe auf das erreichte Lebensniveau der „Volksmassen" (Reallohn, Arbeitsbedingungen, staatliche „Sozial"politik usw.). Absolute „Verelendung" von Teilen der „Volksmassen".

c) Außenpolitisch ein dramatisches Anwachsen der Kriegstendenzen, mit

„Volksmassen".

c) Außenpolitisch ein dramatisches Anwachsen der Kriegstendenzen, mit

möglicher Beteiligung der BRD und mit dem Risiko eines absoluten atomaren Schlagabtausches in Mitteleuropa/Europa. Die aktuelle Strategie des US-Imperialismus zielt darauf ab, im vollen Sinn des Wortes die Weltherrschaft zu gewinnen. Das beinhaltet „Eindämmung" und „Roll Back" aller emanzipatorischen Tendenzen in der „Dritten Welt", Zurückdrängung des Einflusses der Sowjetunion auf ihre eigenen Grenzen, Zersetzung und Zerstörung des unmittelbaren sowjetischen Einflußbereichs in Mittel- und Osteuropa, und es beinhaltet darüber hinaus den Versuch, einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion „führbar" zu machen. Bereits für die vor uns liegenden Jahre läßt sich ein brisantes Anwachsen der Kriegsgefahren prognostizieren. Dabei ist von untergeordneter Bedeutung, ob zunächst einmal die Länder der „Dritten Welt" zum Schauplatz werden, da so oder so die innere Logik der US-Strategie die Möglichkeit eines „Übergreifens" auf Europa beinhaltet. Gerade in einer Zeit, wo die Herrschenden die wachsende Zukunftsangst der Beherrschten mit der Behauptung zu beruhigen versuchen, „das Zeitalter der Kriege in Europa" sei „zu Ende" (Strauß), sollten wir das Bewußtsein dieses finalen Risikos wachhalten und in Energie zum Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse zu verwandeln versuchen.

d) Gegen die genannten innen- und außenpolitischen Entwicklungstendenzen gibt es Widerstand, der sich derzeit immer noch in der Phase des Anwachsens befindet. Aktuell sind die genannten Entwicklungstendenzen aber immer noch eindeutig die vorherrschenden.

5. Die Fähigkeit des BRD-Staates, sich als Organisator relativen Massen-„Wohlstands" und eines weithin als ausreichend angesehenen Maßes an „persönlicher Freiheit" darzustellen, hat dem deutschen Imperialismus ein hohes Maß an innerer Stabilität gegeben. Wo Ansätze von tatsächlich systemfeindlicher, anti-staatlicher Opposition entstanden, blieben sie am Rande der gesellschaftlichen Verhältnisse. Dieser Zustand ist seit einigen Jahren wachsenden Erschütterungen ausgesetzt. Triebkraft dieser Erschütterungen ist wesentlich nicht der Wille nach Veränderungen, sondern ganz im Gegenteil die Angst, daß diese Gesellschaft sich selbst zerstört bzw. zerstört wird. Die Angst wird in dem Maß zunehmen, wie sich die Gefahren für den „Frieden", für die „soziale Sicherheit" usw. immer bedrohlicher darstellen. Von allen Sektoren der Bourgeoisie und ihrer politischen Agenturen wird diese Zukunftsangst als aktuell größte Gefährdung der herrschenden Verhältnisse und ihrer Herrschaft selbst angegangen. Ihr gemeinsames Anliegen ist es, wider alle realen Entwicklungen einen neuen Aufschwung des Vertrauens in die Möglichkeiten des bürgerlichen Staates zur „Meisterung der Zukunft" zustande zu bringen. Aufgabe der Revolutionäre ist es, die sich ausbreitende Zukunftsangst ernst zu nehmen, alle „Rinnsale" dieser Angst (z.B. auch ihre kulturellen Reflexe) zusammenzuführen, mit Argumenten und Fakten die Berechtigung dieser Angst zu untermauern, praktische Schritte des Widerstands an dieser Front zu organisieren — und ständig deutlich zu machen, daß die Verhältnisse, die die aktuelle Situation über-

Front zu organisieren — und ständig deutlich zu machen, daß die Verhältnisse, die die aktuelle Situation über-

haupt erst produziert haben, einer radikalen und unbedingt raschen Umwälzung (Revolution) bedürfen. Nicht Aufgabe der Revolutionäre ist die Verbreitung von abgestandenem „Optimismus" („Haupttendenz in der Welt ist Revolution") und Aktions-Euphorie

6. Auf der Linken findet eine Umgruppierung statt, die sichtbar mit der Entstehung grün/bunter Listen 1977/78 begonnen hat und die noch nicht abgeschlossen ist. Hinauslaufen wird diese Umgruppierung auf die Bildung einer Reformpartei, die sich von der SPD aufgegebene Elemente des Sozialdemokratismus wieder aneignet. In diesem Parteibildungsprozeß treffen Kräfte, die sich auf die SPD zubewegen („Moderne Sozialisten", „Undogmatische Sozialisten", Teile der Grünen und Alternativen), zusammen mit Kräften, die sich von der SPD wegbewegen. Der zukünftige Spielraum einer solchen „authentisch" sozialdemokratischen Reformpartei wird wesentlich davon abhängen, wieweit die SPD ihr diesen Raum überläßt oder aber — durch eine Rückverschiebung des eigenen Standorts in Richtung „links" — wieder streitig macht. Die Strömung des „Modernen Sozialismus" muß in diesem linkssozialdemokratischen Parteibildungsprozeß als der linke Flügel betrachtet werden, der noch einige Elemente der marxistischen Gesellschaftsanalyse und einer revolutionären Strategie bewahrt.

7. Es handelt sich bei der aktuellen Umgruppierung der Linken also um einen sehr widersprüchlichen Bruch: Einerseits Tendenzen, die von der SPD und somit überhaupt vom herkömmlichen Parteiensystem wegdrängen, auf der anderen Seite Tendenzen der 70er „Neuen Linken" zur „Aussöhnung" mit dem imperialistischen Staat:

a) Innenpolitisch: Bruch mit der „Staats-Theorie" Lenins und dem „Revolutions-Verständnis" der Dritten Internationale. Annäherung an „dominant reformerische", „transformatorische" Strategien („Historischer Kompromiß", „französischer Weg zum Sozialismus" u.ä.).

b) Außenpolitisch: Bruch mit der „Imperialismus-Theorie" Lenins bis hin zur Bestreitung des imperialistischen Charakters der BRD (KBW). Bekenntnis zur Vaterlandsverteidigung und zum Antisowjetismus.

8. Zur Diskussion steht nicht der theologische Streit um Dogmen und Formeln, sondern der Streit um Schlußfolgerungen für die praktische Politik. So in der Friedensbewegung, in der Politik der diversen alternativen Listen, in den politischen und sozialen Bewegungen. Aktuell ist das (links-)sozialdemokratische Roll Back in der Friedensbewegung das anschaulichste Beispiel dafür, daß es der politische Tod aller relevanten politischen und sozialen Bewegungen wäre, wenn die Strömung des „Neuen Sozialdemokratismus" über diese Bewegungen die Hegemonie erringen und behaupten könnte.

9. Im Gegensatz zur Strömung des „Modernen Sozialismus" und allgemein zur „Neuen Sozialdemokratie" behauptet der KB die Unversöhnlichkeit zwischen Sozialisten und bürgerlichem Staat; die Notwendigkeit der gewaltsamen „Zerschlagung" dieses Staatsapparates und seiner Ersetzung durch rätedemokratische Strukturen, die in sich bereits den ersten Schritt

Staatsapparates und seiner Ersetzung durch rätedemokratische Strukturen, die in sich bereits den ersten Schritt

zum völligen „Absterben des Staates" beinhaltet; die absolute Ablehnung einer Verteidigung des imperialistischen „Vaterlands"; die Notwendigkeit einer Organisierung der Revolutionäre als vorantreibende Kraft in den politischen und sozialen Bewegungen... (Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit).

Aus diesen Differenzen ergibt sich die Notwendigkeit, den KB als autonome Organisation zu bewahren, statt ihn in der breiteren Strömung der „Neuen Sozialdemokratie" aufgehen zu lassen. Die Herausgabe einer Zeitung, die die spezifischen Ansichten und Vorschläge des KB vorträgt, und für die eine möglichst große Verbreitung angestrebt wird, ist das zentrale Instrument, um die politische Rolle des KB zur Geltung zu bringen.

10. Der „Arbeiterkampf" entspricht dem in der „ML"-Bewegung der 70er Jahre allgemein verbreiteten Modell des „Zentralorgans", das den Anspruch hatte, Informationsträger und Propagandist in einem zu sein, also neben Meinungs- und Ausrichtungs-Artikeln eine Fülle von Informationen aus dem Tagesgeschehen und aus der linken Scene zu präsentieren. Diese Zeitungen waren ihrem Anspruch nach „Massen"presse, d.h., sie entsprachen Vorstellungen über eine relativ rasche und jedenfalls geradlinie Ausdehnung des Einflußbereichs der Sozialisten. (Verkauf vor Betrieben, in „normalen Kneipen" u.ä.). Ein Überschlag der höchsten Gesamtauflage der Presse der 70er „Neuen Linken" zeigt, daß „Massen"haftigkeit nur ansatzweise erreicht wurde; immerhin sind aber gerade hinsichtlich des Vertriebs der „revolutionären" Presse in der Arbeiterlinken damals erste Erfolge erzielt worden, die inzwischen weitgehend verlorengegangen sind. Daß eine sozialistisch dominierte Zeitung mit „Massen"charakter wünschenswert wäre, soll hier nicht bestritten werden. Wohl aber ist die Realisierbarkeit entsprechender Projekte zum aktuellen Zeitpunkt mehr als zweifelhaft.

11. Angesichts des krassen Rückgangs von Einflußfeld, organisierter Mitgliedschaft und Zeitungsauflage des KB ist ein Festhalten am „Arbeiterkampf" in seiner aktuellen Form (48 Seiten alle 14 Tage mit entsprechendem, größtenteils außer-beruflichen, Arbeitsaufwand; relativ liberale und spontaneistische Veröffentlichungs-Praxis) außerhalb einer längerfristig sinnvollen Perspektive.

12. Vorschlag: Bis auf weiteres, d.h. bei Fortbestehen der derzeitigen negativen Konjunktur für revolutionär-sozialistische Presse, wird vorgeschlagen, den Umfang des AK erheblich zu reduzieren. (Hierzu müßte ein präziser Vorschlag noch gemacht werden), eventuell die Erscheinungsweise für einen Übergangszeitraum zu verändern (monatlich), den Inhalt auf unsere spezifische Aufgabenstellung als sozialistische Organisation zu konzentrieren und den politischen Gebrauchswert der Zeitung durch wichtige Dokumentationen, übersichtliche Zusammenstellung von Hintergrundsinformationen usw. sowie durch eine „professionellere" Planung und Gestaltung der Zeitung zu erhöhen. Dies beinhaltet eine Orientierung weg von begrenzten Einzelinformationen, die z.B. auch durch die „taz" und örtliche Alternativ-Presse abzudecken sind, hin zu umfassenderen Untersuchungsarbeiten, Besprechungen, Auseinanderset-

tiv-Presse abzudecken sind, hin zu umfassenderen Untersuchungsarbeiten, Besprechungen, Auseinanderset-

zungen usw. Dieser Umorientierung sollen keine Bereiche unserer bisherigen Arbeit „geopfert" werden, sondern angestrebt wird eine schwerpunktmäßige Ausrichtung der gesamten Arbeit im Sinne der oben skizzierten Aufgabenstellung. Das setzt voraus, daß wir überhaupt erst wieder die Fähigkeit zurückgewinnen, systematisch und planmäßig Politik zu machen.

Die Zeitung im Sinne dieser Vorschläge würde mit der bisherigen Praxis — Abdruck fast aller einkommenden Manuskripte, Benutzung der Zeitung als Forum für innerorganisatorische Selbstverständigung — brechen müssen. Für Informationen und Debatten von nur innerorganisatorischer Relevanz müßte ein im selben Zeitrhythmus wie die Zeitung selbst bzw. nach Bedarf erscheinendes, auch öffentlich zum Verkauf angebotenes, Spezialheft („Organisationsbulletin") herausgegeben werden.

Im Sinne der Ausführungen in Punkt 5 sollte das „Leitmotiv" unserer Zeitung sein, am massenhaften Bewußtsein (bzw. „Gefühl") der akuten existentiellen Gefahr und Verunsicherung anzusetzen, dieses Bewußtsein (bzw. „Gefühl") mit Argumenten und Fakten zu versorgen, und es zuzuspitzen auf die Frage gesellschaftlicher Veränderungen und Alternativen.

Die Zeitung sollte durch die Breite der behandelten Themen, durch ihre Konzentration auf aktuell relevante Vorgänge und Debatten, durch einen erheblichen Anteil von Dokumentationen und Fremdbeiträgen einen Leserkreis ansprechen, der erheblich über das „KB-Umfeld" im weitesten Sinn des Wortes hinausgeht. Sie muß für alle, die aktiv linke Politik machen wollen, zu einem wichtigen Informationsmittel und „Denkanstoß"-Geber werden. Sie soll aber zugleich Instrument der spezifischen Politik des KB sein. An diesem Punkt finden Überlegungen über einen breiteren Trägerkreis für die Zeitung vorerst ihre Schranken.

„Noch ist Polen nicht verloren ...“

Die seit Ende Oktober angekündigte Konfrontation in Polen ist da. Die polnische Staats- und Parteiführung hat am frühen Morgen des 13. Dezember den Ausnahmezustand deklariert und zu dessen sofortiger Vollstreckung das Militär in Marsch gesetzt.

Die polnische Arbeiterbewegung ist durch die Militär-Diktatur auf Bedingungen zurückgeworfen worden, die weit schlimmer sind als diejenigen, die im Sommer 1980 zu Beginn der Kämpfe bestanden. Die Militär-Diktatur soll, so sagen die Generäle, aufrechterhalten werden, bis „im Land wieder das Recht herrscht“, bis wieder „Bedingungen für ein normales Funktionieren“ des Staatsapparats bestehen und bis eine „Stabilisierung der inneren Lage“ erreicht ist. Wie fast alle Militär-Diktaturen verspricht auch diese, daß sie dem Volk seine Rechte zurückgeben wird, sobald sichergestellt sein wird, daß das Volk hinreichend gedemütigt und diszipliniert ist, um von diesen Rechten keinen kämpferischen Gebrauch mehr zu machen. Die Militär-Diktatur wird also überflüssig sein, sobald sie nicht mehr gebraucht wird.

Um zu demonstrieren, daß man nicht einseitig ist, und daß man vor allem Ordnung und Sauberkeit anstrebt, haben die Militärs ein paar frühere Regierungspolitiker in Haft genommen. Offenbar hat man ein bißchen von westlichen Militärputschen (siehe z.B. Türkei) gelernt. Aber natürlich hätte man zur Verhaftung dieser Politiker – die übrigens seit langem von der Solidarnosc gefordert worden war – nicht den Ausnahmezustand erklären müssen. Auch die angekündigten lobenswerten (und längst überfälligen) Maßnahmen gegen die „Schwarzmarkt-Haie“ hätten nicht der Einkassierung aller Arbeiterrechte und der Verhaftung einiger hundert Solidarnosc-Funktionäre bedurft.

Der Ausnahmezustand in Polen dient „zur Rettung des Landes vor Chaos und Anarchie“, schreibt das Zentralorgan der DKP („UZ“, 14.12.81). Das ist freilich i m m e r der Zweck von Militärputschen, ob nun in Chile, der Türkei, Spanien oder sonstwo. Im Zweifelsfall werden es immer die Arbeiter gewesen sein, die durch maßlose Forderungen, hemmungslose Streiks und überzogene Demokratie-Ansprüche Wirtschaft und Staat an den Rand des Abgrunds getrieben haben. Daß die Arbeiter von Natur aus zwar faul und aufsässig sind, zugleich aber unter einer starken und gerechten Hand auch wieder fleißig und anpassungsfähig, kommt hinzu. Soweit sind sich die Herrschenden überall auf der Welt durchaus einig. Abgesehen von Springers BILD, die absolut keine Gelegenheit zum antikommunistischen und antisowjetischen Krakeel auslassen kann, waren die ersten Reaktionen im Westen maßvoll bis verständnisvoll. Eigentlich hatten unsere Politiker, die fast täglich irgendwo ihr Volk von der Polizei aus besetzten Häusern, von AKWs oder Startbahnen prügeln lassen, sich sowieso schon gewundert, was sich ihre polnischen Kollegen alles gefallen ließen. Und man kann ja auch nicht glaubwürdig Entrüstung über die bisher vergleichsweise „gemäßigte“ Praktizierung der Militär-Diktatur in Polen heucheln, wenn man gleichzeitig ein mit Folter und Mord wütendes Regime wie das in der Türkei wohlwollend toleriert und unterstützt. Daß nebenbei das eigene Volk an Polen vorgeführt kriegt, wohin Streikerei und Aufsässigkeit führen können, ist unseren Politikern auch ganz recht.

„Ereignisse in Polen hinterließen an den Börsen keine nachhaltigen Spuren“, freut sich Springers „Welt“ (15.12.). Die Deutschmark hat sich, nach einem „Schwächeanfall gegenüber einigen Valuten“ (speziell dem US-Dollar), wieder stabilisiert. Warum auch nicht?! Die Militär-Aktion gegen „Chaos und Anarchie“ in Polen kommt dem bundesdeutschen Finanzkapital so gelegen, daß man fast auf den natürlich ganz absurden Gedanken kommen könnte, die Herren hätten wieder einmal die Hände ein bißchen mit im Spiel gehabt. Polen hat sich unter der Regie der jetzt eingelochten Herren Gierek und Co. massiv beim westlichen Finanzkapital verschuldet, um ein trügerisches und kurzlebiges „Wirtschaftswunder“ zu finanzieren. Die Gesamtschuld Polens bei westlichen Banken etc. beläuft sich heute auf fast 26 Milliarden Dollar gleich 60 Milliarden DM. An der Spitze der Kreditgeber liegt die BRD mit 5,4 Milliarden Dollar gleich 12 Milliarden Mark. Von den Zinsen läßt sich ganz gut leben oder hungern – je nachdem, ob man kassiert oder, ob man zahlen muß. Für Polen belaufen sich die noch zu zahlenden Zinsen allein für das letzte Vierteljahr 1981 auf 500 Millionen Dollar. Lebensmittel, die in Polen dringend gebraucht würden, füllen dafür hierzulande die Supermärkte. Nachrichtenmeldung am 15. Dezember: „Die EDEKA-Kette gibt bekannt, daß die Versorgung mit polnischen Weihnachtsgänsen gesichert ist“. In der BRD natürlich, nicht in Polen. Zum Wohle der Transport-Branche wird anschließend ein kleiner Teil dieser Lebensmittel wieder als Almosen ans polnische Volk zurückgeschickt.

Aus der Sicht des westlichen Finanzkapitals ist der fortschreitende Ruin ihres Kredit-Kunden trotzdem bedenklich, weil man allmählich befürchten muß, einen Gutteil der Kredite vielleicht nie mehr zurückzubekommen. Um diese Entwicklung zu bremsen, hatte man Polen schon vor der Militär-Aktion gegen „Chaos und Anarchie“ zur Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfond (IWF) gedrängt. Der IWF ist bekannt für seine Roßkuren an zerrütteten Volkswirtschaften. Wo „saniert“ wird, fallen Späne, und oft geht es dabei ohne Einkassierung der Arbeiterrechte und Arbeiterorganisationen nicht ab. Schon wenige Tage v o r dem Ausnahmezustand meldete ein Organ des Finanzkapitals, das „Handelsblatt“: Polens Regierung wolle „den Rat des IWF beherzigen“, sich überzogenen ökonomischen Forderungen der Solidarnosc zu widersetzen“ („HB“, 9.12). Dafür ist nun wohl ausreichend gesorgt. Falls Polens Wirtschaft in den nächsten Jahren nach den Vorstellungen des westlichen Finanzkapitals „saniert“ und „reformiert“ wird (als Zeitraum werden „mindestens fünf bis acht Jahre“ veranschlagt), dann wird es ohne umfassende Rationalisierungen und Freisetzungen, ohne Massenarbeitslosigkeit und Lohnstop nicht abgehen. Voraussetzung für solche Maßnahmen ist allemal, daß man die Arbeiterbewegung in den Griff bekommt, und sie als Störfaktor fürs erste ausschaltet.

Weil dies alles nun einmal so ist, immer so war und immer so sein wird, sind unsere Kapitalisten und ihre Politiker mit der Militär-Aktion in Polen ganz zufrieden. V ö l l i g zufrieden ist der Mensch natürlich nie, und auf der anderen Seite hätte man ja auch den totalen Zusammenbruch des polnischen Staatsapparates, den Einmarsch sowjetischer Truppen und sehr viel Blut auf Polens Straßen gern gesehen. Man hätte es dann erheblich leichter gehabt, die Genfer Verhandlungen scheitern zu lassen und die NATO-„Nachrüstung“ politisch durchzusetzen. Aber alles zusammen kann man eben nicht haben, jedenfalls nicht alles auf einmal.

Die polnische Arbeiterklasse, das polnische Volk befindet sich in einem doppelten Zugriff: Auf der einen Seite ist es nach wie vor die Sowjetunion (assistiert von der DDR und CSSR), die die Entwicklung der „sozialistischen Erneuerung“ vom ersten Moment an mit unverschämten Drohungen und Einmischungen begleitet hat, und die seit Monaten Polens Politiker und Militärs dazu gedrängt hat, endlich die Solidarnosc zu zerschlagen und die ganzen ärgerlichen Demokratie-Ansprüche aus der Welt zu schaffen. Auf der anderen Seite ist es, siehe oben, das westliche Finanzkapital, das in Polen nach bekannten Rezepten Ordnung schaffen und auf diesem Wege zugleich stärkeren Einfluß gewinnen will. Dieses solide Eigeninteresse an einer Zähmung der polnischen Arbeiterbewegung wird die Politiker und Propagandisten des Westens nicht davon abhalten, von den Vorgängen in Polen Gebrauch zu machen, um uns wieder einmal vor Augen zu führen, wieviel Grund zu Zufriedenheit und Dankbarkeit w i r doch haben können. Vorgänge wie in Polen bieten zudem auch außenpolitisch gute Gelegenheiten, ein paar Dinge in Ordnung zu bringen. Die Regierung Israels hat mit dem Beschluß über die Annektion der syrischen Golan-Höhen schon gezeigt, was man anstellen kann, während die Weltöffentlichkeit gerade auf Polen starrt. Und sollte es schließlich doch soweit kommen, daß sowjetische Truppen in Polen „aktiv“ werden, könnte für die US-Regierung der Zeitpunkt gekommen sein, um ihrerseits in Mittelamerika oder Libyen militärisch „einzugreifen“.

Solidarität mit den polnischen Arbeitern !

Die Errichtung einer Militär-Diktatur über Polen erscheint als direkte Antwort der Herrschenden auf die in letzter Zeit von der Solidarnosc erhobene Forderung, die Regierung solle sich bis spätestens zum Sommer 1982 einem V o l k s e n t s c h e i d stellen, um sichtbar zu machen, wieweit die Regierung noch Vertrauen im Volk hatte. Verbunden war das auch mit der Forderung nach freien Wahlen. Die Errichtung der Militärdiktatur ist das Eingeständnis der Partei- und Staatsführung, daß sie sich von einem solchen Test keinerlei Chancen erhoffte. Der Ausnahmezustand in Polen ist die vorläufig letzte Konsequenz der Tatsache, daß in Polen ein politisches und soziales System nur noch mit Zwangsmitteln und äußerem Druck gegen die große Mehrheit des Volkes aufrechterhalten wird. Daß sich dieses System ausgerechnet „realer Sozialismus“ zu nennen beliebt, kann von allen Sozialisten nur als ärgerlich und unverschämt empfunden werden. **Denn Sozialismus meint in erster Linie Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus kann also kein militärisch abgesichertes Zwangssystem gegen die Arbeiterklasse sein.** Unerträglich ist auch die rechtfertigende „realsozialistische“ Staatsdoktrin: Dieser Doktrin zufolge m u ß im Interesse der Entspannung und des Friedens das Zwangssystem mit allen verfügbaren Mitteln aufrechterhalten werden, da andernfalls das „internationale Gleichgewicht“ zuungunsten der Sowjetunion beeinträchtigt würde.

Im Sinne dieses höchsten aller Maßstäbe war der von der Arbeiterbewegung schrittweise erkämpfte Demokratisierungs-Prozeß in Polen schon längst viel zu weit gegangen. Daß es zur totalen Konfrontation kommen würde, stand seit Monaten fest; offen waren nur noch der genaue Zeitpunkt und die näheren Umstände. Was jetzt geschehen ist – die Zerschlagung der organisierten Arbeiteropposition, die Streichung sämtlicher politischen Rechte – wird das Militär-Regime f r e i w i l l i g nicht wieder rückgängig machen. Wer sich etwas anderes vorstellt, kann das Beispiel der CSSR studieren, wo noch 13 Jahre nach Zerschlagung des „Prager Frühlings“ die geringste demokratische Regung augenblicklich und mit äußerster Schärfe erstickt wird.

Nach den ersten, spärlichen Meldungen aus Polen haben vor allem d i e Teile der Arbeiterklasse, die in all den vergangenen Jahren an der Spitze der Kämpfe gestanden hatten, den Widerstand gegen die Militär-Diktatur begonnen. Ihr Kampf konzentriert sich jetzt auf zwei Forderungen:

– **Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter;**
– **Aufhebung des Ausnahmezustands.**

Dieser Kampf verdient die Unterstützung aller Sozialisten. Der e i n z i g e Weg zum Sozialismus führt über die volle Entfaltung der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechts.

Kommunistischer Bund
16.12.81

Israel raubt Golan-Gebiet

Fortsetzung von Seite 1

übrigen auch die Suche nach einer „umfassenden Lösung“ im Nahen Osten erschwere. (So die Erklärung der EG-Außenminister, nach „Frankfurter Rundschau“, 16.12.81).

Auch die UNO-Vollversammlung und selbst der UN-Sicherheitsrat — diesmal sogar mit der Stimme der USA — verurteilten die Annexion. All dies wird jedoch ohne Folgen bleiben, wie die unzähligen Resolutionen, die die Aggressionspolitik Israels in mehr oder minder scharfer Form bisher verurteilten. —

Selbstverständlich verurteilte Syrien die Annexion auf das Schärfste. Syrien betrachte das israelische Vorgehen als eine „*Kriegserklärung und Aufhebung des Waffenstillstandes von 1973*“, auf die „*das Schwert die beste Antwort*“ sei („Neue Zürcher Zeitung“, 17.12.81).

Die Kritik der saudischen Regierung war mehr als lau. Der saudische Informationsminister erklärte, die Regierung König Khaleds bedaure die Annexion zutiefst und weise sie als völkerrechtswidrig zurück.



Die Erregung der öffentlichen Meinung wird sich wieder legen, darauf setzen die Zionisten — und damit haben sie bisher immer Recht behalten. Die USA, die zunächst von einem Einfrieren des strategischen Bündnisses mit Israel sprachen, ließen nun verlauten, daß sie eine „versöhnliche Geste“ von Israel erwarten, die darin bestehen könnte, daß Israel die Golan-Höhen später doch noch einmal zum Verhandlungsgegenstand macht. Ein kaum ernstgemeinter Vorschlag, hat die Knesseth doch schon einen Änderungsantrag zum Golan-Gesetz zurückgewiesen, wonach dieses zukünftige Friedensverhandlungen nicht ausschließen sollte („NZZ“, 17.12.81). Die israelische Regierung will sich in diesem Zusammenhang nicht einmal zu Erklärungen des „guten Willens“ herablassen, speziell nicht gegenüber Syrien — und offensichtlich hat sie das bei der angestrebten imperialistischen Lösung im Nahen Osten auch gar nicht nötig.

Dieser Affront gegen Syrien (Begin versäumte natürlich nicht, die unnachgiebige Haltung Syriens gegenüber Israel dafür verantwortlich zu machen, wie etwa die Erklärung Assads in der kuwaitischen Zeitung „Al rai al am“, in der er betonte, er werde niemals mit Israel Frieden schließen, auch wenn die PLO eines Tages eine andere Haltung einnehmen würde) paßt durchaus in das Konzept einer umfassenden imperialistischen Lösung im Nahen Osten. Israel will und soll keines der 1967 besetzten Gebiete aufgeben; selbst die in dem Camp-David-Abkommen beschlossene vollständige Rückgabe des Sinai an Ägypten bis zum April 1982 bedeutet nicht die Souveränität Ägyptens über den Sinai, falls die Rückgabe überhaupt noch erfolgt. In den Westbanks und im Gaza-Streifen hat Israel eine ähnliche Politik verfolgt wie auf den Golan-Höhen; nur ist es bisher nicht gelungen, diese Gebiete menschenleer zu machen, und der Widerstand der palästinensischen Bevölkerung ist, wie die Proteste, Streiks und Demonstrationen gegen die Einführung einer zivilen Verwaltung zeigen, keineswegs gebrochen. Es wäre eine Illusion anzunehmen, diese Gebiete würden jemals den Palästinensern auf dem Verhandlungswege übergeben.

Um das arabische Lager aufzubrechen (auf der arabischen Gipfelkonferenz in Khartum 1967 hatten sich die arabischen Staaten auf Initiative Nassers auf die drei „Nein“ geeinigt: keine Anerkennung Israels, kein Friede, keine direkten Verhandlungen) war der Separatfrieden mit Ägypten durchaus geeignet. Zwischen Ägypten und Israel gab es etwas zu verhandeln: den Sinai. Sadat hat diese Politik des Verrats nicht überlebt. Immerhin aber war er Wegbereiter für eine Reihe arabischer Regimes, die diesen Weg bisher nicht mitgehen konnten — weil sie zum einen selbst gefangen sind in ihrer antizionistischen Propaganda, zum anderen Rücksicht auf die Stimmung der arabischen Bevölkerung nehmen müssen. Saudi-Arabien, auf Grund seiner Ressourcen und seines politischen Einflusses in der Region das wohl interessanteste Land für den US-Imperialisten, hat mit der Fahd-Initiative die Bereitschaft zu einer „politischen Lösung“ mehr als deutlich signalisiert. !der arabische Gipfel in Fes scheiterte auf Initiative der Saudis; sie zogen ihren „Friedensplan“ vorerst zurück. So bleibt er, ohne offiziell abgelehnt zu sein, in der Diskussion.

Die umfassende imperialistische Lösung im Nahen Osten setzt im Augenblick nicht mehr auf die Einbeziehung Syriens in direkte Verhandlungen mit Israel. Es gibt auch nichts mehr zu verhandeln. Die kompromißlose Politik der Zionisten und Imperialisten hat zwar zum Freundschaftsvertrag Syriens mit der Sowjetunion geführt, was durchaus positive Auswirkungen für die palästinensichen und fortschrittlichen Kräfte im Libanon hat, die heute das stärkste Hindernis für eine „Befriedung“ des Nahen Osten durch die Imperialisten darstellen. Gegen sie wird wohl auch der nächste militärische Schlag der Zionsten geführt werden. Eine kriegerische Auseinansetzung zwischen Israel und Syrien hingegen ist nicht zu erwarten. Auf die „Kriegserklärung“ Israels kann Syrien schon auf Grund des militärischen Kräfteverhältnisses nur mit Stillsthalten reagieren.

Die vom Imperialismus mehr oder minder unabhängigen Staaten werden verstärkt unter Druck, Erpressung und Kriegsdrohungen gestellt (siehe Libyen), die Zusammenarbeit mit proimperialistischen Staaten wird verstärkt; eine besondere Rolle spielt dabei Saudi-Arabien. Auf diese Weise wird langfristig die Aufweichung oder Isolation d e r Staaten anstrebt, die eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber den US-Interessen bewahrt haben und die sich auf Grund des imperialistischen Drucks der Sowjetunion angenähert haben. Im Rahmen dieser Politik könnte auch schrittweise und langfristig die Isolation Israels im arabischen Raum durchbrochen werden; der Friedensvertrag mit Ägypten war nur der Angang. Unterdessen wird die Herrschaft der Zionisten in den besetzten Gebieten konsolidiert.

In diesem Zusammenhang ist auch das kürzlich geschlossene strategische Abkommen zwischen Israel und den USA von Bedeutung, das unter dem schönen Namen „Protokoll der Verständigung“ firmiert. Ausdrücklich wird betont, daß dieses Dokument rein defensiver Art sei und sich nicht gegen irgendeinen Staat oder Staatengruppe der Region richte, sondern ausschließlich gegen die S o w j e t u n i o n. Das Rahmenabkommen sieht &

- gemeinsame amerikanisch-israelische See- und Luftmanöver,
- die Anlage von Nachschubbasen für die Schnelle Eingreiftruppe,
- die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Militärtechnologie und Waffenproduktion vor.

Sicher, Israel war schon immer (und das war ein Zweck seiner Gründung) Brückenkopf des Imperialismus im Nahen Osten. Erstmals wird es aber jetzt in die globale Konfrontationsstrategie der USA gegen die Sowjetunion einbezogen. Wahrscheinlich ist dieses Signal bei den proimperialistischen arabischen Regimes verstanden worden.

Nahost-Kommission

Am Sonntag, dem 13. Dezember, verkündete der 1. Sekretär des ZK der PVAP über's polnische Fernsehen den Ausnahmezustand

Die Rede von General Wojcieck Jaruzelski

Bürgerinnen und Bürger der Volksrepublik Polen!

Ich wende mich heute an euch als Soldat und als Chef der polnischen Regierung. Ich wende mich an euch in einer Sache größter Bedeutung. Unser Vaterland befindet sich am Rande des Abgrunds. Das Werk vieler Generationen, das aus den Ruinen wiedererstandene polnische Haus, steht erneut vor der Zerstörung. Die Strukturen des Staates hören auf zu funktionieren, der zusammenbrechenden Wirtschaft werden täglich neue Schläge versetzt. Die Lebensbedingungen drücken auf die Menschen mit immer größerer Last. Durch jeden Betrieb, durch viele polnische Haushalte verlaufen schmerzhafte Trennlinien.

Die Atmosphäre nicht endender Konflikte, Mißverständnisse und des Hasses sät psychische Leere, verletzt die Traditionen der Toleranz.

Streiks und Streikbereitschaft, Protestaktionen wurden zur Norm. Sogar die Schuljugend wird hineingezogen. Gestern abend waren viele öffentliche Gebäude besetzt. Es werden Aufrufe verteilt, mit den Roten physisch abzurechnen, mit Menschen, die andere Meinungen vertreten. Es häufen sich Fälle des Terrors, der Drohungen und der moralischen Willkür sowie der direkten Gewalt. Eine breite Welle dreister Verbrechen überflutet das ganze Land.

Viele Menschen verzweifeln

Es wachsen ins Millionenfache die Gewinne der Haie der wirtschaftlichen Unterwelt. Chaos und Demoralisierung haben katastrophale Ausmaße angenommen. Das Volk hat die Grenze der physischen Belastbarkeit erreicht. Viele Menschen erfaßt Verzweiflung. Nicht Tage, sondern nur noch Stunden trennen uns von der nationalen Katastrophe. Die Ehrlichkeit gebietet, die Frage zu stellen: Muß es dazu kommen?

Als ich das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, glaubte ich, daß wir es schaffen werden, voranzukommen. Haben wir alles getan, um die Krisenspirale aufzuhalten? Die Geschichte wird unser Handeln werten. Es ging nicht ohne Fehler ab. Wir ziehen Schlußfolgerungen daraus, vor allem eine: Die vergangenen Monate waren für die Regierung eine Zeit angespannter Arbeit, der Auseinandersetzung mit riesigen Schwierigkeiten. Leider wurde die Volkswirtschaft zur Arena des politischen Kampfes gemacht. Die absichtliche Torpedierung der Maßnahmen der Regierung bewirkte, daß die Ergebnisse in keinem Verhältnis zu den Anstrengungen stehen. Man kann uns nicht guten Willen, Mäßigung und Geduld absprechen. Manchmal war es vielleicht sogar zuviel. Man kann nicht umhin, die von der Regierung gezeigte Achtung vor den getroffenen Vereinbarungen anzuerkennen. Wir sind sogar weitergegangen.

Am gemeinsamen Tisch fehlte „Solidarnosc"

Die Initiative der großen nationalen Verständigung fand die Unterstützung von Millionen Polen. Sie schuf die Chance zu einer Vertiefung des Systems der Volksmacht und der Erweiterung des Umfangs der Reformen. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Am gemeinsamen Tisch fehlte die Führung von „Solidarnosc". Die Worte, die in Radom gesprochen wurden, die Beratungen in Gdansk haben restlos die wahren Absichten ihrer Führungskreise enthüllt. Diese Absichten werden massenhaft von der täglichen Praxis bestätigt — die wachsende Aggressivität der Extremisten, das offene Streben zu völliger Zerstörung der sozialistischen polnischen Staatlichkeit.

Wie lange kann man auf eine Ernüchterung warten? Wie lange soll die zum Einvernehmen ausgestreckte Hand auf die geballte Faust treffen? Ich sage das schweren Herzens, mit großer Bitterkeit. In unserem Land könnte es anders sein, müßte es anders sein. Ein Weiterbestehen des gegenwärtigen Zustandes würde unausweichlich zur Katastrophe führen, zum völligen Chaos, zu Not und Hunger. Ein rauher Winter könnte die Verluste vervielfachen, zahlreiche Opfer fordern, besonders unter den Schwächsten, jenen, die wir am meisten schützen wollen.

Jetzt muß man sagen: Es ist genug

In dieser Situation wäre Untätigkeit Verbrechen am Volk. Man muß sagen: „Genug!" Man muß eine Konfrontation verhindern, ihr den Weg versperren, eine Konfrontation, die die Führer der „Solidarnosc" offen angekündigt haben. Wir müssen das gerade heute erklären, wo das Datum bevorstehender politischer Massendemonstrationen, darunter auch im Zentrum Warschaus, bekannt ist, die im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Dezember-Ereignisse angekündigt wurden. Jene Tragödie kann und darf sich nicht wiederholen. Wir haben nicht das Recht, zuzulassen, daß die angekündigten Demonstrationen zum Funken werden, der das ganze Land in Brand setzen kann. Der Selbsterhaltungstrieb des Volkes muß zu Worte kommen. Den Abenteurern muß man die Hände binden, ehe sie das Vaterland in den Abgrund eines Bruderkampfes stürzen.

Bürgerinnen und Bürger!

Groß ist die Last der Verantwortung, die in diesem dramatischen Augenblick der polnischen Geschichte auf mich fällt. Es ist meine Pflicht, diese Verantwortung zu übernehmen. Es geht um die Zukunft Polens, für die meine Generation an allen Fronten des Krieges gekämpft und die besten Jahre ihres Lebens hingegeben hat.

Wir streben keine Militärdiktatur an

Ich verkünde, daß sich am heutigen Tage ein Militärrat für die nationale Rettung konstituiert hat. Der Staatsrat hat entsprechend den Festlegungen der Verfassung heute um Mitternacht den Ausnahmezustand auf dem Territorium des gesamten Landes verkündet. Ich möchte, daß alle die Motive und das Ziel unseres Handelns verstehen. Wir streben keinen Militärputsch, keine Militärdiktatur an. Das Volk hat genügend Kraft, genügend Weisheit, um ein funktionstüchtiges, demokratisches System sozialistischer Ordnung zu schaffen. In einem solchen System werden die Streitkräfte dort bleiben können, wo ihr Platz ist, in den Kasernen. Keines der polnischen Probleme kann man auf längere Sicht mit Gewalt lösen.

Der Militärrat für die nationale Rettung ersetzt nicht die verfassungsmäßigen Machtorgane. Seine einzige Aufgabe ist der Schutz der Rechtsordnung im Staat, die Schaffung von Garantien für die Exekutive, die es ermöglichen, Ordnung und Disziplin wiederherzustellen. Das ist der letzte Weg, um die Herausführung des Landes aus der Krise einzuleiten und den Staat vor dem Zerfall zu bewahren.

Das Komitee für Landesverteidigung hat Bevollmächtigte, Militärkommissare, auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung und in einigen Wirtschaftseinheiten berufen. Die bevollmächtigen Kommissare haben das Recht erhalten, die Tätigkeit der Organe der staatlichen Verwaltung von den Ministerien bis zu den Gemeinden zu überwachen. Die Proklamierung des Militärrats für die nationale Rettung und die heute veröffentlichten Dekrete legen im einzelnen die Normen der öffentlichen Ordnung für die Dauer des Ausnahmezustandes fest.

Der Militärrat wird dann aufgelöst, wenn im Lande die Rechtsordnung wiederhergestellt ist, wenn die Voraussetzungen für die normale Tätigkeit der zivilen Verwaltung und der Vertretungskörperschaften gegeben sind. Mit der zunehmenden Stabilisierung der inneren Lage werden die Einschränkungen der Freiheiten im öffentlichen Leben verringert oder aufgehoben. Aber niemand möge mit Schwäche oder Zögern rechnen!

Im nationalen Interesse wurde eine Gruppe von Personen vorbeugend interniert, die die Sicherheit des Staates gefährden. In dieser Gruppe befinden sich extreme Funktionäre von „Solidarnosc" sowie illegaler staatsfeindlicher Organisationen. Auf Weisung des Militärrates wurden ebenfalls mehrere Dutzend Personen interniert, die persönlich dafür verantwortlich sind, daß es in den siebziger Jahren zu einer tiefen Krise des Staates gekommen ist, die ihre Dienststellungen für persönliche Vorteile mißbraucht haben. Zu diesen Personen gehören unter anderen Edward Gierek, Piotr Jaroszewicz, Zdislaw Grudzien, Jerzy Lukasewicz, Jan Szydlak, Tadeusz Wrzaszczyk und andere. Die vollständige Liste wird veröffentlicht.

Spekulanten mit aller Härte verfolgen

Wir werden konsequent das polnische Leben von Übeln säubern, ganz gleich, wo sie entstehen. Der Militärrat wird die Voraussetzungen für einen rücksichtslosen Kampf gegen die Kriminalität schaffen. Die Tätigkeit verbrecherischer Banden wird von den Gerichten im Sofortverfahren behandelt. Personen, die sich mit Spekulationen in großem Rahmen beschäftigen, die illegale Profite machen, die die Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens verletzen, werden verfolgt und mit aller Härte bestraft.

Auf unrechtem Wege erworbener Besitz wird konfisziert. Personen in führenden Funktionen, die sich der Vernachlässigung ihrer Dienstpflichten, der Vergeudung und des Partikularismus, des Machtmißbrauchs und der Herzlosigkeit gegenüber den Angelegenheiten der Bürger schuldig machen, werden auf Antrag der bevollmächtigten Militärkommissare disziplinarisch von ihrer Funktion entbunden. Die Achtung vor der Arbeit der Menschen muß wieder hergestellt, die Wahrung von Recht und Ordnung gesichert werden. Es muß die persönliche Sicherheit eines jeden gewährleistet werden, der in Ruhe leben und arbeiten will.

Die Bestimmungen eines Sonderdekrets sehen die Tilgung von einigen Straftaten und Vergehen gegen die Interessen des Staates vor, die vor dem 13. Dezember dieses Jahres begangen wurden. Wir suchen keine Rache. Wer ohne bösen Willen sich von Emotionen hinreißen ließ, sich falschen Inspirationen hingab, kann diese Chance nutzen.

Bürgerinnen und Bürger!

Der polnische Soldat diente und dient treu dem Vaterland, immer in der ersten Linie, bei jeder gesellschaftlichen Notwendigkeit. Auch heute wird er ehrenvoll seine Pflicht erfüllen. Unser Soldat hat saubere Hände. Er kennt keine Privatinteressen, sondern nur den harten Dienst. Er hat kein anderes Ziel als das Wohl des Volkes. Die Berufung auf die Hilfe der Armee kann nur Übergangscharakter, außerordentlichen Charakter haben und hat nur diesen Charakter. Die Armee wird nicht die normalen Mechanismen der sozialistischen Demokratie ersetzen. Demokratie kann sich jedoch nur in einem starken, auf einer Rechtsordnung beruhenden Staat verwirklichen und entwickeln. Die Anarchie ist die Negierung, der Feind der Demokratie.

Das sozialistische Polen verteidigen

Wir sind nur ein Tropfen im Strom der polnischen Geschichte. Sie besteht nicht nur aus ruhmreichen Seiten, es gibt darin auch dunkle Seiten, Liberum Veto, Privatinteressen, Zwistigkeiten und im Ergebnis Niedergang und Niederlagen. Dieser Teufelskreis muß unterbrochen werden. Wir dürfen keine Wiederholung der Geschichte zulassen. Wir wollen ein großes Polen, das groß ist durch seine Leistung, seine Kultur, durch die Formen des gesellschaftlichen Lebens, durch seine Position in Europa. Der einzige Weg dazu ist der Sozialismus, der von der Gesellschaft akzeptiert und ständig durch die Erfahrung des Lebens bereichert wird.

Ein solches Polen werden wir aufbauen. Ein solches Polen werden wir verteidigen. Bei diesem Werk kommt den Parteimitgliedern eine besondere Rolle zu. Trotz begangener Fehler und bitterer Niederlagen ist die Partei im Prozeß der historischen Umwandlungen eine aktive und schöpferische Kraft. Um wirksam ihre Führungsmission auszuüben, um fruchtbringend mit den verbündeten Kräften zusammenzuarbeiten, muß sie sich auf aufrechte, bescheidene und mutige Menschen stützen, auf solche Menschen, die in jeder Umgebung den Namen eines Kämpfers für gesellschaftliche Gerechtigkeit und das Wohl des Landes verdienen.

Das vor allem entscheidet über die Autorität der Partei in der Öffentlichkeit, das ist ihre Perspektive. Wir werden die ewig lebendigen Quellen unserer Ideen von Entstellungen und Verzerrungen befreien, die universellen Werte des Sozialismus schützen und sie ständig durch nationale Wurzeln und Traditionen bereichern. Der Mehrheit des Volkes, den parteilosen Werktätigen und der jungen Generation sowie dem gesunden Teil, insbesondere dem Arbeiterteil von „Solidarnosc", der aus eigener Kraft und im eigenen Interesse die Propheten der Konfrontation und Konterrevolution von sich weisen wird, werden auf diesem Wege die sozialistischen Ideale nähergebracht werden. So verstehen wir die Ideen der nationalen Verständigung. Wir erhalten sie aufrecht, wir achten die Vielfalt der Weltanschauungen, wir schätzen die patriotische Haltung der Kirche.

Kein Zurück vor den August 1980

Es gibt ein übergeordnetes Ziel, das alle denkenden und verantwortungsbewußten Polen vereint: die Liebe zum Vaterland, die Notwendigkeit der Stärkung der mit solcher Mühe erkämpften Unabhängigkeit, die Achtung des eigenen Staates. Das ist das festeste Fundament einer wahren Verständigung.

Bürgerinnen und Bürger!

So wie es keine Abkehr vom Sozialismus gibt, so gibt es keine Rückkehr zu den fehlerhaften Methoden und Praktiken der Zeit vor dem August 1980. Die heute unternommenen Schritte dienen der Wahrung der Grundvoraussetzungen der sozialistischen Erneuerung. Alle bedeutenden Reformen werden unter den Bedingungen von Ordnung, sachlicher Diskussion und Disziplin weitergeführt. Das betrifft auch die Wirtschaftsreform.

Ich will keine Versprechungen machen. Uns steht eine schwere Zeit bevor. Damit es morgen besser sein kann, muß man heute die harten Tatsachen anerkennen, Verständnis für notwendige Entbehrungen aufbringen. Eines möchte ich erreichen — Ruhe. Das ist die Grundvoraussetzung für den Beginn einer besseren Zukunft.

Wir sind ein souveränes Land. Aus dieser Krise müssen wir also aus eigener Kraft herauskommen. Mit unseren eigenen Händen müssen wir die Gefahren bannen. Die Geschichte würde es der jetzigen Generation nicht verzeihen, würde diese Chance vergeben. Wir müssen der weiteren Abwertung der internationalen Position unseres Staates Einhalt gebieten. Unser Land mit 36 Millionen Menschen im Herzen Europas kann nicht endlos in der erniedrigenden Rolle eines Bittstellers auftreten. Wir dürfen nicht übersehen, daß wieder zynische Meinungen aufleben von einer Republik, in der Anarchie herrscht. Man muß alles tun, um solche Meinungen auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.

Wir schätzen die Hilfe der Verbündeten hoch

In diesem schweren Augenblick wende ich mich an unsere sozialistischen Verbündeten und Freunde. Wir schätzen ihr Vertrauen und ihre ständige Hilfe hoch. Das polnisch-sowjetische Bündnis ist und bleibt Eckpfeiler der polnischen Staatsraison, Garantie der Unantastbarkeit unserer Grenzen. Polen ist und bleibt ein festes Glied des Warschauer Vertrages, ein zuverlässiges Mitglied der sozialistischen Staatengemeinschaft. Ich wende mich auch an unsere Partner in den anderen Ländern, mit denen wir gute, freundschaftliche Beziehungen entwickeln wollen. Ich wende mich an die gesamte Weltöffentlichkeit. Wir appellieren um Verständnis für die außergewöhnlichen Bedingungen, die in Polen entstanden sind, für die außergewöhnlichen Mittel, die notwendig geworden sind. Unsere Aktionen bedrohen niemanden. Sie haben ein Ziel: die Beseitigung der inneren Gefahren und damit die Verhütung von Gefahren für den Frieden und die internationale Zusammenarbeit. Wir beabsichtigen, die abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen einzuhalten. Wir möchten, daß das Wort Polen immer Achtung und Sympathie in Europa und in der Welt wecken möge.

Polinnen und Polen!

Brüder und Schwestern!

Ich wende mich an euch alle als Soldat, der sich gut an die Grausamkeit des Krieges erinnert. Möge in diesem gepeinigten Land, das schon so viel Not und Leiden erfahren hat, kein Tropfen polnischen Blutes fließen. Bannen wir durch gemeinsame Anstrengungen das Gespenst eines Bürgerkrieges. Errichten wir nicht dort Barrikaden, wo eine Brücke gebraucht wird.

Von der Haltung der Armee hängt alles ab

Ich wende mich an euch polnische Arbeiter. Verzichtet zugunsten des Vaterlandes auf euer unveräußerliches Recht des Streiks für die Zeit, die notwendig ist, die größten Schwierigkeiten zu überwinden!

Wir müssen alles tun, damit die Früchte eurer schweren Arbeit nicht umsonst waren.

Ich wende mich an euch, Brüder Bauern, laßt nicht zu, daß eure Landsleute Hunger leiden. Sorgt für die polnische Erde, damit sie uns alle ernähren kann.

Ich wende mich an euch, Bürger der älteren Generation. Laßt nicht zu, daß die Wahrheit über die Jahre des Krieges, über die schwere Zeit des Wiederaufbaus in Vergessenheit gerät. Übermittelt sie euren Söhnen und Enkeln, übermittelt ihnen euren glühenden Patriotismus, die Bereitschaft zu Entbehrungen zum Wohle des Vaterlandes.

Ich wende mich an euch, polnische Mütter, Ehefrauen und Schwestern. Unternehmt alles, damit in den polnischen Familien keine Tränen mehr vergossen werden.

Ich wende mich an die jungen Polinnen und Polen. Beweist staatsbürgerliche Reife und denkt ernsthaft an die eigene Zukunft, an die Zukunft des Vaterlandes.

Ich wende mich an euch, Lehrer, Wissenschaftler und Kulturschaffende, Ingenieure, Ärzte, Publizisten. Möge an dieser bedrohlichen Wende in unserer Geschichte der Verstand über ausufernde Emotionen, der intellektuelle Bestandteil des Patriotismus über trügerische Mythen siegen.

An euch wende ich mich, meine Waffenbrüder, Soldaten der polnischen Armee, im aktiven Wehrdienst und in der Reserve. Bleibt dem Eid treu, den ihr dem Vaterland für gute und schlechte Zeiten geleistet habt. Von eurer heutigen Haltung hängt das Schicksal des Landes ab.

Ich wende mich an euch, Angehörige der Miliz und des Sicherheitsdienstes. Schützt den Staat vor dem Feind, die Werktätigen vor Unrecht und Gewalt.

Diese schwere Prüfung müssen wir bestehen

Ich wende mich an alle Bürger. Eine Stunde schwerer Prüfung ist gekommen. Diese Prüfung müssen wir bestehen. Wir müssen beweisen, daß wir Polens wert sind.

Landsleute!

Vor dem ganzen polnischen Volk und der ganzen Welt möchte ich jene unsterblichen Worte wiederholen: „Noch ist Polen nicht verloren, solange wir leben!"

Zwischenüberschriften von der Redaktion

Polen: Das letzte Gefecht...?

Am Morgen des 13. Dezember übernahm in Polen ein „Militärrat der nationalen Errettung" die Staatsgewalt. In diesem Staatsstreich sahen die Herrschenden in Polen augescheinlich die letzte Rettung vor einem völligen Zusammenbruch der polnischen Gesellschaft und damit verbunden der staatlichen Souveränität. Die Situation in Polen vor dem Staatstreich glich einer Doppelherrschaft; die PVAP und der polnische Staatsapparat waren nicht in der Lage, ihre Politik mit den gewohnten Mitteln durchzusetzen; die Solidarnosc zögerte aufgrund der internationalen Situation vor einer Übernahme der Macht. Nichtsdestotrotz verschärfte sich die Situation in den letzten Wochen erheblich. Die Solidarnosc verlor zunehmend die Kontrolle über die Streikbewegung, der auf Konfrontation abzielende Flügel gewann an Einfluß. Dieser Entwicklung versuchte das Präsidium der Solidarnosc entgegenzuarbeiten, kam aber um Zugeständnisse an die sich radikalisierende Basis nicht herum. Auf die Drohung mit dem Kriegszustand bzw. mit „Sondervollmachten" und ihre Beantragung an das Sejm (Parlament) durch das ZK der PVAP am 28. November antwortete das Solidarnocs-Präsidium mit der Ankündigung eines Generalstreiks für den Fall, daß das Parlament diesem Antrag stattgäbe. Die katholische Kirche forderte das Sejm auf, auf Sondergesetze zu verzichten. Am 12. Dezember kündigte die Landeskommission der Solidarnosc für den 17. Dezember, den Tag der Sejm-Sitzung, landesweite Aktionen an, außerdem verlangte sie eine Volksabstimmung über das Vertrauen in die Regierung sowie freie Wahlen.

Aus dieser Situation sahen die Herrschenden Polens offensichtlich keinen anderen Ausweg als die Erklärung des „Kriegszustandes" unter Umgehung des Sejm.

Die Situation vor dem Staatsstreich

Eine neue Konfrontation zwischen der Regierung und der Solidarnosc zeichnete sich deutlich ab, als am 31. August drastische Preiserhöhungen für Lebensmittel bekanntgegeben wurden. Wenige Tage später begann der erste Kongreß der Solidarnosc (5. September), der u.a. einen Offenen Brief an die Werktätigen aller RgW-Staaten beschloß. Dieser Offene Brief wurde insbesondere von der SU zum Anlaß heftiger Verwünschungen genommen. Auf dem zweiten Teil des Solidarnosc-Kongresses Anfang Oktober setzte sich Walesa bei den Wahlen zum Vorsitz des Präsidiums nur knapp gegen radikaler auftretende Kandidaten (Gwiazda, Rulewski) durch. Der zweite Teil des Kongresses endete mit der Verabschiedung eines Forderungskatalogs, der die *„authentische Arbeiterselbstverwaltung"* sowie *„freie Wahlen zum Parlament und zu den örtlichen Volksräten"* verlangte (siehe AK 210). (Die Forderung nach freien Wahlen bedeutet die Abschaffung der Einheitslisten, wo Überraschungen sich höchstens in der Kommastelle hinter der neunundneunzig abspielen).

Am 18. Oktober wurde Kania zum Rücktritt gezwungen; Ministerpräsident Jaruzelski wurde erster Parteisekretär der PVAP. Damit wurde bereits ein Zeichen gesetzt: Ein General als Regierungs- und Parteichef. Am 26. Oktober gab die Regierung bekannt, daß „Operationsgruppen" der Armee die Kontrolle über die Wirtschaftsversorgung übernehmen würden. In rund 2000 Dörfer wurden sogenannte „Operationsgruppen" geschickt, wobei zunächst der rein wirtschaftliche Charakter ihrer Aufgaben hervorgehoben wurde.

Trotz der Apelle der Solidarnosc-Führung und des Sejm weitete sich Ende Oktober die spontane Streikwelle aus.

Stand die Solidarnosc-Führung bereits von Seiten der Basis unter Druck, kam von der Regierung nun der Vorschlag einer „Front der nationalen Verständigung", d.h. einer Institutionalisierung der Zusamenarbeit Regierung — Kirche — Solidarnosc. — Die Solidarnosc-Führung stand nunmehr vor einem echten Dilemma:

Allzu viel Kompromißbereitschaft gegenüber der Regierung beschwor die Gefahr herauf, vollständig die Kontrolle über die Streikbewegung zu verlieren und damit eine nicht abschätzbare Eskalation zu riskieren. Auf der anderen Seite drohte die Jaruzelski-Regierung bereits seit dem September konkret mit einem verschäften Vorgehen gegen die Solidarnosc, falls diese die „Anarchie" im Lande nicht eindämmen könne (Jaruzelski-Rede vor dem Sejm am 24. September).

Die Solidarnosc-Führung stellte als Bedingung für einen Eintritt in die „Front..." die Forderung nach einem Veto-Recht für die drei wichtigsten Institutionen (Regierung, Kirche, Solidarnosc) auf. Eine solche Regelung wäre de facto einer Koalitionsregierung gleichgekommen. Diese Forderung schien der Regierung unannehmbar; ein bedingungsloser Beitritt der Solidarnosc andererseits hätte bedeutet, daß sie sich selbst mitverantwortlich hätte machen lassen für die von ihr bekämpfte Politik; die endgültige Spaltung von Solidarnosc wäre das sichere Ergebnis eines solchen Schrittes gewesen.

Anfang Dezember (4.12.) tagte in Radom das Präsidium der Solidarnosc. Tonbänder dieser Sitzung gelangten an die Öffentlichkeit — wobei unklar ist, w e r dafür sorgte. Grundtenor der Sitzung war die Ansicht, daß sich die Konfrontation nicht länger vermeiden lasse, es wurde auch über die Bildung einer „Arbeitermiliz" und einer Übergangsregierung diskutiert („FAZ", 8.12. und 12.12.).

Die Situation in Polen schien an einem Punkt angelangt, wo die Machtfrage aktuell anstand. Die Herrschenden Polens hatten die Wahl, entweder freiwillig die Sessel zu räumen, was höchstwahrscheinlich einen Eingriff der Sowjetunion nach sich gezogen hätte, oder ihrerseits auf den Repressionsapparat zurückzugreifen, der trotz aller modernen und modernsten Staatstheorien letztendlich immer noch entscheidend ist.

Ein weiteres Taktieren war objektiv unmöglich geworden, denn die Jaruzelski-Regierung stand von drei Seiten unter zunehmendem Druck: Erstens von Seiten der Solidarnosc; zweitens von Seiten der SU und ihres Anhangs; und drittens von Seiten des Imperialismus, der mit gezielten ökonomischen Forderungen dem polnischen Staatsapparat eine Politik der Konfrontation aufzuzwingen versuchte (s.u.). Den Herrschenden Polens erschien der Militär-Coup als kleineres Übel. Darüber hinaus hat die polnische Armee eine noch (!!) unverbrauchte moralische Integrität im Volksbewußtsein und ist überhaupt die einzige Kraft, die unter Umständen einen Bürgerkrieg bzw. ein offenes Stellen der Machtfrage von der Arbeiterbewegung aus vermeiden könnte. Das war zumindest die Hoffnung der Herrschenden; man setzte darauf, daß ein großer Teil der Solidarnosc sich auf eine Zusammenarbeit mit dem Regime einlassen würde; man hoffte, daß es durch politische und ökonomische „Zugeständnisse" an diesen Teil möglich sein könnte, die Solidarnosc zu spalten, die „Radikalen" zu isolieren und auszuschalten. Dementsprechend war die Rede Jaruzelskis, in der er die Übernahme der Macht verkündete. Läßt man das Pathos beiseite, dürfte es durchaus realistisch sein, daß sich Polen „am Rande des Abgrunds" befand. Jaruzelski erklärte: *„Nicht Tage, sondern Stunden trennen uns von der nationalen Katastrophe"* — d.h. wohl von der faktischen Regierungsunfähigkeit und der Übernahme der Macht durch Truppen des Warschauer Pakts. Neben allgemeinen und seit Monaten gleichlautenden Anschuldigungen gegen die Solidarnosc hob Jaruzelski besonders die für den Tag der Sejm-Sitzung in Warschau geplante Demonstration hervor. Nach der sich auf die Niedermetzelung streikender Arbeiter 1970/71 beziehenden Aussage: *„Die Tragödie von damals darf sich nicht wiederholen"*, sagte Jaruzelski: *„Wir dürfen nicht zulassen, daß die angekündigten Demonstrationen der Funke werden, von dem aus das ganze Land in Flammen aufgehen kann"*.

Wesentlich zwei Argumente führte er an für die Übernahme der Macht:

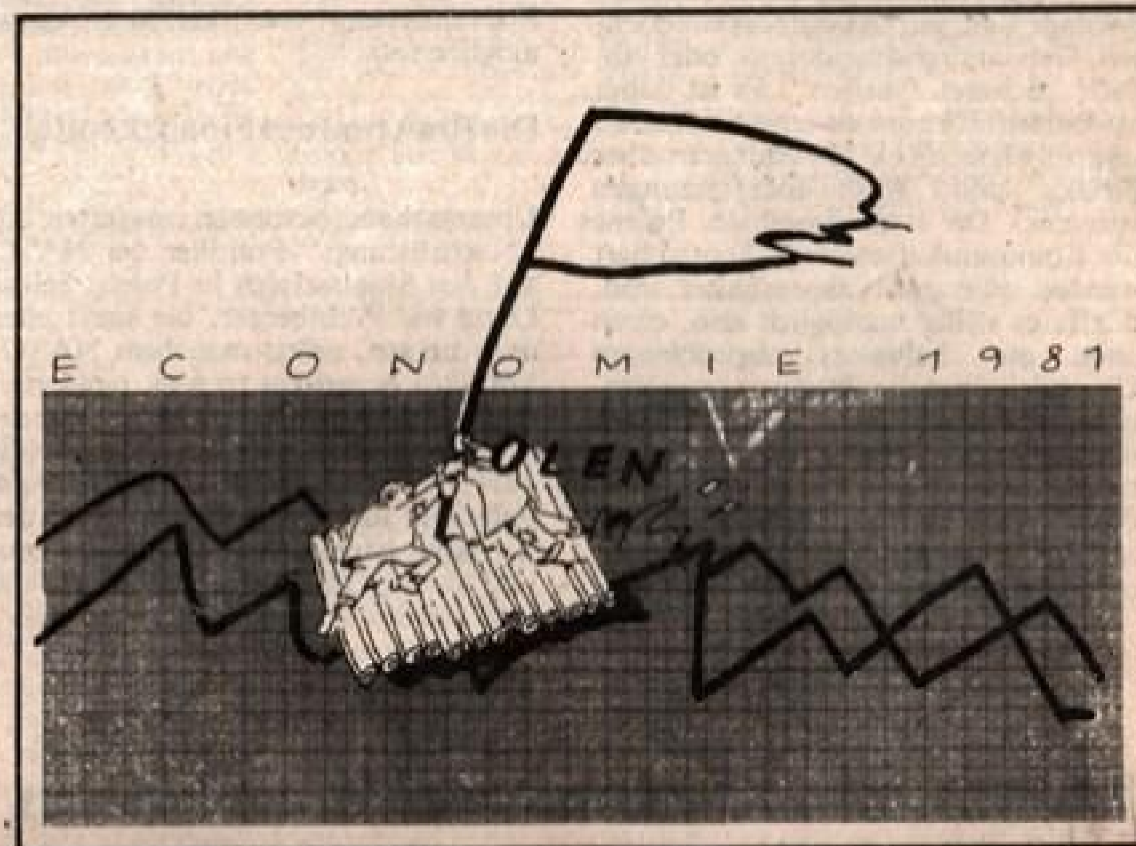
1. daß auf Verschulden der „Führer von Solidarnosc" die „Initiative der großen nationalen Verständigung" gescheitert sei; und
2. daß die Auseinandersetzung um die Frage der Sondervollmachten für die Regierung zum „Funken" zu werden drohe.

Neben dem üblichen Trara, man werde die Einschränkungen der Freiheiten zurücknehmen, sobald wieder Ruhe und Ordnung herrsche, versuchte Jaruzelski anzusetzen an dem polnischen Nationalismus und der Integrität der Armee: *„Unser Soldat hat saubere Hände. Er kennt keine Privatinteressen, sondern nur den harten Dienst"*. Zugleich versuchte er eine Ehrenrettung der zerfallenden PVAP: *„Trotz der begangenen Fehler und bitterer Niederlagen* (schluchz) *ist die Partei im Prozeß der historischen Umwandlung eine aktive und schöpferische Kraft gewesen"*. Das glaubt er wahrscheinlich selbst nicht; die Aussage ist wohl so zu verstehen, daß der Militärrat die PVAP nicht einfach beiseite schieben will, sondern diese zu restaurieren versuchen wird. Schließlich und endlich versprach Jaruzelski, es werde *„keine Rückkehr zu den fehlerhaften Methoden und Praktiken der Zeit vor dem August 1980"* geben. Er erklärte sogar die Bereitschaft, mit dem „gesunden Teil" der Solidarnosc zusammenzuarbeiten.

Um Entschlossenheit zur Abrechnung mit alten Fehlern zu demonstrieren, verhaftete der Militärrat Gierek und weitere Funktionäre „der Zeit vor dem August 1980". Die juristische Verfolgung dieser Funktionäre war seit langem eine Forderung der oppositionellen Kräfte in Polen gewesen.

Maßnahmen des „Militärrats der Nationalen Rettung"

Der Militärrat hat sofort einen Großteil der Solidarnosc-Führung einsperren lassen; jegliche gewerkschaftliche und politische Betätigung wurde verboten; die Nachrichtenverbindungen im Inland sowie zum Ausland wurden gekappt bzw. eingeschränkt; ein Versammlungsverbot und eine Ausgangssperre für die Nacht wurden verhängt. Die Verordnung umfaßt folgende Punkte (nach „taz" 14.12.):



Verordnung des Militärrats

Folgende Bekanntmachung wurde am Sonntag überall in Polen öffentlich angeschlagen und stündlich im Rundfunk ausgestrahlt:

1. Für die Zeit des Kriegsrechts dürfen keinerlei Versammlungen, Märsche, Demonstrationen, Sport- und Kulturveranstaltungen ohne vorherige Genehmigung stattfinden. Ausgenommen sind kirchliche Feiern in Gotteshäusern.

2. Verboten wird die Verbreitung aller Veröffentlichungen und Informationen, die öffentliche Aufführung künstlerischer Werke sowie die Benutzung von Druckmaschinen ohne vorherige Genehmigung.

3. Das Streikrecht und das Recht zu Protestaktionen sind suspendiert.

4. Alle Bürger sind verpflichtet, zu jeder Zeit Personalausweise bei sich zu tragen.

5. Jeder, der seinen Wohnort für mehr als 48 Stunden verläßt, benötigt eine Erlaubnis.

6. Die Tätigkeit aller Gewerkschaften, Vereinigungen und anderer Organisationen, deren Aktivität eine Bedrohung des Staates bedeutet, ist untersagt. Davon sind kirchliche und religiöse Organisationen ausgenommen.

7. Sämtliche Post sowie Telefongespräche werden überwacht.

8. Alle Besitzer von Sende- und Empfangsgeräten sind verpflichtet, diese bei den Behörden abzuliefern.

9. Besitzer von Schuß, Jagd- und Sportwaffen müssen diese abgeben.

10. Das Fotografieren und Filmen in bestimmten Bereichen ist untersagt.

11. Das Tragen bestimmter Uniformen und Abzeichen ist verboten.

12. Die Tätigkeit bestimmter Post- und Fernmeldeeinrichtungen wird untersagt oder eingeschränkt.

13. Die Beförderung von Personen durch Eisenbahn oder Flugzeuge wird untersagt oder eingeschränkt, desgleichen wird der Autoverkehr eingeschränkt.

14. Der Grenzverkehr von und nach Polen wird untersagt oder eingeschränkt.

15. Wer sich im Grenzgebiet aufhalten will, braucht eine Erlaubnis der Behörden.

16. Jede Art von Tourismus und Wassersport ist untersagt.

17. Reservisten können jederzeit zum aktiven Militärdienst einberufen werden.

18. Unter militärische Kontrolle werden jene Bereiche der Verwaltung und der Wirtschaft gestellt, die für Verteidigung und Sicherheit des Staates von besonderer Wichtigkeit sind.

Der Punkt 18 bedeutet konkret, daß wichtige Bereiche der Industrieproduktion militarisiert wurden, d.h. in diesen gilt das Militärrecht. Diese Art der ‚Befriedung' renitenter Arbeiter erfreut sich unter Putschisten weltweiter Beliebtheit; sie bedeutet die drakonischste Form der Unterdrükkung. (Im Kriegszustand steht auf Befehlsverweigerung die Todesstrafe.)

Taktisch begründet ist die bevorzugte Ausnahmestellung, die der Militärrat der Kirche einräumt. Hintergrund dieser Taktik ist die Tatsache, daß die polnische Kirche traditionell ihre eigenen politischen Interessen verfolgt und zur Solidarnosc ein eher taktisches Verhältnis hat. Die katholische Kirche verfolgte die Politik, die Solidarnosc zu unterstützen und zugleich als Vermittler zwischen Staat und Arbeiterbewegung aufzutreten. Die katholische Kirche schaffte es, aus den Arbeiterprotesten Kapital zu schlagen, indem sie für den Staatsapparat zu einer unverzichtbaren Stütze wurde. Der Militärrat kalkulierte, daß die katholische Kirche dieser Tradition treu bleiben würde. Erzbischof Glemp erklärte am Tage des Staatsstreichs: *„Ich bitte, und wenn ich auf Knien bitten muß: Fangt keinen Kampf zwischen Polen an. Werft Euer Leben nicht weg, Brüder, Arbeiter. Jeder Kopf, jedes Paar Hände* (und Knie! — AK) *aber wird für Polens Wiederaufbau gebraucht werden, der kommen muß und kommen wird, sobald das Kriegsrecht beendet ist"*; solange aber flehe er *„zu Gott, daß die Staatsmacht Maß hält, daß die Ordnungsorgane die Bürger achten* (gegen die sie gerade geputscht hatten — AK), *daß die Arbeiter und die Jugend Besonnenheit zeigen"* (‚FAZ', 15.12.). Daß sich die katholische Kirche ein derartiges Auftreten überhaupt leisten kann, liegt an der äußerst komplizierten Situation, in der sich die polnische Arbeiterbewegung befindet. Nicht allein der Staatsapparat hat ein Interesse an einer vermittelnden Kraft.

Solidarnosc im Dilemma

Die Solidarnosc hatte bereits seit geraumer Zeit mit der Möglichkeit einer von innen oder außen kommenden militärischen Aktion gerechnet. Aktuell hatte sie einen Generalstreik angekündigt für den Fall, daß durch eine Bewilligung von Sondervollmachten im Sejm ihre politischen Rechte eingeschränkt würden. Die Solidarnosc steht allerdings vor der besonderen Situation eines a k t u e l l drohenden Eingreifens der Warschauer-Pakt-Truppen. Dieser Widerspruch läßt sich auf die Formel bringen, daß ein sowjetischer Einmarsch umso wahrscheinlicher ist, je erfolgreicher der Widerstand gegen den Militärrat verläuft. Dieser Umstand bedeutet für das Jaruzelski-Regime ein zusätzliches Motiv für einen harten Kurs, denn den Herrschenden Polens ist völlig klar, daß ein sowjetischer Einmarsch in Polen unwiderruflich das Ende ihrer

Fortsetzung nächste Seite

Aufruf von Solidarnosc zum Widerstand

Ein Aufruf zum Widerstand gegen die Militär-Diktatur wurde am Sonntag/Montag im Namen von nicht-inhaftierten Mitgliedern des Landesausschusses der Solidarnošć verbreitet. Hier der Wortlaut des Aufrufs (nach „taz", 15.12.81 und „afp").

„Der Belagerungszustand wurde in unserem Lande ausgerufen. Massenverhaftungen von Führern und Aktivisten von Solidarnošć finden statt. In Betrachtziehung der Aktivitäten der polnischen Behörden vor den heutigen Ereignissen, hatte unsere Gewerkschaft ihre Vorkehrungen getroffen, die heute in Kraft treten. In Einklang mit den Resolutionen vom 4. Dezember von Radom und der des Landesausschusses vom 12. Dezember (in Gdansk) begegnen wir auf die Gewalt mit dem Generalstreik.

Keine Gewerkschaft, keine Organisation kann tatenlos zulassen, daß ihre Führer Opfer der Repression und ihrer Rechte beraubt werden, und zusehen, wie die bürgerlichen Freiheiten beschnitten werden. Indem wir diesen Streik eingehen, präzisieren wir, daß er nur unter den folgenden Bedingungen beendet werden kann: Freilassung aller inhaftierter Personen und Annullierung des Belagerungszustandes.

Nur bei Erfüllung dieser Bedingungen können wir Verhandlungen eingehen, um zu einer Plattform für eine Einigung zu gelangen. Wir erinnern gleichzeitig daran, daß diese Aktion in Übereinstimmung mit den Statuten von Solidarnošć und dem Interesse der Werktätigen beschlossen wurde. Indem wir diesen Streik eingehen, erinnern wir an die Notwendigkeit, Disziplin und Frieden unter Beweis zu stellen, das Eigentum des Staates zu respektieren und so weit wie möglich einen nicht-notwendigen Zusammenstoß mit den Sicherheitskräften zu vermeiden. Unsere Waffe ist die Ruhe, die Ehre und die Organisation in den Betrieben. Unsere Hoffnung ist die Einheit und die Solidarität aller Werktätigen Polens."

Fortsetzung von vorheriger Seite

Herrschaft bedeuten würde. Polen ist nicht die Tschechoslovakei; das polnische Volk kämpft seit Jahrhunderten abwechselnd gegen deutsche und russische Überfälle und Okkupationen.

Nach der Erklärung des Kriegszustandes rief ein provisorisches Komitee der Solidarnosc, das sich aus den nicht verhafteten Solidarnosc-Führern gebildet hatte, zum Generalstreik auf. Sicher ist, da es von den polnischen Medien und der TASS bestätigt wurde, daß es Streiks in einer Reihe von Großbetrieben gegeben hat, daß einige der Werften von den Arbeitern besetzt wurden. Sicher ist weiterhin, daß bei Kämpfen zwischen Armee/Miliz und streikenden Arbeitern mehrere Kollegen getötet und viele verletzt wurden. Radio Warschau bestätigte (lt. ‚Tagesschau' am 17.12.), daß es Kämpfe im Raum Katowice und auf den Werften der Ostküste gegeben hätte und sprach von sieben Toten und zahlreichen Verletzten.

In den meisten Fällen jedoch beruhen die Meldungen, da der Militärrat alle Medienverbindungen ins Ausland gekappt hat, auf Augenzeugenberichten, Geheimdienstmeldungen oder einfach „sicheren Quellen". Es ist daher im Einzelfall kaum zu entscheiden, ob und inwieweit die Meldungen über Streiks und Auseinandersetzungen stimmen. Da auch innerhalb Polens die Kommunikationswege kontrolliert werden oder ganz abgeschaltet sind, dürfte es völlig unmöglich sein, einen auch nur halbwegs abgesicherten Überblick über die Situation zu gewinnen. Offenkundig gehen die Militärs je nach Bedeutung der bestreikten Betriebe sehr unterschiedlich vor. Mit besonderer Härte wird anscheinend auf Streiks im Bergbau reagiert. Dies aus mehreren Gründen: Der akut drohende Kohlemangel würde die Stimmung in der Bevölkerung mit Sicherheit zur Explosion treiben; die Kohle ist wichtiger Bestandteil des Exportprogramms und die Haltung der westlichen Banken und Politiker gegenüber dem Militärrat wird wesentlich davon abhängen, ob dieser seinen außenwirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann; drittens schließlich handelt es sich bei den Gruben von Katowice um eines der wichtigsten Industriezentren und d.h. auch eine Zusammenballung großer Arbeitermassen. Nach Augenzeugenberichten stürmte Miliz und/oder Militär unter Einsatz von Tränengas das Solidarnosc-Gebäude in Katowice; die Lenin-Werft — sozusagen historische Hochburg der Solidarnosc — wurde unter Einsatz von Panzerfahrzeugen geräumt.

Es ist für uns überhaupt nicht einschätzbar, inwieweit es der Solidarnosc gelingt, organisatorische Verbindungen im regionalen oder nationalen Maßstab aufrechtzuerhalten bzw. neu aufzubauen. Es wird vermutlich einige Zeit dauern, bis überhaupt von einer Politik d e r Solidarnosc gesprochen werden kann; vorläufig dürfte die Koordinierung von Aktionen kaum möglich sein.

Die Reaktion des Finanzkapitals

Überraschend besonnen reagierten die „Nachrüstungs"-Politiker der NATO auf den Staatsstreich in Polen. Selbst Leute wie Weinberger, die sonst eher dazu neigen, selbst manchem NATO-Politiker zu radikal zu sein, reagierten maßvoll und mit Verständnis. Gleichzeitig kritisierten die Oppositionspolitiker, die sich als Nicht-Regierungspolitiker nicht an die Formel der „strikten Nicht-Einmischung" zu halten haben, mit herben Worten die Feigheit der Regierungen vor dem Feind. Die Koryphäen der Wachsamkeit (Strauß, Breszinski, Kissinger usw. usf.) übernahmen den Part der massiven Ausschlachtung der polnischen Krise. Diese Arbeitsteilung ergibt sich daraus, daß der Imperialismus bezüglich Polen verschiedene und schwer miteinander zu vereinbarende Interessen hat: Einerseits geht es um das Anheizen der polnischen Krise aus politischen und ideologischen Gründen; andererseits hat der Imperialismus aufgrund ökonomischer Interessen ein vitales Interessse an einer Beilegung der Streiks und einer Stabilisierung der Verhältnisse in Polen. Insbesondere über die Kreditverhandlungen mischt sich der Imperialismus offen in die polnischen Angelegenheiten ein, versucht er seinen Einfluß auf Polen auszubauen und zu festigen.

Die „Neue Ostpolitik" war ganz gezielt darauf angelegt, die RgW-Staaten ökonomisch zu destabilisieren, um auf diesem Wege den Einfluß der Sowjetunion zurückzudrängen. Parallel zu dem Versuch, über ökonomische Abhängigkeiten die RgW-Staaten dem Zugriff des Finanzkapitals zu öffnen, wurde und wird durch das von der NATO angeheizte Wettrüsten an der ökonomischen Zerrüttung des RgW gearbeitet. Die Devise war nicht etwa ‚Völkerversöhnung', sondern schlicht: Osthandel ist Krieg mit ökonomischen Mitteln. Befriedigt konstatierte das „Handelsblatt" bereits am 15.11.69: Polens „Wirtschaftsplän (1971-75) abhängig vom Westhandel".

Die ökonomische Abhängigkeit Polens wuchs rasch an, insbesondere, nachdem in den 70er Jahren Polen durch ein ehrgeiziges Industrialisierungsprogramm in eine Situation kam, neue Kredite aufnehmen zu müssen, allein um seine Zinsen aufzubringen. Diese vom Imperialismus bewußt angesteuerte Situation soll nun genutzt werden, Polens Entwicklung in eine vom Imperialismus diktierte Richtung zu zwingen. Über Weltbank und IWF (Internationaler Währungsfond) wer-
vom Imperialismus diktierte Richtung zu zwingen. Über Weltbank und IWF (Internationaler Währungsfond) wer-
den Polen Bedingungen gestellt, deren Intention die „Welt" prägnant zusammenfaßte: *„Durch strenge Auflagen zwingt der IWF praktisch die polnische Regierung, sich n a c h k a p i t a l i s t i s c h e n R e z e p t e n selbst aus dem Sumpf zu ziehen"*. Und: *„Es ist eine Liste* (von verlangten Angaben — AK) *ohne Ende, die genau zeigen wird, daß eine Zentralverwaltungswirtschaft nicht funktionieren kann"*. Der Antrag Polens auf Mitgliedschaft im IWF sei, so zitiert die „Welt" die US-Regierung, eine *„peinliche Niederlage für Moskau"*, der *„Bankrott des kommunistischen Wirtschaftssystems"* (12.11.).

Das nennt sich dann Politik der Nicht-Einmischung. Der Imperialismus reagierte unter anderem deshalb zunächst recht gelassen auf den Coup der Militärs, weil auch der neue „Militärrat" auf das IWF-Programm eingehen muß. Es ist sogar so, daß die Ausschaltung oder zumindest Eindämmung des Einflusses der Solidarnosc



" Nein zum Krieg"!
" Solange er nicht erklärt ist, hat man nicht das Recht, sie zu erschießen."

V o r a u s s e t z u n g für eine Realisierung der IWF-Forderungen ist, denn diese enthalten u.a. die „Überholung der Lohn- und Subventionsstrukturen" („Welt"), und gerade an letzterem scheiterte die Regierung Gierek/Babiuch: die IWF-Forderungen richten sich ganz eindeutig gegen die sozialen Forderungen der Solidarnosc. Der Imperialismus hat durch seine Forderungen die Konfrontaiton verursacht. Kein Wunder also, wenn die FAZ lakonisch bemerkt: *„Die Polen-Krise beeindruckt die Finanzmärkte kaum"* (15.12.). Wenn unter dem Deckmantel der Solidarität mit Solidarnosc die angebliche Nicht-Einmischung westlicher Regierungen beklagt und die NATO-Regierungen zu
Solidarnosc die angebliche Nicht-Einmischung westlicher Regierungen beklagt und die NATO-Regierungen zu
verstärktem Druck auf Jaruzelski aufgefordert werden, dann hat das mit Solidarität überhaupt nichts zu tun. Der Imperialismus übt Druck auf Polen aus, um s e i n e Interessen durchzusetzen, um Polen ökonomisch auszuplündern, um auf dem Wege der ökonomischen Destabilisierung den Einfluß der SU zu schwächen. D i e s e r Druck ist Bestandteil der Kriegsvorbereitungen und keineswegs etwas irgendwie unterstützenswertes.

Der Kampf hat erst begonnen...

Es ist wohl selbstverständlich, daß es in Polen tatsächlich keine Rückkehr zu den Zuständen vor dem August 1980 geben kann. Eine Arbeiterklasse, die eine solche Kampferfahrung und ein solches Bewußtsein ihrer Kraft gesammelt hat wie das polnische, läßt sich mit Gewalt allein nicht bezwingen.

Die ausgesprochen komplizierte und widersprüchliche Situation, in der sich der Widerstand in Polen entfalten muß, bringt auch Besonderheiten der Solidaritätsarbeit mit sich. Solidarität mit Solidarnosc muß sich gegen die drei Gegner der polnischen Arbeiterklasse richten: gegen das Jaruzelski-Regime, gegen die Großmachtpolitik der SU und gegen den Imperialismus. Für uns, als Kommunisten in der BRD und d.h. in dem in Polen ökonomisch engagiertesten imperialistischen Land, muß es besonders darauf ankommen, eine Trennungslinie zu denen zu ziehen, die die Solidarnosc für ihre eigenen Großmachtinteressen zu instrumentalisieren trachten, für die die Solidarnosc bloß ein Spielball der Weltdiplomatie ist. Eine Zusammenarbeit mit ‚staatstragenden' Kräften kommt nicht in Frage. Politisch falsch
Weltdiplomatie ist. Eine Zusammenarbeit mit ‚staatstragenden' Kräften kommt nicht in Frage. Politisch falsch
ist auch die insbesondere von verschiedenen Polen-Komitees verfolgte Linie, den DGB als solchen zum Hauptansprechpartner der Solidaritätsarbeit zu machen. SPD und DGB sind alles andere als konsequente Antiimperialisten und Arbeitervertreter; diesen Kräften die Hegemonie in der Solidaritätsarbeit hinterherzuwerfen, bedeutet nichts anderes, als die Solidaritätsarbeit den Interessen des BRD-Kapitals unterzuordnen.

In der gegebenen Situation wäre selbst eine Solidarnosc-Regierung in Polen abhängig von Weltbank und IWF. Anzunehmen, diese würden eine solche Regierung zu Lasten der eigenen ökonomischen Interessen unterstützen, wäre völlig naiv. Die Selbstbestimmung des polnischen Volkes ist langfristig nur zu erreichen, wenn sowohl die Großmachtpolitik der Sowjetunion als auch des Imperialismus beseitigt werden kann. Letzteres ist unser Job.

J., RgW-Kommission

Die letzte Solidarnosc-Resolution vor dem Ausnahmezustand

In der Nacht von Samstag auf Sonntag, wenige Stunden vor Bekanntgabe des Ausnahmezustands, beschloß der Landesausschuß der Solidarność in Gdansk folgende Resolution (nach „taz", 15.12.81).

„Die Landeskommission unterstützt die in Radom eingenommene Haltung des Präsidiums, und diese Haltung ist zur Haltung der ganzen Gewerkschaft geworden. Falls der Sejm (das polnische Parlament) außerordentliche Maßnahmen billigt, wird an dem der Parlamentssitzung folgenden nächsten Arbeitstag ein Generalstreik beginnen.

Falls der Sejm (solchen Maßnahmen) am 21. Dezember zustimmt, wird der Streik gleich nach Weihnachten anfangen.

In dem Fall, daß außerordentliche Mittel und Vergeltungsmaßnahmen gegen Fabrik-Belegschaften ergriffen werden, sollten Gewerkschaftsmitglieder nicht auf Anweisungen von der Gewerkschaft warten, sondern sofort in den Streik treten.

Die Landeskommission tritt für ein Referendum über die grundlegenden Probleme hinsichtlich der Einschätzung und Bestätigung der Verwaltung, einer Erneuerung der gesetzgebenden und repräsentativen Körperschaften ein.

Die Landeskommission ersucht das Präsidium, das Amt eines Beauftragten für die Probleme eines Referendums zu schaffen. Er soll das Referendum vorbereiten, das nicht später als am 15. Februar 1982 stattfinden sollte".

Polen: Ein interessantes Dokument:

„... denken wir an das stürmische Jahr zurück, das unsere Nation und unser Volk durchmachten ...

Es ist ein außergewöhnliches Jahr in der Geschichte unserer Völker und unseres Staates. Das Ergebnis all dieser Kämpfe stellt die tiefgreifende Krise bei uns dar, eine politische und ökonomische Krise, eine Krise der Gesellschaft, eine Krise der außenpolitischen Beziehungen, die sogar auch in den moralischen Bereich übergreift. Unsere Menschen empfinden Unsicherheit, häufig gerieten sie auch bis an den Rand katastrophaler Situationen ...

Die letzten Jahre, man kann auch sagen die letzten Jahrzehnte, waren durch mannigfaltige Deformationen, insbesondere durch Deformationen der sozialistischen Demokratie, gekennzeichnet. Die Menschen erfuhren viel Ungerechtigkeit und Unrecht. Schließlich hat auch die Art und Weise, wie unser Staat und unsere Partei geführt wurden, zur Erstarrung, Inflexibilität geführt und die Unzufriedenheit breiter Schichten unserer Bevölkerung hervorgerufen ...

... Die Wende in der innenpolitischen Entwicklung bei uns ... als die Führung der Partei, ihr Zentralkomitee und dann auch die anderen gesellschaftlichen und staatlichen Organe beschlossen, die alten Fehler, Ungerechtigkeiten und Deformationen zu beseitigen und zugleich nach einem neuen Gehalt der sozialistischen Demokratie zu suchen, bleibt für immer ein bedeutender Markstein in der Entwicklung unserer Völker. Er war notwendig ...

Unser Weg wurde jedoch auch von Erscheinungen begleitet, die nicht richtig sind und die für unsere Entwicklung sehr gefährlich waren. Es eröffnete sich der Raum auch für oppositionelle Kräfte, die sich fortschreitend zu organisieren begannen und in unser öffentliches Leben vorgestoßen sind. Obgleich sich die antisozialistischen Kräfte manchmal zur Losung des Sozialismus formal bekannten, oder sich hinter dieser versteckten, stießen sie in zahlreichen Fällen direkt gegen die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft, gegen die Stellung der kommunistischen Partei, der Arbeiterklasse und dergleichen vor. Sie hausierten mit den Schlagworten Freiheit und Demokratie, sie drängten die Parteiführung in Situationen hinein, die für unseren Staat gefahrdrohend waren, und manövrierten mittels einiger gesellschaftlicher Großaktionen ... unseren Staat in eine überaus gefährliche Lage.

Wir müssen uns nunmehr die Frage stellen, wie es weitergehen soll, wie wir in unserem Staat weiter fortfahren sollen. Dürfen wir auch weiterhin Tendenzen zulassen, die zur inneren Unruhe, Unsicherheit oder gar zur Zersetzung führen – Tendenzen, die unter bestimmten Umständen unmittelbar in einen Bürgerkrieg bei uns ausmünden und fortwährend internationale Komplikationen herbeiführen könnten? Oder sollen wir nach einem Weg zur Beruhigung der Lage suchen und in Ruhe darüber nachdenken, über unsere Probleme und über unsere Lösungen nachdenken? ...

Hierzu ist eine Konzeption und eine feste Führung erforderlich ...

Einige Menschen spekulieren vergeblich darüber, daß es sich um eine Art Rückkehr in die fünfziger Jahre oder zum alten Regime handelt. Es geht um nichts ähnliches. Jeder Staat muß in krisenhaftigen Situationen durch Festigkeit die Situation beruhigen. Anders ist es nicht möglich. Wir wollen in unserem Staat Ruhe für unsere Werktätigen und zugleich Sicherheit erreichen ...

Die Freiheit haben wir besonders betont, und dies ist in der Tat richtig. Bürger, Volk und Staat müssen ihre Freiheit hüten, sie müssen sie gewährleistet haben. Doch die andere Seite der Freiheit ist bewußte Disziplin, bestimmte Regeln und Ordnung, ohne die eine moderne kulturelle Industriegesellschaft einfach nicht existieren kann. Der heutige Zustand kann niemanden von uns befriedigen ...

Nach der erfolgten Beruhigung unserer Situation in der Heimat, oder, wenn sie das Wort verwenden wollen, das in der letzten Zeit so häufig gebraucht wird, nach der erfolgten Normalisierung und Stabilisierung der Verhältnisse bei uns daheim, nach der erfolgten Beruhigung und Regelung unserer Beziehungen zum Ausland werden wir auch alle übrigen Probleme lösen ... Ich wünsche Ihnen ... viel Glück im privaten Leben und viele Erfolge".

Diese Äußerungen sind nicht etwa der Rede von Armeegeneral W. Jaruzelski anläßlich seines Staatsstreichs am 13. Dezember entnommen. Sie stammen vielmehr von Jaruzelskis Kollegen G u s t a v H u s a k (CSSR) und zwar aus einer Rundfunk- und Fernsehansprache Husaks zum **1. Mai 1969**, ein Dreivierteljahr nach der sowjetischen Militärintervention (1).

Die erwähnte „Normalisierung" in der CSSR mit Massenverhaftungen, Massenausschlüssen aus der KP, ist seit rund zehn Jahren abgeschlossen. Nach wie vor herrschen in der CSSR Streikverbot, totales Macht- und Informationsmonopol der Parteibürokratie, Verbot von Reisen ins kapitalistische Ausland; oppositionelle Sozialisten und Demokraten wurden und werden zu bis zu fünfjährigen Knaststrafen verurteilt.

I n P o l e n dürfte für die herrschende militärbürokratische Diktatur eine „Normalisierung" à la CSSR jedoch erheblich schwieriger zu bewerkstelligen sein. Die Arbeiterklasse und das Volk Polens haben eine lange Tradition des Kampfes gegen in- und ausländische Unterdrücker. Diese Tradition reicht von den bewaffneten Aufständen gegen die russischen zaristischen Besatzer im 19. Jahrhundert über die Massenstreiks Hunderttausender Arbeiter gegen die kapitalistische Militärdiktatur von Pilsudski & Co. in den 30er Jahren und den Kampf gegen die Nazi-Okkupanten im Zweiten Weltkrieg bis zu den Arbeiterkämpfen gegen die neue bürokratische Klasse seit den fünfziger Jahren (womit ich das derzeitige polnische Regime trotz allem natürlich nicht mit den Nazi-Besatzern auf eine Stufe stellen möchte!).

Die Solidarität mit dem Kampf der polnischen Arbeiterklasse gegen das Militärregime sollte heute für jeden Sozialisten, Gewerkschafter und Demokraten selbstverständlich sein. Auch und gerade in unserem Land, dessen herrschende Klasse das polnische Volk vor nur wenigen Jahrzehnten mit einem völkermörderischen Ausrottungskrieg überzog und heute wieder in nicht unerheblichem Maße an der Ausbeutung der polnischen Werktätigen beteiligt ist.

U., RGW-Kommission

Anmerkungen

1 Gustav Husak: Die Tschechoslowakei für Frieden und Sozialismus, Ausgewählte Reden 1944-1977, Frankfurt am Main, 1978, S. 64 ff.

Gewerkschaftspolitik Marke DKP

Aus gegebenem Anlaß dokumentieren wir hier einen Artikel aus der Nr. 11/81 der Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik". Die Zeitschrift wendet sich an linke Gewerkschafter und vermeidet im allgemeinen allzu deutliche Zeichen von DKP-Abhängigkeit. Diese Grundorientierung wird allerdings fallengelassen, sobald Prinzipien-Fragen der DKP auf dem Spiel stehen. Der von uns nachgedruckte Artikel zu Polen zeigt das sehr deutlich.

Wie jemand hierzulande Gewerkschaftspolitik machen will, der sich anderswo über „die ewigen Streiks" empört und der in reinen Kapitalisten-Kategorien denkt (Arbeitswillige werden von bösen Unruhestiftern mit Gewalt zum Streiken gezwungen) – das läßt sich wohl bloß mit sehr viel Schizophrenie erklären.

aus: „UZ" vom 15.12.1981

Polen braucht Stabilität, Europa braucht Sicherheit

Erklärung des Präsidiums des Parteivorstands der DKP

Die Entwicklung in Polen in den vergangenen Monaten hat nicht nur uns Kommunisten, sondern breite Kreise unserer Bevölkerung mit wachsender Sorge erfüllt. Jeder konnte sehen, daß Polen von unverantwortlichen Elementen in die wirtschaftliche Katastrophe getrieben wurde. Sie machten aus ihrer Absicht kein Hehl, die Grundlagen der sozialistischen Ordnung zu untergraben und letztlich den Sozialismus zu beseitigen. Das wurde in den jüngsten Tagen durch bekanntgewordene Tonbandaufzeichnungen belegt. Mit eindeutigen Aufrufen haben die extremen Kräfte von „Solidarnosc" für diese Woche Aktionen vorbereitet, die das Land in den Bürgerkrieg gestürzt hätten. Das hätte unabsehbare Folgen auch für Frieden und Sicherheit in Europa.

Der jetzt gebildete Militärrat verfolgt mit den von ihm getroffenen Maßnahmen das Ziel, Polen vor diesem Abgrund zu bewahren, die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen. Es sollen Garantien geschaffen werden, die es ermöglichen, normale Verhältnisse im Lande wieder herzustellen und die Versorgung der Bevölkerung Schritt um Schritt zu verbessern. Die Maßnahmen verfolgen, wie der Militärrat erklärt, das Ziel, den Sozialismus zu sichern und zugleich dafür Sorge zu tragen, daß es keine Rückkehr zu den fehlerhaften Methoden und Praktiken der Zeit vor dem August 1980 gibt. Mit Recht erklärte General Jaruzelski, daß in der Situation, da das Land mit einer Katastrophe konfrontiert ist, Untätigkeit ein Verbrechen gegenüber dem Volke wäre.

Angesichts der Bemühungen der Führung Polens, der Bedrohung des Landes ein Ende zu setzen, erklärt die DKP:

Wir unterstützen alles, was der Konsolidierung des Sozialismus in Polen und damit der Entspannung und Sicherheit in Europa dient. Wir wenden uns gegen alles, was die Situation und den bisherigen gefährlichen Zustand in Polen verschärfen soll.

Trotz häufiger Beteuerungen, sich nicht in Polen einzumischen, haben viele politische Kreise des Westens, vornehmlich auch aus unserem Lande, eindeutig diejenigen Kräfte in Polen unterstützt, die den Sozialismus angreifen, die Wirtschaft ruinieren und die Versorgung der Bevölkerung sabotieren. Wenn diese Kreise das souveräne Recht der Führung Polens, entschiedene Maßnahmen für die Normalisierung des Lebens zu ergreifen, bestreiten und ihre Einmischung fortsetzen wollen, dann beweisen sie damit nur, daß sie an einer Vertiefung der Spannungen und an einer weiteren Gefährdung der Lebensbedingungen der polnischen Bevölkerung interessiert sind.

Es kann nicht im Interesse unseres Volkes liegen, daß in Polen die Anarchie vorangetrieben wird. Es ist offensichtlich, daß dies die wärmste Unterstützung gerade von Kräften hierzulande findet, die unserer Bevölkerung mit Hochrüstung und Rotstiftpolitik neue Bedrohungen und Belastungen auferlegen.

Wir Kommunisten der Bundesrepublik befürworten es, wenn die dem Sozialismus verbundenen Kräfte Polens sagen: Polen war, ist und bleibt ein sozialistisches Land. Wir wissen, daß nur dies die Grundlage für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Polens und zugleich ein wichtiger Faktor für die Sicherheit und den Frieden in Europa und der Welt ist.

Wir wenden uns an alle demokratisch und friedlich gesonnenen Bürger unseres Landes, diese grundlegende Tatsache zu bedenken, wenn die Reaktion jetzt ihre Angriffe auf die sozialistischen Kräfte Polens verschärft.

Wirkliche Solidarität heißt jetzt: Solidarität mit den Kräften, die Polen retten, die Hunger und Chaos bekämpfen, die Bedingungen dafür schaffen wollen, daß sich sozialistische Demokratie entfalten kann und echte gewerkschaftliche Arbeit wieder möglich wird.

Wir teilen die Hoffnung vieler Menschen, daß Polen zu einem normalen Leben auf seinem sozialistischen Wege zurückfindet.

„Solidarnosc" will die Macht
Chaos nach chilenischem Muster

Der Gdansker Kongreß der polnischen Organisation „Solidarnosc" und die Wochen danach haben auch für außenstehende Beobachter sehr viel mehr Klarheit über die Absichten dieser oppositionellen Vereinigung gebracht als die Zeit davor. Die offen konterrevolutionäre Organisation KOR hat sich während des Kongresses selbst aufgelöst mit der Begründung, daß „Solidarnosc" die KOR-Zielsetzungen mit abdecke. Erklärungen Walesas und anderer, daß die Kommunistische Partei keine Existenzberechtigung mehr habe, Forderungen nach sogenannten freien Wahlen, nach Abschaffung des zentralen staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der militante Wirtschaftsboykott weisen die „Solidarnosc"-Führung als unversöhnliche Feinde des Sozialismus aus, die immer mehr die anfängliche gewerkschaftliche Verkleidung ablegen.

Andererseits aber scheinen sich auch in der Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und im Regierungslager jene Kräfte mehr nach vorn zu schieben, die keinen Spielraum mehr für weiteres Zurückweichen vor „Solidarnosc" sehen, weil keiner mehr da ist, ohne den sozialistischen Charakter der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung selbst aufzugeben. Mit der Ersetzung Kanias durch Jaruzelski an der PVAP-Spitze sollte dies offenbar sowohl nach innen als auch nach außen signalisiert werden.

Gerade in den letzten Oktobertagen, im Zusammenhang mit dem landesweiten einstündigen Streik, ist dieser neue Akzent sichtbar geworden. Auf Partei- und Regierungsseite wird nicht mehr nur geredet, sondern auch gehandelt. Anzeichen dafür sind der Einsatz der unter Leitung von Berufsoffizieren stehenden „Operativgruppen" der Armee zur Sicherung der Versorgung, die Ankündigung und Vorbereitung eines zeitweiligen Verbots von Streiks, die in der zerrütteten Wirtschaftssituation auch von immer größeren Teilen der Bevölkerung als „Streikterror" empfunden werden, sowie die Verbreiterung der Regierungsbasis durch Erweiterung des Bündnisses in der „Nationalen Front".

Anzeichen für das Ersetzen von Reden durch Handlung war auch der Austritt von Mitgliedern des Zentralkomitees der PVAP aus „Solidarnosc". Jaruzelski kennzeichnete die Streiktaktik von „Solidarnosc" so: „Immer wenn die Partei wieder Kräfte konsolidiert, wenn die Staatsmacht mit neuen, chancenreichen Bemühungen beginnt, fängt wie auf Bestellung der quälende, hetzende und vernichtende Tanz von Streiks, Protesten und mannigfaltigen Spannungen von neuem an." Die Phase, in der es in PVAP- und Staatsführung überwiegend Illusionen und falsche Hoffnungen über den Charakter und die wirklichen Zielsetzungen der „Solidarnosc"-Führer gab, scheint zu Ende zu gehen.

Zu Ende geht offenbar auch die Geduld und Gutgläubigkeit von Millionen Polen. Der sogenannte Generalstreik von Ende Oktober war längst nicht mehr geschlossen. Nur unter Gewaltanwendung durch „Solidarnosc"-Leute gegen Arbeiter, die der ewigen Streiks müde sind, konnten mancherorts überhaupt noch Produktionsstillegungen erfolgen. Hunderttausende anfängliche „Solidarnosc"-Anhänger sind in den letzten Wochen zu den weiterbestehenden früheren Gewerkschaften, den Branchengewerkschaften, zurückgekehrt (siehe auch „Welt der Arbeit" vom 29. Oktober). Immer mehr Polen begreifen, daß die heutige katastrophale Lage längst nicht mehr direkte Folge früherer Partei- und Regierungsfehler ist, sondern von antisozialistischen Kräften bewußt herbeigeführt und verschlimmert wird nach der Devise „Je schlimmer, desto besser", mit der auch in Chile von der Konterrevolution gegen die Regierung Allende vorgegangen worden war.

Die ökonomischen Folgen dieser Taktik, die die Unzufriedenheit aufgrund voraufgegangener Fehler ausnutzt, sind schon jetzt verheerend. Die Industrieproduktion in den ersten neun Monaten dieses Jahres sank um fast 14 Prozent ab. Die Förderung von Steinkohle, dem wichtigsten Exportartikel Polens, ging um fast 20 Prozent zurück; es sieht so aus, als ob nicht mal der Eigenbedarf für den Winter gedeckt werden kann. Der Wohnungsbau sinkt, die privaten Kleinbauern, die die Struktur der Landwirtschaft bestimmen, liefern immer weniger Schlachtvieh und andere Produkte an den Staat ab. Aber die Löhne und Gehälter wurden im gleichen Zeitraum um 24,4 Prozent hochgedrückt.

In der „Solidarnosc"-Führung vollzieht sich augenscheinlich gegenwärtig ein schneller Differenzierungsprozeß. Während der Walesa-Flügel jenen Teil der antisozialistischen Kräfte verkörpert, der aus den Niederlagen der Konterrevolutionen in Ungarn und der CSSR gelernt hat, drängen die militantesten Kräfte, die den sozialistischen Staat lieber heute als morgen kaputtschlagen möchten, auf eine schnelle Entscheidung im Kampf um die Macht. So erklären sich die Streikaktionen in den Schwerpunkten der Industrie wie Kohle und Stahl, die selbst gegen den erklärten Willen Walesas weitergingen.

Sicher dürfte jedoch sein, daß der Zustand labiler Machtverhältnisse, wie er seit über einem Jahr in Polen herrscht, dem Ende entgegengeht. Und es werden PVAP und die Staatsmacht sein müssen, die die Lage durch entschlossenes Handeln zugunsten des Sozialismus zu klären haben. G. Siebert

Peinliches in der taz ...

Von der „taz" ist man ja einiges gewohnt, aber der Kommentar von M.T.Mehr in der „taz" vom 16.12. überbietet so ungefähr alles.

Da kommt zunächst die alte „KPD"-These, die die nicht-„antihegemonistische" Linke umstandslos für apeasement-verseuchte Angsthasen erklärt: *„Diese Friedenstauben* (gemeint sind die 300000 von Bonn) *lassen sich einlullen, sich von den Weltuntergangsaposteln im Bündnis mit der DKP und Schmidt•Honecker völlig entpolitisieren. ... Entspannungs- und Friedenspolitik heißt für sie: die Hegemonie der beiden 'Supermächte' über ihren jeweils klar abgesteckten politischen Block muß erhalten bleiben. ... Diese Art von Entspannungspolitik läßt sich am besten betreiben, wenn in Ländern beider Blöcke Ruhe und Ordnung herrschen".*

Die aufgelöste „KPD" hat allerdings nie gewagt, die Konsequenz solcher Überlegungen so offen zu benennen wie der „taz"-Kommentar. Es heißt dort wörtlich: *„Als 1939 die deutsche Reichswehr Polen überfiel, waren es Frankreich und England, die Deutschland den Krieg erklärten. In Frankreich gibt es eben ein historisch ungebrochenes, nicht teilbares politisches Selbstverständnis von Freiheitsrechten in der Geschichte und heute".*

Frankreich und England erklärten einem imperialistischen Konkurrenten den Krieg, wobei dessen Überfall auf Polen willkommener Anlaß war, die eigenen imperialistischen Ziele zu verschleiern und unter dem Deckmantel der Verteidigung Polens die eigene Bevölkerung ideologisch in Kriegsstimmung zu versetzen. Tatsächlich könnte eine Eskalation — eine sowjetische Intervention in Polen — für die NATO heute eine ähnliche Funktion erfüllen. Der Kommentar in der „taz" zeigt nur allzu klar, wie leicht Teile der Linken, der Friedensbewegung dem ideologischen Druck nachgeben werden und vor lauter edler Freiheitsliebe zu offenen Vertretern der ideologischen Kriegsvorbereitung werden bzw. werden können. Kein imperialistischer Staat setzt seine Machtmittel für die Freiheit irgendeines Volkes ein, sondern allein für seine eigenen imperialistischen Interessen und nur für diese. Polen unter der Schirmherrschaft der NATO — das hieße Rückeroberung der „deutschen Ostgebiete", das hieße, daß die Front zum dritten Male mitten durch Polen ginge. Wer ernsthaft die Einmischung der NATO in die polnischen Angelegenheiten fordert, fällt dem Kampf der Solidarnosc um soziale Reformen und nationale Selbstbestimmung in den Rücken.

J., RgW-Kommission

Presseerklärung der GAL Münster

Die Grüne Alternative Liste und der Kreisverband „Die Grünen" Münster sind bestürzt über die Verhängung des Kriegsrechtes in Polen und befürchten eine andauernde Einschränkung der erkämpften Rechte (z.B. das Recht auf Bildung freier Gewerkschaften, das Recht auf Streik) durch Staat und Militär.
Wir bekunden unsere Solidarität mit der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität", die sich in der Vergangenheit in einem bewundernswerten Kampf für eine fortschreitende Demokratisierung eingesetzt hat.
Wir sind betroffen darüber, daß die polnische Regierung nicht zu ihrem Wort in den Danziger Vereinbarungen steht, sondern stattdessen auf eine Art und Weise, die wir sonst nur von Militärdiktaturen kennen, alle demokratischen Rechte außer Kraft gesetzt hat.
Angesichts der Ausrufung des Kriegsrechts vor dem Hintergrund einer drohenden Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten, insbesondere der Sowjetunion, fordern wir die bedingungslose Respektierung des Selbstbestimmungsrechts des polnischen Volkes.
In diesen Stunden gilt unsere Solidarität den Menschen in Polen, denen wir wünschen, daß sie weiterkommen auf ihrem Weg zu freien Gewerkschaften, mehr Demokratie, nationaler Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.



Demonstration in Hamburg am 18.12.81: „Solidarität mit Solidarnosc

Mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes durch die polnische Regierung ist dort genau jener Zustand eingetreten, den der KBW seinerzeit in der Türkei so staatsmännisch-verständnisvoll begrüßte: „Rechtsextremisten" (Girek u.a.) und „Linksextremisten" (verschiedene Gewerkschaftsführer) wurden im Interesse der Verhinderung eines Bürgerkrieges unter Hinweis auf die Liebe zur Nation eingesperrt. Die Sowjetunion braucht vorerst nicht zu intervenieren, wovon ihr der Westen in bekannter Nichteinmischungsmanier dringend abgeraten hat. Dem Westen bleibt der polnische Staat und damit ein Schuldner erster Güte erhalten, weshalb er seine existierende völlige Kontrolle über die polnische Wirtschaft unter dem Hinweis weiterführt, die Polen müßten ihre Streitigkeiten selber und souverän austragen. Die Erhaltung Polens als profitabler Krisenherd steht obenan.

Offener Brief

Imperialistischer Mythos des Hungers

An die Unterzeichner und Initiatoren des „Ärzte-Aufrufs" zur Polen-Sammlung



Verehrte Weißkittel,
euren von Sorge getragenen selbstlosen Hilfeschrei haben wir verspätet in der KVZ vom 4.12.81 gefunden. Eingeordnet ist euer Aufruf dort durch einen Herrn Koenen, den bekannten Polen-Experten (wann schreibt er endlich wie Horlemann auch in der „Zeit"?), der zuerst einmal klarstellt, was mit eurem Aufruf alles bezweckt ist, nämlich „nach dem Vorbild der Bremer Werftarbeiter" im DGB die Päckchen-Verschickerei anzukurbeln. Dabei übersieht ihr interessiert, daß der DGB doch längst im Geschäft ist mit der Polen-Solidarität. Abgesehen von etlichen Spenden stellt er doch in jeder „Quelle"-Ausgabe klar, daß Polen beweise, was der westdeutsche Arbeiter an seinem Bundeswehr-verbundenen DGB hat. Aber das nur am Rande. Daß eure Päckchen-Aktion sowas wie „Solidarität der Arbeiter" ist, werden wir im folgenden bezweifeln. Erstmal soviel: Proletarischer Inter-Nationalismus, wie Arbeiter-Solidarität auch genannt wird, hatte mal als ersten **Ausgangspunkt** die Kampfansage an die eigene Bourgeoisie. Im Gegensatz zu dem Internationalismus, den Marx richtig an der seinerzeitigen Freihandelspartei kritisierte.

Im folgenden wollen wir euch ein paar Tips über polnische Versorgungsschwierigkeiten geben, deren Beherzigung mit Sicherheit zur Einstellung der Sammlung führen müßte und damit Kräfte freisetzen würde, die durch den Kampf gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie etwas dazu beitragen könnten, den Polen einen gut gedeckten christlichen Weihnachtstisch zu bescheren. Unsere Zeilen solltet ihr aber nicht erst lesen, wenn ihr unterm Tannenbaum nach dem Verzehr der im Kaufhof billig erstandenen polnischen Weihnachtsgans gerade die (noch billigeren) polnischen Heidelbeeren zum Nachtisch löffelt. Dann denkt ihr nämlich mit Sicherheit nicht an die kapitalistische Ursache für polnische Billigwaren, die z.T. unter dem Herstellerpreis verkauft werden und übrigens drüben die „Lücken" reißen.

Es ist schon ein einmaliges Vorkommnis: Milliardenkredite aus dem Westen und Millionenkredite aus dem Osten werden am laufenden Band einem Staat gewährt, dessen Arbeiterklasse einen Aufstand macht. Ost und West verhindern solidarisch den Staatsbankrott in Polen. Kreditvergabe also aus Humanismus oder zwecks brüderlicher Hilfe? Keineswegs! Kreditiert wird der polnische **Staat**, ein in Bankerkreisen geachteter Schuldner, der entweder pünktlich zahlt oder bei Zahlungsschwierigkeiten wie im März 81 **politisch** zahlt, und als Anbieter von rentablen Ausbeutungsbedingungen großen Respekt verdient. Kreditiert wird dieses „Energie und Rohstoffausführland", um das profitable Polengeschäft nicht kurzsichtigerweise an sowas lächerlichem wie momentanen Zahlungsproblemen scheitern zu lassen. Solange der polnische Staat mit Rohstoffen, Lebensmitteln und Arbeitskräften seine Kreditschulden begleicht, ist nämlich der Westen der eigentliche Gewinner der polnischen Herrschaftskrise.

Revanchismus geht heute halt anders, als es der KBW noch vor zwei Jahren annahm, als er sich diesen **ausschließlich** als Wille zur Eroberung des dortigen **Territoriums** ausmalte. Was sind schon ein paar tausend Hektar Ostpreußen gegen die massive Verbindlichkeit eines ganzen Staatswesen, das zwecks Schuldentilgung zunehmend die westlichen Ansprüche in seiner Wirtschaftspolitik berücksichtigen muß, indem es sie unmittelbar zum **Inhalt der eigenen 5-Jahrespläne macht.** Nachdem im März '81 Polen **Zahlungsunfähigkeit** angemeldet hatte und um eine Konferenz mit den 15 wichtigsten westlichen Gläubigerländern bat, erklärten diese, die Tilgungsraten vorübergehend zu stunden (die Zinsen für Schulden bei **Privatbanken** müssen gezahlt werden) unter der Bedingung, daß sich Polen bei der Verwaltung der polnischen Volkswirtschaft von seinen Gläubigern „helfen" lasse. Und das im Detail!

Die polnische Regierung mußte dem Westen ein Programm zur Wirtschaftsstabilisierung vorlegen (Kein Wunder, daß die „FAZ" den Begriff „Ostblock" vor ein paar Wochen als veraltet bezeichnete)! Das verordnete Programm auf IWF-Niveau lautet kurzgefaßt: „Rauf mit den Exporten, runter mit den Importen". Die ökonomische Basis für die Päckchen-nach-drüben-Aktionen von KBW, Weißkitteln, „TAZ", „Hamburger Abendblatt" (Springer), DRK usw. war damit geschaffen. Die „ehrgeizigen **Industrialisierungsprogramme**" solle Polen sich mal abschminken, befand der Westen, dafür aber den **Kohleexport** ankurbeln (s. „Nachrichten für den Außenhandel", 29.4.81). Das „Runter mit den Importen" ist natürlich nur für den Fall angesagt, wo es so die **Exportpolitik** zu sichern gilt. Originalton „FAZ": *„Bei einer zu starken Drosselung des Imports müßten selbst (!!!!) manche für den Export in die Hartwährungsländer arbeitenden Betriebe mangels Grundstoffen und Halbfabrikaten sowie Ersatzteilen ihre Produktion einstellen. Das wäre keine Lösung"* (25.4.81). Und Zuschußlieferung bei Versorgungslükken soll sich Polen am besten kostenlos im Osten holen. Ansonsten muß Polen halbjährlich über den Erfolg dieser Linie berichten, um weitere Kredite zu erhalten. Wie moralisch sauber der Westen dennoch nach dieser Auspressung der Polen dasteht, sieht man nicht zuletzt daran, daß den Ex-ML'ern an dieser Polenhilfe nichts Kritikwürdiges einfällt. Hat die EG nicht 1 1/2 Pfund Butter und 3 Pfund Rindfleisch pro Pole geliefert (gegen Barzahlung übrigens), übernimmt die BRD nicht für 105 Mio. DM Bürgschaften für
für 105 Mio. DM Bürgschaften für
Lebensmittel (und für 370 Mio. DM für Halbfabrikate, damit polnische Arbeitskraft unter dem Titel „betriebliche Kooperation" lohnend benutzt werden kann)?

Nicht mal die Tatsache, daß ein Großteil der polnischen Waren im Westen sogar **unter Selbstkostenpreis** verkauft wird, Verlustgeschäfte im großen Stil also **allein zur Devisenbeschaffung** getätigt werden, macht heute die Anti-Sozialimperialistischen-Medikamente-Sammler stutzig. Der freie Westen kommt bei Polen als einziger auf seine Kosten und unsere Kämpfer gegen Versorgungsschwierigkeiten stehen somit zweifellos diesmal auf der siegreichen Seite – auch so können Wünsche in Erfüllung gehen. Ganz **unabhängig** vom bisherigen Verzicht der SU auf Intervention ist der politische Respekt des Imperialismus vor der Westgrenze des Ostens nämlich heute **beendet**. Und die Kredite sind natürlich nicht da, um irgendeinen Aufschwung zu bewerkstelligen, sondern werden so bemessen, daß es zur **Fortsetzung der Krise** reicht und man nebenbei die „Regenschirmtheorie" austesten kann, d.h. prüft, ob es gelingt, den RGW-Staaten eine **gegenseitige Haftbarkeit** aufzudrücken, also den Schadensfall Polen auf den gesamten „Ostblock" auszudehnen.

Mittlerweile hat der Westen Polen dahin, wo es sollte: **Gegen** die Ablehnung der SU hat es die Aufnahme in den IWF beantragt. Letzter Anlaß war der Hinweis der friedliebenden BRD, einen zugesagten Kredit aus Sorge um Rückzahlungsprobleme plötzlich zu verweigern. Für unsere ärztlichen Päckchen-Versender hat das sicher nichts mit Erpressung zu tun. Die Verpfändung eines ganzen Volkes mitsamt der Naturreichtümer an den Westen ist als **gelungene vorkriegsmäßige Annexion** Polens zu verstehen, die mit ständigen **Nichteinmischungsdrohungen** des Westens **abgesichert** wird und der SU gegenüber klarstellt, daß sie den Verfall ihres Herrschaftsbereiches **hinzunehmen** hat. Bekam Rumänien seine IWF-Mitgliedschaft noch politisch prämiert, weil es als **Vorreiter** der Ostblock-Aufweichung Kredit einfach **verdient**, so bekommt Polen gleich alle denkbaren **Auflagen** für den Fall des IWF-Eintritts, die sich als **völlige Einmischung** des Westens in alle Bereiche polnischer Wirtschaft zusammenfassen lassen: „Kommunisten müssen sich in ihre Bücher sehen lassen" („FAZ"). Im Detail: Herkunft der Importe, Bestimmungsort der Exporte, Handels- und Dienstleistungsbilanz, Höhe und Zusammen-

Fortsetzung nächste Seite

„An die Arbeiter und Gewerkschaften in Westeuropa"

Die polnische Gewerkschaft ruft dringend zur Hilfe auf – Welche Antwort geben wir?

Von Gerd Koenen

Fast 14 Tage sind jetzt vergangen, seit der Vorsitzende der „Solidarität", Lech Walesa, in einem dramatischen Schreiben „An die Arbeiter und Gewerkschaften in Westeuropa" diese aufgerufen hat, sich für umgehende und außerordentliche Lebensmittelhilfe bei ihren Regierungen einzusetzen bzw. selbst solche Hilfe zu organisieren. Jetzt sei tatsächlich der Punkt erreicht, wo eine unkalkulierbare Verschärfung der inneren Spannungen drohe, weil nicht einmal die Lebensmittelmarken mit den Mindestrationen mehr eingelöst werden können. Die „Solidarität" werde die Verteilung aller Hilfslieferungen selbst überwachen.



„Wir sind überzeugt, daß wir die Krise überwinden werden. Wir werden Eure Hilfe als bilaterales Engagement betrachten, in der Hoffnung, daß unsere Gewerkschaft und unser Land bald anderen werden helfen können. Wir glauben fest daran, daß Solidarität keine Grenzen haben darf." („Frankfurter Rundschau", 21.11.)

Über irgend eine Reaktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Einzelgewerkschaften auf diesen Aufruf ist bisher nichts bekannt geworden. Der DGB scheint seine Politik fortsetzen zu wollen, zwar auf dem Umweg über den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften der „Solidarität" den einen oder anderen größeren Geldbetrag rüberzuschieben, sich aber keinesfalls öffentlich für die polnische unabhängige Gewerkschaft zu engagieren und keine Hilfe zu organisieren, die die gewerkschaftliche Basis selbst einbezieht.

Etliche Teile der gewerkschaftlichen Basis allerdings sind jetzt nicht mehr bereit, mit anzusehn, daß eine Welle der Hilfsbereitschaft für Polen gegenwärtig durch die westdeutsche Bevölkerung geht, während ausgerechnet die Gewerkschaften beiseite stehen. Das heißt, das Feld solchen Kräften zu überlassen, die aus der Polen-Hilfe eine Art Neuauflage der CARE-Paket-Aktionen der Nachkriegszeit machen wollen, mit den entsprechenden Hintergedanken natürlich. Dabei sind unter den hunderttausenden, wenn nicht millionen Spendern solche Motive überhaupt nicht vorherrschend. Ein Strom von Paketen und Päckchen geht an individuelle Empfänger in Polen. „Solidarność" hat im Warschauer Paketamt einen Sonderdienst für beschädigte Sendungen oder solche, wo der Empfänger nicht klar ist, eingerichtet. An vielen Orten, sei's auf der Ebene von Städtepartnerschaften oder vermittelt über die Kirchen, sind in kürzester Zeit beachtliche Sammelerträge zusammengekommen, werden dringend benötigte Hilfsgüter in LKW-Konvois von Freiwilligen nach Polen gebracht. Oder auch über die polnische Luftlinie LOT, die von Frankfurt aus die Transporte unentgeltlich übernimmt, wenn es sich um Sendungen von entsprechendem Wert handelt.

Für weit über hunderttausend Mark hat binnen kurzer Zeit die Frankfurter Kinderärztin Krystyna Graef, in Absprache mit ihren früheren Kollegen am Kinderkrankenhaus in Lódz, Milchpulver, Babynahrung, Medikamente und Desinfektionsmittel einkaufen und nach Polen bringen können, nachdem sie an die Eltern ihrer Patienten und ihre Berufskollegen in Hessen appelliert hatte. Dies ist eine besonders notwendige Hilfe, weil vor allem Neugeborene und kranke Kinder zunehmend unter der schlechten Versorgung zu leiden haben, oder schon mit schweren Mangelschäden zur Welt kommen. Diese Hilfe, die jetzt schon mehrere Krankenhäuser erreicht hat, wird unter direkter Kontrolle der Sektion Gesundheitswesen von „Solidarność" verteilt. Sie wird ohne Bedingungen, im Sinne der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern, gegeben. An dieser Initiative wollen eine Reihe gewerkschaftlich organisierter Ärzte und Beschäftigter im Gesundheitswesen anknüpfen (s. den nebenstehenden Aufruf). An dieser Sammlung könnten sich ebensogut auch andere gewerkschaftliche oder nicht-gewerkschaftliche Gruppen oder Zusammenschlüsse beteiligen. Besser wäre freilich, es riefe endlich der DGB selbst oder eine der Einzelgewerkschaften zu einer solchen Hilfsaktion auf, die sich in viel größerem Stil und ungleich wirksamer organisieren ließe.

Wäre das „Einmischung" in Polen, oder gar verkappter Revanchismus? Ein merkwürdiger Revanchismus, der sich über die gegenseitige Solidarität der Arbeiter und der Völker Geltung verschaffen würde. Es wäre dies in Wirklichkeit ein Akt der bewußten Überwindung historisch entstandener Widersprüche und Spaltungen.

Eine andere gute Initiative ist ein „Aufruf zur Solidarität mit Polen" der Westberliner „tageszeitung", die angeboten hat, täglich unter der Rubrik „Hilfe für Polen" über Hilfsaktionen zu berichten, Erfahrungen auszutauschen. „Da die Zeit drängt, rufen wir auf, in jeder Stadt Initiativen der solidarischen Hilfe zu gründen." Das sollte auf jeden Fall breit genutzt werden. (Redaktionsanschrift: die tageszeitung, Wattstr. 11–12, 1000 Berlin 65)

Nach dem Vorbild der Bremer Werftarbeiter (siehe Bild Seite 1) sollten gerade Gewerkschafter sich an diesen Hilfsaktionen beteiligen. Neben Nahrungsmittelhilfen (Adressenlisten von besonders Bedürftigen lassen sich über das Rote Kreuz oder die Kirchen besorgen) sollten vor allem entsprechend dem Frankfurter Aufruf und in Unterstützung dieser Initiative örtliche Sammlungen eingeleitet und *so rasch wie möglich* auf das Frankfurter Konto überwiesen werden. Diese Initiative erfolgt in Absprache mit und unterstützt vom Koordinationsausschuß der Komitees „Solidarität mit Solidarność", Postfach 11 2051, 6000 Frankfurt 1.

Aufruf

Die äußerst schwierige Versorgungslage des polnischen Volkes ist eine uns schmerzlich bewußte Tatsache.

Jetzt, wo der Winter ansteht, werden sich diese Versorgungsschwierigkeiten vervielfältigen, nicht nur bei Lebensmitteln und Grundnahrungsmitteln, sondern auch bei der medizinischen Versorgung.

Die politische Lage ist unentschieden, eine schnelle Besserung der wirtschaftlichen Lage ist nicht abzusehen. Von außen steht das polnische Volk unter massiven Druck, der es hindert, seine gesellschaftlichen Probleme souverän zu lösen.

Angesichts dieser Lage rufen wir Krankenschwestern, Pfleger, Arzthelferinnen, medizinisch-wissenschaftliches Personal und Ärzte zu humanitärer Hilfe auf.

Diese müßte beinhalten: Geldspenden zum Kauf von Medikamenten, Milchpulver und medizinischen Geräten, gezielte Medikamentenspenden entsprechend der anliegenden Liste.

Der Verteilungsweg der Spendensammlung, zu der wir aufrufen, erreicht das polnische Volk direkt, – über Transporte, die die Frankfurter Kinderärztin Dr. Graef persönlich organisiert und begleitet.

Die Verteilung in Polen übernimmt die „Sektion Gesundheitswesen" der Solidarność. *

Noch vor Weihnachten sollte das erste Ergebnis dieser Sammlung der polnischen Bevölkerung zukommen.

„Spende Polen" K. Graef
Sonderkto. Nr. 007-62240
Dtsch. Apoth.- und Ärztebank Frankfurt

* In Absprache mit der Führung von „Solidarność" soll ein Teil der Spenden der neugegründeten „Medikamentenbank" der Gewerkschaft direkt zugeführt werden.

Erstunterzeichner: Bernhard Becker, Arzt, Frankfurt; Dr. Marc Zeise, Mitarb. d. Max-Planck-Instituts Frankfurt, ÖTV; Herrmann Berberich, Arzt, ÖTV-Vertrauensmann am Höchster Kinderkrankenhaus; Dr. Michael Rose, Arzt, Frankfurt, ÖTV; Dr. Michael Fritzsch, Arzt, Frankfurt, ÖTV; Dr. Helmut Veil, niedergelass. Arzt, Frankfurt; Dr. Gabriele Böhmer, niedergelass. Ärztin, Frankfurt; Dr. Burkhardt Hahn, niedergelass. Zahnarzt, Frankfurt; Thomas Teichmüller, Arzt Uniklinik Frankfurt; Luise Heymann, PJ-Sprecherin am St. Markus-Krankenhaus Frankfurt; Stefan Sabel, PJ-Sprecher; Barbara Finkbeck, PJ-Absolventin, Frankfurt. Dieser Aufruf wird vom Koordinationsausschuß der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność" unterstützt (6000 Frankfurt, Postfach 11 2051)

Fortsetzung von vorheriger Seite

setzung des Volkseinkommens, RGW-Handel!

Wir behaupten nun glatt, daß euch das alles bekannt ist und die euch „schmerzlich bewußte Tatsache" polnischer „Versorgungsschwierigkeiten" reine Heuchelei ist, oder anders ausgedrückt, daß eure Heuchelei die Methode ist, euch guten Gewissens (und in entsprechender Tradition) auf die Seite des Teils eures freiheitlichen Westens zu schlagen, den ihr als „Europa der Völker" ja schließlich zu entsprechender Stärke verhelfen wollt. Daß ihr euch dabei auf den falschen Aufruf des Arbeiter-Diplomaten Walesa beruft, ist nicht verwunderlich, habt ihr doch schon immer eine „Volksstimme" zu zitieren gewußt, die euer Tun rechtfertigt. Auf die Idee, dem von Japan so begeisterten Walesa mal zu empfehlen, die polnische Westgrenze für Exporte von seinen Leuten schließen zu lassen, kommt ihr natürlich nicht, weil es euch um die Leute in Polen und deren wirkliche Armut ja nur insofern geht, wie sie als Hebel im Kampf gegen den „russischen Sklavenstaat" taugen. So eine Exportkontrolle durch polnische Gewerkschafter würde nämlich im Nu der ganzen imperialistischen „Päckchen-nach-drüben"-Aktion von euch und der Bourgeoisie den Boden entziehen, weil bekanntlich in Polen genug Fleisch und Butter wie auch Kohle produziert wird, um im „polnischen Winter" schmausend am warmen Ofen zu sitzen. Wen das Elend der polnischen Arbeiter wirklich schmerzt, der muß sich halt auch kritisch zu ihrem Nationalismus äußern, der sie nicht satt macht. Es ist ganz schön schlimm, wo ihr gelandet seid! Eines noch am Schluß.

Die revisionistischen „geschickten" bündnispolitischen Tricks habt ihr ja schon voll drauf. Die DKP wanzt sich ja auch mit lauter vorgeschobenen Leuten aus den oberen Schichten der Hierarchie der Berufe an die Leute ran und hat schon mal Heinz Rühmann gewonnen. Die Bild-Zeitung hat ihn damals darüber aufgeklärt, wem er auf den Leim gegangen ist und konnte auf der Titelseite vermelden: „Heinz Rühmann: Kommunisten haben mich reingelegt" (eure Unterschriften sind ja mindestens in drei Fällen auch ohne erklärtes Einverständnis der „Erstunterzeichner" entstanden). Früher habt ihr diese Linie immerhin noch einen Hauch ehrlicher („plumper" würdet ihr wohl sagen) verfolgt und viele Komitees gegründet, über deren „Teilforderungen" die Massen getreu eurer Theorie über Bewußtseinsentstehung das Bewußtseinstreppchen schrittweise an euer Niveau „herangeführt" werden sollten – viel zugetraut habt ihr den Leuten ja nie! Kaum habt ihr euer Studium an der Seite und im Bündnis mit der hochverehrten Arbeiterklasse beendet, seid soeben oder vor nicht allzu langer Zeit vom eigentumslosen Studenten in die lukrativen Jobs eures humanitären Standes eingestiegen, und schon tretet ihr frechweg den Leuten unter voller Berücksichtigung ihres idiotischen Respekts vor eurer Zunft entgegen. Als „Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts" oder „Arzt an der Uniklinik", so richtig also mit Fingerzeig auf dahinterstehende Staatsautorität glaubt ihr offensichtlich, überzeugender zu wirken als in der Pose eines Marxisten-Leninisten. Was müßt ihr für Absichten haben!

Die tägliche ARD/ZDF-Agitation, die ja schon allein 1981 zu 1,8 Mio. Paketen nach „drüben" führte (der „Eiserne Vorhang" ist ja inzwischen erfolgreich beseitigt), langt euch offensichtlich noch nicht. Schickt Lieschen Müller ihr Päckchen im selben Bewußtsein wie in den 50er und 60er Jahren nach drüben oder mit derselben Überzeugung, mit der sie seinerzeit für den Hunger in der Sahelzone gespendet hat – während aus dieser Zone, wenn der Hunger am größten war, der Nahrungsmittelexport auch immer am höchsten war – so verlangt Dr. Lieschen Müller/ML, daß dies gefälligst mit noch größerer Klarheit über den Hauptfeind geschieht. Und dann sagt ihr eines Tages, daß der Rückgang der Berufsverbote Ausdruck von Liberalisierung sei!

In der Hoffnung auf Mißerfolg bei eurer Sammlung und mit dem Wunsch, daß die polnischen Arbeiter dem Hunger z.B. durch Exportverhinderung erfolgreich ein Ende setzen:

G. Jacob, M. Strohm, jew., guj.,gez., mav., frp. Hamburg
ber., geh., fek. Frankfurt
waf. Saarbrücken
Dezember 81
Anschrift: M. Strohm, Vogelhüttendeich 40, 2102 Hamburg 93.

Unsere Antwort habt ihr ...

Kleiner Rundgang durch das sozialistische Frankreich

„Mir reicht's – ich werfe den Krempel hin": so verbittert äußerte sich Baron Guy de Rothschild in einem seitenlangen „Spiegel"-Interview (Nr. 47/81). Rothschild, dessen Bankengruppe nationalisiert wurde, meint, er sei „ruiniert", und erklärt das Ganze amüsant:

„Der Neid der Franzosen ist spezifisch auf Geld ausgerichtet. Wenn zum Beispiel jemand in Amerika einen guten Job findet, freut sich sein Nachbar und sagt es ihm. In Frankreich hingegen sagt der Nachbar: Ach, der Kerl hat Glück gehabt – warum der und nicht ich?".

Dieser „Neid" hat schon zu mancher Revolution geführt.

Nun hat der 10. Mai (Wahltag) in Frankreich keine Revolution eingeleitet oder ausgelöst. Die „demokratische Wirtschaftsplanung" der PS-Regierung bedeutet für die Mindestlohnempfänger real, daß sie statt 2.635 F. jetzt 2.900 F. empfangen. Die Rentenempfänger erhalten 1 700 F. statt wie bisher 1 416 F.

Es gibt auch andere Erhöhungen: ob Benzin, Strom oder Gas, Zigaretten, Brot oder die Tarife im Nahverkehr: alles ist um 10 % gestiegen. Die Einführung der 35-Stunden-Woche bleibt noch eine ferne Utopie.

Bis mindestens 1985 heißt die Arbeitszeitverkürzung 39 Stunden wöchentlich. Demgegenüber, und angesichts von 1,9 Millionen Arbeitslosen, wird viel Klamauk um die Nationalisierungen betrieben.

Mitterand pflegt diese als seine „ökonomische Force de Frappe" zu bezeichnen, mit welcher er nach de Gaulles militärischer „Force de Frappe" nun Frankreich ausgestattet habe.

Historisch handelt es sich hierbei um die dritte Nationalisierungswelle in der französischen Geschichte. Das erste Mal wurde unter der Volksfrontregierung von Leon Blum (1936/37), das zweite Mal unter de Gaulle verstaatlicht.

Unter der Volksfront wurden die privaten Eisenbahn-Unternehmen zur Staatsbahn zusammengefaßt, mehrere Rüstungsbetriebe verstaatlicht, und der Status der Banken wurde geändert. Unter de Gaulle wurde die Wirtschaft umorganisiert. Kohlebergwerke sowie 869 Gas- und Stromversorgungsunternehmen wurden zu zwei staatlichen Großkonzernen fusioniert, 500 Versicherungsgesellschaften zu einigen wenigen staatseigenen zusammengruppiert, drei Großbanken gebildet („Crédit Lyonnais", „Société Générale", „BNP"). Außerdem wurde „Renault" aufgrund der vorhergegangenen Kollaboration mit den Nazi-Besetzern verstaatlicht. Hinzu kam noch die Flugzeugbau-Sparte des „Dassault"-Unternehmens.

Ein Staat braucht keineswegs von „Sozialisten" regiert zu werden, um zu verstaatlichen. Das verdeutlicht auch ein Blick auf verschiedene Länder West-Europas.

So ist zum Beispiel in West-Europa Österreich das Land mit dem größten nationalisierten Wirtschaftssektor (1/5 vom Gesamtumsatz, 1/6 der gesamten Industrie-Arbeiterschaft). Von den 10 größten österreichischen Unternehmen (umsatzmäßig) sind 6 nationalisiert. Und zwar seit 1946/47, als die Rechten eine parlamentarische Mehrheit innehatten.

Schweden hingegen ist das Land mit dem kleinsten nationalisierten Wirtschaftssektor.

In „Le Monde" wurde am 6.10. d. J. dazu angemerkt: *„Die Bürgerlichen, die Schweden seit 1976 regieren, haben innerhalb von 4 Jahren mehr nationalisiert als die Sozialdemokraten innerhalb von 44 Jahren"*.

11 Industriegruppen sind von den letzten Verstaatlichungsmaßnahmen in Frankreich betroffen. Es handelt sich um:

- Saint Gobain (Flachglas, Baumaterial etc.),
- „Compagnie Générale d'Electricité"/CGE (Elektrobau und Fernmeldewesen),
- „Péchiney-Ugine-Kuhlmann"/PUK (Aluminium und Chemie),
- „Thomson-Brandt" (Unterhaltungselektronik),
- „Rhône-Poulenc" (Chemie und Textil),
- ITT,
- „Roussel-Uclaf" (Chemie),
- „Cil-Honeywell-Bull" (Elektronik),
- „Dassault" (Flugzeugbau),
- „Matra" (nur die Rüstungsabteilung).

Hinzu kommen 36 Banken und Versicherungsgesellschaften sowie die Nationalisierung der Stahlindustrie („Usinor" und „Sacilor").

„Usinor" und „Sacilor" hatten 14 Milliarden Francs Schulden an den Staat. Diese sind jetzt in staatliche Aktien verwandelt worden. Die Schulden waren ohnehin bereits so hoch, daß der Staat faktisch schon seit 1978 Eigentümer von „Usinor" und „Sacilor" war.

Diese 11 Industriegruppen fassen nicht die Gesamtheit der großen französischen Trusts, wie zum Beispiel „Peugeot" (Automobilbau), „Michelin" (Gummi, Reifen), „Air Liquide" (Chemie) oder „Ciments Lafarge" (Baumaterial).

Insgesamt wächst damit der öffentliche Wirtschaftsfaktor des Landes auf 18% (statt wie bisher 15%). Zum öffentlichen Sektor kommen 650.000 Beschäftigte neu hinzu.

Die Verstaatlichungen betreffen jeweils nur die Muttergesellschaften. Zum Beispiel sind bei „Thomsen-Brandt" insgesamt 128.000 Menschen beschäftigt. Bei der verstaatlichten Mutter-Gesellschaft arbeiten knappe 10.000.

Der Gesamtumsatz umfaßt 36,5 Milliarden F., „Thomson-Brandt" selber (ohne Fillialen) realisiert davon 6 Milliarden F.

35 Milliarden „Entschädigung" haben die „Enteigneten" erhalten. Die reale Bedeutung der ganzen Prozedur soll am Beispiel der „Dassault"-Betriebe konkretisiert werden. 1930 wurde die „Marcel Dassault-Flugzeugbau-Gesellschaft" gegründet und 1936 im Rahmen der ersten Nationalisierungswelle erstmals verstaatlicht. Die rund 40 Flugzeugbau-Betriebe wurden, gegen Entschädigung, in 4 nationalen Gesellschaften zusammengefaßt (Nord, West, Süd-West und Süd-Ost). Die (ehemaligen) Unternehmer wurden wieder in die neuen Unternehmensleitungen plaziert. Ansonsten konnten die „enteigneten" Kapitalisten weiter private Forschungsgesellschaften betreiben, denen die verstaatlichten Gesellschaften dann Projekte abkauften. So konnte Dassault (der 17 Millionen F. als Entschädigung kassiert hatte) gleichzeitig eine der 4 nationalen Gesellschaften leiten und neue Privatgesellschaften gründen. 40 Jahre später war „Dassault" eines der größten Kampfflugzeugbau-Unternehmen der Welt geworden. Das neue Verstaatlichungsprotokoll zwischen der PS-Regierung und Marcel Dassault beinhaltet für ihn nichts Erschreckendes. Der Staat besaß dort schon 20% der Aktien, er erhält jetzt weitere 26% von Dassault und wird unter den Kleinaktionären noch 5% aufkaufen müssen, um die notwendigen 51% zu erreichen. Ansonsten bleibt Dassault technischer Berater der neuen „Nationalen Gesellschaft" auch die übrigen Manager bleiben auf ihrem Posten. Die neue „Nationale Gesellschaft" muß weiterhin die Dividenden der restlichen 49% Aktien für Dassault auszahlen sowie die Fabrikationslizenzen bezahlen. Nach „Le Monde" wird pro gebautes Flugzeug 3% des Preises an Dassault ausgezahlt werden. Alleine mit den Dividenden seiner 49% Aktien wird Dassault 170 Millionen Francs im Jahr kassieren. Mit den Lizenzen – aber auch mit den Mieten (die Betriebsgrundstücke verbleiben in seinem Privatbesitz) – wird Dassault noch weitere Hunderte von Millionen kassieren. Wirklich kein Grund zum Jammern für einen Kapitalisten! Die Nationalisierungen bringen auch keine großen Veränderungen für die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Im schon lange verstaatlichen „Renault" gibt es genauso viele Arbeitsunfälle wie anderswo auch, gibt es ebenso Entlassungen und Aussperrungen. Dort konnte sich eine Privatmiliz aufbauen, dort wurde der Genosse Pierre Overney 1972 vor den Toren des Betriebes von dieser Werkspolizei ermordet. Das alles unter der Leitung von Pierre Dreyfus, Unternehmer und heute Industrieminister im Mitterrand-Mauroy-Kabinett. In den neuen Verwaltungsräten sollen 7 staatliche Vertreter, 6 Vertreter der Belegschaft und 5 sogenannte „kompetente" Persönlichkeiten sitzen. Es ist interessant zu sehen, aus welchem Personenkreis sich die staatlichen Vertreter rekrutieren. So wird bei „Thomson-Brandt" ein Mitarbeiter des ehemaligen giscardistischen Ministerpräsidenten Barre, oder bei „Rhône-Poulenc" ein ehemaliger Mitarbeiter im „Sekretariat für ‚Atomenergie" der Giscard-Regierung eingesetzt usw. usf.

Eine sozialistische Abgeordnete empfing im Oktober Gewerkschaftler aus dem verstaatlichten Betrieb „Rhône-Poulenc". Sie stellten die Frage: *„Rhône-Poulenc hat in den letzten Jahren viele Betriebsschliessungen erfahren, vor allem in der Textil-Branche, wo Tausende von Arbeitern auf die Straße gesetzt wurden. Können Sie uns garantieren, daß, einmal verstaatlicht, solche Skandale nicht mehr passieren werden?"* Die Antwort darauf war deutlich: **„Es gibt keine Garantie. Es ist möglich, daß der Verwaltungsrat die Schließung oder auch die Verlagerung dieses oder jenes Betriebes ins Ausland beschließt".** Eine andere Frage war: *„Die Arbeiter erwarten, daß es keine Entlassungen mehr gibt, denn wo wäre sonst die Veränderung?"* Auch hier keine Mißverständlichkeiten: **„Der Verwaltungsrat wird entscheiden. Ich kann überhaupt nicht garantieren, daß es keine Entlassungen mehr geben wird. Die Veränderung besteht darin, daß die verstaatlichten Betriebe nicht mehr nur wegen finanzieller Vorteile arbeiten, sondern im Dienste des allgemeinen Interesses"** (zitiert nach „Lutte Ouvrière", Oktober 81). Die Frage ist dabei allerdings immer: wer entscheidet über das „Allgemeine Interesse" (dogmatischer formuliert: in wessen Händen liegt der Staat?).

Atomenergie? Ja, bitte!

Nach dem Unfall in Harrisburg meinte François Mitterrand: *„Es muß eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden. Vor allem, um die öffentliche Meinung über die Gefahren der Atomenergie zu informieren. Ich betone erneut, daß ich für ein Referendum zur Atomenergie bin"* („LM", 3.4.79). 1980 wurde auf Initiative der CFDT-Gewerkschaft und der PS eine nationale Petition in Umlauf gesetzt: *„Für eine andere Energiepolitik – Für eine demokratische Debatte über Energiefragen"*. Konsens war damals (noch): Baustopp, solange keine „demokratische Debatte" stattgefunden hat. Im September '80 erklärte der Atomenergie-Experte der PS (Paul Quilès): *„Ich will meine Überzeugung bekräftigen, die auch diejenige der PS ist: das Engagement Frankreichs für die Schnellen Brüter ist eine kostenträchtige, risikoreiche und nutzlose Angelegenheit"*. Genau ein Jahr später und diesmal nicht mehr aus der Opposition heraus erklärte Quilès: *„Ich habe nicht gesagt, daß wir den Super-Phénix (Schneller Brüter bei Malville – Anm. AK) stoppen würden. 8 Milliarden Francs sind schon reininvestiert worden. Wir brauchen kaum noch was, um Super-Phénix fertig zu bauen. Und 1200 Megawatt – das ist nichts"* („LM", 23.9.81). Freilich ist die Gefährlichkeit dieses Monstrums nicht in Megawatt-Zahlen zu messen! Der lange Rede kurzer Sinn: Anfang Oktober wurde das Atomenergieprogramm der Regierung mit großer Mehrheit im Parlament angenommen (333 Für-Stimmen, 67 Gegen-Stimmen; die 86 Gaullisten enthielten sich der Stimmen, allerdings nicht aus AKW-Gegnerschaft). Im Verlauf der nächsten zwei Jahre soll mit dem Bau von 6 neuen AKWs begonnen werden. Die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague soll erweitert werden. Das heißt im Klartext: vom „Baustopp", der im Juli dieses Jahres erstmal verfügt wurde, profitiert weiterhin nur Plogoff. Für die folgenden anderen Orte ist der Baustopp aufgehoben worden:

- Chooz (Ardennen),
- Penly (Nord-Frankreich),
- Nogent (bei Paris),
- Golfech (Südwestfrankreich),
- Cattenom (Moseltal),
- Chinon (Mittelfrankreich).

Für die geplanten AKWs in Le Pellerin und Chiveaux werden neue Standorte geprüft. Der kleine „Unterschied" zum Giscardschen Atomprogramm (der 9 AKWs in den nächsten 2 Jahren wollte): 6 AKWs werden gebaut, eins nicht (Plogoff) und bei den beiden übrigen wird „geprüft". Besonders hervorgetan in der parlamentarischen Debatte zur Atomenergie hat sich J.-P. Chevènement (Forschungsminister und Chef des linken Parteiflügels „CERES"): *„Die uneingeschränkten Gegner der Atomenergie sind eine Minderheit... Es hat ein Baustopp, Voraussetzung zur Debatte, genügt, um denjenigen Kräften, die der Atomenergie wohlgesonnen sind, ein öffentliches Auftreten zu ermöglichen"* („LM", 19.8.81). Chevènement erklärte im Parlament, die Energieerzeugung über Strom sei am „sichersten". Und schließlich bräuchten die Franzosen Elektrizität, wenn sie im Fernsehen die Fußball-Ergebnisse sehen wollen. Kein Wunder, daß in der französischen Anti-AKW-Bewegung das Wort „Verrat" kursiert.

Und natürlich auch eine starke Armee

Im „Projet Socialiste" (Programm der PS für das Frankreich der 80iger Jahre) heißt es: „Die sozialistische Tradition ist die des Friedens und der Abrüstung". Oder auch: „Das Engagement Frankreichs für die Abrüstung ist unwiderrufbar", bzw.: „Die Sozialisten werden unermüdlich die Verbreitung von Atomwaffen bekämpfen". In der Zwischenzeit bauen sie aber erstmal die Neutronenbombe – denn: „Die Strategie der nationalen atomaren Abschreckung ist die einzige, die heute Gefahren abwenden kann. Die Modernisierung unserer strategischen und taktischen Waffen muß vorangetrieben werden" (Mitterrand, „LM", 5.4.81). Damit steht die PS nicht alleine: Anfang Dezember wurde im französischen Senat e i n s t i m m i g , was ein einmaliger Vorgang ist (!), das Verteidigungsbudjet von Minister Hernu verabschiedet. Wesentliches Kernstück dabei ist der Bau eines siebten Atom-U-Bootes und die Erhöhung der Kreditaufnahme für Militärausgaben für 1982 um 17,63% gegenüber dem Haushalt von 1981. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, hatte Ministerpräsident Mauroy schon im Juli gegenüber Militärs erklärt: *„Ich bin der Premier-Minister der Veränderung. Es gibt aber einen Punkt, wo sich Kontinuität aufzwingt: die Notwendigung der Verteidigung"* („LM", 15.9.81). Im gleichen Geiste meinte Verteidigungsminister Hernu: *„Soldaten sind Bürger. Aber wenn man Uniform und Waffen trägt, ist man ein etwas anderer Bürger: mit Disziplin und Verantwortung"* (zitiert nach „Tumultes", 26.7.81).

Von den ganzen Liberalisierungsvorhaben der PS (wie sie während der Wahlkampagne geäußert wurden) zum Status der einberufenen Soldaten ist nichts übrig geblieben. Im Gegenteil: Hernu eröffnete seinen Regierungsdienst gleich mit dem Verbot von Soldatenkomitees. Gleich danach erließ er ein Rundschreiben zum Verbot von 9 sogenannten subversiven Zeitungen innerhalb der Kasernen, darunter die satirische Wochenzeitschrift „Charlie-Hebdo", die Zeitung der LCR „Rouge" neben weiteren vor allem antimilitaristischen Zeitungen (Rundbrief vom 5.8.81). Um dies zu begründen, wird gerne eine sybillinische Formel von Mitterrand benutzt: *„Wir Sozialisten verwechseln nicht den Pazifismus mit dem Frieden. Der Pazifismus ist ein Postulat, der Frieden ein Ergebnis"* (?).

Das alles – und noch vieles mehr – ist die Realität des „französischen Weges zum Sozialismus". Daran ändern auch die schönsten Erklärungen von Mitterrand, wie zum Beispiel in Mexiko (Tenor: Frankreich grüßt die Verdammten dieser Erde und steht an ihrer Seite), nichts. Es wäre nett, würden sich so manche modernen Sozialisten mal bemüßigt fühlen, sich mit solchen Fakten auseinanderzusetzen.

Mit einem Frieder O. Wolf stimmen wir total überein, wenn dieser beklagt, es würde dem *„historischen Prozeß im Nachbarland zuwenig Aufmerksamkeit"* geschenkt werden („MOZ", Nullnr.), bzw. wenn er feststellt: *„Mit den Widersprüchen, den Paradoxien des französischen Prozesses mögen wir uns nicht befassen"* (ebda., S. 38).

Was er selber allerdings meint, wenn er schreibt: *„In Frankreich wird heute die Frage nach der Aktualität des Sozialismus k o n k r e t , auf der Höhe unserer Epoche gestellt mit allen neuen Fragen und Unsicherheiten, die das mit sich bringt"*, bleibt nebulös, zumal F.W. seine *„neuen Fragen und Unsicherheiten"* verschweigt. Eine Frau Buci-Glucksmann hilft dabei auch nicht gerade weiter (ob hier oder in Frankreich) – wenn sie etwa in den Raum stellt: *„Aber immerhin gibt es heute noch, für eine begrenzte Zeit, den nötigen Raum für eine linkskeynesianistische Politik. Das ist meine These"* (Ch. Buci-Glucksmann, „MOZ", ebda., S. 44). Es wird allerdings klarer, wenn mensch ihr Werk „Die Sozialdemokratische Herausforderung" kennt, wo sich Frau B.-G. zum Sozialdemokratismus (dem „linkskeynesianistischen", versteht sich) bekennt.

Frankreich-Kommission

Noch ein Obertrick

Nach neuesten Informationen soll die hessische Landesregierung intern durchaus zugestehen, daß der Ausbau des Frankfurter Flughafens mit seiner militärischen Nutzung (US Air Base) in Zusammenhang steht. Dabei verbreitet sie eine Version, die scheinbar nicht im Widerspruch zu der Behauptung steht, daß die Startbahn West von der Zivilluftfahrt benötigt werde. Wenn die Amerikaner, so diese Version, die (bestehende) Südbahn für sich in Anspruch nähmen, dann müsse es für den Zivilluftverkehr eine Ausweichmöglichkeit geben: die Startbahn West. Dies sei erforderlich, da bei militärischem Verkehr auf der Südbahn auch die gleichzeitige Nutzung der Nordbahn erheblich beeinträchtigt sei (beide Pisten des bestehenden Parallelbahnsystems auf dem Frankfurter Flughafen liegen so dicht beieinander, daß sie nicht unabhängig voneinander betrieben werden können).

Erinnern wir uns: Zu möglichen militärischen Hintergründen des Startbahnbaus sagte der Vorstandsvorsitzende der Flughafen AG, Erich Becker (SPD): „*Wenn die Amerikaner tatsächlich etwas mit der Startbahn 18 West zu tun hätten, wäre sie längst gebaut*" („Rund um den Flughafen" 5/81). Ministerpräsident Börner erklärte, dies sei ein „*nachweislich von der DKP erfundenes Gerücht*" und „*völlig absurd*": „*Wenn dem so wäre, dann wäre die Startbahn aufgrund des NATO-Truppenstatus auch ohne Planfeststellungsverfahren schon längst gebaut worden*" („FR", 26.11. 81). (Absurd ist freilich, daß Börner die ganze Aufklärungsarbeit z.B. des AK auf dem Konto der DKP verbucht...).

Die hessische Bundesratsministerin Vera Rüdiger schrieb dem Hamburger Ex-Bürgermeister Klose in unnachahmlicher Ironie: „*Ich habe zwar in keiner Kabinettssitzung davon gehört, und ich war bisher auch der Meinung, daß – wenn militärische Interessen auf dem Spiel stehen – sie sich auch bei nicht erweiterten Kapazitäten auf Rhein-Main durchsetzen würden, aber ganz offensichtlich war dieses mein Mißtrauen übertrieben und erst die Startbahn 18 West würde militärischen Interessen zum Durchbruch verhelfen*" („FR", 20.11.81).

Schließlich stellte der Frankfurter SPD-Abgeordnete Karsten Voigt die parlamentarische Anfrage: „*Sind die Planungen für den Bau der Startbahn West am Frankfurter Flughafen durch militärische Planungen der NATO, der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Verbündeten für den Kriegs- oder Krisenfall in Europa oder für entsprechende Konfliktsituationen im Nahen oder Mittleren Osten beeinflußt worden?*" Damit gab er dem Bundesverkehrsministerium die Gelegenheit zu der grandiosen Antwort: „*Nein*" („FR", 10.12.81). Und ein Angehöriger der US-Streitkräfte von der Air Base schrieb, ähnlich bedeppert, in einem Leserbrief an die „FR": Es sei gemein, wenn aus Protest bei amerikanischen PKWs die Reifen zerschnitten würden, da ja in Wirklichkeit die hessische Landesregierung die Startbahn West bauen wolle „und nicht wir".

Dies alles sind sehr drastische und sehr klare Antworten. Man tut also offiziell so, als ob man hundertprozentig im Besitz der Wahrheit sei und als ob es absolut nichts anzuzweifeln gäbe. Da sich aber die Wahrheit auf Dauer nicht verschweigen läßt, bereiten die Regierenden intern eine Argumentation vor, mit der sie die militärische Bedeutung der Startbahn West gleichzeitig zugeben und verleugnen. Wie also aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, sprechen Vertreter der Landesregierung parteiintern selbst davon, daß gelegentlich die Amerikaner eine der bestehenden Startbahnen für zwei, drei Stunden in Anspruch nehmen und damit für andere sperren würden. Dann gebe es natürlich Schwierigkeiten, die Zivilflugzeuge runterzuholen und rauszubringen (wegen des engen räumlichen Abstands zwischen den bestehenden, parallel liegenden Pisten). **Wenn also z.B. ein Sadat umgebracht wird, dann sei das ein Fall, wo militärisch ein bißchen „mehr Bewegung" stattfinde. Dann würden die Amerikaner gemäß Truppenstatut sagen, sie bräuchten mal für drei Stunden eine Bahn. Und dann lande oder starte da nichts mehr.** Um derartige Engpässe – in Zukunft wird es sie eher häufiger geben – auszugleichen, brauche man die Startbahn West ... natürlich für den Zivilflugverkehr.

Soweit also Äußerungen, wie sie aus dem Kreis der hessischen Landesregierung selber kommen. AK-Leser dürften imstande sein, zu kombinieren, in welcher Partei so diskutiert werden kann. „Auffangpositionen" nennt man so etwas, soweit wir wissen. „Aufgefangen" werden soll die Kritik an (unwiderlegbaren) militärischen Hintergründen für die Flughafenerweiterung, indem man diese Tatsache z.T. einräumt bei gleichzeitiger Wahrung der eigenen Position, die Startbahn werde ausschließlich für den Zivilluftverkehr benötigt. Was dabei freilich nicht erklärt wird, ist, wieso die neue Startbahn in einer Länge von 4 km vorgesehen ist, und weshalb ihre Betondecke nach amerikanischen Militärvorschriften gestaltet werden soll. In Wahrheit dürfte es sich wohl so verhalten: Natürlich wird die dritte Startbahn „vorsorglich" gleich den Wünschen der Militärs entsprechend gebaut. Möglicherweise hat man aber mit der Air Base ein agreement getroffen, wonach sich die Amerikaner zunächst weiter mit der Südbahn begnügen. Kommt es erst einmal zum großen Krisenfall, wird sich ohnehin niemand mehr dafür interessieren, auf welcher oder auf wievielen Pisten die US Air Force ihr Unwesen treibt. Denn dann geht es natürlich darum, ob die Amerikaner den Flughafen überhaupt benutzen dürfen/können oder nicht.

Den Startbahngegnern kommt die sophistische Trickserei der Landesregierung gar nicht mal ungelegen. Denn so wird einerseits klargestellt, daß die Flughafenerweiterung – so oder so – militärischen Interessen dient. Formaljuristisch gesehen erhöhen sich jedoch die Chancen für eine Zulassung des Volksbegehrens durch den Staatsgerichtshof...

KB/Gruppe Frankfurt





US-Eingreiftruppe zurück aus Ägypten

KRIEG AUCH OHNE 3. STARTBAHN ?

Im folgenden drucken wir den Text eines neuen Flugblattes nach, das im Moment einigen Staub aufwirbelt. Die Frankfurter Startbahngegner hatten bereits in einem ersten Flugblatt auf mögliche militärische Hintergründe für den Bau der Startbahn 18 West hingewiesen. In dieser zweiten Veröffentlichung geht es darum, über die aktuelle militärische Nutzung des Frankfurter Flughafens, die Rechtsgrundlagen dafür usw. zu informieren, insbesondere vor dem Hintergrund des kürzlich in Ägypten abgehaltenen US-Manövers „Bright Star". Bemerkenswert scheint uns, daß hier versucht wird, stärker darüber aufzuklären, welche Rolle der sog. „Nord-Süd-Konflikt", also die imperialistische Bedrohung der 3. Welt, bei den gegenwärtigen Kriegsvorbereitungen spielt. Dies ist in der Friedensbewegung leider keine Selbstverständlichkeit.
Das Flugblatt kann gegen Kostenerstattung bestellt werden bei:
Frankfurter Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren
Hamburger Allee 49
6000 Frankfurt Tel.: 0611/70 15 52
(Um Mißverständnisse zu vermeiden: Herausgeber ist nicht die „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren ‚Keine Startbahn West'", die als Dachorganisation von Bürgerinitiativen und Naturschutzverbänden das Volksbegehren eingeleitet hat, sondern die Zusammenfassung der Frankfurter Unterstützungsgruppen, d.h. 18 Stadtteilinitiativen mit mehreren hundert Mitgliedern).

Wenn dieses Flugblatt erscheint, landen auf dem Frankfurter Flughafen – über den alltäglichen Zivil- und Militärflugverkehr hinaus – amerikanische Großraumtransporter. Sie kommen aus Kairo und bringen Elite-Truppen zurück, die an dem Manöver "Bright Star" teilgenommen haben. Präsident Reagan dürfte zufrieden sein. Seine Jungs haben im Lande der Pyramiden gezeigt, was amerikanischer Mannesmut ist. Vier Wochen lang durften sie in Ägypten ausprobieren,

– wie man eine kritische innenpolitische Situation "bereinigt", wenn z.B. ein befreundeter Staatsmann stirbt;
– wie man frechen Feinden (Ghaddafi) das Maul stopft;
– und natürlich wie man den freien Westen bzw. seinen freien Ölmarkt "schützt".

Hochzufrieden dürften die US-Militärs aber auch mit ihren europäischen Verbündeten, besonders der Bundesrepublik, sein. Konnten sie doch deren Infrastruktur, beispielsweise die Flughäfen, für den großen Airlift nutzen, ohne daß es Probleme mit irgendwelchen nörgelnden Politikern oder Parteien gegeben hätte. Denn die Bevölkerung, z.B. in der Bundesrepublik, wurde lieber gar nicht erst informiert. Dies wollen wir Startbahngegner nachholen.

Neulich sprach der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klose davon, **daß die hessische Landesregierung beim Ausbau des Frankfurter Flughafens vielleicht nicht "ganz aus freien Stücken"** handele. Er stützte seine Ansicht "auf die Tatsache, daß die in der Bundesrepublik stationierten US-Streitkräfte – wie zuletzt nach dem Attentat auf den ägyptischen Staatspräsidenten Anwar el-Sadat – Teile des Flughafengeländes Rhein-Main für militärische Zwecke beanspruchen" (zitiert nach "FR", 16.11.81). Empört antwortete ihm die hessische Bundesratsministerin Vera Rüdiger: Militärische Interessen würden sich "auch bei nicht erweiterten Kapazitäten auf Rhein-Main durchsetzen". Nicht erst die Startbahn 18 West würde "militärischen Interessen zum Durchbruch verhelfen" ("FR", 20.11.81).

Das ist ein offenes Wort. Wir Startbahngegner nehmen diesen Hinweis aus dem Wiesbadener Kabinett sehr ernst. Nicht umsonst haben wir uns zur Friedensbewegung bekannt. Die Ministerin gibt zu erkennen, daß aus der militärischen Nutzung des Flughafens schon heute Gefahren für den Frieden erwachsen. Auch ohne Startbahn West. Leider hat sie damit recht. **Allerdings ist das, was sich schon heute an militärischen Aktivitäten auf Rhein-Main abspielt, nur ein Vorgeschmack auf das, was uns erwartet, wenn auch noch die Startbahn West zur Verfügung steht.**

Das amerikanische Großmanöver "Bright Star" begann Anfang November. Am 16.11. meldete die "FR", die US-Lufttransportflotte sei nicht nur direkt vom amerikanischen Festland nach Ägypten geflogen, sondern auch **" von drei geheimgehaltenen europäischen Flugplätzen"**. Nun darf man raten, welches denn e i n e r dieser drei Flughäfen gewesen sein könnte. (Für richtige Einsendungen gibt es ein kostenloses Exemplar der letzten Regierungserklärung von Holger Börner. Bei der Gewinnauslosung ist der Rechtsweg – wie in Hessen üblich – ausgeschlossen). Um die Lösung dieser ungemein schwierigen Frage zu erleichtern, geben wir bekannt:

Exakt zur gleichen Zeit, als das Hüttendorf der Startbahngegner von der Polizei niedergemacht wurde (2.11.), **verzeichneten Startbahngegner im Wald ein erhebliches Ansteigen militärischer Flugbewegungen auf Rhein-Main.** In der Nacht vom 2. auf den 3.11. wurden 15 Starts in knapp drei Stunden wahrgenommen, in der folgenden Nacht 18 Starts in viereinhalb Stunden (jeweils nach Mitternacht). Normalerweise starten im gleichen Zeitraum nur ca. 10 Maschinen, darunter 7 Postflugzeuge. Die Startbahngegner konnten unter den abfliegenden Maschinen jeweils 5 schwere Militärtransporter erkennen. Heute wissen wir sicher, daß diese Maschinen das Flugziel Kairo hatten.

Wie kann es angehen, daß der Flughafen Frankfurt für ein solches Manöver genutzt wird? Wie kommt es, daß die Bevölkerung darüber nicht einmal informiert wird? Wenn es Herrn Reagan beliebt, möglichst viel Munition in möglichst kurzer Zeit in die ägyptische Wüste zu ballern, dann hat dies mit wie immer gearteten "Sicherheits- und Verteidigungsinteressen" der BRD noch lange nichts zu tun. Weder der bayrische Wald noch der Grenzverlauf in der Elbe wurden in Kairo "verteidigt". **Sondern das Manöver "Bright Star" fand statt, damit die "Schnelle Eingreiftruppe" der USA den Krieg im Nahen Osten proben kann.**

Die hessische Landesregierung kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Sie kann sich nicht, wie Ministerin Vera Rüdiger, auf den unglaublichen Standpunkt stellen, daß sich militärische Interessen am Flughafen eben immer durchsetzen, ob die Amerikaner nun Neutronenbomben einfliegen oder hier zum Angriff auf den Persischen Golf starten. Seit Börner uns Startbahngegnern das verfassungsmäßige Recht auf Volksbegehren und Volksentscheid streitig macht, interessiert man sich in Hessen zunehmend dafür, welche Rechte das Volk eigentlich hat (oder wenigstens dem Papier nach haben sollte). Und siehe da – es findet sich unter meterhohem Staub ein weiterer bemerkenswerter Satz (Art. 57) in der Landesverfassung:

"Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig".

Schon mal davon gehört?

Hier geht es nicht nur um das Land Hessen, hier geht es um den Frieden! Dies ist den Regierenden in Bonn und Wiesbaden wohl bewußt. Über diese Fragen haben sie sich im letzten Bundestagswahlkampf auseinandergesetzt; als Alfred Dregger (leider auch ein möglicher hessischer Ministerpräsident) forderte, deutsche Soldaten in den Nahen und Mittleren Osten zu entsenden. "Das alles ist lebensgefährlicher Unfug", erklärte Helmut Schmidt in groß aufgemachten Anzeigen am 30.9.1980, "und es verstößt gegen das Grundgesetz". An gleicher Stelle ging der damalige und heutige Bundeskanzler noch weiter:

1. "Wir Deutschen wollen nicht zum Kalten Krieg zurück! Wir wären davon zuerst betroffen".
2. "Sicherheit für Deutschland heißt auch: Wir dürfen unser Volk nicht in fremde Streitigkeiten und Kriege hineinziehen lassen".
3. "Das Bündnis (die NATO) dient dem militärischen Gleichgewicht im Bereiche des Nordatlantiks und Europas".

Süßer die Worte nie klingen, als in einem Wahlkampf. Doch die letzte Strophe lautet:

Guten Tag, ich heiße Schmidt, und ich mache alles mit.

Heute kann festgestellt werden:

1. Wenn die Amerikaner mit gezogenen Colts in Ägypten herumfuchteln, so ist "Kalter Krieg" eine äußerst milde Bezeichnung dafür. "Spiel mit dem Feuer" wäre eher angebracht. Auch die Frankfurter Rundschau hielt es für möglich, daß das Manöver "Bright Star" Auftakt für einen Krieg mit Libyen sein könnte.
2. Wenn die USA Truppen, Waffen, Nachschub usw. für dieses Abenteuer von Frankfurt nach Kairo fliegen, dann wird die Bundesrepublik zum Schaden ihrer Sicherheit in "fremde Streitigkeiten und Kriege" hineingezogen.
3. Kriegstheater der USA im Nahen Osten kann mit einer wie immer gearteten Bewahrung eines "militärischen Gleichgewichts im Bereiche des Nordatlantiks und Europas" nicht gerechtfertigt werden. Das ist und bleibt nackter Imperialismus. Trotzdem ist die BRD dabei – mindestens dadurch, daß der Frankfurter Flughafen zur Verfügung gestellt wird!

Helmut Schmidt hat seine Wähler betrogen. Seine Regierung tut heute das, was er im Bundeswahlkampf kategorisch abgelehnt hatte. Und sie verstößt gegen das Grundgesetz. Dieses verbietet nicht nur den Einsatz deutscher Soldaten etwa am Persischen Golf (gemäß Art. 87a). Sondern es heißt auch in Art. 26:

"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen".

Wer die Katastrophe der US-Regierung verfolgt, wird wie wir der Meinung sein, daß allein die Aufstellung der sog. "Schnellen Eingreiftruppe", erst recht aber ihr probeweiser Einsatz im Pulverfaß Nahost, nichts anderem dient als

Rekord, dreifacher Verfassungsbruch an einem Tag

Am 2. November ließ die hessische Landesregierung das Hüttendorf der Startbahngegner auf dem Gelände der geplanten Startbahn West räumen. Am selben Tag und in den darauffolgenden Tagen und Nächten wurden am Flughafen kriegerische Handlungen vorgenommen. Während eine Bürgerkriegsarmada von Polizei und Bundesgrenzschutz im Wald auf Demonstranten einprügelte, starteten auf dem Flughafen amerikanische Militärflugzeuge zum Manöver "Bright Star" in Ägypten, der bislang größten Kriegsshow der USA im Nahen Osten. So wurde am 2. November gleich dreimal gegen Verfassungsrecht verstoßen:

– *Mißachtung des laufenden Volksbegehrens gegen die Startbahn West nach den Artikeln 116 und 124 der hessischen Verfassung.*
– *Verstoß gegen Art. 57 der hessischen Verfassung (Verbot von Handlungen, die der Vorbereitung eines Krieges dienen).*
– *Verstoß gegen Art. 26 des Grundgesetzes (Handlungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören, sind verfassungswidrig).*

Fürwahr ein historisches Datum! Doch wer hier von einem Staatsstreich gegen die Verfassung spricht, also die Wahrheit beim Namen nennt, der "übertreibt maßlos" und bedient sich einer "hetzerischen Sprache". Oder etwa nicht?

"Schnelle Eingreiftruppe" der USA

"Ich ziehe", erklärte US-Präsident Reagan einmal die amerikanische Militärstrategie. "Der Gegner zieht auch. Also kommt es darauf an, wer am schnellsten zieht". Im Rahmen dieses traditionellen (wenn auch nicht gerade friedfertigen) Konzepts spielt die "Schnelle (sic!) Eingreiftruppe" eine entscheidende Rolle. Die Amerikaner wollen, wenn nach ihrem Verständnis "lebenswichtige Interessen" (also Öl) berührt sind, auf dem schnellsten Weg bis zu 1 Million Soldaten nach Nahost verfrachten. Dies ist ein gigantisches Transportproblem. Dabei macht es einen erheblichen Zeitunterschied, ob diese ganze Truppe vom amerikanischen Festland startet oder ob ein Teil davon gleichzeitig in Westeuropa aufbricht. Motto: Wer das "Sprungbrett Frankfurt" nach Nahost nutzen kann, zieht schneller.

Weitere Vorteile für die Amis:

1. *Die NATO-Verbündeten können sich aus dem Krieg nicht raushalten, sondern stekken automatisch mit drin.*
2. *Es kostet weniger Dollars, dafür aber mehr DM. Die benötigte Infrastruktur (Ausbau der Flughafenanlagen/Startbahn West!, zusätzliche Waffen- und Materialdepots, Truppenunterkünfte) kann wenigstens zum Teil den Europäern aufgehalst werden.*

Wir sind also sozusagen der Gaul, auf dem der Cowboy reiten will. Doch der Gaul ist störrisch. Er hat keinen Bock auf High Noon.

der Vorbereitung eines Angriffskrieges. Wer sich dieser Meinung nicht anschließen kann, wird zumindest eingestehen müssen, daß das Manöver "Bright Star" geeignet war, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Wie soll man es sonst bewerten, wenn US-Kampfflugzeuge nahe der Grenze zum "Erzfeind Libyen" einen Bombenteppich abwerfen? Etwa als neues amerikanisches Programm "Die Wüste lebt"?

Eine bundesdeutsche Beteiligung an derartigen Militärhandlungen ist mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren. **Verfassungswidrig war mindestens:**

- **die Bereitstellung des Frankfurter Flughafens für Flüge der US-Airforce nach Kairo (und zurück)**
- **die Bereitstellung norddeutscher Hafenanlagen zu Nachschubzwecken für dieses Manöver**
- **die Erprobung militärischer Starts und Landungen auf einer Autobahn bei Bremerhaven im Rahmen von "Bright Star".**

Behörden und Einrichtungen des Bundes und der Länder haben dazu nicht nur ihr stillschweigendes Einverständnis gegeben, sondern aktiv mitgewirkt. Damit haben sie verfassungswidrig gehandelt. Wer wird sie nun unter Strafe stellen?

Dies alles geschieht zu einer Zeit, in der die Menschen nicht nur unseres Landes nichts so sehr fürchten wie den Ausbruch eines neuen Krieges. Doch die geplante Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen ab 1983 und der Beginn einer neuen Ära des Kalten Krieges zwischen Ost und West sind nicht die einzige drohende Gefahr. Die zweite, ebenso große Gefahr für den Weltfrieden entsteht aus der Verschärfung des "Nord-Süd-Konfliktes". Immer unverhüllter drohen die Amerikaner und ihre europäischen Nachbeter mit dem Krieg ums Öl, ja sie treffen bereits konkrete Vorbereitungen und "üben". Wenn wir nicht heute den Anfängen wehren und j e d w e d e Beteiligung unseres Landes an den kriegerischen Ambitionen der US-Regierung verhindern, dann wird diese (oder eine andere, noch schlimmere) Bundesregierung früher oder später dem verbrecherischen Beispiel der Engländer und Franzosen folgen und ihrerseits "Germans to the gulf" entsenden. **Und dann wärren wir wieder da gelandet, womit die Deutschen 1945 eigentlich ein für alle Mal aufhören wollten. Eigentlich oder wirklich?**

Wir fordern eine umfassende und detaillierte Aufklärung darüber, wie und bis zu welchem Ausmaß die Bundesrepublik an der Abwicklung des Manövers "Bright Star" beteiligt war und auf welcher Rechtsgrundlage dies geschah.
Wer wollen wissen, welchen lebensgefährlichen Unfug die US-Army auf ihrer Air Base am Rhein-Main-Flughafen treibt. Wir wollen es deshalb wissen, um sie besser daran hindern zu können!

Und wir sind nicht länger bereit, die lächerlichen Ausflüchte hinzunehmen, die uns als "Antwort" auf die Frage nach der militärischen Funktion der Startbahn West gegeben werden. Wenn ein Holger Börner meint, die 3. Startbahn könne bei entsprechenden Wünschen der Amerikaner gegebenenfalls sogar ohne Planfeststellungsbeschluß gebaut werden, dann **beweist dies nur – aber das allein ist schon eine Katastrophe! – daß hessische Politik im Falle eines Falles auch in Vorzimmern des Weißen Hauses von Washington gemacht werden kann.**

Es steht einwandfrei fest, daß es amerikanische Forderungen nach einer Erweiterung von Flughafenanlagen gegeben hat, und daß eben dies im NATO-Infrastrukturprogramm vorgesehen ist. Es steht ebenso fest, daß die Betondecke der Startbahn West nach US-Militärvorschriften gestaltet werden soll. Wenn die politisch Verantwortlichen dazu keine konkrete Stellungnahme abgeben, sagen wir:
Keine Antwort ist auch eine Antwort!

Wenn es um Krieg und Frieden geht, darf das Volk nicht mit Ausflüchten abgespeist werden. Die Wahrheit kommt ohnehin ans Licht. Wir werden dafür sorgen, daß es dann noch nicht zu spät sein wird.

Schon wieder vollendete Tatsachen

Die Scham ist wirklich vorbei. Die Bundesregierung beabsichtigt jetzt, den westdeutschen Beitrag für das NATO-Infrastrukturprogramm aufzustocken. Nach Darstellung einiger (leider nur weniger) SPD-Bundestagsabgeordneter soll mit diesem Geld ab sofort damit begonnen werden, die Betonbunker für die amerikanischen Mittelstreckenraketen zu bauen, die von 1983 an in unserem Land stationiert werden sollen. Daran kann man ablesen, welche Chancen Schmidt, Genscher und Apel den Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion einräumen: gar keine! Für sie ist die Stationierung der 572 Cruise Missiles und Pershing II eine abgemachte Sache. Für uns nicht! Diese Methode, vollendete Tatsachen zu schaffen, kommt uns bekannt vor. Das haben wir doch in Hessen irgendwo schon mal erlebt ...?

Aber auch die Regierenden werden an ihren Raketen-Standorten einiges erleben, was sie an den Kampf um die Startbahn West erinnern wird. Einiges, was ihnen bekannt vorkommen wird, und vielleicht auch einiges, was ihnen bislang unbekannt ist.

Bruch mit der bisherigen Politik?

Noch im letzten Nahost-Krieg (Jom-Kippur-Krieg 1973) hatte die Bundesregierung protestiert, als die Amerikaner von Basen in der BRD Israel mit Nachschub versorgten. Man wollte nicht (oder wenigstens nicht offensichtlich) in die Auseinandersetzung hineingezogen werden.

Im Mai dieses Jahres jedoch, auf einer NATO-Konferenz in Brüssel, gab Verteidigungsminister Apel zu Protokoll, daß die Bundesrepublik militärische Operationen der Amerikaner im Nahen Osten oder in anderen Krisengebieten unterstützen werde, wenn sogenannte "westliche Interessen" berührt seien. Zwar soll die Bundeswehr vorerst nicht außerhalb des NATO-Geltungsbereichs eingesetzt werden, doch haben sich die europäischen NATO-Staaten einschließlich der BRD verpflichtet,

- *Überflugrechte für US-Maschinen mit Kampftruppen zu gewähren,*
- *Flugplätze (!!) und Häfen für den Umschlag von Nachschubgütern zur Verfügung zu stellen,*
- *ihre Waffen- und Treibstoffdepots zu öffnen*
- *und schließlich Reservisten einzuberufen, wenn die US-Army Einheiten aus Europa abzieht.*

Der "Spiegel" (Nr. 21/81) meinte dazu: "Für die Deutschen ist dies ein eklatanter Bruch mit ihrer bisherigen Politik". Er zitiert einen Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums: "Es wird wohl eine Weile dauern, bis die keuschen Deutschen merken, daß sie in Brüssel endgültig ihre weltpolitische Unschuld verloren haben" (falls sie sie je besessen haben – wäre hinzuzufügen).

Es hat eine Weile gedauert.

Jetzt aber führen uns die Amerikaner mit ihrem Kriegsspiel in der Wüste drastisch vor Augen, was Apels Zusagen in der Realität bedeuten. Sie bedeuten, daß sich die Bundesregierung zu automatischer "Hilfeleistung" in der beschriebenen Weise verpflichtet hat, falls die USA in irgendeinem Winkel der Welt einen blutigen Konflikt vom Zaum brechen. Allerdings muß vor der Beanspruchung solcher "Hilfeleistungen" konsultiert werden. Also hat es auch vor dem Manöver "Bright Star" eine Konsultation gegeben. Und die Bundesregierung hat ihre Einwilligung z.B. zur Nutzung des Rhein-Main-Flughafens gewärt. Damit hat sie gegen das Grundgesetz verstoßen.

Erstaunliche Erfahrungen kann man gegen Ende dieses Jahres 1981 machen. Wir lernen, daß Verfassungsrechte und -vorschriften von den Regierenden (und erst recht von der CDU-Opposition) wie ein Fetzen Papier behandelt werden. "Ich kann doch nicht ständig das Grundgesetz unter dem Arm tragen", sagte einst Kanzler Adenauer. Seine Nachfolger in Bund und Ländern sind ihm darin treu geblieben, welcher Partei sie auch immer angehören.

Brecht das Tabu.

Der ehemalige Lufthansakapitän Rudolf Braunburg, dem man schwerlich den Vorwurf der Inkompetenz machen kann, schrieb in der "Zeit" vom 23.1.81:
"Rhein-Main müßte das werden, was man von einem solchen Knotenpunkt des Luftverkehrs erwartet: Ein reiner Zivilflughafen. In Wirklichkeit ist Rhein-Main z.T. ein Militärflugplatz. Hier landen die Galaxy- und Starlifter-Transporter der amerikanischen Luftwaffe. Das Thema ist tabu. Offensichtlich ist es für die politischen Verantwortlichen bequemer, hunderttausende Bäume fällen zu lassen, als den schwierigen Versuch zu unternehmen, 35 Jahre nach Kriegsende den Knotenpunkt des europäischen Luftverkehrs zu einem echten Zivilflughafen zu machen".

Der Frankfurter Flughafen darf nicht zum Sprungbrett für irgendwie geartete militärische Aktionen werden!

Niemals sollen US-Eingreiftruppen von hier aus fremde Länder überfallen!

Die Aussicht, daß die Startbahn West unter anderem dieser mörderischen Kriegspolitik dienen könnte, wird unseren Widerstand gegen die Flughafenerweiterung noch vervielfachen!

KEINE STARTBAHN WEST UND NACHTFLUGVERBOT.

SCHLIESSUNG UND WIEDERAUFFORSTUNG DER US-AIR-BASE.

RETTET DEN FRIEDEN.


Amerikanische Einheiten landen auf Rhein-Main

Bitte spenden Sie für die Erhaltung von Umwelt, Natur, Demokratie und Frieden.

Spenden Sie für das Volksbegehren "Keine Startbahn West".

Postscheckamt Frankfurt 2666-609, Volksbank Groß-Gerau 19085007, Stichwort Volksbegehren.

Frankfurter Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren
Hamburger Allee 49, 6 Ffm., Tel. 0611/701552
V.i.S.d.P.: Thomas Kieseritzky

Das Letzte:

Die hessische Polizei ist, wie erwartet, nicht mehr einsatzfähig. Dies ist, wie aus phantasievollen Kreisen verlautet, der eigentliche Grund für die jetzt eingetretene weihnachtliche Atempause am Startbahngelände. Doch das „Schnauze voll"-Syndrom hat inzwischen weiter um sich gegriffen. Der hessische Verfassungsschutz befindet sich in einer akuten Zersetzungsphase! Wieder einmal sind es die unmenschlichen Überstunden, die den hellen Zorn der „Kollegen" erregt haben. „Ich bin total fertig", klagte ein Angehöriger des LfV. „Drei, vier Sitzungen der BIs an einem Tag, das hält keine Sau aus". Zudem würden die Arbeitsbedingungen im Wald bei der gegenwärtigen Witterung immer unerträglicher. Bei um sich greifenden Schnupfenerkrankungen seien die Nasen der Verfassungsschützer als wesentliches Schnüffelorgan kaum mehr einsetzbar. Inzwischen hat neben der GdP auch die Abteilung Verfassungsschutz in der ÖTV nit der Faust auf den Tisch gehauen. „Wir planen eine Demonstration", heißt es, „wenn nicht endlich der Schießbefehl gegeben wird".

Donnerstag, 17. Dezember 1981, Nr. 292 FR HESSEN

Im Wortlaut:

Baustopp auch für die Okrifteler Straße?

Ungeklärt blieb auch am Mittwoch die Frage, ob der Präsident des Hessischen Staatsgerichtshofes, Karl-Heinz Nieders, in seine Empfehlung über einen vorläufigen Baustopp auf dem Frankfurter Flughafen die Untertunnelung der Okrifteler Straße eingeschlossen hat. Während die Staatskanzlei versichert, durch Rückfragen sei klargestellt, daß dort die Arbeiten weitergehen können, war Nieders für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Nachstehend der Brief Nieders' an den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner sowie dessen Antwort.

Herrn
Hessischen Ministerpräsidenten
— Staatskanzlei —

In dem Verfahren Schubert u. a. ./. Hessische Landesregierung wegen der Beschwerde gegen die Nichtzulassung eines Volksbegehrens pp. gebe ich — ohne der Entscheidung des Plenums vorzugreifen, ob die Voraussetzungen einer einstweiligen Verfügung gemäß Paragraph 28 StGHG vorliegen oder fehlen — der Erwartung Ausdruck, daß bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs auf den für die geplante Startbahn 18 West vorgesehenen Grundstücken der Flughafen Frankfurt/Main Aktiengesellschaft weder Rodungs- bzw. Bauarbeiten noch Besetzungen stattfinden. Ich meine, daß hierdurch nicht nur der Rechtsfrieden gewahrt wird, sondern auch dem Umstand Rechnung getragen wird, daß zur Zeit gerade die Entscheidung des Staatsgerichtshofs in Vorbereitung ist.

Ich habe ein Schreiben gleichen Inhalts an die Beschwerdeführer gerichtet.

Dr. Nieders, Präsident des Staatsgerichtshofes des Landes Hessen

An den
Präsidenten des Staatsgerichtshofes des Landes Hessen

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Landesregierung wird der Erwartung, die Sie in Ihrem Schreiben vom 8. Dezember 1981 im Beschwerdeverfahren Schubert u. a. ./. Hessische Landesregierung ausgesprochen haben, genügen. Sie wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Flughafen Frankfurt/Main Aktiengesellschaft dahin einwirken, bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes auf dem für den Bau der Startbahn 18 West vorgesehenen Gelände weder Wald zu roden noch Bauarbeiten zur Herstellung der Piste zu beginnen oder fortzusetzen.

Die Landesregierung erwartet, daß auch die Betreiber des Volksbegehrens für die Dauer des Verfahrens von weiteren Angriffen auf die zur Sicherung der Baustelle eingesetzten Polizeikräfte sowie von anderen rechtswidrigen Aktionen absehen.

Sie begrüßt es, daß die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zur Zeit in Vorbereitung ist und hofft, daß diese schon bald zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens beiträgt.

Mit freundlichen Grüßen
Holger Börner
hessischer Ministerpräsident

Rechtsstaat Hessen:
Verwaltungsrichter sollen diszipliniert werden

In ihrem Amoklauf zur Durchsetzung der Startbahn West hat sich die Landesregierung auf einen weiteren Gegner eingeschossen: widerborstige Verwaltungsrichter.

Anläßlich der Demonstration der 150 000 von Wiesbaden am 14.11. hatte die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren (AGV) entsprechend dem Hessischen Bannmeilengesetz beim Innenminister beantragt, die Demonstration durch die Bannmeile direkt am Hessischen Landtag vorbeiführen zu können.

Damit sollte vor allem auf die Existenz des a n d e r e n hessischen Gesetzgebers neben dem Landtag, dem Volk durch Volksentscheid, hingewiesen werden. In den Jahren zuvor hatten die etablierten Parteien, die Kirche, der DGB u.a. vielfach derartige Genehmigungen für ihre Zwecke erhalten.

Der AGV wurde, wie in Hessen z. Z. üblich, ihr Antrag negativ beschieden, ohne inhaltliche Begründung und Rechtsmittelbelehrung versteht sich. Dagegen klagte die AGV vorm zuständigen Wiesbadener Verwaltungsgericht auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung, doch in der Bannmeile demonstrieren zu dürfen.

Nach einem Erörterungstermin unterbreitete das Verwaltungsgericht den Parteien einen Vergleichsvorschlag: Die Demo sollte am Landtag vorbei durch die Bannmeile führen dürfen, die vorgesehene Kundgebung vorm Landtag allerdings nicht stattfinden; der AGV wurden sehr harte, kaum akzeptable Ordnerauflagen gemacht. Gleichwohl lehnte das Innenministerium den Vergleich ab.

Darauf geschah Überraschendes. Per Beschluß lehnte das Verwaltungsgericht Wiesbaden eine Entscheidung ab und verwies den Fall an das Karlsruher Bundesverfassungsgericht. Die Wiesbadener Richter hielten nämlich das Hessische Bannmeilengesetz (das den übrigen Bannmeilengesetzen in Bund und Ländern weitgehend entspricht) wegen „mangelnder Bestimmtheit" für nicht verfassungskonform.

Ihrer Meinung nach geht aus dem Gesetz nicht klar hervor, nach welchen Kriterien Erlaubnisse im Sinn des Bannmeilengesetzes zu erteilen sind. Die Entscheidung über so schwierige und politisch delikate Fragen mochten sich allerdings Benda und seine Richter nicht vors Knie nageln lassen. In Telefonaten nach Wiesbaden stellte Benda klar, daß das BVG keinesfalls mehr rechtzeitig entscheiden könnte. Man sei sich nämlich u.a. nicht darüber klar, welcher von den beiden Karlsruher Senaten zuständig sei. Damit drohte der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren der Entzug ihres Rechtsschutzes.

Daraufhin kassierten die Wiesbadener Verwaltungsrichter ihren Beschluß und zogen den Fall wieder an sich, insbesondere auch deshalb, weil die AGV mittlerweile auch erklärt hatte, Klage in der Hauptsache erheben zu wollen.

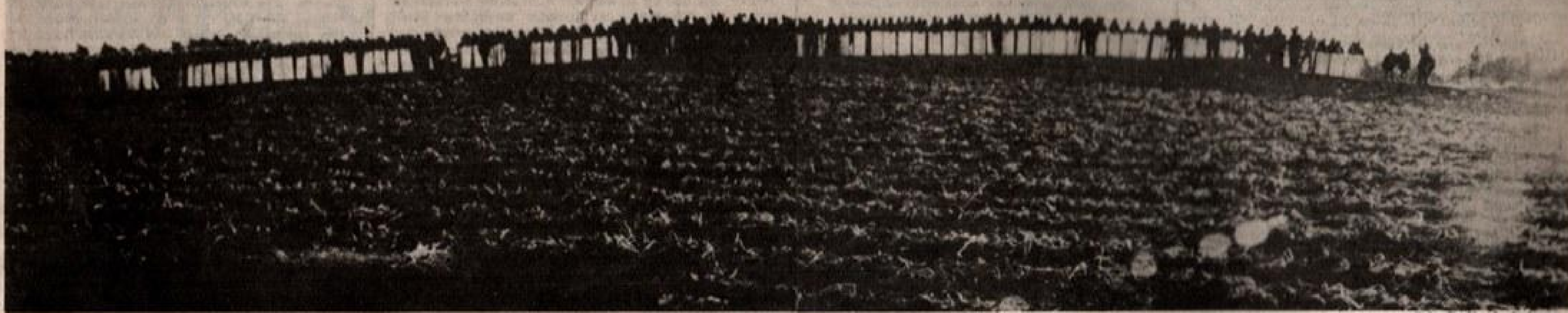
Die Wiesbadener Richter erlaubten nun die Demo durch die Bannmeile unter nicht allzu diskriminierenden Auflagen.

Panik im Wiesbadener Innenministerium. Sofort wurde durch den Innenminister bei dem schon in Kassel in Bereitschaft gehaltenen Verwaltungsgerichtshof (nächsthöhere Instanz) Beschwerde eingelegt, der dann die bundesrepublikanische Wirklichkeit schnell (man könnte auch sagen hopplahopp) wiederherstellte: Demoverbot in der Bannmeile, keine weitere Anfechtbarkeit, lautete der nächtliche Beschluß.
So weit, so schlecht.

Die Hauptsache ist aber noch anhängig. Und nun geschah etwas absolut Neues in Hessen. In einem persönlichen Schreiben stellte Innenminister Gries einen Befangenheitsantrag gegen die drei Wiesbadener Verwaltungsrichter. Landtagspräsident Wagner schloß sich ihm an. Und noch mehr: Der Präsident des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes wurde um dienstaufsichtliche Prüfung gebeten. Mittlerweile ist sogar durchgesickert, daß den Richtern wegen „Rechtsbeugung" (!) mit dem Staatsanwalt gedroht wurde. Mit seinem Vorgehen eifert Gries dem Frankfurter OB Wallmann nach, der mittlerweile in jedem Verfahren (Demoverbote) die Frankfurter Verwaltungsrichter als befangen ablehnt. Indem er aber gar mit der Disziplinarkeule droht, hat Gries (FDP) Wallmann (CDU) noch übertroffen ... an „Liberalität" selbstverständlich.

KB-Gruppe Frankfurt

Von Sanrizuka lernen



Die Polizei rückt an

2. Teil von Samuel Meldreg

Zum besseren Verständnis haben wir im folgenden den Widerstand gegen den neuen Internationalen Flughafen von Tokio in drei Phasen aufgeteilt:

1. Die Entwicklung von der allgemeinen Gegnerschaft der Bauern gegen das Projekt bis zum 7-monatigen Bürgerkrieg um 3,6 ha Land 1971.

2. Die Auseinandersetzungen nach dem Baubeginn bis zur Teileröffnung des Flughafens im Mai 1978.

3. Die Entwicklung des Widerstandes nach 1978.

(Zur Standortfrage und zu den Voraussetzungen des Widerstands siehe Teil 1 in AK 214).

Der Oppositionsverband und die ersten Auseinandersetzungen

Die Auseinandersetzungen in Sanrizuka beginnen mit der Erklärung der japanischen Regierung, daß der Flughafen dort gebaut werden soll. Diese Entscheidung ist entgegen der sonst in Japan bei solchen Vorhaben üblichen Konsultierung der davon Betroffenen völlig einseitig gefällt worden. Die Bauern betonen auch heute noch, bei Diskussionen um diese Frage, das Einmalige dieses Vorganges. Sie sind zu keinem Zeitpunkt gefragt worden, wie sie zu diesem Projekt stehen. Normalerweise wird in Japan versucht, durch Verhandlungen eine Übereinstimmung zu erzielen, die für beide Teile akzeptabel ist.

Die Verrechtlichung solcher Probleme, wie sie bei uns üblich ist. kennt

beide Teile akzeptabel ist.

Die Verrechtlichung solcher Probleme, wie sie bei uns üblich ist, kennt

man in Japan nicht. Für die Bauern bedeutete es daher eine einzigartige Provokation, einen Bruch mit traditionellen Rechtsvorstellungen und einen „Gesichtsverlust", sich auf dieses Diktat einzulassen.

So schließen sich am 28. Juni 1966 1 500 empörte Bauern zum „Oppositionsverband gegen den Sanrizuka-Flughafen" zusammen. „*Wir rufen alle Bewohner und auch die Nachbarn von Sanrizuka zu einer großen Oppositionsbewegung auf. Wir werden gegen die Regierung und die Bezirks- und Stadtverwaltungen intensive und beharrliche Massenaktionen organisieren, um sie zum Abbruch der Planung zu zwingen.*"

Trotz des energischen Versuches des Oppositionsverbandes, durch Versammlungen, Demonstrationen, Besuche auf den Rathäusern, Appelle an Gewerkschaften und politische Organisationen Druck auf die Regierung auszuüben, wird im Juli die „Öffentliche Gesellschaft für den Neuen Internationalen Flughafen" gegründet. Die Gemeinde – und Stadtparlamente der Region, die der Regierungsentscheidung widersprochen hatten, geben jetzt ihre Opposition auf.

Als im Juni 1967 der Transportminister Narita besucht, umringen ihn die Bauern und versuchen, mit ihm zu diskutieren. Dabei kommt es zum ersten größeren Polizeieinsatz, dessen Härte die völlig unvorbereiteten Demonstranten überrascht.

Um die für den Herbst angekündigten Landvermessungen zu verhindern, organisieren sich daraufhin die Mitglieder des Oppositionsverbandes in autonomen Einheiten: Kinder-, Jugend-, Frauen-, Männer- und Altenaktionsgruppen. Sie sind der Überzeugung, daß sich gerade hierdurch die jeder einzelnen sozialen Gruppe gemäße Form der Auseinandersetzung hat entwickeln lassen.

Obwohl im Oktober über 2 000 Polizisten zum Schutz der Landvermesser eingesetzt sind, gelingen nur 3 von 11 Vermessungen. In dieser Auseinandersetzung versucht die KP Japans, die Bauern zum Einlenken mit der Regierung zu bringen. Nach einem gescheiterten Versuch, die Führung im Oppositionsverband zu übernehmen, wird sie im Dezember 1967 aus der Bewegung ausgeschlossen.

In der Folgezeit unterstützt daher von der traditionellen Linken nur die

aus der Bewegung ausgeschlossen.

In der Folgezeit unterstützt daher von der traditionellen Linken nur die

Sozialistische Partei die Kämpfe. Sie organisiert z.B. die Ein-Tsubobewegung (1 Tsubo = 3,3 qm Land). Insgesamt werden 703 Tsubo Land von verkaufswilligen Bauern erworben.



Die Bauern von Narita haben Fahrrad- und Autoreifen angeschleppt...

Ein neues Bündnis

Angesichts der massiven Polizeieinsätze und der Brutalität der Bereitschaftspolizeikommandos bei den Landvermessungen wenden sich die Bauern an Zengakuren (Zusammenschluß der Studentenverbände) und bitten sie um Unterstützung.

Das Einmalige dieses Vorgehens – galten doch die Bauern bisher als brave Anhänger der Regierungspartei und rechtschaffene Konservative – wird noch durch ein Zusätzliches unterstrichen: In einem Gespräch zwischen Delegierten des Oppositionsverbandes, Zengakuren und Hansen (Kampfkomitee gegen den Krieg) wird folgender Vertrag geschlossen und durch Schwur bekräftigt, der auch

folgender Vertrag geschlossen und durch Schwur bekräftigt, der auch

heute noch Bestand hat:

1. Arbeiter und Studenten schätzen den Sanrizuka-Kampf als ihre eigene wichtige Aufgabe ein; sie kommen nach Sanrizuka, nicht um den Bauern Hilfe zu leisten, sondern um mit ihnen gemeinsam bis zum Sieg zu kämpfen.

2. Der geplante Flughafen in Sanrizuka würde im Verlauf des Vietnamkrieges zweifellos als Militärflughafen genutzt werden. Bei der heutigen internationalen Situation und unter den Bedingungen des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages (AMPO) existiert praktisch kein Unterschied zwischen einem Zivil- und einem Militärflughafen. Arbeiter und Studenten kämpfen mit den Bauern gegen die Zwangsenteignung des Landes und gegen den Vietnamkrieg in Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen und dem amerikanischen Volk.

3. Alle Tätigkeiten der Arbeiter und Studenten in Sanrizuka müssen immer mit Achtung vor der Initiative und Politik der dort wohnenden und kämpfenden Bauernorganisation geleistet werden. Bei allen Aktionen ist

kämpfenden Bauernorganisation geleistet werden. Bei allen Aktionen ist

die Zustimmung und Mitarbeit des Oppositionsverbandes erforderlich.

(Drei-Punkte-Programm vom 24. Nov. 1967).

Im Frühjahr 1968 mobilisiert Zengakuren mehrmals tausende von Studenten nach Sanrizuka. Bei den Demonstrationen wird immer wieder versucht, das Gebäude der „Öffentlichen Gesellschaft..." zu belagern, das von starken Polizeieinheiten mit Stacheldrahtverhauen und gepanzerten Fahrzeugen beschützt wird. Hunderte von Demonstranten werden bei den Auseinandersetzungen verletzt oder/und verhaftet. Aber die Flughafengesellschaft wird durch diese Aktionen gezwungen, ihren Plan aufzuschieben. Das ganze Projekt wird jetzt in zwei Phasen aufgeteilt: 1. Phase: Terminal und ein Rollfeld; 2. Phase: die beiden restlichen Rollbahnen.

Noch im Jahr 1969 glauben die Planer, am Eröffnungstermin (1971) zumindest für die Phase I festhalten zu können, besitzt die Gesellschaft doch mittlerweile 90 % des für diesen Bauabschnitt benötigten Landes. Der Präfekt der Region verspricht, mit den verbliebenen „radikalen" Bauern

Präfekt der Region verspricht, mit den verbliebenen „radikalen" Bauern

hart umzugehen. In kürzester Frist soll das Zwangsenteignungsverfahren durchgezogen werden.

Der Kampf um das Land

Da es trotz zweier weiterer Versuche (im Februar und Mai 1970) nicht gelingt, das Land fertig zu vermessen, gibt der Präsident der Flughafengesellschaft im Juli zu, daß sie nicht in der Lage sind, den Flughafen termingerecht zu eröffnen.

Mit einem Großeinsatz von mehr als 4 000 Polizisten soll im September das restliche Land ausgemessen werden. Doch die Arbeiten bleiben im wahrsten Sinne des Wortes im Schlamm stecken. Bei dem „dreitägigen Krieg mit Schlamm und Flamme" setzen die Bauern mit Hilfe des Bewässerungssystems ihrer Reisfelder das Land unter Wasser. Zusätzlich nutzen sie ihre Kenntnisse über die wechselnden Winde der Region aus. Gezielt stecken sie alte Auto- und Fahrradreifen an und vertreiben mit dem beißenden Rauch die Angreifer (wird fortgesetzt).



... und zünden sie an



Ende im Schlamm (für die Polizei)

Die Demonstrationsfreiheit stirbt scheibchenweise

Die derzeit geführte Diskussion um eine Wiederverschärfung des § 125 StGB (Landfriedensbruch) wird in der Öffentlichkeit oft als Debatte um die „Verschärfung des Demonstrationsrechts" bezeichnet.

Dies ist aus mehreren Gründen ungenau: zum einen enthält das jetzt geltende Recht wesentlich mehr und wesentlich weitergehende Regelungen, die das Demonstrationsrecht einschränken. Die wichtigsten, auf den einzelnen Teilnehmer abzielenden sind im Versammlungsgesetz selbst enthalten: § 25 VersG stellt die Durchführung einer Demonstration abweichend von der Anmeldung unter Strafe; die Strafdrohung richtet sich allein gegen den „Leiter" der Demonstration. Nach der gleichen Vorschrift kann die Nichtbefolgung von durch die Polizei verfügten Auflagen zur Durchführung der Demonstration bestraft werden.

§ 26 des VersG bedroht „Veranstalter oder Leiter" einer verbotenen oder aufgelösten oder unangemeldeten Demenstration mit Strafen.

Mit einer Geldbuße kann gemäß § 29 VersG die bloße Teilnahme an einer „verbotenen Demonstration", ja sogar die Nichtbefolgung von Auflagen geahndet werden.

Ebenfalls als Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000 DM belegt werden, wer sich trotz dreimaliger behördlicher Aufforderung nicht aus einer Demonstration entfernt (§113 OWiG).

Die Beschränkung der Diskussion auf eine Wiedereinführung des „alten" Landfriedensbruchparagraphen ist auch deswegen zu eng, weil die restriktivere Anwendung der im geltenden Recht, also im Versammlungsgesetz selbst sowie in den Polizeigesetzen der Länder enthaltenen Ermächtigungsgrundlagen sowie eine Perfektionierung der polizeilichen Strafverfolgungsmaßnahmen bereits heute eine entscheidende Einschränkung des Demonstrationsrechts herbeigeführt haben.

Die von CDU/CSU sowie Polizeistrategen wie Landespolizeipräsident Stümper, Baden-Württemberg, dem Deutschen Richterbund u.a. neuerdings lauthals erhobenen Forderungen nach Rücknahme der 1969/70 eingeführten Liberalisierung des Demonstrationsrechts durch Wiedereinführung des § 125 StGB (Landfriedensbruch) in der damaligen Fassung zielt – noch im Vorfeld evtl. gesetzlicher Neuregelungen – auf eine repressivere Anwendung des jetzt schon vorhandenen Instrumentariums. Tendenziell wird damit auch der Boden für mögliche spätere gesetzliche Legitimation eines faktisch bereits eingeschränkten Demonstrationsrechts bereitet.

Die dahinterstehende Konzeption hat aus polizeilicher Sicht gerade der Landespolizeipräsident im Innenministerium Baden-Württemberg, Dr. Alfred Stümper, in einem früheren Aufsatz mit dem Titel „Sind Strategie und Taktik der Polizei noch zeitgemäß?" („Die Polizei", Jg. 1981, S. 197 ff.) wie folgt beschrieben: *„Die Bedeutung, ja der Vorrang der Vorbeugung gegenüber der Strafverfolgung wird immer wieder sowohl in der Politik, als auch in der Fachwelt betont."*

Offenbar gemünzt auf den derzeitigen Parteienstreit um „Erfolg" oder „Mißerfolg" der Liberalisierung des Landfriedensbruchparagraphen bestimmt Stümper sein Konzept folgendermaßen:

„Zunächst: auch als Verantwortungsträger der Polizei vertrete ich sowohl aus allgemeinen als auch aus langfristig präventiv-polizeilichen Überlegungen heraus die Auffassung, daß man schon aus ‚klimatischen' Gründen Sicherheitslücken in Kauf zu nehmen hat, um unserer Jugend von vernherein das Gefühl zu nehmen, in einem ‚kleinlichen', ‚engen' oder gar repressiv handelnden Staat aufzuwachsen; man muß ihr – gerade in unserer schwierigen Zeit – innerlich eine Identifizierung mit unserer Gemeinschaft und dem von dieser Gemeinschaft getragenen Staat erleichtern. Insoweit also ein bewußtes Ja auch zu bestimmten, unsere polizeiliche Arbeit eingrenzenden, deutlich liberal ausgerichteten Normen – auch wenn sie unsere Arbeit spürbar erschweren und sogar in gewissen Bereichen eine echte Effizienzminderung verursachen!"

Mit diesem Konzept haben sich die Herren „Sicherheitsstrategen" unter der Schirmherrschaft der sozial-liberalen Koalition schon lange die modernen Repressionsmittel geschaffen, die sie jetzt im Verein mit der rechten Opposition als „unzureichend" denunzieren. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf ein offenbar recht taktisches Verhältnis zum Gesetzgeber, oder anders gesagt: zum demokratischen Rechtsstaat.



Polizei gegen Demonstranten 1930 in Berlin ...

Was heißt Rücknahme der Liberalisierung des Demo-Rechts?

Erforderlich wäre nach Meinung der CDU/CSU sowie maßgeblicher Vertreter des Deutschen Richterbundes die alte Fassung des § 125 StGB, die jede Teilnahme an und damit auch schon das bloße Sich-Nicht-Entfernen aus einer Demonstration, aus der heraus „Gewalttätigkeiten" begangen wurden, unter Strafe stellte. Nach dieser Vorschrift konnte beispielsweise auch bestraft werden, wer nur aus Neugier an einer Demonstration teilnimmt, im extremsten Fall gar ein Pressevertreter.

Für erforderlich wird auch die Wiedereinführung der ebenfalls im Rahmen der 3. Strafrechtsreform gestrichenen Strafrechtsvorschriften des „Auflaufs" und des „Aufruhrs" (§§ 115, 116 StGB) gehalten. Hiernach konnte mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bestraft werden, wer sich in einer Menschenmenge aufhielt, aus der heraus Widerstand gegen die Staatsgewalt verübt wurde (Aufruhr), oder wer sich einfach nur trotz staatlicher Aufforderung nicht entfernte (Auflauf). Letztere Vorschrift wurde in abgemilderter Form als Ordnungswidrigkeit später wieder eingeführt (s.o.). Gestrichen wurde schließlich noch § 110 StGB, der eine Bestrafung von „Aufforderung zum Ungehorsam" ermöglichte. Im Zuge der Reform wurde der Landfriedensbruchparagraph dahingehend eingeschränkt, daß nicht mehr die bloße „Teilnahme an" oder das „Sich-Nicht- Entfernen aus" einer gewalttätigen Demonstration, sondern nur noch eigenhändig begangene „Gewalttätigkeiten" oder die direkte Teilnahme an ihnen bestraft werden sollte.

Den Hintergrund der alten Bestimmungen beschreibt ein bekannter Strafrechtskommentar wie folgt:

„Diese Ausformung der früheren Vorschriften beruhte auf der Erfahrung, daß eine aufsässige Menschenansammlung eine große Gefahr für die Allgemeinheit ist. Im Gefühl geballter Macht, in der verantwortungslähmenden Anonymität, impulsiv und unberechenbar, wird die Masse existentiell als ein – bei ihrer Anziehungskraft und Sogwirkung auf Unbeteiligte höchst wirksamer – Explosivstoff angesehen. Springt der zündende Funke auf und kommt es zur Entladung, so lassen sich die losbrechenden Gewalten kaum abfangen und nur schwer eindämmen,..." (Leipziger Kommentar, Vorbem. zu §§ 125 ff. StGB).

Wenn man so etwas liest, könnte man glauben, man habe es mit der Beschreibung von Naturgewalten, etwa einer schweren Sturmflut, zu tun.

Dem einzelnen Demonstrationsteilnehmer wird jede Eigenverantwortlichkeit abgesprochen, er wird zum willenlosen Teil einer aggressiven Masse.

Es ist verständlich, daß die Väter des Strafgesetzbuches von 1871 angesichts der entstehenden Arbeiterbewegung so gedacht und Polizei und Justiz damals und bis zur Adenauerzeit hinein auch so gehandelt haben.

Es ist ein Verdienst der Studentenbewegung, daß die Unvereinbarkeit dieser Regelungen mit dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit ins Bewußtsein der Öffentlichkeit – wenn auch nicht in das der Strafjustiz – gerückt wurde.

Letzlich entscheidend für die Neufassung/Streichung dieser Paragraphen durch das 3. Strafrechtsreformgesetz vom 20.5.70 war freilich nicht bessere Einsicht, sondern die Unfähigkeit der Justiz, die sich aus dieser Vorschrift ergebenden Verfahren zu bewältigen.

Die ebenfalls 1970 beschlossene Amnestie zugunsten der überwiegenden Mehrheit von „Demonstrationsstraftätern" verhinderte schließlich, daß die Justiz sich durch massenhafte Verurteilungen nach dem „alten Recht" vor der damals recht kritischen Öffentlichkeit selbst diskreditierte.

Gegenwind

Die insbesondere wieder seit 1976 zu spürende Einschränkung der Demonstrationsfreiheit bediente sich aufgrund der o. g. Erfahrungen anderer Methoden.

Es begann sich wieder eine Differenzierung zwischen „friedlichen" und „gewalttätigen" Demonstrationen auch in den Gesetzen niederzuschlagen.

Dementsprechend wurde mit dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz (man beachte: diese Ergänzung des Strafgesetzbuches nennt sich nicht „Strafrechtsreformgesetz") vom 22.4.1976 eine „kriminalpolitische Umorientierung" (so der Kommentar Schönke-Schröder, Vorbemerkung zu §§ 110) eingeleitet: *„Während das 3. Strafrechtsreformgesetz durch eine entkriminalisierende Tendenz gekennzeichnet war, ist unter dem Eindruck steigender Gewaltkriminalität das 14. Strafrechtsänderungsgesetz von der Zielsetzung bestimmt, bereits im Vorfeld der Befürwortung, Anleitung und Androhung bestimmter Gewalttaten durch Verschärfung bestehender oder Einführung neuer Tatbestände entgegenzuwirken."*

Gleichermaßen entwickelten sich natürlich Bestrebungen aus den Reihen der Strafjustiz und konservativer Politiker, den neuen „zu eng gefaßten § 125" (so der bei den Gerichten meistbenutzte Kommentar des ehemaligen Ministerialdirigenten im Bonner Innenministerium, Eduard Dreher) wieder zu erweitern. Es geschah dies über die weite Auslegung von Beteiligungsmöglichkeiten an sog. Gewalttätigkeiten anderer: wegen „Beihilfe" zum Landfriedensbruch oder auch wegen Mittäterschaft sollen beispielsweise alle diejenigen bestraft werden können, die „psychische Beihilfe" leisten, was immer das auch sein mag.

Ein anschauliches Beispiel für die damit eröffneten Möglichkeiten liefert die Anklageschrift aus dem Nürnberger KOMM-Prozeß, in dem der alte und neue § 125 StGB faktisch wieder angewandt werden soll, obwohl er gesetzlich abgeschafft ist.

In der Anklageschrift wird erst gar nicht der Versuch unternommen, einzelnen Angeklagten die Begehung von „Gewalttätigkeiten" nachzusagen. Es heißt schlicht und einfach: *„Sämtliche Teilnehmer an der Aktion wußten von Anfang an, daß es zu gewalttätigen Ausschreitungen kommen würde, sie waren damit einverstanden. Sie erkannten, daß erhebliche Sachwerte, wie Schaufensterscheiben zerstört wurden und trugen durch ihr Verhalten, wie sie wußten und wollten, hierzu bei. Sie handelten in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken."*

An anderer Stelle heißt es: *„Jeder der Teilnehmer wußte auch bereits zu diesem Zeitpunkt (Anm.: zu Demonstrationsbeginn), daß er durch sein Mitgehen denjenigen, die zu eigenhändigen Gewalttätigkeiten bereit waren, deren Begehung ermöglichen würde. ...*

Hinzu kommt, daß unmittelbar nach Verlassen des KOMM, als sich die Teilnehmer an der „Demonstration" bereits versammelt hatten, für jeden erkennbar die Gewalttätigkeiten begannen. Die „Demonstranten" griffen hier das zivile Polizeifahrzeug in zwei Gruppen an und beschädigten es, nach Angaben der Zeugen Knof und Meierhofer waren hieran sämtliche „Demonstranten" zumindest durch anfeuerndes Schreien und Johlen beteiligt."

Also: angebliches Schreien und Johlen als Teilnahme an Gewalttätigkeiten?

Ähnlich absurd ist die Anklage gegen einen Medizinstudenten in Hamburg, der sich gegen eine Anklage nach § 125 StGB verteidigen muß, weil er einen mit Rinderblut gefüllten Frühstücksbeutel auf dem evangelischen Kirchentag auf den gepanzerten Dienst-Mercedes des Bundesverteidigungsministers Apel geworfen hat. Auch hier: ein Plastiksäckchen mit Blut gegen einen gepanzerten Mercedes als „Gewalttätigkeit"?

Man sieht, wo ein Wille zur Strafverfolgung ist, finden die Strafverfolger immer einen Weg. Der ehemalige Generalbundesanwalt Buback, ein Meister seines Faches, brachte es einmal auf den Begriff: **„Leute wie Herold und ich finden immer einen Weg."**

Zu diesen Wegen gehört schließlich die verstärkte Anwendung der oben genannten strafrechtlichen Nebenbestimmungen. Immer öfter wird Anklage erhoben oder werden Bußgeldbescheide erlassen wegen absoluter Lappalien: So gab es im Jahre 1979 eine wahre Prozeßwelle gegen Demonstranten, die an den Demonstrationen gegen das Schah-Regime teilgenommen hatten. Auch gegen presserechtlich Verantwortliche wurde wegen Aufrufens zu einer verbotenen Demonstration ein Bußgeld verhängt.

Am groteskesten war wohl der Einfall einer schleswig-holsteinischen Ordnungsbehörde, die Errichtung eines Zeltes für eine Demonstration gegen das Atomkraftwerk Brokdorf neben dem Bauplatz mit der Begründung zu verbieten, es handele sich bei der Wiese – und dem Bauplatz – um Landschaftsschutzgebiet.

Präventiv-polizeiliche Maßnahmen

Insbesondere im Jahre 1977 praktizierte die Polizei in spektakulärer Weise ihr Konzept des vorbeugenden Eingreifens. August Greiner, Polizeioberrat aus Karlruhe, schildert einen dieser Eingriffe aus der Sicht des „Polizeipraktikers" wie folgt: *„Am 18.2.1977 fuhr eine Gruppe von 44 Personen in einem Bus auf der A 7 zwischen Würzburg und Fulda in Richtung Norden. Sie beabsichtigte, an der Demonstration in Brokdorf und bei Verbot derselben an der in Itzehoe teilzunehmen. Gegen 23.10 Uhr wurde das Fahrzeug von der Polizei gestoppt und zur Überprüfung in eine in einer Autobahnmeisterei eingerichtete Kontrollstelle geleitet. Nach durchgeführter Personenkontrolle und Durchsuchung des Busses wurde das Fahrzeug gegen 0.15 Uhr in eine Ecke des Hofes der Autobahnmeisterei dirigiert und die Weiterfahrt bis gegen 4.00 Uhr untersagt. Die Klage mit dem Antrag auf Feststellung, daß das zeitlich beschränkte polizeiliche Verbot der Weiterfahrt des besetzten Busses rechtswidrig gewesen sei, wurde abgewiesen."* (Bericht nach „Kriminalistik", Jg. 1981, S. 474).


... und 1980 in Bremen

Aus Anlaß der Großdemonstration an dem „Schnellen Brüter" in Kalkar im September 1977 brachte die Polizei bekanntlich in bürgerkriegsähnlicher Manier den Verkehr auf den überregionalen Verkehrswegen der BRD mit dem Ziel zum Erliegen, die Anfahrt von einer möglichst großen Anzahl von Demonstranten zumindest zu verzögern.

Das gleiche praktizierte die Polizeiführung bei der Großdemonstration in Brokdorf am 28.2.1981; in diesem Fall gingen die „präventiv-polizeilichen" Maßnahmen sogar soweit, daß bei der Deutschen Bundesbahn bereits bestellte Sonderzüge nicht fuhren. Ob dieser Vertragsbruch der staatlichen Bundesbahn auf direkte polizeiliche Intervention zurückgeht oder auf einem Akte „freiwilliger Selbstkontrolle" beruht, wissen wir nicht. Es dürfte in dem hier interessierenden Sinne auch unerheblich sein.

In kleinerem Maßstab werden beispielsweise vor Demonstrationen die in der Umgebung des Sammlungsortes liegenden Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel sowie die Zufahrtsstraßen von bewaffneter Polizei kontrolliert und dabei „verdächtiges Material" sichergestellt oder bestimmte Personen in vorübergehenden polizeilichen Gewahrsam genommen.

In der Zeit der Studentenbewegung machte die Polizei bereits einmal den Versuch, diese Art von „Vorbeugehaft" einzuführen: Rudi Dutschke wurde, als er mit dem Flugzeug aus Westberlin kommend in Frankfurt landete, auf dem dortigen Flughafen solange festgehalten, bis die Demonstration vorüber war.

Fortsetzung nächste Seite

Die deutsche Justiz scheint uns nicht ganz die Richtige zu sein! (Tucholsky)



Graphik: H. J. Vincenti Dudek

Der Fall Dr. Härdle Verteidigerrechte in Gefahr

Am 11. November '81 verschwand der Heidelberger Rechtsanwalt Dr. Härdle hinter den Toren der Strafvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim, um seine 22-monatige Haftstrafe anzutreten. Davor zurück blieben einige hundert Demonstranten und zahlreiche seiner Kollegen aus der ganzen BRD in schwarzen Roben – das vorläufige Ende eines seit 1976 laufenden Verfahrens und eines mehr als zweijährigen Kampfes zahlreicher Rechtsanwaltsvereine und unzähliger Demokraten um die Freiheit Härdles und um die Wahrung der Verteidigerrechte gegen die Angriffe der deutschen Justiz.

Die Heidelberger Justiz hatte zahlreiche Anläufe genommen, RA Härdle außer Gefecht zu setzen: bei der Rechtsanwaltskammer, welche standesrechtliche Maßnahmen gegen RA Härdle einleiten sollte, und auch beim Justizministerium, welches vom Heidelberger Landgerichtspräsidenten dringend um ein Berufsverbot gegen ihn gebeten worden war. Im Herbst 1976 war es dann soweit: die erste strafrechtliche Anklage erfolgte. Sie lautete auf „Landfriedensbruch".

Am 21. und 28.8.76 war RA Härdle an einem KBW-Stand anläßlich der Bundestagswahlen von Polizeibeamten mit Knüppelschlägen bedacht worden. 25 Zeugen konnten dies bestätigen, vom Gericht wurden sie jedoch als „unglaubwürdig" abgelehnt, da *„durchweg Aktivisten des KBW"*(Spiegel Nr. 46/81). Für Härdle produzierte jeder Knüppelschlag den Vorwurf des Landfriedensbruchs – schließlich knüppeln bundesdeutsche Polizeibeamte ja nicht ohne Grund! Im Februar '78 wurde Härdle von Richter Mattes zu 6 Monaten Freih eitsstrafe und einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen zu je 80 DM verurteilt.

„Wir brauchen andere Mittel gegen Leute wie Rechtsanwalt Härdle", ließ er sich aus dem Beratungszimmer vernehmen. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und erhob gleichzeitig, im August '78, eine weitere Anklage wegen „uneidlicher Falschaussage". *„Wegen der besonderen Bedeutung des Falles"* wurde diese gleich vor das Landgericht gebracht, wo sie sich dann wunderbar mit der ersteren verbinden ließ. Desweiteren war für diese Anklage die Möglichkeit der Berufung damit von vornherein ausgeschlossen. Härdle war in einem Hausfriedensbruchverfahren gegen einen Studenten als Zeuge aufgetreten. Als dessen früherer Anwalt aus einem Hochschulverfahren sagte er aus, daß der angeklagte Student keinen Hausfriedensbruch begangen haben könnte, da er, als dessen Anwalt, ihm die Erteilung des Hausverbotes noch nicht weitergeleitet hatte. Allerdings hatte die Sekretärin des Büros, ohne daß Härdle das wußte, dem Studenten die Anweisung mitgeteilt. Acht Zeugen konnten dieses Versehen bezeugen, doch auch sie wurden vom Gericht als „unglaubwürdig" abgelehnt (Spiegel Nr. 46/81). Die zweite Strafkammer unter Vorsitz des Richters Gutmacher, dessen Urteile RA Härdle als Verteidiger öfters durch erfolgreiche Revisionen zu Fall gebracht hatte, verurteilte Härdle nun wegen „Falschaussage" zu 15 Monaten und wegen zweimal gebrochenen Landfriedens, Körperverletzung und Widerstand zu je 6 Monaten: Insgesamt eine Haftstrafe von 22 Monaten ohne Bewährung für den nicht-vorbestraften Anwalt. Anklagevertreter war der Staatsanwalt Johe, auch er ein alter Bekannter und Prozeßgegner Härdles in vielen politischen Prozessen.

Wie das Urteil spricht auch die Durchführung der Hauptverhandlung nicht gerade für die Rechtsstaatlichkeit der bundesdeutschen Justiz. Selbst der „Stuttgarter Zeitung", nicht gerade in der linksradikalen Ecke anzusiedeln, scheint es nicht mit rechten Dingen zugegangen zu sein. Die Überschriften der Prozeßartikel lauten: *„Brisanter Prozeß gegen einen Verteidiger – Linker Rechtsanwalt ist vielen ein Dorn im Auge"* (26.1.79); *„Wird die Verteidigung unzumutbar behindert?"*(9.5.79); *„Das abrupte Ende eines Prozesses – Linker Anwalt wird zu Freiheitsstrafe von 22 Monaten verurteilt"*(31.5.79). Doch nicht nur die Presse protestierte sondern auch Vereinigungen von Anwälten. So hieß es im Mai 1979 in einem Schreiben der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe, die laut „Spiegel" eher als konservativ einzuschätzen ist:

„Der Vorstand der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe hat den Herrn Präsidenten der Kammer beauftragt, mit dem Justizminister des Landes Baden-Württemberg über einzelne Aspekte des gegenwärtig beim Landgericht anhängigen Strafverfahrens gegen Rechtsanwalt Dr. Härdle zu sprechen...

1. Die Strafkammer scheint die Tätigkeit der Verteidigung in vieler Hinsicht über das Maß der Zumutbarkeit hinaus zu erschweren. Als Beispiele müssen genannt werden:

– Terminierung ohne Rücksicht auf zwingende andere berufliche Verpflichtungen der Anwälte...

– die (vom Vorsitzenden) zwangsweise verfügte, und mit Polizeigewalt durchgesetzte Sitzordnung der Verteidigung...

– die Weigerung, der Verteidigung ... Einblick in die zahllosen Beschlüsse des Gerichts zu geben...

2. Das Fragerecht der Verteidigung ist ersichtlich auch dort eingeschränkt worden, wo ein vorhergehender Mißbrauch dieses Rechts nicht vorgelegen hat...

3. Das Gericht hat ... eine in öffentlicher Verhandlung vom Vertreter der Staatsanwaltschaft geäußerte Ansicht, die Verteidiger hätten falsche eidesstattliche Erklärungen abgegeben ungerügt gelassen.

4. Die Öffentlichkeit der Verhandlung ... wird nicht nur durch unverhältnismäßige Ordnungsmaßnahmen gegenüber Zuschauern beeinträchtigt, sondern auch durch ein ‚Merkblatt' dessen Inhalt zwingenden Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes widerspricht."

Der Republikanische Anwaltsverein erweiterte in einem Schreiben an den damaligen Bundesminister der Justiz Vogel diese Vorwürfe noch um die Tatsachen, daß

„7. ... vier bereits von der Verteidigung gestellten Anträgen nicht mehr stattgegeben wurde und weitere vorbereitete nicht mehr entgegengenommen wurden,

8. ein vom Gericht geladener Zeuge der Verteidigung nicht mehr vernommen wird,

9. Urteilsverkündigung ohne Beendigung der Beweisaufnahme und ohne Gewährung des letzten Wortes.

Das hier ein politisch engagierter Verteidiger getroffen werden soll, ist auch aus der schriftlichen Urteilsbegründung zu erkennen, indem RA Dr. Härdle unterstellt wird, daß er nicht nur die ‚Stellung eines engen Beraters' des KBW Heidelberg einnimmt, sondern sogar des ‚geistigen Führers und Parteistrategen' (S. 19 des Urteils)." Zum Schluß fordern die Anwälte die Aufhebung des Urteils.

Zu all diesen „Verfahrensfehlern" kommt hinzu, daß *„von den 53 Zeugen ... nur 3, alles Polizeizeugen, die Vorwürfe der Anklage bestätigen ... Rechtsanwalt Härdle hat gegen das Urteil ... Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe einlegen lassen"* (SZ vom 1.6.79).

BGH und BVG segnen alles ab

Am 18.2.81 entschied der BGH, daß das Urteil des Landgerichts Heidelberg rechtens sei, wobei er sich lediglich zu einem Sechstel der 69 Revisionsrügen überhaupt äußerte. Kein Wort verlor er zu den oben genannten Verfahrensverletzungen. Anwälte warfen dem BGH daraufhin „Sonderrechtsprechung" vor.

Der Heidelberger Anwaltsverein mit seinen etwa 280 Mitgliedern forderte die Rechtsanwaltkammer Nordbaden auf, sich für eine Aussetzung der Strafvollstreckung bis zur Entscheidung der Verfassungsbeschwerde einzusetzen. Nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft Heidelberger Strafverteidiger (30 Mitglieder) schränkte der BGH elementare Verteidigerrechte ein:

„1. Der BGH rechtfertigt in seiner Revisionsbegründung, daß das Heidelberger Landgericht erst drei bzw. vier Tage vor Beginn der Hauptverhandlung Verteidiger bestellte und deren Anträge auf Aussetzung des Verfahrens zwecks Vorbereitung der Hauptverhandlung ablehnte.

2. Der BGH habe den Grundsatz durchbrochen, daß nicht in Abwesenheit des Angeklagten verhandelt werden darf, indem er als Eigenmächtigkeit und Verhandlungssabotage wertete, daß Härdle an sieben Verhandlungstagen nicht erscheinen konnte...

3. Die BGH-Entscheidung sanktioniere nicht nur die vollständige Entziehung des Fragerechts für Verteidiger ..., sondern auch Anordnungen, Fragen schriftlich dem Gericht zur Zensur einzureichen, bevor sie einem Zeugen gestellt werden können.

4. Der BGH schränkte elementare Grundsätze des bisherigen Beweisrechts ein, ... indem ein eindeutiger Beweisantrag als Beweisermittlungsantrag umgedeutet werde, ... oder zwei Zeugen, deren Anschrift feststellbar war, als unerreichbar nicht vernommen wurden" (nach SZ, 31.3.81).

Weitere Protesterklärungen ähnlichen Tenors verabschiedeten die „Vereinigung hessischer Strafverteidiger e.V." sowie 378 Rechtsanwälte aus der ganzen BRD, die am 27.5.81 eine Anzeige in die „Zeit" setzen ließen, der sich der Bundesvorstand der Humanistischen Union, der Vorstand des Republikanischen Anwaltsvereins und die Landessprecherversammlung der Rechtsreferendare in Hessen anschlossen. Auch die Vereinigten Deut-

Fortsetzung nächste Seite

Härdle an einem KBW-Stand anläß- aus, daß der angeklagte Student kei- sein. Die Überschriften der Prozeßar- tikel lauten: „Brisanter Prozeß gegen nimmt, sondern sogar des ‚geistigen Führers und Parteistrategen' (S. 19

Fortsetzung von vorheriger Seite

Es gab damals heftige Proteste, die dazu führten, daß solcherlei Rechtswidrigkeiten zunächst unterblieben.

Zu erwähnen wäre im vorliegenden Zusammenhang noch eine besondere polizeiliche Spezialität: der Einsatz scharfer Hunde auf Demonstrationen. In Hamburg hat es mehrere Fälle gegeben, in denen weglaufende Demonstranten von wildgemachten Kötern teilweise schwer verletzt wurden. Die Hundeführer haben keine Anstalten gemacht, ihre Viecher zu zügeln.

Man könnte zwar sagen, daß der Einsatz einer Hundestaffel mit den beschriebenen Folgen nichts mehr mit polizeilicher Vorbeugung zu tun hat. Das ist so auch sicher richtig, wenn man auf den bloßen Hundebiß abstellt. Der eigentliche Zweck der Hunde ist freilich ein anderer: sie sollen den Leuten Angst einflößen.

Auflagen nach dem Versammlungsgesetz

Das in Artikel 8 des Grundgesetzes garantierte Grundrecht der Versammlungsfreiheit steht schon heute unter dem weitgehenden Gesetzesvorbehalt des „Versammlungsgesetzes".

In dessen § 15 werden die zuständigen Polizeibehörden ermächtigt, Demonstrationen insgesamt zu verbieten oder mit nach Gesichtspunkten polizeilichen Ermessens zu bestimmenden „Auflagen" zu belasten. Von dieser Möglichkeit ist in letzter Zeit immer häufiger und immer weitgehender Gebrauch gemacht worden.

Im Wege der „Auflage" wurden beispielsweise bestimmte Demonstrationsrouten verboten (vorzugsweise durch belebte Innenstädte oder in der Nähe besonders „gefährdeter Gebäude"), die Mitführung von Lastkraftwagen (für Lautsprecheranlagen beispielsweise) untersagt oder ein allgemeines sogenanntes „Vermummungsverbot" angeordnet. Bisher wurden diese Auflagen weitgehend von Fall zu Fall abgestuft verfügt. In Baden-Württemberg freilich gibt es hierzu schon eine „Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zur Durchführung des Versammlungsgesetzes" vom 10.6.1981.

Das Verbot der sog. „passiven Bewaffnung", in der Öffentlichkeit – noch? – umstritten, ist hiernach schon Wirklichkeit. In Abschnitt II Nr. 3.4. heißt es dazu: *„Die passive Bewaffnung ... erfolgt häufig in unfriedlicher Absicht. Das Mitführen und Tragen von Gegenständen, die der passiven Bewaffnung dienen, kann daher durch Auflagen nach § 15 VersG verboten werden. Gegenstände, die entgegen einem solchen Verbot mitgeführt oder getragen werden, können sichergestellt werden."*

Zum sog. „Maskierungsverbot" heißt es an anderer Stelle:

„Soweit nach den Umständen davon auszugehen ist, daß durch eine Maskierung der Versammlungsteilnehmer eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit mit Wahrscheinlichkeit eintreten wird, ist die Maskierung durch Auflage nach § 15 Abs. 1 VerG zu verbieten. Masken u.ä., die entgegen einem Maskierungsverbot mitgeführt oder getragen werden, können sichergestellt werden. Wenn Versammlungsteilnehmer in öffentlichen Versammlungen maskiert auftreten, ohne daß dies durch Auflage verboten worden ist, kann der Polizeivollzugsdienst unter den Voraussetzungen des § 163b StPO oder des § 20 PoLG die Identität der maskierten Person feststellen. Dies wird insbesondere in Betracht kommen, wenn nach den Umständen der Verdacht besteht, daß im Schutze der Maskierung Straftaten bereits verübt worden sind oder verübt werden sollen, oder daß sich unter den Maskierten Personen befinden, nach denen gefahndet wird."

Haftung für Demonstrationskosten

Schon 1972 hatte der Bundesgerichtshof in zwei Grundsatzurteilen festgestellt, daß Demonstrationsteilnehmer geschädigten „Privatleuten" (im entschiedenen Fall war es der Verleger Axel Springer) Schadensersatz leisten müssen, wenn sie sich aus der Demonstration heraus begangene Sachbeschädigungen zurechnen lassen müssen. Seit den Großdemonstrationen gegen Atomkraftwerke seit 1977 ist auch die Staatsgewalt dazu übergegangen, sich ihre Kosten für die Polizeieinsätze von festgenommenen oder sonstwie identifizierten Demonstranten wiederzuholen.

Dem Grunde nach wird eine solche Haftung von der Rechtsprechung gebilligt.

Soweit Zahlungsklagen bisher abgewiesen wurden, wurde dies mit Unstimmigkeiten bei der Höhe der geltend gemachten Forderungen begründet.

Nach der Demonstration gegen den Bau des Atomkraftwerkes Grohnde vom 19.3.1977 erhob das Land Niedersachsen Klage gegen 18 Teilnehmer dieser Demonstration, wobei der Klageantrag beispielsweise lautete: „... *die Beklagten als Gesamtschuldner zu verurteilen, an die Klägerin DM 233.926,09 nebst 3 % Zinsen über dem jeweiligen Diskontsatz seit dem 21.10.1978 zu zahlen."* In der Klage verlangt das Land Schadensersatz für zerstörte Ausrüstungsgegenstände der Polizei, wie etwa: 18 Schlagstöcke a 12,78 DM, 2 Polizeistöcke, „lang, Holz" und schließlich auch „1 Unterhose, 8,50 DM". Eine Zurechnung einzelner Schäden zu einzelnen Demonstranten erfolgt nicht, maßgeblich ist allein die angebliche Teilnahme an Auseinandersetzungen und die Tatsache gewisser Schäden auf seiten der Polizei.

Perfektionierung der Strafverfolgung

Seit Mitte der 70'er Jahre geht die Polizei zunehmend dazu über, sogenannte „Vorfeldarbeit" bei Demonstrationen zu leisten. Das bedeutet in der Praxis verstärkte Observationen, in Einzelfällen sogar das Filmen ganzer Demonstrationszüge. Das erklärte Ziel dieser Maßnahmen besteht darin, „Beweise zu sicher", d.h. für den angestrebten Strafprozess gegen einen Demonstrationsteilnehmer sofort „dichte Beweise" zu sichern. Auf Demonstrationen werden deshalb immer mehr „Dokumentationstrupps" oder „Beweissicherungstrupps" eingesetzt, die keine andere Aufgabe haben als nur zu filmen und zu fotographieren. Die Filme und Fotos werden anschließend systematisch ausgewertet und für die Durchführung von Strafverfahren aufbereitet. Diese Prozeßvorbereitung soll beitragen, Freisprüche von Demonstranten, aus polzeilicher Sicht also Niederlagen, zu vermeiden.

Dem gleichen Ziel dient die systematische Vorbereitung von als Zeugen benannten Polizeibeamten auf ihre Aufgabe vor Gericht. Aus Hamburg ist bekannt geworden, daß die Polizei zu diesem Zwecke extra eine Stelle für einen „Zeugenbetreuer" eingerichtet hatte.

Die Gründe für die Einrichtung dieser Stelle beschrieb der Leiter der Rechtsabteilung der Hamburger Polizei in einer Zeugenvernehmung selbst wie folgt: *„In diesen Prozessen von besonderem öffentlichen Interesse sind die Zeugen in Schwierigkeiten geraten. Es wurde eine optimale Vorbreitung erforderlich. Der Prozessbeobachter hat festgestellt, daß die Polizeizeugen sich in Widersprüche verwickelten, Werturteile abgaben, zu Rechtsfragen befragt wurden. Die zentrale Schwierigkeit ist die Nichtübereinstimmung von Aussagen vor Gericht mit früheren Aussagen. Die Einführung der Zeugenbetreuung diente der Vermeidung von Widersprüchen in den Aussagen von Polizeibeamten."*

Die Folgen dieser Praktiken erleben wir u.a. in der Prozessen gegen Hausbesetzer und Demonstranten in Westberlin: Ein Polizist beschuldigt einen Festgenommenen beharrlich eines Steinwurfes und es erfolgt entgegen zahlreichen entlastenden Aussagen von zivilen Zeugen eine Verurteilung zu einer hohen Freiheitsstrafe. Der Unterschied zwischen den Zeugenaussagen: die polizeiliche ist eingeübt, der Zeuge weiß, was die Justiz hören will und worauf es für eine Verurteilung ankommt.

Grundlage dieses Zusammenspiels ist das g e l t e n d e Recht, das offenbar entgegen dem dauernden Gezeter der CDU/CSU völlig ausreicht.

Die sozial-liberale Koalition und ihre Polizeistrategen sind keineswegs sanftere Polizisten, sie halten sich nur für schlauer.

Hartmut Scharmer

Fortsetzung von vorheriger Seite

schen Studentenschaften verabschiedeten auf einer Mitgliederversammlung am 20.3.81 eine Protesterklärung und forderten die Aufhebung des BGH-Beschlusses. Unbeeindruckt aller Proteste entschied das BVG am 4.5.81: *„Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat ... Der Grundsatz ‚in dubio pro reo' ist nicht verletzt."*

Am 9.6.81 erklärte der damalige Bundesverfassungsrichter M. Hirsch auf einer Podiumsveranstaltung: *„Der Kollege Härdle hat meine volle Sympathie ..., mir ist diese Entscheidung des BGH völlig unverständlich"*, doch der Mann, der diese Entscheidung gefällt habe, *„hat von Anfang der Terroristenszene an plötzlich Angst gekriegt, ... daß bei ihm nichts mehr ginge."* Fast gleichzeitig mit der Entscheidung des BGH erhob der Karlsruher Generalstaatsanwalt ehrengerichtliche Anklage gegen Härdle wegen derselben Vorwürfe, wegen welcher er verurteilt wurde.

Ziel dieses Aktes ist es, ein vollständiges Berufsverbot gegen Härdle zu erreichen. Ebenfalls mit Berufsverbot, d.h. einer Kündigung, belegt wurden 6 Mitarbeiter der Heidelberger Buchhandlung „Ziehank", die sich einer gewerkschaftlichen Protesterklärung gegen das Urteil angeschlossen hatten.

Am 31.7.81 legte Härdle bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg Beschwerde ein. Bei dem Petitionsausschuß des baden-württembergischen Landtags reichte er den Antrag ein, mit der Vollstrekkung der Freiheitsstrafe bis zur Entscheidung der Menschenrechtskommission zu warten. Fast alle genannten Anwaltsvereinigungen sowie der „Kölner Anwaltsverein" schlossen sich diesem Antrag an.

Dem Antrag wurde jedoch nicht stattgegeben, und Härdle mußte am 11.11.81, obwohl seine Frau mit dem gerade geborenen Sohn im Krankenhaus lag, und er selbst als Verteidiger in einem §129a Verfahren (Koblenz) war, seine Haft antreten. Angesichts solcher Unrechtssprechung ist man/frau geneigt, sich ohnmächtig zu fühlen. Was trotzdem getan werden kann, ist: sich zu beteiligen an der Verschickung vorgedruckter Postkarten an die Menschenrechtskommission und an den Petitionsausschuß des baden-württembergischen Landtages sowie am Vertrieb einer Broschüre (Verteidigerrechte in Gefahr „Der Fall Härdle"), welcher auch die Informationen dieses Artikels entstammen.

Alles ist erhältlich unter der Adresse: Gernot Werschak
Kreuzstraße 6
67 Ludwigshafen

Außerdem gibt es ein Spendenkonto bei der Heidelberger Volksbank Stichwort „Härdle-Prozess", Konto-Nr. 124 800.

Natürlich freut sich Härdle auch über Post, deshalb hier seine neue Adresse, nach neuesten Informationen ist er nämlich in der Strafvollzugsanstalt Ulm, ein sog. „Reformknast", verlegt worden.

RA Härdle
Thalfingerstraße 30-33
79 Ulm

Am 12.12. fand in Heidelberg ein Solidaritätsfest mit Musik etc. statt, anwesend war auch der Frankfurter RA Kempf, der über die „Nürnberger Prozesse" berichtete.

Freiheit für RA Härdle!
Kein Berufsverbot für RA Härdle!
Keine Einschränkung der Verteidigerrechte!

KB-Gruppe Frankfurt

7 1/2 Jahre nach dem

7 1/2 Jahre nach dem Schmücker-Mord: Strafanzeige gegen unbekannt

Während im Westberliner Kriminalgericht Moabit seit Mai '81 der Prozeß um die Erschießung Ulrich Schmückers zum dritten Mal aufgerollt wird, versucht die Humanistische Union nun mit einer Strafanzeige, Licht in das Dunkel dieses Agenten-Krimis zu bringen: Vieles spricht nämlich dafür, daß der ehemalige Verfassungsschutz-Informant Schmücker unter gänzlich anderen Umständen ums Leben kam, als es die Anklage seit sechseinhalb Jahren behauptet.

Angeklagt ist zum dritten Mal eine Wolfsburger Wohngemeinschaft, die Schmücker im Namen der „Bewegung 2.Juni" am 4.6.1974 erschossen haben soll. Von den Angeklagten sitzt nur noch die schwerkranke Ilse Schwipper im Knast – seit über sieben Jahren in Untersuchungshaft.

Die Anklage stützt sich dabei auf den ehemals mitangeklagten und heutigen Kronzeugen Jürgen Bodeux; Bodeux hatte mit ziemlicher Sicherheit schon lange v o r der Erschießung Schmückers – die Bodeux mit der Wolfsburger Gruppe geplant und durchgeführt haben will – intime Kontakte zu Ermittlungsbehörden, beziehungsweise zum Verfassungsschutz.

Während Bodeux als rechtskräftig verurteilter Schmücker-Mörder nach weniger als drei Jahren wieder auf freiem Fuß war, soll Ilse Schwipper aufgrund seiner Aussagen im Knast auf ihren Tod warten. Doch die Aussagen Bodeux's werden umso unglaubwürdiger, je mehr über die Todesumstände Schmückers bekannt wird.

Unbekannt geblieben sind bis heute die Namen zweier Personen, von denen Schmücker sich bedroht gefühlt und die er wenige Stunden vor seinem Tod dem Verfassungsschutz telefonisch durchgegeben hatte. Die Namen dieser Personen sind nicht mit denen der Angeklagten identisch. Gleichwohl werden die Namen vom Berliner Landesamt für Verfassungsschutz nicht preisgegeben, da ihr Bekanntwerden dem „Wohl des Landes Berlin Nachteile bereiten" würde.

Die Strafanzeige der Humanistischen Union/Landesverband Berlin (HU) richtet sich gegen diese dem Verfassungsschutz namentlich bekannten Personen.

Die Anzeige richtet sich weiterhin gegen Jürgen Bodeux wegen vorsätzlicher Falschaussagen und wegen falscher Beschuldigung. In zwei anderen Strafverfahren mußten Angeklagte bereits freigesprochen werden, die von Bedeux mit dummdreisten Lügen beschuldigt worden waren.

Letztlich richtet sich die Anzeige auch gegen die verantwortlichen Beamten von Ermittlungsbehörden, die seit Jahren durch Geheim- bzw. Zurückhaltung von Akten, Zeugen und Informationen die Aufklärung der Erschießung Schmückers unmöglich machten und machen. Strafvereitelung im Amt und Urkundenunterdrückung wirft ihnen die HU vor.

Die Strafanzeige der HU ist ausführlich begründet und liest sich wie die „Drehvorlage eines schier endlosen Thrillers mit stolpernden und keinesfalls heldenhaften Fahndern" (SFB III, 17.12.81).

Auf einer Pressekonferenz der HU am 17. Dezember wurde auch die sofortige Freilassung von Ilse Schwipper gefordert. Der Bundesvorsitzende der HU (Prof. Ulrich Klug) schrieb in einem Brief, die extreme Dauer der Untersuchungshaft verletze nicht nur das Grundgesetz, sondern verstoße auch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.

So erfreulich und (hoffentlich) hilfreich das Engagement der HU in dieser Sache ist, so kotzübel wird einem doch, wenn ausgerechnet der ehemalige Westberliner Justizsenator Meyer (leider immer noch HU-Mitglied) sich auf der Pressekonferenz zum Fürsprecher von Ilse machen konnte; war er es doch, der Ilses jahrelange Isolation im Moabiter „Turm" zu verantworten und ihr sogar die Verlegung nach Lübeck in den Toten Trakt angedroht hatte. Nun – als Justizsenator a.D. – versteht er die Welt ob ihrer Unmenschlichkeit nicht mehr: Eine Fortdauer der Untersuchungshaft für Ilse Schwipper sei nach so langer Zeit grundsätzlich nicht mehr vertretbar, erst recht nicht in Anbetracht ihres lebensbedrohlichen Gesundheitszustandes; *„Frau Schwipper gehört raus, was auch immer gewesen ist"*, fand er.

Auch der Abgeordnete Gerl (SPD) als Vertreter von Oppositionsführer Vogel war auf der Pressekonferenz anwesend und versprach, sich auch weiterhin (???) für ein Engagement seiner Partei einzusetzen; die Verfassungsschutz-Problematik will er im Rechtsausschuß des Abgeordnetenhauses zur Sprache bringen. Naja...

Bleibt zu hoffen, daß den schönen Worten der Herren Meyer und Gerl wenigstens Taten folgen und daß hier nicht der „Fall" Ilse Schwipper nur zu politischen Propagandazwecken mißbraucht wird.

Die Alternative Liste will Anfang des nächsten Jahres einen Antrag im Abgeordnetenhaus auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses stellen, um den Boykott der Wahrheitsfindung durch die Ermittlungsbehörden und den Verfassungsschutz zu brechen. Ob SPD und FDP sich einem solchen Antrag anschließen würden, konnten Meyer und Gerl freilich nicht versprechen.

Antirepressionskommission des KB/ Westberlin

Hamburger Aktion stellt sich vor

Bundesweite Verweigerungskampagne

Ausgehend von einer öffentlichen Verweigerungsaktion auf dem diesjährigen Hamburger Gesundheitstag bemühen sich verschiedene Verweigerungs- und Friedensgruppen aus Hamburg, aber auch aus anderen Orten, zu einer bundesweiten Diskussion über Verweigerungsaktionen beizutragen. Wir bringen hier deshalb einen Bericht der Hamburger Aktion über ihre Vorstellungen, wie es weitergehen soll, sowie Auszüge aus einem gemeinsam erarbeiteten Positionspapier.

AK-Redaktion

Bericht der Hamburger Aktion

1. Uns ist wichtig, auf regionaler Ebene verstärkt mit Friedensgruppen und Stadtteilinitiativen ins Gespräch zu kommen. Dabei sollte herausgefunden werden, inwieweit die ‚Hamburger Aktion' als gemeinsame Aktionsform von möglichst vielen Gruppen getragen werden kann. Innerhalb dieser gemeinsamen Aktion könnte jede Gruppe ihren eigenen politischen Standort definieren und behalten. Wichtig ist nur, daß diese unterschiedlichen Ansätze in dieser gemeinsamen Aktion zusammengeführt werden.

Ein erstes Kontaktgespräch am 24.11. hatte leider nicht den von uns erhofften durchschlagenden Erfolg. Bei realistischer Einschätzung war allerdings auch nicht viel mehr

uns erhofften durchschlagenden Erfolg. Bei realistischer Einschätzung war allerdings auch nicht viel mehr

zu erwarten, der Bekanntheitsgrad ist eben noch nicht so, wie wir ihn uns wünschen, aber das soll ja noch erst kommen, soll sich ja erst allmählich entwickeln! Darüberhinaus ist der Ansatz sogar bei aufgeklärten Leuten erst einmal nicht spontan verständlich, denn mit Verweigerung wird erst einmal nur die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe verstanden, gilt also nur für bestimmte Männer. Es fehlt das spontane Bewußtsein, daß auch noch so zivil erscheinende Dienste notwendige Voraussetzungen für das Führen eines Krieges sind.

2. Die überregionale Ausdehnung sollte ausgebaut werden. Wir stellen uns das so vor, daß dezentral verschiedene Organisationen/Gruppen für bestimmte Regionen die Koordination für örtliche Aktivitäten in dieser Region übernehmen. Wichtig ist, daß ‚Erfolgsmeldungen' erfaßt und an eine ‚Bundeszentrale' weitergeleitet werden (diese könnte vorerst Hamburg sein, müßte bei einem bundesweiten Treffen bestimmt werden). Außerdem müßten bestimmte Vorkommnisse (Ordnungsstrafen, Polizeiaktionen, Verfahrenserfahrungen...) verbreitet werden.

Bisher läuft die Aktion in über 30 Städten, leider läßt der Rücklauf noch sehr zu wünschen übrig. Also Leute, schreibt uns, wieviel Verweigerungen ihr gesammelt habt – erst dadurch bekommt diese Aktion ihren zusätzlichen Öffentlichkeitswert!!

Dezentrale Koordinationsaufgaben sollen/wollen die Bunte Liste Freiburg (0761/75872) und die Information für Friedensarbeit, Bonn (0228/ 621614) übernehmen.

3. Anfang bis Mitte 82 könnte ein überregionales Treffen von interessierten Gruppen stattfinden.. Zweck: Auswertung des bisherigen Verlaufs, Ausweitung, Vorbereitung bzw. Diskussion eines bundesweiten Aktionstages, wobei allerdings zu beachten wäre, daß dieser nicht in Konkurrenz zur Bundesverweigerungsaktion der Frauen im März tritt.

4. Reaktionen der Obrigkeit:

– Das Hamburger Kreiswehrersatzamt teilte einem KDV-Antragsteller mit, er sei schon über 32 und werde deshalb aller Voraussicht nach nicht mehr zu Wehrübungen herangezogen. Deshalb entfalle auch ein Anerkennungsverfahren.

– In Koblenz hat die dortige Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen eine Gruppe eingeleitet, weil diese nicht nur zu Verweigerungen, sondern auch zur Wehrpaßabgabe aufgerufen hatte. ‚Unsere' Erklärungen können weiter verwandt werden.

– Schriftliche kleine Anfrage der CDU (Kampf) in der Hamburger Bürgerschaft: Welche Meinung hat der Senat zum Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung durch den sogenannten Gesundheitstag '81?

Viele Grüße,
Uwe

GESCHENKPAKET

ZUM NIKOLAUS FÜR MINISTER APEL

von der **Aktion gegen Kriegsvorbereitung und Krieg**

Wir entscheiden und für Frieden und verweigern den Gehorsam!

MEHR ALS 4000 FRAUEN und MÄNNER HABEN IM RAHMEN DER HAMBURGER AKTION ERKLÄRT:

Wir beteiligen uns nicht an Kriegsvorbereitungen.
Wir werden einer Dienstverpflichtung und dem Einsatz im Krieg nicht Folge leisten.
Als Reservisten und Wehrpflichtige der Bundeswehr verweigern wir gemeinsam den Kriegsdienst.

HERR APEL HAT ZWEI GRÜNDE ZUR FREUDE !

- der Nato Doppelbeschluß hat seinen zweiten (letzten ?) Geburtstag U N D
- er bekommt zu diesem Geburtstag etwas geschenkt!

Und zwar von der Hamburger Aktion gegen Kriegsvorbereitung und Krieg.

Damit die Spannung nicht zu groß wird und sich alle mitfreuen können, verraten wir auch schon, was es ist :

→ 2689 Erklärungen von Frauen undMännern, daß sie im Kriegsfall und auch jetzt schon zu keinerlei Dienstverpflichtung zur Verfügung stehen.

→ 353 Anträge von wehrpflichtigen Männern als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden.

→ 372 Wehrpässe, zum Teil unkenntlich gemacht, um Mißbrauch auszuschließen.

Und das ist noch nicht alles! ↓ !

Bundesweit sind aufgrund des Aufrufes der Hamburger Aktion

Und das ist noch nicht alles! ↓ !

Bundesweit sind aufgrund des Aufrufes der Hamburger Aktion mittlerweile 3500 allgemeine Verweigerungserklärungen, 600 KDV- Anträge und 600 Wehrpässe gesammelt worden.

V.i.S.d.P. Hamburger Aktion c/o Gesundheitsladen e.V.Moorfurthweg 9 HH 60

WEHRT EUCH! MACHT MIT!

– Auszüge –

Hamburger Aktion ruft auf zur

BUNDESWEITEN VERWEIGERUNG

Mit der HAMBURGER AKTION riefen der Gesundheitstag 1981 und zahlreiche Hamburger Friedensgruppen dazu auf, überall im Land öffentliche Verweigerungsaktionen zu organisieren.Die HAMBURGER AKTION hat entsprechende Verweigerungserklärungen vorbereitet ...

Im Rahmen der HAMBURGER AKTION erklären jede Frau und jeder Mann :

Wir beteiligen uns nicht an Kriegsvorbereitung und Krieg, weder heute noch in Zukunft!

Wir werden einer Dienstverpflichtung gemäß den Notstandsgesetzen nicht Folge leisten!

Wehrpflichtige Männer und Reservisten der Bundeswehr erklären außerdem :

Wir verweigern gemeinsam den Kriegsdienst mit der Waffe!

(...) Insgesamt haben in den vergangenen Wochen über 3.500 Mitbürgerinnen und Mitbürger die allgemeine Erklärung unterschrieben, mehr als 600 Wehrpflichtige und Reservisten haben beantragt, als Verweigerer des Kriegsdienstes mit der Waffe anerkannt zu werden. Über 600 Wehrpässe sind entwertet worden.

Täglich gehen neue Erklärungen und Wehrpässe ein. Die öffentliche Verweigerungsaktion wurde inzwischen von zahlreichen Gruppen überall im Lande aufgegriffen; in verschiedenen Städten werden ähnliche Aktionen vorbereitet. (...)

Warum diese Aktion gegen Kriegsvorbereitung und Krieg ?

Der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West ist in eine neue Phase getreten. Die US-Minister Haig und Weinberger haben deutlich gemacht, daß mit den neuen Mittelstreckenraketen und der Neutronenbombe auf jeden Fall , auch gegen den Willen der Europäer, in Europa aufgerüstet werden wird. Die kommenden "Abrüstungs"verhandlungen, durch den Druck der westeuropäischen Friedensbewegung zustande gekommen, werden damit schon jetzt zur Farce. Neue atomare und konventionelle Waffensysteme verleiten amerikanische Politiker und Militärs zunehmend, mit dem Gedanken zu spielen, ein Atomkrieg sei auf Europa begrenzbar und gewinnbar.

Doch jeder Atomkrieg stürzt Mensch und Natur in die endgültige Vernichtung . Millionen von Menschen sterben qualvoll an den direkten und langfristigen Folgen atomarer Explosionen. Für die wenigen, die überleben, gibt es keine medizinische Hilfe.

Wer helfen könnte,ist tot. Was helfen könnte, ist zerstört.

Die Überlebenden werden die Toten beneiden.

(...)

Immer mehr Menschen wenden sich gegen diese Politik. Sie wehren sich sowohl gegen die neue Strategie und die Vorbereitungen für einen begrenzten Atomkrieg als auch gegen jeden anderen Krieg.

(...)

Deshalb haben schon viele von uns denjenigen, die Kriege vorbereiten und führen wollen, den Gehorsam verweigert. Eine breite angelegte Verweigerungskampagne würde an den verschiedenen Verweigerungsinitiativen der letzten Jahre anknüpfen :

- Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe (KDV)

Das Grundgesetz sieht lediglich die Möglichkeit vor, die Beteiligung an direkten militärischen Kriegshandlungen zu verweigern. Aus Gewissensgründen können Männer den Dienst mit der Waffe ab-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

lehnen, müssen dann jedoch einen "Zivil"dienst antreten.

- Vorsorgliche Verweigerung von Frauen

zahlreiche Frauen und Frauengruppen haben auf die Überlegungen, die Wehrpflicht auf Frauen auszudehnen, mit vorsorglichen Verweigerungserklärungen protestiert:

- Dienstpflichtverweigerung

Nach dem Grundgesetz(Art. 12) und den Notstandsgesetzen-z.B. dem Arbeitssicherstellungsgesetz-können wir alle im Spannungs- und Verteidigungsfall dienstverpflichtet werden. Darauf im Voraus zu reagieren blieb allerdings bisher nur die Sache von Frauen, die Verweigerungserklärungen sammelten und Aktionen durchführten. Im Gegensatz zur KDV ist diese Verweigerungsmöglichkeit gesetzlich nicht vorgesehen.

- Schwesternhelferinnnen

Wer heute Schwesternhelferinnenkurse auf freiwilliger Basis absolviert, verpflichtet sich gleichzeitig im Verteidigungsfall zu "dienen". Z.Zt. sind etwa 250.000 Schwesternhelferinnen ausgebildet, die zum Teil nichts von ihrem "Glück" wissen. Doch auch unter ihnen gibt es nachträgliche Verweigerungen dieser Dienstpflicht.

- Kriegseinsatzverweigerung

Reservisten und Soldaten erklären, daß sie im Falle eines Krieges nicht einsatzbereit sind, da ein Krieg das zerstört, was verteidigt werden soll.

- Ausbildungsverweigerung von Ärzten

Ärzte kündigen an, sie würden die Teilnahme an Schulungen und Erfassungen für den Ernstfall verweigern, falls eine solche Teilnahme durch Gesetz gefordert werde.

- wëitere Verweigerungen

Kriegssteuerverweigerung, Gebährstreik; zukünftig : Verweigerung des Wehrkundeunterrichtesdurch Lehrer, Eltern und Schüler, der Arbeit in Katastrophenschutzeinrichtungen und in der Rüstungsproduktion durch die dort Beschäftigten ...

Diese List ist nicht vollständig. Deutlich wird jedoch, daß wir alle direkt oder indirekt in Kriegsvorbereitung und Krieg mit einbezogen sind. Die gesamte Gesellschaftmuß für die verschiedenen Funktionen, die ein Krieg erfordert, vorbereitet und umstrukturiert werden.

Ansatzpunkte für die HAMBURGER AKTION GEGEN KRIEGSVORBEREITUNG UND KRIEG

Denjenigen,die diese Verweigerungen erklärt haben, ist bereits heute einsichtig,daß der Widerstand gegen Kriegsvorbereitungen und Kriege nicht allein auf der Straße zum Ausdruck gebracht werden kann.

Demonstrationen und Apelle, mit denen Mitbürger überzeugt we-den und den verantwortlichen Politikern signalisiert wird, daß ihr Handeln von großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr mitgetragen wird, reichen nicht mehr aus.

WIR MÜSSEN AKTIV AN DER ENTMILITARISIERUNG ARBEITEN UND DEN HERRSCHENDEN DIE MÖGLICHKEITEN ZUM KRIEG NEHMEN !!!

Verweigerungen, besonders dann, wenn sie öffentlich und gemeinsam von vielen ausgesprochen werden, sind ein Schritt,der weiter geht, als die Teilnahme an einer Demonstration oder die Unterschrift unter einen Appell.

Bei einer massenhaften Verweigerungsaktion geht es darum, denen, die den Krieg als die Lösung i h r e r Probleme in ihr Kalkül mit einbeziehen, zu zeigen, daß sie damit rechnen müssen, daß viele nicht so funktionieren, wie es ihr Krieg erfordert.

Dadurch, daß wir dies immer wieder in öffentlichen Aktionen, in den Medien, in den Gewerkschaften, am Arbeitsplatz und überall erklären, machen wir die Öffentlichkeit auf diese Kriegsvorbereitungen aufmerksam und zeigen Möglichkeiten der Gegenwehr auf.

So können wir immermehr werden, bis wir für sie spürbar zum Sand oder auch Stein im militärischen Getriebe geworden sind.

Denn sie sollen wissen, daß wir ihren Krieg nicht für sie führen werden!!!!!

Verweigert mit uns zusammen Kriegsvorbereitungen und Krieg.

HAMBURGER AKTION
c/o

Verweigert mit uns zusammen Kriegsvorbereitungen und Krieg.

HAMBURGER AKTION
c/o

Ulrich Hofmann
Beim Andreasbrunnen 8
2 Hamburg 20
Tel.: 040/480 75 60

Uwe Spiekermann
Ratiborweg 18
2 Hamburg 70
Tel.: 040/653 07 05

Spenden erbitten wir auf das Konto:
U. Hofmann
Pstscheckamt Hamburg
Konto 303952-202
Stichwort: HAMBURGER AKTION

Westberlin: Angriffe auf die „Friedenskoordination"

Aus verschiedenen Kreisen, so von einigen Sozialdemokraten, einem AL-Mitglied und der 'taz' (Klaus Wolschner), ist es im Zusammenhang mit dem Steinke-Kongreß „Alternativen Europäischer Sicherheitspolitik" vom 23. bis 25.10.81 in Westberlin zu koordinierten Angriffen gegen die Friedenskoordination gekommen. Worum geht es? Rudi Steinke (SPD) und seine Freunde kündigten die Durchführung des oben genannten Kongresses in Westberlin an, o h n e andere Teile der Westberliner Friedensbewegung an der Vorbereitung des Kongresses zu beteiligen. Steinke begründete dies in einem Schreiben vom 11.9.81 damit, daß eine *„bündnispolitische Herangehensweise ... unüberbrückbare Kontroversen"* hervorrufen und den Kongreß bis zur „Unkenntlichkeit" verwässern würde. Selbst Teile der Westberliner Jusos beschwerten sich darüber. In einem Schreiben von Frank-René Domes (Mitglied der Hochschulgruppe Undogmatischer Jusos) wird Steinke dahingehend zitiert, **„in gewisser Hinsicht die Friedensbewegung s p a l t e n zu wollen"** (Brief Domes' vom 17.8.81). Steinke halte den Krefelder Appell für „schädlich" und wolle **„ein zweites Kraftzentrum der Friedensbewegung aufbauen"** (ebenda). Die Undogmatischen Juso-Hochschulgruppen sowie ein breites Spektrum der Westberliner Friedensbewegung unterstützten diesen Kongreß nicht, weil ihnen keine Möglichkeit eingeräumt wurde, sich an den Kongreßvorbereitungen zu beteiligen. Erst unter Druck anderer Strömungen der Friedensbewegung sah sich Steinke schließlich veranlaßt, das Podium zu öffnen. (Siehe auch AK 209)

Auch die Westberliner Friedenskoordination, ein lockerer Zusammenschluß von über 100 verschiedenen Friedensgruppen und Organisationen (von SPD über SEW, christliche Gruppen, Jusos, AL und sozialistischen Organisationen, GEW, ÖTV und verschiedenen bezirklichen Friedensinitiativen), beteiligte sich nicht, aber es stand natürlich im Ermessen der einzelnen Gruppen, wie sie sich verhalten würden.

Schließlich unterstützten die GEW und die AL den Kongreß, wobei dies innerhalb der AL heftig umstritten war: Nur mit 17:14 Stimmen sprach sich der Delegiertenrat für eine 'kritische' Beteiligung am Kongreß aus.

Auf dem Kongreß selbst kam es zu Zwischenfällen und Störungen: Zum einen von den Autonomen, die den Auftritt von Hans-Jochen Vogel als Provokation betrachteten und zum anderen von den „Marxistischen Gruppen".

Auf dem Kongreß selbst kam es zu Zwischenfällen und Störungen: Zum einen von den Autonomen, die den Auftritt von Hans-Jocher Vogel als Provokation betrachteten und zum anderen von den „Marxistischen Gruppen".

Diese Störungen und provokativen Auftritte boten den Anlaß, um heftig gegen die Westberliner Friedenskoordination zu schießen, und zwar aus drei Ecken:

1. Völlig eigenmächtig und von niemandem dazu beauftragt bzw. legitimiert, ließ AL-Mitglied Jörg Bohmfalk einen Brief an Fritz Teppich, den Koordinator und anerkannte Autorität der Friedenskoordination, sowie an die GEW los. (Bohmfalk wurde wegen seines eigenmächtigen Handelns inzwischen vom Delegiertenrat der AL kritisiert.)

Bohmfalk beschwert sich in diesem Brief u.a. darüber, daß die Friedenskoordination sich nicht eindeutig von den Störern distanziert hätte und sogar bei Mitgliedern der Koordination eine *„mehr oder weniger stille hämische Freude über das Mißlingen des ersten Kongreßtages"* bestanden habe. Bohmfalk unterstellt der Friedenskoordination eine *„allgemeine SEW-Orientierung"* und sieht einen Zusammenhang zwischen denjenigen Kräften, die den Krefelder Appell und den Kampf gegen die NATO-„Nach"rüstung für ausreichend halten und ihrer Kritik an dem Steinke-Kongreß: *„Im übrigen ist nicht zu verkennen, daß der Vorwurf der Einseitigkeit wie auch der Vorwurf der Spaltung der Friedensbewegung* (als Kritik am Steinke-Kongreß) *überwiegend von denjenigen erhoben wird, die die Friedensbewegung einseitig auf den Krefelder Appell fixieren wollen ... und die überwiegend wegen ihrer ideologischen Sympathie mit der UdSSR die Kritik der Militärpolitik der Sowjetunion aus der friedenspolitischen Diskussion heraushalten wollen"* (Brief Bohmfalks vom 12.11.81).

Er jammert darüber, daß die AL häufig das *„einzige Gegengewicht"* gegen diese *„allgemeine SEW-Orientierung"* in der Friedenskoordination sei und führt als weiteren Beleg an, daß die friedenspolitischen Initiativen der AL angesichts des Breschnew-Besuchs in Bonn auf taube Ohren stieß.

Fakt ist, daß d i e Friedenskoordination ein breiter Zusammenschluß fast aller Friedenskräfte in Westberlin ist und auf der Grundlage des M i n i m a l k o n s e n s der gemeinsamen Ablehnung der NATO-„Nach"rüstung arbeitet. Sie ist „Informationsbörse" (Fritz Teppich) und hat die diesjährigen großen Demonstrationen am 8. Mai (50 000 Teilnehmer) und im September anläßlich des Haig-Besuchs (80 000 Teilnehmer) maßgeblich organisiert.

Kein Wort verliert Bohmfalk darüber, daß die über 100 Gruppen in der Friedenskoordination von vornherein von den Kongreßvorbereitungen ausgeschlossen bleiben sollten (siehe Steinkes klare Begründungen).

Was Bohmfalk und mit ihm sicher auch anderen Kräften an der Friedenskoordination nicht paßt, ist eben diese Einseitigkeit im Kampf gegen die NATO-„Nach"rüstung.

gen ausgeschlossen bleiben sollten (siehe Steinkes klare Begründungen).

Was Bohmfalk und mit ihm sicher auch anderen Kräften an der Friedenskoordination nicht paßt, ist eben diese Einseitigkeit im Kampf gegen die NATO-„Nach"rüstung.

2. Mit von der Partei bei den Angriffen gegen die Friedenskoordination war auch Klaus Wolschner (er ist, dies nur am Rande, zusammen mit Steinke Beauftragter der Russell-Peace-Foundation in Sachen „Atomwaffenfreies Europa ..."). In der 'taz' vom 27.10.81 berichtete er von einer Sitzung der Westberliner Friedenskoordination, wo die Vertreter der DFG/VK eine eindeutige Distanzierung von den Störungen auf dem Steinke-Kongreß verlangte. Wolschner beklagt sich darüber, daß diese Distanzierung nicht nur nicht erfolgte, wobei er u.a. ein Mitglied des „Sozialistischen Schülerbundes", Fritz Teppich und eine GEW-Vertreterin anführt, sondern suggeriert ebenfalls demagogisch, daß die Störungen des Steinke-Kongresses der Friedenskoordination nicht unlieb gewesen seien.

3. Am offensten kamen die Angriffe von einigen Sozialdemokraten, unter ihnen – wie könnte es anders sein – **Rudi Steinke**. In der Friedenskoordination seien *„bislang leider jene Kräfte völlig überproportional vertreten gewesen, die 'Einheit' der Friedensbewegung mit Denkverboten und Diskussionsverzicht verwechseln. So hat die dogmatische Gruppe dieses Koordinationskreises einschließlich ihres Sprechers Teppich im Vorfeld des Kongresses alles unternommen, um unsere Arbeit zu torpedieren ... Den Höhepunkt dieser Kampagne der Intoleranz und der verbalen Aggressivität bildete der Versuch eines teilweise vermummten Stoßtrupps von 'Hungerstreik-Komitees', die Auftaktveranstaltung ... zu sprengen"*. Es sei die *„fatale Situation entstanden, 'daß die Aktion der Hungerstreik-Gruppe der Mehrheit der Friedenskoordination gar nicht so unpäßlich kam' "*. Man könne nicht umhin, eine **„geistige Mittäterschaft"** jener anzunehmen, die mit den gleichen Vorwürfen gegen den Kongreß agiert hätten.

Hintergrund dieser Diffamierungen der Friedenskoordination ist auch hier, daß Steinke und anderen die einseitige Festlegung auf den gemeinsamen Kampf zur Verhinderung der NATO-„Nach"rüstung nicht schmeckt. Dazu heißt es in dem erwähnten Steinke-Papier: *„Viele derjenigen Kritiker, die aufrichtige Bedenken hinsichtlich der Vernachlässigung des aktuellen Kampfes gegen die 'Nachrüstung' hatten, müssen jetzt erkennen: Die geplante Aufstellung der Pershing II auf bundesdeutschem Territorium ist Element einer Rüstungsspirale der Ost-West-,Abschreckungspolitik' und deshalb nur wirksam abzuwehren, wenn deren fatale Dynamik von der europäischen Friedensbewegung gemeinsam durchbrochen wird. Das Fernziel des atomwaffenfreien Europa gibt dem Kampf gegen neue Waffensysteme erst eine Perspektive"*.

Ziel von Steinke, Wolschner und Bohmfalk ist es also, die Friedensbewegung von ihrer einseitigen und in

brochen wird. Das Fernziel des atomwaffenfreien Europa gibt dem Kampf gegen neue Waffensysteme erst eine Perspektive".

Ziel von Steinke, Wolschner und Bohmfalk ist es also, die Friedensbewegung von ihrer einseitigen und in

ihren Augen 'beschränkten' Orientierung wegzuführen. Die Forderung „Weg mit den 'Nach'rüstungsbeschlüssen" wird dabei schlicht als 'perspektivlos' abgetan, obwohl umgekehrt die 'Perspektive' eines atomwaffenfreien Europa wohl kaum ohne die Verhinderung der „Nach"rüstung erreicht werden kann.

Fortsetzung nächste Seite



Friedensdemonstration am 12.12.81 in Westberlin (Foto Peter Hornann)

Presse-Erklärung

Schafft zwei, drei, viele atomwaffenfreie Wohnungen!

Ab 1. Januar 1982 ist unsere Wohnung Hamburg-Altona, Im Dickicht 7, atomwaffenfrei. Das heißt: Wir werden in unserer Wohnung weder taktische, noch strategische noch Mittelstrecken-Waffen mit atomaren Sprengköpfen stationieren oder durch Dritte stationieren lassen. An die Vereinten Nationen (UNO) haben wir Antrag gestellt, ab 1.1.82 als atomwaffenfreie Wohnung anerkannt zu werden. Gegen eine jährliche Inspektion unserer Wohnung durch die zuständigen UN-Gremien haben wir keine Einwände. Selbstverständlich richtet sich unser Beschluß nicht einseitig gegen die NATO; auch die Stationierung von SS 20 in unserer Wohnung wird von uns glaubwürdig abgelehnt.

Wir fordern die Atommächte auf, ihrerseits unseren atomwaffenfreien Zustand zu respektieren. Wir haben uns deshalb an Reagan und Breschnew schriftlich mit der Aufforderung gewendet, Atomwaffen gegen unsere Wohnung weder zu programmieren noch gar im Kriegsfall einzusetzen. Sollte dieser Forderung nicht entsprochen werden, müssen wir uns unseren Entschluß noch einmal gründlich überlegen.

Die Erklärung unserer Wohnung zur Atomwaffenfreien Zone begreifen wir als einen entscheidenden Schritt, um wegzukommen von den verkrusteten Demonstrationsritualen und von menschenverletzender Gewaltpolitik. Unsere Ziele sind nur so glaubwürdig wie unsere Mittel. Wir wenden uns nicht mit Forderungen an die etablierten Parteien, denn wir wissen, daß alle Veränderungen zuerst bei UNS SELBST beginnen müssen. Nachdem wir uns bereits vor drei Jahren entschieden haben, kein AKW in unserer Wohnung errichten zu lassen, ist die Erklärung unserer Wohnung auch zur Atomwaffenfreien Zone nur ein konsequenter Schritt, den wir als exemplarisch begreifen. Wenn sich alle Wohnungen der BRD zu Atomwaffenfreien Zonen erklären, ist die NATO-Nachrüstung schon fast gescheitert.

Wir wollen aber auch diejenigen nicht ausgrenzen, die zu einem derart weitreichenden Schritt heute noch nicht bereit oder nicht in der Lage sind. Jede(r) kann auch im Kleinen bei sich selbst anfangen, beispielsweise mit einer atomwaffenfreien Küche oder mit einer atomwaffenfreien Ecke im Arbeitszimmer.

In Küche, Bad und Klo -
Atomraketen NO!!

Hansi, Franz und Dorli

Fortsetzung von vorheriger Seite

Zur Entwicklung des „Arbeitskreises Atomwaffenfreies Europa"

In einem Schreiben *„an die Teilnehmer des Kongresses 'Alternativen Europäischer Sicherheitspolitik' und die Unterzeichner des Havemann-Briefes an Leonid Breschnew"* ruft Initiator Rudi Steinke die verschiedenen Strömungen der Friedensbewegung zur Mitarbeit im „Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa" auf. Dieser „Arbeitskreis ..." ist im Frühjahr 1981 entstanden und hat im wesentlichen den genannten und umstrittenen Kongreß in Westberlin durchgeführt. Nach eigenen Angaben hat der Kongreß dem „Arbeitskreis ..." *„mehr als 300 Personen mit Bereitschaft zur kontinuierlichen Mitarbeit zugeführt"*. Deshalb soll der „Arbeitskreis ..." entsprechend groß aufgezogen werden: Man will demokratische Strukturen und verschiedene Arbeitsgruppen schaffen, und es ist die Herausgabe eines Bulletins und die Bildung eines „Friedens-Kollegs" geplant. Zu ihrem Selbstverständis heißt es: *„Wir halten ... die Verknüpfung einer gesamteuropäischen Friedensbewegung mit den Fragen und Problemen unseres gespaltenen Landes nicht für abwegig und gefährlich"*, wobei es nicht um eine *„oberflächliche Debatte einer möglichen Wiedervereinigung, sondern um den spezifischen Beitrag, den die Menschen in beiden deutschen Staaten zu einer gesamteuropäischen Friedensbewegung leisten können"*, gehe. „Pluralität" in dem „Arbeitskreis ..." sei „durchaus erwünscht" und der „Arbeitskreis ..." finde derzeit seinen stärksten Rückhalt *„bei aufgeschlossenen Sozialdemokraten und Mitgliedern der Alternativen Liste sowie unabhängigen Gruppen und Initiativen"*.

Der „Minimalkonsens" sei die *„Idee des atomwaffenfreien Europa als ein Denkmodell und politisches Fernziel"*, die programmatische Plattform sei der Aufruf der Russell-Peace-Foundation für ein atomwaffenfreies Europa. „Politische Tabus" solle es nicht geben und schließe unterschiedliche Einschätzungen sowie tagespolitische Auseinandersetzungen mit ein.

Tatsächlich ist der „Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa" mit seinen verschiedenen Arbeitsgruppen ein recht attraktiv scheinendes Forum für die Teile der Friedensbewegung, die an weitergehenden Diskussionen interessiert sind. Es fällt nur auf, daß die gemeinsame Arbeitsgrundlage auf die „Idee des atomwaffenfreies Europa" r e d u z i e r t wird und der Kampf gegen die NATO-„Nach"rüstung n i c h t mehr als gemeinsame und vordringliche Aufgabe auf-
die „Idee des atomwaffenfreies Europa" r e d u z i e r t wird und der Kampf gegen die NATO-„Nach"rüstung n i c h t mehr als gemeinsame und vordringliche Aufgabe auf-
taucht!

Etwaige Zusammenhänge, daß dieser „Arbeitskreis..." die 'Keimform' für Steinkes Plan, ein „zweites Kraftzentrum" der Westberliner Friedensbewegung zu installieren, sind rein zufällig! ...

Als Höhepunkt plant der „Arbeitskreis ..." im April 1983 einen *„weltweiten Friedenskongreß in Berlin"*, wo Druck *„auf die westdeutsche und die europäischen Regierungen in der Frage der Stationierung neuer amerikanischer Nuklearwaffen"* ausgeübt werden soll. Außerdem soll über *„das Verhältnis beider deutschen Staaten"* und über „Schritte und Möglichkeiten der Herausbildung von atomwaffenfreien Zonen in Europa" debattiert werden. Dieser große Kongreß, der zum gleichen Zeitpunkt wie der SPD-Parteitag geplant ist, ist bereits beschlossene Sache.

Am 11. und 12. November hat ein Treffen der Unterstützer des Aufrufs der Russell-Peace-Foundation in Rom stattgefunden. An diesem Treffen nahmen Delegationen aus 14 westeuropäischen Ländern teil. Im einzelnen waren dies u.a.: die Pugwash-Bewegung aus Österreich, Vertreter der Sozialistischen Partei Belgiens, aus Großbritannien Delegationen der Labour Party sowie der drei großen Gewerkschaften, Melo Antunes aus Portugal, Johann Galtung aus Norwegen, Andreas Hegedus aus Ungarn, Claude Bourdet aus Frankreich sowie Vertreter von PSI und KPI aus Italien.

Dieses Treffen beschloß nicht nur den Westberliner Kongreß im April 1983, sondern eine Zusammenkunft im April 1982 in Brüssel, wo eine *„Charta der europäischen Friedensbewegung"* verabschiedet werden soll.

(Alle Zitate aus dem Papier des „Arbeitskreises atomwaffenfreies Europa", in: Delegiertenratsunterlagen der AL vom 2.12.81.)

D., Westberlin

(Teil 2)
Die Folgen eines thermonuklearen Krieges auf Menschen und Ökologie



Es sind inzwischen zahlreiche Monographien und Artikel geschrieben worden, um die Ärzte mit den medizinischen Problemen im Gefolge eines thermonuklearen Angriffes auf unser Land vertraut zu machen. Vielfach stützen sich diese Arbeiten auf Erfahrungen bei früheren Katastrophen, z.B. der Orkan an der Küste Neu-Englands im Jahre 1938, der Brand von Cocoa Nut Grove 1942, die Explosion in Texas City 1947, der Brandbombenangriff auf Hamburg 1943 und vor allem die Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945.

Wenn man von diesen Modellfällen auf den thermonuklearen Krieg Schlüsse zieht, unterstellt man jedoch, daß die Probleme einer Kriegführung mit Wasserstoffbomben zwar quantitativ größer sind, aber qualitativ denen früherer Katastrophen ähneln. Diese gewöhnlich unbewiesene Annahme besagt jedoch stillschweigend, daß wir unter gewissen Umständen, wenn nur ausreichend sorgfältige Vorbereitungen getroffen worden sind, überleben werden, zumal wir ja auch bei anderen Katastrophen mit dem Leben davongekommen sind. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür ist der letzte Bericht des Official Committee on Disaster Medical Care, der sich an die Ärzteschaft mit der Aufforderung wendet, vernünftige Pläne für den Fall von Massenverlusten unter der Bevölkerung auszuarbeiten. Übungen der Bevölkerung
cial Committee on Disaster Medical Care, der sich an die Ärzteschaft mit der Aufforderung wendet, vernünftige Pläne für den Fall von Massenverlusten unter der Bevölkerung auszuarbeiten, Übungen der Bevölkerung
für den Ernstfall fördert und „die Gewissheit geben will, daß das erfolgreiche Überstehen eines Massenangriffes möglich ist".

Der vorliegende Artikel prüft einige der medizinischen Auswirkungen eines thermonuklearen Angriffes für ein vorher festgelegtes Areal, nämlich das Gebiet des Staates Massachusetts. Es wird gezeigt, daß sich ein thermonuklearer Krieg in Ausmaß und Natur von jeder bisherigen Erfahrung unterscheidet (und Parallelen zu früheren Katastrophen daher vielleicht nicht zu ziehen sind), und berücksichtigt, daß sich daraus erhebliche Komplikationen für eine Katastrophenplanung ergeben.

Ein thermonuklearer Angriff wirft für den Arzt eine Reihe von Fragen auf:

Wie viele Menschen würden sofort getötet?
Wie viele würden tödliche Verletzungen erleiden?
Wie viele würden verletzt, aber mit dem Leben davonkommen?
Oder ähnlich: wie viele Ärzte würden getötet oder verletzt?
Wie viele Krankenhausbetten würden vernichtet, wie viele blieben intakt?
Würden ausreichende Mengen medizinischer Hilfsmittel wie Arzneien, Plasma, Blut, Verbandsmittel, Instrumente usw. erhalten bleiben?
Und in welcher Relation werden Ärzte, Patienten, Betten und Hilfsmittel zueinander stehen?
Die Antworten hierauf hängen jedoch von weiteren Fragen ab:
Wie wird Art, Zeitpunkt, Ausdehnung und Verteilung des Angriffes sein, oder direkt ausgedrückt:
Wie viele Bomben werden fallen?
Wird es sich um Kernspaltungs- oder um Kernverschmelzungsbomben handeln, oder um beide?
Wo werden sie fallen?
Wird der Angriff bei Tag oder bei Nacht erfolgen?
Wird das Wetter klar oder dunstig, feucht oder trocken, windig oder ruhig sein?
Wird es eine Vorwarnung geben?
Und kann sie genügend verbreitet werden?
Wird es nur zu einem Angriff oder mehreren kommen?

Es sind dies keineswegs rhetorische Fragen. Jede einzelne hat eine quantitativ messbare Wirkung, und die Folgen eines thermonuklearen Angriffs und die Gesamtheit der medizinischen Folgerungen hängen davon ab, wie diese Fragen beantwortet werden.

Es bestehen also derartig viele Veränderliche und Unbekannte in der komplexen Gleichung des thermonuklearen Krieges, daß man zu fast jeder Schlußfolgerung kommen kann, wenn man die jeweils passenden Voraussetzungen wählt. Die primäre Verantwortlichkeit des Arztes gegenüber seinem Stand und der Öffentlichkeit ist es daher, weder mitreißende noch unkritische Hoffnungen zu erwecken, noch den Weltuntergang zu beschwören, sondern besser die Konsequenzen eines spezifischen potentiellen Angriffsschemas zu umreißen und zu untersuchen.

Wir haben unseren Bericht auf die Erkenntnisse des Joint Committee on Atomic Energy of the United States Congreß (das Holifield Committee) gestützt. Diese wissenschaftlich detaillierte Studie ist zur Standardquel-
Wir haben unseren Bericht auf die Erkenntnisse des Joint Committee on Atomic Energy of the United States Congreß (das Holifield Committee) gestützt. Diese wissenschaftlich detaillierte Studie ist zur Standardquel-
le für alle geworden, die zu diesem Thema Stellung nehmen.

Im Verlauf der offiziellen Beratungen im Jahre 1955 bezüglich der biologischen und auf die Umwelt gerichteten Wirkungen des thermonuklearen Krieges hat das Komitee einen Angriff auf die Vereinigten Staaten mit insgesamt 1446 Megatonnen hypothetisch angenommen. Voraussetzung dabei war, daß 263 Bomben zur Anwendung kommen, die auf 224 Zielpunkte, davon 71 Städte und Industriezentren, abgeworfen würden. 10 Bomben mit 56 Megatonnen waren für Massachusetts „bestimmt".

Angesichts der Entwicklung von Bomben über 50 Megatonnen und der rapiden Verbesserung des Raketenpotentials seit 1959 besteht Grund zu der Annahme, daß diese Schätzungen zum jetzigen Zeitpunkt schon recht konservativ sind.

Die Verluste

Auf der Grundlage eines postulierten Angriffs, dessen spezifische Bedingungen beschrieben worden sind, sowie auf Grund der Aussagen von Fachleuten hat das Holifield Committee die Größe der Verluste unter der Bevölkerung in jedem der angegriffenen Gebiete geschätzt. Im Gebiet von Boston (mit Einschlägen von je 10 Megatonnen in Boston und Cambridge und 8 Megatonnen in Bedford) würden etwa 1 Million Menschen am ersten Tag getötet und etwa 1,25 Millionen verletzt. Von den Verletzten sterben annähernd 1 Million, so daß eine Gesamtzahl von über zwei Millionen Toten auf das Gebiet von Boston entfiele. Auf den ganzen Staat bezogen, einschließlich des Gebietes von Boston, würden über 1,3 Millionen Menschen unmittelbar getötet und über 2,3 Millionen verletzt, von denen wiederum etwa zwei Drittel sterben. Die Zahl der Verletzten unmittelbar nach dem Angriff beträgt etwa 1,5 Millionen für Boston und über 2 Millionen für den gesamten Staat.

Eine Schätzung der Zahl der unverletzt bleibenden Ärzte ist schwieriger. Angaben über die Anzahl der Ärzte innerhalb eines gegebenen Zielgebietes sind verschieden.

Da die Ärzte eines Staates in den größeren Städten und innerhalb eines Großstadtgebietes gewöhnlich im Zentrum konzentriert zu sein pflegen, besteht für Ärzte durch einen thermonuklearen Bombenangriff ein höheres Risiko als für die Allgemeinbevölkerung. 70 % der Ärzte des Staates leben beispielsweise innerhalb des Stadtgebietes von Boston, wogegen nur 50 % der Gesamtbevölkerung des Staates in diesem Gebiet wohnen. Außerdem leben etwa 85 % der Ärzte des Staates innerhalb der Stadtgebiete von Boston, Worcester, Springfield-Holyoke, Fitchburg-Leominster und Fall River, und jede dieser Städte ist nach dem Plan des Joint Congressional Comittee für einen thermonuklearen Bombenangriff vorgesehen. Obwohl das Risiko für Ärzte deutlich höher ist als das der Allgemeinbevölkerung, setzen wir hier doch voraus, daß die Ärzte das gleiche Risiko wie die Bevölkerung als Ganzes tragen. Die Tabelle 2 stützt sich auf diese Voraussetzungen und ist daher eher eine Überschät-
gemeinbevölkerung, setzen wir hier doch voraus, daß die Ärzte das gleiche Risiko wie die Bevölkerung als Ganzes tragen. Die Tabelle 2 stützt sich auf diese Voraussetzungen und ist daher eher eine Überschät-
zung der Zahl unverletzt bleibender Ärzte. Wie dem auch sei, würden etwa 4800 Ärzte getötet oder tödlich verletzt, 1000 würden Verbrennungen erleiden und nur 650 würden im Gebiet von Boston unverletzt bleiben.

Im gesamten Staatsgebiet einschließlich Boston würden ungefähr 5700 Ärzte getötet, 1700 verletzt und nur 2000 unverletzt bleiben. Wenn wir weiter annehmen, daß 25% der Ärzte mit nichttödlichen Verletzungen in der Lage sind, trotz ihrer Verwundung ihre medizinischen Aufgaben in der Zeit nach dem Angriff zu erfüllen, beträgt die Zahl der für den medizinischen Einsatz verfügbaren Ärzte etwa 900 für das Gebiet von Boston und etwa 2400 im gesamten Staatsgebiet.

Prüft man diese Berechnung näher, dann wird es klar, daß sie sich auch noch auf andere Voraussetzungen stützt. Sie umfaßt beispielsweise Ärzte aller Altersklassen und viele, die sich zumindest teilweise beruflich zurückgezogen haben. Die Berechnung zählt auch viele Ärzte als für den Dienst nach dem Angriff verfügbar mit, deren Tätigkeit vorwiegend in Verwaltungsarbeiten, wissenschaftlicher Forschung oder theoretischem Unterricht besteht und nichts mehr mit der klinischen Versorgung von Patienten zu tun hat. Außerdem muß man daran denken, daß diese Zählung einsatzfähiger Ärzte auch Pathologen, Psychiater und andere Spezialisten mit einschließt, die nur wenig Übung oder moderne Erfahrung in der Behandlung von Verbrennungen, Verletzungen oder Strahlenschäden besitzen.

Die Tabellen 1 und 2 ergeben ein Verhältnis von annähernd 1700 Personen mit akuten Verletzungen auf jeden einsatzfähigen Arzt im Gebiet von Boston, und etwa 1000 Verletzten auf einen Arzt in Massachusetts als Ganzem. Es handelt sich dabei um Minimalschätzungen der Verletztenzahl pro Arzt. Außerdem ist zu bedenken, daß das gesamte Verhältnis Bevölkerung–Arzt, welches ja auch die nichtverletzten Überlebenden, die Gesunden wie die Kranken, einschließt, noch höher sein würde.

Diese Berechnungen (Tab. 1) der Toten und Verletzten wurden ohne Berücksichtigung der Schutzräume gegen radioaktiven Niederschlag gemacht. Wie aus dem vorausgegangenen Artikel klar hervorgeht, werden Strahlenschutzräume in dem ausgedehnten Gebiet des Explosionsdruckes und des Feuerorkans in der Umgebung jedes Explosionszentrums nutzlos sein.

Dennoch wurde festgestellt, daß die Bereitstellung von Strahlenschutzräumen die Zahl der Verluste deutlich reduzieren würde. Es besteht kaum ein Zweifel, daß einige Leute, die das Glück hatten, außerhalb des Explosions- und Feuerbereichs zu sein, und die sonst der Strahlung ausgesetzt wären, derartige Verletzungen entgehen würden, wenn es einen adäquaten Schutzraum gegen radioaktive Niederschläge erreichen und dort bleiben würden. Das Ausmaß und die relative Bedeutung dieses Schutzes sind jedoch, abhängig von der Art und der Verteilung eines thermonuklearen Angriffes, unterschiedlich. Bei den zur Zeit postulierten Angriffen auf Ziele in Massachusetts würden etwa 721 000 Fälle von Strahlentod und 557 000 Strahlenverletzungen vermieden werden,
der Art und der Verteilung eines thermonuklearen Angriffes, unterschiedlich. Bei den zur Zeit postulierten Angriffen auf Ziele in Massachusetts würden etwa 721 000 Fälle von Strahlentod und 557 000 Strahlenverletzungen vermieden werden,

falls Schutzräume gegen radioaktive Niederschläge für die gesamte Bevölkerung existierten,
falls die Schutzräume zu 100 % wirksam gegen die Niederschläge wären,
falls jeder Schutzraum in ausreichender Weise mit Nahrung, Wasser, einem unabhängigen Sauerstoffvorrat und sonstigen Notwendigkeiten für einen Aufenthalt von mehreren Wochen oder mehr, versehen wäre,
falls eine ausreichende Vorwarnzeit gegeben wäre, und
falls Transportmöglichkeiten und die Aufrechterhaltung der Ordnung in der bedrohten Bevölkerung ausreichten, so daß der größte Teil der Bevölkerung die Schutzräume erreichen könnte.

Unter der Voraussetzung, daß diese Bedingungen sämtlich erfüllt wären, würde der zur Zeit postulierte Angriff immer noch 1 347 000 Todesopfer am ersten Tage, 780 000 tödlich Verletzte und 321 000 nicht lebensgefährlich Verletzte in Massachusetts fordern.

Die fortdauernde Radioaktivität, die im voraufgegangenen Artikel beschrieben wurde, zwingt alle Überlebenden innerhalb der Schutzräume, sich dort für mehrere Wochen aufzuhalten und sie in der Folgezeit nur für jeweils kurze Zeit zu verlassen. Den gleichen Beschränkungen unterliegen die überlebenden Ärzte. Daher würde jede Erhöhung der Zahl der unverletzten Ärzte auf Grund bestehender Schutzräume durch die Tatsache kompensiert, daß sich diese Ärzte nicht aus den Schutzräumen zur Hilfeleistung an Verletzten herauswagen könnten. Daher liefe der Versuch, Ärzte durch Zurückhalten in den Strahlenschutzräumen zu er-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

halten, im Endeffekt darauf hinaus, die Anzahl der verfügbaren Ärzte zu einer Zeit zu vermindern, in der größte Notlage herrscht, nämlich der Versorgung der akut Verletzten unmittelbar nach dem Angriff. Andererseits würde durch eine solche Maßnahme die Zahl der in den späteren Wochen zur Verfügung stehenden Ärzte erhöht.

Die Folgerungen aus dem Verhältnis von 1000 bis 1700 akut verletzten Menschen auf einen Arzt werden deutlich sichtbar, wenn man die unmittelbar nach dem Angriff bestehende Situation näher prüft. Wenn der Arzt nur zehn Minuten auf Diagnose und Behandlung jedes Verletzten verwenden und täglich 20 Stunden arbeiten würde, wären 8 bis 14 Tage erforderlich, ehe jeder Verletzte einmal von ihm gesehen werden könnte. Doch sogar diese Schätzung ist ungerechtfertigt optimistisch, denn sie setzt einmal die Bereitschaft jedes Arztes voraus, sich hohen und letalen Strahlenmengen auszusetzen, zum anderen, daß er in der Lage dazu ist, die Gegenden, wo er am meisten benötigt wird, herauszufinden, dorthin zu gelangen und jeden der 1000 bis 1700 Überlebenden ohne Zeitverlust zu finden. Wenn andererseits das Vorhandensein und die absolute Wirksamkeit von Schutzräumen gegen radioaktiven Niederschlag vorausgesetzt wird, und wenn alle überlebenden Ärzte sich in derartigen Schutzräumen befinden, verändert sich die Situation. Unter diesen Umständen gäbe es in der Zeit unmittelbar nach dem Angriff k e i n e einsatzfähigen Ärzte außerhalb der Schutzräume, jedoch würde das Verhältnis der Verletzten zum Arzt zwei oder mehr Wochen später, wenn die Ärzte also ihre Schutzräume verlassen können, beträchtlich günstiger, da in der Zwischenzeit viele Verletzte gestorben sein werden.

Die zahlenmäßige Relation aller Patienten zu den Ärzten in der Zeit unmittelbar nach dem Angriff und später ist abhängig von der Zahl der Personen, die ärztlichen Rat suchen, selbst wenn sie nicht bei dem Angriff verletzt worden sind. Dies betrifft Personen mit Krankheiten, die schon vorher bestanden, die fortgesetzt ärztlicher Betreuung bedürfen sowie Personen mit akuten Krankheiten als sekundäre Folge des Angriffes oder unabhängig davon. Schließlich sind es auch Patienten, die letztlich glauben, verletzt zu sein. Daß gerade letztere eine erhebliche Belastung darstellen, zeigte sich bei früheren Erfahrungen anläßlich sehr viel geringerer Katastrophen, bei denen sich Personen, denen gar nichts zugestoßen war, mit entsprechenden Symptomen vorstellten. Die Erscheinungen der Strahlen-

denen gar nichts zugestoßen war, mit entsprechenden Symptomen vorstellten. Die Erscheinungen der Strahlen-

krankheit insbesondere sind dergestalt, daß sicherlich viele Personen mit nur minimaler Strahlenexposition den Arzt mit Erscheinungen wie Schwäche, Übelkeit, Erbrechen und Diarrhoe aufsuchen dürften. Diese Patienten wollen ebenfalls eine Diagnose und Therapie, wodurch der Arzt wiederum weniger für den akut Verletzten zur Verfügung steht.

Daraus folgt, daß die Mehrzahl der tödlich Verletzten niemals einen Arzt zu Gesicht bekommt, selbst nicht einmal für die einfache Gabe von Narkotika vor ihrem Tode. Viele Verletzte, die bei ausreichender Versorgung mit dem Leben davonkommen würden, sterben gleichfalls, und zahlreiche andere werden wiederum trotz Verletzungen ohne ärztliche Hilfe überleben.

Medizinische Einrichtungen

Was geschieht mit den Verwundeten, die das Glück haben, einen Arzt anzutreffen?

Welche Einrichtungen und Hilfsmittel blieben für den ärztlichen Gebrauch intakt?

Eine ziemlich genaue Schätzung der nach einem 56-Megatonnen-Angriff gemäß dem Verteilungsschema des Holifield-Komitees übrigbleibenden Zahl von Krankenhausbetten ist möglich. Es blieben dann von den insgesamt 65 000 Hospitalbetten des Staates weniger als 10 000, selbst wenn man die Schädigungen durch Strahlung nicht berücksichtigt, um die derzeitigen stationären Patienten und zusätzlich 2 000 000 Verletzte zu versorgen. Dazu ist zu bemerken, daß mehr als 50 % der verbleibenden Betten sich in psychiatrischen Krankenhäusern befinden; obwohl diese Krankenhäuser nur unzureichend für die Behandlung von Verletzungen und Strahlenschädigungen ausgerüstet sind, werden diese Betten sicherlich benötigt. Zur Zeit haben psychiatrische Betten eine hohe Belegrate. Um sie für Opfer eines thermonuklearen Angriffes frei zu machen, müßte man die derzeitigen Patienten verlegen. Wenn eine große Zahl psychiatrischer Patienten, von denen man viele unter normalen sozialen Verhältnissen nicht sich selbst überlassen kann, entlassen würde, wären die Folgen kaum abzusehen. Außerdem ist dazu festzustellen, daß es keine medizinische oder wissenschaftliche Grundlage für eine Entscheidung darüber gibt, ob ein Patient mit einer Schizophrenie oder das Opfer einer Verbrennung dritten Grades ein verfügbares Bett „verdient" oder zugewiesen bekommen sollte. Derartige Probleme werden in einem späteren Abschnitt dieses Artikels noch ausführlich besprochen.

Bei dem Versuch, dem Problem der Zerstörung von Krankenhäusern zu begegnen, hat die Federal Civil Defense Administration geplant, 6000 Notkrankenhäuser mit je 200 Betten für das gesamte Land aufzustellen. Als dieser Artikel geschrieben wurde, gab es in Massachusetts tatsächlich 60 dieser Hospitale, die in bestimmten Lagerhäusern deponiert waren. Falls keines von ihnen bei dem Angriff zerstört würde, falls die Straßen intakt und ausreichend Arbeitskräfte vorhanden wären, um sie alle einzusetzen, stünden trotzdem nur Betten für weniger als 1 % der akut Verletzten im Staate zur Verfügung.

Eine Schätzung der verbleibenden medizinischen Hilfsmittel ist äußerst schwierig. Zur Zeit sind die meisten Medikamente und Ausrüstungsgegenstände in Krankenhäusern und Warenhäusern des medizinischen Großhandels in den großen Städten konzentriert und würden somit vernichtet. Bei ausreichenden Investierungen wäre es möglich, genügend Vorräte in Außenbezirken unterirdisch zu lagern, um den Bedürfnissen der Millionen Verletzten zusätzlich zu den normalen medizinischen Bedürfnissen der Bevölkerung zu genügen. Nach einem Plan der Federal Civil Defense Administration aus dem Jahre 1956 sollten medizinische Versorgungsgüter im Werte von fast 500 Millionen Dollar in etwa 100 Lagerhäusern in Randgebieten größerer Städte des gesamten Landes verteilt werden. Die weiteren Kosten zur Aufrechterhaltung dieser Lagerbestände wurden nicht angegeben, doch ist das Ausmaß dieses Problems beträchtlich:

Penicillin-G-Tabletten behalten 5 Jahre lang ihre Wirksamkeit und parenterale Präperate sind 3 bis 4 Jahre lang verwendbar. Streptomycin in trockener Form behält seine Wirksamkeit 4 Jahre. Tetracyclin 2 Jahre und Erythromycin 3 Jahre. Tetanus-Antitoxin wird nach 3 Jahren unwirksam.

Wenn diese Lagervorräte vollständig sind und auf dem laufenden gehalten werden.

Wenn diese Lagervorräte vollständig sind und auf dem laufenden gehalten werden,

wenn sie einer Schädigung durch die Explosion und den Feuerorkan entgehen,
wenn die Transportmittel unversehrt und die Straßen offen bleiben und
wenn schließlich die Arbeitskräfte verfügbar sind, um ihre Verteilung zu organisieren, würden sie ausreichen, um 5 000 000 Verletzte in den Vereinigten Staaten 3 Wochen lang zu behandeln.

Da die Holifield-Schätzung für die gesamte Nation bei 40 Millionen Verletzten liegt (neben 20 Millionen Toten am ersten Tag), würde diese riesige nationale Investition für weniger als 15 % der voraussichtlich Verletzten reichen. Zudem sind Narkotika, die zu den wichtigsten Medikamenten bei der Versorgung Schwerverletzter gehören, in Massachusetts wegen Schwierigkeiten bei der Lagerung und Handhabung bisher überhaupt nicht gelagert worden.

Die absolute Zahl von Ärzten, Betten und Vorräten stellt nur eine Seite des Problems dar. Ihre Verteilung in Beziehung zur geographischen Verbreitung der Verletzten verdient eine gleichermaßen kritische Betrachtung. Die Überführung von Ärzten, Hilfspersonal und Betten in Angriffsgebiete hat gute Verbindungswege und Transportmittel zur Voraussetzung. Außerdem könnte das Widerstreben der Ärzte, ihre Schutzräume und ihre Patienten zu verlassen, um sich in Gebiete mit erhöhter Strahlengefährdung zu begeben, in den staatlichen Verhaltensvorschriften Unterstützung finden. Jeder überlebende Arzt, der seinen Schutzraum für länger als einige Stunden in der Zeit unmittelbar nach dem Angriff verläßt, könnte selbst Strahlenschädigungen davontragen.

Andererseits könnte der Versuch nichtverletzter Personen, in relativ unbeschädigte Gebiete zu gelangen, ernste soziale Konflikte auslösen. Wie Leidermann und Mendelson in ihrem Artikel weiter unten ausführen, ist ein psychologisches Chaos unter den Bedingungen nach einem Angriff wahrscheinlich. In Nagasaki beobachtete ein überlebender Arzt, daß „diejenigen, die die Bombe überlebten, nicht nur Glück hatten, sondern in mehr oder weniger hohem Maße selbstsüchtig und egozentrisch waren und sich durch ihren Selbsterhaltungsinstinkt und nicht durch moralische Gesichtspunkte leiten ließen..."

Daß auch in den Vereinigten Staaten ähnliche Probleme wie in Nagasaki zu erwarten sind, ergibt sich aus den Äußerungen von Beauftragten für die lokale Zivilverteidigung. So berichtete beispielsweise die „Los Angeles Times" vom 5. August 1961 über eine Rede des Civil Defense Coordinator des Riverside County, Kalifornien, in welcher er die Bürger dazu anhielt, sich zu bewaffnen, um die Hunderttausende von Flüchtlingen zurückzutreiben, die im Falle eines Bombenangriffes auf Los Angeles in diese Richtung fliehen würden. Die „San Francisco Chronicle" vom 23. September 1961 berichtete über eine Ansprache des Civil Devense Coordinator von Kern County, Kalifornien, in der er vorschlug, die aus Los Angeles fliehenden Leute durch bewaffnete Polizei in die Wüste abzuleiten.

Da es bei einem 1446-Megatonnen-Angriff fast unvermeidlich zu einem akuten Zusammenbruch der Versorgung kommen dürfte, ist für Ärzte die Frage von unmittelbarem Interesse, ob es bei dem Sturm auf die verbleibenden medizinischen Einrichtungen zu Panik und Gewalttaten kommen wird oder nicht.



Die bisherigen Betrachtungen stellen lediglich, so ernst sie auch sein mögen, einen Anspekt des Problems medizinischer Planung für den Fall eines thermonuklearen Angriffes dar. Das Verhältnis Arzt zu Bevölkerung, die Frage des Überlebens sowie die Verteilung von Betten und Arzneimitteln sind im wesentlichen quantitative und logistische Fragen. Es gibt daüberhinaus jedoch echte Probleme, die mehr den Inhalt der medizinischen Versorgung als ihr quantitatives Ausmaß betreffen. Kurz gesagt: Wenn einige Ärzte und medizinische Einrichtungen den Angriff überstehen, was müßten diese Ärzte tun?

Neue medizinische Probleme

Bei dem Versuch, Methoden der klinischen Praxis und medizinischen Versorgung für die Zeit nach dem Angriff zu entwickeln, griff die Planung auf Erfahrungen der Armee in Kampfgebieten zurück. Dies bedingt die Errichtung einer Organisation, die einen geregelten Ablauf des medizinischen Einsatzes garantiert, die Kranken und Verletzten entsprechend der Art und Dringlichkeit ihrer Befunde differenziert, und über die Priorität von Behandlung und Evakuierung von solchen Patienten entscheidet, bei denen eine Spezialbehandlung in besser ausgerüsteten Institutionen erforderlich ist. Die Anwendbarkeit eines solchen militärischen Modells ist jedoch begrenzt. Bei einem thermonuklearen Angriff gibt es keine klaren Frontlinien oder ein sicheres Hinterland, denn die Explosionswelle und die Brandwirkungen sind weit verbreitet, während die Strahlung nahezu überall besteht.

In jedem Fall ist, wie jeder Arzt weiß, eine klinische Praxisausübung weitgehend abhängig von dem Rahmen, in dem sie erfolgt. In der Zeit nach dem Angriff wird der Arzt zahlreiche schwere Störungen des Zivilisationsmilieus vorfinden. Diese betreffen den Zusammenbruch des Transport- und Nachrichtenwesens, der Elektrizität, Verseuchungen und Verluste von Nahrungsmittelvorräten, Vernichtung von Wohnraum und Brennstoffen, Zerstörung und Verunreinigung der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen, Unterbrechung der Müll- und Abwässerbeseitigung sowie Schädigung anderer sanitärer Anlagen.

Diese Verhältnisse schaffen neue medizinische Probleme und verändern zugleich die Behandlung an sich alltäglicher medizinischer Ereignisse wie Verbrennungen, Knochenbrüche und Blutungen. In gewisser Weise wird die Situation ähnlich wie in den unterentwickelten Ländern sein, wo eine zu geringe Zahl von Ärzten ohne wesentliche Hilfsmittel große Bevölkerungsgruppen behandeln muß: Die für einen thermonuklearen Angriff eigentümlichen Probleme kommen dann noch hinzu.

Zu den spezifischen medizinischen Problemen, denen der überlebende Arzt gegenübersteht, gehört eine Vielzahl von Patienten mit Verletzungen wie: Wunden durch den Explosionsdruck, Gewebszerreißungen und Frakturen, thermische Verletzungen mit oberflächlichen Verbrennungen, Netzhautverbrennungen und Schädigungen der Atemwege, Strahlenverletzungen einschließlich des akuten Strahlensyndroms und Spätschädigungen. Viele Patienten werden Infektionskrankheiten als Folge verringerter Resistenz und des Auftretens von Epidemien, andere psychischen Kollaps als Folge von Angst, Sorge und Trauma entwickeln. Dazu mußte sich der Arzt mit schon früher bestehenden Krankheiten wie Diabetes mellitus, Hypertonie und Krebs befassen.

In vielen medizinischen Artikeln wurde über eine optimale Behandlung von Verletzungsarten nach einem nuklearen Angriff geschrieben, und zwar über Explosionsverletzungen, thermische Verletzungen, Strahlensyndrome und psychiatrische Probleme. Der interessierte Leser wird auf diese Quellen verwiesen. Die Frage nach der Durchführbarkeit einer optimalen Behandlung dieser und anderer Zustände unter den Bedingungen nach dem Angriff gehört zu jeder Analyse einer Planung durch Mediziner für den Fall einer atomaren Katastrophe.

Die Problematik des Traumas bietet hierfür ein gutes Beispiel. Erhebliche öffentliche Beachtung haben Verletzungen durch Strahlen gefunden, doch werden thermische und mechanische Traumen von weitaus größerer Bedeutung sein.

Man hat geschätzt, daß der Radius, bei dem die anfängliche ionisierende Strahlung 300 rem (subletal) beträgt, lediglich um einen Faktor von 5 zunimmt, wenn man die Explosition in der Atmosphäre einer Bombe von 1 Kilotonne mit der einer 20-Megatonnen-Bombe vergleicht. Die gleiche Erhöhung des Bombenkalibers von 1 Kilotonne auf 20 Megatonnen vergrößert den Radius des explosionsbedingten Druckes von 2,5 Pfund pro Quadratzoll um einen Faktor von 27. Die thermische Energie, die zur Verursachung von Verbrennungen 2. Grades ausreicht, nimmt um einen Faktor von 64 zu, nämlich von einem Radius von 0,5 Meilen auf einen Radius von 32 Meilen. Auf Grund dieser Ergebnisse ist man zu dem Schluß gekommen, daß Brandverletzungen wahrscheinlich für die größten Verlustziffern bei jeder nuklearen Explosion verantwortlich sind.

Eine optimale Therapie schwerer Verbrennungen erfordert Sedierung, Zufuhr von Sauerstoff und umfangreiche intravenöse Infusionen von Flüssigkeit, Elektrolyten und Plasmaersatz. Ein Patient von 70 kg Körpergewicht mit einer Verbrennung von 30 % seiner Körperoberfläche würde beispielsweise zur Bekämpfung eines hypovolämischen Schocks einen Flüssigkeitsersatz von mehr als 5000 ml in den ersten 24 Stunden nach der Verletzung benötigen. Antibiotika, Tetanusprophylaxe und lokale Wundversorgung wären ebenfalls erforderlich. Selbst wenn der jeweilige Arzt über die Behandlung schwerer Verbrennungen gut Bescheid weiß, dürfte es ihm kaum gelingen, mit Hunderten solcher Patienten schnell fertig zu werden, wenn ihm die wesentlichsten diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten fehlen.

Bei Patienten mit thermischen Verletzungen kann die Diagnose und Behandlung schwierig sein und sofortige Beurteilung und Entscheidung unmöglich machen. Aber außerdem werden Tausende von Patienten Frakturen, Rupturen innerer Organe, penetrierende Schädel- oder Brustkorbverletzungen sowie Infektionen haben. Wie sollen diese Befunde abgeklärt und rationell behandelt werden, wenn adäquate Röntgenapparate und sonstige diagnostische Einrichtungen fehlen? Diese Frage ist wichtig, da man sich bei vielen Patienten entschließen muß, die Behandlung aufzugeben. Patienten mit tödlichen oder nahezu tödlichen Verletzungen müßten zugunsten anderer vernachlässigt werden, deren Behandlung mehr Erfolg verspricht. Primär wäre also den Patienten mehr Aufmerksamkeit zu widmen, die die größten Überlebenschancen besitzen.

Eine Behandlung aus dieser oder jener Indikation wird durch das Bestehen von Strahlenschädigungen noch weiter erschwert. Das frühe klinische Bild von psychogener Nausea und Diarrhoe und das einer mäßigen, subletalen oder letalen Strahlenschädigung überlagern einander; die medizinische Anamnese wird kaum von

Nutzen sein, da nur wenige Patienten imstande sein werden, über ihre Strahlenexposition exakte Angaben zu machen. Die Notwendigkeit einer schnellen Beurteilung bringt es mit sich, daß Entscheidungen über Leben und Tod bei einzelnen Patienten nach einer nur kursorischen Untersuchung gefällt werden müssen. Der mögliche Entschluß, die Schwerverletzten und Sterbenden unversorgt zu lassen, würde eine tiefgehende und schwerwiegende Umkehrung in der bisher gültigen Haltung und Tätigkeit des Arztes bedeuten.

Angesichts dieser Schwierigkeiten betonen zahlreiche Pläne zur Zivilverteidigung die Notwendigkeit von Schwestern und die Ausbildung einer großen Zahl von Laien in der Selbsthilfe und Ersten Hilfe für andere. Dieser Versuch ist wiederum dem militärischen Vorbild entnommen und erfordert eine kritische Untersuchung der postulierten Situation nach dem Angriff. Zweifellos können viele Bagatellverletzungen zufriedenstellend durch Erste-Hilfe-Maßnahmen behandelt und einzelne Schwerverletzte, etwa akute Blutungen, gerettet werden. Komplizierte Probleme jedoch, wie etwa eine Kombination von thermischen, explosionsbedingten und sonstigen Traumen werden die Kompetenz der meisten Schwestern und Laien überschreiten, und gerade diese Verletzungen werden unglücklicherweise gehäuft vorkommen. Bei näherer Überlegung wird es klar, daß Erste Hilfe im wesentlichen eine „hinhaltende Maßnahme" ist, daß eine adäquate medizinische Versorgung später erfolgt. Jedoch macht es die Zahl an Ärzten, Betten und Vorräten außerordentlich unwahrscheinlich, daß innerhalb einer vernünftigen Zeitspanne eine erfahrene medizinische Betreuung erfolgen kann.

Probleme des öffentlichen Gesundheitswesens

Die medizinischen Probleme in der Zeit nach einem Angriff werden eine weitergehende Orientierung bezüglich öffentlicher Gesundheitsfragen erfordern, als dies bei vielen praktizierenden Ärzten bisher der Fall war. In einer Gesellschaft, die um das

lich öffentlicher Gesundheitsfragen erfordern, als dies bei vielen praktizierenden Ärzten bisher der Fall war. In einer Gesellschaft, die um das

nackte Leben kämpft, können ausreichende sanitäre Anlagen und die Bereitstellung von Wasser und Nahrung mehr Menschenleben retten als eine Betreuung durch einen noch so erfahrenen Spezialisten. Beckjord äußert sich beispielsweise zu dem Problem der Wasserversorgung folgendermaßen:

Das militärische Personal und die Zivilbevölkerung sind daran gewöhnt, täglich zwischen 200 und 600 Liter Wasser für alle möglichen Zwecke, einschließlich Baden, zu ihrer Verfügung zu haben. Nach einem feindlichen Angriff auf unsere großen Städte wird sich der einzelne glücklich schätzen können, wenn er auch nur einen Liter Wasser pro Tag erhält. Ausreichende Wasservorräte, ungeachtet ob trinkbar oder nicht, sind bisher in ihrer Bedeutung für das Überleben sowie zur Vermeidung von Dysenterien durch persönliche Hygiene nicht nachdrücklich betont worden.

Die Beherrschung von Epidemien wird eine dauernde Aufgabe sein. Wie Ervin und andere in der voraufgegangenen Arbeit zeigten, würden die Überträger epidemischer Krankheiten wahrscheinlich eher Strahlenschädigungen vertragen als der Mensch. Die östliche Pferde-Enzephalitis, Hepatitis, Poliomyelitis und andere endemische Krankheiten könnten unter diesen Umständen leicht epidemische Ausmaße erreichen. Durch Strahlen könnten auch neue Mutationsformen von Bakterien und Viren entstehen, von denen einige hochinfektiös bei einer gleichzeitig fehlenden Immunabwehr sein könnten. Außerdem würde die Resistenzminderung des menschlichen Gastorganismus durch Strahlenexposition, Unterernährung, exzessive Übermüdung und schwere seelische Belastungen diesen gegenüber Bakterien oder Pilzen, denen normalerweise keine Pathogenität zukommt, empfänglich machen. Die schlechten hygienischen Bedingungen und ungenügenden medizinischen Möglichkeiten würden dieses epidemische Potential erhöhen.

Ein weiteres neues Problem der öffentlichen Gesundheitspflege wird auch die Beseitigung der Toten darstellen. Obgleich diese Frage in den meisten Artikeln über die medizinischen Folgen eines thermonuklearen Angriffs nicht ausführlich besprochen worden ist, ergibt sich allein aus der Tatsache, daß in Massachusetts fast 3 Millionen Leichen anfallen würden, wie ernst dadurch die Gesundheit der Restbevölkerung gefährdet würde. Dokumentarisch festgelegte Erfahrungen bei gewissen früheren Katastrophen bieten einige Vergleichsdaten. Dies soll detailliert untersucht werden als ein Beispiel für die Kluft, die zwischen der jetzigen Planung und den tatsächlich zu bewältigenden Problemen besteht.

Nach den Schätzungen des Joint Congressional Committee on Atomic Energy wird es annähernd 2,8 Millionen Tote in Massachusetts, davon 2,1 Millionen im Stadtgebiet von Boston allein geben, wobei zwei Sterblichkeitsgipfel auftreten werden. Eine Berechnung des United States Army Mortuary Service nimmt an, daß „als Folge der latenten Periode der Strahlenschädigungen eine Aufwärtskurve der Todesrate etwa 2 Wochen nach dem Angriff evident werden, ein Maximum bei 4 bis 6 Wochen erreichen und sich in den folgenden 6 Monaten allmählich abflachen würden".

Eine schnelle Beseitigung der Leichen wird aus verschiedenen Gründen von Wichtigkeit sein. Es ist offensichtlich, daß dies aus öffentlichen Gesundheitsrücksichten erforderlich sein wird, z.B. wegen der Notwendigkeit einer Kontrolle von Epidemien und ihrer Überträger, der Fliegen und Nagetiere. Ein ebenso wichtiger aber weniger offensichtlicher Grund ist psychologischer Natur. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß durch den Anblick und den Geruch verwesender Leichen tiefgreifende emotionale Störungen mit somatischen Manifestationen ausgelöst werden.

Diesem Problem wurde eingehende Beachtung durch Gesundheitsbeamte des Office of Civil Defense Mobilisation geschenkt, und an dieser Stelle sind ihre Kommentare hierzu instruktiv. Zu einem Angriff mit maximal 20-Megatonnen-Bomben machen sie folgende Feststellung:

... Die Vermutung ist logisch, daß die meisten brennbaren Stoffe und auch Leichen an der Erdoberfläche innerhalb eines Radius von 10 bis 11 Meilen einer derartigen Bombenexplosion durch den entstehenden Feuerorkan vaporisiert oder verascht werden ... die intensive Strahlung (gestattet) für die Dauer mehrerer Wochen bestenfalls Rettungsaktionen in der 10- bis 20-Meilen-Zone. Lediglich Leichen am Rande des Gebietes der Explosionswelle

rerer Wochen bestenfalls Rettungsaktionen in der 10- bis 20-Meilen-Zone. Lediglich Leichen am Rande des Gebietes der Explosionswelle

und der Aufwinde können geborgen werden ... Die Stadt ist verloren und Aufräumungsarbeiten sind undenkbar, bis sich die restliche Radioaktivität abgeschwächt hat. Vielleicht wäre es einfacher, an anderer Stelle neue Städte aufzubauen und die Toten in ihrem Grabmal ruhen zu lassen.

Das Gebiet von Boston könnte so zu einem Mausoleum werden. Die gleichen Verfasser bemerken, daß „aus offensichtlichen Gründen der öffentlichen Gesundheit die zerstörte Stadt hermetisch abgeschlossen, durch Kordon abgeriegelt oder unter Quarantäne gestellt werden müßte ... es besteht wenig Grund, eine großangelegte Aktion zum Abtransport und zur Beerdigung der Toten im Explosionsgebiet zu erwägen."

In den Randgebieten sind die Probleme jedoch anders. Hier können, wie die gleiche Quelle vorschlägt, „die üblichen Maßnahmen eines friedensmäßigen Begräbnisdienstes beibehalten werden, einschließlich Überführung, Identifizierung, aktenmäßiger Erfassung der Toten sowie religiöser Riten und Beerdigung. In der normalen Routine braucht kaum eine Änderung einzutreten, abgesehen von einer Anpassung an ein größeres Aufkommen von Toten."

Wenn man die in diesem Bericht aufgestellten Vermutungen prüft, erscheinen sie jedoch kaum als realistische Prognosen für Massachusetts. Die Beschreibung hochgradig leistungsfähiger, beweglicher, reibungslos arbeitender Begräbnisinstitute setzt das Weiterbestehen des Transportwesens, das Intaktbleiben ausreichender medizinischer Einrichtungen, in denen sich die Sterbenden konzentrieren würden und einen hohen Grad an Arbeitsbereitschaft und sozialer Organisation voraus. Die verbleibende Höhe der Radioaktivität wird die Zeit, in der bei relativer Sicherheit Beerdigungsarbeiten durchgeführt werden können, scharf limitieren. Schließlich ist zu bemerken, daß die der Atmosphäre ausgesetzten Leichen mit radioaktiven Teilchen bedeckt sein werden. Ihre Beseitigung wird auf diese Weise ein Problem ähnlich der Beseitigung radioaktiver Abfallstoffe, was selbst in Friedenszeiten erhebliche technische Ausrüstung und spezielle Erfahrung erfordert.

Angaben offizieller militärischer Stellen hinsichtlich eines früheren Versuches, die Leichen Kriegsgefallener zu beseitigen, zeigen die Größe dieser Aufgabe nach einem thermonuklearen Angriff. Als die Streitkräfte der Vereinigten Staaten 1944 in Manila eindrangen, ergab sich das Problem 39.000 tote Japaner und Filipinos zu beerdigen, die während der vorausgegangenen Wochen gefallen waren. Es stellte sich bald heraus, daß die amerikanischen Truppen dem psychologischen Aspekt dieser Arbeit nicht gewachsen waren. „Nach einigen Tagen kam es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zu Übelkeit, Erbrechen und Appetitverlust." Ortsansässige Arbeiter wurden bei doppelter Bezahlung rekrutiert, um die Toten in Massengräber zu legen; trotzdem dauerte die Beerdigung dieser 39.000 Toten, bei der nicht einmal die Komplikation der Radioaktivität bestand, 8 Wochen.

Es ist schwierig, solche Folgen eines postulierten Angriffes, wie etwa das Aufkommen von 2 Millionen Toten, zu begreifen, außerdem ist es geschmacklos, ausgiebig die Technik dieser Beseitigung zu besprechen.

Diese Schwierigkeiten sind ein Beispiel bislang nicht gekannter Probleme, denen Ärzte und Öffentlichkeit gegenüberstehen können. Sie unterstreichen die Tatsache, daß eine Planung, die sich vorwiegend auf die Erfahrungen bei früheren Katastrophen stützt, völlig unzureichend ist, um mit den Perspektiven und dem Ausmaß eines thermonuklearen Angriffs fertig zu werden.

Ethische Probleme für den Arzt

Die medizinischen Aufgaben nach einem Angriff, wie wir sie beschrieben haben, stellen den Arzt vor Alternativen mit tiefgreifenden ethischen Konsequenzen. Bisher wurde jedoch wenig über die wahrscheinlich zu erwartenden ethischen Probleme gesprochen.

Worin besteht beispielsweise die relative Verantwortung des Arztes hinsichtlich der eigenen Person, seiner Familie, seiner bisherigen Patienten, der akut verletzten Fälle sowie gegenüber den etwaigen Resten der Gesellschaft? Die Fragen, die sich aus diesen miteinander im Widerstreit liegenden Verpflichtungen ergeben, sind vielfältig. Soll der Arzt auf seinem Posten bleiben und seine Familie vernachlässigen? Dr. Takashi Nagai, ein Arzt aus Nagasaki, schreibt in seiner Autobiographie:

nem Posten bleiben und seine Familie vernachlässigen? Dr. Takashi Nagai, ein Arzt aus Nagasaki, schreibt in seiner Autobiographie:

„Ich war Beamter des College First Aid and Rescue Committee. Ich fühlte mich meiner Stellung so verpflichtet und war bedacht, alles zu tun, was man meiner Meinung nach von mir als Beamter des Rettungskomitees erwartete, daß es über 2 Tage dauerte, bis ich nach Hause kam und dort meine Frau tot auffand. Da erst entledigte ich mich meiner Verpflichtungen. Wie werde ich dafür in den Augen (meiner Kinder) belohnt werden, wenn sie erwachsen sind?"

Soll der Arzt einen Schutzraum aufsuchen? Die folgenden Beispiele aus der letzten Zeit zeigen, wie ausgeprägt die verschiedenen Auffassungen in dieser Frage sind. Dr. J. C. Cain, Mayo-Klinik, stellt fest: „Wir müssen zuerst uns schützen ... denken Sie daran, daß ein kranker oder toter Arzt für sein Land wertlos ist ..." Dr. G. Chalmers (Pseudonym) äußert sich in einem Artikel in Medical Economics ähnlich:

„Wenn mein Wohnort getroffen wird, ist meine Verpflichtung als Arzt größer als je zuvor, und wenn ich so weiter arbeiten soll, wie es meine Pflicht ist, muß nicht nur ich, sondern auch meine Familie überleben. Deshalb habe ich unter meinem Hof einen Explosionsdruck gesicherten Schutzraum bauen lassen ... Ich habe Vorsichtsmaßnahmen getroffen für den Fall, daß im Gefolge einer nuklearen Katastrophe Gesetz und Ordnung zusammenbrechen. Ich habe mit meiner Familie gewisse Klopfzeichen geübt, die als Signal zum Öffnen der dicken Stahltür des Schutzraumes dienen sollen. Außerdem habe ich den Schutzraum mit Feuerwaffen und Munition versehen."

Dr. Eugen V. Parsonnett vertritt in einem Kommentar zu diesem Artikel eine völlig andere Auffassung:

„Ich nehme an, daß Dr. Chalmers die Absicht hat, in seinem kleinen sicheren Schutzraum zu bleiben, nachdem er sich zuvor moralisch abgesichert und wahrscheinlich einige seiner umherirrenden Freunde und Bekannten, die möglicherweise versuchen, in sein Heiligtum zu gelangen, totgeschossen hat ... Ich finde es völlig unbegreiflich, daß Leute, die stolz den Titel eines Arztes führen, sich selbst vor Verwandten, Freunden und der Gesellschaft in dieser unmoralischen Weise abschließen wollen."

Soll der Arzt Verletzte um seiner eigenen Sicherheit willen liegen lassen, wenn er sich selbst in einem Gebiet hoher Strahlenintensität befindet? Ist die Vernachlässigung seiner Patienten unter diesen Umständen zu rechtfertigen, weil andererseits viele Patienten später aus seiner Hilfe Nutzen ziehen könnten?

Andere ethische Probleme ergeben sich aus der Notwendigkeit, die unzureichende Zahl von Ärzten und Hilfsmitteln zu rationalisieren. Wenn sich der Arzt Hunderten von Schwerverletzten gegenübersieht, wie soll er dann diejenigen aussuchen, die einer Behandlung zuerst bedürfen? Wie soll er sich zwischen der Rettung des Lebens einzelner und der Linderung von Schmerzen vieler entscheiden? Wie soll er die begrenzten Narkotika und Analgetika verteilen?

In Hiroshima und Nagasaki wurden viele Foeten, die der Strahlung im Uterus ausgesetzt waren, später mit zahlreichen Mißbildungen geboren. Wenn im Falle einer Röteln-Infektion im ersten Trimester die Möglichkeit eines therapeutischen Aborts eingeräumt wird, wie dies weitgehend anerkannt zu sein scheint, sollen dann auch in der Zeit nach einem Angriff Massenabtreibungen erlaubt werden? Und schließlich: Wie soll sich der Arzt gegenüber den tödlich Verletzten oder unheilbar Kranken verhalten, wenn Analgetika nur begrenzt oder gar nicht vorhanden sind? Welches ethische Prinzip, das zur Verlängerung des Lebens oder der Linderung von Schmerzen, soll hier den Vorrang erhalten? Ungeachtet seiner beruflichen Ausbildung und Überzeugung wird sich der Arzt täglich von seiten der Patienten Euthanasiebegehren in einem Maßstab und einer Dringlichkeit gegenübersehen, die keinen Vergleich zu früheren Erfahrungen haben.

Weder der Eid des Hippokrates, die bekannten ethischen Grundsätze der American Medical Association, noch persönliche Moral, auf die sich der Arzt stützt, geben auf diese Fragen eine klare Antwort. Tatsächlich erscheinen diese bewährten und stets hochgehaltenen Prinzipien im Lichte der Problematik eines thermonuklearen Krieges seltsam und traurig veraltet; wie wenn sie die menschliche Unschuld eines früheren Zeitalters widerspiegelten.

Diskussion

Ein thermonuklearer Angriff auf die Vereinigten Staaten nach den Vor-

Diskussion

Ein thermonuklearer Angriff auf die Vereinigten Staaten nach den Vor-

stellungen des Holofoeld-Komitees führt, wie gezeigt werden konnte, zu medizinischen Problemen, die quantitativ größer und qualitativ anders als alle früheren sind. Obwohl es möglich wäre, durch ausreichende ökonomische Investitionen und auf Kosten einer Reglementierung der Öffentlichkeit und der Ärzteschaft einen Katastrophenplan auszuarbeiten, um einem solchen Angriff zu begegnen, könnte ein derartiger Plan weder den Verlust von Millionen Menschenleben verhüten noch wäre er wirkungsvoll gegenüber einer anderen Art des Angriffs. Eine Veränderung irgendeines wesentlichen Faktors wie etwa die Auslösung eines zweiten Schlages oder weiterer Bomben in anderer Verteilung könnten die Verteidigungsvorbereitungen gegen den Angriffstyp gemäß den Vorstellungen des Holifield-Komitees zunichte machen. Es gibt unseres Wissens keine wissenschaftliche Grundlage für die exakte Voraussage eines feindlichen Angriffsschemas. Eher wäre zu erwarten, daß ein Angriffstyp, bei dem einem Feinde bekannt ist, daß genaue Katastrophenpläne bestehen, mit hoher Wahrscheinlichkeit eben deswegen nicht zur Durchführung kommt.

Es ist daher in hohem Grade irreführend, einen einzelnen Katastrophenplan als sichere Antwort auf die Gefahren eines thermonuklearen Krieges anzusprechen. Es ist ebenso irreführend, sich auf den Bau von Schutzräumen gegen die Strahlung zu konzentrieren und dabei die Probleme, die sich aus dem Explosionsdruck und dem Feuerorkan ergeben, außer acht zu lassen. Und es ist weiterhin irreführend, ein bestimmtes Schema einer medizinischen Behandlung vorzuschlagen, ohne das Ausmaß der zu bewältigenden Aufgaben zu kennen und genau zu untersuchen, inwieweit Hilfsmittel verfügbar sind, um so die Art der zu erwartenden Probleme kennenzulernen.

Die Auswahl eines bestimmten Katastrophenplanes bedeutet nichts anderes als eine unsichere Voraussage zu machen, klarer ausgedrückt: sie ist ein Vabanque-Spiel hinsichtlich der Art des Angriffs. Ärzte, die an einer rationalen Betrachtungsweise eines medizinischen Plans für den Fall eines nuklearen Angriffs interessiert sind, müssen sich darüber klar sein, daß die Festlegung auf einen bestimmten Plan ein riesiges Glücksspiel mit dem menschlichen Leben sein würde, Da es unmöglich ist, sich auf jede Art eines nuklearen Angriffs vorzubereiten, geht die Verantwortung des Arztes über eine bloße Katastrophenplanung hinaus, Ärzte mit Verantwortungsgefühl für das Leben ihrer Patienten und die Gesundheit ihrer Gemeinden sollten daher auch ein neues Gebiet der vorbeugenden Medizin erforschen, nämlich die Prävention eines thermonuklearen Krieges.

Zusammenfassung

Die medizinischen Folgen eines thermonuklearen Angriffs mit 1446 Megatonnen auf die USA werden für den Staat Massachusetts analysiert. Von den 6.560 Ärzten im Stadtgebiet von Boston würden etwa 900 einsatzfähige Ärzte übrigbleiben; von den 9.440 des ganzen Staates wären noch 2.400 verfügbar. Das sich daraus ergebende Verhältnis von Verletzten zu Arzt betrüge mehr als 1000 zu 1; das Verhältnis aller Patienten zu Arzt aber wäre noch weitaus ungünstiger. Von 65.000 Krankenhausbetten des Gemeinwesens blieben etwa 10.000 zur Versorgung der stationären Patienten sowie der etwa 2 Millionen Verletzten. Die medizinischen Hilfsmittel wären unzureichend. Der Andrang der Überlebenden zu den verbleibenden Einrichtungen und Vorräten würde wahrscheinlich neue Probleme schaffen.

Diese quantitative Zunahme der medizinischen Bedürfnisse würde unweigerlich zu qualitativen Veränderungen in der Art der medizinischen Praxis führen. Einige Probleme, die hinsichtlich der Versorgung der Patienten, der öffentlichen Gesundheitsmaßnahmen und dringlicher ethischer Entscheidungen zu erwarten wären, werden in ihren Einzelheiten untersucht. Ihre Bedeutung für eine Katastrophenplanung wird besprochen.

* * *

Der dritte und letzte Teil dieser Artikel-Serie wird in der nächsten Ausgabe des AK erscheinen. Er behandelt „Einige psychiatrische und soziale Gesichtspunkte des Luftschutzprogramms."

ANZEIGE

Zur Entwicklung des imperialistischen Krieges (Teil 2)

Nachdem der Kapitalismus im 19. Jahrhundert seine Herrschaft durch die Eroberung von Kolonien über die ganze Erde ausgedehnt hatte, änderte sich auch der Charakter des Krieges. Das Ziel der Imperialisten im Krieg ist schier unbegrenzt.

Der deutsche Imperialismus war es dann, der den 1. Weltkrieg zur Erringung der Weltherrschaft auslöste. Doch die Absicht, seine Konkurrenten niederzuschlagen, endete sehr schnell in einem sinnlosen und grausamen Stellungskrieg. Die Kriegsmittel waren – aus heutiger Sicht – noch allzu beschränkt.

Nach der Niederlage rüstete der deutsche Imperialismus zur 2. Runde. Die immer noch ‚beschränkten' militärischen Vernichtungsmittel sollten durch die vollkommene Mobilisierung zum „totalen Blitzkrieg" ersetzt bzw. ergänzt werden.

Doch der barbarische Vernichtungsfeldzug des deutschen Faschismus führte zu einer geschlossenen Front der Gegner und zur totalen Niederwerfung des deutschen Imperialismus. Die Entwicklung von „Superwaffen", von totalen Vernichtungswaffen gelang dem deutschen Faschismus nicht mehr; aber am Ende des 2. Weltkrieges setzte dann der US-Imperialismus doch noch die Atombombe ein. Nach diesem Krieg waren spätestens mit der Entwicklung der Wasserstoffbombe der Vernichtungskraft der Waffen keine Grenzen mehr gesetzt. Der totale Krieg zur Vernichtung der Menschheit war möglich geworden. Führte der Stellungskrieg im 1. Weltkrieg zu Massenaufständen in den am Krieg beteiligten Ländern und zur russischen Oktoberrevolution, und führte der totale Krieg des Faschismus zur einheitlichen antifaschistischen Koalition, so muß die Entwicklung der totalen Vernichtungskraft im Atomkrieg zur vollkommenen Ächtung des Atomkrieges führen, um eine Katastrophe, die ein solcher Krieg herbeiführen kann, rechtzeitig zu verhindern. Dies drückt sich in den heutigen Antikriegsstimmungen aus.

Der Imperialismus ging angesichts dessen dazu über, dieses Hindernis für sein totales Kriegsziel, die Weltherrschafft, mit der Strategie des angeblich „begrenzten" Atomkrieges zu überwinden, um unter diesem Deckmantel die Vorbereitung auf den 3. Weltkrieg zu betreiben.

Der vorliegende Artikel soll die Entwicklung des imperialistischen Krieges darlegen und Veränderung seines Charakters nachzeichnen.

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe den zweiten Teil eines Artikels zu der Entwicklung des imperialistischen Krieges. Der erste Teil (abgedruckt in AK 214) beschäftigte sich mit der Phase bis zum Ende des 2. Weltkriegs. Im jetzt vorliegenden 2. Teil gehen wir auf die Entwicklung der US-Kriegsstrategie von der 'massiven Vergeltung' hin zur Vorstellung des 'begrenzten Atomkriegs' (Ende der 50er Jahre) ein.

Im November 1945 heißt es in einer Studie des US-Generalstabs über den Einsatz der gerade entwickelten Atombombe: „*Sehr effektiv ... wird die Vernichtung der wichtigsten Staats- und Verwaltungsämter und ihres Personals sein ... Zu den wichtigsten Besonderheiten der Atomwaffen gehört es, Menschenansammlungen vernichten zu können, und von dieser Besonderheit muß man zusammen mit ihren anderen Eigenschaften Gebrauch machen ... Insbesondere wird ein früher atomarer Angriff den Einsatz anderer militärischer Mittel der Alliierten wesentlich erleichtern und damit die Verluste wesentlich verringern ... Vom Standpunkt unserer nationalen Sicherheit wären die Vorteile einer frühzeitigen Anwendung atomarer Bombardements außerordentlich*" (B. Greiner, K.Steinhaus, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR, Pahl-Rugenstein, S.74/75 und 177).

Wie wenig diese zynische Betrachtung der ‚Vorteile' der Atombombe mit der „nationalen Sicherheit" zu tun hat, zeigt die folgende Passage, in der die US-Imperialisten die Erfahrungen ihrer deutschen Brüder verwerten: „*Die Lehren der Geschichte, die Weite der UdSSR ... verweisen auf die extremen Schwierigkeiten, die größere Landoperationen in der UdSSR mit sich bringen .. Die Vorbedingungen für solche Operationen wären, daß der Großteil der sowjetischen Kriegsindustrie und des Verkehrsnetzes zerstört und die sowjetische Ölproduktion auf ein solches Maß reduziert ist, daß die Luftstreitkräfte für Kriegszwecke ausfallen und die Marine und die Landstreitkräfte relativ unbeweglich sind. Erst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, erscheinen größere Landoperationen durchführbar*" (S.207).

Wessen Lehren dies sind, ist eindeutig: Es sind die „Osterfahrungen" des deutschen Imperialismus. Aber diese Dokumente zeigen auch, daß der US-Imperialismus die Atombombe zunächst nur als eine zusätzliche, gewaltige, also nur quantitativ veränderte Bombe in seine Strategie des totalen Krieges einordnete: „*.... wir (haben) die Atombombe unserem Waffenarsenal einverleibt, ohne uns über die weitreichenden Folgen dieser neuen Erfindung klarzuwerden. Wir sahen die Atombombe nur als eine zusätzliche Waffe im Rahmen einer militärischen Doktrin, die kein anderes Ziel als einen totalen Sieg und keine andere Kriegführung als einen totalen Krieg kennt ... Die Strategie der unmittelbaren Nachkriegszeit war noch nicht von den Atomwaffen inspiriert. Sie sah in ihnen vielmehr nur ein nachträgliches Kapitel zu einer vertrauten militärischen Dokrin, eine noch wirksamere Explosivwaffe zur Zerstörung feindlicher Industriezentren*" (Kissinger, S.11 und 28).

Weil die Waffen bis zu dieser Zeit nur eine begrenzte Zerstörungskraft hatten, mußte der Krieg als totaler Krieg ‚unbegrenzt' geführt werden.

mit der Herstellung von Waffen unbegrenzter Zerstörungskraft (auf die Endlichkeit der Erde bezogen) mußten diese Waffen sofort mit der Strategie des totalen Krieges in Widerspruch geraten. Zwar war innerhalb der Logik des totalen Krieges scheinbar noch alles in Ordnung: Das Ziel war die Vernichtung des Gegners und endlich gab es die passenden Waffen. Aber gleichzeitig brachten die neuen Waffen erstmals die Möglichkeit, daß nach einem totalen Krieg kein Sieger übrig bleiben würde.

Genau besehen hatten die USA die „Osterfahrungen" ihres deutschen Kollegen eben nicht exakt genug ausgewertet. Wegen der begrenzten militärischen Stärke hatte der deutsche Imperialismus den Krieg als totalen Krieg, als barbarischen Vernichtungskrieg führen müssen. Aber es waren nicht technische Probleme, die den Vormarsch scheitern ließen. Der Zustand der Sowjetunion am Vorabend des zweiten Weltkrieges war durchaus desolat und von inneren Widersprüchen geprägt. Bürokratisierung, Vielvölkerproblematik, die „Säuberungen" der dreißiger Jahre hatten die SU geschwächt, so daß der deutsche Imperialismus zunächst annahm, die Sowjetunion sei nur „*ein Koloß auf tönernen Füßen*" (Hitler) die Rote Armee „*ein Witz*" (Hitler), eine „*Seifenblase*" (Jodl).

Und doch endete der faschistische Angriff im totalen Fiasko. Die Imperialisten hatten nämlich einen entscheidenden Faktor nicht berücksichtigt: ihren eigenen Angriff. Der barbarische Charakter des Kriegs hat sofort alle inneren Widersprüche der Sowjetunion zweitrangig werden lassen.

Unter der Parole des „Großen Vaterländischen Krieges" mobilisierte die KPdSU a l l e Bevölkerungsschichten gegen die faschistische Invasion. Dies wird auch in der bürgerlichen Geschichtsschreibung als ein wesentlicher Faktor gesehen: „*Der Rußlandfeldzug war der ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg. Darum ist die anfänglich abwartende, wenn nicht gar freundliche Haltung der sowjetischen Bevölkerung alsbald in tödlichen Haß gegen die Deutschen umgeschlagen*" (K.H.Janßen, „Zeit magazin" 26, S.30).

Nicht ursächlich die Versorgungsschwierigkeiten, nicht General Schlamm und Winter, sondern die Form des totalen Vernichtungskrieges stand seinem Ziel selbst im Weg, da der barbarische und verbrecherische Charakter dieses Krieges den totalen Widerstand mobilisierte.

Das wird erst recht für jeden Krieg gelten, der mit Atombomben geführt wird. Jeder Einsatz von Atombomben ist in den Augen der überwiegenden Menschheit ein ungeheures Verbrechen und schafft so eine gewaltige moralische Empörung gegen den Aggressor.

Diese Schwäche für die imperialistische Kriegsstrategie und die gleichzeitige Stärke für die Friedensbewegung hat auch H.Kissinger erkannt: „*Durch seine weltweite Kampagne, welche die Schrecken atomarer Kriegführung ausmalte, hatte der Kreml den Widerstandswillen in vielen Teilen der nichtsowjetischen Welt untergraben und die Anwendung der Hauptwaffe des westlichen Arsenals außerordentlich erschwert. ...*

Je furchtbarer die sowjetische Propaganda die Schrecken des Krieges, selbst unter der Maske von Friedensappellen ausmalen kann, mit um so größerer Wahrscheinlichkeit wird sie den Widerstandswillen untergraben. In vielen Teilen der Welt ist die ‚atomare' Aggression zu einem stärker verhaßten Begriff als die sowjetische Aggression geworden ...

Als wichtigstes Werkzeug diente dabei die sogenannte ‚Weltfriedensbewegung'. Diese leitete die Kampagne mit dem Stockholmer Friedensappell vom Jahre 1950 ein, für den nach kommunistischen Quellen in der ganzen Welt mehr als fünfhundert Millionen Unterschriften zusammengekommen waren und führte eine gutorganisierte Kampagne zur Abhaltung von Massenprotesten und Massenaktionen gegen den Gebrauch von Atomwaffen durch. Ihr ständiges Organ ist der Weltfriedensrat . . ."

Hierbei handelt es sich nicht allein um die alte und neue Verschwörer-Theorie, denn an seiner Behauptung ist soviel richtig, daß mit dieser Bewegung versucht wurde, „*der atomaren Kriegführung die psychologische Grundlage zu entziehen*" (S.318). Und er kommt zu dem Schluß: „*.... und sie konnte dies, weil Atomwaffen ganz einfach moralisch nicht einsetzbar waren*". Diese Einschätzung betraf natürlich nicht die Moral der Imperialisten, sondern die der Menschen sowohl in den USA als auch in den anderen Ländern. Für die Imperialisten waren dies p o l i t i s c h e Grenzen ihrer Möglichkeit , ähnlich wie später der immer wieder erwogene Atomwaffeneinsatz in Vietnam letzlich an dieser Grenze scheiterte. Doch die US-Imperialisten hofften, diese Probleme schnell bereinigen zu können:

- die moralische Vorbereitung sollte durch eine gewaltige Propaganda des Kalten Krieges geschaffen werden.
- die technische Vorbereitung sollte durch eine Einkreisung der Sowjetunion (bis 1949 gab es um die SU herum verteilt vierhundert US-Stützpunkte) und die Schaffung einer strategischen Bomberflotte (B-26 Bomber) erfolgen.

Aber der Krieg fand nicht statt. Dazu wiederum Kissinger: „*Wer die Probleme des Atomzeitalters in erster Linie für technische Fragen hält, täte deshalb gut daran, die amerikanische Reaktion auf Nagasaki und Hiroshima zu studieren. Kein voraussehbarer technischer Durchbruch wird von so fundamentaler Bedeutung sein, wie die Erfindung der Atombombe durch uns ... Natürlich war es in den ersten Nachkriegsjahren kein tatsächliches Patt, da die Vereinigten Staaten fast ein Jahrzehnt lang für eine sowjetische Vergeltung so gut wie unerreichbar waren. Nichtsdestoweniger war es ein Patt in dem Sinne, daß es niemals gelang, unsere militärische Überlegenheit in einen politischen Vorteil umzusetzen. Hierfür gab es viele Gründe:*

- *unsere Theorie des Krieges war ganz auf die Notwendigkeit eines totalen Sieges abgestellt;*
- *die Erinnerung an unser Bündnis mit der Sowjetunion während des Krieges war noch lebendig;*
- *auch waren wir von humanitären Regungen beseelt und hatten noch keinen klaren Blick für die Vorgänge, in die wir uns verstrickt sahen*" (S.10/11).

Schließlich ist den USA die Zeit davongelaufen. Früher als erwartet entwickelte die Sowjetunion 1949 Atombomben, 1952 Wasserstoffbomben und 1957 Interkontinentalraketen. Aus dem moralisch-politischen war nun zusätzlich ein technisches Problem geworden.

Kissinger schlußfolgert daraus: „*Das Anwachsen der sowjetischen Atomwaffenvorräte hat das psychologische Patt lediglich in ein tatsächliches verwandelt und unsere Abneigung gegen den Krieg vergrößert*" (ebenda).

Dies schaffte für den Imperialismus eine Situation, eine völlig neue Kriegsstrategie zu entwerfen. Im Jahre 1957 erschien dann das Werk „Kernwaffen und Auswärtige Politik" von Henry A.Kissiner, in dem er die Grundlagen für die Strategie des „begenzten Atomkrieges" legt, womit dann die sogenannte Epoche der „Entspannung" eingeleitet wurde.

Totaler Krieg . . .

Die Entwicklung der (landgestützten) Interkontinentalrakete (ICBM) Ende der 50er Jahre bedeutete eine weitere entscheidende Veränderung zu Ungunsten der USA.

Die mit einem atomaren Gefechtskopf bestückte Interkontinentalrakete ist die Verbindung zweier bedeutender technischer Entwicklungsreihen: Erstens der ungeheuren Ausweitung der Zerstörungskraft und zweitens der enormen Steigerung der Reichweite der Waffen.

Die Zerstörungskraft der Waffen, zuerst durch die Erfindung des Sprengstoffs „verbessert", hat mit der Entwicklung von atomaren Gefechtsköpfen ihren Endpunkt erreicht. Denn mit der Entwicklung von Wasserstoffbomben gibt es keine obere Grenze der Zerstörungskraft der Waffen mehr.

Betrug die Zerstörungskraft der Hiroshimabombe noch 15000 Tonnen TNT (15 kt TNT) so ist mit der Wasserstoffbombe die Herstellung von Gefechtsköpfen mit einer Zerstörungskraft von 10000000 Tonnen TNT (10 Mt TNT oder 20 Mt kein Problem.

Die Reichweite der Waffen war zunächt durch die Wurfweite etwa eines Speeres bestimmt. Die Erfindung des Schießpulvers führte zur Entwicklung von Kanonen (Artillerie) und fand ihren Endpunkt im „Parisgeschütz", mit dem die Deutschen 1918 Paris aus 120 km Entfernung beschiessen konnten. Mit einem Gewicht von 120 Tonnen und einer Länge von 30 m war es derart unhandlich und problematisch, daß es höchstens psychologischen Wert hatte. Der nächste Schritt war die Entwicklung des Flugzeugs. „*Von 1940 bis 60 war* (*es*) *d i e strategische Waffe. Aber er* (der Bomber) *ist am Boden sehr verwundbar, in der Luft ebenfalls verwundbar und kann beim Anflug entdeckt werden*" (85).

Mit der Interkontinentalrakete (ICBM = Intercontinental Ballistic Missile) mit einer Reichweite von 12000 km und einer Flugzeit von ca. 30 Minuten ist auch diese Entwicklung vorläufig an einem Endpunkt angelangt, denn jedes Land auf der Erde ist damit erreichbar. Die Interkontinentalrakete mit Atomsprengkopf verbindet beide Entwicklungen.

Damit ist aber auch der bedeutendste Vorteil der USA, für seine Gegner außerhalb der Reichweite der Waffen zu liegen, endgültig beendet. In einem kommenden Krieg laufen die USA erstmals Gefahr, selbst Kriegsschauplatz zu werden.

Die moralischen und politischen Folgen, die Empörung der Menschen hatte die USA bis Ende der 50er Jahre vor einem atomaren Überfall auf die Sowjetunion zurückschrecken lassen. Dann kam die Gefahr, selber zerstört zu werden oder doch ‚unannehmbaren Schaden zu erleiden' hinzu. „*So haben Schnelligkeit und Stärke der modernen Waffen eine paradoxe Folge: das einzige Ergebnis eines Totalen Krieges wird von nun an darin bestehen, daß b e i d e Seiten ihn verlieren müssen*" (Kissinger S.106). In der Logik des totalen Krieges gibt es nun nur noch den Ausweg, auf eine totale Vernichtung des gegnerischen Militärpotentials zu orientieren.

„*Die Bedeutung der stehenden Streitkräfte, verglichen mit dem industriellen Potential hat die paradoxe Folge, daß ein Krieg noch lange nachdem ein Sieg bedeutungslos geworden ist, weitergehen kann. ...*

Das Ergebnis eines derartigen Austausches von Schlägen kann durchaus der soziale Zusammenbruch beider Teile sein. ...

Man hat diese Lage mit der von zwei feindlichen Stämmen verglichen, die sich mit Giftpfeilen bewaffnet zu beiden Seiten eines Abgrundes gegenüberstehen. Das Gift übt seine Wirkung erst nach mehreren Stunden aus, dann wirkt es tödlich. Unter diesen Umständen wird der erste Schlag nicht die Entscheidung bringen. Er wird zwar den Organismus zerstören, aber die Waffen sind immer noch brauchbar und können einen ebenso tödlichen Gegenschlag führen. So kann der Sieg nur errungen werden, wenn es einer Seite gelingt, die Giftpfeile der anderen — ihre stehenden Streitkräfte — zu vernichten, b e v o r sie abgeschossen werden" (S.78/79).

In einem atomaren Krieg ist nicht mehr die Stärke und Abnutzung des industriellen Potentials entscheidend, sondern die Vernichtung der stehenden Streitkräfte, also des Militärpotentials. „*Atomares Patt darf deshalb nicht mit atomarer Parität verwechselt werden. Das Patt kommt zustande, weil nach einem gewissen Punkt die Überlegenheit der Zerstörungswaffen strategisch keinen Ertrag mehr bringt. ...*

Es liegt auf der Hand, daß keine Macht einen Krieg beginnen wird, von dem sie glaubt, daß sie ihn verlieren wird. Aber sie wird auch davor zurückschrecken, dann einen Krieg zu beginnen, wenn ihre nationale Substanz dabei aufs Spiel gesetzt wird.

Der totale Krieg wird deshalb wahrscheinlich zu einem letzten Ausweg werden, zu einem Akt der Verzweiflung auf den man nur dann zurückgreift, wenn die nationale Existenz unzweideutig bedroht ist. Was aber unter einer unzweideutigen Bedrohung zu verstehen ist, wird um so schärfer ausgelegt werden, je größer die Erkenntnis von dem Risiko des totalen Krieges wird" (S.106/7).

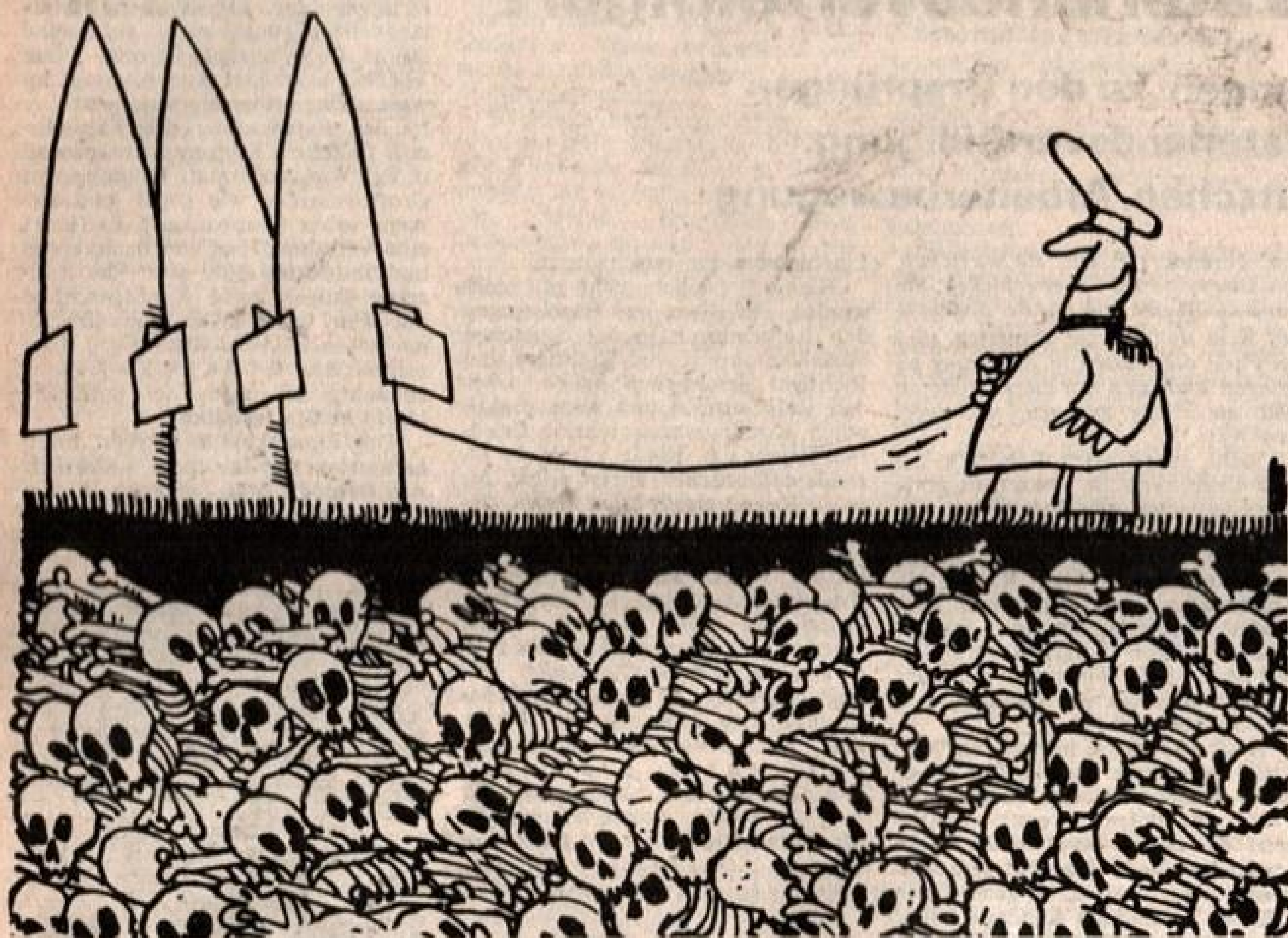
Die Fähigkeit, den „gegnerischen Sieg" zu verhindern, besaß ab Ende der 50er auch die Sowjetunion. Dies ist das „strategische Patt".

In dem Moment, wo der US-Imperialismus den strategischen Krieg gegen die Sowjetunion nicht mehr führen konnte, das strategische Patt entstanden war, trat dieser Widerspruch in den Hintergrund; es entstand ein großer Spielraum für die Befreiungsbewegungen der 3. Welt. Der Widerspruch zwischen dem US-Imperialismus und den Völkern der 3. Welt rückte an die erste Stelle.

Und „*schließlich berührt das atomare Patt nicht nur die Beziehungen zwischen den Atommächten selbst, sondern auch ihre Beziehungen zu Ländern die über keine atomare Einrichtungen verfügen*" (ebenda). Durch das strategische Patt zwischen USA und Sowjetunion „*gewinnt die Rolle der kleineren Nationen durch die erhöhte Stärke der Supermächte seltsamerweise an Bedeutung*". Denn zum einen konnten Atomwaffen Befreiungsbewegungen nur wenig beeindrucken:

„*Da die unterentwickelten Gebiete den großen Mächten selbst gemessen an der herkömmlichen Technik hoffnungslos unterlegen sind, wird die Tatsache, daß ihre Vernichtung durch Atomwaffen sogar noch gründlicher als bisher erfolgen kann, sie nicht beeindrucken*". Vor allem zwei Gesichtspunkte geben den Befreiungsbewegungen eine Art Rückendeckung:

1. „*Die Überlegung, daß die Anwendung von Atomwaffen in der übrigen Welt ein Gefühl moralischer Empörung hervorrufen würde*" [*S.105*],
2. „*sowie die Befürchtung, daß eine Kette von Ereignissen mit dem totalen Krieg als äußerste Konsequenz ausgelöst werden könnte, wenn*



Atomwaffen an irgendeiner Stelle eingesetzt würden" (ebenda).

Der US—Imperialismus hatte sich jahrelang auf den totalen Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet. Als dieser Krieg durch das strategische Patt auf nicht absehbare Zeit unmöglich wurde, besaßen die USA eine Kriegsstrategie, die weder gegen die Sowjetunion angewendet werden konnte und erst recht nicht gegen die Befreiungsbewegung. ,,*So ist ein totaler Krieg, der als totaler Krieg beginnt, der am wenigsten wahrscheinlichen Fall, wenn auch der einzige, für den wir eine theoretische Grundlage besitzen ... Der totale Krieg hat deshalb aufgehört, ein sinnvolles Werkzeug der Politik zu sein ... und er kann gegen große Mächte nur mit einem negativen Zweck zur Anwendung kommen, nämlich zur Verhinderung des gegnerischen Sieges*" (S.106). Das, was uns einen 3. Weltkrieg Ende der 50er Jahre erspart hat, kam für den US-Imperialismus einer nationalen Katastrophe gleich: ,,*Man hat gesagt, daß das Dilemma ... in der Wahl zwischen der Niederlage mit oder ohne Krieg besteht*" (S.111).

Der begrenzte Krieg . . .

Der begrenzte Krieg . . .

War der totale Krieg zunächst politisch nicht führbar, war er ab Ende der 50er Jahre auch militärisch nicht mehr führbar, außer als Katastrophe für alle Beteiligten (...und Unbeteiligten!). Der US-Imperialismus brauchte also für seine Interesseneine Strategie, die es trotzdem ermöglichte, mit diesen nicht einsetzbaren Waffen ,,glaubhaft" zu drohen, um die Sowjetunion von einer Unterstützung der Befreiungsbewegungen abzuschrecken. Dieser Poker mit der Katastrophe, Strategie der Abschreckung genannt, ,,*setzt eine Diplomatie voraus, die jeden Konflikt davor bewahren kann, als Vorspiel einer endgültigen Auseinandersetzung angesehen zu werden. Vor allem erfordert sie starke Nerven*" (S.148). Die Drohung mit dem totalen Krieg konnte ihre Glaubwürdigkeit, da die Waffen ja gerade nicht eingesetzt werden dürfen, nur dadurch gewinnen, daß dem US-Imperialismus jeder Wahnsinn zugetraut würde, oder in der Sprache von Kissinger: ,,*Wir können eine Strategie des begrenzten Krieges nur dann zum Erfolge führen, wenn wir keinen Zweifel an unserer Bereitschaft und unserer Fähigkeit lassen, einer endgültigen Auseinandersetzung ins Angesicht zu sehen*" (ebenda).

Als diese neue Strategie des begrenzten Krieges unter J.F.Kennedy und Robert S.McNamara in die Praxis umgesetzt wurde, ist der neue, ,vernünftige' Stil der Regierung bezeichnend.

,,*Kennzeichnend für den neuen Stil der Regierung war, daß der Präsident sich mit intellektuellen Beratern umgab, die er sich von Harvard und MIT holte ... (,,Wiz Kids"). Man arbeitete mit Methoden der Systemanalyse, der Kosteneffizienz und Spieltheorie und vertraute darauf, daß Antworten auf internationale Fragen mathematisch genau kalkuliert, graphisch dargestellt und Gealtanwendung in der richtigen Art und Weise eskaliert werden könnten*" (Klaus Dieterr Schwarz, Sicherheitspolitik, Osangverlag, 3.Aufl. 1978 S.353).

Bezieht man diese Umstände mit ein, so war die oft gerühmte ,,Vernunft der Kennedy-Ära somit kein Zeichen für die Vernunft des Imperialismus, sondern gerade für seine wahnsinnige Aggression, selbst den Poker mit der totalen Katastrophe zu wagen.

Die Strategie des begrenzten Krieges mußte den Politikern begrenzte Kriegsscenarios zur Hand geben, um beim Versagen der Abschreckung nicht gleich im totalen Krieg zu sein, sondern kontrolliert eskalieren zu können, begrenzte Kriege führen zu können.

Dazu bedarf es zweier Bedingungen: ,,*Es muß eine entsprechende strategische Lehre vorhanden sein, und es muß die Fähigkeit gegeben sein, den begrenzten Krieg auch tatsächlich durchzuführen*" (Kissinger, S.123).

Zum begrenzten Krieg:

,,*Es kann sich um einen Krieg handeln, der auf ein bestimmtes Gebiet begrenzt ist, oder um einen Krieg, bei dem nicht alle verfügbaren Waffenarten angewandt werden* (*beispielsweise Verzicht auf den Gebrauch von thermonuklearen Waffen* (= Wasserstoffbomben). *Es kann sich aber auch um einen Krieg handeln, der sämtliche Waffenarten einschließt, jedoch ihre Anwendung auf bestimmte Ziele beschränkt. Aber keine dieser rein militärischen Um-*

einschließt, jedoch ihre Anwendung auf bestimmte Ziele beschränkt. Aber keine dieser rein militärischen Um-

schreibungen des Begriffs befriedigt. Denn beispielsweise kann der Krieg, der auf ein bestimmtes geographisches Gebiet begrenzt ist, doch in dem Sinne total sein, daß er die nationale Substanz aufzehrt ...

Kurz gesagt, es gibt keine Möglichkeit, den Begriff des begrenzten Krieges rein militärisch zu fassen. Wenn man sich auf diese rein militärische Betrachtungsweise verläßt, ist das Endergebnis mit Sicherheit der totale Krieg, d.h. der Versuch, den Feind wehrlos zu machen" (S.116).

Kissinger greift deshalb auf Clausewitz zurück: ,,*Der begrenzte Krieg wird im Gegensatz hierzu mit bestimmten politischen Zielen geführt, die durch ihr bloßes Vorhandensein die Neigung haben, eine Beziehung zwischen der angewandten Kraftanstrengung und dem gesetzten Ziel herzustellen. Er spiegelt den Versuch wider, den gegnerischen Willen zu beeinflussen und nicht ihn zu brechen, die Bedingungen, die man auferlegen will, so zu gestalten, daß ihre Annahme dem fortgesetzten Widerstand vorzuziehen ist und bestimmte Ziele, nicht aber die vollständige Vernichtung des Feindes, zu erreichen*" (S.119).

Wie kann der Imperialismus begrenzte Kriege führen, wo es doch gerade sein Kennzeichen ist, unbegrenzte Ziele zu haben. Und gerade daraus war auch der totale Krieg geboren worden.

Die Aggressivität des Imperialismus, seine unbegrenzte Zielsetzung wird jeden begrenzten Krieg eskalieren lassen bis zum totalen Krieg. Die obere Grenze der Eskalation ergibt sich eben nur als äußere, mechanische Grenze.

Der totale Krieg ist auf Grund des strategischen Patts nicht führbar, aber ,,*der begrenzte Krieg* (ist) *nicht die Alternative der massiven Vergeltung, sondern ihre Ergänzung. Die Fähigkeit zur massiven Vergeltung ist es, welche die Sanktion gegen die Ausbreitung des Brandherdes liefert*" (S.123).

Um für den begrenzten Krieg Atomwaffen einsetzen zu können, mußten auf diplomatischer und politischer Ebene Kampagnen gegen den Schrecken der Atomwaffen organisiert werden, womit genau das Gegenteil zur sowjetischen Politik betrieben wurde. ,,*Die Entscheidung, der Aggression mit einem atomar geführten Krieg entgegenzutreten, muß nach der diplomatischen Seite bemüht sein, die Atmosphäre des Schreckens, die jetzt den Gebrauch von Atomwaffen umgibt, zu beseitigen, eine Atmosphäre, die zum Teil von der geschickten sowjetischen Propaganda unter dem Stichwort ,Bannt-die-Bombe' geschaffen worden ist. Sie muß die Anwendung von Atomwaffen als etwas gegebenes behandeln, aber großen Nachdruck auf Maßnahmen zur Milderung ihrer Wirkung legen. Beispielsweise sollte bei Abrüstungsverhandlungen der Brennpunkt der Gespräche von der Frage der Abschaffung von Atomwaffen auf die Frage verlegt werden, wie die Wirkung ihrer Anwendung vermindert werden kann*" (S.163).

Sollte sich der US-Imperialismus aber vorläufig ,,*auf eine konventionelle Kriegführung als Mittel der Abschreckung gegen eine lokale Aggression*" verlassen, dann mußte die Diplomatie im Gegenteil ,,*die furchtbaren Wirkungen der Atomwaffen ... unterstreichen, um die Sowjets nicht nur durch die Drohung mit unserer*

Diplomatie im Gegenteil ,,*die furchtbaren Wirkungen der Atomwaffen ... unterstreichen, um die Sowjets nicht nur durch die Drohung mit unserer*

Reaktion auf die Anwendung von Atomwaffen, sondern auch durch die öffentliche Meinung der übrigen Welt nach Möglichkeit davon abzuhalten, uns in einem begrenzten Krieg zu überrumpeln" (ebenda).

Das hatte für die USA zwar den Vorteil, daß auch die Sowjetunion keine Atomwaffen einsetzen konnte (was ihr immer unterstellt wurde), aber den entscheidenden politischen Nachteil, daß damit die These der Friedensbewegung und der Sowjetunion, Atomwaffen seien nicht anwendbar, unterstützt wurde.

Kissinger hält dies für einen ernsten, aber keineswegs für einen nicht wieder ,gut' zu machenden Schaden.

Weiterhin brauchte der US-Imperialismus ein Kriegsführungspotential gegen die Befreiungsbewegungen, die ,,Front im Süden". ,,*Begrenzte Kriege erfordern Einheiten von hoher Beweglichkeit und beträchtlicher Feuerkraft, die schnell an kritische Punkte geworfen werden und ihre Stärke unterschiedlich zum Austrag bringen*" (S.134). Dabei gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

- ,,*Entweder können wir bereitstehende Streitkräfte an wahrscheinlichen Unruheherden bzw. in ihrer Nähe stationieren,* (...)
- *oder wir können den größten Teil unserer strategischen Reserve in den Vereinigten Staaten halten, sie aber gleichzeitig mit einer Beweglichkeit ausstatten, die ihren schnellen Einsatz in bedrohten Gebieten ermöglicht ...*

Die erste Alternative ist politische schwierig und strategisch riskant" (S.137).

Die praktischen Vorbedingungen für die zweite Variante waren:

1. kleine, bewegliche Einheiten mit hoher Feuerkraft. Außerdem wird ,,*der begrenzte Krieg wie der totale Krieg von den stehenden Streitkräften geführt werden müssen. Er verlangt Streitkräfte von hohen Graden, die bezüglich Ausbildung, Planung und Ausrüstung in sofortiger Bereitschaft stehen.*"
2. entsprechende Lufttransportmöglichkeiten, die es erlauben, komplette, autonome Heeresgruppen innerhalb Realzeit in den Krisengebieten abzusetzen.

Diese Strategie geht von der Überlegung aus, daß sich ,,*im Atomzeitalter die Fähigkeit zu einer schnellen und begrenzten Aktion als ein ebenso wichtiges Abschreckungsmittel erweisen* (kann), *wie die Fähigkeit zu einem machtvollen und totalen Gegenschlag*" (S.141).

Kissingers Entwurf von 1957 plädiert für eine gigantische internationale Killergruppe, Schnelle Eingreiftruppe (Rapid Deployment Force). Aber auch hier ist für die imperialistische Kriegführung kennzeichnend, daß kurze, schnelle Entscheidungen gesucht werden und langwierige Kriege vermieden werden sollen.

Für die Zukunft formuliert Kissinger mehrere Punkte: ,,*Ob wir den Anforderungen des Atomzeitalters gerecht werden oder nicht, wird davon abhängen,*

1. *...ob wir ... Waffen herstellen können, durch die unser Wille nicht gelähmt wird . . .*
2. *...ob wir in der Lage sind, eine Strategie zu entwickeln, durch die wir das Risiko einer Gegenaktion der anderen Seite zuschieben*" (S.52).

Ersteres wird durch die Propaganda der möglichen Begrenzung des Atomkrieges versucht. Dadurch soll die moralisch-politische Grenze für den Atomwaffeneinsatz eingerissen werden. Wichtiger aber noch ist: ,,*Das Hauptproblem der Strategie der Gegenwart besteht darin, eine Vielfalt von Möglichkeiten zu ersinnen, mit denen sich sowjetischen Herausforderungen begegnen läßt. Wir müssen imstande sein, den Gegner in eine Lage zu bringen, aus der er sich nur durch den totalen Krieg herausziehen kann, während wir ihn gleichzeitig durch die Überlegenheit unserer Vergeltungsfähigkeit davon abhalten, diesen Schritt zu tun*" (S. 123).

3. Zusätzliche Möglichkeiten: Der entscheidende Vorteil der Strategie des begrenzten Krieges gegenüber der Drohung mit dem totalen Krieg: Die Atmossphäre des Kalten Krieges hatte die inneren Widersprüche des sozialistischen Lagers überdeckt. ,,*So liegt einer der grundsätzlichen Vorwürfe gegen eine allzu starke Betonung der Strategie des totalen Krieges darin, daß sie nicht imstande ist, ihre Druckmittel zu differenzieren und abzustufen und daß sie damit tatsächlich zur Konsolidierung und Einigkeit des Sowjetblocks beitragen könnte*" (S.126/127).

Kissinger sieht die Möglichkeit, durch eine genaue Abwägung von Abschreckung und Entspannung, die Entwicklung der inneren Widersprüche des sozialistischen Lagers zu fördern:

,,*Andererseits können Handlungen, die den totalen Krieg vermeiden,*

sozialistischen Lagers zu fördern:

,,*Andererseits können Handlungen, die den totalen Krieg vermeiden,*

helfen, die diplomatische Lage wieder in Fluß zu bringen(...).Der chinesisch-sowjetische Block kann unter Vermeidung eines allgemeinen Krieges entweder durch freiwilligen Rückzug oder durch innere Spaltung zurückgeworfen werden. Ein freiwilliger Rückzug ist unwahrscheinlich und hängt von vielen Faktoren ab, die unserer Kontrolle nicht unterworfen sind; aber die Frage der Spaltung bedarf eingehender Betrachtung. So unmöglich es ist, die genauen Umstände einer möglichen Spaltung innerhalb des sowjetischen Machtbereichs voraus zu sagen, so sind doch ihre allgemeinen Umrisse erkennbar.

Die UdSSR könnte sich gezwungen sehen, den Griff mit dem sie ihre europäischen Satelliten gefaßt hält zu lökkern, wenn sich herausstellt, daß diese Politik mehr und mehr von ihrer Kraft aufzehrt.

Und die Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion könnten sich abkühlen, wenn das Bündnis einer seiner beiden Partner zur Übernahme von Risiken für Zwecke zwingt, die für ihn selbst keine Vorteile einschließen.

Titos Bruch mit Moskau war, mindestens zum Teil, die Folge seiner Enttäuschung über die lauwarme Unterstützung seiner Ansprüche auf Triest durch die Sowjetunion, und diese war wiederum darauf zurückzuführen, daß der Kreml nicht gewillt war, einen totalen Krieg um peripherer Ziele willen zu riskieren ...

Eine Probe auf unsere Strategie besteht deshalb darin, ob sie fähig ist, Lagen herbeizuführen, die die potentiellen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Sowjetblocks zur Auswirkung bringen" (ebenda).

Diese Methode, unter Kennedy ,,Strategie des Friedens" genannt, ist eine klassische Methode: Divide et impera! — Teile und herrsche!

Der US-Imperialismus wechselte die Mittel. Die Ära des Kalten Kriegs wurde durch die Ära der ,,Entspannungs—" und ,,Abrüstungspolitik" abgelöst. Chrutschow bescheinigte den USA friedliche Absichten. Eine ganze Zeit fuhr der Imperialismus mit dieser Strategie nicht schlecht, immerhin wurden eine Reihe der Ziele, wie sie Kissinger formuliert hat, erreicht. Dennoch stehen wir heute wieder vor der Schwelle, wo für den Einsatz der Atomwaffen gegen die SU gerüstet wird, denn der Imperialismus läßt sich seine Ziele auf Dauer nicht begrenzen (siehe hierzu: ,,Counterforce, Die Rüstung zur Ausschaltung der Sowjetunion", AK 213).

Ein Oldenburger Genosse
überarbeitet von der AK-Redaktion

Literatur

B.Greiner, K.Steinhaus, Auf dem Weg zum 3.Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR, Pahl-Rugenstein, kleine Bibliothek 203

Henry Kissinger, Kernwaffen und Auswärtige Politik, R.Oldenbourg, 2. Aufl. m. Vorw. v. Helmut Schmidt 1974, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Aufl. m. Vorw. v. Helmut Schmidt 1974, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

K.H.Janßen, Die blutigste Schlacht, ,,Zeitmagazin 26", Juni 81, S.15ff

A.Legault, G.Lindsay, Dynamik des Nuklearen Gleichgewichts, A.Metzner Verlag Frankfurt 1+73, Band 1 der Schriften des Forschungsinistitus der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Engels, ein Vaterlandsverteidiger?

Anmerkungen zu den Ursprüngen der Vaterlandsverteidigung in der deutschen Arbeiterbewegung

In AK 212 gab der Genosse he. aus Hamburg einen guten Einblick in die Auseinandersetzungen um eine antimilitaristische Politik in der SPD vor 1914. Obwohl ich den Aussagen des Artikels voll zustimme, kommt in ihm jedoch m.E. die Frage nach den U r s p r ü n g e n der Vaterlandsverteidigung bei den deutschen Sozialisten bzw. in der SPD zu kurz.

„Den Kommunisten ist ferner vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben" (1). Diese bekannte Äußerung von Marx und Engels aus dem Jahre 1848 wird bis heute von Sozialisten, die die „Vaterlandsverteidigung" der „eigenen" Bourgeoisie ablehnen, als Beleg herangezogen, um zu zeigen, daß man sich in bester Marx'scher und Engel'scher Tradition befindet.

Ganz so einfach ist die Sache allerdings nicht. *„Wird die Kriegsgefahr größer, dann können wir der Regierung sagen, wir wären bereit, wenn man es uns möglich mache durch anständige Behandlung, sie zu unterstützen gegen den auswärtigen Feind, vorausgesetzt, daß sie den Krieg mit allen, auch revolutionären Mitteln und rücksichtslos führt. Wird Deutschland von Ost und West angegriffen, so ist jedes Mittel der Verteidigung gut. Es geht um die nationale Existenz und auch für uns um die Behauptung der Position und der Zukunftschancen, die wir uns erkämpft"* (2).



Sorgte sich um die Verteidigung des kapitalistischen Staates in Deutschland gegen die Bedrohung aus dem Osten: Friedrich Engels

Der sich da Sorgen machte um die „nationale Existenz" des kapitalistischen Deutschland und der die deut-

Der sich da Sorgen machte um die „nationale Existenz" des kapitalistischen Deutschland und der die deut-

sche Bourgeoisie aufforderte, einen Krieg „rücksichtslos" zu führen, hieß Friedrich Engels. Und der „auswärtige Feind", von dem Deutschland Böses drohte, war Rußland. Geschrieben wurden diese Sätze im Oktober 1891. Das besonders Skandalöse von Engels Auffassung besteht darin, daß er ausdrücklich i n n e r h a l b der bestehenden Strukturen des kapitalistisch-militaristischen Staates den „Verteidigungskrieg" führen wollte.

Für eine „anständige Behandlung", worunter in diesem Zusammenhang bestenfalls der Verzicht auf Schläge und die Verabreichung einer warmen Suppe täglich zu verstehen ist, sollten die deutschen Arbeiter also nach Engels Ansicht ihre russischen Klassenbrüder im Krieg abschlachten.

Engels begründete seine vaterländische Haltung damals folgendermaßen: Wenn das zaristische Rußland Deutschland, ein Land mit entwickelter Arbeiterbewegung, besiegt, *„dann ist die sozialistische Bewegung in Europa auf 20 Jahre kaputt"* (3). Richtiger wäre es gewesen, davor zu warnen, was passiert, wenn die sozialistische Bewegung sich auf das Glatteis der Vaterlandsverteidigung führen läßt. Denn nicht zuletzt d a r a n ging sie bis heute, a u f 90 J a h r e kaputt.

Kein Wunder war, daß die rechten Demagogen in der SPD-Führung um Noske vor 1914 vor ihrem vielfach allzu autoritätsgläubigen Publikum mit solchen Aussagen von Engels hausieren gingen, um ihre Politik der Vaterlandsverteidigung zu rechtfertigen. Kein Wunder ist auch, daß die Pekinger Führer bei ihrer Propaganda für die „Verteidigung Westeuropas gegen den sowjetischen Sozialimperialismus" ebenfalls diese Engels-Zitate ins Feld führten (4).

Auch einige Genossen der „Initiative Sozialistische Politik" (ISP) (Zeitschrift „Moderne Zeiten") berufen sich heute zur Rechtfertigung ihrer Thesen von der Notwendigkeit „alternativer Verteidigung" nebenbei auch auf Engels. Bedauerlich ist dabei vor allem, daß dies auch Genossen tun, die zuvor jahrelang als leitende Genossen des KB und Redakteure des „Arbeiterkampf" derartige Vorstellungen entschieden bekämpft haben. Erfreulicherweise stoßen die Konzeptionen „alternativer Verteidigung" allerdings auch in der ISP und der „Moderne Zeiten"-Redaktion auf Widerspruch. –

Die oben zitierten Äußerungen von Engels waren keine einmaligen Ausrutscher. So forderte Friedrich Engels 1893 in seinem Aufsatz „Kann Europa abrüsten?" u.a., *„das Schwergewicht der militärischen Ausbildung in die Jugenderziehung zu legen"* (5), unter kapitalistischen Machtverhältnissen wohlgemerkt. Das ist an diesem Punkt nicht mehr weit entfernt von der Auffassung eines Gustav Noske (SPD), der sich 1907 dafür aussprach, *„daß Deutschland möglichst wehrhaft"* sei und *„das ganze deutsche Volk an den militärischen Einrichtungen, die zur Verteidigung unseres Vaterlandes notwendig sind, ein Interesse hat"* (6).

Und im Mai 1851 schrieb Friedrich Engels folgende denkwürdige Zeilen an Karl Marx: *„Je mehr ich über die Geschichte nachdenke, je klarer wird mir, daß die Polen une nation foutue (eine erledigte Nation – Anm. AK) sind, die nur so lange als Mittel zu gebrauchen sind, bis Rußland selbst in die agrarische Re-*

nation foutue (eine erledigte Nation – Anm. AK) sind, die nur so lange als Mittel zu gebrauchen sind, bis Rußland selbst in die agrarische Re-

volution hineingerissen ist. Von dem Moment an hat Polen absolut keine raison d' être (Existenzberechtigung – Anm. AK) mehr. Die Polen haben nie etwas anderes in der Geschichte getan, als tapfere, krakeelsüchtige Dummheit gespielt. Auch nicht ein einziger Moment ist anzugeben, wo Polen, selbst nur gegen Rußland, den Fortschritt mit Erfolg repräsentierte, oder irgend etwas von historischer Bedeutung tat. Rußland dagegen ist wirklich progressiv gegen den Osten. Die russische Herrschaft mit all ihrer Gemeinheit, all ihrem slawischen Schmutz (!) ist zivilisierend für das Schwarze und Kaspische Meer und Zentralasien, für Baschkiren und Tataren, und Rußland hat vielmehr Bildungselemente und besonders industrielle Elemente angenommen, als das seiner ganzen Natur nach chevaleresk (ritterlich – Anm. AK) bärenhäutige Polen ...

Resultat: Den Polen im Westen abnehmen, was man kriegen kann, ihre Festungen unter dem Vorwand des Schutzes mit Deutschen okkupieren, besonders Posen, sie wirtschaften lassen, sie ins Feuer schicken, ihr Land ausfressen, sie mit der Aussicht auf Riga und Odessa abspeisen, und im Falle die Russen in Bewegung zu bringen sind, sich mit diesen alliieren und die Polen zwingen, nachzugeben" (7).

Sechs Jahre bevor Friedrich Engels dieses zynische Dokument preußisch-deutscher Überheblichkeit, gespickt mit einer guten Portion Chauvinismus, aus der Feder floß, hatten in der polnischen Stadt Krakau ein Aufstand und auf dem Lande antifeudale Bauernerhebungen stattgefunden. Diesen Aufstand hatte Engels noch 1848 (gemeinsam mit Marx im Kommunistischen Manifest) ausdrücklich begrüßt (8).

Auch 1830 hatte in Polen ein Aufstand gegen die zaristischen russischen Besatzer stattgefunden. Und 1791 hatte Polen die erste geschriebene Verfassung Europas, die starke antifeudale und bürgerlich-demokratische Züge trug. Zahlreiche Polen nahmen in anderen Ländern 1848/49 an den revolutionären Bewegungen in Europa teil.

In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts lobte Engels dann wieder das polnische Volk überschwenglich („Pole sein, heißt revolutionär sein"). Die späten Einsichten des alternden Engels machen jedoch seine chauvinistischen Ausfälle von 1851 nicht ungeschehen. Marx und Engels haben erklärt, daß eine sozialistische Gesellschaft zwangsläufig noch von den „Muttermalen" der kapitalistischen Gesellschaft gekennzeichnet sein würde. Was für eine zukünftige Gesellschaftsordnung gilt, gilt selbstverständlich erst recht für Sozialisten, die unter kapitalistischen Verhältnissen arbeiten und leben. Und dies zumal, wenn sie, wie Karl Marx und Friedrich Engels, bürgerlicher Herkunft sind. Insofern widerlegen bürgerliche Rückstände in den Anschauungen von Marx und Engels keineswegs den Marxismus, ganz im Gegenteil.

Auch Marx vertrat gelegentlich in einzelnen Fragen Positionen, die mit einem k l a s s e n m ä ß i g e n Herangehen kaum zu vereinbaren sind. So unterzeichnete er am 30. Dezember 1864 gemeinsam mit einigen anderen Sozialisten aus europäischen Ländern eine Grußadresse an den amerikanischen Präsidenten Lincoln: *„Sir, wir wünschen dem amerikanischen Volk Glück zu Ihrer mit großer*

anderen Sozialisten aus europäischen Ländern eine Grußadresse an den amerikanischen Präsidenten Lincoln: *„Sir, wir wünschen dem amerikanischen Volk Glück zu Ihrer mit großer*

Majorität erfolgten Wiederwahl". „Die Arbeiter", so Marx, seien *„die wahren Träger der politischen Macht im Norden"* (gemeint sind die Nordstaaten der USA). Ferner sprach die Grußadresse vom *„roten Meere des Bürgerkriegs"* (gemeint ist der Krieg zwischen Südstaaten und Nordstaaten der USA 1861-1865) und meinte, *„daß Abraham Lincoln, dem starksinnigen, eisernen Sohn der Arbeiterklasse* (Lincoln war, bevor er mit 27 Jahren Rechtsanwalt wurde, Landarbeiter und Schifferknecht – Anm. AK) *das Los zugefallen ist, sein Vaterland durch den beispiellosen Kampf für die Erlösung und Befreiung einer geknechteten Race und für die Umgestaltung der sozialen Welt hindurchzuführen"*. In der Erklärung wurde sogar prognostiziert, daß *„der amerikanische Krieg gegen die Sklaverei eine neue Epoche der Machtentfaltung für die Arbeiterklasse einweihen wird"* (9).

Es ist zwar, historisch-materialistisch betrachtet, richtig, daß der Krieg der kapitalistischen Nordstaaten gegen die sklavenhalterischen Südstaaten 1861-65, der mit der Niederlage der Südstaaten endete, fortschrittlich war. Fortschrittlich insofern, als die Sklavenhalterordnung beseitigt, mit der weiteren Entfaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse der amerikanischen Arbeiterklasse neue Kräfte zugeführt wurden und der Kapitalismus sich in den gesamten USA durchsetzte. Aber Abraham Lincoln, den Regierungschef der kapitalistischen Nordstaaten, als „Sohn der Arbeiterklasse" zu bejubeln, war mehr als übertrieben. Der Sieg der Nordstaaten über die Südstaaten ebnete der Herausbildung des amerikanischen Imperialismus, und nicht der „Machtentfaltung der Arbeiterklasse" den Weg.

Und daß die Entwicklung des Kapitalismus in Nordamerka (inklusive der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse in der Landwirtschaft/Farmerwesen) mit der Ausrottung der indianischen Völker einherging, wird in der Marx'schen Grußadresse an Lincoln vornehm verschwiegen.

Hier soll freilich nicht geleugnet werden, daß Marx und Engels gegen den Reformismus in der deutschen Sozialdemokratie viel Wichtiges und Richtiges geschrieben haben. Über den Reformismus und seine praktischen Konsequenzen schrieb Friedrich Engels z.B. 1887: *„ ... in der sozialdemokratischen Partei selbst, bis in die Reichstagsfraktion hinein, findet ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus seine Vertretung. Und zwa in der Weise, daß man zwar die Grundanschauungen des modernen Sozialismus* (oho! gemeint ist der Marxismus – Anm. AK) *und die Forderung der Verwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung nur in e n t f e r n t e r, p r a k t i s c h u n a b s e h b a r e r Z e i t für möglich erklärt. Damit ist man für die Gegenwart auf b l o ß e s s o z i a l e s F l i c k w e r k angewiesen"* (10) (hervorh. im Original).

Marx und Engels: Keine Kritik an Vaterlandsverteidigung im sozialdemokratischen Programm

In ihrer „Kritik des Gothaer Programms" der deutschen Sozialdemokratie 1875 setzten sich Marx und Engels sorgfältig mit reformistischen Auffassungen, vor allem zur Staatsfrage, auseinander. Interessanterweise f e h l t in den Kritiken jedoch eine Auseinandersetzung mit den zur V a t e r l a n d s v e r t e i d i g u n g tendierenden Punkten des Gothaer Programms. Im Gothaer Programm wurde u.a. *„Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk"* gefordert, o h n e daß gesagt wurde, das dies illusorisch ist, solange der kapitalistische Staat bzw. die Bourgeoisie Zeitungen, Erziehungswesen und Militär in der Hand hat. Es wurde in dem Programm auch *„Allgemeine Wehrhaftigkeit"* und *„Volkswehr an Stelle der stehenden Heere"* (11) gefordert (alles auf der Grundlage des bürgerlichen Staates). Eine ausdrückliche Ablehnung der Vaterlandsverteidigung fehlte in dem Programm.

Allerdings kann die Forderung nach einer Ersetzung des stehenden

bürgerlichen Staates). Eine ausdrückliche Ablehnung der Vaterlandsverteidigung fehlte in dem Programm.

Allerdings kann die Forderung nach einer Ersetzung des stehenden

Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung nicht auf Vaterlandsverteidigung reduziert werden. Mit dieser Forderung wurde von Seiten der revolutionären Sozialdemokraten das Ziel verfolgt, die bewaffnete Macht der Kontrolle der Bourgeoisie zu entreißen, Militäreinsätze gegen Streikende u.ä. unmöglich zu machen und so einen relativ friedlichen Weg zum Sozialismus zu öffnen.

Daß Marx und Engels keine Kritik an den vaterländischen Punkten des Gothaer Programms übten, scheint mir kein Zufall zu sein, wenn man sich Engels Aufruf zur Vaterlandsverteidigung von 1891 ansieht.

Lenin gegen Kritik an Engels

W.I. Lenin v e r t e i d i g t e 1916 in einem Briefwechsel mit der französischen Sozialistin Inés Armand die Auffassungen von Engels (von 1891) zur Vaterlandsverteidigung. Lenin schrieb: *„Meiner Meinung nach entspricht die Anerkennung der ‚Vaterlandsverteidigung' im nationalen Krieg durchaus dem Marxismus. Im Jahre 1891 hätten die deutschen Sozialdemokraten in einem Krieg gegen Boulanger* (französicher Kriegsminister – Anm. AK) *und Alexander III.* (russischer Zar – Anm. AK) *das Vaterland tatsächlich verteidigen müssen. Das wäre eine besondere Variante des nationalen Kriegs gewesen"* (12).

Dem ersten Satz ist durchaus zuzustimmen. Nationale Kriege u n t e r d r ü c k t e r Völker (wie der Iren, der Basken, der Albaner in Jugoslawien oder der Eritreer) sind in der Tat gerecht und müssen von Sozialisten unterstützt werden. Aber man wird wohl kaum ernsthaft behaupten können, Deutschland sei 1891 ein von auswärtigen Mächten besetztes und unterdrücktes Land gewesen.

Lenin berief sich bei der Rechtfertigung der Engels'schen Vaterlandsverteidigung auch auf seine eigene Imperialismus-Theorie. Diese Theorie beinhaltet knapp gesagt im wesentlichen folgende Aussagen:

In der Entwicklung des Kapitalismus findet ein Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft statt (Bildung von Großkonzernen wie BASF und Siemens sowie Großbanken). Es findet eine Verschmelzung von Bankkapital und Industriekapital statt; die Konzerne tätigen große Kreditgeschäfte mit Hilfe von Banken; Bankdirektoren gehen in Aufsichtsräte von Konzernen; das F i n a n z k a p i t a l entsteht, das auch die politische Macht im Staat besitzt.

Das Finanzkapital betreibt internationalen Kapitalexport, unterwirft sich fremde Länder, gerät bei seinem Expansionsstreben mit dem Finanz-



W.I. Lenin erkannte früh die Bedeutung der Kämpfe der unterdrückten Völker für den weltrevolutionären Prozeß

kapital anderer imperialistischer Staaten aneinander, es kommt zu imperialistischen Kriegen wie dem 1. Weltkrieg um die Aufteilung bzw. Neuaufteilung der Welt.

Lenin definiert den Imperialismus als das monopolistische Stadium des Kapitalismus.

Die imperialistischen Staaten werden durch die beim Kapitalexport aus abhängig gemachten bzw. unterworfenen Ländern herausgeholten „Extraprofite" in die Lage versetzt, Teile der Arbeiterklasse in den imperialistischen Monopolen zu „bestechen". Diese Bestechung einer Minderheit der Arbeiter nährt und festigt nach Lenins Auffassung die reformistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung.

Auf dieser Grundlage schrieb Le-
derheit der Arbeiter nährt und festigt nach Lenins Auffassung die reformistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung.

Auf dieser Grundlage schrieb Lenin 1916 an Inés Armand: *„Von seiten Deutschland wäre es 1891 kein Krieg imperialistischen Charakters gewesen und hätte es auch nicht sein können. Sie haben die Hauptsache vergessen: 1891 gab es überhaupt keinen Imperialismus (ich habe in meiner Broschüre (13) zu beweisen versucht, daß er in den Jahren 1898-1900 entstanden ist, nicht früher) und gab es keinen imperialistischen Krieg, konnte es von Seiten Deutschlands nicht geben"* (14).

Über die Lage 1891 meinte Lenin: *„Die Kolonialpolitik Frankreichs und Deutschlands ist unbedeutend. Italien, Japan und die Vereinigten Staaten besitzen ü b e r h a u p t keine Kolonien (jetzt haben sie welche). In Westeuropa hat sich ein System herausgebildet (dies nebenbeibemerkt!! denken Sie darüber nach!! vergessen Sie das nicht!!). Wir leben nicht nur in einzelnen Staaten, sondern auch in einem bestimmten S y s t e m von Staaten, ein S y s t e m von Staaten, die im allgemeinen konstitutionelle, nationale Staaten sind. N e b e n ihnen der mächtige, unerschütterte, vorrevolutionäre Zarismus, der jahrhundertelang alle ausplünderte und unterdrückte, der die Revolution von 1849* (in Ungarn – Anm. AK) *und 1863* (in Polen – Anm. AK) *niederschlug.*

Deutschland (1891) ist ein Land des fortgeschrittenen Sozialismus. Und diesem Lande droht der Zarismus im Bunde mit dem Boulangerismus! Die Situation ist ganz und gar nicht dieselbe wie in den Jahren 1914 bis 1917, wo der Zarismus durch das Jahr 1905 (erste Revolution in Rußland – Anm. AK) *erschüttert ist und Deutschland einen Krieg um die Weltherrschaft führt. Eine ganz andere Sache!!*

Die internationale Situation von 1891 und 1914 identifizieren oder auch nur vergleichen, das ist h ö c h s t unhistorisch ... Im i m p e r i a l i s t i s c h e n Krieg 1914 bis 1917, zwischen z w e i imperialistischen Koalitionen, müssen wir gegen die ‚Vaterlandsverteidigung'

Prophetische Worte

nannte Lenin 1918 die folgenden Ausführungen, die Friedrich Engels a m 15. D e z e m b e r 1 8 8 7 über den kommenden 1. Weltkrieg machte: *„Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahl fressen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des dreißigjährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet ... Das ist die Aussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Überbietung in Kriegsrüstungen seine unvermeidlichen Früchte trägt"* (MEW, Band 21, Seite 350 f).

Auch d a s war Engels. Es wäre wirklich verfehlt, ihn einfach in die Schublade: „deutsche Sozialchauvinisten und Vaterlandsverteidiger" einzuordnen. Aber klar antimilitaristische und revolutionäre Aussagen einerseits schaffen den in den Schriften von Engels eben a u c h anzutreffenden kleinbürgerlich-chauvinistischen Schrott auch nicht aus der Welt.

C 21734 D

Antimilitarismus

sein, denn erstens ist der Imperialismus der Vorabend des Sozialismus; zweitens ist der imperialistische Krieg ein Krieg von Dieben um die Beute, drittens gibt es in beiden Koalitionen ein fortschrittliches Proletariat, viertens ist in beiden die sozialistische Revolution herangereift. Nur darum sind wir gegen die ‚Vaterlandsverteidigung', nur darum!!" (15) (Hervorh. v. Lenin).

Die erste Behauptung Lenins, die Kolonialpolitik Frankreichs und Deutschlands 1891 sei „unbedeutend" gewesen, ist schlicht falsch. 1884 hatte Deutschland Togo, Namibia („Deutsch-Südwest-Afrika"), Kamerun und den Ostteil von Neuguinea kolonialisiert. 1885-1890 gewann Deutschland die Kolonie „Deutsch-Ostafrika" (Tansania). Damit hatte Deutschland 1891 faktisch sein Kolonialreich vervollständigt, das es bis zum ersten Weltkrieg behielt (Hinzu kam nur noch der chinesische Hafen Kiautschou 1898).

Deutschland war 1891 gebietsmäßig die zweitgrößte Kolonialmacht der Welt hinter England, dann kamen Frankreich und Portugal.

Frankreichs Kolonialpolitik war ebenfalls nicht gerade ‚unbedeutend'. Frankreich, 1891 die „Nummer 3" der internationalen Kolonialmächte, hatte 1830 bis 1882 Algerien unterworfen, 1881 Tunesien kolonialisiert und 1887 endgültig mit der Unterwerfung Indochinas (Vietnam, Laos, Kampuchea) begonnen. In Lateinamerika verfügte es über einen Teil Guayanas sowie die Inseln Martinique und Guadeloupe.

Die 80er und 90er Jahre des 19. Jahrhunderts waren eine Periode des rasanten Aufschwunges der kolonialen Raubpolitik der europäischen kapitalistischen Staaten, die Periode der direkten Vorbereitung des ersten imperialistischen Weltkrieges. Nicht zufällig hatte Friedrich Engels in besseren Tagen, im Dezember 1887, prognostiziert, daß Deutschland einen Weltkrieg anzetteln wird (16).

Lenin zog das wacklige und nicht stichhaltige Argument der „unbedeutenden" Kolonialpolitik Deutschlands und Frankreichs in der Diskussion mit Inés Armand offenbar deshalb heran, weil ihm das Argument, Deutschland sei damals noch kein imperialistisches Land gewesen, allein wohl zu schwach erschien.

Daß Deutschland 1891 kein imperialistisches Land war, wenn man Lenins Imperialismus-Definition (Imperialismus gleich Herrschaft von „Finanzkapital" und Monopolkapital) zu Grunde legt, ist richtig. Daß zwischen dem imperialistischen und dem vor-imperialistischen Stadium des Kapitalismus bedeutende Unterschiede bestehen, stimmt ebenfalls. Der Begriff „Imperialismus" sollte m.E. nicht nur in einem solch engen, ausschließlichen Sinne gebraucht werden. Das hat noch nicht einmal Lenin selbst getan. In seiner grundlegenden Schrift über den Imperialismus schrieb Lenin: „... *politisch ist Imperialismus überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion*" (17) — was auf das Deutsche Reich von 1891 ohne Zweifel zutrifft. Lenin schrieb dort sogar: „*Das auf Sklaverei beruhende Rom trieb Kolonialpolitik und war imperialistisch*" (18).

Deutschland war 1891 ein kapitalistischer, militaristischer, außenpolitisch räuberischer Staat. Ein Krieg dieses Staates konnte seinem Wesen nach nur ein kapitalistischer Raubkrieg im Interesse der deutschen Bourgeoisie sein.

Lenins Verteidigung der Haltung des Vaterlandsverteidigers Engels ist in diesem Falle nicht von einem klassenmäßigen Herangehen bestimmt. Lenin wollte schlichtweg nicht sehen bzw. nicht zugeben, daß Engels teilweise noch mit bürgerlichen und chauvinistischen Auffassungen belastet war. Allerdings kann man Lenin insgesamt kaum vorwerfen, buch- bzw. buchstabengläubig an die Schriften von Marx und Engels herangegangen zu sein; er hat sie vielmehr in einer Reihe von Punkten schöpferisch weiterentwickelt, insbesondere ihre Ideen für Rußland und andere unterentwickelt gehaltene Länder nutzbar gemacht.

So hatten Marx und Engels, vor allem um 1850, gemeint, die sozialistische Revolution werde zuerst in den entwickelten kapitalistischen Ländern wie England, Frankreich oder Deutschland ausbrechen. Dies hat Lenin später ausdrücklich als Fehleinschätzung von Marx und Engels kritisiert. Auch in Fragen des Parteiaufbaus und der Rolle der Partei im revolutionären Prozeß gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen Marx/Engels einerseits und Lenin andererseits (Man/frau vergleiche nur einmal das Kommunistische Manifest mit Lenins „Was tun?").

(Nebenbei bemerkt: Es zeigt sich an solchen Punkten, wie problematisch es ist, die unterschiedlichen, in verschiedenen Situationen entstandenen, einander z.T. direkt widersprechenden Analysen und Aussagen von Marx, Engels und Lenin als eine in sich geschlossene Lehre, als „Marxismus-Leninismus" zu präsentieren.)

Ausgerechnet mit der Stärke der sozialistischen Bewegung in Deutschland (1891) die Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung zu begründen, wie Engels (und sein posthumer Verteidiger Lenin) dies tat(en), ist kurios.

Wenn Sozialisten in einem Lande eine bedeutende Stärke erreicht haben, ist es doch gerade ihre Aufgabe und Pflicht, durch ihre Ablehnung der Vaterlandsverteidigung, durch ihre internationalistische Haltung, den werktätigen Massen in anderen Ländern ein Beispiel zu geben. Eine starke sozialistische Bewegung eines kapitalistischen Landes, die auf Vaterlandsverteidigung orientiert, schwächt durch ihr abschreckendes Beispiel die sozialistischen Bewegungen auch der anderen Länder und provoziert ihre eigene Isolation. Ein anschauliches und trauriges Beispiel dafür bietet heute die Linke in Frankreich.

Um auf Lenins Haltung zurückzukommen: Bei aller in diesem Artikel dargelegter Kritik muß zugleich festgestellt werden, daß Lenin in seiner politischen Praxis nie mit der Vaterlandsverteidigung kokettiert hat.

Lenins Haltung zum imperialistischen Krieg und sein Kampf gegen die Vaterlandsverteidiger in der Arbeiterbewegung sind auch und gerade heute für Sozialisten aktuell. (Auch wenn heute, da die Möglichkeit des „Umdrehens der Gewehre" gegen die Bourgeoisie in weite Ferne gerückt scheint, die Pazifisten längerfristige und sehr wichtige Bündnispartner der Kommunisten sein müssen, anders als im 1. Weltkrieg).

Der „Fall 1891" war allerdings nicht der einzige, in dem Lenin chauvinistische Ansichten von Marx und Engels verteidigte. 1848 hatten Marx und Engels einige osteuropäische Völker (u.a. die Tschechen, die Slowaken und die Serben) als „*ganze reaktionäre Völker*" bezeichnet und als „*russische Vorposten*" in Europa den „*revolutionären Völkern*" (Deutsche, Polen, Ungarn) gegenübergestellt (19). diese westeuropäisch-chauvinistische „Einschätzung" der beiden alten Herren des wissenschaftlichen Sozialismus bezeichnete Lenin 1916 als „*damals zweifellos richtig*" (19). Lenin war offensichtlich allzu sehr darauf erpicht, nicht als „Marx-Engels-Kritiker" in Verruf zu kommen und damit auf eine Stufe mit den Revisionisten/Reformisten gestellt zu werden. Auch wenn Lenin damit durchaus realistisch die Autoritätsgläubigkeit vieler Sozialisten/Kommunisten als Faktor in Rechnung stellte, hat diese Herangehensweise Lenins doch die „Buchgläubigkeit" (um ein Wort von Mao zu gebrauchen) innerhalb der sozialistischen Bewegung eher gestärkt.

SPD: Chauvinismus und Rassismus gegen die Kolonialvölker

Engels war nicht der einzige und beileibe nicht der schlimmste Vertreter chauvinistischer Auffassungen in der sozialistischen Bewegung im 19. Jahrhundert.

1899, lange bevor in der SPD oder auch nur deren Führung die Vaterlandsverteidigung und der Burgfrieden mit der imperialistischen Bourgeoisie durchgesetzt werden konnte, machten sich einige deutsche Sozialdemokraten Gedanken über „alternative" Kolonialpolitik. So forderte ein SPD-Funktionär namens Erich Rother 1899 in der Zeitschrift „Sozialistische Monatshefte" „*eine weise und vorausschauende Kolonialpolitik*", die er „*im Interesse der Arbeiterklasse für unumgänglich notwendig*" hielt (20).

Dabei grenzte er sich selbstverständlich von der Kolonialpolitik des Kaiserreichs ab. Allerdings meinte der SPD-Funktionär Rother, in den Händen einer sozialdemokratischen Regierung könne eine starke Kriegsflotte „*das wichtigste Machtmittel ... zur Begründung und Sicherung des zukünftigen sozialistischen Gemeinwesens werden*" (20).

Da schmunzeln Schmidt und Apel ...

Bei den europäischen Sozialisten, auch bei den deutschen Sozialdemokraten, war bereits vor dem 1. Weltkrieg eine „eurozentristische", im Kern chauvinistische Beschränkung des Internationalismus auf europäische Arbeiterklassen und Völker verbreitet.

Den Internationalismus auch auf die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu beziehen, kam damals kaum jemandem in den Sinn.

Die Redaktion des „Vorwärts", des Zentralorgans der SPD, schrieb im Januar 1898, die Besetzung der chinesischen Hafenstadt Kiautschou durch deutsche Truppen sei eine „*innere Angelegenheit*" der deutschen Regierung (21).

Wie weit Teile der sozialdemokratischen Führung damals bereits, zumindest ideologisch, in das imperialistische System integriert waren, zeigte ein Artikel im „Vorwärts" am 12. Dezember 1897 zur Besetzung Kiautschous: „... *die Chauvinisten fordern mehr als bloß Genugtuung* (Chinesische Aufständische hatten klerikale „Missionare" getötet — Anm. AK). *Sie wollen Landbesitz, Eisenbahnen und Handelsvorteile haben. Auch darüber ließe sich reden* (!!). *Aber um die Mittel dreht sich der Streit, mit denen man vorgeht ...*" (22).

Gegen die sozialchauvinistische Haltung der „Vorwärts"-Redaktion in dieser Frage gab es zwar Kritiken innerhalb der Partei, Konsequenzen hatte dies jedoch in der Praxis nicht. Die sozialchauvinistische Versumpfung insbesondere vieler SPD-Parlamentarier schritt weiter voran.

1904 forderte die deutsche Reichsregierung vom Reichstag (Parlament) zusätzliche Mittel zur Niederschlagung des Aufstandes der Hereros in Südwestafrika gegen die deutsche Kolonialmacht. Die SPD-Reichstagsfraktion stimmte nicht gegen die Regierungsvorlage, sondern enthielt sich der Stimme. Es ging ja „nur" gegen „Neger" und nicht gegen ein „Kulturvolk". (Der chauvinistische Begriff von den europäischen „Kulturvölkern" erfreute sich in der SPD vor 1914 bereits großer Beliebtheit).

Ein Jahr zuvor, auf dem Dresdner Parteitag der SPD im September 1903, hatten die Delegierten ihre Parlamentsfraktion noch aufgefordert, „*den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen*" (23).

Gleichzeitig duldete die SPD in ihrer Führung z.B. einen gewissen Eduard Bernstein, der die rassistische Ansicht vertrat, es könne „*nur ein begrenztes Recht der Wilden* (!) *auf den von ihnen besetzten Boden anerkannt*" werden (24).

Daß die Argumentation des „Vorwärts" 1897 nur noch einige Methoden, einzelne Erscheinungsformen der imperialistischen Politik zu verurteilen, keine völlige Außenseiterposition war, machte der SPD-Vorsitzende August Bebel in einem Antrag auf dem Jenaer Parteitag 1911 deutlich, in dem er forderte, daß „*selbstverständlich die handelspolitischen Interessen Deutschlands nach jeder Richtung* (!?) *hin sichergestellt werden*" sollten (25).

Als wenn die wirtschaftspolitischen Interessen eines kapitalexportierenden imperialistischen Staates von seinen militärischen Interessen getrennt betrachtet werden könnten!

Mit derartigen Bewußtseinsschranken und chauvinistischem Hochmut gegenüber anderen Völkern war Lenin nicht belastet. Schon früh erkannte er die Bedeutung des Aufschwunges der Kämpfe der Völker der (heute so genannten) „Dritten Welt" für den weltrevolutionären Prozeß. 1913 schrieb Lenin:

„Nicht Verzweiflung, sondern Zuversicht müssen wir aus der Tatsache schöpfen, daß Asien mit seinen 800 Millionen in den Kampf um die selben Ideale getreten ist, um die in Europa gekämpft wird" (26).

Auch hierin ist einer der Gründe für den Erfolg des Kampfes der Bolschewiki und den Sieg der Oktoberrevolution in Rußland zu suchen.

U., RGW-Kommission

Anmerkungen

1 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Peking 1975, S. 56
2 Engels an August Bebel, 13. Oktober 1891, in: Marx/Engels Werke (MEW), Band 38, Seite 176
3 Engels an Bebel, 29. September bis 1. Oktober 1891, MEW, Band 38, S. 161
4 Redaktion des „Renmin Ribao" („Volkszeitung") — Zentralorgan der KP Chinas: Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt ist ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus, Peking 1977
5 Karl Marx/Friedrich Engels, Studienausgabe, Band IV, Frankfurt a. Main 1977, S. 243
6 Dieter Fricke (Herausgeber): Dokumente zur deutschen Geschichte, 1905-1909, Frankfurt a. Main 1977, S. 73
7 Engels an Marx, 23. Mai 1851, MEW, Band 27, S. 266 ff
8 siehe 1, S. 76
9 siehe 5, S. 192 f
10 Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, (MEW), Band 21, S. 328
11 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, Peking 1971, S. 84
12 W.I. Lenin, Werke, Band 35, S. 228
13 gemeint ist Lenins Schrift: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke, Band 22, Seite 189-309
14 W.I. Lenin, Werke, Band 35, S. 242
15 W.I. Lenin, Werke, Band 35, S. 249
16 Marx/Engels, Werke (MEW), Band 21, Seite 350 f
17 W.I. Lenin, Werke, Band 22, Seite 273
18 W.I. Lenin, Werke, Band 22, Seite 264
19 zitiert in: Lenin, Werke, Band 22, Seite 347 f
20 Dieter Fricke (Herausgeber): Dokumente zur deutschen Geschichte 1897/98-1904, Berlin/DDR 1976, Seite 46 f
21 Horst Bartel u.a.: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung, Berlin/DDR 1970
22 zitiert in: Kurt Mandelbaum: Sozialdemokratie und Leninismus, Westberlin 1973, Seite 16
23 siehe 20, Fricke S. 99
24 zitiert in: Erika König: Vom Revisionismus zum „Demokratischen Sozialismus", Berlin/DDR 1973, Seite 87
25 siehe 22, Mandelbaum S. 31
26 W.I. Lenin: Werke, Band 18, Seite 579







Kontaktadressen

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
B. Möller
Postfach 103141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 071089 A
Postamt Leimen

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstr. 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46



Vom kleinen Unterschied zwischen dem "großen Krieg" und dem "alltäglichen Krieg"

Mit der immer deutlicher gewordenen Kriegsgefahr in den letzten Jahren ist auch das Engagement der Frauen in der Friedensbewegung gewachsen. Spätestens seit dem Februar '80, seit dem Friedensaufruf dänischer Frauen, der in der Bundesrepublik leicht verändert als „Anstiftung der Frauen zum Frieden" bekannt wurde und für den allein 100.000 Unterschriften gesammelt wurden, kann man/frau von einer Frauenfriedensbewegung sprechen.

Waren es 1979 vor allem organisierte und linke Frauen, die die Gründung der Initiativen „Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen nein!" vorangetrieben haben, so sind inzwischen unzählige Frauengruppen gegen die Militarisierung der Frauen ins Leben gerufen worden. Im Mittelpunkt der Diskussionen und Aktionen standen bisher die geplante Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr, die zivile Verplanung der Frauen für Kriegszwecke (Schwesternhelferinnen, Gesundheitssicherstellungsgesetz) und die Verweigerungsaktionen für jeglichen Kriegsdienst. Wenig oder kaum diskutiert wurden bislang die Einschätzungen und Widerstandsstrategien der autonomen Frauenbewegung. Thesen wie „Die Männer machen den Krieg" oder „Wir Frauen leben immer im Krieg" werden heute leichtfertig (auch im Sprachgebrauch) übernommen. Das zeigte auch der Saarbrückener Frauenkongreß „Frauen und Militarismus", und das findet vor allem seinen Niederschlag in Frauenzeitungen wie „EMMA" und „Courage". Mit der feministischen Friedenspolitik wollen wir uns in diesem Artikel auseinandersetzen und damit einen Anfang machen unsere bisherige Sprachlosigkeit gegenüber diesen Theorien — insbesondere auch auf dem Saarbrückener Frauenkongreß — zu überwinden.

Die Angst wird zur „Kopf"-losigkeit

Vor gut einem Jahr erschien der Westberliner Aufruf „Anstiftung der Frauen zum Frieden", der inzwischen von mehr als 100.000 Frauen unterschrieben wurde. In diesem Aufruf wurde der Versuch gemacht, die Frauen massenhaft anzusprechen für die Mitarbeit in der Friedensbewegung. Mit dem Satz: *„Wir sind verzweifelt! Mehr und mehr verstehen wir jetzt, daß Frauen in der ganzen Welt Angst haben und sich fragen: Haben wir und unsere Kinder noch eine Zukunft?"* wurde u.E. richtig an dem Bewußtsein der Frauen angeknüpft, um sie aufzurütteln. Die Angst der Frauen um den Mann und die Kinder ist sicher ein Leitmotiv für viele Frauen, sich in der (Frauen-)Friedensbewegung zu engagieren. Doch die Angst vor dem atomaren Inferno und die realistische Einschätzung, daß uns nicht mehr viel Zeit bleibt, einen Weltkrieg von unvorstellbarem Zerstörungsausmaß zu verhindern, wird von Teilen der Frauenbewegung nicht nur als Motor politischen Engagements genutzt. Mit der Angst der Frauen wird heute zum einen gegen eine wissenschaftliche Analyse der Kriegsursachen argumentiert, zum anderen feiert die Weiblichkeitsideologie — Frauen denken nicht, sondern Frauen fühlen — wenig fröhlichen Urstand.

So schreibt eine Frau aus der Gruppe „Frauen und Mütter gegen Atom und für den Frieden" aus Speyer: *„Ich kann an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt nicht mehr mit Zahlen argumentieren, sondern ich muß mit meinem ganzen Denken und Fühlen meine Angst vor diesem militärischen Wahnsinn zum Ausdruck bringen"* (Seminarmappe zum Saarbrückener Frauenkongreß „Frauen und Militarismus"). Diese scheinbar unpolitische Argumentation beschwört nicht nur die Angst gegen den „bösen Russen" und den „bösen Amerikaner" auf ein und derselben Ebene herbei, sie wird spätestens dort politisch, wo gesagt wird: *„Ich habe Angst vor den tödlichen Waffen, gleichgültig in welcher Hand"*. Mit dieser Argumentation wird jeder Versuch, eine Analyse über die tatsächlichen Kriegstreiber zu leisten, mit Ängsten und Gefühlen verhindert. Eine andere Frau schreibt in ihrem Beitrag zum Saarbrückener Kongreß („Warum ich gegen die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen bin"): *„Nun könnten wir sagen, das ist mir egal, was die USA mit der Sowjetunion macht. Aber das Problem liegt hier so, daß Atomraketen ja in unser Land sollen, d.h. die USA schießen die Raketen von hier ab (nicht wir, sondern die USA drücken auf den Knopf) und eventuelle Gegenschläge würden sich dann gegen das Land richten, von welchem die Raketen abgeschossen sind"* (Seminarmappe). So endet dann dieser Beitrag auch nicht damit, hier und heute die Kriegstreiberei bzw. die Aufrüstung im eigenen Land zu bekämpfen, sondern es bleibt nur noch der Verhandlungstisch übrig.

„Frau und Natur"

In einem anderen Beitrag zum Saarbrückener Kongreß greifen Frauen die Thesen aus Susan Griffins biologistischer Abhandlung über „Frau und Natur" auf, um diese zu propagieren. Susan Griffin geht von der Grundthese aus: *„Offenbarungen kann nur der erleben, der verletzbar ist. Der gepanzerte Krieger kann nichts sehen"*. Der Mann unterdrücke von Natur aus, er sei geprägt von einer *„sadomasochistischen Basis"*, und die Frau sei durch ihren *„femininen Instinkt"* der Natur am nächsten. Ausgehend von diesen Thesen formulieren die Frauen in ihrem Beitrag: *„Wir müssen die Vorstellung bekämpfen, daß die wissenschaftliche Wahrheit allen anderen Wahrheiten überlegen ist. Ausschließlich ‚objektive' Sehweise heißt noch nicht, zur Wahrheit zu gelangen. Es gibt einen anderen Weg zum Wissen, die unmittelbare Offenbarung. Leben in einem intimen Verhältnis zur Natur"* (Seminarmappe).

Hier werden kurzerhand reale Ängste als unmittelbare ‚natürliche' Erkenntnisse verkauft, die eine rationale Auseinandersetzung mit den Ursachen der Kriegsgefahr und daraus folgend den Möglichkeiten der Verhinderung nicht nur überflüssig machen, sondern angesichts der existierenden riesigen Waffenpotentiale auch als sinnlos erscheinen lassen: *„Wir dürfen die Welt nicht nur rational betrachten, denn dann erscheint alles hoffnungslos"* (Seminarmappe).

Die Möglichkeiten, aus dieser rationalen Betrachtung z.B. die Erkenntnis zu ziehen, daß es immer noch bestimmte Menschengruppen sind, die ein Interesse an der Produktion und dem Einsatz von Waffen haben, ist außer Betracht. Stattdessen wird die Frau auf die uralte Weiblichkeitsideologie orientiert, indem an ihr *„sinnliches Fühlen und Denken"*, an ihr *„instinktives und persönliches"* Wesen appelliert wird. Rationalität und Wissenschaft stehen für Männlichkeit, die zum jetzigen Desaster, dessen Opfer die Frauen sind, geführt hat. Mit genialem Schwung wird diesem Männlichkeitswahn der Kampf angesagt: *„Eros statt Logos. Um diese Erkenntnisform durchzusetzen, muß die Definition der Männer gebrochen werden (...). Die männlichen Kategorien, die männlichen Schubladen der Welt sind nicht für die Erfahrungswelt der Frauen gemacht, Frauen müssen ihre eigenen Kategorien schaffen"* (Seminarmappe).

Alles in allem wird diese Theorie heute sicher nicht von vielen Frauen in der Frauenfriedensbewegung geteilt, dennoch bildet sie eine Grundlage für das Anknüpfen anderer Frauen an die sogenannte Friedfertigkeit der Frau.

Wie „friedfertig" darf frau sein?

Die „Friedfertigkeit" ist in der Frauenbewegung ein umstrittenes Thema und wird in unterschiedlicher Weise für politische Ziele benutzt. So hat z.B. Sibylle Plogstedt von der „Courage" in ihrem Artikel „Ist die Gewalt in der Frauenbewegung angekommen?" erstmalig mit der Gewalt „überhaupt" abgerechnet und an die Frauen appelliert: *„Je mehr Gewalt wir gegen andere ausgeübt haben, desto leichter sind wir bereit, Gewalt wieder auszuüben, als Frauen verrieten wir unsere anerzogene Friedfertigkeit"* („Courgae", Nr. 9/81).

Andererseits wurde noch im März dieses Jahres in der „Courage" ein Artikel von Dorothea Brockmann veröffentlicht, der sich gegen die „natürliche Friedfertigkeit der Frauen richtete. *„Es gibt in der Frauenbewegung — von den Parteifrauen bis zur Autonomen — ein bestgehütetes Tabu, und das ist der Umgang von Frauen mit Gewalt, mit Macht, mit Wut und Radikalität"* („Courage", Nr. 3/81). Diese Polemik ist inbesondere auf den Aufruf „Anstiftung der Frauen zum Frieden" bezogen: *„Wenn ich die verschiedenen Aufrufe lese, bleibe ich jedesmal ratlos zurück, vor der Kraftlosigkeit dieser Aufrufe, vor ihrer Halbherzigkeit, vor der Hilflosigkeit ihrer Forderungen und ihrem besinnlichen Pazifismus"*.

Dorothea Brockmann suggeriert mit ihrer Polemik gegen die „natürliche Friedfertigkeit" der Frauen keineswegs, daß Frauen in die Bundeswehr gehen sollten, im Gegenteil. Sie verwechselt aber Richtiges und Falsches, indem sie einerseits diejenigen Frauen sektiererisch mit „besinnlichem Pazifismus" belegt, die gegen Atom und Rüstung den Frieden fordern, was u.E. unbedingt zu unterstützen ist; andererseits geht es ihr darum, ihre eigene subjektive Sichtweise „Wir Frauen leben i m m e r im Krieg" als d a s Kriterium für *„Wut und Radikalität"* auszugeben. (Doch dazu später noch).

Zu einer ähnlichen Polemik kommt die „EMMA", die seit Beginn der Frauenfriedensbewegung mit ziemlich scharfen Kritiken auftritt. Die Frauenfriedensbewegung lebe von den Ängsten der Frauen und erhebe Kopf- und Theorielosigkeit zum Programm, und das würde die Frauen noch weiter in die Resignation treiben („EMMA", Nr. 1/81). Angeknüpft wird auch hier bei dem Aufruf „Anstiftung...". Dazu schreibt Ingrid Strobl: *„Ihr sprecht immer wieder von der Angst um eure Kinder, geriert euch als friedfertige — weil weibliche — Wesen (als hinge das ‚natürlich' zusammen!), tretet auf als Mütter, Großmütter, Freundinnen von Wehrdienstverweigerern. Ihr definiert euch wieder einmal über andere — über eure Kinder, Enkel, Männer. Warum? Können wir nicht auch als selbständige, kämpferische, frauenbewußte Frauen (auch ohne Mann, Kind, Enkel) für den Frieden sein?"* („EMMA", Nr. 8/81).

Doch auch den „EMMA"-Frauen geht es um den „Krieg gegen uns Frauen", und Betroffenheit wird wie folgt abgebügelt: *„Kein Wort von dem Krieg, der täglich gegen uns geführt wird..."*. *„Ihr desertiert aus dem Kampf unserer eigenen Unterdrückung, um zu einem allgemeinen Frieden aufzurufen — und seid dabei schon wieder die Opfer"* („EMMA", Nr. 8/81).

Die Polemik von Dorothea Brockmann („Courage") und Ingrid Strobl

Fortsetzung nächste Seite

(„EMMA“) gegen den Pazifismus der Frauenfriedensbewegung und die angebliche weibliche Friedfertigkeit in dieser Bewegung enthält implizit die Forderung, die Frauen sollen sich gefälligst um den „Alltagskrieg“ kümmern, gegen ihre Unterdrückung kämpfen und den Männern das Geschäft mit dem „großen“ Krieg überlassen.

Die Auseinandersetzung mit der anerzogenen Friedfertigkeit der Frauen wird in der „EMMA“ oder „Courage“ keineswegs mit denjenigen Frauen gesucht, die die absurden oder sogar faschistoiden Theorien zu „Frau und Natur“ verbreiten; vielmehr werden diejenigen Frauen angegriffen, die d a s zum Ausdruck bringen, was Tausende von Frauen denken und vielleicht noch nicht sagen. Die Angst der Frauen, ihre Kinder oder Männer zu verlieren im Falle eines neuen Weltkrieges, ist nur allzu berechtigt; dies hat nicht zuletzt der 2.Weltkrieg gezeigt, in dem sogar Kinder an die Front geschickt wurden. Dieser Wunsch nach Frieden muß von uns ernst genommen werden, ja wir sollten ihn sogar aufgreifen und ihn immer wieder in die Welt hinausschreien.

Der Kampf gegen die Kriegsgefahr muß nicht im Widerspruch zu unserem Kampf um Gleichberechtigung und Emanzipation stehen. Und der Kampf für den Weltfrieden ist nicht gleichzusetzen mit der anerzogenen Friedfertigkeit der Frauen. Es ist ein Unterschied, ob aus „Friedfertigkeit“ Kriege, Gewalt und Unterdrückung hingenommen werden, oder ob der Wunsch nach Frieden die Grundlage dafür ist, gegen Atom, Aufrüstung und Kriegstreiberei aufzustehen.

Leben wir Frauen heute im Krieg?

Einen etwas anders gelagerten zentralen Punkt feministischer Kriegsanalysen, der sich in so gut wie allen Stellungnahmen („EMMA“, „Courage“, Seminarmappe) wiederfindet, ist die These: **Frauen leben täglich im Krieg.**

In einem Aufsatz von Helke Sander „Über die Beziehungen zwischen Liebesverhältnissen und Mittelstreckenraketen“, publiziert in „Courage“, Nr. 4/80, wird dieser Gedanke explizit im Zusammenhang mit der Kriegsgefahr entwickelt. Helke Sander beschreibt zunächst sehr eindrucksvoll offene und subtile Gewaltverhältnisse in Beziehungen und die Schwierigkeiten, wirksame Änderungen zu erreichen. Im Krieg laufen ihres Erachtens auf einer anderen Ebene die gleichen Dinge wie in „Liebesverhältnissen“ ab. Kriege resultieren also aus der Unfähigkeit der Menschen, ihre persönlichen Beziehungen zu bewältigen; daraus wird auch der mangelnde Widerstand gegen die Kriegsgefahr erklärt: *„Frauen und Männer können so verschreckt vom täglichen emotionalen Overkill sein, daß ihnen der kommende politische Overkill schon egal ist“* („Courage“, Nr. 4/80).



Friedenspolitik muß dann konsequenterweise in den Beziehungen anfangen: *„Die Gemeinsamkeit in der Überlebensfrage kann aber für mich heute nur so aussehen, daß Männer einer feministischen Strategie folgen. Und die fängt damit an, sich als Vorbedingung und an Ort und Stelle, da, wo wirkliche Konflikte auftauchen, sich damit zu befassen (...). Die Hauptarbeit oder ihr schwierigster Teil scheint dabei einzeln in den Liebesverhältnissen gemacht zu werden und nicht in Organisationen“* (ebd.).

Damit fordert sie im Prinzip nichts anderes als das, was schon immer die Aufgabe der Frauen war: Für menschlichere Beziehungen verantwortlich zu sein. Auf die Kriegsgefahr bezogen bedeutet diese „Theorie“, nicht die wahren Verantwortlichen zu benennen, sondern die Gründe in uns selbst und unserer Unfähigkeit – insbesondere der Unfähigkeit der Männer –, Liebesverhältnisse zu meistern, zu suchen. *„Vielen geht es nicht darum, wie denn die Welt, in der wir so kurz vor dem sich andeutenden Ende erwacht sind, vielleicht noch uns zu Gefallen zu gestalten wäre, sondern lediglich darum, die Schuldigen zu benennen“* (ebd).

So ganz originär ist die feministische Theorie allerdings nicht. Erinnert sei nur an Rudolf Bahro, der sich *„gegen den Rat aller Aufklärung doch auf die Suche nach dem Bösen in uns selber“* gemacht hat („Befreiung“, Nr. 21/81).

Das Verhältnis zwischen Gewalt in Beziehungen und Krieg ist inzwischen von vielen Autorinnen aufgegriffen worden.

Am prägnantesten drückt es Dorothea Brockmann aus: *„Für uns herrscht doch heute kein Frieden – der Krieg gegen uns findet alltäglich statt“... „Solange wir Frauen uns nicht aufraffen können, im alltäglichen Krieg offensiv zu werden, für unseren Frieden, für unsere Kraft, unsere Fähigkeiten (...) radikal in unseren täglichen Handlungen, mit vollem Herzen Widerstand leisten gegen den Alltagskrieg – solange, Frauen, traue ich diesen ganzen Aufrufen gegen den Krieg und für den Frieden nicht“* („Courage“, Nr. 3/81). Und an anderer Stelle: *„Wenn wir die uns gesteckten Grenzen nicht überschreiten, die Grenzen patriarchaler lebensfeindlicher Rationalität in unserem Alltag, und wir unsere friedfertige Verfügbarkeit nicht aufkündigen, praktisch und jederzeit, woher wollen wir dann die Kraft nehmen und die Wünsche, den Krieg der Männer und ihrer Verbündeten aufzuhalten, der nur die Spitze des Eisberges ist, des weltweiten und täglichen Krieges gegen uns Frauen und unsere Kinder“* (ebd.).

Nicht viel anders argumentiert Ingrid Strobl in der „EMMA“: *„Wir haben immer noch in erster Linie an uns selbst zu denken, unseren Kampf zu führen, den Frauenkampf“... „Wenn wir müde von der Friedensaktion nach Hause kommen, geht es erst richtig los. Denn, vergeßt nicht, Schwestern: Wir sind das Geschlecht, gegen das alltäglich Krieg geführt wird“* („EMMA“, Nr. 8/81). Die darin liegende Verharmlosung eines drohenden Weltkrieges bzw. der inflationäre Gebrauch des Wortes „Krieg“ scheint uns absolut unangebracht. Es ist wohl kaum von der Hand zu weisen, daß es einen qualitativen Unterschied zwischen existierender Frauenunterdrückung und einem Atomkrieg gibt, und daß das Gerede „Wir Frauen leben heute im Krieg“ nur dazu angetan sein kann, die Frauen zu desorientieren, sie fehlzuleiten in einen bloßen „Beziehungskrieg“.

Zweifellos ist die heutige Zeit wieder davon geprägt, die Frauenunterdrückung bzw. die Emanzipationsbestrebungen der Frauen zurückzudrängen oder sie sogar als unwichtig abzustempeln. Doch dies rechtfertigt u.E. keine Theorie, die nicht mehr unterscheidet zwischen Kriegstreibern und Männern allgemein, oder die die *„patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen“* als die Grundlage darstellt, auf der *„die Gewalt des großen Krieges aufbaut“* (Seminarmappe).

Zweifellos sind es die Frauen, die heute durch Diskriminierung und Unterdrückung männliche Gewalt am deutlichsten zu spüren bekommen. Sei es durch die Herrschenden, die die Frauen brutal ausbeuten oder sie an „Heim und Herd“ zurückbringen; oder durch die Tausende von Vergewaltigungen, die Frauen zerbrochen haben. Daß die Unterdrückung und Vernichtung der Frauen durch einen Krieg mit Waffen ein viel größeres Ausmaß annehmen wird, wird leider nur am Rande in den Artikeln in „EMMA“ und „Courage“ dargestellt, wenn überhaupt. Daß die Herrschenden heute die Frauen als „Reservearmee“ für Rüstungsindustrie und Kriegsdienst bereits eingeplant haben, daß es die Frauen sind, die heute von den Herrschenden mit der Ideologie der Gleichberechtigung auch in die Bundeswehr geschickt werden sollen, ist zwar von den Frauenzeitungen in unterschiedlicher Weise aufgegriffen worden, aber nicht mit einer massenwirksamen Gegenpropaganda beantwortet worden.

Sind die Männer schuld an einem bevorstehenden Weltkrieg?

Eine weitverbreitete feministische Kriegsanalyse ist heute in der Frauenbewegung das Erklärungsmodell: „Männer machen Kriege“. Helen Caldicott, australische Ärztin, drückte es auf dem Anti-Atom-Kongreß der „Courage“ im September 1979 folgendermaßen aus: *„Männer sind so brilliant, daß sie es geschafft haben, die Menschheitsentwicklung mit einem einzigen Knopfdruck zerstören zu können“* („Courage“, Nr. 11/79).

Diese Theorien haben inzwischen reichlich Blüten geschlagen. So schreibt die „Courage“: *„Jahrtausende haben Frauen die Erde verwaltet und sie zum Besten der Menschheit bestellt. Doch der Mann hat es fertig gebracht, in 2000jähriger Herrschaft die Welt an den Abgrund zu treiben“* („Courage“, Nr. 4/81).



Und die „EMMA“ packt diesmal das Problem bei den Frauen selber an: *„Und das liegt nicht nur an den Mechanismen der Männermedien. Das liegt auch ein bißchen an euch. Ihr, die ‚Friedensfrauen‘, ihr habt geglaubt, ihr könntet die ‚Frauenfrage‘ hintanstellen, hinter ein ‚großes‘ weltbewegendes Problem. (Unsere Probleme als Frauen sind nie weltbewegend, wir müssen schon selber die Welt bewegen). Ihr habt unsere, eure eigene Sache zur Nebensache erklärt. So wie es Männer, linke wie rechte, stets getan haben“* („EMMA“, Nr. 8/81). Nun wäre es zweifellos schwierig, das Gegenteil zu beweisen, daß Männer keine Kriege machen; darum geht es auch nicht, denn tatsächlich sind es Männer, die Kriege gemacht haben, während Frauen in Führungspositionen immer mehr eine Rolle am Rande gespielt haben. Das liegt aber an den gesellschaftlichen Strukturen bzw. daran, daß die Herrschenden zum größten Teil aus Männern bestehen. Das kann selbstverständlich nicht bedeuten, daß Frauen an der Macht in einem imperialistischen Land eine andere Politik verfolgen würden – das Beispiel von Frau Thatcher soll hier genügen.

Offenbar geht es den Autorinnen der zitierten Artikel auch mehr darum, die Frauen vom sogenannten ‚gemischten Widerstand‘ zum autonomen zurückzugewinnen. So schreibt Sibylle Plogstedt in der „Courage“ richtig: *„Seit sich die Frauenbewegung aktiv in die Friedensbewegung einmischt und ihre eigene Frauenfriedensbewegung aufgebaut hat, seit also das Ziel, gegen das wir kämpfen (AKW's und Atombomben), schwerer zu erreichen ist, lähmt uns die Angst vor einem möglichen Krieg. Nur wenige von uns, die Angst haben, tun wirklich etwas“* („Courage“, Nr. 9/81). Sie nennt noch die Aktionen nach dem Anti-Atom-Kongreß und die Gorleben-Aktion der Frauen; danach seien kaum Frauen aus der autonomen Frauenbewegung an der Aktion Ramstein, Hardthöhe und der Gegenwind-Aktion beteiligt gewesen, was ebenfalls stimmt. Schräge wird allerdings ihre Schlußfolgerung, indem sie den „gemischten Massen-Widerstand“ als uneffektiv bezeichnet und an die Frauen appelliert, sich auf ihre Autonomie zu besinnen.

Auch wir sehen ein Problem darin, daß Frauen aus der Frauenbewegung keine Frauenpolitik mehr machen wollen und stattdessen sich in erfolgversprechenderen Bewegungen engagieren; dies hängt aber zum einen mit der kaum noch existierenden autonomen Frauenbewegung zusammen und zum anderen mit der wenig erfolgversprechenden Politik, die von den Resten der autonomen Frauenbewegung propagiert wird.

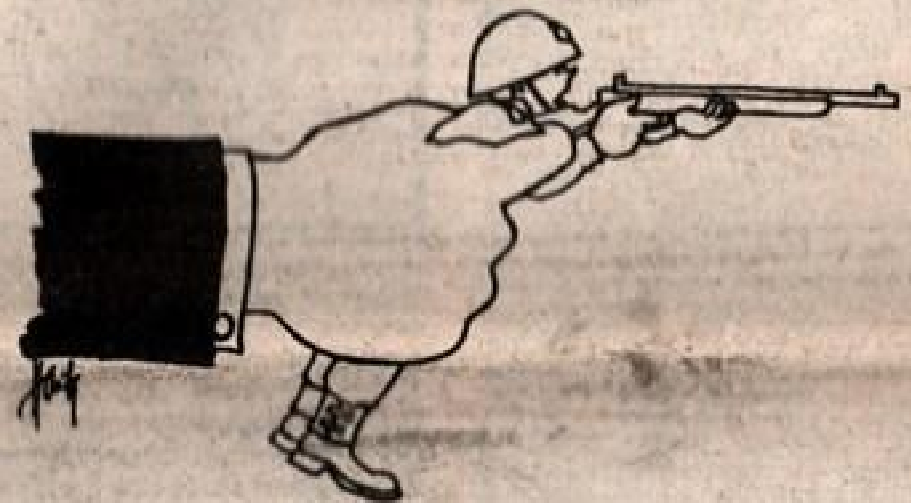
Ebenso ist nicht zu übersehen, daß die Frauenbewegung sich mehr und mehr von der Linken wegbewegt, wie folgende Aussagen aus taz-Leserinnenbriefen von autonomen Schreiberinnen zeigen: *„Wenn wir bedenken, welche gefühlsunfähigen Hampelmänner die Kriegspolitik betreiben, stelle ich immer mehr die Analysen auch der linken Männer, die auf einem ähnlichen Hintergrund geschehen, infrage“* („TAZ“, 27.2.80), oder: *„Es gab schon viele Friedensbewegungen von beiden Geschlechtern. Aber immer wurden sie in die herrschende Männerpolitik integriert, funktionalisiert für die eine oder andere Seite, gerade durch die Linken“* („TAZ“, 3.3.80). Diese Ebene der Auseinandersetzung scheint uns ungeeignet, die notwendige Auseinandersetzung mit den Männern in der Linken oder der Friedensbewegung zu führen. Diese Ebene zeigt vielmehr, daß die radikale Ablehnung der „Männergesellschaft“ verbunden wird mit der resignativen Einschätzung, für die Frauen sei in dieser Gesellschaft nichts mehr zu verteidigen.

Die Weltfrauenkonferenz in Prag und ein gescheiterter Versuch, sie zu feminisieren

Auf seiner Jahresplenartagung im März 1981 hatte das ‚Komitee der Sowjetfrauen‘ einen Appell an die Frauen der Welt verabschiedet, sich gegen Wettrüsten und Konfrontation und für Entspannung und Abrüstung einzusetzen. Der Appell geht in seinen Inhalten und Zielrichtungen sicherlich kaum über offizielle Verlautbarungen der Sowjetunion hinaus.

In einem als Offener Brief verfassten Antwortschreiben der „Courage“-Frauen („Wir Frauen aus der autonomen und feministischen Frauenbewegung“) wird kritisiert: *„Wir denken, daß es keinen Sinn hat, an diejenigen zu appellieren, die dieses Zerstörungspotential aufgebaut haben“* („Courage“, Nr. 6/81). Dem wird die geballte (noch zu erkämpfende) Macht der Frauen gegenübergestellt: *„Wir müssen deshalb in allen Ländern dafür kämpfen, daß Frauen allein die Entscheidung über Krieg und Frieden zusteht“* (ebd.).

Weil die Männer *„das aggressive Potential unserer Gesellschaft verkörpern“*, sind sie natürlich ausgeschlossen. Über die Praktikabilität und Durchsetzbarkeit dieses Vorschlags schweigt sich die „Courage“ vorsichtshalber aus. Ebenfalls ignoriert wird die Frage, was Frauen nun so befähigt, besser als Männer *„über Krieg und Frieden zu entscheiden“*.



Abgesehen von diesen eher naiv anmutenden Vorschlägen treibt die Patriarchatsanalyse eigenwillige Blüten: So wird festgestellt, daß unter den Zerstörungen des letzten Weltkrieges *„Frauen am meisten gelitten haben“*. Selbst wenn dies richtig ist, ist es zumindest in einem belehrenden Brief von Frauen der Bundesrepublik an sowjetische Frauen ausgesprochen arrogant. Immerhin hatte das sowjetische Volk am meisten unter dem vom faschistischen Deutschland angezettelten 2.Weltkrieg zu leiden! Ebenso belehrend und arrogant muß auf die Sowjet-Frauen die Feststellung wirken: *„Einen Krieg können wir nur dann verhindern, wenn wir uns Reglementierungen durch Männer nicht länger gefallen lassen.“* An die Adresse deutscher Frauen gerichtet, mag dies vielleicht angebracht sein; auf die Sowjetfrauen bezogen, deren Land immerhin maßgeblich an der Befreiung Deutschlands vom Faschismus beteiligt war, und sich durch die geplante Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles auf bundesdeutschem Boden erneut einer übermächtigen Vernichtungsgefahr ausgesetzt sieht, ist dies im besten Falle geschmacklos, im schlimmsten Falle dazu angetan, mit der Parole „Männer machen Kriege“ den aggressiven Charakter der NATO-„Nach“-rüstung und die Kriegspläne der NATO-Militärs gegen die Sowjetunion zu verharmlosen.

Desweiteren fordern die „Courage“-Frauen in ihrem Brief an die sowjetischen Frauen, internationale Frauenfriedensräte zu gründen, unter Ausschluß der Männer, versteht sich, denn: *„Unsere Macht ist keine militärische. Auf die politischen Gremien unserer Länder haben wir Frauen keinen Einfluß. Ausgeschlossen aus der Männerordnung besteht unsere Macht bislang allein darin, ihre Ordnung in Unordnung zu bringen“*.

Was immer dies genau heißen mag, läßt sich nur erahnen. So wird im folgenden gefordert, die autonomen und feministischen Widerstandsformen wie Gebärstreik, Verweigerung in jeder Form, d.h. vor allem auch die Verweigerung *„jeder emotionalen Unterstützungsarbeit an Männern“*, auf der Prager Frauenkonferenz zu diskutieren. Und zu guter Letzt fordern die „Courage“-Frauen, daß ihre Schwestern vom „Almanach“ (antikommunistische, stramm reaktionäre „Dissidentinnen“) eingeladen werden.

Die Antwort der Sowjetfrauen ist ausgesprochen freundlich: *„Es fällt uns aber schwer, uns mit Ihnen in Ihrer Meinung über die Ursachen der internationalen Spannung einverstanden zu erklären. Nicht nur die Erfahrungen aus der Geschichte, sondern auch die heutigen Beispiele zeigen uns, daß die regierenden Frauen genauso wie Männer kriegslustig und reaktionär sein können“* („Courage“, Nr. 6/81). Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

Inzwischen hat die Weltfrauenkonferenz in Prag im Oktober dieses Jahres stattgefunden. Die Berichterstattung der „Courage“ wurde mit der gleichen Arroganz fortgeführt, wie sie bereits in dem Offenen Brief angelegt ist: *„Wir, das ist der feministische Teil der deutschen Delegation und ihre U-Bootinnen, hatten ähnliche Vorstellungen und arbeiteten vom ersten Tag an daraufzu, uns Raum für eine breite und blocküber-greifende Diskussions- und Aktionsebene zu schaffen, eine kleine alternative Konferenz mit Frauen aus ‚Ost und West‘ aufzubauen“* („Courage“, Nr. 12/81).

Die feministische Delegation bedauerte, daß die Reden der Frauen nicht über die *„blockgebundenen Imperialismus-Anschuldigungen“* hinausgingen. *„Die Frauen tauchen in ihren Reden nur auf als Mütter, Opfer oder revolutionäre Kämpferinnen in der Befreiungsfront. Was sie persönlich als Frauen in ihrem Alltag im Krieg erleben, was Frieden eigentlich für Frauen bedeutet – der nicht mehr sein kann als ein Waffenstillstand –, was sie gegen Krieg tagtäglich unternehmen, das wird ausgespart“*.

Die Forderungen der Delegiertinnen blieben den „Courage“-Frauen zu sehr auf der parlamentarischen und politischen Ebene und seien über *„bekannte Friedens- und Abrüstungsforderungen nicht hinausgegangen“*. Darüber ließe sich sicher diskutieren, doch auf dem Hintergrund, daß „unsere“ feministische Delegation im Friedenskampf einzig und allein den Geschlechterkampf führen will, scheint uns dies allzu paradox. Ja, sie weigern sich schlichtweg, eine politische Einschätzung der Weltlage auch nur zu diskutieren; der Hauptfeind sei der Mann, und zwar international gesehen, denn wie „unsere“ Delegation selbst feststellt: *„Komisch,*

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

wir vermieden immer die Bezeichnung kapitalistische und sozialistische Länder". Komisch können wir eigentlich nur finden, daß westdeutsche Frauen sich anmaßen, ihre recht umstrittenen feministischen Aktionsformen international an die Frau zu bringen, wie z.B. „*Umzingelung und Einwebung der eigenen Verteidigungsminister*", die sie in ihrem eigenen Land noch kein einziges Mal praktiziert haben, geschweige denn, daß sie sonst wirkungsvolle Aktionen (mit Ausnahme der Verweigerungsaktion) zustande gebracht haben.

Ebenso ist der Vorschlag von Eva-Maria Bannach-Epple, „Ost und West-Frauenarbeitsgruppen" einzurichten, eher als ein Versuch zu werten, die tatsächlichen Widersprüche zwischen Ost und West mit dem Mantel des Geschlechterkampfes zu verhüllen, zu verniedlichen; und nicht zuletzt läuft eine derartige Politik darauf hinaus, die wahren Kriegstreiber zu verschonen.

Doch noch einmal zur Konferenz. Während „unsere" feministische Delegation (von anderen erfährt frau leider nichts) die Macht der Frauen durch den tagtäglichen Alltagskrieg, Geburtenstreik, Steuerboykott und Kaufstreik beschwor, forderten die Frauen der Ostblockländer, den 8.März international zum Frauenfriedenstag zu erklären, was die „Courage" wie folgt kommentiert: „*Aktionen dagegen, wie das Verteidigungsministerium zu umzingeln, könne frau in den sozialistischen Ländern ‚nicht machen'. Deshalb solle jedes Land – entsprechend seinem sozialen System und seinen Problemen – die dort angemessenen Aktionsformen durchführen*"... „*Um es nicht zu einer nicht wiedergutzumachenden Spaltung kommen zu lassen, haben wir es vermieden, in die Patriarchatsdiskussion einzusteigen, und haben uns auf einen Minimalkonsens eingelassen, nämlich den 8. März zu einem Tag von Frauenaktionen für Frieden und Abrüstung zu empfehlen und eine Petition an die SSD II und die UNO zu senden*" („Courage, Nr. 12/81).

Für die feministische Delegation, das ist nicht zu übersehen, ist die Weltfrauenkonferenz mit einem nicht akzeptablen „Konsens" ausgegangen. Großzügig wird betont, daß frau einer
„nicht wiedergutzumachenden Spal-
Großzügig wird betont, daß frau einer „nicht wiedergutzumachenden Spaltung" aus dem Weg gehen wollte. Faktisch besteht diese Spaltung schon, denn die bestehenden Widersprüche scheinen uns unüberwindbar zu sein.

Wen immer auch „unsere feministische Delegation" vertreten haben mag, sicher ist, daß diese Positionen in der bundesrepublikanischen Frauenfriedensbewegung bislang kaum kontrovers diskutiert wurden, wie auch der Saarbrückener Frauenkongreß gezeigt hat. Eine Spaltung wird auch hierzulande unvermeidbar sein, wenn feministische Frauen versuchen, andere Frauen davon abzuhalten, die wahren herrschenden Kriegstreiber und den Hauptfeind der Menschheit, den US-Imperialismus, zu bekämpfen!

Feministische Widerstandsstrategien...

Wie wir oben bereits ausgeführt haben, sind Friedensaufrufe wie die „Anstiftung der Frauen zum Frieden" insbesondere von der „EMMA" und „Courage" einer scharfen Kritik ausgesetzt gewesen. Wenngleich auch uns einige Formulierungen an diesem Aufruf nicht gefallen haben, sind wir doch der Meinung, daß mit diesem Aufruf viele Frauen angesprochen wurden und daß er sicher auch bei der einen oder anderen Frau dazu geführt hat, sich in der Friedensbewegung zu engagieren. Ingrid Strobl hat zwar recht, wenn sie in der „EMMA" an der Wirksamkeit von Initiativen, die auf dieser Ebene bleiben, zweifelt: „*Aber solltet ihr die atomare Katastrophe wirklich mit verhindern können (und dazu müßt ihr euch mehr einfallen lassen als Unterschriftenlisten und die Bekundungen eurer Angst)*".

Doch was hat die „EMMA" bislang für den Friedenskampf empfohlen? „*Wir haben immer noch in erster Linie an uns selbst zu denken, unseren Kampf zu führen, den Frauenkampf: um unsere Rechte, Menschenwürde, unsere Arbeitsplätze, unsere Sexualität. Dazu gehört auch der Kampf um Frieden*" („EMMA", 8/81). Diese Argumentation können wir so nicht teilen. Zum einen wird immer wieder versucht, die Friedensfrauen zu beschuldigen, sie würden nicht mehr den Kampf für ihre Emanzipation führen. Zum anderen zeigt dieses Zitat, daß die Kriegsgefahr eindeutig unterschätzt wird. Darüberhinaus ist doch nicht zu leugnen, daß die Frauen in Zeiten des Friedens wesentlich bessere Voraussetzungen für ihren Emanzipationskampf haben, als unter den brutalen Bedingungen des Krieges; schon deshalb muß unser Schwerpunkt heute gegen den drohenden Krieg gerichtet sein. Das heißt nicht, daß wir heute den Emanzipationskampf durch den Friedenskampf ersetzen wollen. Nicht sehr viel weiter gehend, aber doch konkreter sind die Widerstandsstrategien der „Courage"-Frauen, die sich insbesondere in den letzten Nummern der „Courage" finden lassen. Unterstützung finden die Verweigerungsaktionen, bei denen Frauen heute schon ankündigen, daß sie im Falle eines Krieges keine Verwundeten zusammenflicken oder für sonstige Kriegsdienstleistungen zur Verfügung stehen werden. Darüber hinaus fordert die „Courage" die „Totale Verweigerung", d.h.: „*In unserem Widerstand brauchen wir jede Form der Verweigerung. Die Aktionen und Streiks gegen die Abtreibungsgesetze gehören ebenso dazu wie die Verweigerung von Hausarbeit, wie die Verweigerung jeder emotionalen Unterstützungsarbeit an Männern überhaupt. Denn solange Frauen den Männern die Sorge für das menschliche Wohlergehen abnehmen, können Männer sich ungehindert weiter der Zerstörung widmen. Ein Frieden für Frauen, ein matriarchaler Frieden, für den wir kämpfen, bedeutet, daß dieser Frieden in seinem Alltag Gewalt gegen Frauen, jede Gewalt gegen andere, nicht mehr zuläßt*" („Courage", 6/81). Darüber



hinaus sollen die Frauen dem Staat Kinder verweigern. Vorgeschlagen werden auch: Kaufstreik, die Mehrwertssteuer beim Supermarkt an der
werden auch: Kaufstreik, die Mehrwertssteuer beim Supermarkt an der
Kasse einbehalten, Sommercamps und Fahrradrallye. Der Steuerboykott hat den „Courage"-Frauen inzwischen einen Brief mit Strafandrohung (wegen Steuerhinterziehung) eingebracht. Zu dem „Umzingeln und Einkreisen" der Politiker haben wir schon im AK 211 „Frauen-Gewalt? Drum bleibe im Lande und wehre Dich redlich" Stellung genommen. Eine weitere Form des Widerstands will die „Courage" jetzt von Straßburger Frauen übernehmen, die begonnen haben, „*sich Freitagabend zwischen sechs und sieben auf einem öffentlichen Platz zu versammeln und dort schweigen, eine Idee, die schon von Frauen in Freiburg, Köln, Mainz, Göttingen und Berlin fortgeführt wird*" („Courage", 12/81). Die hier propagierten Widerstandsstrategien feministischer Frauen sind bestenfalls für eine Insidergroup der autonomen Frauenbewegung geeignet, schlimmstenfalls führen sie zur weiteren Resignation und Schwächung der autonomenen Frauenbewegung.

Diese Aktionsformen sind weit entfernt von einem Frauen-Massenwiderstand, und zwar nicht nur auf die Kriegsgefahr bezogen, sondern auch für den täglichen Kampf um die Frauenemanzipation. Steuerboykott oder Gebärstreik, wenn sie schon als sinnvoll angesehen werden, können im höchsten Falle individuell durchgeführt werden. Aber ist es nicht eine totale Verarschung von den „Courage"-Frauen, die Frauen zum Steuerboykott aufzurufen, wo Tausende von arbeitenden Frauen ihre Steuern niemals bar auf die Hand bekommen werden? Und sollte es tatsächlich eine Kampfperspektive sein, daß Frauen nach 8 Stunden Arbeit sich mit der Kassiererin im Supermarkt darum streiten, ob sie die Mehrwertsteuer bezahlen oder nicht? Und ist es nicht typisch weiblich, daß Frauen durch Schweigen protestieren sollen? Das eine wie das andere ist wenig geeignet, die Frauen gegen einen 3. Weltkrieg zu mobilisieren. Wenn dieser Krieg verhindert werden soll, dann brauchen wir alle Frauen und müssen Widerstandsformen entwikkeln, die massenwirksam sind und die nicht voraussetzen, daß eine Frau dem Gebärstreik zustimmt oder die Beziehung mit einem Mann verweigert. Wie immer Frauen dies individuell handhaben, ist ihre Sache, aber als Massenparolen schrecken diese ab, einen gemeinsamen Weg gegen die Kriegsgefahr und für den Friedenskampf zu finden.

Ul. (Hamburg) und Pa. (Göttingen)



WOW!!! Die DKP kommt mit Frauenpower!



Streng in Prinzipien-Fragen (Sowjetunion! Polen! ...), aber locker und verwandlungsfähig in der äußeren Form – so präsentiert sich jederzeit die DKP. Die Vorhut der Arbeiterklasse braucht zwar immer etwas Zeit, bis sie voll auf dem aktuellen Trend ist, aber dann – WOW! – läßt sie sich von niemand mehr überbieten. Zwar gibt's im Parteipräsidium, dem höchsten Gremium der DKP, bloß zwei Frauen (von insgesamt 16 Mitgliedern – bis zum letzten Parteitag im Mai war es bloß e i n e Frau), aber ansonsten herrscht in der DKP „*Frauenpower*". Eine junge Frau mit punkig-kurzem Strubbelhaar, wie eine Hexe auf dem Besen reitend, dabei fröhlich die Faust geballt, repräsentiert die fast schon feministische neue Selbstdarstellung der DKP.

Dem neuen Image entsprechend hat sich auch die DKP-kontrollierte DFI („Demokratische Fraueninitiative"), die jahrelang betulich und muttchenhaft vor sich hin dämmerte, ganz plötzlich in einen spritzigen, jugendlich-dynamischen und Frauenpower versprühenden Haufen verwandelt. In Hamburg, wo die DFI noch bis vor wenigen Monaten jeder Zusammenarbeit mit autonomen Frauengruppen sorgfältig aus dem Weg ging, beklagt sie jetzt das „Platzen" der „*Hamburger Hoffnung*". Gemeint ist die Hoffnung, die DKP in einem grün-alternativen Wahlbündnis zu den Bürgerschaftswahlen 1982 unterbringen zu können.

In einem „Weibsbilder" betitelten Doppelblatt („Zeitung der DFI", Nov./Dez. 81) klagen die DFI-Frauen ihr Leid. Berichtet wird vom ‚Kommunalpolitischen Kongreß', der Mitte Oktober stattfand und an dem sich, neben vielen anderen Organisationen und Gruppen, auch die DKP plus Filialen beteiligte. Mitleid heischend berichtet darüber die DFI: „*Es ging nicht um Inhalte, um eine politische Alternative für Hamburg, sondern um die DKP. Sie sollte hinausgedrängt werden. Wie dies geschah – kein Argument zählte, es wurde nicht einmal zugehört – hat uns sehr erschüttert. Der von den ‚Grünen' Männern praktizierte Diskussionsstil (von den ‚Grünen' Frauen diskutierte keine einzige!) war derart aggressiv und diffamierend – so etwas hatten wir noch nicht erlebt – daß es uns als Frauen schon gleich sehr viel schwerer fiel, überhaupt noch mitzudiskutieren*". Ja, da muß frau doch einfach mitfühlen! Und ganz besonders schockierend muß dieses Erlebnis gerade für die DFI-Frauen gewesen sein, die ja aus



So verwöhnen die DKP-Männer ihre Frauen: Hier demonstriert DKP-Funktionär Pundsack auf einer „Frauen"-Demo zum 8. März für Gleichberechtigung.

einer Partei kommen, die für ihre solidarischen, sachlichen, herzlichen und frauenfreundlichen Umgangsformen weithin berühmt ist. (Es ist übrigens noch gar nicht so lange her, daß bullige DKP-Funktionäre Frauen die Faust ins Gesicht schlugen, weil die Frauen linke Zeitungen am Rand von DKP-Veranstaltungen verkaufen wollten. Alles vergessen und vergeben? Aber denkste!).

„*Sehr betroffen*" waren sie auch, schreiben die DFI-Frauen, „*wie dort* (auf dem Komm.pol. Kongreß – Anm. AK) *die Frauenprobleme abgehandelt und mit den Frauen selbst umgegangen wurde*". Zu frauenspezifischen Fragen haben selbstverständlich „*nur DFI- oder DKP-Frauen*" überhaupt mitdiskutiert. Und dann wurde den armen DFI-Frauen anschließend auch noch von grünen und alternativen Frauen vorgeworfen, „zuviel ‚Frauenpower' gemacht zu haben" !!„Wir wurden kritisiert, weil wir versucht hatten, die Frauenprobleme darzustellen und um ihre gleichberechtigte Berücksichtigung bei kommunalpolitischen Forderungen zu kämpfen . *Offensichtlich spielten auch für die anderen Frauen inhaltliche Fragen keine Rolle mehr. Sie ließen sich trotz großer Übereinstimmung in der Frauenproblematik vor den Karren parteiegoistischer (Männer-?) Strategien spannen. Die Grünen und AL-Frauen waren gegen die DFI-Frauen, weil wir die DKP-Frauen nicht ausgrenzten*". Diese Schilderung ist zwar etwas verwirrend, aber trotzdem oder vielleicht gerade deswegen irrsinnig überzeugend und mitreißend. Offenbar sind die linken Frauen außerhalb von DFI/DKP noch in einem halbidiotischen, gänzlich unemanzipierten Zustand.

Angefügt ist der Stellungnahme der DFI eine Erklärung „Frauen für eine gemeinsame Wahlalternative", in der es heißt: „*Wir verstehen nicht, daß wegen unterschiedlicher Auffassungen zu internationalen Fragen die DKP aus diesem Bündnis von den Grünen und der AL ausgegrenzt werden soll*". Auf einen Extra-Abschnitt darf frau ihre Unterschrift malen und an die DFI einschicken. Wenn frau das tut, hat sie in ein paar Wochen vielleicht das Glück, als „und andere Teile der außerparlamentarischen Bewegung" dabei zu sein, wenn DFI, DFU, DKP, SDAJ und MSB zur Bürgerschaftswahl ein beispiellos breites Bündnis bilden.

Bündnis bilden.

Eine neue Frauenzeitung in Hamburg

Nach längerer Pause gibt es seit November wieder eine Frauenzeitung in Hamburg, die von 12 Frauen aus der Frauenbewegung gemacht wird.

Haupttriebfeder für die Herausgabe der Zeitung war ein latenter Informationsmangel für die Hamburger Frauen (es gibt über 50 Frauengruppen aller Art!) sowie das Fehlen eines Diskussionsforums, wo Differenzen, umstrittene Themen und alles, was die Frauen halt so bewegt, ausgetragen werden können. In der Nullnummer ihrer Zeitung schreiben die Zeitungsfrauen („Wir wollen, daß Frauen zu Wort kommen"): „*Wie sieht unsere feministische Politik aus? Wie ist unser Verhältnis zu diesem Staat? Wie entwickeln wir feministische Standpunkte zum und gegen Kapitalismus und Imperialismus? Um diesen und anderen Fragen näherzukommen und sie zu beantworten, soll die Zeitung ein Diskussionsforum sein für Frauen und Frauengruppen, die sonst keine oder kaum eine Öffentlichkeit haben. Wir wollen nicht abdrucken, was sowieso schon in zigtausendfacher Auflage auf Hochglanzpapier verbreitet wird [z.B. Parteiprogramme], und auch nicht jene rückläufigen Tendenzen innerhalb der autonomen Frauenbewegung unterstützen, die sich auf die Betrachtung des eigenen Bauchnabels konzentrieren, oder sogar weitergehend ein ‚zurück zur Gebärmutter' vor Augen haben. ... Wichtig für uns ist, nicht bei den üblichen sogenannten ‚Frauenthemen' [wie z.B. 218, Empfängnisverhütung] stehenzubleiben und sich im Kreis zu drehen. Berichten wollen wir über unseren täglichen, organisierten und ständigen Frauenkampf gegen die sich immer mehr verschärfenden Repressionen und die Unterdrückung. ... Lesben sollen keine Lesben-Seite als ‚Insel' erhalten, sondern in allen Bereichen [Politik, Kultur, Arbeit usw.] als Lesben zu Wort kommen*".

In der Nullnummer ist ansatzweise schon einiges von diesen Ansprüchen in Artikeln verwirklicht, wenn auch der direkte Hamburger Teil noch ein bißchen zu kurz kommt: Es gibt Artikel zu Themen wie Sparpolitik („Devise: Zurück an den Herd"), zum Gewalt-Artikel in der „Courage" von Sybille Plögstedt („Ist die Abgrenzungsdebatte in der Frauenbewegung angekommen?"), zu Lesben („Steppenfeuer Lesbianismus"), zur Militarisierung von Frauen („Frauen gegen Krieg und Militarismus"), zum Berufsalltag („Beruf: Sekretärin"), zur Finanzierung von Frauenprojekten in Hamburg, ein Interview mit Ruth Geiger und Sigrid Weigel (Autorinnen von „Sind das noch Damen?"), zur Beteiligung von Frauen bei der Bürgerschaftswahl 1982 in Hamburg, Termine, Treffs und vieles mehr.

Bestelladresse: Hamburger Frauenzeitung, c/o Frauenzentrum, Rappstraße 4, 2000 Hamburg 13
Preis: DM 3,50 (Vorzugsabonnement für 3 Nummern: DM 10,–)



Frauen besetzten Laden!

Am 5.12. besetzten ca. 30 Kieler Frauen einen leerstehenden Laden im Sophienhof und richteten dort den Frauenladen „Zur Flotten Schachtel" ein. Der besetzte Sophienhof gehört zum Sanierungsgebiet „südliche Innenstadt"; hier sollen nach Abriß der Häuser Einkaufsmöglichkeiten für den „gehobenen Bedarf" und 2-Zimmer-Luxusappartements entstehen. Neben 2 besetzten Häusern gibt es mit dem Frauenladen jetzt dort allerdings erstmal eine Ladenkette, die weniger den „gehobenen Ansprüchen", dafür aber den „niederen" Interessen der Bevölkerung entsprechen: einen Mieterladen, einen BI-Laden und ein Cafe. In dem neuen Frauenladen sollen Veranstaltungen, Filme, Ausstellungen, Diskussionen laufen, Bücher können ausgeliehen werden, Tee getrunken werden, und was frau sonst so vorhat.

Ge./Kiel

Bodenspekulation immer noch Goldgrube für Kapitalisten

„Das Eigentum an Grund und Boden ist die sicherste und ursprünglichste Form des Eigentums überhaupt." Auf der Grundlage dieses kapitalistischen Glaubensbekenntnisses, so formuliert vom Wohnungsbauminister der 50er Jahre, Lücke (CDU), schuf die Adenauerregierung Gesetze, die den Privatbesitz an Grund und Boden besonders schützen, Steuerfreiheit für den Profit aus einem Grundstücksverkauf garantieren sollten und der Bodenspekulation Tür und Tor öffneten. Gesetze, die sich uneingeschränkter Gültigkeit erfreuen, die Grundbesitzern gigantische Profitraten ermöglichen und andererseits die Misere im Wohnungsbau verursachen und weiter verschärfen werden.

Milliardengewinne für Spekulanten

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgericht, Wolfgang Zeidler, hat errechnet, daß ‚dem Staat' seit 1948 durch die steuerliche Bevorzugung der Grundbesitzer *„mehrere hundert Milliarden Mark"* verlorengegangen sind! („Spiegel", 15/81). Zum Vergleich: Das in der BRD jährlich ‚erwirtschaftete' Bruttosozialprodukt liegt bei grob 1.000 Milliarden DM ... Vor dieser Wahnsinnssumme betrachtet dürfte es sich bei dem schon klassischen Fall des Multimilliardärs August v. Finck, einem der reichsten Männer der BRD, noch nicht einmal um einen Einzelfall handeln. Finck bzw. dessen Clan besitzt in München und Umgebung ca. 2.000 Hektar potentielles Bauland im Wert von rund 2,5 Mrd. DM. Allein durch den spekulativen Anstieg der Baulandpreise vermehrt sich Fincks Grundbesitz täglich um mehr als 1 Mio. DM! Doch Spekulanten blicken nicht nur auf eine glänzende Vergangenheit zurück. Mit Gelassenheit können sie, trotz oder vielmehr wegen düsterer Wirtschaftsprognosen und Nullwachstumsgerede, in die Zukunft blicken: Die Baulandpreise kletterten in den letzten Jahren durchweg zweistellig, und für dieses Jahr wird — nach einem Plus von 27 Prozent 1980 — nochmals mit einer Wertsteigerung von 30 % gerechnet („Spiegel" 15/81).

Bodenspekulation ruiniert den Mietwohnungsbau

Bodenspekulation ruiniert den Mietwohnungsbau

Je mehr sich die Preise für Grund und Boden in die Höhe treiben lassen, desto höher steigen in der Folge die Baupreise. Oft ist der Boden, auf dem ein Gebäude errichtet wird, teurer als das Gebäude selbst. Von dieser Entwicklung sind insbesondere die Ballungsgebiete, also die Großstädte mit ohnehin schon großem Wohnungsmangel, schwer betroffen. Am teuersten sind Bauplätze mit bis zu 1.000 DM pro qm in Stuttgart; bis 600 DM reichen die Forderungen in München; es folgen Frankfurt und Wiesbaden, die die 500-DM-Schwelle überschritten haben („Handelsblatt", 18.12.80). Bei diesen Zahlen handelt es sich um Durchschnittswerte. Die — gar nicht so seltenen — Höchstpreise in Großstädten sind mittlerweile bei 3.000 DM pro qm gelandet. Aber auch kleinere und mittlere Städte bis 100.000 Einwohner sind von der Preiswelle nicht verschont geblieben. Von 1979 auf 1980 stiegen dort die Preise um 45,6 % („Welt", 23.4.81). Daß bei dieser Entwicklung der Mietwohnungsbau und ganz speziell der soziale Wohnungsbau auf der Strecke bleiben werden, ist nicht erst seit heute absehbar. Bei ihrem Regierungsantritt 1969 sollte eine Reform des Bodenrechts mit dem ausdrücklichen Ziel der Bekämpfung der Bodenspekulation zu einem er vielen versprochenen Jahrhundertwerke der SPD/FDP-Koalition werden. Doch aus der Abschöpfung „leistungsloser Planungsgewinne", gemeint ist damit der Spekulationsprofit, wurde nie etwas. Auch zahmere ‚Reform' modelle, wie sie hin und wieder mal in der Diskussion sind, etwa die Einführung einer „Preiseinfrierungsklausel", eines „Planungswertausgleiches" oder gar die Erhebung einer „Bodenwertzuwachssteuer" landen mit schöner Regelmäßigkeit im Papierkorb. Wenn es um die „sicherste, ursprünglichste" und profitabelste Form von Eigentum geht, hört eben für jeden Kapitalisten der Spaß auf. Diese Binsenweisheit hat die sozialliberale Regierung nicht nur akzeptiert, sondern sie hat sie sich selber zu eigen gemacht und spekuliert fleißig mit.

Bundesregierung betätigt sich als Bodenspekulant

Ausgerechnet von der in München herrschenden CSU mußte sich erst kürzlich die Bundesregierung den Vorwurf gefallen lassen, die Bebauung eines Geländes, das je zur Hälfte dem Bund und der Stadt München gehört, zum Scheitern gebracht zu haben. Dadurch nämlich, daß die Regierung, vertreten in diesem Fall durch Herrn Matthöfer, durch bloßes Abwarten mit ihrem Anteil solange spekuliert hat, daß der angesetzte Quadratmeterpreis von 152 DM inzwischen auf stolze 500 DM geklettert ist. Der ursprüngliche Bebauungsplan, pikanterweise war dort die Errichtung von

preis von 152 DM inzwischen auf stolze 500 DM geklettert ist. Der ursprüngliche Bebauungsplan, pikanterweise war dort die Errichtung von

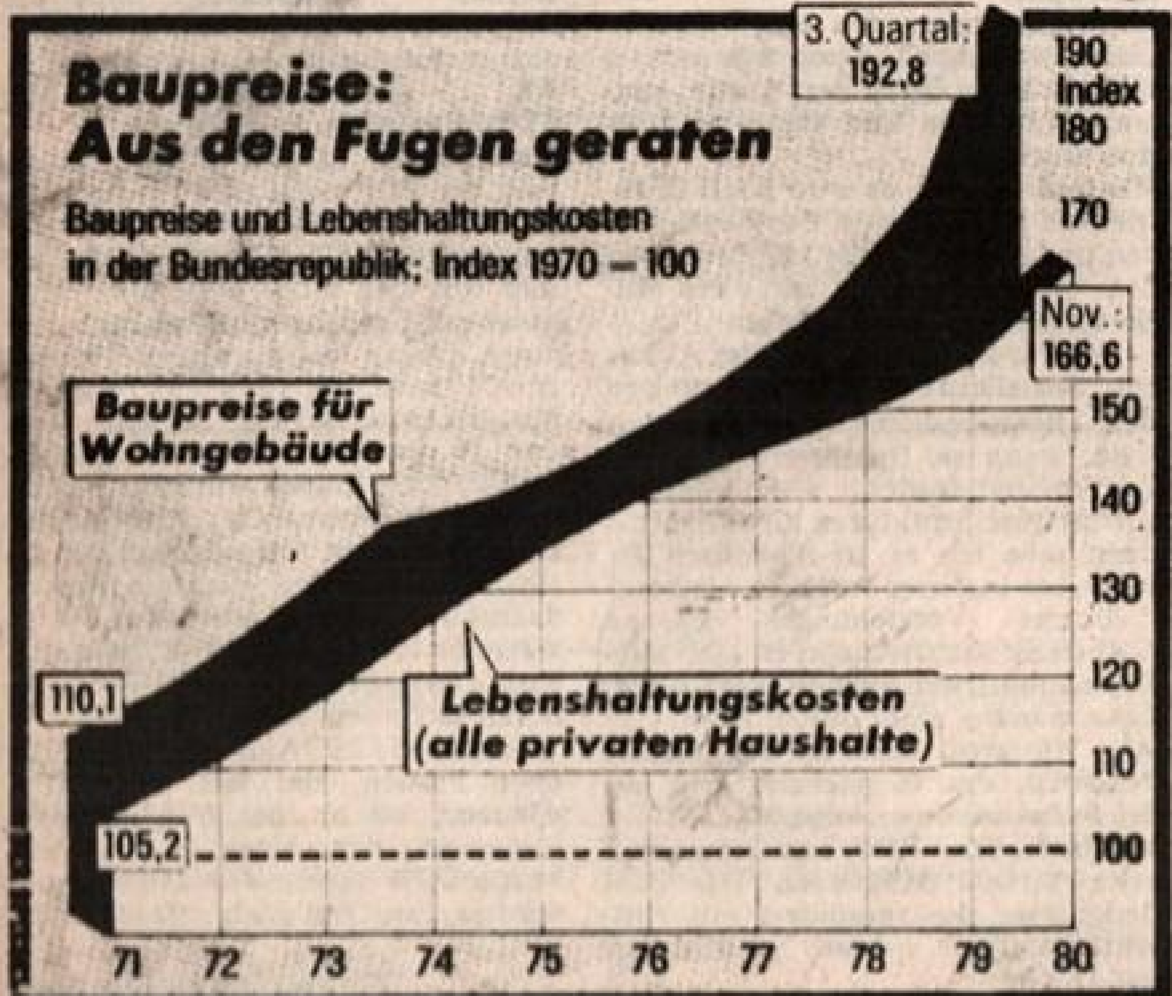
3.000 Sozialwohnungen vorgesehen, ist damit gestorben („Welt", 6.3.81).

Die ganz große Rolle im Spekulationsgeschäft spielen aber andere: Ungefähr 80 % des verfügbaren Grund und Bodens der BRD befinden sich in der Hand einer kleinen Gruppe von Großgrundbesitzern, die über Banken, Versicherungsgesellschaften, Industrie- und Handelskonzerne, über Grundstücksgesellschaften oder direkt die unglaublichsten Profite absahnen.

Wohnungskommission

BAULANDPREISE (MITTLERE LAGE) IN AUSGEWÄHLTEN STÄDTEN in den Jahren 1971, 1978 und 1979

	Bauland (mittl. Lage) 1971 DM/m²	1978 DM/m²	1979 DM/m²	Preisanstieg in v.H. 1978 gegenüber 1971	1979 gegenüber 1978	1979 gegenüber 1971
Stuttgart	250	360	600	44,0	66,7	140,0
München	150	280	350	86,7	25,0	133,3
Wiesbaden	110	220	350	100,0	59,1	218,2
Essen	70	220	350'	214,3	59,1	400,0





Eine Mieterin aus der Noderstr. 21: Phantasie gegen Hausbesitzerterror

Hausbesitzerterror in Frankfurt

In weiten Teilen Frankfurts findet eine Terrorisierung von Mietern in einem Ausmaß statt, das sich mit den Ereignissen im Frankfurter Westend Anfang der 70er Jahre vergleichen läßt. Damals ging es um die Vertreibung von Mietern, die anschließende Zerstörung der Häuser und schließlich den Abriß. Ein großer Teil der Areale ist bis heute nicht bebaut, auf anderen stehen oder wachsen Bürotürme.

Neben der nach wie vor vorhandenen Praxis des Leerstehenlassens wird heute vor allem mit Luxus-Modernisierungen und Umwandlung in Eigentumswohnungen gegen Mieter vorgegangen. Wie das im einzelnen vor sich geht, sei an einigen Beispielen dargestellt:

Musikantenweg 16
Der Altbau wurde von der Firma „Grund und Haus" gekauft. Inhaber

Musikantenweg 16

Der Altbau wurde von der Firma „Grund und Haus" gekauft. Inhaber sind die Herren Grasmück und Sahm. In dem Haus wohnen insgesamt 10 Mietparteien. Ziel der neuen Hauseigentümer war es von Anfang an, die Mieter rauszubekommen, um Eigentumswohnungen zu errichten. Gearbeitet wird mit allen Tricks. So geben Grasmück und Sahm ständig falsche Adressen und Telefonnummern an, unter denen sie gar nicht zu erreichen sind. D.h. Schreiben der Mieter kommen gar nicht erst an bzw. gleich wieder zurück. Welcher Art ihre Drohungen gegen Mieter sind, zeigt sich auch an ihrem Vorgehen in anderen Häusern. Bei einem „Besuch" eines widerspenstigen Mieters in dessen Wohnung wird erklärt: Ein Dutzend Leute könnte mal in die Dachgeschoßwohnung kommen und so ein Dachstuhl könnte ja auch mal brennen. Und in einem anderen Fall: Wenn Sie nicht ausziehen, gibt's Prügel.

Im Musikantenweg 16 haben Grasmück und Sahm fast alle Mieter inzwischen soweit, daß diese ausziehen oder schon ausgezogen sind. Nur die Wohngemeinschaften wollen nicht rausgehen und just für diese Wohnungen wurde von den Besitzern Eigenbedarf angemeldet.

Spohrstraße 13

Einige Mieter in der Spohrstraße 13 haben sich inzwischen Gaspistolen zugelegt, um angedrohten Terrorisierungen nicht schutzlos gegenüberzustehen. Eigentümer des Hauses ist Herr Jung von der Firma Jung + Partner. Ziel ist, aus den Wohnungen Eigentumswohnungen zu machen und dabei sind Jung alle Mittel recht. Die Mieter, die dort fast alle seit 13 Jahren wohnen, wehrten sich bisher verhältnismäßig erfolgreich gegen die Versuche, die Wohnungen bereits jetzt an Käufer zu bringen. Wenn ein von Jung herbeigeschleppter Kaufinteressent eine Wohnung in der Spohrstr. 13 betritt, findet er dort jeweils einen Mieter vor, der sich ein Plakat mit folgendem Text vor den Bauch hält:

„Ich wohne hier seit 13 Jahren und habe nicht vor, auszuziehen. Nach den geltenden gesetzlichen Regelungen können Sie frühestens in sieben bis acht Jahren über diese Wohnung verfügen."

Das hat bisher noch bei jedem potentiellen Käufer gewirkt!

Um die Mieter in die Knie zu zwingen, lassen sich die Helfershelfer von Jung allerlei einfallen: nächtliche Anrufe, Bestellung von gar nicht gerufenen Taxis, Alarmierung der Feuerwehr und Drohungen wie: Fahrradkettenschwingende-Rocker würden schon dafür sorgen, daß die Mieter ausziehen. Inzwischen hat ein Mitarbeiter von Jung auch zugegeben, von diesem 5.000 DM für die Vertreibung der Mieter erhalten zu haben.

Selbst nach der Veröffentlichung dieses Falles in der „Frankfurter Rundschau" gehen die Schikanen noch weiter.

Diese beiden Fälle stehen stellvertretend für zahlreiche weitere:

Diese beiden Fälle stehen stellvertretend für zahlreiche weitere:

— In der Eckenheimer Landstraße ließ ein Hausbesitzer alle möglichen sanitären Einrichtungen herausreißen. Die große Modernisierung fand aber nicht statt, denn der Hausbesitzer ging inzwischen „pleite" (?). Monatelang mußten die Mieter zwischen Schutt und Müll leben.

— In der Wielandstraße 37 versucht ein Hausbesitzer, der finanziell offensichtlich in Schwierigkeiten gekommen ist, die inzwischen immens gestiegenen Kosten für Kredite auf die Mieten umzulegen. (Dies ist übrigens unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt!) Eine 3-Zimmer-Wohnung in dem stark heruntergekommenen Haus, wo auch mal Eigentumswohnungen entstehen sollen, würde demnach ca. 800 DM kosten.

Das große Geschäft mit den Altbauten

Laut Stadtrat Trageser sind in diesem Jahr bisher 2.713 Wohnungen mit städtischen und staatlichen Mitteln modernisiert worden. Allein die Stadt Frankfurt hat dafür 11 Millionen DM ausgegeben. Darüber hinaus gibt es noch eine große Zahl von Häusern, die ohne öffentliche Zuschüsse modernisiert wurden. Die Vertreter der Stadt werden nicht müde zu behaupten, bei den Modernisierungen ginge es nur um eine längst fällige „Anpassung an die heutigen Wohnbedürfnisse." Deswegen hat auch die Stadt ein regelrechtes Beratungsbüro für modernisierungswillige Hausbesitzer eingerichtet!

Daß es dabei um handfeste Profitinteressen geht, wird deutlich, wenn man weiß, daß eine Modernisierung der schnellste Weg zu einer Mietsteigerung ist. Eine modernisierte Wohnung in der Spohrstr. 13 würde z.B. 750 DM statt bisher 430 DM kosten, also fast das Doppelte. Auf der anderen Seite winkt den modernisierungs- und umwandlungswilligen Hausbesitzern ein ganzes System verbilligter Kredite, Darlehen und Steuervergünstigungen. Modernisierte Wohnungen, die dann als Eigentumswohnungen verkauft werden, können für Leute mit entsprechenden Einkommen aufgrund der enormen Steuervergünstigungen buchstäblich umsonst sein. Hinter der Fassade von angeblich notwendigen Modernisierungen verbirgt sich tatsächlich auch eine Geldanlagenpolitik für bestimmte Leute mit hohem Einkommen.

Die CDU macht gar einen Hehl daraus, welche weitergehenden politischen Ziele sie im Rahmen dieser Politik verfolgt. Auf einer Veranstaltung im stark von dieser Modernisierungspolitik betroffenen Bornheim sagte Planungsdezernent Küppers, daß der Ausländeranteil in diesem Stadtteil der Gradmesser dafür sei, „wie es um ihn bestellt ist". Die Sozialstruktur Bornheims habe sich dadurch in den letzten Jahren „nachteilig" verändert. Küppers, der für einen Bebauungsplan mit weitreichenden Modernisierungen werben wollte, meinte, daß dies Mietsteigerungen mit sich bringen würde — aber „natürlich in vernünftigen

werben wollte, meinte, daß dies Mietsteigerungen mit sich bringen würde — aber „natürlich in vernünftigen

Grenzen". Im übrigen könnten mit einem Bebauungsplan natürlich nicht die Einkommensverhältnisse geregelt werden.

Simpel ausgedrückt bedeutet dies: Ein Stadtteil mit einer „nachteiligen Sozialstruktur" (Ausländer, Wohngemeinschaften etc. = relativ billiger Wohnraum!) wird durch eine entsprechende Modernisierungspolitik verändert. Die Einkommensschwachen, die Kinderreichen, Ausländer, Wohngemeinschaften usw. — für die ist in den Vorstellungen der CDU entweder überhaupt kein Platz, oder man möchte sie in z.T. noch zu bauenden Trabantenstädten ansiedeln. Jedenfalls weit ab von Stadtteilen wie dem Nordend, Westend, Teilen Bornheims u.a. Die sind schließlich für „was Besseres" da.

Mieterrat gegründet

Gegen die Abschaffung von relativ billigem Wohnraum, Luxus-Modernisierungen und Umwandlung in Eigentumswohnungen hat sich vor kurzem eine Mieterinitiative/Mieterrat im Nordend gebildet. Diese Gruppe besteht zu einem großen Teil aus direkt betroffenen Mietern (z.B. Mietern aus allen eingangs genannten Häusern).

Als erster Schritt im Rahmen einer geplanten Öffentlichkeitsarbeit soll ein Flugblatt herausgegeben werden, das in mehreren tausend Häusern verteilt werden soll. Ziel ist, die Mieter darüber aufzuklären, wie wichtig es ist, schon bei den ersten Anzeichen einer bevorstehenden Modernisierung oder Umwandlung aktiv zu werden. Wenn erst mal die Kündigung etc. da ist, ist es meist zu spät. Zu viele lassen sich dann einschüchtern, ziehen aus oder zahlen riesige Mieterhöhungen.

In diesem Zusammenhang ist übrigens ein neues, sehr empfehlenswertes Buch erschienen (neben dem nach wie vor unentbehrlichen „Mietrecht für Mieter" bei rororo):
Volker Götz, „Wir lassen uns nicht verkaufen" (Pahl-Rugenstein, 10 DM), behandelt vor allem Mieterrechte bei Verkauf, Umwandlung, Zwangsversteigerung usw. von Häusern.

KB/Gruppe Frankfurt

FDP kaputt?

21 FDP-Mitglieder sind am 7. Dezember gemeinsam aus dem Hamburger Parteiverband ausgestiegen. Nur wenige Tage vorher forderten an die 40 Mitglieder den FDP-Vorsitzenden Genscher auf, seinen Kurs, insbesondere die Aufrüstungspolitik, zu ändern. Andernfalls sei der Austritt zahlreicher Mitglieder nur noch „eine Frage der Zeit". Der Vorstand der FDP/Norderstedt verlangte Genschers Rücktritt. Und nicht nur in der Hamburger Umgebung gärt es. Mit großer Mehrheit sprach sich der Parteitag der Westberliner FDP Anfang Dezember gegen die Stationierung von Neutronenwaffen und amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa aus; in Baden-Württemberg setzten Linksliberale die Einberufung eines Extra-Parteitages zum Thema „Verteidigungs- und Sicherheitspolitik" für Februar nächsten Jahres durch.

Wenngleich ein Rechtstrend schon seit längerem zu beobachten ist, haben die Ereignisse der letzten Monate das Faß wohl zum Überlaufen gebracht. Eine von der FDP-Führung und Mittelstandskreisen bundesweit organisierte Invasion der FDP durch Kleingewerbetreibende soll der geplanten Hinwendung zur CDU die Mehrheit sichern. Das Auseinanderfallen der sozial-liberalen Koalition in Bund und Ländern ist damit absehbar. Absehbar ist allerdings auch, daß die Hamburger Austritte nur den Anfang einer umfassenden Austrittswelle darstellen. Oder wie es Bundesvorstandsmitglied William Borm – einer derjenigen Unzufriedenen, die noch in der FDP ausharren wollen – formuliert: die Spaltung der Partei ist wahrscheinlich („FR", 10.12.81).

Die gesteuerte Invasion ist nicht der einzige Coup, den sich die Parteirechte geleistet hat. So wurde kurz vor dem letzten Landesparteitag der Umlauf von „Giftlisten" bekannt, welche den Delegierten Namen von radikaldemokratischen Mitgliedern präsentierten, die angeblich „Gift für die Partei" seinen und keinesfalls als Kandidaten für die Bürgerschaftswahl aufgestellt werden dürften. Der Parteitag entschied sich dann auch für eine Wahlliste mit fast ausschließlich stramm rechten Kandidaten.

Daß die Hamburger FDP durch diesen Kurs einen beträchtlichen Teil ihres bisherigen Wählerpotentials verliert und somit Gefahr läuft, die 5 %-Hürde nicht mehr zu schaffen, scheint den Initiatoren der Unterwanderung von rechts das kleinere Übel zu sein. Es geht um ein unbedingtes Zerbrechen der sozial-liberalen Koalition. Die FDP wird zur lupenreinen Interessenvertretung des Mittelstandes, zum Steigbügelhalter der Unionsparteien.

Der frisch gekürte Landesvorsitzende, Klaus Brunnstein, beurteilt die Veränderung des Verbandes in einem Interview mit dem „Hamburger Abendblatt" (9.12.) selbstverständlich völlig anders. In einer Krise steckt die Hamburger FDP seiner Ansicht nach „keineswegs" und in die rechte Ecke hat sich die FDP auch nicht begeben. Allerdings: Als Folge einer Selbstbesinnung ... sind wir pragmatischer geworden." Die Befürchtungen vor einer Koalitionsaussage zugunsten der CDU sind völlig aus der Luft gegriffen: „In der Mannschaft und im Vorstand ist mir niemand bekannt, der für ein Bündnis mit der CDU eingetreten ist." Nun ja ..., das Gewissen von Abgeordneten ist bekanntermaßen anfällig für plötzliche Wandlungen.

Die Hamburger Ausgetretenen zählen sich zur Radikaldemokratischen Initiative, ein Zusammenschluß von linken FDP-Mitgliedern, der seit einiger Zeit in einer Reihe von bundesdeutschen Städten besteht. Sie wollen nun für eine gemeinsame grün/alternative Liste arbeiten. Es ist zu hoffen, daß ihre Beteiligung an der Wahldiskussion etwas zur Auflockerung der grünen Kompromißlosigkeit in Hamburg beiträgt.

Wir haben mit Manfred, einem der Ausgetretenen, über die Entwicklung der FDP, seine Gründe für den Austritt und über seine Gedanken für eine weitere politische Arbeit gesprochen. Manfred war bis zu seinem Austritt stellvertretender Vorsitzender des Hamburger Kreises Neustadt/ Innenstadt und arbeitet heute in der Alternativen Liste mit.

Es ist übrigens kein Wunder, daß die Invasion von Malern und Lackierern ausgerechnet diesen FDP-Kreis heimsuchte, hat sich dieser Kreis doch in der Vergangenheit durch eine sehr engagierte demokratische Politik hervorgetan.

„... Auftakt zu einer Austrittswelle ..."

Interview mit einem Radikaldemokraten

AK: Manfred, du gehörst zu denjenigen, die vor kurzem einen Offenen Brief an den FDP-Vorsitzenden Genscher geschrieben haben, und auch zu denen, die am 7. Dezember aus der FDP ausgetreten sind. Wie kam es zu diesem gemeinsamen Austritt; was sind eure bzw. deine Gründe für diesen Schritt?

Manfred: Wir sind ausgetreten, weil in Hamburg und auch auf Bundesebene schon seit längerem ein sehr starker Rechtstrend der FDP festzustellen ist.

Ich selbst bin seit etwa acht Jahren in der FDP, war stellvertretender Kreisvorsitzender, Mitglied im Vorstand des Bezirks Mitte und auch mal stellvertretender Bezirksvorsitzender. Ich gehörte auch eine Zeitlang der Fraktion des Bezirksparlaments Mitte an. Während dieser Jahre habe ich immer wieder festgestellt, daß sich die FDP von einer demokratischen Partei zu einer undemokratischen und sehr stark autoritär geführten Partei entwickelt.

Dem Kreis, dem ich angehörte, sind in der letzten Zeit über 50 Maler samt Familien beigetreten. Gesteuert wurde dieser „Masseneintritt" vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Bialas, vom Bundestagsmitglied Rainer Funke, vom Ex-MdB Viktor Kirst und von Wurbs, der Mitglied des FDP-Präsidiums ist und gleichzeitig Ehrenpräsident der Bundeshandwerkskammer. Sie alle finden sich zusammen in der „Liberalen Gesellschaft", wo auch ein gewisser Malermeister Germann anzutreffen ist, der vor zwei Jahren beschloß, der FDP einen „neuen Anstrich" zu verpassen. Wie Germann sind viele der frisch Eingetretenen ehemalige Freimaurer oder CDU-Mitglieder, die teilweise nicht mal ihren Wohnsitz in Hamburg haben.

Von den Malern wurden Forderungen aufgestellt wie: Abbau der sozialen Leistungen, Erhöhung des Rüstungsetats u.ä. Aber dazu komme ich nachher noch ... Diese Hinwendung zur CDU bzw. zum Neokonservativismus war für uns nicht mehr tragbar. Wir haben lange darüber diskutiert, wie wir dagegen angehen können. Dabei blieb uns eigentlich nur noch der Austritt aus der FDP.

Der Parteieintritt der Maler begann im Jahre 1979, nachdem Bialas auf dem Landesparteitag '78 eine Korrekturwende der Hamburger FDP gefordert hatte.

Damit wurde eine Phase eingeläutet, während der neue Kräfte – also rechte und Mittelstandskräfte – gezielt in die Partei geholt wurden.

AK: Du sagst, es handelt sich um eine gesteuerte Kampagne. Was, denkst du, ist das Ziel dieses Vorgehens?

Manfred: Das Ziel dieser Kampagne ist, die FDP in Richtung CDU zu öffnen und eine neue Landes- und Bundespolitik einzuleiten – so nach dem Motto „Zurück in die 50er Jahre".

AK: Welchen Stellenwert haben denn die Hamburger Ereignisse im Rahmen der Bundespolitik? Spielt sich im übrigen Bundesgebiet Ähnliches ab?

Manfred: Man kann Hamburg nicht isoliert sehen. Man kann auch den Kreis 3 (Innenstadt/Neustadt), in den die Maler eingetreten sind, nicht isoliert sehen. In anderen Kreisen sind ebenfalls Kleinunternehmer und Reaktionäre in die Partei eingetreten. Selbst solche Kreise, die von vornherein rechts waren, sind von noch rechteren Kräften unterwandert worden.

In Westberlin läuft das Gleiche ab. 300 Makler und Spekulanten traten in die Partei ein. In Frankfurt trat ein ganzer Schwung Bauunternehmer ein, in Köln Taxifahrer und in Nürnberg ebenfalls Kleingewerbetreibende, die die FDP in Richtung CDU drängen wollen. Diese Leute sagen auch ganz klar, daß sie eine Koalition mit der CDU unterstützen wollen.

AK: Und was, meinst du, ist auf dem nächsten Bundesparteitag im nächsten Jahr zu erwarten?

Manfred: Auf den Bundesparteitag hat das natürlich auch Auswirkungen. Zwar werden die Auswirkungen noch nicht im Jahre 1982 so spürbar sein, da noch die alten Delegierten im Amt sind, die von den Ausgetretenen mitgewählt wurden. Aber mit der Neuwahl der Delegierten 1983 werden auch die Weichen für die Verhältnisse auf dem Bundesparteitag neu gestellt sein. Es ist abzusehen, daß selbst angebliche Linke wie Helga Schuchardt dann kein Mandat mehr bekommen werden.

AK: Und welche Auswirkungen wird dies bundespolitisch im Hinblick auf die sozial-liberale Koalition haben?

Manfred: Wir erwarten, daß die sozial-liberale Koalition – wenn nicht 1982, dann spätestens 1983 – auseinanderfliegt. Und wenn für die Bundestagswahlen 1984 eine Koalitionsaussage gemacht wird, dann zugunsten der CDU. Oder diese Frage wird scheinbar offengehalten. Die Weichen sind auf jeden Fall Richtung CDU gestellt, nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in den Ländern. In Hamburg kann man dies zwar noch nicht ganz deutlich sehen ... Auf dem letzten Landesparteitag wurde über dieses Thema sechs Stunden diskutiert. Mit einer knappen Mehrheit wurde dann beschlossen, auf der Vertreterversammlung am 31. Januar '82 darüber zu entscheiden. Die Mehrheit wird wohl erstmal für ein „Offenhalten" stimmen. Aber der Druck der Rechten ist so stark, daß letztendlich die Entscheidung doch für die CDU fallen wird.

AK: Für mich stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wer dann die FDP eigentlich noch wählen wird. Den Linksliberalen, die bisher die FDP gewählt haben, ist durch eine derartige Politik praktisch jede Möglichkeit genommen, sich noch mit dieser Partei zu identifizieren. Wie siehst du denn die Chancen für die FDP bei der anstehenden Bürgerschaftswahl in Hamburg?

Manfred: Ich denke, die Chancen für die FDP stehen sehr schlecht. Ich hoffe selber, daß Linksliberale und linke Wähler nicht mehr auf die FDP hereinfallen. Denn wenn man sich das Wahlprogramm der FDP einmal durchliest, so ist das gar nicht linksliberal, sondern sehr konservativ. Wenn ich mir vorstelle ... 1974 trat die FDP mit einem Programm an „Für den besseren Fortschritt". Da wurde noch die Forderung „Keine Hexenjagd auf Radikale" aufgestellt. Davon ist heute nichts mehr zu merken.

Leute, die Kritik an Genscher und Lambsdorff üben, werden als Spinner bezeichnet, beschimpft und diffamiert. Die Chance für die FDP, gewählt zu werden, ist sehr klein. Als ich noch in der Partei war, haben wir die Ansicht vertreten, es sei für alle – die Partei und die Wähler – besser, die FDP bliebe unter 5 %. Es gibt eine ganze Reihe Kollegen in der Partei, die dies anstreben, um zu verhindern, daß eine CDU/FDP-Regierung in Hamburg zustandekommt.

AK: Knapp 40 Hamburger FDP-Mitglieder haben Genscher in einem Offenen Brief quasi ein Ultimatum gestellt. Heißt das, der Austritt weiterer Mitglieder ist eigentlich nur eine Frage der Zeit?

Manfred: Es werden bestimmt noch mehr Mitglieder aus der FDP austreten. Denn die Forderungen, die in dem Offenen Brief aufgestellt wurden, werden von Genscher mit Sicherheit nicht erfüllt. Er wird wohl den Brief in den Papierkorb werfen. Es sind sehr viele, die sich überlegen, ob sie überhaupt noch in dieser Partei bleiben können. Zum Beispiel diejenigen, die auf „Giftlisten" als nicht mehr wählbar gehandelt werden, die von den Rechten getrieben werden, ihre Parteiämter niederzulegen und so aus der Partei gedrängt werden. Der Druck auf diese Leute nimmt zu. Die 21 Austritte sind eigentlich nur der Auftakt zu einer größeren Austrittswelle.

AK: Kann man von einer „Borm-Linie" sprechen? Also, wie es von William Borm formuliert wurde: erstmal drinbleiben und für seine Position arbeiten.

Manfred: Sicher, es wird noch Unzufriedene geben, die in der Partei bleiben und für ihre Linie kämpfen werden. Aber der Druck auf diese Mitglieder wird verstärkt werden.

Wenn von den Rechten der Abbau von Sozialleistungen, ein Ansteigen des Rüstungshaushaltes gefordert wird, wenn sie Berufsverbote befürworten und fordern, wenn alles auf autoritärere Strukturen hinausläuft – dann sehe ich es als illusorisch an, weiterhin in dieser Partei zu bleiben.

Borms Vorstellungen können höchstens kurzfristig, für ein, zwei Jahre praktiziert werden, aber länger kann man das nicht durchhalten.

AK: Wie groß siehst du das gesamte Potential, das in nächster Zeit aus der Partei austreten könnte?

Manfred: Die FDP hat momentan etwa 80.000 Mitglieder. Die Zahl derjenigen, die zumindest mit Austrittsgedanken spielen, schätze ich auf 15.000.

Es gibt sicherlich auch Leute, die lieber in der Partei bleiben, um Karriere zu machen. Diese werden sich schwertun, ihre errungenen Positionen aufzugeben und letztendlich ihre Politik wohl den rechten Kräften anpassen.

AK: Und wie groß wird die Zahl der zu erwartenden Austritte deiner Ansicht nach in Hamburg sein?

Manfred: Die Radikaldemokraten haben in Hamburg eine Mitgliederstarke von 150 - 200. Ich schätze, daß ungefähr 130 - 150 austreten werden – wohlbemerkt ohne die Jungdemokraten, die man noch extra dazurechnen muß.

AK: ... also von insgesamt 2.350 FDP-Mitgliedern in Hamburg ...

Manfred: Ja. Es gibt übrigens innerhalb der FDP noch eine Frauengruppe. Diese fühlt sich durch die Kandidatenwahl für die Bürgerschaftsliste sehr vor den Kopf gestoßen. Gerade in der Frauengruppe arbeiten sehr junge Frauen und engagierte Frauen, auch Frauen, die 1974 - 1978 in der Bürgerschaftsfraktion waren. Von den 30 gewählten Listenkandidaten sind nur drei Frauen. Und dazu meint Ex-Senator Bialas noch: „Wir brauchen eine Mutti zum Anfassen auf der Liste ...". Vertreten sind die Frauen dadurch eigentlich überhaupt nicht; vertreten ist aber der Mittelstand. Von den ersten zehn Gewählten gehören sechs dem Mittelstand an.

Bei den 21 Ausgetretenen sind neun Frauen, also fast die Hälfte, während sie an der Mitgliederzahl insgesamt nur einen Anteil von knapp 30 % haben. Von den Rechten wird ja zum Teil auch gefordert, die

Fortsetzung nächste Seite



aus: „Hamburger Rundschau" Nr. 3

„Wir unterstützen diese neue grün/alternative Liste ..."

Zu einer Zeit, in der die SPD/FDP-Koalition in Bund und Land das Etikett „sozialliberal" nicht mehr verdienen, wo sich die FDP zunehmend als Interessenvertretung der Wirtschaftsverbände einbringt und die SPD zu einer funktionalen Technokratenpartei degeneriert, erhofften wir uns von unserer Hamburger Partei und ihren Mandatsträgern Zeichen, die einen Widerstand gegen diese Entwicklung signalisieren. Leider hat die Hamburger FDP seit 1978 ihre Funktion als linksliberaler Landesverband, nämlich fortschrittliche Ideen in die Bundes- und Kommunalpolitik einzubringen und an radikaldemokratischen Essentials festzuhalten, aufgegeben.

So hören wir keinen Aufschrei des Landesvorstandes oder der Bundestagsabgeordneten

- gegen die abenteuerliche sogenannte Nachrüstungspolitik der Regierung, gegen die Diffamierung der Friedensbewegung; geschweige erleben wir eine aktive Mitarbeit in eben dieser Bewegung
- gegen die arbeitnehmerfeindliche Sparpolitik, bei der sich die FDP z. B. in den Fragen der Lohnfortzahlung und der Wohnungs(bau)politik ganz besonders an den Abbau sozialer Errungenschaften beteiligen will
- gegen die fortwährende Aushöhlung demokratischer Rechte, wie jüngst die neuen Berufsverbotefälle in Hamburg und Berlin zeigen.

Inzwischen ist nicht zuletzt wegen der fortschreitenden Unterwanderung von rechten Kräften, die eine Mittelstandspartei der fünfziger Jahre zum Ziel haben, eine Koalition mit der CDU durchaus möglich geworden.

Andererseits gibt es in Hamburg inzwischen eine grün/alternative (Wahl)-bewegung, die unsere orginären radikaldemokratischen Grundsätze in ihr Programm aufgenommen haben und in der kommenden Legislaturperiode in die Bürgerschaft tragen wollen.

Wir unterstützen daher diese neue grün/alternative Liste und erhoffen uns eine noch breitere Einbeziehung aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Hamburgs.

Hamburg, den 7. Dezember 1981

Sie sollten zurücktreten"

Der Vorstand des FDP-Ortsverbandes Norderstedt, einer 70.000-Einwohner-Stadt in Schleswig-Holstein, in der die FDP bei der letzten Bundestagswahl mit 17,8 Prozent Stimmenanteil hervorragend abschnitt, hat Außenminister Hans-Dietrich Genscher in einem Offenen Brief aufgefordert, als Parteivorsitzender der FDP zurückzutreten. Der Brief, der auch der „Bonner Depesche", dem internen Mitteilungsblatt der FDP, zugesandt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Genscher,

aus den Tageszeitungen haben wir entnommen, daß Sie dem Außenminister von El Salvador, Fidel Chavez Mena, versprochen hätten, den abberufenen Botschafter wieder nach San Salvador zu entsenden. Auch sollen Sie eine Prüfung der Bundesregierung darüber, ob die Zahlung der Entwicklungshilfe wieder aufgenommen werden könne, befürworten.

Es bedrückt uns sehr, daß ausgerechnet Sie als liberaler Außenminister und Vorsitzender unserer Partei der Aufwertung eines Regimes das Wort reden, welches wegen seiner ständigen Mißachtung der Menschenrechte im eigenen Land weltweiter Kritik ausgesetzt ist.

Nicht zum ersten Male erwecken Sie den Eindruck, einen politischen Opportunismus zu praktizieren, der mit liberalem Selbstverständnis nach unserer Meinung nichts mehr zu tun hat.

Wie sollen wir es etwa verstehen, wenn Sie nach Ihrem Türkeibesuch in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau" eine weitere Sperrung der Türkeihilfe für den Fall empfehlen, daß sich die innenpolitische Lage dort weiter verschlechtern werde. Ist es wirklich Ihre Ansicht, daß die jetzigen Mißstände und das Maß der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei für eine solche Maßnahme noch nicht ausreichen?

Auch die Bestrebungen Rüstungsexporte in Zukunft an den vorgeblichen bundesdeutschen Interessen zu orientieren, anstatt endlich schärfere Maßstäbe bei den Ausfuhren anzulegen, beunruhigen uns.

Die von Ihnen vertretene Politik macht es vielen Mitgliedern immer schwerer, sich mit der FDP zu identifizieren; einer durch sie verstärkten Konfrontation innerhalb der Partei, die zu einer Spaltung führen kann, stehen Sie eben so tatenlos gegenüber wie der immer größer werdenden Mitgliederfluktuation. In der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß hat sich bereits auf dem Kölner Parteitag gezeigt, daß ein Drittel der Delegierten nicht mehr hinter Ihnen steht. Die Zahl der Kritiker an Ihrer Politik der Stärke wird – davon sind wir überzeugt – auch innerhalb der Partei weiter wachsen. Sie sollten die notwendige Konsequenz ziehen und als Parteivorsitzender zurücktreten.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen v. Kaufmann
für den Vorstand der
FDP Norderstedt



Dieser Aufkleber des FDP-Kreises 3 machte im Sommer 1978 viel Wirbel

FDP-Westberlin: Für die Abschaffung aller atomaren Waffen!

FDP-Westberlin: Für die Abschaffung aller atomaren Waffen!

Der Frieden ist in Gefahr, wenn in Ost und West ein beängstigender Rüstungswettlauf im Gange ist und verantwortliche Politiker die Entspannungspolitik für gescheitert erklären. Die Freien Demokraten sehen trotz der Rivalität der Supermächte und nahezu unüberbrückbarer Gegensätze keine Alternative zu friedensichernden Verhandlungen, denn Europa und insbesondere Deutschland stehen im Mittelpunkt dieser gefährlichen Konfrontation und werden im Konfliktfall die ersten Opfer sein. Deshalb birgt die zusätzliche Stationierung von Atomwaffen keinen Gewinn an Sicherheit.

Deshalb lehnt die F.D.P. die Stationierung von Neutronenbomben, Pershing II und Cruise Missiles in Mitteleuropa auf dem Territorium der BRD ab.

Die Berliner F.D.P. fordert, daß in Abrüstungsverhandlungen mit der SU auch die amerikanischen forward base systems (FBS) einbezogen werden.

Ziel liberaler Sicherheitspolitik ist allerdings nicht nur die Verhinderung der Stationierung neuer weiterer Waffensysteme, sondern die Abschaffung sämtlicher atomarer (taktischer und Mittelstrecken-) Waffen in Europa.

Mittelfristig hält die F.D.P. die Entwicklung rein defensiver Militärstrategien und Waffen für dringend erforderlich, um gegenseitiges Vertrauen zu schaffen.

Langfristig fordert die Berliner F.D.P. die Einführung ziviler bzw. sozialer Verteidigungsstrategien. Die Entwicklung solcher, nichtmilitärischer Strategien muß mit Vorrang betrieben und gefördert werden.

Sicherheitspolitischer Teil eines Beschlusses der Berliner F.D.P.
Vorbehaltlich möglicher Fehler durch die fernmündliche Übertragung.
gez. Richard Schmid

Fortsetzung von vorheriger Seite

Frauen sollten wieder zurück an den Kochtopf. Sie sehen die Frauen wohl nur als Stimmvieh.

AK: Wie reagieren eigentlich die Rechten auf die Austritte und auf den Offenen Brief an Genscher?

Manfred: Die Rechten freuen sich natürlich. Jetzt sind die linken Kritiker endlich weg, und sie können in der Partei machen, was sie wollen. Sie können die Partei jetzt ungestört Richtung CDU bringen. Die Partei wird jetzt zu einer reinen Interessenvertretung für die Wirtschaft werden. Es ist abzusehen, daß es gegen in der Partei verbliebene Kritiker Parteiausschlüsse geben wird. Ich könnte mir vorstellen, daß auch Prominente – sofern sie nicht zum Austritt getrieben werden – von diesen Ausschlüssen betroffen sein werden. Für jemanden, der links engagiert ist, ist in dieser Partei keine Basis mehr, zu arbeiten. Ich kann auch nur andere auffordern, aus dieser Partei 'rauszugehen.

AK: Welche politischen Forderungen stellt ihr, die Ausgetretenen, der jetzigen FDP-Politik entgegen? Ich denke dabei vor allen Dingen an die Friedenspolitik und die Sparbeschlüsse ...

Manfred: Wir wenden uns gegen die arbeitnehmerfeindliche Sparpolitik, bei deren Planung sich die FDP in die vorderste Linie gestellt hat. Wir kritisieren auch, daß die FDP beim Abbau demokratischer Rechte, bei der Diffamierung der Startbahngegner und Ähnlichem eine wesentliche Rolle spielt.

Wir wenden uns gegen die sogenannte Nachrüstungspolitik, die in Wirklichkeit eine Aufrüstungspolitik ist, und gegen die Diffamierung der Friedensbewegung als „kommunistisch unterwandert". Für uns ist eine Unterstützung der Friedensbewegung selbstverständlich, und viele von uns arbeiten in Friedensinitiativen mit.

AK: Kannst du genauer beschreiben, mit welchen Vorstellungen die Radikaldemokraten in der Friedensbewegung arbeiten? Wie steht ihr zum Beispiel zu Reagans „Null-Lösung", zum Doppelbeschluß ...

Manfred: Die „Null-Lösung" ist eine Farce. Die Radikaldemokraten streben an, daß aus der Bundesrepublik eine atomwaffenfreie Zone wird, daß die Bundesrepublik aus der NATO herausgeht und daß die NATO-Truppen aus der Bundesrepublik abgezogen werden. Nur so kann für die Bundesrepublik der Frieden gesichert werden. Das beinhaltet natürlich, daß in Ost und West die Rüstungsanstrengungen zurückgenommen werden müssen. Wir sind für eine Vernichtung sämtlicher Atomwaffen!

AK: Wie steht ihr denn zur Forderung nach einer einseitigen Abrüstung der BRD bzw. der NATO?

Manfred: Ich persönlich halte den Verhandlungswillen der Sowjetunion für ehrlich, während die sogenannte Null-Lösung Reagans als unehrlich anzusehen ist und den Europäern nur Sand in die Augen streuen soll. Der

für ehrlich, während die sogenannte Null-Lösung Reagans als unehrlich anzusehen ist und den Europäern nur Sand in die Augen streuen soll. Der

Beginn der Abrüstung könnte auch einseitig sein – warum nicht? Warum nicht eine einseitige Abrüstung der Bundesrepublik? Anfangen kann man am besten in der Bundesrepublik, wo wir selbst Einfluß haben.

AK: Wie geht's denn jetzt weiter für euch, also die Ausgetretenen und diejenigen, die wohl in naher Zukunft keine Perspektive mehr innerhalb der FDP haben? Welche Vorstellungen habt ihr im Hinblick auf euer weiteres politisches Engagement?

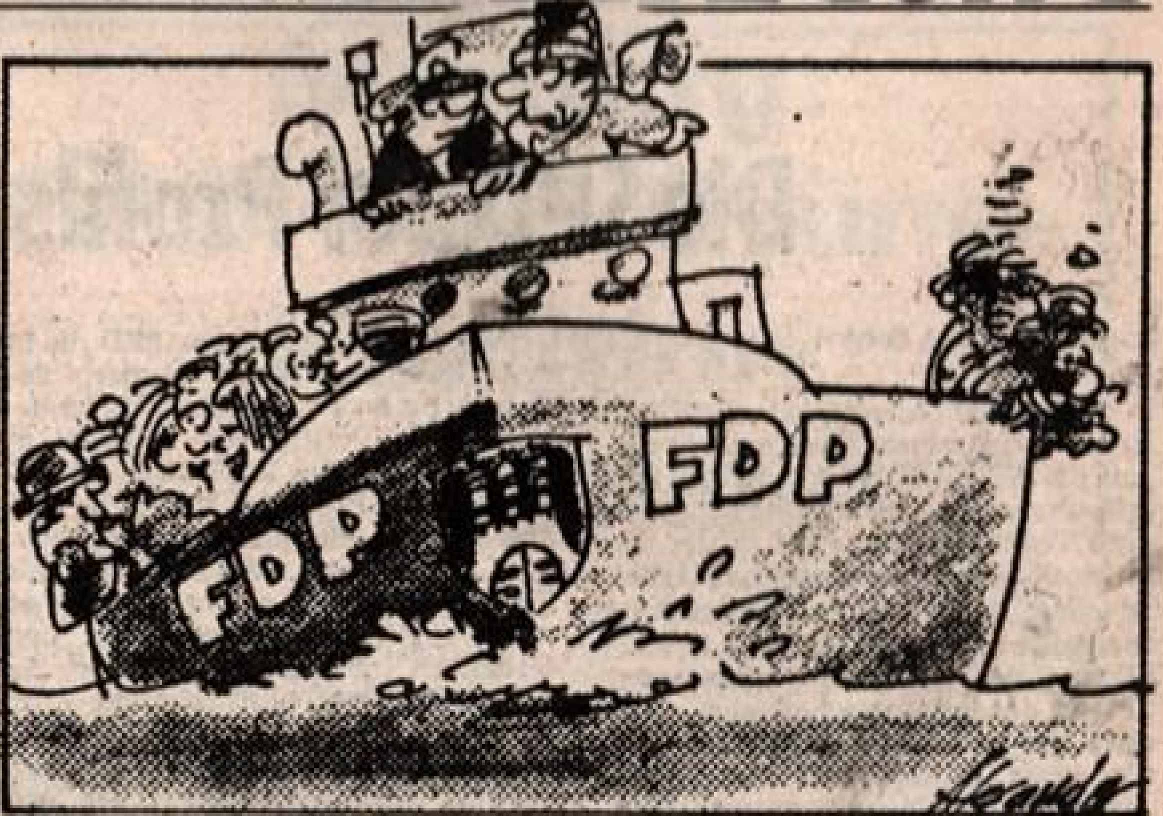
Manfred: Wir werden weiterhin als radikaldemokratische Initiative bestehen bleiben. Unsere Austritte bedeuten nicht, daß die Radikaldemokraten sich auflösen.

AK: Kannst du bitte noch etwas über die Entstehung und Vorgeschichte der Radikaldemokratischen Initiative erzählen?

Manfred: Die Radikaldemokraten sind vor etwa einem dreiviertel Jahr in Hamburg entstanden, aus verschiedenen Linken, die mit der Politik der FDP unzufrieden waren und erstmal ein lockeres Gespräch suchten. Als dann der Druck auf linke und linksliberale Kreise stärker wurde, sind wir dazu übergegangen, uns fester zusammenzuschließen und politisch zu handeln. Wir geben eine Zeitung heraus, die hauptsächlich an Mitglieder verschickt wird. Es ist allerdings geplant, sie weiter öffentlich zu machen. Wir wollen für eine Mitarbeit bei den Radikaldemokraten nicht nur FDP'ler und Ausgetretene gewinnen, sondern auch andere Leute außerhalb der FDP. Die Initiative soll breiter und offener werden und als Alternative gegenüber den bürgerlichen Parteien fungieren, als Alternative mit anderen zusammen.

AK: Gibt es die Radikaldemokraten nur in Hamburg oder im gesamten Bundesgebiet?

Manfred: Radikaldemokratische Initiativen gibt es in allen Bundesländern. Es ist abzusehen, daß neue Leute – von innerhalb und außerhalb der FDP – dazustoßen werden.



„So'n büschn Schlagseite, und schon werden die Linken ganz grün!"

„BILD"-Humor, 9.12.81

AK: In welchem Verhältnis seht Ihr Euch zur Alternativen Liste bzw. zu den Grünen, die sich ja ebenfalls als Alternative zu den bürgerlichen Parteien begreifen?

Manfred: Wir sehen uns mittendrin in der grün/alternativen Wahlbewegung, als ein Teil von ihr. Wir werden die grün/alternative Wahlbewegung unterstützen und dort mitarbeiten.

AK: Wie sieht es denn aus ... Liegen Eure Interessen derzeit stärker auf dem Grünen oder auf dem AL-Sektor?

Manfred: Es gibt Mitglieder von uns, die zu den Grünen tendieren, und welche, die eher zur AL neigen. Bei den 21 Ausgetretenen sind die Kräfte in dieser Hinsicht ziemlich ausgewogen. Aber insgesamt gibt es wohl einen stärkeren Trend zu den Grünen. Wir wollen selbst nicht so sehr unterscheiden zwischen grün und alternativ. Wichtig ist für uns, daß es die grün/alternative Wahlbewegung gibt, daß sie in die Bürgerschaft kommt. Wir finden es wünschenswert, daß das gesamte linke Spektrum für eine grün/alternative Liste zusammenarbeitet, dort eine politische Plattform findet. Vielleicht könnte die grün/alternative Liste Vorläufer einer neuen Partei sein. Für mich selber ist sie nur der Vorläufer für eine neue sozialistische Partei.

AK: Nun ist es ja so, daß es in Hamburg keine grün/alternative Liste gibt. Es gibt die Grünen, es gibt die Alternative Liste, und es bestehen große Schwierigkeiten, eine gemeinsame Liste aufzubauen. Gibt es bei Euch, zwischen denen, die mehr zur AL tendieren und denen, die mehr zu den Grünen tendieren, irgendwie einen Konsens, daß Ihr auf eine gemeinsame Liste hinarbeiten wollt?

Manfred: Für uns alle ist wichtig, daß es diese gemeinsame Liste gibt. Sämtliche Schwierigkeiten, die dieses verhindern sollten, müssen weggeräumt werden. Es wäre fatal, wenn es plötzlich eine Grüne und eine Alternative Liste gäbe, die dann vielleicht beide nicht in die Bürgerschaft gewählt werden.

AK: Als Hindernis für ein Zusammengehen von Grünen und Alternativen steht vor allem die Forderung der Grünen nach 50 % der sicheren Listenplätze und die Ablehnung eines imperativen Mandats durch die Grünen. Wie steht Ihr zu diesem Problemen?

Manfred: Die Kontrolle der zukünftigen Abgeordneten ist eine wichtige Sache. Das ist bei uns noch nicht ausdiskutiert, aber ich persönlich stelle mir vor, daß diese Kontrolle durch einen gemeinsamen Kongreß vollzogen wird. Das muß man sicherlich noch etwas genauer entwickeln, aber ich hoffe, daß man sich in dieser Richtung einigen kann. Ja, zu der 50 : 50 Lösung ... Die ist wohl von den Grünen erstmal aufgestellt worden, um zu sagen: wir sind auch noch da! Sie wollen wohl die Position, die sie errungen haben, nicht aufgeben. Die Radikaldemokraten hoffen sehr, daß gemeinsame Kandidaten für die Bürgerschaft gefunden werden.

AK: Kannst Du sagen, wie Du Dir – bzw. auch andere Radikaldemokraten – die Mitarbeit in der grün/alternativen Wahlbewegung vorstellst?

Manfred: Ja ... wir werden dort mitarbeiten wie jeder andere auch. Aufgrund unserer Erfahrungen in der FDP können wir nur davor warnen, daß die grün/alternative Liste in bürgerliche Strukturen abgleitet. Darauf würden wir vielleicht hinweisen, wenn es notwendig werden sollte. Aber sonst arbeiten wir halt mit wie viele andere auch und beteiligen uns dann aktiv am Wahlkampf.

AK: Vielen Dank, Manfred.

meinsame Liste hinarbeiten wollt?
Manfred: Für uns alle ist wichtig, daß es diese gemeinsame Liste gibt.
viele andere auch und beteiligen uns dann aktiv am Wahlkampf.
AK: Vielen Dank, Manfred.

„Durch Verteidigung wird Krieg erst Krieg"

Offener Brief liberaler Hamburger Bürger an den FDP-Vorsitzenden und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher

Sehr geehrter Herr Genscher!

Wir, die Unterzeichner, sind Mitglieder des F.D.P.-Landesverbandes Hamburg, zum großen Teil Funktionsträger und überwiegend Verfechter radikal-liberaler Ziele.

Wir gehören zu denjenigen, die bei realistischer Betrachtungsweise den Weltfrieden in zunehmendem Maße bedroht und insbesondere das Leben in Mitteleuropa gefährdet sehen. Allein Schuld daran ist die wahnwitzige Eskalation der Rüstung – auch und gerade der NATO. Nicht genug damit, daß uns die aufgrund des „NATO-Doppelbeschlusses" erfolgende Aufrüstung bereits verzweifelt dicht an den Rand des Abgrundes führt, hat nun zu allem Überfluß auch noch die US-amerikanische Regierung die Produktion der Neutronenwaffe beschlossen mit dem selbstverständlichen Ziel, sie in Europa und speziell in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren und bei Bedarf einzusetzen.

Wir wenden uns mit Nachdruck gegen j e d w e d e Konzeption einer möglichen Kriegsführung, auch einer solchen vorgeblich oder tatsächlich defensiven Charakters („durch Verteidigung wird Krieg erst Krieg"), weil ein moderner Krieg unermeßliches Leid für die Menschen in unserem Lande, in Europa und weit darüber hinaus – von den mittelbaren Folgen ganz zu schweigen – bedeuten würde. Er würde einer Unzahl von Menschen das Leben kosten. Aus diesem Grunde halten wir den „Doppelbeschluß" für unverantwortlich, wir treten für eine deutliche Rüstungsverminderung in der Bundesrepublik ein und verurteilen aufs schärfste den Beschluß der Reagan-Regierung über den Bau der Neutronenbombe.

Wir fordern Sie daher auf, Ihren bisherigen Kurs radikal zu ändern und sich nunmehr w i r k l i c h für unsere Sicherheit – nämlich Sicherheit im Sinne dieses Schreibens – einzusetzen und nicht mehr unseren physischen Untergang billigend in Kauf zu nehmen. Zuvorderst ersuchen wir Sie, Ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß die Reagan-Administration den Beschluß über die Produktion der Neutronenwaffe wieder rückgängig macht, um so die Belastung des Ost-West-Klimas wenigstens etwas zu mildern.

Sollten Sie sich, sehr geehrter Herr Genscher, nicht in der Lage sehen, unserer Aufforderung Folge zu leisten, würden die politischen Konsequenzen zu Ihren Lasten gehen. Insbesondere sehen sich die Unterzeichner dann ihrerseits kaum noch in der Lage, die Interessen der F.D.P. zu vertreten. Der Austritt zahlreicher Mitglieder aus der Partei wäre alsdann nur eine Frage der Zeit.

Mit freundlichen Grüßen

Erstunterzeichner, aktive Mitglieder der FDP-Hamburg:
Dietmar Heister LA, Hans Zorn, Franziska Voßbrink, Veit Jäger LA stellv. Kreisvors., Gudrun Kröger, Elfriede Baumann, Frank Straass, Hans Hermann Gerke, Jürgen Kahlert LA Kreisvors., Franz-Josef Vondey LA MdKV, Eckhard Witthöft LA MdKV, Detlev Rosenboom LA Kreisvors. stellv. Bezirksvors., Joachim Matthes, Hans-Günther Middelhauve LA, Manfred Deterding stellv. Kreisvors. MdBV, Dirk Stefan Becker, Robert Zipplies, Claus Brandt LA stellv. Kreisvors. MdBV, Felix Moser LA MdLV, Andreas Bradler, Hans Jürgen Voges Kreisvors. LA, Thomas v. Sänger LA, Otto A. Fischer LA, R.A.P. Moore LA, Marc Oliver RAm stellv. Kreisvors. MdBV, Geerd Dahms, Harry Bülow, Gerhard Weber LA Bundesparteitagsdel., Heike Johns, Günter Frisch LA Vors. Junge Liberale HH, Michael Rabicano, Philip Schönmann, Hans-Joachim Günzl MdKV, Gero v. Kitzing, Wilhelm Mosel, Richard Schmid MdBV.
(LA = Mitglied des Landesausschusses/Parteitages, KV = Kreisvorstand, BV = Bezirksvorstand, LV = Landesvorstand)

Die SPD auf Profilsuche – Eine Posse ohne Gesang

Fortsetzung von Seite 1

Recht hat Löwenthal natürlich, wenn er in seinen Thesen feststellt, daß die SPD Wähler sowohl bei den grün-alternativ beeinflußten Teilen ihres Potentials wie auch in der traditionell sozialdemokratischen Arbeiterschaft verliert. Soweit ist das reine Statistik. Löwenthal verweist zur Erklärung des Vertrauensverlustes der SPD in der Arbeiterschaft aber nicht etwa auf so naheliegende Dinge wie die krass arbeiterfeindliche Regierungspolitik im Verein mit der FDP. Stattdessen interpretiert er die Arbeiter-Verluste der SPD als Reaktion auf eine überzogene Rücksichtnahme der SPD auf überzogene ökologische Forderungen und alternative Randgruppen. Das Problem der SPD sei. behauptet Löwenthal, daß sie es sowohl den Randgruppen wie der Arbeiterschaft rechtzumachen versucht. Das aber sei gar nicht machbar, da zwischen den Randgruppen und den Arbeitern unüberbrückbare Interessensgegensätze bestehen. Hier sei die SPD zur Entscheidung gefordert, und diese Entscheidung müsse klar gegen die Randgruppen, für die Arbeiter fallen. Den zweiten Teil dieser Aussage – Entscheidung für die Arbeiter – kann man getrost vergessen, da Löwenthal keinerlei Ansatz einer Kritik an der aktuellen Politik gegen die Arbeiterklasse erkennen läßt. Ernstnehmen kann man aber den ersten Teil, die Forderung nach klarer Entscheidung gegen ökologische und alternative Politik, gegen die Randgruppen. Es geht darum, die SPD stärker als eine Partei zu profilieren, die sich demagogisch gegen die Randgruppen stellt und sie zum Sündenbock ihrer eigenen arbeiterfeindlichen Politik erklärt. Strickmuster: „Es gäbe viel weniger Arbeitslose, wenn die Chaoten nicht den Bau neuer Atomkraftwerke verhindern würden".

Gewinnen könnte die SPD mit einer solchen Ausrichtung zwar kaum beim großen Teil des an der Partei verzweifelnden Arbeiter-Potentials, das sich derzeit in Nicht-Wahlbeteiligung ausdrückt. Rückgewinnen könnte die SPD aber vielleicht Teile ihres an die CDU/CSU verlorenen Potentials, die für faschistoide Thesen und Minderheiten-Diffamierung anfällig sind.

Auffallend ist, daß die SPD die in den Löwenthal-Thesen skizzierte Politik praktisch schon längst betreibt. Die Politik von Schmidt in Bonn, von Börner in Hessen, die Ablösung von Klose in Hamburg sind anschauliche Beispiele für diese Praxis. So gesehen wären Löwenthals Thesen bloß ein Kalauer – wenn sie nicht zugleich kaum versteckt den Gedanken transportieren würden, die SPD solle nicht bloß scharfen Konfrontationskurs gegen die Alternativen betreiben, sondern sie müsse sich (zwecks Glaubwürdigkeit) auch von einer innerparteilichen Strömung trennen, die dem Flirt mit ökologischen und alternativen Theorien nicht abgeneigt ist. Darüber hinaus enthalten Löwenthals Thesen auch eine deutliche Mahnung an Politiker wie Willy Brandt, die zwar keineswegs zur Parteilinken gehören, aber die sich hin und wieder gern mit integrativen und verständnisvollen Sprüchen selbstdarstellen. Brandt wurde denn auch gleich in der rechten Presse als eigentlicher Angriffspunkt der Löwenthal-Thesen ausgemacht; diese Deutung wird dadurch bestärkt, daß in einem fast gleichzeitig mit den Thesen im „Vorwärts" publizierten Artikel Löwenthals namentlich gegen Brandt polemisiert wurde – was in den Thesen vermieden worden war.

Annemarie Renger, Exponentin des CDU-Flügels in der SPD, vermutete in denThesen Löwenthals eine gute Gelegenheit, um die Parteirechten auf einer gemeinsamen Plattform zu sammeln. Ihr Bemühen um eine Unterschriftensammlung brachte aber nur ein mageres Ergebnis ein. Zwar unterschrieben als Rechte bekannte Gewerkschaftsfunktionäre wie Muhr (stellvertretender DGB-Vorsitzender) und die Vorsitzenden von IG Chemie, NGG, IG Bergbau/Energie, IG Textil und DAG; es unterschrieb auch Georg Leber (ehemaliger Vorsitzender der IG Bau Steine Erden, später Verteidigungsminister), Hamburgs Ex-Bürgermeister Weichmann und sogar Herbert Wehner, der es aber nachträglich ganz anders gemeint haben wollte und vielleicht altersbedingt über den Zweck des Unternehmens wirklich nicht gleich im Bilde war. Viele rechte SPD-Politiker hielten sich gleich von Frau Rengers Vorstoß fern, darunter auch Leute wie Rau (Ministerpräsident NRW) und Börner, die ansonsten Politik im Sinne der Löwenthal-Thesen machen. Wahrscheinlich war es für das Unternehmen auch nicht zuträglich, daß es pressemäßig von Axel Springer und der „FAZ" mit penetranter Geschäftigkeit begleitet wurde. Daß Springer sein ganzes Presseimperium mobilisierte, um die SPD auf eine Politik im Interesse der Arbeiterschaft einzuschwören, erlebt man ja nicht alle Tage.

Widerspruch gegen die Löwenthal-Thesen gab es reichlich:

– Willy Brand behauptete, IHN brauche man schließlich nicht über Arbeiterinteressen aufzuklären, für die sei er sowieso Fachmann. Er wolle aber auch in seinen Bemühungen um Integration der nach links wegdriftenden Kräfte nicht nachlassen. Außerdem seien das größenordnungsmäßig eben durchaus nicht bloß Randgruppen, und der DGB-Vorsitzende Vetter habe ihm gerade bescheinigt, wie wichtig seine *„spezifischen Bemühungen um Integration"* seien (nach „Welt", 8.12.).

– SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hielt Löwenthal gleichfalls vor, daß man bei einem geschätzten Potential der Grünen und Alternativen von rund 20 % doch wohl nicht gut von Randgruppen reden könne. Die SPD müsse in diese Richtung integrationsfähig bleiben, zugleich müsse sie aber auch „handlungsfähig bleiben". Deshalb könne ihr „Spektrum" nicht „unbegrenzt" sein. Hansen müsse natürlich raus, und Coppik habe sich eigentlich auch schon „selbst den Stuhl vor die Tür" gestellt. *„In einer spontanen Bewegung mag hemmungsloser Subjektivismus möglich sein; in einer Partei führt er zu explosiven Konflikten, wenn die einen die mühsamen Kompromisse mit dem Koalitionspartner, dem Bundesrat oder den Verbänden machen müssen, während die anderen ihrer Gesinnung lustvoll freien Lauf lassen und die emotionalen Rendite ihrer Kapuzinerpredigten geniessen".* Genau das ist eigentlich auch das Anliegen und die Denkweise Löwenthals. Glotz demonstriert, wie man Löwenthal scheinbar widerspricht, während man ihm praktisch recht gibt (zitiert nach „Spiegel", 7.12.).

– Juso-Bundesvorsitzender Willy Pieczyk kam der Problematik des ganzen Streits sehr nahe, indem er feststellte, Löwenthals Thesen gingen *„haarscharf an den Problemen vorbei"*, beispielsweise der Arbeitslosigkeit, die in den Thesen gar nicht erwähnt sei. Es sollten *„Minderheiten und Benachteiligte in dieser Gesellschaft gegeneinander ausgespielt"* werden. „Für mich drängt sich auch der Verdacht auf, daß manche der Unterzeichner hier die geistige Vorbereitung der Großen Koalition einleiten wollen" (nach „Welt", 8.12.).

– Peter von Oertzen behauptete in der „TAZ", die SPD sei eigentlich gar nicht für die „arbeitsteilige Industriegesellschaft" (wie Löwenthal vorausgesetzt hatte), sondern gegen die kapitalistische Industriegesellschaft und für einen „demokratischen Sozialismus". Er stimme mit Brandt überein, *„daß viele Hoffnungen, Vorstellungen und Ziele der breiten alternativen Strömung (ich wiederhole: viele, nicht alle) sehr wohl mit sozialdemokratischen, demokratisch-sozialistischen Zielen übereinstimmen oder zumindest verwandt sind". „Die Mehrheit der zur alternativen Strömung hin tendierenden Jüngeren ist bereit, sich politisch zu engagieren"* – was heißen soll, sie sei unter Umständen für die SPD gewinnbar, falls man den Leuten einreden kann, ihre Interessen seien bei der SPD doch noch ganz gut aufgehoben („TAZ", 10.12.). Eben darin liegt natürlich die Schwierigkeit, weil außer Oertzen kein Mensch die nachprüfbaren Resultate von zwölf Jahren SPD-Regierungspolitik für Schritte zu einem demokratischen Sozialismus hält.

– Johanno Strasser, ehemaliger Chefideologe der Jusos, wies auf den demagogischen Charakter der Gegenüberstellung Randgruppen-Arbeiterschaft hin, und er widersprach der Behauptung eines Gegensatzes zwischen Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz. Bei Löwenthals Thesen gehe es *„weniger um Theorie als um praktische Politik"*. „Die SPD soll auf strammen Durchhaltekurs getrimmt werden. Nur: Dieses Konzept hat Börner in Hessen bereits ausprobiert. Und der scheitert damit" („TAZ", 10.12.).

– Manfred Coppik, mit einem Bein schon außerhalb der SPD, stellte fest, die Löwenthal-Thesen richteten sich gegen *„Reste einer linken Opposition gegen die Schmidtsche Politik"*. *„Diese Opposition soll und muß zerschlagen werden, um auf dem Weg zur Allparteien-Koalition voranzukommen"*, und zwar, bevor sich „Kooperationsformen" zwischen der SPD-Linken und der Linken außerhalb der SPD entwickeln (zitiert nach „Welt", 9.12.).

Brechen wir die Wiedergabe der Reaktionen hier ab. Insgesamt lassen sich drei unterschiedliche Standpunkte erkennen:

1. Die von Coppik repräsentierte Position, die zwar die SPD noch nicht völlig aufgibt, aber die an eine Rettung der Partei nur aus eigener Kraft schon nicht mehr glaubt, die also Kooperationsmöglichkeiten und eventuell auch Organisationsformen außerhalb der SPD anstrebt.
2. Eine linkssozialdemokratische Position, die die Fragestellung Löwenthals als bewußt falsch verwirft und die sich immerhin im Klaren darüber ist, daß die SPD in der Realität weder den Alternativen noch den Arbeitern gerecht wird, weil sie eine Politik macht, die sich an kapitalistischen Interessen orientiert.
3. Die u. a. von Brandt, Glotz und Oertzen vertretene Position, die sich Möglichkeiten für Integrationsmanöver offenhalten will, ohne aber ernsthaft die Regierungspolitik der SPD zu bekämpfen. Diese Position, die rechte Regierungspolitik mit linkem Wortgeklingel schmackhaft machen möchte, ist allerdings längst gescheitert. Sie könnte allenfalls dann wieder relevant werden, wenn die SPD in die Oppositionsrolle geschickt wird und nicht mehr so genau an ihren Taten gemessen werden kann.

So gesehen haben Löwenthal, Renger & Co. aktuell wohl recht, wenn sie damit argumentieren, daß nach links sowieso kaum Stimmen zurückzugewinnen sind und daß es folglich ziemlich sinnlos sei, überhaupt den Anschein von Offenheit und Integrationsbemühungen in diese Richtung zu machen. Denn gerade für das „kritische Potential" gilt ja, daß es sich nicht mit frommen Sprüchen dummquatschen läßt („Demokratischer Sozialismus", SPD als „die einzige wahre Ökologie-Partei" etc. pp.), sondern sehr genau auf konkrete, nachprüfbare Taten schaut. Was dies angeht, ist mit modernisierten Selbstdarstellungen auch nichts mehr zu retten. Schließlich hat sich die SPD seit 1969 – dem Beginn der

Selbstdarstellungen auch nichts mehr zu retten. Schließlich hat sich die SPD seit 1969 – dem Beginn der

sozialliberalen Koalition in Bonn – kontinuierlich und mit sich beschleunigendem Tempo nach rechts entwickelt. Und die von Löwenthal, Renger u. a. befürwortete „Abkoppelung" der Parteilinken von der SPD hat ohnehin schon begonnen. Darüber ist man sich in der Parteispitze offenbar sehr einig.

Neben anderem ist die Verschleierung dieser Verhältnisse gerade ein Zweck des Schein-Streits um die Löwenthal-Thesen. In einer sich ohnehin zügig nach rechts entwickelnden, linken Ballast abwerfenden SPD haben ein paar Figuren wieder einmal ihre Integrationswilligkeit und ihr fast grenzenloses Verständnis für die kritischen jungen Leute bekunden können. Als Symbolfigur dieser Integrationsbemühungen ein bißchen Kritik von rechts zu bekommen, kann für Willy Brandt eigentlich nur angenehm und schmeichelhaft sein. Daraus braucht man nicht gleich zu schlußfolgern, daß die ganze Geschichte zwischen den alten Freunden Löwenthal und Brandt abgesprochen war. Ausschließen sollte man das aber auch nicht.

Sechs Thesen zur Identität der Sozialdemokratie

Von Richard Löwenthal

1. Unsere Partei befindet sich zur Zeit in einer Krise ihrer Identität. Es handelt sich nicht einfach darum, daß ihre Popularitätskurven und Wählerzahlen sinken – das ist bei kritischer Wirtschaftslage und nach 12 Regierungsjahren natürlich und kann sich bei veränderter Lage wieder ändern. Es handelt sich darum, daß einerseits die Anziehungskraft der Sozialdemokratie auf die Jungwähler zugunsten diverser „grüner" und „alternativer" Gruppen und der Nichtwähler zurückgeht, während andererseits eine erhebliche Anzahl sozialdemokratischer „Stammwähler" zur CDU abschwimmen oder zu Hause bleiben. Dieser gleichzeitige Verlust nach zwei entgegengesetzten Richtungen zeigt an, daß die Partei in einer brennenden Streitfrage unserer Zeit keine eindeutige und überzeugende Entscheidung getroffen hat – mithin eine Krise ihrer Identität durchmacht.

2. Die Streitfrage, um die es geht, ist die Frage nach dem Primat der Lebensfähigkeit unserer Industriegesellschaft und der maximalen Beschäftigung ihrer Mitglieder einerseits, oder dem Primat nichtindustrieller Lebensformen und der absoluten Verhinderung ökologischer Schäden andererseits. Natürlich wollen alle Sozialdemokraten maximale Beschäftigung, und alle Sozialdemokraten sind gegen Vergiftung der Umwelt. Aber die Weltanschauung der „Alternativen" ist der Industriegesellschaft grundsätzlich feindlich und hält sie für einen geschichtlichen Irrweg der Menschheit; und sie setzt das Ziel des Umweltschutzes als so absolut, daß es mit der Fortentwicklung einer industriellen Gesellschaft unvereinbar wird. Auf dem Papier kann man immer Kompromißformeln finden, die beiden Zielen gerecht werden. In der Praxis muß man wieder und wieder ausufernde ökologische Forderungen im Interesse des Rechts auf Arbeit begrenzen.

3. Nach der Natur der Schichten, die die eine oder die andere der entgegengesetzten Positionen in dieser Streitfrage unterstützen, hat man häufig von einem Gegensatz zwischen industriellen Arbeitern, insbesondere Facharbeitern, und Angehörigen der neuen „nachindustriellen" Schichten, insbesondere Jugendlichen, gesprochen. Das trifft die wirkliche Scheidelinie nicht. Auf der industriellen Seite findet sich die große Mehrheit aller in der Arbeitsteilung unserer Gesellschaft eingegliederten Berufstätigen – ob Arbeiter, Angestellte, Angehörige des öffentlichen Dienstes oder Selbständige, mit teilweiser Ausnahme solcher stark „ideologisch" ausgerichteten Berufe wie Lehrer und Pfarrer. Auf der anderen Seite findet sich vor allem ein Teil der Jugendlichen, die oft ohne ihr Verschulden nicht in die berufliche Arbeitsteilung eingegliedert sind, oft aber auch sich gar nicht in diese eingliedern wollen – nicht, weil sie „faul" wären, sondern weil sie die Freiheit wechselnder Beschäftigungen einer beruflichen Festlegung vorziehen, die sie als Beschränkung ihrer Selbstbestimmung empfinden. Dabei sind freilich die frei gewählten wechselnden Tätigkeiten solcher „Aussteiger" meist nicht in der Lage, ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern: sie bedürfen der öffentlichen Unterstützung (etwa durch Bafög) oder der privaten (etwa durch Eltern). Sie handeln aus menschlich verständlichen altruistischen Motiven, aber sie leben überwiegend auf Kosten der berufstätigen Mehrheit.

4. Diejenigen, die der Sozialdemokratie die Aufgabe einer Integration der neuen Welle „kritischer Jugend" stellen wollen, verweisen auf eine vermeintliche Gemeinschaft der grundlegenden Ziele. Das ist eine Fehleinschätzung. Es gibt in vielen Fällen eine Gemeinschaft humaner Motive und kritischer Anschauungen zwischen Sozialdemokraten und „Aussteigern", aber keine Gemeinschaft mit ihren politischen oder antipolitischen Zielen. Die Sozialdemokratie will die Industriegesellschaft fortentwickeln, und vermenschlichen – sie will sie nicht verteufeln oder abbauen, da sie weiß, daß ohne ihre Leistungen die Milliardenbevölkerung unseres Planeten nicht existieren könnte. Die Sozialdemokratie macht aus statistischem Maximalwachstum keinen Fetisch – aber sie macht erst recht keinen Fetisch aus einem „Nullwachstum", das nie zum wirtschaftlichen Gleichgewicht, nur zur Dauerkrise aller Investitionsgüterindustrien mit den entsprechenden Folgen auf dem Arbeitsmarkt führen könnte. Die Sozialdemokratie kann die gegenwärtige wirtschaftliche Stagnation nicht als einen Weg zu idyllischer Stabilität beschönigen, sondern will das Menschenmögliche tun, um sie zu überwinden.

5. Die Ablehnung der arbeitsteiligen Industriegesellschaft und der Rückzug auf Inseln der „Selbstverwirklichung" führt logisch häufig auch zum Rückzug aus den Institutionen unserer Demokratie. Umweltschützerische Bürgerinitiativen und kommunalpolitische Mitarbeit von „Grünen" können Formen belebender demokratischer Partizipation sein, ob ihre Vorschläge im einzelnen vernünftig sind oder nicht. Die Entgegenstellung solcher Forderungen gegen bereits rechtsgültige Mehrheitsentscheidungen der gewählten demokratischen Körperschaften aber beruht auf einem Versuch der Abkapselung lokaler Interessen von den Bedürfnissen der Gesamtgesellschaft, der zur Nichtachtung unserer demokratischen Institutionen und häufig auch zur Nichtachtung der Rechtsordnung führt, die unsere Gesellschaft zusammenhält.

6. Die Sozialdemokratie kann also die gegenwärtige Identitätskrise nur überwinden, wenn sie sich klar für die arbeitsteilige Industriegesellschaft und gegen ihre Verteufelung, für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppe der Aussteiger entscheidet. Eine solche Entscheidung ist mit realistischen Maßstäben der Umweltpolitik, wie sie seit 1969 mit sichtbarem Erfolg stetig entwickelt, aber zum Teil zu wenig bekannt geworden ist, durchaus vereinbar. Wenn sie diese Politik sowohl in der Diskussion wie vor allem in der Praxis eindeutig vertritt, kann sie sicher schließlich auch Teile der Aussteiger, die zum Lernen aus Erfahrungen fähig sind, integrieren. Wenn die Partei um der Integrierung dieser Gruppen willen eine klare Entscheidung vermissen läßt, kann sie nur sich selbst desintegrieren.

aus: „Vorwärts", 10.12.81



Erste Landeskonferenz der „Unabhängigen Sozialdemokraten"

Am 13.12. fand in Rüsselsheim die 1. Landeskonferenz der hessischen Unabhängigen Sozialdemokraten statt. Dies ist der bisher deutlichste Ausdruck des Versuches einer Neuorganisierung von ausgetretenen, ausgeschlossenen oder noch in der SPD verweilenden (kritischen) Sozialdemokraten. Auch in Schleswig-Holstein und Westberlin gibt es, wie auf dem Treffen berichtet wurde, erste, noch bescheidene Ansätze in dieser Richtung. In Hessen scheint dieser Prozeß aber aufgrund der berüchtigten Politik des Ministerpräsidenten und SPD-Vorsitzenden Börner am weitesten fortgeschritten zu sein.

Neben den rund 80 Stimmberechtigten aus der neuen Organisation waren etwa ebensoviele Beobachter gekommen. Der Konferenz lagen mehrere Papiere programmatischen Charakters vor. Größtenteils wird sich darin mit der Politik der „Alt-SPD", wie sie die „Unabhängigen" nennen, auseinandergesetzt. Neben Ausführungen zur Wirtschafts-, Sozial-, Frauen- und Friedenspolitik gab es ein Papier mit 30 Thesen zur Einschätzung der kapitalistischen Gesellschaft und zur aktuellen politischen Lage.

Nach Angaben von Dieter Kellermann haben die USD (so wollen sie sich später einmal nennen) in Hessen „mehrere tausend" Anhänger und Sympathisanten (K. war ehemals Vorsitzender eines Frankfurter SPD-Ortsvereins). In einem Papier wird eine Zahl von 1600 Bürgern genannt, die sich *„bereits bei uns eingeschrieben und als Mitglieder (haben) vormerken lassen"*. Unterbezirke gebe es schon in Frankfurt, Darmstadt, Darmstadt-Dieburg, im Main-Taunus-Kreis und im Rheingau-Taunus-Kreis. Laut Kellermann wird in *„12 Ortsbezirken energisch politische Arbeit betrieben"*. Andererseits wurde berichtet, daß bisher erst die Darmstädter Gruppe Öffentlichkeitsarbeit (Infostände) macht. Der Rüsselsheimer Konferenz soll Anfang 1982 ein Programmparteitag folgen. Für das Frühjahr ist die offizielle Ausrufung der USD auf einem Gründungsparteitag vorgesehen. Wie schnell man sich als Partei konstituieren solle, ist umstritten. Ein Juso aus Köln meinte etwa, linke Sozialdemokraten müßten noch den SPD-Parteitag im nächsten Jahr abwarten, bevor sie austreten. Andere hätten die neue Partei am liebsten gleich in Rüsselsheim gegründet.

Für die Gründungsgruppe der USD markierte der 21. Juni 81 den vollständigen Bruch mit der SPD. Damals ließ sich Börner (nach einer vorangegangenen Rücktrittsdrohung) von einem SPD-Sonderparteitag seinen Startbahn-Kurs absegnen. Dementsprechend steht der Startbahn-Konflikt und das undemokratische Verfahren der SPD-Führung für sie im Vordergrund der Auseinandersetzung. Die „Innere Verkrustung" der SPD ist in diesem Zusammenhang ein gern gebrauchter Begriff. Unter Berufung auf Eppler wird die Gefahr einer „immer stärker werdenden Verkrustung und Erstarrung" in der BRD gesehen.

Zum Selbstverständnis der USD meinte Manfred Menzel, Mitglied des Gründungsausschußes, sie seien keine linke Abspaltung. Man habe vielmehr den Anspruch, „die authentische SPD" zu sein und deren (positives ?) Erbe anzutreten. *„Die Unabhängigen Sozialdemokraten sind keine Abspaltung, sondern die Keimzelle einer unerläßlichen Erneuerung. Wir versuchen, das zu erneuern und zu regenerieren, was sich unter der Bezeichnung S o z i a l d e m o k r a t i e einmal an Wollen um die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen konstituiert hat"* (Programmatische Leitlinien). Weiter heißt es dort: *„Auch die bundesdeutsche SPD hatte ihre glanzvolle Geschichte, die durch Namen wie Kurt Schumacher und Willy Brandt sowie Begriffe wie Godesberger Programm und Entspannungspolitik gekennzeichnet ist. ... Deshalb sehen sich die USD als eigentliche, die weiterlebende, die 4. Sozialdemokratische Partei auf deutschem Boden"*. Das klingt in der Tat sehr sozialdemokratisch, aber wenig sozialistisch.

Offen ist allerdings, inwieweit diese Auffassungen das gesamte Spektrum der in der USD vertretenen Personen und Gruppen widerspiegeln. Auf der Konferenz gab es hierzu so gut wie keine Beiträge. Meinungsunterschiede gab es hingegen über die Ursachen der wirtschaftlichen und ökologischen Krise und über die Wege zu deren Bekämpfung. Ein Teil der USD orientiert sich stark an einer grünen Programmatik: *„Die freie Marktwirtschaft muß durch eine ökologische Kreislaufwirtschaft ... abgelöst werden"* (Leitlinien). Mitglieder des Gründungsausschusses haben sich bereits detailliert Überlegungen gemacht, wie diese ökologische Kreislaufwirtschaft funktionieren soll.

Zur Ursache der Krise heißt es in den Leitlinien: *„Die USD gehen davon aus, daß ... es ... sich nicht um eine vorübergehende Wirtschaftskrise handelt, sondern um einen durch Ressourcenerschöpfung, Erreichen der Grenzen ökologischer Belastbarkeit ... gekennzeichneten n e u e n Zustand, dessen Bewältigung neue Instrumentarien erfordert"*.

Diese Position wurde in Rüsselsheim von mehreren Rednern kritisiert. Ihrer Ansicht nach müsse der kapitalistische Charakter der Krisensituation stärker herausgestellt werden. Einzelne USDler grenzten sich recht scharf von dem, wie sie es nannten, „grünen Unsinn" ab und traten für eine Orientierung auf klassenkämpferische und sozialistische Positionen ein. Ihnen wiederum hielt ein aus Hamburg angereister Beobachter der Gruppe Z entgegen, sie würden die Ökologen „ausgrenzen".

Die Meinungsverschiedenheiten konnten auf der Debatte nicht geklärt werden. Sie sollen in einer speziell einzurichtenden Arbeitsgruppe weiterdiskutiert werden.

Einschätzung und Kritik

Interessant war, wer in Rüsselsheim alles n i c h t (noch nicht?) dabei war, z.B. Coppik und Hansen (womit aber auch nicht gerechnet wurde). Hansen wurde am selben Tag endgültig aus der SPD ausgeschlossen. Noch scheint unklar, ob er sich in nächster Zeit insbesondere der (vergeblichen) Mühe widmen wird, seinen Parteiausschluß rechtlich anzufechten. Coppik verteidigte nach dieser Entscheidung der SPD-Bundesschiedskommission ausdrücklich die Äußerungen, die Hansen zum Vorwurf gemacht worden waren:
„Politische Schweinerei" und „Geheimdiplomatie". *„Das Rüsselsheimer Treffen von ehemaligen und enttäuschten Sozialdemokraten sieht (er) als einen Teil der Suche nach eventuell neuen Organisationsformen. Diese Suche sei eine ‚außerordentlich schwierige Frage', zu der auch er sich in seinem Brief ‚an tausend Freunde' Gedanken gemacht habe"* („FR", 16.12.).

Aber auch SB, GIM und andere Gruppierungen, die den SPD-Linken nahestehen (oder zu ihnen gehören), fehlten fast vollständig. Bedenkt man, wieviele Leute im Laufe der letzten Jahre aus der SPD rausgeflogen oder gegangen sind oder noch immer mit „Bauchschmerzen" drin sind, so waren es recht wenige, die den Weg nach Rüsselsheim gefunden haben. Dementsprechend kann dieses Treffen auch nur ein allererster Schritt gewesen sein.

Offensichtlich wird immer noch stark abgewartet und taktiert. Bevor viele ihr Parteibuch wirklich abgeben, wollen sie erst einmal sehen, was die USD ihnen zu bieten hat. So sind denn die „Macher" ein wenig krampfhaft darum bemüht, etwas darzustellen, „seriös" zu wirken, wie Menzel sagte.

Schwierigkeiten gibt es auch mit der Vergangenheitsbewältigung. Was die Kritk an der SPD angeht, hat man einen kleinen gemeinsamen Nenner gefunden: Verkrustung, Erstarrung, Verbürokratisierung, „moralisch tot" usw.. Damit und mit dem Spruch, die USD hätten das „Erbe der (wahren) SPD angetreten (was wirklich kein Ruhmesblatt wäre), wird eigentlich nur eine weitergehende Diskussion über die Einschätzung der SPD ausgeklammert.

Es ist einigermaßen erstaunlich (jedenfalls für uns), wie wenig innerhalb der USD auf die Diskussionen eingegangen wird, wie sie in den letzten Jahren unter den Linken geführt worden sind. Die Grünen etwa werden bestenfalls mal am Rande erwähnt und dann mit Bemerkungen kommentiert wie: Vor jedem AKW würden sie demonstrieren, aber vor und in den Betrieben machten sie nichts. Selbst diejenigen, die eine ökologische Kreislaufwirtschaft favorisieren und für die die Ökologie vor Ökonomie geht (Menzel), beziehen sich dabei weder auf grüne noch auf bunte Diskussionen. Das gibt dem Ganzen einen etwas sektenhaften Charakter.

Große Sprünge sind wohl auch nicht zu erwarten, solange die USD einerseits mit Brandt und Glotz um die richtige Auslegung des Godesberger Programms buhlen, andererseits den Grünen die o.g. Kreislaufwirtschaft streitig machen sollten. Ist denn da wirklich noch eine „Marktlücke"??

Geht man aber davon aus, daß die Thesen des Gründungsausschusses nicht repräsentativ sind für all das, was sich da zu regen und einzufinden beginnt, so kann das Rüsselsheimer Treffen — setzt man Diskussionsbereitschaft bei allen Beteiligten voraus — nur der Anfang einer längeren Debatte und eines längeren Prozesses gewesen sein. Bislang jedoch scheint der Aspekt etwas zu sehr im Vordergrund gestanden zu haben, man brauche sich nur konstituieren, alles weitere kommt dann mehr oder weniger von alleine. Bei den Versuchen vor gut einem Dutzend Jahren, (eine) neue kommunistische Organisation(en) zu bilden, reichte es nicht.

Ein Frankfurter Genosse,
der in Rüsselsheim anwesend war

Marburg: SPD-FDP-Grüne-Koalition geplatzt

Ein halbes Jahr nach den hessischen Kommunalwahlen vom 22. März war es am 3. Sept. zur Bildung einer Koalition zwischen SPD, FDP und Grünen gekommen. Dieses bislang einmalige Bündnis hatte für bundesweites Aufsehen gesorgt und zu heftigen Diskussionen bei den Grünen auch auf Landes- und Bundesebene geführt.

In Marburg hatte sich von Anfang an eine „qualifizierte Minderheit" der SPD - ihr rechter Flügel unter Führung des Stadtverbandsvorsitzenden Drusel - gegen dieses Bündnis ausgesprochen und wollte offensichtlich auf alle Fälle die „Große Koalition" mit der CDU fortsetzen. Bei den Grünen war deren linker Flügel mit dem geschlossenen Bündnis nicht zufrieden. Die Ablehnung bezog sich in der Regel jedoch weniger auf die Koalition als solche, sondern hauptsächlich darauf, daß die konkreten Zugeständnisse an die SPD zu groß waren (z.B. Zustimmung zum Kostendeckungsprinzip bei kommunalen Leistungen wie Gas, Wasser, Strom, Müllabfuhr, Nahverkehr etc.).

Am 7. Dezember - drei Monate nach Bildung der Koalition - erklärten nun die Vertreter der SPD in einem letzten Koalitionsgespräch, *„das ‚Bündnis'"* sei *„aus ihrer Sicht gescheitert"* („Oberhessische Presse" v. 8.12.81). Am 7.12. fand ebenfalls ein erstes offizielles Gespräch zwischen SPD und CDU statt. *„Dabei seien auch Möglichkeiten einer erneuten Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Parteien, evt. unter Einschluß der FDP, erörtert worden"* („OP" v. 8.12.).

Wie kam es nun dazu? Am 18.11. weilte Landesfürst Holger Börner in Marburg, um Oberbürgermeister Drechsler (SPD) das Bundesverdienstkreuz zu verleihen und den Erweiterungsbau des Marburger Schloßmuseums einzuweihen. Etwa 1500 Demonstrant/inn/en waren nicht bereit, ein lauschiges Beisammensein der Marburger Honoratioren mit Börner hinzunehmen, während derselbe Börner mit brutaler Polizeigewalt den Bau der Startbahn West durchpeitschen will. Die Demonstran/inn/en versperrten den Zugang zum Schloß, so daß einige „Ehrengäste" unverrichteter Dinge wieder abziehen mußten. Zweimal kam es während dieser Blockade zu Knüppeleinsätzen der Polizei; einmal, um ein paar Gästen den Weg ins Schloß hinein, ein zweites Mal, um Börner den Weg aus dem Schloß heraus freizukämpfen (siehe auch AK Nr. 213).

Die „Oberhessische Presse" war in den nächsten Tagen voll von Abscheu über die *„unerträgliche Gewalt"* (Uni-Präsident Kröll in der „OP" vom 20.11.). Damit war jedoch nicht etwa der Einsatz von Gummiknüppeln und Chemical Mace durch die Polizei gemeint. Es sei zwar *„in Einzelfällen vom Schlagstock Gebrauch gemacht worden"* (Marburgs Polizeidirektor Gorol), insgesamt müsse aber von einem *„besonnenen Verhalten der Polizei"* (OB Drechsler) gesprochen werden. Nein, die „unerträgliche Gewalt" ging selbstverständlich - wie könnte es auch anders sein - von den Demonstran/tinn/en aus: Von *„Formen unerträglicher psychologischer Pression und Gewalt"* (Kröll) über *„eine bisher in Marburg nicht dagewesene Militanz der Demonstranten"* (Gorol) und *„organisierte Gewalt"* (SPD-MdB Jahn) bis hin zu *„Aufruhr"* (Drusel: *„Die permanente Demonstration, die außerdem immer weniger gewaltfrei durchgeführt wird, grenzt an Aufruhr."* „OP" v. 21.11.), zog die „OP" geifernd gegen die Demonstration vom Leder.

Angriffsziel dieser Hetzkampagne waren vor allem die Stadtverordneten von DKP und Grünen, die sich an der Aktion beteiligt hatten, insbesondere *„der Bauausschußvorsitzende des Stadtparlaments Jan Kuhnert von den Grünen, [der] eingehängt mit anderen Demonstranten Parlamentariern ein Weiterkommen unmöglich machte."* („OP" v. 20.11.)

Am 21.11. (und danach) griff die „OP" dann bereitwillig die Forderung der CDU nach Abwahl Kuhnerts (*„Ein demokratisches Parlament gäbe sich selbst auf, wenn es einen Mann wie Kuhnert mit einem so wichtigen Amt betraue, meinte Bohl."* Bohl ist CDU-Kreisvorsitzender.) bzw. der SPD-Rechten nach Aufkündigung des Bündnisses auf (Drusel: *„Daß jedoch selbst Marburger Stadtverordnete der Grünen und der DKP aktiv an der Belagerungsmaßnahme teilgenommen hätten, werde nicht ohne Folgen auf die Zusammenarbeit im Stadtparlament bleiben."*) Zwei Tage später erhob auch die CDU die Forderung nach Auflösung der Koalition: *„Nach dem vergangenen Mittwoch müsse die CDU feststellen, daß man die Grünen in der Marburger Stadtverordnetenversammlung nicht mehr zu dem demokratischen Spektrum zählen könne. ... Die Marburger CDU müsse der SPD die Frage stellen, ob sie den eingeschlagenen Irrweg des Bündnisses mit den Grünen weitergehen wolle."* („OP" v. 24.11.)

In der Sitzung des Bauauschusses am 26.11. erklärte die CDU, sie werde sich an diesem Gremium nicht mehr beteiligen, solange es unter Leitung von Kuhnert stehe. Am 27.11. waren dann die Ausschußmitglieder von CDU, SPD und FDP nicht mehr erschienen. Ein Antrag der CDU auf der Stadtparlamentssitzung am gleichen Tag, den Bauausschuß aufzulösen, fand keine Mehrheit. Die SPD mochte ihm nicht zustimmen, allerdings nur aufgrund von *„Bedenken wegen des Zeitplans"*. *„Sollte es zur Auflösung des Ausschusses kommen, dann könnten die anstehenden Entscheidungen im Baubereich erst im nächsten Jahr getroffen werden."* (OB Drechsler laut „OP" v. 30.11.)

Zu Beginn der Sitzung hatte der Stadtverordnetenvorsteher Wulff (CDU) eine Erklärung zu den Aktionen am Schloß verlesen, der sich auch die Fraktionsvorsitzenden von SPD und FDP anschlossen. Darin werden die Demonstrant/inn/en als *„Feinde von Recht und Freiheit unseres Volkes"* bezeichnet und die Parole ausgegeben: *„Alle Bürger müßten zusammenstehen... und die Feinde von Recht und Freiheit wirksam bekämpfen"* (zitiert nach DKP-Zeitung „Marburger Echo" v. 28.11.). Die DKP, die sich schon vorher mit Kuhnert solidarisiert hatte, verteidigte als einzige Fraktion halbwegs offensiv die Anti-Börner-Aktionen. Die Grünen brachten eine halbe Distanzierung: *„Die Grünen, die sich ebenfalls für Gewaltfreiheit aussprachen, unterstrichen, daß ihres Wissens keines ihrer Mitglieder an den Ausschreitungen beteiligt gewesen sei."* („OP" vom 30.11.) Welche „Ausschreitungen" (von Demonstrantenseite) damit gemeint sein könnten, wissen wohl nur die Grünen allein. Diese Distanzierung verhalf den Grünen zwar zu einer Erklärung der FDP, sie sei dagegen, „sie in eine Ecke zu stellen", jedoch der Bruch der Koalition war von SPD-Seite eigentlich schon eine klare Angelegenheit.

Am 30.11. gab dann die SPD-Fraktion OB Drechsler offiziell grünes Licht für Gespräche mit der CDU zur Bildung einer großen Koalition möglichst unter Einschluß der FDP.

Am 7.12. wurde die Koalition mit den Grünen von der SPD gekündigt und ein erstes Gespräch mit der CDU geführt. Am 11.12. wurde als vorläufig letzter Akt schließlich auch der Bauausschuß gegen die Stimmen der DKP, der Grünen und der FDP bei 6 Enthaltungen aus den Reihen der SPD aufgelöst.

Wie hatte sich doch OB Drechsler nach den Kommunalwahlen geäußert? *„Ob die ‚Große Koalition' ... abgelöst wird, ... hängt in erster Linie vom künftigen Verhalten der FDP und der Grünen ab."* Die SPD-Fraktionsvorsitzende sagte kurz vor Bildung der Koalition mit den Grünen: *„hier* (im Bauausschuß) *könnten sie zeigen, wie weit sie es mit ihrer Verantwortung in der Tat dann ernst meinten. Wir wollten sie nicht wie die Kommunisten draußen lassen, sondern in die Pflicht an der Mitverantwortung nehmen."*

Daß dies nicht im beabsichtigten Umfang gelungen ist - und nicht so sehr die lächerlich aufgebauschten Vorgänge beim Börner-Besuch - dürfte der Grund für das Ende dieser „einmaligen" Koalition sein.

Zur konkreten Politik dieser Koaliotion in den drei Monaten ihres Bestehens und zu den Diskussionen in und um die Grünen zu Beginn und jetzt nach dem Scheitern der Koalition folgt ein Artikel im nächsten Arbeiterkampf.

KB/Gruppe Hamburg

(K)eine Richtigstellung

DIE GRÜNEN
KREISVERBAND DORTMUND

der Kreisvorstand

Kontaktadresse:
Friedrich A. Hoesner
Robert-Koch-Str. 69
4600 Dortmund 1 0231 / 59 23 66

an
die Redaktion des
Arbeiterkampfes

Konto:
Postscheckamt Dortmund 170216-465
Kreisverband Dortmund DIE GRÜNEN

Betr. Euer Artikel im AK 213,
S. 38

Dortmund, den 1.12.81

Sehr geehrte Damen und Herren ,

Der Kreisvorstand der Grünen in Dortmund hat mit Erstaunen folgende Bemerkung im AK 213 zur Kenntnis genommen:

"Zum Zustandekommen dieser Demonstrationen haben gewiß viele Faktoren beigetragen, aber es bleibt festzuhalten, daß die erste förmliche Initiative zur Demonstration vom "reisverband Dortmund der Grünen ausging, der stark von KPD Kadern beeinfluß ist."

Der Kreisvorstand verlangt, daß folgende Gegendarstellung abgedruckt wird:

1. Der Dortmunder Kreisverband der Grünen ist nicht stark von KPD-Kadern beeinflusst. Wir haben 12o Mitglieder. Davon kommen regelmäßig zwischen 3o und 4o Mitgliedern zur monatlichen Mitgliederversammlung.
   Die Initiative anläßlich des Besuches von L. Breschnew fand in einer Mitgliederversammlung eine große Mehrheit.

2. Wir haben Verständnis dafür, daß eine zentralistisch aufgebaute Organisation wie der KB Schwierigkeiten hat, Gepflogenheiten einer dezentralen Organisation wie die Grünen richtig einzuschätzen.
   Sie sollten aber folgendes zur Kenntnis nehmen.
   Die friedenspolitische Initiative anläßlich des Breschnew-Besuches wurde gründlich diskutiert und beraten in
   - der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Dortmund
   - der Landesarbeitsgruppe 'Friedenspolitik' der Grünen in NRW
   - dem Landesvorstand der Grünen in NRW.

3. Wir haben Ihnen mehrfach mündlich mitgeteilt, daß Ihre Äußerungen in Bezug auf den Kreisverband der Grünen in Dortmund als auch in Bezug auf das Zustandekommen der friedenspolitischen Initiative anläßlich des Breschnew Besuches falsch sind.
   Sie haben diese Äußerungen in drei Nummern des AKs wiederholt.
   Wir können diese Wiederholungen nur als gezielte denunziatorische Äußerung verstehen, die die These belegen soll, daß die Grünen in Dortmund von Kadern der ehemaligen KPD unterwandert sind.
   Wir laden Sie herzlich zu unserer nächsten Mitgliederversammlung ein, so daß Sie sich vorort über die Absurdität Ihrer Äußerungen überzeugen können.

Wir erwarten den Abdruck dieser Gegendarstellung im nächsten AK und behalten uns weitere Schritte gegen Sie vor.
Mit freundlichen Grüßen
(für den Kreisvorstand)

(für den Kreisvorstand)

Anmerkungen dazu

Der Punkt 3 der Erklärung des Dortmunder Grünen Kreisvorstandes ist falsch: Es wurde der AK-Redaktion gegenüber keine einzige „mündliche Mitteilung" gemacht. Es kann sein, daß irgendwo irgendwelche KB-Mitglieder angesprochen wurden; das können wir nicht überprüfen. Ansonsten ist dem Unterzeichner (H. Regenstein) die AK-Praxis besser bekannt (nachdem erst vor wenigen Nummern seine Stellungnahme zu unserem 'Offenen Brief' an die Grünen im AK abgedruckt wurde). H. Regenstein kennt also unsere Adresse und er weiß auch, daß wir mit dem Abdruck von schriftlich (!) vorliegenden Gegendarstellungen, Korrekturen etc. nicht kleinlich sind.

Punkt 1 und 2 gehen an unserem Vorwurf der „Beeinflussung" durch KPD-Kader elegant (??) vorbei. Es ist nicht unser Strickmuster, aus der Tatsache, daß eine Reihe von KPD-Kadern im Dortmunder KV der Grünen mitarbeiten, dort in der Friedensfrage politischen Einfluß besitzen, bzw. mit für die Friedens-AG als Kontakt zeichnen, den Schluß zu ziehen oder nahezulegen, als würden im Dortmunder KV Beschlüsse nicht aufgrund von Diskussionen oder undemokratisch gefaßt.

Ein Beispiel dazu: Wenn Hartmut Regenstein (der Unterzeichner dieses Briefes, nicht aus dem KPD-Spektrum stammend) in seinem Beitrag für die Dortmunder Friedensdiskussion („In welcher Richtung zum Frieden?") den Krefelder Apell (den er selbst unterschrieben hat) „einseitig" nennt, „weil er die klare 'Vorrüstung' der UdSSR im Bereich der landgestützten atomaren Mittelstrekkenraketen nicht kritisiert ...", so würden wir uns nicht davon abhalten lassen, dies als eine stark von der NATO-Rechnungsweise beeinflußte Aussage darzustellen. Nimmt man die Anklageschrift der Grünen gegen die Bundesregierung, viele Stellungnahmen in der Grünen-Broschüre „Entrüstet Euch" oder einschlägige Literatur zu diesem Thema (z.B. „Tod in der Grauzone" von Guha oder das neue Buch von Lutz „Weltkrieg wider Willen?"), so wird dort vorgerechnet, daß im Mittelstreckenbereich **ü b e r h a u p t** keine Vorrüstung der Sowjetunion vorliegt und daß die NATO zur Umkehrung der Verhältnisse kommt, indem sie nur die landgestützten Raketen gegeneinander rechnet und den Rest wegläßt. Nehmen wir nun einmal an, der Dortmunder KV hätte sich nach ausführlicher Diskussion diesem Standpunkt von Hartmut Regenstein angeschlossen, so würde das an der politischen Beeinflussung (NATO-Propaganda) und am Unsinn seiner Behauptung gar nichts ändern.

Der bearbeitende AK-Redakteur

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

„Gesamtdeutsche" atomare Lagekarte zurückgezogen



Die „patriotischen Kräfte" innerhalb der Grünen Partei können sich doch nicht alles erlauben. Zwar hatte erst kürzlich die Kommission, die mit der redaktionellen Überarbeitung des auf dem Offenbacher Parteitag Anfang Oktober verabschiedeten Friedensmanifests beauftragt worden war, eigenmächtig einen völlig neuen Abschnitt zur „deutschen Wiedervereinigung" in die Endfassung des Manifests aufgenommen, ohne daß es dagegen nennenswerte innerparteiliche Proteste gegeben hätte. Eine weitere „gesamtdeutsche" Initiative wurde nun vom Bundeshauptausschuß (BHA) der Grünen gestoppt. Auf seiner Sitzung am 5. und 6.12. beschloß der BHA nach kontroverser Diskussion die Vernichtung von 10.000 Exemplaren der Karte „Zur atomaren Lage der Nation", mit der ein noch nie gesehenes „Gebilde" (Kiesinger) der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollte: eine wiedervereinigte „BRDDR" mit einem schlichten schwarzen Strich als Grenz-Ersatz - der einzige Hinweis darauf, daß das auf der Karte abgebildete Gebiet **z w e i** Staaten umfaßt. Die sonst nicht unpatriotische „taz" kommentierte diese Schöpfung mit dem bissigen Satz: „*Die Redaktion vermißt auf der Lagekarte die deutschen Ostgebiete und Elsaß-Lothringen!*" („taz" vom 25.11.).

Pikanterweise konnte der BHA nicht feststellen, wer für den Inhalt der Karte in dieser konkreten Form verantwortlich ist und wer den Druckauftrag erteilt hat. Vom Bundesvorstand will es keiner gewesen sein; der verdächtigte Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann hatte ein „Alibi" (zumindest für den Zeitpunkt der Drucklegung). Da die ganze Angelegenheit auch noch die Parteikasse mit 3000 DM Druckkosten belastet, beschloß der BHA weitere „Ermittlungen"! Wir sind gespannt und fordern unsere Leser zur Mithilfe auf. Sachdienliche Hinweise leiten wir gern weiter.

Zum weiteren Verfahren beschloß der BHA folgendes: An der Herausgabe einer BRD und DDR umfassenden atomaren Lagekarte wird festgehalten (der Beschluß dazu stammt noch vom
dienliche Hinweise leiten wir gern weiter.

Zum weiteren Verfahren beschloß der BHA folgendes: An der Herausgabe einer BRD und DDR umfassenden atomaren Lagekarte wird festgehalten (der Beschluß dazu stammt noch vom alten Bundesvorstand); die Überschrift soll lauten „Zur atomaren Lage - Wehrt Euch"; die Staatenbezeichnungen BRD und DDR und die Grenze werden eingezeichnet, so daß ersichtlich ist, daß es sich um zwei Staaten handelt.

Am Kartenrand werden weitere atomare Standorte in den übrigen europäischen Ländern vermerkt. Längerfristig soll eine Europakarte entwickelt werden.

Zu den „nuklearen Einrichtungen" in der DDR

Der aufmerksame AK-Leser möchte nun sicherlich wissen, woher die Angaben über die DDR stammen sollen (für die BRD sind ja die Quellen bekannt und in früheren AK-Ausgaben angegeben). Nun ist es aber ein Problem, daß der Urheber der ersten Karte unauffindlich ist. So mußten wir selbst ein wenig nachschauen.

Die Sowjetunion bestreitet, Atomwaffen in der DDR stationiert zu haben (zuletzt wieder auf der Schriftstellertagung in Berlin-Ost, s. dazu „FR" vom 16.12.81). Daß die Sowjetunion taktische Atomwaffen hat, ist wiederum unbestritten, diese müßten dann sicherlich zumindest im Krisenfall auf DDR-Gebiet stationiert werden.

Um es kurz zu machen, die Grüne Karte wurde nahezu vollständig einer „Stern"-Karte nachempfunden (vom 8.10.81, S. 72/3). Immerhin heißt es dort noch: „Auf deutschem Boden, die größte Atomwaffendichte der Welt", und die DDR wurde dort durch Roteinfärbung von der BRD abgehoben. Im DDR-Teil kupferten die Grünen **a l l e s** aus dieser „Stern"-Karte ab. Quellen gibt der Stern auch keine an, sondern lediglich verantwortliche Personen (für die Dokumentation den vielen Linken nicht unbekannten Hamburger Thomas Brandenburg und für die Illustration Reinald Blank).

Im „Stern" erfährt man immerhin, daß es sich um Frog-Raketen (70 km Reichweite und doppelte Stärke der Hiroshima-Bombe) und Scud-Raketen (280 km, 50 KT) handeln soll.

Auch der „Stern" machte schon den Fehler, diese als „Kurz- oder Mittelstreckenraketen" zu titulieren.

Das geht schon sehr in die Richtung von Reagans Phantasierechnungen, der mit solchen Methoden auf die 8 : 1 Überlegenheit der SU im Mittelstreckenbereich kommt.
Der Hintergrund ist die NATO-

Das geht schon sehr in die Richtung von Reagans Phantasierechnungen, der mit solchen Methoden auf die 8 : 1 Überlegenheit der SU im Mittelstreckenbereich kommt.

Der Hintergrund ist die NATO-Nomenklatur. Diese unterscheidet in SRTNF, MRTNF und LRTNF. TNF heißen die taktischen Atomwaffen (taktische Atomwaffen sind bekanntlich Atomwaffen, die in Europa, vor allem Mitteleuropa, niedergehen sollen), d.h. Kurz (= englisch S = Short), Mittel- und Langstreckenwaffen, die bis zu 100, bis zu 1000 bzw. über 1000 KM Reichweite besitzen. Nimmt man das M für Mittelstreckenwaffen (bei der Sowjetunion natürlich nur), so hat man flugs der Sowjetunion einiges an Überlegenheit zugeschanzt. Aber es gibt noch mehr entlarvende Zahlen: Erst einmal stammen solche Raketenwaffen der SU aus der Zeit 1957 - 65 (!!!), die SS-21 soll die Frog dabei in naher Zukunft ersetzen (die SS 21 ist ja auch immer wieder als neue Mittelstreckenwaffe der SU im NATO- und BRD-Politiker-Munde, aber mit unter 100 km Reichweite natürlich da nicht anzusiedeln). Wie veraltet die Raketen tatsächlich sind, wird aus der Namensbezeichnung deutlich: FROG steht für eine ungelenkte Rakete (Free Rocket over Ground).

Wieviel davon in er DDR stationiert sind, weisen Gerd Krell/Dieter S.Lutz in „Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt" und Lutz in „Weltkrieg wider Willen" nach. Danach werden unter Zugrundelegung von NATO-Quellen für die DDR 24 FROG- und 16 SCUD-Raketen angegeben ,d.h. auf jeden angegebenen Platz der Grünen („Stern")-Karte käme knapp mehr als eine Rakete. Warum man dann allerdings die Kurzstrecken-Atomträger der NATO in der BRD nicht einzeichnet, bleibt unerfindlich, denn immerhin besitzt die NATO in Europa davon über 2300, wovon über die Hälfte auf BRD-Boden stationiert sind.

Ansonsten wäre noch nachzufragen, was die Autoren der Karte für die DDR als Atombomber-Flugplatz verstehen. Im Prinzip eignet sich dafür natürlich jede entsprechende Landebahn. Auf dem BRD-Teil wurden die Atombomber-Flugplätze auf die eingegrenzt, auf denen Atombomber startklar bereit stehen.

Für Quellenangaben bezüglich der DDR wären wir den Grünen Urhebern dankbar.

Eine Richtigstellung:

Eine Richtigstellung:

Die „Aachener Friedensinitiative" (AFI) ist kein KBW-U-Boot!

Bei mir hat die AFI dagegen protestiert, daß sie im AK 212 im Artikel „Geil! Breite Einheitsfront gegen Breschnew" als „*vom KBW vorgeschobene[n] 'Aachener Friedensinitiative'* " bezeichnet wurde: Sie seien eine Gruppe, in der politisch recht verschiedene Positionen vertreten seien. Der KBW dominiere sie keineswegs.

Die AFI beherbergt tatsächlich ein erstaunliches Spektrum: Einzelne Leute aus der DFG/VK, kirchlichen Gruppen lassen sich sehen. Der LHV macht mit, Vertreter der Anti-AKW-Gruppe sind auch dabei. Doch hauptsächlich sind es Vaterlandsverteidiger, ehemalige Mitglieder und Sympathisanten von KBW und KPD sowie „Volksfront" und KBW, die mitmachen und das Auftreten der Gruppe nach außen mitprägen. Man wolle nicht auf beiden Augen blind sein, sondern greife (auch) die Sowjetunion als Kriegstreiber an. Niemand hat offensichtlich etwas dagegen, daß Vertreter der rechten Gruppe „Marxisten-Leninisten Deutschlands" öfters an Sitzungen teilnehmen. So liegt es nahe, daß es wesentlichen Teilen der AFI um die Abrüstung des Warschauer Pakts geht, wie auch die Bundesregierung sie will.

Gleichzeitig versucht die AFI, daraus Profit zu schlagen, daß viele Leute von der Art, wie DKP-nahe Kreise Friedenspolitik machen, enttäuscht sind. Letztendlich sollen diese Leute mit der Vaterlandsverteidigung wieder zu Wasser auf die Mühlen des westdeutschen Staates gemacht werden. Wieviel Millionen deutsche Arbeiter sind im 1. und 2. Weltkrieg zur „Verteidigung" ihres Vaterlandes ausgezogen, nicht zuletzt gegen die „russische Gefahr"? Sie wurden verheizt für die Habsucht deutscher Imperialisten.

U., Aachen

Interview mit Bettina Hoeltje

Frage: Petra Kelly wurde seinerzeit, als Du noch im Bundesvorstand warst, damit beauftragt, offiziell für die Partei „Die Grünen" im Rahmen des Krefelder Forums tätig zu sein. Inzwischen steht sie wegen ihrer Tätigkeit dort ziemlich unter Beschuß ...

Bettina Hoeltje: In dieser Fragestellung steckt für mich ein falscher Zungenschlag. Wenn man sagt, Petra sei „beauftragt worden, im Rahmen des Krefelder Forums tätig zu sein", dann stimmt das nur halb. Meines Wissens war die Beteiligung Petras am Krefelder Forum als Initiatorin zunächst ihre eigene Entscheidung als selbständige politische Frau im Rahmen der von ihr seit Jahren aufgebauten politischen und persönlichen Kontakte.

Allerdings hat sie diese Aktivität von Anfang an im Bundesvorstand zur Diskussion gestellt, über die Zielsetzung berichtet, ihre eigene Arbeit dort kontrollierbar und durchschaubar gemacht.

Der Bundeshauptausschuß (BHA) beschloß dann im November 1980, bundesweit eine Unterschriftensammlung gegen den Nato-„Nach"rüstungsbeschluß durchzuführen. Ich hatte diesen Antrag selbst für eine grüne Friedensgruppe aus Karlsruhe gestellt. Der Bundesvorstand hat dann auf der Grundlage dieses Beschlusses erklärt, daß keine eigene Unterschriftensammlung initiiert werden solle, sondern daß man damit die Krefelder Unterschriftensammlung offiziell übernehme und mittrage. Ich glaube, diesen Zusammenhang muß man beachten, wenn man die Dialektik zwischen politisch eigenständigem Handeln von Parteimitgliedern bzw. Vorstandsmitgliedern, von Information (also Transparenz der Aktivitäten), Kontrolle dieser Tätigkeit und Meinungsbildungsprozeß in einer Partei wie den Grünen begreifen will. Die von Euch gewählte Formulierung ist mir da ein bißchen zu zentralistisch.

Nun zum Inhalt Eurer Frage: Der angedeutete Prozeß der Meinungsbildung um die Beteiligung der Grünen am Krefelder Appell ging von vornherein nicht widerspruchslos ab: Bereits bei den ersten Diskussionen im Bundesvorstand über Petras Engagement im Rahmen des Krefelder Forums gab es Kritik am Krefelder Forum, es sei angeblich DKP-unterwandert, sei zu „einseitig", man dür-

herein nicht widerspruchslos ab: Bereits bei den ersten Diskussionen im Bundesvorstand über Petras Engagement im Rahmen des Krefelder Forums gab es Kritik am Krefelder Forum, es sei angeblich DKP-unterwandert, sei zu „einseitig", man dür-

fe nicht nur gegen die Nato-„Nach"-rüstung auftreten, sondern gleichzeitig gegen SS 20, sonst sei man nicht glaubwürdig und ähnliches.

Mit der oben genannten Entscheidung, den Krefelder Appell mit zu tragen und vor allem mit dem Beschluß, Strafanzeige gegen die Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges zu stellen und mit der Formulierung des Schriftsatzes hierzu war diesen Positionen zunächst eine Absage erteilt oder besser: Sie waren etwas in den Hintergrund gedrängt worden. (Im Schriftsatz des BuVo wird zum Beispiel klar die Überlegenheit der USA auf dem Gebiet der strategischen Atomraketen für den Fall der Realisierung des Nato-Beschlusses benannt, weiter der Erstschlagcharakter der neuen US-Waffen, der aggressive Charakter des US-Konzeptes usw.). Allerdings war das nur einige Monate der Fall. Ich habe mit einem ausführlichen Brief an den BHA bereits im Juli dieses Jahres daraufhingewiesen, daß sich eine Rücknahme dieser Positionen andeutet, daß von vielen Leuten innerhalb und außerhalb der Grünen (von Bahro über Wolschner bis hin zu wertkonservativ-bürgerlichen Leuten und der Bremer BGL um Olaf Dinné) eine Revision der „Einseitigkeit" der grünen Friedenspolitik gefordert wird, die eigentlich nichts weiter ist, als eine Verbeugung vor der herrschenden Staatsreligion des Antikommunismus, eine Verbeugung vor der demagogischen Forderung nach „Glaubwürdigkeit", die nur durch „Ausgewogenheit" zu erreichen sei usw.

Diese Entwicklung hat sich vom Sommer an über Offenbach bis hin zur endgültigen Formulierung des Friedensmanifestes immer stärker durchgesetzt, so daß man sicher davon sprechen kann, daß gegenwärtig von den ehemals bezogenen Positionen nicht mehr viel übrig ist. Eine offizielle Abwendung vom Krefelder Forum ist zwar bisher nicht erfolgt – im Gegenteil, man garniert gerne seine Positionen mit der ausdrücklichen Erklärung, daß man zum Krefelder Appell stehe – Tatsache ist allerdings, daß Petra zum Beispiel in ihren Aktivitäten zum Krefelder Forum so gut wie überhaupt nicht unterstützt wird, soweit ich dies beurteilen kann. Fakt ist zum Beispiel, daß sich vom neuen Bundesvorstand k e i n e i n z i g e r in Dortmund beim 2. Forum am 21. November hat blicken lassen, um ihr bestimmte Arbeiten z. B. bei der Betreuung der Gäste aus dem Ausland abzunehmen. Als einzige Ausnahme ist hier Gustine Johannsen aus Hamburg zu nennen, die als 73jährige kräftemäßig die weite Reise nicht schaffte, obwohl sie es fest vorgehabt hatte, obwohl sie am Abend vorher noch eine Veranstaltung hatte.

Andererseits muß man aber, glaube ich, deutlich sagen, daß diese Bemühungen auf Vorstandsebene, die Grünen aus dem Krefelder Bündnis herauszulösen, an der Basis keine Entsprechung haben. Im Gegenteil bin ich der Überzeugung, daß Petras Aktivitäten von einer breiten Mehrheitsströmung in der Partei getragen werden. Für Hamburg kann ich sagen, daß die Unterstützung des Krefelder Forums nahezu hundertprozentig ist.

Frage: Wenn man die Auseinandersetzungen im Bundesvorstand zum Krefelder Forum, aber auch zur Rolle Petra Kellys verfolgt, kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, daß dort mit zum Teil sehr unschönen Mitteln vorgegangen wird. Ich meine hier zum Beispiel Hoplitscheks „Vorschlag für neue Arbeitsstrukturen des Bundesvorstandes der Grünen", in dem es heißt: „ ‚Politik' macht derzeit allein Petra Kelly. Und zwar: Veranstaltungsaktivitäten auf der kommunalen Ebene; Aktivitäten auf der nationalen Ebene (Krefelder Appell); Aktivitäten und Repräsentation auf der Internationalen Ebene (diverse europäische und außereuropäische Länder) sowie schließlich auf der ‚diplomatischen' Ebene (z. B. Einladung zum Arbeitsabendessen demnächst beim holländischen Botschafter). Dagegen erscheinen die Rest-BuVo-Mitglieder als Statisten, die lediglich ‚Aufräumarbeiten' machen, Papiere umschichten, Dankesbriefe etc. schreiben. Zusammengefaßt: Ein Blick in den Terminkalender von Petra offenbart: Er unterscheidet sich durch nichts von – wie wir in Berlin immer sagen – von einem ‚etablierten' Politiker, dessen Kennzeichen ist: Vor lauter Politik existieren keinerlei anderen positiv funktionierenden sozio-kulturellen Beziehungen".

scheidet sich durch nichts von – wie wir in Berlin immer sagen – von einem ‚etablierten' Politiker, dessen Kennzeichen ist: Vor lauter Politik existieren keinerlei anderen positiv funktionierenden sozio-kulturellen Beziehungen".

Bettina Hoeltje: Dieses Papier bzw. die von Euch zitierte Stelle ist in der Tat eine große Frechheit. Es gehört schon einiges an Unverfrorenheit dazu, ausgerechnet derjenigen, der als einziger bescheinigt wird, daß sie „Politik" mache, dieses zum Vorwurf zu machen! Zum anderen besteht die Frechheit darin, daß Ernst Hoplitschek den eigentlichen politischen Angriff, den er gegen Petra Kelly fahren will, mit Struktur-, „sozio-kulturellem" und sonstigem Alternativ-Klimbim verbrämt. Statt ehrlich zu sagen, welche Kritik er z. B. am Engagement Petras im Krefelder Forum hat, versucht er, gegen sie die bei den Grünen zu Recht bestehenden Vorbehalte gegen etablierte Politiker, die sich von den Interessen der Basis entfernt haben bzw. gegen diese arbeiten, zu mobilisieren.

Wie sehr Hoplitscheks Demagogie von jeglichem Inhalt abgelöst ist, zeigt seine Definition von „etablierten Politikern"! Für m i c h ist für einen etablierten Politiker immer noch „kennzeichnend", daß ein solcher die Interessen der etablierten Herrschaftszusammenhänge vertritt, und nicht, was er für „soziokulturelle Beziehungen" pflegt oder nicht! Aber vielleicht haben Sozialogen da andere Bewertungsmaßstäbe.

Im übrigen bin ich immer noch der Meinung, daß das Privatleben von Petra Ernst Hoplitschek überhaupt nichts angeht, oder will er hier „Kollektiv-Strukturen" und Zugriffspraktiken bestimmter K-Gruppen auf das einzelne Parteimitglied in der Vergangenheit jetzt bei den Grünen einführen??

Ich kann mir in diesem Zusammenhang allerdings nicht verkneifen zu sagen, daß mich diese Argumentation doch sehr an die von Euch in verschiedenen Debatten (Stichwort: Professionalisierung!) vorgebrachten Positionen erinnert ... Auch der Hinweis auf das „Arbeitsessen beim holländischen Botschafter", das hier per se in höchstem Maße verwerflich und „etabliert" erscheint, könnte doch aus Argumentationsketten Eurerseits stammen, oder?

Mal abgesehen von den Angriffen auf Petra Kelly ist das Hoplitschek-Papier noch in anderer Hinsicht problematisch. Es beinhaltet den Versuch, bestimmte für die Grünen typische Strukturen zu verändern: Die Grüne Partei ist strukturell gekennzeichnet durch eine sehr große Autonomie der Landesverbände, Aktivitäten und Eingreifen in die sozialen Bewegungen findet weitgehend dezentral statt, Landesvorstände haben in ihrem Bereich wesentlich mehr Einfluß als der Bundesvorstand. Sofern einzelne Bundesvorstandsmitglieder politischen Einfluß haben, haben sie diesen nicht aufgrund ihrer F u n k t i o n , sondern aufgrund eigenständiger politischer Aktivität und Überzeugungskraft. Auch dies ist ein wesentliches und besonderes Merkmal für die Grünen, worin sie sich von den etablierten Parteien unterscheiden.

Versuche, die Grünen „mit einer Stimme" sprechen zu lassen (H. beklagt, daß „die Grünen derzeit keine vereinheitlichte ‚Linie' haben, wie sie mit den Orientierungsversuchen und den Erosionserscheinungen in den etablierten Parteien umgehen", will die verschiedenen „Ansprüche und Bedürfnisse der regional und kommunal agierenden Gruppen auf einen Nenner (zu) bekommen"), Versuche, den Bundesvorstand insofern „handlungsfähiger" und effizienter zu machen, können eigentlich nur auf Kosten der Autonomie der Landesverbände und auf Kosten der Meinungs- und Aktionsvielfalt in der Grünen Partei gehen. Zumindest sehe ich diese Gefahr.

Frage: In einem „Offenen Brief" haben wir gegenüber den Grünen unsere Kritik an Aussagen und am Zustandekommen des Grünen Friedensmanifestes dargelegt. Diese Kritik sollte ja auf dem letzten BHA Gegenstand der Diskussion sein. Kannst Du dazu Deine Position darstellen und die Position dazu im Hamburger Landesverband darlegen?

Bettina Hoeltje: Die Hamburger BHA-Mitglieder haben auf der letzten BHA-Sitzung den Antrag gestellt, daß Eure Kritik am Friedensmanifest an alle Kreisverbände geschickt wird. Daraufhin wurde von Lukas Beckmann gesagt, der Bundesvorstand habe die Versendung Eurer Kritik an die KVs bereits beschlossen, dies sei noch nicht erfolgt, werde aber jetzt nachgeholt.

Ohne daß hierzu eine ausdrückliche Diskussion stattgefunden hat, kann man wohl sagen, daß Eure Kritik am Friedensmanifest von der Substanz her von einer breiten Mehrheit der Hamburger Grünen mitgetragen wird. Das geht für mich aus den friedenspolitischen Stellungnahmen des Landesvorstandes und auch der Mitgliederversammlung hervor, die Ihr ja auch im AK dokumentiert habt.

M e i n e r Meinung nach ist Eure Stellungnahme das erste Dokument des KB, aus dem ein ehrliches Anliegen Eurerseits an die Grünen hervorgeht. Als unbefangener Leser kann man den Eindruck gewinnen, daß Ihr tatsächlich daran interessiert seid, daß die Mängel des Friedensmanifestes behoben werden. Dies ist eine überraschende Kehrtwendung Eurer bisherigen Haltung, die darin bestanden hat, Fehler der Grünen hämisch zu beschreiben, um daran die Aussage zu knüpfen, dies beweise die von Euch seit langem vertretene Ansicht, daß die Grünen nicht attraktiv seien usw.

Zwei Elemente Eurer Kritik allerdings halte ich für problematisch: Erstens: Die ständige Verquickung von substanziell richtiger Kritik mit Hinweisen darauf, wie und mit welchen Methoden dieses Manifest „durchgesetzt" wurde. Z. B. der Verweis darauf, daß möglicherweise zahlreiche Delegierte dem Dokument ohne notwendiges Detailwissen zustimmten, mag vielleicht richtig sein, gilt aber letztlich für alles, ebenso etwa für die von Euch begrüßten Teile des Manifestes. Mit solchen Verweisen habt Ihr sicherlich ungewollt der Wirkung Eurer Kritik eher geschadet.

Zweitens: Für noch problematischer muß ich Eure Ansicht halten, daß die von Euch kritisierten Passagen des Manifestes vom „Restkader der aufgelösten KPD (uns) ins Nest gelegt" wurden. Diese Sichtweise erinnert mich fatal an ein ähnlich unpolitisches und scheinkriminologisches Herangehen durch Euch an die frühen Anfänge der Grünen Partei (Stichwort: Eine äußerst komplizierte Aktion!). Oder auch an schlechte Traditionen auf dem Gebiet des Polit-Krimis („Kurzer Lehrgang" oder „Die Verschwörung des Blocks der Rechten", Autor: der Genosse Stalin).

(Anm. AK: s. hierzu unsere Bemerkungen im Anschluß an das Interview.)

Eure These intendiert, man müsse diesem „Restkader" das Handwerk

Rechten", Autor: der Genosse Stalin).

(Anm. AK: s. hierzu unsere Bemerkungen im Anschluß an das Interview.)

Eure These intendiert, man müsse diesem „Restkader" das Handwerk

legen. Selbst wenn es so wäre, daß Ex-KPDler an der Formulierung der von Euch kritisierten Passagen beteiligt waren, so sagt dies doch keineswegs etwas darüber aus, warum und wieso solche Formulierungen nicht bloß in der Grünen Partei, sondern ebenso etwa in der AL Westberlin oder etwa in Teilen der Sozialistischen Konferenz und auch in der Friedensbewegung allgemein immer wieder mehrheitsfähig zu werden drohen.

Der „Stern" Nr. 51 (10. Dez. 81) hat gerade eine interessante Umfrage veröffentlicht, wonach nur 15 % der Wähler grün-alternativer Listen der – richtigen – Ansicht sind, daß der Westen militärisch stärker sei, 24 % umgekehrt den Warschauer Pakt für militärisch überlegen halten, 43 % beide Seiten für gleichstark halten (18 % konnten keine Angaben machen). Nach derselben Umfrage halten 35 % der Gesamtbevölkerung der BRD den Warschauer Pakt für überlegen und 24 % beide Seiten für gleich stark. Ganze 9 % sehen die Nato richtigerweise als überlegen an. Eine ebenfalls im Dezember veröffentlichte Umfrage im „Spiegel" Nr. 50 (7. Dez. 81) gibt an, daß sogar 49 % der Bevölkerung den Warschauer Pakt für überlegen und 39 % beide Seiten für gleichstark halten. Hier hielten nur 11 % die Nato für militärisch überlegen.

Ergo: Selbst wenn also das Wählerpotential und die Mitgliedschaft der Grünen und Alternativen wesentlich „günstigere" Werte zeigen, so bleibt doch der Umstand eindeutig, daß nur eine Minderheit selbst d i e s e s Lagers (15 %) die Nato für militärisch überlegen einschätzt, während eine riesige Mehrheit dies nicht tut.

D i e s ist die p o l i t i s c h e Basis für die Politik nicht nur ehemaliger KPDler, sondern ebenso von Grünen, die aus der Sozialdemokratie kommen, die Anhänger solcher Thesen sind, wie sie von der ehemaligen SB-Führung um Buro und Vack vertreten wurden. Diese Fakten zeigen zugleich, daß breite Aufklärung dazu nötig ist, um politische Änderungen nicht nur in der Grünen Partei, sondern auch in der Friedensbewegung allgemein zu bewirken.

Der Verweis auf wenige Ex-KPDler, die „gerissen und trickreich" die Delegierten der Grünen an der Nase

Fortsetzung nächste Seite

Alternative Umgangsformen

Auch im Umgang der Menschen miteinander positive Zeichen zu setzen, gehört zu den guten Vorsätzen, mit denen die Grüne Partei einmal angetreten ist. Wie w e n i g von diesem Anspruch gerade auf der Führungsebene der Partei verwirklicht ist, demonstriert aktuell die Treibjagd auf die Bundesvorsitzende Petra Kelly.

Dem Brief von Ernst Hoplitschek (Westberlin), den wir hier auszugsweise dokumentieren, waren bereits ein anderer Brief von Hoplitschek und Klaus Wolschner sowie ein Schreiben von Marieluise Beck-Oberdorf (Landesvorsitzende Baden-Württemberg) mit Attacken gegen Petra Kelly vorausgegangen. Der Brief von Hoplitschek versucht, Petra Kelly als eine Art politik-besessenes Monster ohne menschliche („frauliche"?) Lebensbezüge abzufertigen, die zudem auch noch sämtliche anderen Vorstandsmitglieder für sich arbeiten läßt. Statt um I n h a l t e zu streiten, soll Petra Kelly in ihrem Mensch-Sein „fertiggemacht" werden. Politischer Hintergrund: Petra Kelly engagiert sich nach wie vor stark für den Krefelder Appell und gegen die NATO-„Nachrüstung". Sie ist darum ein Hindernis für alle Bestrebungen, die Grüne Partei auf Positionen der „Ausgewogenheit" („Wer Pershing II sagt, muß auch SS 20 sagen"), festzulegen.

Vorschläge für neue Arbeitsstrukturen des Bundesvorstands der Grünen
Entwurf von Ernst Hoplitschek

Vorschläge für neue Arbeitsstrukturen des Bundesvorstands der Grünen
Entwurf von Ernst Hoplitschek

1. Motivationen und Zielsetzung

Die Arbeitssituation des neuen BuVo ist - neben der (formalen) Tatsache, daß wir erst kurz im Amte sind (zumindest der überwiegende Teil) -, davon geprägt, daß wir immer noch nicht richtig unsere Aufgaben auf rationale Weise wahrnehmen. Im Gegenteil: liest man die Protokolle des alten BuVo, so erscheint die Wirkweise des neuen BuVo - trotz personeller Veränderungen - als eine Fortsetzung des alten. Dies muß verwundern, relativiert man durchaus diese Tatsache durch die laufenden Aktivitäten, z.B. im Bereich der Friedenspolitik. Wesentliches Merkmal der derzeitigen Situation des neuen BuVo ist objektiv, und jederzeit belegbar: es herrscht ein auffälliges Gefälle im Aktionspotential einzelner BuVo-Mitglieder zueinander. Zugespitzt und personalisiert: „Politik" „macht" derzeit alleine Petra Kelly. Und zwar: Veranstaltungsaktivitäten auf der kommunalen Ebene; Aktivitäten auf der „nationalen" Ebene (Krefelder Appell); Aktivitäten und Repräsentation auf internationaler Ebene (diverse europäische und außereuropäische Länder) sowie schließlich auf der „diplomatischen" Ebene: (z.B.: Einladung zum Arbeitsabendessen", z.B. demnächst beim holländischen Botschafter). - Dagegen erscheinen die Rest-BuVo-Mitglieder als Statisten, die lediglich „Aufräumarbeiten" machen, Papiere umschichten, Dankesbriefe etc. schreiben. Zusammengefaßt: Ein Blick in den Terminkalender von Petra offenbart: er unterscheidet sich durch nichts von - wie wir in Berlin immer sagen -, einem „etablierten Politiker" - dessen Kennzeichen ist: vor lauter Politik existieren keinerlei andere, positiv funktionierende sozio-kulturelle Beziehungen. -

Dies muß gerade bei einer „Partei", wie derjenigen der GRÜNEN deshalb auffallen, da sie sich (subjektiv) als „alternativ" zu den etablierten Parteien versteht. Nimmt man nämlich das Selbstverständnis der GRÜNEN wahr, dann widerspricht die derzeitige Praxis - wie sie sich im BuVo abbildet -, aus zwei wesentlichen Gründen diesem Selbstverständnis: 1. Dem kollektiven Aspekt, d.h.: Politik wird als sozialer Prozeß verstanden, Entscheidungen sind fortwährend eingebettet in die Mechanismen Rückkoppelung und „imperativem Mandat". Sowie: Die GRÜNEN wollen explizit keine „Berufspolitiker" produzieren, d.h. solche, die „jeden" Tag politische Termine haben. Entsprechend können auch die Stilelemente: Rotation; Inkompatibilität etc. verstanden werden.

Legitim wäre eine solche politische Kultur nur dann, wenn es darüber Konsens gäbe, daß die sonst so betonten „basisdemokratischen" Elemente, offensiv von den GRÜNEN für historisch als gescheitert angesehen würden. Wenn dem so wäre, dann müßten wir die Professionalisierung umfassend und durchherrschend einleiten, und nicht plötzlich zu einem Privileg von einzelnen machen. - Solange dies nicht der Fall ist, müssen wir uns an diesen Konsens halten.

Ein anderer Aspekt betrifft die grüne Ideologie bzw. unser politisches Selbstverständnis, welches ja Prämisse für alle organisationspolitischen Erörterungen sein muß. Wenn wir auf dem Standpunkt stehen, daß die GRÜNEN derzeit (immer noch) einen BONUS in der Gunst vieler Menschen haben - und eine entsprechende Erwartungshaltung diese haben - und die Zukunft der GRÜNEN als selbständiger, zunehmend relevanter innenpolitischer Faktor beurteilt wird, gerade in der kommenden Zeit v o r 1984, dann haben wir die Möglichkeit, die Chance wahrzunehmen oder diese zu verspielen. Vergleicht man die derzeitige „Handwerkelei" im BuVo, muß eher letztere Möglichkeit angenommen werden. Folgen sind bereits jetzt schon zu sehen: es gibt deutliche Orientierungsversuche von Strömungen in etablierten Parteien und in deren Jugendorganisationen (SPD/FDP/Jusos/Judos etc,), bei welchen die GRÜNEN zunehmend Fixpunkt sind. Die Frage ist nur: können die GRÜNEN dies kontrollieren, wie gehen sie damit um. Was passiert, wenn es tatsächlich demnächst zu einem organisatorischen Aufbau einer „linken" Alternative jenseits der SPD kommt? Zerbrechen die GRÜNEN dann? - Ich denke, daß die GRÜNEN sowohl programmatisch (vor allem strategisch) u n d organisationspolitisch so stabilisiert werden müssen, um selbst a k t i v in diese Prozesse einzugreifen; geschieht dies nicht, bleiben sie lediglich Spielmasse von anderen Interessen.

DKP Hamburg: Draußen vor der Tür

Die Kalkulation der DKP, in Hamburg mit Hilfe eines Wahlbündnisses ihr langjähriges Traumziel („Kommunisten ins Rathaus") zu verwirklichen, ist gescheitert: Die Grünen, um die sich die DKP durch Aufnahme von Spezialbeziehungen zur Gruppe Z redlich bemüht hatte, haben schon vor ein paar Monaten ein Wahlbündnis mit der DKP kategorisch ausgeschlossen. Inzwischen hat auch die neugebildete Alternative Liste klargemacht, daß ein Organisationsbündnis mit der DKP zu den Bürgerschaftswahlen 1982 nicht in Frage kommt. Wohl aber könnten Mitglieder der DKP in einem Wahlbündnis mitarbeiten, sofern sie dessen Grundlagen akzeptieren. Das jedoch will die DKP ihren Mitgliedern keinesfalls zumuten, weil dabei u.a. peinlichste Themen wie AKWs im „realen Sozialismus", Polen, Afghanistan unvermeidlich wären. Der Gegenvorschlag der DKP lautet, daß man doch einfach im Interesse höherer Gemeinsamkeiten sämtliche Aussagen streichen sollte, die sich nicht mit ihrer Partei-Linie vertragen. Die DKP konnte allerdings kein glaubwürdiges Argument vorbringen, warum alle anderen eines alternativen Wahlbündnisses ausgerechnet der DKP ein solches Opfer bringen sollten. Etwa als Ausdruck der Freude und der Dankbarkeit, daß die DKP den Alternativen – nachdem sie diese jahrelang entweder übersehen oder grob beschimpft hatte – seit ein paar Monaten ein bißchen freundliche Aufmerksamkeit schenkt?

Daß der von der DKP zur Schau getragene „Lernprozeß" sich auf nichts anderes bezieht als auf die Frage nach der optimalen Realisierung ihrer e i g e n e n Interessen, zeigt sich u. a. in der Bilanz, die der Hamburger DKP-Vorsitzende Gehrcke für die DKP-Tageszeitung „UZ" (4.12.81) geschrieben hat.

Dieser, von einem Vertreter des f l e x i b l e n („aufgeschlossenen") Partei-Flügels geschriebene Artikel enthält wieder einmal alle Methoden der politischen Entstellung und Diffamierung alternativer Politik, mit denen sich die DKP in den letzten Jahren so beliebt gemacht hat.

Gehrcke behauptet: Die Grünen und die Alternative Liste hätten *„die DKP und andere linke, demokratische Kräfte aus einem möglichen Wahlbündnis ausgegrenzt"*. Tatsache ist, wie allgemein bekannt, daß n u r die DKP, und niemand sonst, ausgesperrt worden ist. Das hat zum guten Teil damit zu tun, daß die DKP extrem u n demokratische Positionen beispielsweise zu den Kämpfen in Polen vertritt. Wenn Gehrcke hinzulügt, daß außer der DKP auch noch „andere linke, demokratische Kräfte ... ausgegrenzt" worden seien, so verfolgt er offenbar den Zweck, die Alternative Liste als tendenziell antilinks und anti-demokratisch zu diffamieren und die absolute Isolation der DKP zu verschleiern.

Gehrcke behauptet: Die Alternative Liste erhebe *„einen Alleinvertretungsanspruch"* und verlange *„von anderen Kräften, ihr spezifisches Selbstverständnis zu übernehmen"*. Tatsache ist, daß die AL ihr Interesse an einem über ihr eigenes Spektrum weit hinausgehenden Wahlbündnis unmißverständlich deutlich gemacht hat; für ein solches Wahlbündnis wäre selbstverständlich nicht die Übernahe des besonderen 'Selbstverständnisses' der AL Voraussetzung. Richtig ist an Gehrckes Polemik lediglich, daß die DKP mit ihrem dreisten Versuch abgeschifft ist, den Alternativen ihren bekannten Tabu-Katalog (nichts über Polen, nichts über Afghanistan etc.pp.) aufzuzwingen.

Gehrcke behauptet: *„Eine Grün-Alternative Kandidatur entspricht nur einem kleinen Teil der außerparlamentarischen Bewegung"*. *„Mit der Ausgrenzung der DKP und anderer linker Kräfte"* (Hier tauchen diese Geisterfahrer der DKP schon wieder auf!) sei *„die große Chance einer Einigung der verschiedenen Strömungen der außerparlamentarischen Bewegungen in der Wahlfrage vertan"*. *„Insbesondere ein stärkeres Zusammenwirken von Arbeiterbewegung und 'neuen sozialen Bewegungen'"* sei *„damit erschwert"*.

Gehrcke hat vermutlich recht, wenn er sagt, daß ein grün-alternatives Wahlbündnis voraussichtlich nur einen Teil der 'außerparlamentarischen Bewegung' direkt repräsentieren würde. Ebenso selbstverständlich hat er aber unrecht, wenn er von hinten durch die Brust ins Auge suggerieren will, mit der DKP sei der g r o ß e R e s t der 'außerparlamentarischen Bewegung' ausgesperrt worden. Gehrcke: *„Die Mitglieder der DKP arbeiten in allen außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen"*. Im Gegensatz zur Alternativen Liste und den Grünen, versteht sich: **„Schon jetzt wird sichtbar, daß die Orientierung der Grünen und Alternativen allein auf Wahlen und Wählerstimmen sich negativ auswirkt. Ihre Mitglieder haben sich zunehmend aus der außerparlamentarischen Arbeit in Initiativen und Bewegungen zurückgezogen"**. Die DKP also als Teil und Anwalt der außerparlamentarischen Bewegungen. Und nicht nur das. Zugleich vertritt die DKP, laut Gehrcke, mit bewährter Routine auch noch die Arbeiterbewegung: *„Die DKP ist ein Partner, auf den man sich verlassen kann. Ihre Tradition und Verankerung in der Arbeiterbewegung sind für alle von Nutzen"*. Allerdings steht vorläufig bloß eines fest: Selbst d i e Lohnabhängigen, die sich in ihren Interessen am Arbeitsplatz oder auch in der Gewerkschaft durch DKP'ler gut vertreten sehen, haben zu ca. 90 % bis heute keine erkennbare Neigung gezeigt, der DKP auch zu Plätzen in der Bürgerschaft zu verhelfen. An diesem Punkt hört die Freundschaft einfach auf. Und welchen „Nutzen", um Gehrckes Formulierung einmal beim Wort zu nehmen, soll den Alternativen ein Wahlbündnis mit einer Partei bringen, deren politisches Gesamtbild selbst bei d e n Menschen mehrheitlich auf eisige Ablehnung stößt, die ansonsten DKP'ler als gute Partner in eng begrenzten Sachfragen akzeptieren?

Die DKP sei trotz der ihr von Grünen und Alternativen angetanen Kränkungen *„bereit, bis zu letzten möglichen Zeitpunkten"* ein *„Bündnis aller Grünen, Linken und Alternativen"* zu vereinbaren, schreibt Gehrcke. Sie behalte sich aber auch **„das Recht und die Notwendigkeit einer eigenen Kandidatur"** vor. Und zwar – darf mensch vermuten – möglicherweise in einem noch maßzuschneidernden hübschen Kostüm, als bereits alternatives Bündnis zwischen sich selbst, der Arbeiterklasse und den außerparlamentarischen Bewegungen. Ein Name für einen solchen Verein sollte sich schon finden lassen. Vorsichtshalber hat man die DFU bereits vor einigen Wochen von den Scheintoten auferstehen lassen.

Inzwischen hat der Hamburger DKP-Vorstand sein weiteres Vorgehen festgelegt: **„Die DKP ist bereit, eine Kandidatenliste aufzustellen, die offen ist für s o l c h e Vertreter der außerparlamentarischen Bewegung, die auch in manchen Fragen nicht mit uns übereinstimmen, die aber – wie wir – einen unübersehbaren Wahlkampf gegen Rotstift und Raketen führen wollen. Dazu sollten in einem breiten demokratischen Prozeß in- und außerhalb der DKP besonders Arbeiter, Frauen und Jugendliche, Betroffene der Rotstiftpolitik, als Kandidaten für eine offene DKP-Liste vorgeschlagen ... werden."** Die *„demokratischen Organisationen und Kräfte"* sind herzlich eingeladen, *„auf einer DKP-Liste zu kandidieren"* und *„entsprechende Gespräche aufzunehmen"*. (Bewerber mit Vorliebe für Militärdiktaturen realsozialistischer Prägung werden bevorzugt behandelt). Eine Landeswahlkonferenz der DKP am 17. Januar im Curio-Haus soll die Entscheidung ihres Vorstands noch formell absegnen. Anschließend breiter demokratischer Maskenball als Start in den Wahlkampf ...

Fortsetzung von vorheriger Seite

herumgeführt hätten, lenkt nur ab von den Aufgaben, die sich hier stellen. Die Grünen sind eben – Gott sei Dank, oder wer auch immer dafür verantwortlich ist – k e i n künstliches politisches Gebilde, sondern eng mit den sozialen Bewegungen verzahnt. So ist es kein Wunder und auch notwendig, daß die Meinungsströmungen der sozialen Bewegungen im selben Umfang auch innerhalb der Grünen Partei vertreten sind.

Frage: In der Resolution des Hamburger Landesverbandes zur Demonstration in Bonn anläßlich des Breschnew-Besuches kann man den Eindruck gewinnen, als würden dort die Teile der Friedensbewegung, die auf weniger „Einäugigkeit" und mehr „Ausgewogenheit", d. h. auf eine gewisse Anpassung an die Nato-Argumentation drängen, eine klare Minderheit sein. Wir sind der Meinung, daß man diese Kräfte keinesfalls unterschätzen sollte und daß sogar eine teilweise vollkommen unsinnige Kritik an der Sowjetunion innerhalb der Friedensbewegung kräftig um sich greift.

teilweise vollkommen unsinnige Kritik an der Sowjetunion innerhalb der Friedensbewegung kräftig um sich greift.

Bettina Hoeltje: Sicher ist es richtig, daß es innerhalb der Friedensbewegung viel unsinnige Kritik an der Sowjetunion gibt, ob diese allerdings derzeit „um sich greift", also im Anwachsen begriffen ist, oder ob solche Positionen eher in der Defensive sind, will ich hier nicht beurteilen.

Unser Hinweis auf die Minderheitsposition dieser Strömung und die Aussage, daß man diese Kräfte nicht unterschätzen solle, sind nicht unbedingt ein Gegensatz, sondern meines Erachtens sind durchaus beide Aussagen richtig und spiegeln nur einen in der Wirklichkeit vorhandenen, vielleicht etwas verwirrenden Widerspruch wider. Dieser Widerspruch wurde auch anläßlich der grünen Demonstration zum Breschnew-Besuch in Bonn deutlich: Einerseits gelang es bestimmten politischen Strömungen bei den Grünen relativ leicht, den Beschluß zu dieser Demo durchzusetzen. Dies ist wohl nicht zuletzt erklärbar durch Dinge, die ich gerade zur vorigen Frage ausgeführt habe (mehrheitlich vertretene Auffassung von der Unterlegenheit der Nato etc.). Andererseits hat es uns Hamburger Grüne kaum gewundert, daß trotz dieses Beschlusses und einer entsprechenden Mobilisierung das Mobilisierungs e r g e b n i s in Bonn eher ein Desaster war. Im Gegensatz dazu sollte man sich einmal vorstellen, was los wäre, wenn Reagan derzeit zu Besuch nach Bonn käme. Ich denke, daß sich dagegen die Bonner Friedensdemo wie ein mittelgroßer Spaziergang ausnehmen würde.

Der „Spiegel" Nr. 48 (23. Nov.) begründet diese Differenz durch einige Zahlen: 70 % der Wähler grün-alternativer Listen halten danach den Breschnew-Besuch in der BRD für „gut und nützlich" und nur 2 % für „schädlich" (hierunter dürften sich weitgehend das Potential der „MLer" und einige Rechtsradikale verbergen!).

Zwar hatte man sich seitens der Initiatoren weidlich darum bemüht zu betonen, daß die Demo sich nicht g e g e n Breschnew richte. Man muß aber wohl doch sagen, daß das nicht verhindern konnte, daß diese Aktion ein „Anti-Image" in der Öffentlichkeit hatte.

Das allgemeinere Problem besteht darin, daß sich die Verantwortlichen in der Grünen Partei davor hüten müssen, eine Politik durchsetzen zu wollen, die gegen die politische Grundströmung des grünen Wählerpotentials gerichtet ist. Man kann auf Parteitagen oder Vorstandsebenen bestimmte Beschlüsse fassen. Ob diese dann innerhalb und mittels der Grünen Partei auch massenwirksam umzusetzen sind, ist zweifellos eine andere Frage.

Die derzeitigen Anstrengungen von maßgeblichen Kräften des Bundesvorstandes, die Grünen aus dem Krefelder Forum herauszulösen, werden mit Sicherheit noch weniger Erfolg bringen, als ihre Mobilisierungsbemühungen zur Breschnew-Demonstration, selbst dann, wenn entsprechende Beschlüsse im Bundesvorstand gefaßt werden sollten. H i e r - a n wird auch der grundsätzlich andere alternative Charakter der Grünen Partei im Gegensatz zu den etablierten Parteien deutlich.

Diese Sicht schließt die notwendige Kontroverse mit den Kräften der „Ausgewogenheit" innerhalb der Friedensbewegung nicht aus. Im Gegenteil. Wir sind von der Notwendigkeit eines politischen Kampfes um diese Fragen überzeugt.

Mit diesem Verweis will ich teilweise im Gegensatz zu Eurer Sicht auch die Chancen für linke, sozialistische Positionen in der Friedensbewegung deutlich machen.

Mit diesem Verweis will ich teilweise im Gegensatz zu Eurer Sicht auch die Chancen für linke, sozialistische Positionen in der Friedensbewegung deutlich machen.

Anmerkungen des bearbeitenden AK-Redakteurs

Wir sind nicht der Meinung, daß es eine Frage der speziellen „Ansicht" sei, ob bestimmte Aussagen und Passagen des Friedensmanifestes der Grünen als „Kuckucksei" zu erkennen sind. Schon gar nicht geht es um „Unpolitisches oder Scheinkriminologisches". Wir hatten im „Offenen Brief" geschrieben, daß die Herkunft (Drei-Welten-Theorie) auf A n h i e b zu erkennen sei, und sich teilweise „noch nicht einmal die Mühe gemacht" wurde, „diese Herkunft stilistisch zu kaschieren".

Bei der Frage der politischen Basis, warum so etwas Zustimmung finden kann, sind wir mit den Ausführungen im Interview vollkommen einverstanden. Die nachfolgende Frage im Interview wurde von uns gerade deshalb gestellt, weil wir da sogar skeptischer sind, als es die Resolution der Hamburger Grünen ausdrückte.

Im Interviewtext wird von Bettina Hoeltje die „äußerst komplizierte Aktion" angesprochen und als ebenfalls „unpolitisches und scheinkriminologisches Herangehen" unsererseits gewertet. Das bezieht sich auf einen Artikel im AK 171 (11.2. 1980; S. 50 f), die Behauptung einer laufenden „äußerst komplizierten Aktion" war der „Zeit" entnommen worden. Gemeint und beschrieben wurde eine Kampagne zur Isolierung des KB bzw. des Herausdrängens des KBs aus der Wahldiskussion, Bestrebungen, die grüne Parteibildung mit der Auflösung der K-Gruppen zu verbinden und im konkreten eine Fraktionsbildung der Bunt-Alternativen im Zusammenhang der Herausbildung der Grünen Partei zu torpedieren. Die damalige Kampagne ist ja alles andere als folgenlos geblieben.

Speziell gegenüber der Z-Gruppe wurde von uns der Vorwurf erhoben, in diese Kampagne mit eingestiegen zu sein bzw. (sogar noch während ihrer KB-Mitgliedschaft) mit diesen Kräften gemeinsame Sache gemacht zu haben. Auch hier sind wir nicht der Meinung, daß es sich schlicht um „Ansichten" oder besondere „Sichtweisen" handelt, zumal aus heutiger Sicht klarer noch das Agieren bestimmter damals angesprochener Kräfte zu sehen ist (wie der Dinne-Gruppe, Wolschner, Hoplitschek und weiterer).

Westdeutsche Linke

Westdeutsche Linke

„Spiegel" publiziert Nazi-Märchen

Billig und blöd zusammengeschmierte Geschichten über die Linke, speziell über „K-Gruppen" und „Terror-Szene", ist mensch aus dem „Spiegel" hinlänglich gewohnt. Alle gewohnten Maßstäbe bricht aber der nebenstehend nachgedruckte Artikel aus dem „Spiegel" vom 14.12.81. Berichtet wird dort Haarsträubendes über angebliche Zusammenarbeit zwischen dem BWK (KBW-Abspaltung) und den VSBD-Nazis. Man erfährt beispielsweise, daß der BWK die Nazis in der Produktion von Mollies und Rohrbomben unterweist – was ja auch bitter nötig ist, weil die Nazis dafür bekanntlich überhaupt keine eigenen Fachleute haben ... Man erfährt auch, daß die Nazis nachts kommunistische Parolen malen, während der BWK zum Dank Faschistisches an die Wände sprüht. Was damit eigentlich bezweckt wird – wäre es nicht viel einfacher, wenn jeder gleich seine e i g e n e n Parolen malt?! – bleibt offen.

Wie mag diese Geschichte zustande gekommen sein? Die naheliegende Deutung „Verfassungsschutz-Märchen" überzeugt nicht völlig, denn diese „Spiegel"-Story liegt erheblich außerhalb dessen, was uns staatliche Stellen normalerweise an Phantasien zumuten. – Oder trifft vielleicht die Deutung zu, daß hier ein ehemaliger KBW'ler, der jetzt beim „Spiegel" gelandet ist, einmal sein ganzes psychisches Elend zu Papier gebracht hat?...

Auffallend ist an der Erzählung, daß mehrheitlich angebliche Aussagen von VSBD-Nazis zitiert werden, während der BWK nur in Gestalt zweier anonymer Sprecher zu Wort kommt. Vernünftig belegt wird sowieso keines der angeblichen Zitate. Der e i n z i g e Sprecher, der namentlich genannt wird, ist ein VSBD-Nazi namens Volker Heidel. Das legt den Gedanken nahe, daß sich der Autor des Artikels nicht alles selbst aus den Fingern gelutscht hat, sondern daß der Artikel in Kooperation mit einem oder mehreren Nazis zustande gekommen ist. Welche Interessen die Nazis haben könnten, Geschichten über angebliche Zusammenarbeit mit BWK oder auch KPD/ML („KPD") in die Welt zu setzen, liegt nahe. Zumal dann, wenn dabei auch noch ein paar Scheinchen Honorar für die eigene Kasse abgefallen sein sollten.

Wir hoffen sehr, daß der BWK die Gelegenheit ergreift, in dieser Sache gegen den „Spiegel" zu prozessieren und einen Widerruf des „Spiegel", oder aber eine Offenlegung der angewendeten Praktiken des verantwortlichen „Spiegel"-Autors zu erzwingen.

Reihen geschlossen

Rechte und linke Extremisten der Bundesrepublik leisten sich gegenseitig Beistand, bei Parolenschmierereien wie bei Keilereien.

Es war das gewohnte Bild, wie es Neonazis abgeben. Aufgeputzt mit schwarzen Helmen und Schaftstiefeln, Lederkoppel und Khakihemd, zogen fünf Rechtsextremisten zu später Stunde durch die Osnabrücker Innenstadt. An der Industrie- und Handelskammer und an einem Betonpfeiler machten sie kurz Halt und malten ein wenig.

Doch was anderntags als Ergebnis der nächtlichen Aktion zu besichtigen war, paßte gar nicht ins Muster der Rechtsextremen. „Tod dem Faschismus – BWK" stand da, und „Weg mit dem KPD-Verbot".

Es waren die Folgen einer seltsamen Koalition, neu in der bundesdeutschen Radikalenszene: Mitglieder der rechtsextremen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit" (VSBD/PdA) schmieren rote Parolen im Auftrag der linksextremen Konkurrenz, die sich gern revanchiert.

An eine Wand der Osnabrücker Universität etwa sprühten Genossen vom „Bund Westdeutscher Kommunisten" (BWK) ein paar Tage später den VSBD-Vers „Blut muß fließen, knüppel-



Neonazi-Propaganda in Osnabrück*
„Blut muß fließen"
DER SPIEGEL Nr. 51/1981

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

hageldick, wir scheißen auf die Freiheit der Judenrepublik". Und in Rinteln schrieben Anhänger der „Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD) „Juden raus" an das Bahnhofsportal.

Daß Rechte und Linke vom äußersten Rand des politischen Spektrums gemeinsame Sache machen, kommt auch für Staatsschützer überraschend. In mehreren Städten der Bundesrepublik, vorwiegend in Niedersachsen, aber beispielsweise auch in Bremen und Köln, verstehen sich die radikalen Grüppchen beider Seiten nicht nur, wenn es um Parolenschmieren geht. „Die Zusammenarbeit", sagt ein VSBD-Ortsgruppenführer aus Köln, „klappt auch sonst ganz gut."

Und der norddeutsche Volkssozialistenchef Volker Heidel, der sich gern mit „Sieg Heil" verabschiedet, erläutert, wohin das führen soll: „Gemeinsames Ziel ist die Zerschlagung der Gesellschaft. Wir wollen eine grundlegende Strategie des Widerstandes und der Befreiung entwickeln. Zur Beseitigung dieses Systems ist jedes Mittel recht."

Die Fäden von links nach rechts sind schon lange geknüpft. Den einen, vom VSBD, gefällt „der ausgezeichnete Informationsdienst der Kommunisten, das erkennen wir neidlos an" (ein Neonazi aus Cloppenburg). Da fällt manchmal, beispielsweise bei Treffen in der Osnabrücker Gaststätte „Grüner Jäger", dem gemeinsamen Vereinslokal, auch etwas ab: „Über Verfassungsschützer" etwa, welche Autos die fahren und wie sie aussehen". Besprochen werden dabei auch die „Beschaffung von Waffen" und die „Planung von Anschlägen".

Der Gegenseite imponiert, wie der Osnabrücker Bund Westdeutscher Kommunisten bekennt, „die Schlagkraft" und „Entschlossenheit" der Volkssozialisten, vor allem von der Jungen Front", der VSBD-Jugendorganisation. Als etwa unlängst in Hannover Mitglieder des maoistischen BWK mit sowjettreuen DKP-Kommunisten in Streit gerieten, kamen den bedrängten Mao-Anhängern volkssozialistische Schlägertrupps zu Hilfe. „Als es losging", schildert einer der Neonazis, standen wir geschlossen mit dem BWK in einer Reihe gegen die Bolschewisten" – bis die Polizei das kuriose Scharmützel auflöste.

Rechtsextreme Kameraden von VSBD und „Junger Front" lernen inzwischen bei den BWK-Genossen das Herstellen von Molotowcocktails und die Anwendung von Schwarzpulver in Rohrbomben, denn da gibt es ja verschiedene Zündungsmöglichkeiten". Und dabei fiel auch auf, sagt Volkssozialist Heidel, „daß wir ideologisch gar nicht so weit auseinander liegen".

Denn was Ernst Röhm und Gregor Strasser Anfang der dreißiger Jahre als Vertreter des antikapitalistischen NSDAP-Flügels" gepredigt hätten, so Heidel, komme „ja eigentlich kommunistischem Gedankengut sehr nahe". Lobt ein Neonazi: „Manches aus dem KPD-Programm würden wir glatt unterschrei-

Denn was Ernst Röhm und Gregor Strasser Anfang der dreißiger Jahre als Vertreter des antikapitalistischen NSDAP-Flügels" gepredigt hätten, so Heidel, komme „ja eigentlich kommunistischem Gedankengut sehr nahe". Lobt ein Neonazi: „Manches aus dem KPD-Programm würden wir glatt unterschrei-
ben, und daß es den Kapitalistischen Profitgeiern nur um ihr Geschäft geht, ist ohnehin alte VSBD-Weisheit."

Extremisten, so meint ein BWK-Mann, sollten „noch enger" zusammen-


Der Weg

...onazi-Zeitung
...hwarzpulver von Braunen und Roten

...R SPIEGEL Nr. 51/1981

...rücken. Denn, „wenn sich Splittergruppen miteinander hauen und gegeneinander arbeiten", gibt er zu bedenken, „wer ist dann wohl der lachende Dritte?"

Schulter an Schulter wird anscheinend bereits gemalt. Ende Oktober tauchte in Niedersachsen an Hauswänden und auf Flugblättern der Zweizeiler auf: „Buback Ponto Schleyer, der nächste ist ein Bayer". Den Spruch zierten zugleich ein kommunistischer Stern und das Keltenkreuz der Neonazis. ◆

Alternative Liste Westberlin:

Auf dem Wege zur „Professionalisierung" ...

Die Mitgliederversammlung der Westberliner Alternativen Liste (AL) faßte am 24.11.81 einen folgenschweren Beschluß. Im monatelangen Tauziehen um die Frage, daß den neun Igel-Parlamentariern bezahlte „Sekretäre" oder „Fraktionsassistenten" beiseite stehen sollen, einigte man sich auf einen faulen Kompromiß. Danach wird es grundsätzlich h a l b t a g s bezahlte „Sekretäre" geben, die von den jeweiligen Fachbereichsgruppen der AL – es gibt insgesamt zwölf Bereichsgruppen – vorgeschlagen werden. Die bezahlten Sekretäre unterliegen zwar dem Rotationsprinzip und „unterliegen dem Prinzip des imperativen Mandats, sie sind ihren Bereichen rechenschaftspflichtig und erhalten Aufträge nur von diesen" (1). Fakt ist aber – trotz der Formel der basisdemokratischen Einbindung dieser „Sekretäre", die ein Zugeständnis an die ablehnenden AL'ler gegenüber jedweder 'Professionalisierung' der Parlamentsarbeit beinhaltet –, daß damit auch offiziell auf Grundlage eines MV-Beschlusses die 'Professionalisierung' der AL-Parlamentsarbeit im Abgeordnetenhaus e i n g e l e i t e t worden ist. Insgesamt jedoch ist die nun beschlossene 'Professionalisierung' nur die Fortsetzung einer rasanten Entwicklung



insbesondere nach den vorgezogenen Neuwahlen vom 10.5.81, die in den Bezirken und Bezirksparlamenten teilweise schon vollzogen wurde. Wie es dazu kommen konnte, soll im folgenden gezeigt werden.

Das bisherige Ausmaß der 'Professionalisierung'

Insgesamt verfügt die AL über neun Parlamentarier/innen im Abgeordnetenhaus, 44 Bezirksverordnete in 10 Bezirksparlamenten sowie vier Stadträte in vier Bezirken. In den Bezirken Kreuzberg und Wilmersdorf gibt es bereits jeweils einen hauptamtlichen „Sekretär"; in Kreuzberg einen mit monatlich 40 Stunden Arbeitszeit und 300 DM Entschädigung, in Wilmersdorf gar einen mit einer Halbtagsstelle und 900 DM monatlichen Einkommens. Die 44 Bezirksabgeordneten der AL können bis zu 500 DM monatlich Aufwandsentschädigungen für sich behalten, der Rest wird an die AL abgeführt (Bezirksverordnete erhalten durchschnittlich ca. 600 - 700 DM Schmiergelder im Monat. Die Aufwandsentschädigungen der Bezirksverordneten werden – je nach der materiellen Lage usw. – in den Bezirksgruppen autonom entschieden und sind daher sehr unterschiedlich.

Genau 25% aller 44 Bezirksparlamentarier kassieren nichts.

Von den neun Parlamentariern im Abgeordnetenhaus sind alle grundsätzlich hauptamtlich tätig; acht Parlamentarier kassieren monatlich 1800 DM, einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn entsprechend. Prof. Martin Jänicke erhält 350 DM Aufwandsentschädigung. Hinzu kommen zwei ganztags bezahlte Bürokräfte mit dem einheitlichen AL-Höchsteinkommen von 1800 DM. Hinzuzurechnen wäre noch ein ebenfalls hauptamtlicher „Pressesprecher" der AL. Laut AL-Beschluß vom 24.11.81 kann dieser parlamentarische Apparat noch durch insgesamt zwölf halbtags beschäftigte Sekretäre ergänzt werden, wenn sich alle zwölf Bereichsgruppen dazu entscheiden sollten (2).

Den größten „Bedarf" an hauptamtlichen „Sekretären" haben jedoch die vier Stadträte. In Kreuzberg ist der dortige AL-Baustadtrat mit zwei bezahlten Sekretären umgeben, der Gesundheitsstadtrat in Wilmersdorf mit zwei Sekretären und in Schöneberg mit drei Sekretären. Der Gesundheitsstadtrat in Tiergarten muß sich mit einem bezahlten Sekretär begnügen. Die Stadträte selber erhalten vom Bezirksamt als Beamte Monatseinkommen von rund 5000 DM netto

und behalten für sich jeweils 1800 DM, außer dem Nicht-AL-Mitglied und Kreuzberger Baustadtrat Werner Orlowski, der 3000 DM für sich behält, wobei 'berücksichtigt' werden muß, daß Orlowski als Besitzer einer Drogerie zu den Kleingewerbetreibenden zählt. Für ausdrücklich nichtparlamentarische Arbeiten verfügt die AL noch über zwei Halbtagskräfte in ihrem zentralen Büro sowie einem ganztags und hauptamtlich beschäftigten Finanzbearbeiter.

Zu den 57 von Amts und Mandats wegen bezahlten bzw. teilweise „entschädigten" AL-Parlamentariern bzw. Stadträten kommen also – rechnet man die zwölf Halbtags-Sekretäre für die Zuarbeit der Abgeordnetenhausfraktion noch hinzu – rund 25 Sekretäre (2).

Damit kann festgestellt werden, daß die AL insgesamt gesehen über keine durchgehende und vorherrschende 'Professionalisierung' ihrer Parlamentsarbeit verfügt, aber schon bedeutende Schritte in diese Richtung vollzogen wurden. Das hängt damit zusammen, daß die 'Professionalisierung' innerhalb der AL nach wie vor umstritten ist und die Mehrheit der Bezirksgruppen (80%) diese 'Professionalisierung' bislang immer abgelehnt hat.

Zur Frage der 'Professionalisierung' vor den Neuwahlen im Mai '81

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksparlamenten am 18. März 1979 errang die AL 3,7% aller Stimmen und zog mit insgesamt zehn Parlamentariern in vier Bezirksparlamente ein. Die damalige Parlamentsarbeit führte eher ein Schattendasein. Auseinandersetzungen um die Frage der Parlamentsarbeit entzündeten sich erst, als Vertreter der heutigen Gruppe Z bzw. ISP eine bezahlte Kraft für die Parlamentsarbeit in Kreuzberg zur Diskussion stellte. Diesem Ansinnen widersprach eine große Mehrheit in der AL. Im Gegenteil: damals waren die Positionen relativ stark vorhanden, die vor einem Übermaß an Parlamentsarbeit warnten, gegen zu große „Verzettelungen" etc. polemisierten und insgesamt die Parlamentsarbeit eher herabwürdigten. Zur Frage von bezahlten Sekretären für die parlamentarische Arbeit in den Bezirksparlamenten schrieb z.B. der heutige AL-Abgeordnete K.J.Schmidt einmal den denkwürdigen Satz: *„Denn viel schlimmer kann die Häme von fortschrittlichen Menschen sein, die fassungslos registrieren, daß die alternativen Berufssekretäre für die Aktenzubereitung in der BVV* (BVV: „Bezirksverordnetenversammlungen", die offizielle Bezeichnung der Bezirksparlamente, Anm. d. Verf.) *brauchen. Dies sollte uns allen erspart bleiben!"* (3).

Vornehmlich zwei Gründe lassen sich anführen, warum die damalige Parlamentsarbeit in den vier Bezirken eher unterbelichtet wurde:

1) Zum einen kann man die Bezirksparlamente oder BVV's nicht als Parlamente im eigentlichen parlamentarischen Sinn bezeichnen. Sie sind im wesentlichen Kontrollorgane der bezirklichen Verwaltungen und können praktisch nichts (außer „Empfehlungen") gegenüber der Senatspolitik ausrichten. Die parlamentarischen Einflußmöglichkeiten von den Bezirken her in die „große Politik" sind faktisch sehr gering, so daß die damalige Parlamentsarbeit sich vornehmlich auf die besonderen kommunalpolitischen Probleme des jeweiligen Bezirks im Kontext zu den Auseinandersetzungen mit den etablierten Parteien konzentrierten. Es lag auf der Hand, daß die „große Politik" nur auf der Straße, außerparlamentarisch, gemacht werden konnte. Es ist interessant, daß schon damals einige Kritiker, die vor „Verzettelung" usw. der Parlamentsarbeit warnten, eine gewisse Differenzierung vornahmen zwischen der Arbeit in den BVV's und einer vielleicht möglichen Arbeit im Abgeordnetenhaus (4).

tarisch, gemacht werden konnte. Es ist interessant, daß schon damals einige Kritiker, die vor „Verzettelung" usw. der Parlamentsarbeit warnten, eine gewisse Differenzierung vornahmen zwischen der Arbeit in den BVV's und einer vielleicht möglichen Arbeit im Abgeordnetenhaus (4).

2) Die AL stellte damals höchstens drei Parlamentarier in einem (jeweils 45-köpfigen) Bezirksparlament und befand sich insofern auch nie in einer so außergewöhnlichen Lage des „Zünglein an der Waage". Aus der oben dargestellten grundlegenden Funktion der BVV's hatte es die AL zumeist mit einer Großen Koalition in den Bezirksrathäusern zu tun. Großartige Machtpoker und Parteienkonstellationen waren damals kaum möglich. Das lag auch daran, daß die damalige SPD in den Bezirken die AL noch nicht so richtig ernst nahm und deshalb auf Dialogmanöver weitgehend verzichtete.

Schon vor dem Wahlerfolg der AL legte sich die Kreuzberger Bezirksgruppe der AL als erste Basisgruppe der AL einen halbamtlichen, bezahlten Sekretär zu, was auf scharfen Protest im Delegiertenrat stieß. Die Kreuzberger AL begründete ihre, in der Bezirksgruppe nicht unumstrittene Entscheidung damit, daß der „Sekretär" aufgrund der Anforderungen im Wahlkampf notwendig und auf den Zeitraum bis zum Wahltag zunächst begrenzt sei – gewissermaßen zur Beschwichtigung. Im Bezirk Wilmersdorf wurde einige Zeit später ähnlich verfahren.

Die 'Professionalisierung' der Parlamentsarbeit der AL: ein f a u l e r Kompromiß!

Die Debatte über die 'Professionalisierung' innerhalb der AL zog sich lange hin. Zwei Mitgliederversammlungen im Oktober dieses Jahres brachten kein Ergebnis, da sich die 'Professionalisierer' einerseits und die Ablehner dieser Konzeption pari – pari gegenüberstanden. Dabei standen sich ursprünglich zwei Leitanträge gegenüber, einer der sog. „Strukturgruppe" sowie ein zweiter von Peter Sellin und einem Teil der Abgeordnetenhausfraktion. Im Leitantrag der Strukturgruppe wird gesagt, daß die Abgeordneten „verpflichtet" sind, in den jeweiligen (Fach)bereichsgruppen der AL mitzuarbeiten, die den jeweiligen Parlamentsausschüssen usw. entsprechen. *„Bezahlte Parteisekretäre, die als Fraktionsassistenten die inhaltliche Arbeit der Bereiche machen, sind mit dem Selbstverständnis der AL nicht zu vereinbaren"*. Stattdessen wird gefordert, mindestens zwei Bürokräfte gewissermaßen als „Fraktionsgeschäftsführer" einzustellen, die den Verwaltungskram zu erledigen und als „Drehscheibe" fungieren würden.

Peter Sellin fordert eine 'professionalisierte' Parlamentsarbeit aus ca. sechs bis sieben „Sekretären" oder „Fraktionsassistenten". *„Sachlich/fachlich kompetente Kräfte"* sollen von den Bereichen vorgeschlagen und gewählt werden. Der Vorschlag sieht die Schaffung von sieben „Arbeitsfeldern" vor, die sich nicht an die schematische Arbeitsaufteilung in den Parlamentsausschüssen hält, sondern es soll versucht werden, *„miteinander stark korrespondierende Bereiche ... zu einem 'Arbeitsfeld'"* zu bündeln und genau dafür einen Fraktionsassistenten zu wählen. Peter Sellin begründet die Einstellung von bezahlten Fraktionsassistenten damit, eine *„funktionierende Verbindung zwischen Bereichen und der Fraktion oder BI's und Fraktion"* herzustellen (5). Die „Fraktionsassistenten" sollen also im wesentlichen als „Drehscheibe" oder Koordinatoren zwischen Fraktion, AL-Bereichen und Basisbewegungen fungieren.

Es wird allerdings nicht gesagt, warum dies nicht auch o h n e 'Professionalisierung' vonstatten gehen könnte. Der nunmehr verabschiedete „Kompromiß" besteht in der Annahme eines Antrags des Bereichs Naturschutz „i.A. Ernst Hoplitschek" (siehe eingangs dieses Artikels). Begründet werden die im Höchstfalle zwölf bezahlten Halbtagskräfte damit, daß die Einführung von „Fraktionsassistenten" die *„parlamentarische Schiene stärkt"* und deshalb abzulehnen sei. Die Verfasser des Antrags sind daher der Auffassung, daß sie für eine *„Quasi-Professionalisierung"* seien, die allerdings *„der strikten Kontrolle, Meinungs- und Willensbildung der Bereiche unterliegen"*. Das hört sich zwar schön an, läuft aber in der P r a x i s auf das Gleiche hinaus, denn auch im Antrag von Peter Sellin war eine Verankerung der „Fraktionsassistenten" in den Bereichen vorgesehen (das gilt ebenso für die Abgeordneten).

Die entscheidende Begründung nach 'Professionalisierung' liegt aller- schön an, läuft aber in der P r a x i s auf das Gleiche hinaus, denn auch im Antrag von Peter Sellin war eine Verankerung der „Fraktionsassistenten" in den Bereichen vorgesehen (das gilt ebenso für die Abgeordneten).

Die entscheidende Begründung nach 'Professionalisierung' liegt allerdings woanders: *„Da von und aus vielen AL-Bereichen kaum Aktionsimpulse und Initiativen ... in Richtung der AL-Parlamentarier gekommen sind, hat sich der Gedanke nach solchen Veränderungen geradezu aufgedrängt"*. Die These des Bereichs Naturschutz lautet, daß die *„gewachsenen politischen Aufgaben der AL und die Bedürfnisse der sich auf die AL beziehenden Menschen"* allein ehrenamtlich nicht mehr bewältigen lassen (6).

Wenn dem tatsächlich so ist, d.h. wenn die Parlamentsfraktion nur ungenügend außerparlamentarisch „gefüttert" wird, dann wird man kaum mit bezahlten Fraktionsassistenten Abhilfe schaffen können, es sei denn, es kommt zu einer gewissen „Eigendynamik" der Arbeit der Fraktionsassistenten plus Parlamentsfraktion. Das Problem wird also durch die 'Professionalisierung' nur u m g a n g e n , wieviel 'parlamentarische' Initiativen überhaupt sinnvoll sind, wird überhaupt nicht gefragt. Insofern handelt es sich bei dem verabschiedeten 'Professionalisierungs'-Antrag keineswegs um einen Kompromiß, wie behauptet wurde.

Vor dem Hintergrund des immer noch vorhandenen Schuldenberges mutet es schon recht makaber an, obendrein noch Gelder für bezahlte „Fraktionsassistenten" auszugeben!

D., Westberlin

Anmerkungen:

(1) MVV-Beschluß der AL vom 24.11.81
(2) „Wer verdient in der AL?", aus: „Stachel" vom Nov. 1981
(3) K.J.Schmidt im Mitgliederrundbrief der AL Nr.9, 13.5.80
(4) siehe Mitgliederrundbrief Nr.9
(5) Leitanträge M 1 - M 6, vorgelegt in der MVV der AL am 24.11.81
(6) Antrag des Bereichs Naturschutz der AL für die MVV am 24.11.81

AL-Westberlin:

Wie hältst Du's mit der SPD?

Nahezu unausweichlich hat in der AL Westberlin die Debatte über ihr Verhältnis zur SPD neuen Zündstoff erhalten. Anlaß zur Kritik ist die Bündnispolitik der Kreuzberger Bezirksgruppe gegenüber der dortigen SPD im Bezirksparlament. Aber auch im Abgeordnetenhaus kam es innerhalb der 9-köpfigen Parlamentsfraktion der AL zu Meinungsverschiedenheiten. Die Schwierigkeiten ergaben sich vor allem daraus, daß die SPD nicht mehr die regierende, sondern nunmehr "oppositionelle" Partei gegenüber dem CDU-geführten und FDP-tolerierten Lummer/Weizsäcker-Senat ist. Allerdings war das Verhältnis von AL zur SPD schon vor und erst recht nach den Neuwahlen vom 10. Mai 1981 heftig umstritten, als es um eine mögliche Tolerierung eines SPD-geführten Minderheitssenats ging.

Vor den Wahlen legte sich die AL per Beschluß einer Mitgliederversammlung unmißverständlich fest: "*Die AL lehnt jede Koalition mit den etablierten Parteien ab. Sie wird keinem Minderheitssenat durch Stimmenthaltung zur Macht verhelfen.*"(1) Dies war eine klare Absage an die SPD, die den Wählern präsentiert wurde, innerhalb der AL jedoch bei gerade links- reformistischen Strömungen umstritten blieb.

Tatsächlich flammte die Diskussion über eine mögliche Tolerierung eines SPD/FDP-Minderheitssenats durch die AL nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses voll auf und schlug sich in verschiedenen Anträgen für eine eigens dafür einberufene Mitgliederversammlung (25.5.81) nieder. **Und dies, obwohl der gescheiterte SPD-Bürgermeisterkandidat Jochen Vogel bereits in der Wahlnacht des 10. Mai klipp und klar erklärt hatte, daß er sich nicht von der AL tolerieren lassen wolle und bereitwillig der CDU das Regierungsgeschäft übertrug. Im wahrsten Sinn des Wortes verhalf die SPD dem Lummer/Weizsäcker-Senat zur Macht, o h n e auch nur einen Augenblick lang andere Optionen auszustreuen.**

Vor diesem Hintergrund müssen die "Tolerierungsangebote" an die SPD als reine Phantastereien bezeichnet werden, die obendrein als besonders schlaumeierische Taktik angepriesen wurden. Es ist nicht uninteressant, w e r diese Tolerierungsvorhaben befürwortete: Neben der Bezirksgruppe Tempelhof war dies insbesondere die Gruppe "Z", die vorschlug, die AL solle einen SPD-Minderheitssenat dann tolerieren, wenn die SPD bereit wäre, einen inhaltlichen Forderungskatalog der AL (u.a. Amnestie für Hausbesetzer, gegen Schwarzen Kreis, gegen Kraftwerk Ruhrleben usw.) zu akzeptieren. Diese Position ging jedoch baden.

Etwas cleverer formuliert, nur etwas abgeschwächt von den Konstruktionen der "Z", enthielt ein Antrag um Ernst Hoplitschek, Wolfgang Kaiser, Dieter Kunzelmann, Johanna Mayr und anderen das Angebot der AL an SPD und FDP zu "Sachgesprächen". Ernst Hoplitschek selbst schrieb später in aller Offenheit: "*Damit waren die Absichten klar formuliert. Wenn auch die offene Bejahung einer Tolerierung – aus taktischen Gründen – vermieden worden war, so war sie doch einkalkuliert*"*(2)*.

Noch interessanter ist eine seiner Begründungen für das, wie gesagt, völlig an der Realität vorbeigehende Tolerierungsangebot: "*Langfristig läßt sich nur mit einer (auch ökologisch) radikalisierten SPD eine qualitative Veränderung in der Gesellschaft durchführen, solange sie zu den Machtblöcken zählt. Prämisse hierzu ist aber: die Wahrung der Identität und Authentizität der AL, wozu solche Gesprächsangebote nützlich gewesen wären.*"*(2)*

Immerhin konnte diese Tolerierungsposition für sich auf der MVV vom 25.5. runde 50% der Anwesenden für sich verbuchen, scheiterte dann aber doch an dem Widerstand und der Unnachgiebigkeit der "authentischen" AL'ler – wie Hoplitschek sie zu nennen pflegt.

Wenn auch das Kokettieren mit der SPD, das Setzen auf eine partielle "Blockbildung" mit dieser Partei auf Sand gebaut war, so haben diese politischen Strömungen keinesfalls das Feld geräumt.

AL und SPD im Abgeordnetenhaus

Zieht man ein vorläufiges Fazit der bisherigen Parlamentsarbeit der AL im Abgeordnetenhaus, wobei diese Arbeit ins Zentrum des öffentlichen Rampenlichts gerückt ist, so spiegelt sich die Zweigleisigkeit der Parlamentsarbeit analog des AL-Programms wieder. Konsequent und im klassisch radikaldemokratischen Sinne distanzierte sich die AL-Fraktion nicht von den Steinwürfen im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen, die AL forderte nach dem Tod von Klaus-Jürgen Rattay und der gewaltsamen Räumung von 8 Häusern als einzige Fraktion den Rücktritt von Innensenator Lummer, die AL brachte gleich zu Beginn der Legislaturperiode ein Amnestiegesetz zur Straffreiheit aller im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen Inhaftierten und Kriminalisierten usw. ein. Das Amnestiegesetz – dies nebenbei vermerkt – ist durchaus ein Beispiel, wie tatsächlich auch alternative Konzepte positiv eine wirksame Öffentlichkeit herstellen können.

Die AL lehnte das CDU- Sparprogramm ebenso ab wie die Strompreiserhöhungen, Erhöhungen der Tarife für öffentliche Verkehrsmittel usw.

Problematisch verhält es sich bislang an zwei Punkten:

Anläßlich der Verabschiedung des neuen Haushaltes und der damit verbundenen rigorosen Sparmaßnahmen seitens des CDU-Senats legte die AL ein alternatives Haushaltsprogramm vor. Es läuft, kurz gesagt, darauf hinaus, die Millionensubventionen und Steuervergünstigungen zugunsten der Kapitalisten aufzuheben und an die Ärmeren umzuverteilen. Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst werden abgelehnt.

So schön so ein alternativer Entwurf zur Haushalts- und Wirtschaftspolitik auch sein mag: SPD und CDU vermerken dazu interessanterweise, daß die AL ja "immerhin" nicht grundsätzlich gegen das Sparen an sich sei. Statt konsequent das Hauptaugenmerk auf den außerparlamentarischen Kampf gegen die Sparmaßnahmen zu legen und dies parlamentarisch zu flankieren, ist die AL eher nach dem Motto verfahren: Sparen ja – nur alternativ. Real verändern wird ein solches Konzept nichts, allenfalls die außerparlamentarischen Widerstände an allen Fronten dieser Sparpolitik könnten dem wildgewordenen CDU-Senat ernstere Schwierigkeiten bereiten.

Interessant ist auch das unterschiedliche Abstimmungsverhalten der AL-Abgeordneten in der Frage des geplanten Autobahnbaus durch den Tegeler Forst (einem großen Waldgebiet) als Verbindungsstück zur Autobahn Westberlin - Hamburg. Im Abgeordnetenhaus ging es um die Verabschiedung eines Flächennutzungsplanes für das betreffende Gebiet, der quasi "grünes Licht" für die folgenden konkreten Bebauungspläne gibt. Der Autobahnbau hätte parlamentarisch nur durch das Stoppen dieses Flächennutzungsplanes verhindert werden können, da dies auch die letzte Möglichkeit des Abgeordnetenhauses ist, darauf Einfluß zu nehmen. Zwei AL-Abgeordnete e n t h i e l t e n sich dabei der Stimme, der Plan kam mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien durch. Faktisch stimmten diese beiden Abgeordneten für den Baubeginn zumindest für gewisse Teilabschnitte dieser Autobahn. Problematisch wird die Sache dadurch, daß die Bürgerinitiative Tegel, die für den Erhalt des Tegeler Forstes eintritt, im zuständigen Ausschuß des Abgeordnetenhauses diesem "Kompromiß" zustimmte, da der Flächennutzungsplan mit einiger Modifizierung zumindest einen befristeten Zeitaufschub ermöglichen würde.

Die BI- Westtangente, die gegen die gesamte Autobahn seit Jahren kämpft, war gegen diese, wie sie es nannten, "Taktiererei" der beiden AL-Abgeordneten. Der so ausgehandelte Kompromiß gilt in den Augen von Frank Biermann, Mitglied der BI-Westtangente, als "*das bisher wohl weitgehendste Zusammengehen der AL mit den etablierten Parteien*"*(3)*.

Die Taktik der SPD gegenüber der AL

Am Punkt des politisch brisanten Themas der Hausbesetzungen läßt sich die Taktik der SPD gegenüber der AL im Abgeordnetenhaus besonders klar nachvollziehen. SPD-Fraktionsvorsitzender Vogel erklärte im Grundsatz zum Verhältnis SPD und AL, eine Zusammenarbeit in Sachfragen könne er nicht ausschließen und es komme darauf an, wie sich die AL weiter entwickeln würde. Vogel nannte als wichtigsten Maßstab, inwieweit die AL bereit sei, tatsächlich ernsthafte parlamentarische Arbeit zu leisten.

Anders ausgedrückt: die Westberliner SPD setzt ihren Hebel an denjenigen politischen Strömungen in der AL an, die nicht nur eine "ernsthafte" Parlamentsarbeit einschließlich der 'Professionalisierung' betreiben wollen, sondern darüber hinaus 'Strategien' einer wie auch immer gearteten Blockbildung mit der SPD (siehe Aussagen Hoplitscheks, Anm. 2) verfolgen.

Den Preis, den die SPD dazu zu zahlen bereit ist, sind parlamentarische Erfolge, die denjenigen Strömungen in der AL recht geben, die davon ausgehen, daß eine Taktiererei mit der SPD erfolgreicher verlaufe als ein Beharren auf den radikaldemokratischen Positionen. Damit verfolgt die SPD logischerweise auch die Differenzierung, letztlich Spaltung der AL. In der Frage der Hausbesetzungen ergriff die SPD bisher zwei – allerdings erfolglose – Versuche. Vor dem Sommer stellte die SPD-Fraktion einen Antrag auf die Fortsetzung der sog. „Berliner Linie", die faktisch keine „Linie" war, sondern aufgrund der bevorstehenden Wahlen eine gewisse r e l a t i v e Zurückhaltung, denn geräumt und geknüppelt wurde auch schon unter der kurzweiligen Amtszeit von Vogel. Ziel der SPD war es, eine Abstimmungsmehrheit für diese "Berliner Linie" aus SPD, AL und FDP gegen die CDU zu erreichen. Diese Taktik ging jedoch gleich doppelt für die SPD schief: Zum einen lehnte die AL diesen Antrag ab und zum anderen stimmte selbst die Lummer-CDU diesem Antrag zu, da er überhaupt kein irgendwie geartetes Räumungs-"Moratorium" oder ähnliches enthielt.



Die SPD ließ jedoch nicht locker und unternahm einen zweiten Anlauf. Anfang September – schon unter dem Eindruck der von Lummer angekündigten Räumungen am 22.9. – brachte die SPD einen Vorschlag ein, weitgehend auf Räumungen zu verzichten und diese nur dort zuzulassen, wo dies "rechtlich geboten" erscheine. Auch damit fiel die SPD bei der AL prompt durch, denn schließlich ist nach SPD-Logik die Räumung a l l e r besetzten Häuser "rechtlich geboten", da die SPD nach wie vor alle Hausbesetzungen als "widerrechtlich" bezeichnet. Dieser zweite Versuch der SPD führte allerdings schon zu recht heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der AL-Abgeordnetenhaus-Fraktion: Einige hingen tatsächlich der Illusion nach, es könnte einen parlamentarisch abgesegneten Schutz der Mehrzahl der besetzten Häuser geben.

Der dritte Versuch der SPD war dann vollends ein Eigentor Marke SPD. Nach den Räumungen von 8 Häusern am 22.9.81 und dem Tod von Klaus-Jürgen Rattay forderte die AL sofort die Einberufung einer Sondersitzung des Abgeordnetenhauses (die SPD stimmte dagegen!) und den Rücktritt von Innensenator Lummer. Nach schwerwiegenden internen Auseinandersetzungen zog die SPD zunächst mit, um wenig später total umzufallen.

Bekanntlich – unter dem Eindruck einer sog. "schweigenden Mehrheit" und rechtem Gesindel, das Springer und Co. eifrig mobilisierten und der rechten SPD-Mehrheit innerhalb der SPD-Fraktion – beschritt Vogel zusammen mit CDU, FDP, Kapitalistenverbänden und rechter Gewerkschaftsführung den "Weg zum inneren Frieden".

In diesen Auseinandersetzungen zeigte sich sehr deutlich, daß die SPD i m m e r auf dem Boden jener Lummer'schen "Rechtsstaatlichkeit" steht und letztenendes auch immer die Große Koalition sucht, als selbst partielle Absprachen mit der AL zu treffen.

Eine hoffentlich heilsame und eindrucksvolle Lehre gerade für diejenigen Strömungen innerhalb der AL, die sich vielleicht mehr erhofft oder erträumt hatten!

Die Taktik der SPD gegenüber der AL in Kreuzberg

Was der SPD im Abgeordnetenhaus nicht gelang, schaffte sie gegenüber der AL-Parlamentsfraktion im Bezirk Kreuzberg, wo die Gruppe "Z", also die "Modernen Sozialisten", über einen nicht unerheblichen Einfluß verfügen.

Das erste Vorspiel zu einer "Volksfront" (CDU) in Kreuzberg gab es anläßlich der Stadtratsposten. In einem schlichten Kuhhandel wählte die SPD den AL-Kandidaten Orlowski zum Baustadtrat, während die AL sämtlichen SPD-Stadträten ihre Zustimmung gab, unabhängig davon, welche Politik diese SPD-Stadträte zuvor betrieben haben.

Der größte Coup geland der SPD ausgerechnet in der Hausbesetzerfrage. Sie brachte nach den Ereignissen vom 22.9. einen Antrag ein, dem die AL-Fraktion zustimmte, nachdem 2 unwesentliche Änderungsanträge seitens der AL von der SPD akzeptiert worden waren.

In diesem SPD-Antrag steht unter anderem:

–..."*die BVV stellt fest, daß alle Lösungen des Hausbesetzerkonflikts nur möglich sein können, wenn den geltenden Gesetzen entsprochen wird.*"

Diese "geltenden Gesetze" sehen bekanntlich auch Räumungen vor!

– "*Der Senator für Bau- und Wohnungswesen wirkt auf ... (alle Beteiligten) ein, für die Dauer des Verfahrens die widerrechtlichen Besetzungen zu dulden*". Man merke: die AL stimmt der SPD-Einschätzung nach "widerrechtlichen" Besetzungen zu!

– "*Die BVV ist nicht bereit, auf dringend benötigte Einrichtungen zu verzichten*".

Diese Passage besagt, daß doch eine Räumung erfolgen kann, wenn an die Stelle "dringend benötigte Einrichtungen" treten sollen!

Außerdem könne "nur dann" geräumt werden, wenn es mit den Besetzern keine "einvernehmlichen Lösungen " gibt. Nur für die Dauer der Verhandlungen solle gar nicht geräumt werden. (4).

Die AL stimmte also einem Antrag der SPD zu, der haargenau der Vogel'schen "Berliner Linie" entspricht! Damit hat die AL einen doppelt hohen Preis aufgrund der neunmalklugen Tüfteleien einiger "Z"-Strategen bezahlt: zum einen gelten BVV-Beschlüsse nicht bindend für den Senat. So hat Lummer bereits eine Plakataktion des Kreuzberger Bezirksamtes zur Information der Bevölkerung kurzerhand als "kompetenzüberschreitend" verboten Kurz: Lummer kann trotz dieses Kreuzberger BVV-Beschlusses räumen lassen, ein reales Zugeständnis erhielt die AL also überhaupt nicht.

Gewichtiger ist jedoch, daß es der SPD gelungen ist, die AL auf die herrschende Gesetzlichkeit und herrschende Ordnung zu drücken.

Offensichtlich ist es wohl auch, daß sich diese Kreuzberger Parlaments-Strategen von der SPD-Fraktion ziemlich haben einseifen lassen. **Daß es auch anders geht, beweist ein gemeinsamer Antrag der AL-Fraktion im Bezirk S c h ö n e b e r g mit der dortigen SPD, der auch gegen die Stimmen von CDU und FDP verabschiedet wurde. Da heißt es kurz und bündig:** „*Eine politische Gesamtlösung ist notwendig. Sie muß die 29 in Schöneberg besetzten und teilbesetzten Häuser miteinbeziehen. Jede weitere Räumung macht eine politische Gesamtlösung unmöglich. Ein zeitliches Aussetzen für die Dauer von sechs Monaten ist notwendig. Die Eigentümer der besetzten Häuser werden bewogen, niemanden zu drängen, polizeiliche Räumungen durchzuführen*" (Antrag vom 25.11. 1981). Bedingung der SPD zur Zustimmung dieses Antrags war die Passage, wo von der Aussetzung von Räumungen für die Dauer von sechs Monaten die Rede ist.

Außerdem gibt es in der Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung einen Sonderausschuß zur Hausbesetzerfrage, in dem die AL-Fraktion erst dann mitarbeiten wird, wenn die „*Eigentümer der Häuser ... in geeigneter Form zum Verzicht auf Räumungen bewogen werden*" (aus DR-Unterlagen vom 2.12.81).

Das klingt schon anders als die Kreuzberger Tüfteleien ! ...

Dies ist jedoch beileibe kein Einzelfall. In der Nacht vom 15. auf den 16. August kam es zu einem brutalen Polizeiüberfall auf ein Mieterfest am Kreuzberger Chamissoplatz. Die AL brachte zunächst einen parlamentarischen Antrag ein, in dem die brutalen Polizeieinsätze scharf verurteilt wurden. Die SPD brachte dann auch einen Antrag ein, der sich zunächst der AL-Erklärung anschloß, dann aber ein allgemeines Treuebekenntnis zum Rechtsstaat und zum Gewaltmonopol der Polizei beinhaltete. Kaum zu glauben, aber wahr: Die AL stimmte diesem gemeinsamen Antrag zu!

Zum anderen wird daran deutlich, daß die Taktik der S P D gegenüber der AL in einigen Fällen aufgegangen ist, nämlich der AL zu parlamentarischen „Erfolgserlebnissen" zu verhelfen und damit diejenigen Kräfte in der AL zu stärken, die auf eine „ernsthafte" und „professionalisierte" Parlamentsarbeit setzen und diejenigen, die darüber hinaus eine „Blockbildung" mit der SPD verfolgen. Es ist umgekehrt eine gefährliche und illusionäre Verkennung der politischen Realitäten und eine maßlose Eigenüberschätzung derjenigen AL'ler, die meinen, durch ausgeklügelte Taktierereien die SPD ausbooten zu können oder Widersprüche innerhalb der SPD zu verschärfen. Sieht man sich die beiden oben genannten Beispiele der gemeinsamen Anträge an, so hat doch die SPD in der Substanz n i c h t s an politischen Zugeständnissen an die AL abgetreten, während die AL-Kreuzberg einige ihrer Grundpositionen aufs Spiel gesetzt hat. Hinzu kommt, daß es sich die SPD in ihrer Oppositionsrolle vor dem Hintergrund einer Lummer'schen CDU-Politik durchaus leisten kann, partiell mit der AL ins Geschäft zu kommen. Es ist bezeichnend, daß einige Kreuzberger AL'ler und speziell die Genossen der „Z" ihre ausgeklügelten Bündnisse mit der SPD als politischen Erfolg preisen, ohne auch nur mit einem Wort das u m g e k e h r t e Interesse der SPD gegenüber der AL zu beleuchten. Selbst Ernst Hoplitschek, der, was die Frage der SPD angeht, in vieler Hinsicht die gleichen Strategien zu verfolgen scheint wie die „Z", kommt zu den Kreuzberger Ereignissen zu folgender Schlußfolgerung: „*Es wird mit Sicherheit nur der Anfang einer durchherrschenden, kritischen ,Bündnispolitik' mit der SPD sein, um die schwierigen Fragen in Kreuzberg zu lösen. Ob die ideologischen und personellen Ressourcen der dortigen Bezirksgruppe ausreichen werden, um als eigenständiger Faktor zu überleben bzw. sogar noch anzuwachsen, kann heute noch nicht beantwortet werden. Schließlich ist auch eine tödliche Umarmungsstrategie seitens der SPD gegenüber der AL denkbar, an deren Ende eine regenerierte SPD steht, die an der Wahl-Klientel der AL partizipiert*" (8).

Vor dem Hintergrund der Kreuzberger Bündnispolitik mit der SPD mutet es geradezu als makabrer Scherz an, wenn „Z"-Mitglied und „moderner Sozialist" Rolf Ascheberg schreibt: „*Nur m i t erheblichen Teilen des von der SPD gebundenen Spektrums werden für fortschrittliche Positionen in Westberlin ... die Handlungsspielräume für sozialistische Politik erweitert werden*", wobei „übergeordnet" die Politik grüner und alternativer Listen *Blockbildung abzielen*" müsse. Er hält „*ein Bündnis mit einer gewandelten, nach links offenen SPD (etwa in Form des sozialliberalen Bündnisses der letzten zwölf Jahre) oder ... in Form des Zusammengehens mit sich von der SPD abspaltenden größeren Gruppierungen, falls sich der rechte Flügel der SPD in seiner Dominanz behauptet*", für „*denkbar*" (5).

Daß die SPD ihr Spielchen mit diesen linken Schwärmereien treiben kann, scheint diesen „modernen Sozialisten" bisher noch nicht aufgegangen zu sein ...

D., Westberlin

Anmerkungen:
1) Aus der Wahlkampfbroschüre der AL „Was wollen wir Alternativen?"
2) Ernst Hoplitschek in: „Alternative Stadtpolitik" (VSA), S. 144 ff.
3) Frank Biermann in: AL-Mitgliederrundbrief Nr. 16 (Dez. 1981), S. 31
4) SPD/AL-Antrag in der BVV-Kreuzberg vom 5.10.81
5) Rolf Ascheberg in: „ISP-Info" Nr. 1/ Dez. 81, Westberlin

Die Machtfrage wird nicht im Parlament gestellt

– Bilanz von 2 Jahren Parlamentsarbeit im Westberliner Bezirk Tiergarten –

Seit dem 18. März 1979 ist die Alternative Liste im Westberliner Bezirk Tiergarten im dortigen Bezirksparlament tätig. Damals gelang es ihr beim ersten Wahlantritt, die 5%-Hürde zu überspringen und mit 2 Bezirksverordneten ins dortige Rathaus einzuziehen. Bei den vorzeitigen Neuwahlen am 10.5.81 konnte die AL mit 12,6% der Stimmen gleich 6 Bezirksverordnete und einen Stadtrat in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) entsenden. Anlaß genug, um ein erstes Fazit der parlamentarischen wie außerparlamentarischen Aktivitäten der AL zu ziehen. Im folgenden geht es also um den Versuch, die Tiergartener Parlamentsarbeit in der vergangenen Legislaturperiode vom 18.3.79 bis 10.5.81 auszuwerten.

Der Bezirk Tiergarten selbst ist der kleinste Westberliner Bezirk mit rund 60.000 Einwohnern. Im Zentrum dieses Bezirks befindet sich eine der größten Grünflächen, der ‚Große Tiergarten'. Im Südosten befinden sich die typisch verwahrlosten Altbauten, die östlich an das Kuhdamm-Boulevard grenzen und daher als Baulandreserve zur Verfügung stehen. Im Norden Tiergartens befindet sich der alte Arbeiterbezirk Moabit, ebenso mit sehr viel Altbausubstanz. Neben der Ansiedlung von Industrie (u.a. der Kernkraft-Zulieferer KWU) befindet sich hier auch der Knast, die Gerichte, Hochsicherheitstrakt und Frauenknast Lehrter Straße.

Ferner leben in diesem Bezirk sehr viele Ausländer, etwa vergleichbar mit den Bezirken Kreuzberg und Wedding.

Auf außerparlamentarischem Gebiet hat der Bezirk Tiergarten eine lange Tradition. Bereits Anfang der siebziger Jahre gab es ein sog. Stadtteilplenum, einen lockeren Zusammenschluß aller Bürgerinitiativen, Mietergruppen, Kita-Initiativen usw. Seit acht Jahren veranstalten diese Gruppen bereits das ebenso traditionelle Fest zum 1. Mai in einem Park. Aus diesem Zusammenschluß entstand auch die noch heute existierende Stadtteilzeitung „21". Als die AL gegründet wurde und ihre Arbeit in diesem Bezirk aufnahm, fand sie so bereits eine relativ gute außerparlamentarische ‚Infrastruktur' vor und konnte auf die Erfahrungen und Sachkundigkeit zurückgreifen, wenngleich es anfangs noch eine breit vorhandene Skepsis gegenüber der AL gab, die jedoch im Laufe der immer enger werdenden Zusammenarbeit überwunden werden konnte.

Der Bezirk wird auf der anderen Seite von einem Bezirksamt verwaltet, welches wiederum von der 45-köpfigen Bezirksverordnetenversammlung (BVV) kontrolliert wird. Das Bezirksamt selbst besteht aus einem Bezirksbürgermeister, der immer von der stärksten Parlamentsfraktion gestellt wird, sowie aus 6 weiteren Bezirks-Stadträten, die nach dem Parteienproporz ihre Sitze erhalten. Dieses 7-köpfige Bezirksamt leitet die entsprechenden Bezirksverwaltungen (Bau- und Wohnungswesen, Gesundheit, Soziales, Jugend und Sport, Volksbildung und Wirtschaft/Finanzen). Im Gegensatz zu anderen Städten sind die Rechte und Pflichten des Bezirksamtes im wesentlichen durch die jeweiligen Senatsrichtlinien diktiert. Das Bezirksamt ist sozusagen der Vollzugshelfer und ausführendes Organ der jeweiligen Senatspolitik, ohne eigene autonome Kompetenzen, die sich weitgehend auf die „Beratung" beschränkt – mit Ausnahme der Wohnungsbaupolitik, wo größere Mitsprache von den Bezirken her möglich ist (1).

Daraus ergeben sich auch die sehr beschränkten politischen Möglichkeiten parlamentarischer Tätigkeit in den Bezirksverordnetenversammlungen, die gewissermaßen das Kontrollorgan des Bezirksamtes darstellen. Daraus ergibt sich auch, daß die BVV's nicht Parlamente im herkömmlichen Sinne sind: So können sie gegenüber der Senatspolitik nur „Empfehlungen" aussprechen. Deutlich geworden ist diese Eingeschränktheit, als Innensenator Lummer kürzlich eine öffentliche Plakataktion zur friedlichen Lösung der Hausbesetzungen kurzerhand wegen Kompetenzüberschreitung des Kreuzberger Bezirksamtes verbieten ließ.

Die Zusammensetzung des Bezirksamtes wird nicht aus jeweiligen Mehrheits-Parteien-Koalitionen heraus bestimmt, sondern entsprechend des zahlenmäßigen Kräfteverhältnisses in den BVV's. In der Regel bedeutet dies, daß die Bezirksämter weitgehend aus CDU- und SPD-Stadträten und Bürgermeistern bestehen (2).

In Tiergarten stellte die SPD den Bürgermeister und 3 Stadträte, während die CDU sich mit den übrigen 3 Stadträten zufrieden geben mußte.

Die BVV war nach dem 18. März 1979 wie folgt zusammengesetzt: SPD: 21 Sitze, CDU: 19 Sitze, FDP: 3 Sitze, AL: 2 Sitze.

Die Tiergartener bürgerliche Parteienlandschaft weist darüberhinaus einige Besonderheiten auf:
1. SPD und CDU betreiben praktisch schon seit Jahrzehnten eine berüchtigte ‚Große Koalition'. Die Politik dieser beiden Parteien im Bezirksparlament ist selbst für Eingeweihte kaum zu unterscheiden.
2. Demgegenüber spielt die FDP eine insgesamt fortschrittliche Rolle. Die Tiergartener FDP lehnt z.B. den NATO-„Nach"rüstungsbeschluß ab, sprach sich auf Veranstaltungen gegen die Hochsicherheitstrakte aus usw. Das Mitglied im Westberliner Landesvorstand der FDP, Harald Loch, hat viele Mieterinitiativen als Anwalt vertreten.

Vor diesen objektiven Faktoren und Voraussetzungen muß die Parlamentsarbeit der AL betrachtet werden. Dies soll anhand einiger konkreter Beispiele geschehen.

BERICHTE AUS DEM BEZIRK UND DEM RATHAUS

Tiergartener CDU-Mitglied unterstützt Junta in El Salvador
SPD Tiergarten gegen Gesamtschule?
Wasserrohrbruch!
Wie in Tiergarten die Jugend verwaltet wird
Abrißstadtrat Bubel muß weg
TIERGARTEN
Alternative Liste

I. Erhaltung von Parkanlagen

Die außerparlamentarischen wie parlamentarischen Aktivitäten der AL im Bereich des Umweltschutzes konzentrierten sich insbesondere auf den Erhalt von drei Parks: dem Essener Park, dem Carl-von-Ossietzky-Park und dem Fritz-Schloß-Park.

Der **Essener Park** ist eine relativ große Grünfläche, umgeben von vielen Altbauwohnungen. Der Park dient den Anwohnern als Ruhe- und Erholungsstätte sowie zu mancherlei Begegnungen anläßlich von Festen usw. Seit 1976 war die Bebauung dieses Parks mit einem Seniorenzentrum vorgesehen. Nicht nur der Park, sondern auch ein komfortables Altbauhaus sollten nach den Plänen des Bezirksamtes diesem Seniorenzentrum weichen. Die dortige Bürgerinitiative kämpft nunmehr seit Jahren gerade gegen diese Vernichtungspläne.

Politisch pikant wird die ganze Sache dann, wenn man weiß, wer hinter diesen Bebauungsplänen steckt: Es ist der SPD-Bezirksbürgermeister Koffke höchstpersönlich; zum einen ist er Vorsitzender der SPD-nahen „Arbeiterwohlfahrt" und obendrein Delegierter des Landes Berlin im Aufsichtsrat des Seniorenzentrums, genannt „Haus des älteren Bürgers".

Der Kampf um den Erhalt des Essener Parks nahm nunmehr seinen außerparlamentarischen wie parlamentarischen Lauf:

Im Mai 1979 stellte die AL eine parlamentarische Anfrage, wie der Grundstücksverkauf an die senatseigene BEWOGE verlief (die BEWOGE ist eine der berüchtigten Senatsbaugesellschaften). Die BVV verweigerte die Auskunft.

Im Oktober 1979 führte die BI ein öffentliches Bürgerforum durch, wozu sie auch Vertreter aller in der BVV vertretenen Parteien geladen hatte. Die SPD erschien gar nicht erst, während Vertreter der AL, der FDP und der CDU erschienen. Der Aufforderung der BI, einen gemeinsamen Antrag dieser drei Parteien in der BVV zu stellen, kamen AL und FDP nach, während die CDU, die sich auf einmal sehr „grün" gab, schon abwiegelte. Zusätzlich zu dem gemeinsamen Antrag auf Erhalt des Parks stellten FDP und AL die gemeinsame Anfrage über Abrißvorhaben des Hauses in der Essener Straße 2, das der Bebauung des geplanten Seniorenzentrums im Wege stand. Die CDU schwamm auf der Welle mit und brachte zu der BVV im November 1979 praktisch die gleiche Anfrage ein wie AL und FDP. Anträge wie Anfragen wurden vom zuständigen SPD—Baustadtrat nur ausweichend oder gar nicht beantwortet und in den zuständigen Ausschuß vertagt. Auch dort wurde die Behandlung dieses Themas immer wieder hinausgeschoben, bis am 15.4.80 im Ausschuß für Stadtplanung und Sanierung ein Gartenbauamtsleiter enthüllte, daß der Essener Park bebaut werden würde. Gleichzeitig beschwichtigte die SPD, die der BI in einem Schreiben versicherte, daß der Park erhalten bleibe. Parallel zu diesen parlamentarischen Auseinandersetzungen führte die BI noch eine gerichtliche Klage, die auch immer wieder bis zu einer Urteilsfindung verzögert wurde.

Im Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien, auch der FDP, die mit der AL in der BVV agierte, verband die AL ihre parlamentarischen Auseinandersetzungen mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit. Dort wurde genau enthüllt, wie sich die einzelnen Parteien zu den Forderungen der BI verhielten. Außerdem wurden vereinzelt, bei wichtigen Entscheidungen, Flugblätter an die umliegenden Anwohner des Essener Parks verteilt bzw. in Briefkästen gesteckt, um die Betroffenen relativ breit zu informieren. Dies geschah hartnäckig und permanent, so daß die herrschenden Sozialdemokraten immer wieder gezwungen waren, sich ihren Bebauungsplänen zu stellen, ihnen wurde buchstäblich keine Ruhe gegönnt.

Zweifellos war der Kampf um die Erhaltung des Parks nicht entschieden und erst überbezirkliche Ereignisse verhalfen der BI letztendlich zum vorläufigen Sieg.

Infolge des Garski-Skandals und der verheerenden Wohnungsbaupolitik des damaligen SPD-Senats und den bevorstehenden Neuwahlen griff auf energisches Drängen der BI der Bausenator Ristock höchstpersönlich ein. Der Senat erteilte einfach die erforderliche Abrißgenehmigung des Hauses Essener Straße 2 nicht, so daß Bürgermeister Koffke's Seniorenheim gestorben war. Hinzu kam, daß ebengenannter Bürgermeister in eine Bestechungs- und Schmiergeldaffäre im „Haus des älteren Bürgers" verwickelt war. Diese Verfilzungen sind bis heute noch nicht vollständig aufgedeckt, aber eine Bebauung des Parks hätte unweigerlich zu größeren Nachforschungen geführt. Dies war der stark von Filz und Garski gebeutelten SPD des Guten zuviel, so daß sie Koffke aus der Schußlinie herausnahm und schweren Herzens dem Erhalt des Essener Parks Anfang dieses Jahres zustimmte.

An diesem konkreten Fall läßt sich positiv hervorheben, daß die Zusammenarbeit der AL-Bezirksgruppe mit der BI recht optimal verlief: Die BI führte Versammlungen über den Stand in punkto Bebauung des Parks durch, AL'ler waren anwesend bzw. BI-Mitglieder waren AL-Mitglieder, die Koppelung außerparlamentarischer Aktivitäten mit parlamentarischen Initiativen in Form von Anfragen und Anträgen, die nachträgliche Öffentlichkeitsarbeit seitens der AL usw. führten dazu, daß der Essener Park zu einem Gesprächsstoff im Bezirk wurde.

Andererseits muß aber auch festgestellt werden, daß es ‚übergeordnete' Ereignisse waren, die letztendlich SPD und CDU von ihren Bebauungsplänen abbrachten: Garski und die Hausbesetzer. Wären diese Faktoren nicht eingetreten, wäre es nach wie vor fraglich, ob die BI ihren Erfolg heute feiern könnte.

Etwas anders sah es beim Kampf um den Erhalt des **Carl-von-Ossietzky-Parks** aus. Es handelt sich um eine relativ kleine Parkanlage, umgeben von Wohnhäusern gegenüber dem Moabiter Knast. Bereits seit 1971 gab es seitens des Bezirksamtes Pläne zur „Umgestaltung" dieses Parks, die im wesentlichen darin bestanden, statt den Grün- und Rasenflächen lieber Betonflächen, breite betonierte Gehwege und einen betonierten Kinderspielplatz einzurichten. Auch dagegen setzte sich eine Bürgerinitiative zur Wehr. Wie im Falle des Essener Parks kam es nach einer Versammlung der BI zu einem dort geforderten gemeinsamen Antrag von AL und FDP, die Betonpläne zugunsten einer alternativen Planung fallenzulassen. Daß die FDP hier mitzog, war schon ein Novum und nur auf die Tatsache zurückzuführen, daß die relativ ‚linke' FDP gegenüber der AL unter Zugzwang stand: acht Jahre zuvor, als es um die Betonpläne ging, leistete sich die FDP keinen oppositionellen Muckser. Doch die Sache wurde parlamentarisch dadurch spannend, daß sich die CDU als die neue Ökologenpartei zu profilieren suchte. Während der gemeinsame Antrag von AL und FDP von CDU/SPD abgelehnt wurde, nahm die ‚Große Koalition' einen CDU-Antrag an, der im wesentlichen beinhaltete, das Bezirksamt möge seine Betonierungspläne noch einmal „überdenken". Dies geschah etwa im Oktober/November 1979.

Die parlamentarischen Auseinandersetzungen verlagerten sich nunmehr wieder in einen dafür zuständigen Ausschuß, wo es der AL gegen den energischen Widerstand der SPD- und CDU-Vertreter gelang, daß auch Betroffene BI-Vertreter vor dem Bauausschuß Gehör fanden. Im Januar 1980 schließlich wurden die Forderungen der BI endlich zum großen Teil erfüllt. Das Bezirksamt steckte mit seinen Betonplänen weitgehend zurück.

Wie im Fall des Essener Parks flankierte die AL ihre parlamentarischen Auseinandersetzungen mit einer systematischen Öffentlichkeits- und Enthüllungsarbeit über die Machenschaften des Bezirksamtes und des Leiters des Gartenbauamtes Albrecht, der in BI-Kreisen den nicht unzutreffenden Namen „Beton-Albrecht" erhielt.

Hier konnte also die AL in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen tatsächlich einen Erfolg für sich verbuchen und buchstäblich Sand im Getriebe der Verwaltungsbürokratie sein.

Auch im Falle des **Fritz-Schloß-Parks** konnte die AL gemeinsam mit Umweltschützern einen politischen Erfolg verbuchen. Der Fritz-Schloß-Park weist einige ökologische Besonderheiten auf; sein „Regelkreis" ist im wesentlichen intakt und braucht praktisch keine sonderlichen künstlichen und zusätzlichen „Bearbeitungen", obendrein zeichnet sich der Park durch einen Pflanzenreichtum aus. Der Park mußte bereits einen großen Teil an eine Polizeikaserne und an eine Schule abtreten. Die eigentliche Gefahr drohte dem Park allerdings erst, als der schon erwähnte „Beton-Albrecht" als Leiter des Gartenbauamtes sowie SPD-Baustadtrat Bubel eine weitgehende Entholzung einleiteten. Dies hätte in der Tat das ökologische Gleichgewicht und die Substanz des Parks gefährdet. Diesem Widersinn wurde erst ein Ende bereitet, als herauskam, daß das Gartenbauamt für zuvor abgeholzte Birken neue Birken einpflanzen ließ. Die CDU stellte einen Antrag auf einen Baumfällungs-Stop, der dann von allen Parteien angenommen wurde, nachdem die Rest-Argumente des Baustadtrates nun wirklich niemanden mehr „überzeugen" konnten. Auch hier versuchte die CDU, sich mit fremden Federn zu schmücken, nachdem vor allem die Baum- und Naturschützer in Zusammenarbeit mit der AL die notwendigen Vorarbeiten wie Öffentlichkeitsarbeit und parlamentarische Initiativen ergriffen hatten. In diesem Fall gelang es, die Verwaltungsbürokratie durch Sach-Argumente in die Ecke zu drängen. Daß dies beileibe nicht die Regel, allenfalls die Ausnahme ist, wird noch zu zeigen sein.

II. Autobahnbau und Fahrradwege

Durch den ‚Großen Tiergarten', dem größten Park Tiergartens, plante der Senat die Untertunnelung einer Autobahn. Die Bürgerinitiative Westtangente, die gegen die gleichnamige Autobahn seit Jahren zu Felde und Gerichten zog, befürchtete zurecht einmal die durch die Baumaßnahmen erfolgten Zerstörungen der Grünflächen und Bäume und auch Langzeitwirkungen, da die Autoabgase im Tunnel schrittweise zur Unfruchtbarkeit des Bodens führen würden. Das Projekt sollte laut Senatsangaben runde 2 Milliarden DM kosten. Durch die weitreichenden Sparmaßnahmen zog der Senat inzwischen das Tunnel-Vorhaben zurück. Dennoch kann an diesem Beispiel erläutert werden, wie die AL gemeinsam mit der BI gegen den geplanten Tunnelbau vorging. Dies geschah vorwiegend außerparlamentarisch, da das Bezirksamt selbst von den Kompetenzen her eh nichts hätte bewirken können. So nutzten viele Igelinnen und Igel nebst Sympathisanten einen Spaziergang durch den ‚Großen Tiergarten' dazu, viele Unterschriften bei den Parkbesuchern gegen den Autobahnbau zu sammeln. Anschließend wurde durch die Straßen Moabits mit einem Handkarren voller Luftballons mit entsprechend kämpferischem Aufdruck gezogen und weitere Unterschriften gesammelt. Jedoch nicht einfach auf Papier, sondern auf einem großen Transparent.

Dies hatte seinen guten Grund: die AL stellte einen parlamentarischen Antrag gegen den Autobahnbau und entrollte von der Zuschauertribüne her das erwähnte Transparent mit den Unterschriften. Dies geschah im Juni 1979, einem der ersten parlamentarischen Gehversuche der AL. CDU und SPD-Verordnete waren diesen parlamentarischen Stil nicht gewohnt und die sonst so biederen Sozialdemokraten beklagten lauthals und tumultartig die „kommunistische Propaganda" oder wähnten sich an „Weimar" erinnert. Überhaupt gehörte es zu den Gewohnheiten, daß zu den Parlamentssitzungen zahlreiche betroffene Bürger kamen, um vor Ort mitzuerleben, wie sie verplant, wegsaniert und verwaltet wurden.

So gab es beispielsweise anläßlich der Räumung des Hüttendorfes in Gorleben ein Stelldichein von AKW-Gegnern nicht nur auf der Zuschauertribüne, sondern im Sitzungssaal selbst, als AKW-Gegner sich dort den Zutritt verschafften. Es kam zu regelrechten handgreiflichen Übergriffen seitens panisch reagierendem rechten CDU-Gesindel und auch rechten Sozialdemokraten, die die Protestierenden gewaltsam wieder hinausdrängten. Seitdem ließ das Bezirksamt seine Sitzungen eine ganze Zeit lang durch aufgefahrene und einsatzbereite Mannschaftswagen der Polizei schützen: Polizeistaat in Aktion!

Die zunehmende Öffentlichkeit war den beiden großen Parteien ein solches Dorn im Auge, daß einige Monate später diese Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde: vom Bezirksamt wurden Eintrittskarten vergeben und zwar aufgeschlüsselt nach dem parlamentarischen Parteienproporz; die AL erhielt 6 Eintrittskarten. Ein normaler und ungehinderter Zugang zum Tiergartener Parlament für einen ‚normalen' Bürger ist damit schwerer möglich als beispielsweise der Besuch eines Westberliners in Berlin(Ost).

Am Beispiel des Tunnelbaus oder dem Protest von AKW-Gegnern läßt sich zumindest zeigen, wie es der AL gelingen kann, auch die „große Politik" in das provinzielle Bezirksparlament wirkungsvoll und öffentlich einzubringen.

Auch die Belange der Radfahrer kamen in der BVV des öfteren zur Sprache. Zum einen ging es um die Schaffung zusätzlicher Fahrradwege, um die es im Bezirk schlecht bestellt ist. Hier rannte die AL bereits offene Türen ein, da auch die bürgerlichen Parteien sich neuerdings der Umweltpolitik widmeten. Dennoch kam es in der BVV zu einigen Kuriositäten. So stellte die AL einen Antrag, sozusagen unbürokratisch nicht erst auf den Bau neuer Fahrradwege zu warten, sondern einfach durch farbige Markierungen an Straßen- bzw. Fußwegerändern vorläufige deutlich gekennzeichnete Wege zu schaffen. Während das

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bezirksamt dies ablehnte, waren gleichzeitig die von der AL geforderten Malerarbeiten in vollem Gange.

Auch in einem zweiten Punkt betreffs Radfahrer blamierten sich die bürgerlichen Parteien: die AL stellte einen Antrag auf das Mitführen von Fahrrädern in U-Bahnen, was von dem Bezirksamt schroff abgelehnt wurde. Nur einige Zeit später gab es einen Erlaß der öffentlichen Verkehrsbetriebe, daß das Mitführen von Fahrrädern an besonders kenntlich gemachten Stellen möglich sei.

III. Zur Drogenproblematik

Am Beispiel der Drogenproblematik kann gezeigt werden, daß die Parlamentsarbeit auch die Rolle als Geburtshelfer von außerparlamentarischen Aktionen und Initiativen spielen kann, wobei die ursprüngliche Parlamentarische Anfrage nicht einmal von der AL kam.

Ende Mai 1979 stellte die FDP eine harmlos klingende Anfrage, ob dem Bezirksamt Drogenabhängige im Bezirk bekannt seien. Der zuständige CDU-Stadtrat Hinderberger antwortete, es gebe kein Drogenproblem im Bezirk und der SPD-Bürgermeister Koffke assistierte polemisch: *„Die FDP-Antragsteller wollen wohl die Drogenprobleme in die Einrichtungen des Bezirks hineinholen!"*.

Die AL tat nichts anderes, als diese offensichtliche Lüge zu veröffentlichen. Auf einer wenige Zeit später stattfindenden internen Sitzung des Jugendwohlfahrtausschusses wurde weiterhin herumgelogen, bis auf Initiative von erbosten Sozialarbeitern, der AL, der FDP-Tiergarten, den Jusos, der GEW sowie vielen betroffenen Jugendlichen am 19.1.80 eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema Drogen stattfand. Der Drogenbeauftragte des Senats war genauso anwesend wie der CDU-Stadtrat Hinderberger. Nachdem dort eindrucksvoll mindestens 120 bekannte Drogenfälle nachgewiesen wurden, kam es zur Forderung nach Einrichtung einer unabhängigen, von Senatsgeldern finanzierten Drogenberatungsstelle im Bezirk, wo quasi nichts existierte, da es ja offiziell keine Drogenprobleme gab.

Unter Druck der Sozialarbeiter, der AL und einer breiten Öffentlichkeit konnte hier tatsächlich ein Erfolg errungen werden: seit Anfang 1981 existiert eine unabhängige Drogenberatungsstelle, die im wesentlichen von Mitarbeitern aus dem sozialpädagogischen Bereich getragen wird!

von Mitarbeitern aus dem sozialpädagogischen Bereich getragen wird!

IV. Zur Wohnungsbaupolitik

Eindeutiger außer- wie parlamentarischer Schwerpunkt schon in der vergangenen Legislaturperiode war und ist die Wohnungsbaupolitik. Aktivitäten der AL mit und auch ohne außerparlamentarische Unterstützung sollen hier grob wiedergegeben werden, um Möglichkeiten und Grenzen der parlamentarischen Arbeit aufzuzeigen.

1. Einen Schwerpunkt bildeten die Auseinandersetzungen um das Sanierungsgebiet am Unionplatz. Die Häuser an diesem Platz befinden sich in relativ gutem Zustand und sind obendrein in ein wenig Grünfläche eingebettet. Gerüchteweise wurde jedoch bekannt, daß einige Häuser der Abrißbirne und einem Schulneubau weichen sollten. Auch ein Sportplatz war eingeplant. Dies ließ sich die AL per parlamentarischer Anfrage bestätigen. Obendrein erfuhr man so, daß die dann umzusetzenden Mieter in neu zu bauende Wohnungen einziehen sollten auf Kosten von Kleingewerbetreibenden, die wiederum diesen Neubauten zu weichen hätten. Eine geradezu typische Fehlplanung! Im Januar 1980, zwei Monate nach der Anfrage der AL, forderte die Mieterinitiative Unionplatz den Erhalt aller Gebäude und Grünanlagen und zudem die gesetzlich vorgeschriebene Durchführung von Betroffenratswahlen (3). Zur Untermauerung dieser Forderungen führte die MI am 22.4.80 eine Mieterversammlung durch, zu der die Vertreter aller Parteien geladen waren. CDU und SPD legten ihre vielzitierte „Bürgernähe" einmal mehr an den Tag und blieben dem Treffen fern. Der zuständige SPD-Baustadtrat (im Bezirk mehr als Abriß-Stadtrat betitelt) Bubel hatte sogar nichts besseres zu tun, als die gesetzlich vorgeschriebenen Betroffenenratswahlen mit allen Tricks und formalen Kniffen zu hintertreiben. Angeblich sei das Bezirksamt wegen ‚personeller Unterbesetzung' nicht in der Lage, die Wahlen ordnungsgemäß durchzuführen. Die Mieterinitiative mußte per Gerichtsklage ihr Recht durchsetzen, während es vergleichsweise in anderen Westberliner Bezirken der Fall ist, daß selbst Mieterinitiativen als vorläufige Betroffenenräte anerkannt werden!



Friedens-Demo am 12.12.81 in Berlin (Foto: Peter Homann)

Bubel lenkte schließlich ein, jedoch nicht ohne trüben Hintergedanken: er ließ die Wahlen im August - zu Ferienzeiten - durchführen in der Hoffnung, daß die ihm unliebsamsten Mieter gerade verreist sind. Bubel schnitt sich jedoch in den eigenen Finger: die Wahlbeteiligung war extrem hoch und die Spekulation Bubels ging auch nicht auf.

Es braucht wohl nicht extra darauf hingewiesen zu werden, daß die AL in ihren Publikationen regelmäßig über diese Auseinandersetzungen berichtete und die Verfehlungen des Herrn Bubel auch in der BVV zur Sprache brachte (4).

Die AL griff hier gewissermaßen nur flankierend ein, um eine größere Öffentlichkeit zu erreichen und um höchstoffizielle Stellungnahmen vom Bezirksamt zu erzwingen. **Diese Auseinandersetzungen sind aber noch aus einem anderen Grund wichtig: Die AL kann damit zeigen und bewußt machen, daß Forderungen der Bürger nicht etwa an einer sturen Bürokratie**

abprallen und steckenbleiben, son-

abprallen und steckenbleiben, sondern daß dahinter handfeste p o l i t i s c h e Interessen stehen. Es handelt sich nicht um Einzelfälle, wenn betroffene Bürger eine BVV das erste und letzte Mal besuchten und auch das letzte Mal eine der bürgerlichen Parteien wählten. Ein SPD-Mitglied trat spontan nach einem Besuch der BVV aus dieser Partei aus. Der Desillusionierungsprozeß von betroffenen Menschen gegenüber der Rolle des Parlaments vollzieht sich auf kommunalpolitischer Ebene anhand von sehr hautnahen Erfahrungen gegenüber der bezirklichen Verwaltungsbürokratie.

Den Zusammenhang einer übermächtig erscheinenden Bürokratie mit den bürgerfeindlichen politischen Interessen permanent öffentlich zu machen, ist damit e i n wesentliches Element alternativer Parlamentsarbeit auf bezirklicher Ebene.

2. Diese Tatsache wird an einem weiteren konkreten Beispiel deutlich. Da gibt es ein Haus in der Emdener Str., wo Mieter bedroht und Steigeleitungen mit Salzsäure zerstört wurden. Der Hausbesitzer, Herr Vielbaum, (vom gleichen kriminellen Kaliber wie Kaußen) wollte dieses Haus gewaltsam und mit Terror gegenüber den Mietern entmieten und anschließend mit Senatsgeldern sanieren. Damals gab es allein 18 Klagen und 33 Strafanzeigen gegen Vielbaum seitens der Mieter. Zusammen mit der MI Emdener Straße unterstützte die AL den Widerstand gegen die skandalösen Zustände in Form einer breiten Öffentlichkeitsarbeit und nutzte auch den parlamentarischen Arm. Die Zustände in diesem Haus durften auf Anfrage der AL nicht als „menschenfeindlich" bezeichnet werden und das Bezirksamt ließ eine weitere Anfrage der AL, wie lange diese Zustände behördlicherseits noch geduldet werden, einfach nicht zu. Erst die Androhung gerichtlicher Schritte zwang das Bezirksamt zu einer entlarvenden, nebulösen Antwort.

Zu einem Eklat kam es dann im zuständigen Bauausschuß, in dem den anwesenden betroffenen Mietern jede Meinungsäußerung untersagt wurde. Mitgebrachte Fotos, die eindeutig die verheerenden Zustände im Haus dokumentierten, wurden von den bürgerlichen Parteienvertretern pikiert zurückgereicht und als nicht existent betrachtet. Als sich darüber eine Mieterin empörte, wurde sie des Saales verwiesen. Der AL-Verordnete verließ dann ebenfalls aus Protest die Sitzung.

Die Mieter konnten sich zwar nicht gegen den Hausbesitzer Vielbaum durchsetzen, was das Haus betraf, aber es konnte erreicht werden, daß die „Große Koalition" offen Farbe bekennen mußte, auf wessen Seite sie steht.

3. Ein anderer wichtiger Bestandteil hinsichtlich der parlamentarischen Arbeit der AL im Bereich der Wohnungsbaupolitik galt schlichten Anfragen, um Auskünfte zu erhalten über zukünftige Baumaßnahmen, Sanierungsvorhaben usw. So konnte die AL in Zusammenarbeit mit Betroffenen aus der Stephanstraße in Moabit, einem Viertel, das zum vorläufigen Sanierungsgebiet seitens des Senats erklärt wurde, durch systematische Anfragerei schon auf dem Vorwege die Betroffenen darüber informieren,

welche Sanierungspläne für die ein-

welche Sanierungspläne für die einzelnen Häuser vorlagen, mit welchen staatlichen Mitteln und Programmen betreffende Häuser saniert oder abgerissen werden sollen usw. Die Ende 1980 gegründete dortige Mieterinitiative ist somit hinreichend und vorbeugend informiert, um bei Ergreifen von Baumaßnahmen sofort aktiv zu werden.

Bei diesen Auskünften tut sich das Bezirksamt bzw. der Baustadtrat besonders schwer: Gerade hier lassen sich die Sozialdemokraten nicht gern in die Karten schauen.

So fragte die AL an, wie viele Häuser im Bezirk Tiergarten leerstehen würden. Das Bezirksamt sah sich angeblich außerstande, diese Frage zu beantworten. Daraufhin veröffentlichte die AL eine Liste von 52 leerstehenden Häusern: aufgrund eigener Recherchen in Zusammenarbeit mit den bezirklichen Mieterinitiativen.

Die AL enthüllte auch so manche Filzereien, die ja bei sozialdemokratischer Wohnungsbaupolitik nun einmal dazugehören.

– So flog eine anrüchige Baugesellschaft auf, die dunkle Bodenspekulationen in der BRD betrieb. Gesellschafter dieser ehrenwerten Baugesellschaft waren: der ehemalige SPD-Bezirksbürgermeister Wurche (heute im Abgeordnetenhaus und früher Vorsitzender im Bauausschuß des Senats), seine Tochter Lorenz-Wurche, Mitglied in der Tiergartener BVV und in entsprechenden Bauausschüssen vertreten sowie die Sekretärin des damals amtierenden SPD-Bezirksbürgermeisters Koffke. Die AL spielte diesen Filz-Skandal per Anfragen in der BVV kräftig hoch, aber es gelang den Sozialdemokraten, sich einigermaßen aus der Affäre zu ziehen: Frau Lorenz-Wurche verlor einen Vorsitz im Ausschuß und Koffkes Sekretärin wurde entlassen. Koffke selbst konnte sich einigermaßen schadlos halten: Ihm konnte nichts nachgewiesen werden.

V. Enthüllungen

Während bisher die parlamentarische Arbeit der AL zumeist im Kontext zur außerparlamentarischen Arbeit beleuchtet wurde, bringt es die Parlamentsarbeit so mit sich, daß die AL Dinge erfährt, die sonst wohl weiter im Verborgenen bleiben würden.

So deckte die AL die Tätigkeit eines sozialdemokratischen BVV-Mitglieds, eines gewissen Herrn Bolle, auf. In einem Ausschuß wurde so ganz nebenbei bekannt, daß Teilnehmerlisten für bestimmte Volkshochschul-Kurse zum Innensenat wanderten. Die Sache kam ans Licht, als sich der Senat über die Unkenntlichkeit mancher Namen beschwerte. Interessant ist nun weiter, w e l c h e Kurse der Volkshochschule das Interesse des Innensenats geweckt hatten: Es handelte sich um gesellschaftspolitische Veranstaltungen, vornehmlich über die Wohnungsbaupolitik.

Die ganze Sache wurde noch brisanter, als eben dieser Bolle ein faktisches Berufsverbot über einen Dozenten eines dieser Kurse über die Wohnungsbaupolitik verhängte. Begründung: Volkshochschulkurse seien schließlich kein „Tummelplatz für Bürgerinitiativen". Pikanterweise betraf dieses Berufsverbot ein eigenes Parteimitglied: Der betreffende Dozent ist ein Juso!

Diese Dinge wurden genauso enthüllt wie die Vergabe von sogenann-

Diese Dinge wurden genauso enthüllt wie die Vergabe von sogenannten Sondermitteln seitens des Bezirksamtes. Das Bezirksamt verfügt zwar nicht über einen eigenen Etat, die Finanzhoheit liegt ganz beim Senat, kann aber jährlich rund 50 - 60.000 DM an bezirkliche Einrichtungen zur Verfügung stellen. Die AL nutzte die Kenntnisse und beantragte für bedürftige Kitas usw. ebenfalls Sondermittel, die jedoch allesamt von den drei bürgerlichen Parteien – hier zeigte sich im übrigen die Pendelpolitik der FDP, die mal mit der AL, mal mit der „Großen Koalition" zusammenarbeitete – abgelehnt wurden. So enthüllte die AL, daß beispielsweise 3.000 DM an Sondermitteln für ein Weihnachts-Saufgelage der britischen Streitkräfte vergeben wurden.

VI. Die AL und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den etablierten Parteien in bestimmten Sachfragen

Wie noch zu zeigen sein wird, gab es in dem Untersuchungszeitraum praktisch kaum politische Handlungsspielräume seitens der AL, etwa zusammen mit FDP und SPD fortschrittlichere Politik an einzelnen Punkten gegenüber der CDU durchzusetzen. SPD und CDU bildeten eine eiserne „Große Koalition", für die die AL nach wie vor das „rote Tuch" blieb. Die Regieanweisung erteilte der Chef der Tiergartener SPD, Wurche, in der SPD-internen Funktionärspostille „Vorn". Gegenüber den Jusos schrieb er: *„Wir können uns keine Verhältnisse, wie sie einigen Träumern in unseren eigenen Reihen vorschweben, erlauben, die mit dazu beitragen können, unseren Staat in einen ... desolaten Zustand zu versetzen"*. Und zu den Alternativen hieß es unmißverständlich, daß die SPD daran gemessen werde, *„wie wir bereit sind, unseren demokratischen Rechtsstaat vor seinen Feinden zu schützen. Klare Abgrenzungen zu Organisationen – den Alternativen, den Grünen ... – die diesen Staat unterlaufen und zu verändern beabsichtigen, müssen getroffen werden"* (5).

Die Abgrenzung der SPD gegenüber der AL nahm schon fast neurotische Formen an. So stellte die AL einen Antrag, daß nunmehr grünes Licht zur Einrichtung der ersten Gesamtschule mit recht fortschrittlichem Konzept zu erteilen sei. Die CDU war klar gegen, die SPD für die Gesamtschule. Man wird es kaum glauben, aber die SPD stimmte mit der CDU gegen den AL-Antrag!

Als die FDP vor gut zwei Jahren beantragte, im Bezirksamt die Bilder und Graphiken von Klaus Staeck auszustellen, wurde dies ebenfalls von der SPD abgelehnt.

Nur in ganz seltenen Fällen, die fast an einer Hand abzuzählen sind, kam die AL mit ihren parlamentarischen Anträgen durch: so bei einem Konzept des Ausbaus der Fahrradwege oder dem Auftrag an das Bezirksamt, die Hinweisschilder in den Verwaltungen auch in türkischer Sprache anzubringen.

Bündnispolitik gab es dann und wann nur mit der FDP die sich vor

Sprache anzubringen.

Bündnispolitik gab es dann und wann nur mit der FDP, die sich vor den Wahlen im Mai dieses Jahres ganz links vor den Wählern zu profilieren suchte und ihr kommunales Wahlprogramm von der AL abschrieb. Dies bekam der FDP sehr schlecht: Gerade in den Gebieten, wo die AL traditionell starke Bastionen hatte und auch die FDP ihren Wahlkampf stark konzentrierte, blieb die FDP klar unter der 5-%-Hürde.

Aber die FDP hat keineswegs stringent fortschrittliche Parlaments-

Fortsetzung nächste Seite

Abbildung 1: Anzahl aller in der BVV Tiergarten gestellten parlamentarischen Anfragen/Anträge und Empfehlungen (Anm. 8)

Oktober 1979	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	4	9	3	5	21
Anträge (1)	2	5	–	2	9
Empfehlungen	3	1	2	4	10
Insgesamt	9	15	5	11	40

November 1979	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	12	7	2	5	26
Anträge (1)	11	8	9	11	39
Empfehlungen	3	2	1	2	8
Insgesamt	26	17	12	18	73

Januar 1980	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	5	9	3	4	21
Anträge (1)	1	3	4	1	9
Empfehlungen	2	3	–	3	8
Insgesamt	8	15	7	8	38

Februar 1980	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	9	9	8	4	30
Anträge (1)	2	2	1	3	8
Empfehlungen	2	7	2	3	14
Insgesamt	13	18	11	10	52

März 1980	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	11	11	1	4	27
Anträge (1)	3	1	1	4	9
Empfehlungen	2	1	1	2	6
Insgesamt	16	13	3	10	42

April 1980	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	8	11	6	7	32
Anträge (1)	1	7	3	1	12
Empfehlungen	2	8	7	3	20
Insgesamt	11	26	16	11	64

Mai 1980	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	22	10	15	6	53
Anträge (1)	10	4	3	3	20
Empfehlungen	3	1	4	2	10
Insgesamt	35	15	[illegible]	11	83

Juni 1980	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	22	8	9	8	47
Anträge (1)	8	8	3	–	19
Empfehlungen	2	1	–	–	3
Insgesamt	32	17	12	8	69

Sept. 1980	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	19	–	–	–	19
Anträge (1)	8	8	3	–	19
Empfehlungen	2	1	–	–	3
Insgesamt	29	9	3	–	41

Oktober 1980	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	7	7	3	7	24
Anträge (1)	2	7	2	1	12
Empfehlungen	–	1	–	–	1
Insgesamt	9	15	5	8	37

November 1980	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	11	5	3	8	27
Anträge (1)	5	4	–	4	13
Empfehlungen	–	3	1	–	4
Insgesamt	16	12	4	12	44

Januar 1981	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	13	7	1	7	28
Anträge (1)	4	3	3	1	11
Empfehlungen	1	2	2	2	7
Insgesamt:	18	12	6	10	46

Alle 12 BVVs zusammen:

	AL	FDP	SPD	CDU	Ges.
Anfragen	143	98	49	65	355
Anträge (1)	57	60	32	31	180
Empfehlungen	22	31	20	21	94
Insgesamt	222	189	101	117	629

(1) Anträge einschließlich Dringlichkeitsanträge und gemeinsame Anträge

Was wurde aus den Anträgen der AL und den etablierten Parteien?

Vorbemerkung: Ausgewertet wurden nur die schriftlichen, nicht die mündlichen, Anträge in den zwölf Bezirksverordnetenversammlungen. Sie sind ausgewiesen in den schriftlichen BVV-Protokollen und daher auch nachprüfbar. Darauf hingewiesen werden muß außerdem, daß die Auswertung eine weitere Ungenauigkeit enthält, da ein Großteil der Anträge entweder verworfen wurden oder aber bis heute nicht entschieden sind und weiter vor sich hin „schmoren".

Abbildung 2: Was wurde aus den parlamentarischen Anträgen der 4 Tiergartener Rathausfraktionen? (Anm. 8)

Themenbereiche	Anträge, gestellt von der AL		FDP		SPD		CDU	
	(+)	(–)	(+)	(–)	(+)	(–)	(+)	(–)
Wohnungsbau, Mieten	–	9	1	6	1	–	8	–
Umwelt, Verkehr	4	9	7	4	7	–	11	–
Schule/Volksbildung	–	1	3	1	3	–	2	–
Jugend, Kinder	1	5	2	2	5	–	1	–
Frauen	–	9	–	–	–	–	–	–
Ausländer	1	2	–	1	–	–	–	–
Gesundheitswesen	–	–	1	–	1	–	1	–
Kultur, Sport	–	1	–	1	1	–	2	–
Sonstiges	2	7	12	3	14	–	12	–
Insgesamt	8	43	26	18	32	–	37	–

Anmerkung: (+) = in den Ausschüssen bzw. in der BVV angenommene Anträge
(–) = in den Ausschüssen bzw. in der BVV abgelehnte Anträge

Fortsetzung von vorheriger Seite

arbeit gemacht; immer wieder versuchte sie, durch Paktieren mit der „Großen Koalition" sich als kleineres Übel gegenüber CDU/SPD zu profilieren und die AL zu isolieren. Die FDP konzentrierte sich auf das „parlamentarisch Machbare" und nahm damit objektiv die Rolle der SPD in der BVV ein. Klar war, daß die FDP immer wieder unter Zugzwang geriet: Ging sie mit der AL zusammen, hatte sie kaum Aussicht auf erfolgreiche, vorzeigbare parlamentarische Erfolge. Um nicht vollständig an der Seite der AL unterzugehen, mußte sie nach ihrer eigenen Logik hin- und herpendeln, was ihr aber insgesamt eher schadete.

Erst kurz vor den Neuwahlen gab es ein kurzes „Tauwetter" und die SPD setzte sich in einigen Fragen von der CDU ab:
– So stimmte die SPD (und FDP) einem Antrag der AL zu, auf den Bau eines überflüssigen Obdachlosenasyls zu verzichten und die dafür freien 10 Millionen DM lieber für Instandsetzungsmaßnahmen von darniederliegenden Altbauwohnungen zu verwenden.
– Ebenso stimmte die SPD zusammen mit AL und FDP gegen einen CDU-Antrag, der eine unverzügliche Räumung der in Tiergarten besetzten Häuser vorsah.
– Nun auf einmal gab es auch eine breite Zustimmung zum Bau der Gesamtschule gegen die Stimmen der CDU (6).

VII. Die Bilanz der parlamentarischen Arbeit

VII. Die Bilanz der parlamentarischen Arbeit

Wie aus einer Statistik (siehe Abb. 1) ersichtlich wird, hat die AL mit ihren nur zwei Bezirksverordneten in zwölf der insgesamt 16 BVV's im angegebenen Zeitraum (die Auswertung ist daher durchaus repräsentativ) die Parlamentsarbeit im Bezirksamt weitgehend dominiert. Die 40-köpfigen Fraktionen von SPD und CDU kamen zusammen etwa auf die gleiche Anzahl von Anfragen, Anträgen und Empfehlungen. Daß selbst die FDP von der Quantität her fast mit der AL gleichzog, liegt vornehmlich daran, daß diese Partei nicht hinter der AL zurückstehen wollte. Ein Vergleich mit der vorangegangenen Amtsperiode vor 1979 belegt, daß die FDP sich damals auf dem gleichen Level wie CDU und SPD bewegte. Ein deutlicher Unterschied ist aus dem unterschiedlichen Verhältnis von Anfragen zu Anträgen/Empfehlungen ersichtlich. Die AL bevorzugte eindeutig parlamentarische Anfragen, und dies aus dem einfachen Grund, weil die gestellten Anträge aufgrund des eindeutigen Kräfteverhältnisses in der BVV eh kaum etwas bewirken konnten.

Anträge dienten der AL hauptsächlich dazu, die etablierten Parteien zu klaren, öffentlichen Stellungnahmen herauszufordern, von ihnen zu fordern, Farbe zu bekennen (7).

Mehrere Bände spricht die Statistik aus Abbildung 2, wo alle Anträge daraufhin untersucht wurden, was mit ihnen geschah. Mehrere Erkenntnisse lassen sich daraus ziehen:
1. SPD und CDU bekamen ausnahmslos alle Anträge auch durch. Dies belegt eindeutig die „Große Koalition" im Bezirk Tiergarten.
2. Auch die Rolle der FDP, die bereits umschrieben wurde, wird klar ersichtlich: Ein Großteil der mit der AL gemeinsam gestellten Anträge fiel ebenso durch wie auch eigene fortschrittliche Anträge, während die Zustimmung da erfolgte, wo die FDP es lieber vorzog, ihr Glück im Bündnis mit CDU und SPD zu suchen.
3. Das Verhältnis von acht angenommenen und 43 abgelehnten Anträgen belegt für die AL anschaulich den begrenzten und oben beschriebenen Stellenwert dieses parlamentarischen Mittels. Sie wurden deshalb auch zumeist völlig illusionslos dazu benutzt, Stellungnahmen der bürgerlichen Parteien zu erlangen und keineswegs, um im Ernst Mehrheiten dafür zu finden (bis auf einige Ausnahmen).

Das entscheidene parlamentarische Mittel der AL waren also die Anfragen. Wie aus einer Übersicht (siehe Abb. 3) hervorgeht, kann aus der Aufschlüsselung der Anfragen nach Sachgebieten ersehen werden, wo die parlamentarischen (und außerparlamentarischen!) Schwerpunkte der AL-Aktivitäten lagen. Rund 40 % aller Anfragen galten der Wohnungsbaupolitik, weitere 17 % dem Umweltschutz und Verkehrsproblemen.

Dabei kann mit dem Mittel der parlamentarischen Anfragen Verschiedenes erreicht werden, so daß es verschiedene Formen von Anfragen gibt. Die wichtigsten Formen seien hier genannt:
1. Anfragen werden von betroffenen einzelnen Bürgern bzw. von Mitgliedern aus Mieter- und Bürgerinitiativen selbst gestellt. In diesem Falle nutzen die außerparlamentarischen Initiativen den „parlamentarischen Arm" der AL, um zusätzliche Informationen bzw. Stellungnahmen aus dem Bezirksamt zu erhalten. Ein Beispiel: Die schon erwähnte Mieterinitiative am Unionplatz läßt über die Fraktion der AL anfragen, welche Abriß- und Bebauungspläne das Be-Beispiel: Die schon erwähnte Mieterinitiative am Unionplatz läßt über die Fraktion der AL anfragen, welche Abriß- und Bebauungspläne das Be-zirksamt für das betreffende Sanierungsgebiet hat.

Vielfach bleibt es nicht nur beim einfachen Anfragen; zumeist wandern die Anfragen in die entsprechenden parlamentarischen Ausschüsse, wo dort weitere Beratungen und Diskussionen stattfinden. BI- bzw. MI-Vertreter besuchen diese Ausschüsse und bleiben auch dort „am Ball". Damit unterstützen sie direkt die Parlamentsarbeit der AL, zumal die Sachkundigkeit von außerparlamentarischen Vertretern diese Arbeit noch bestärkt.

Diese Form von Anfragen wurde im Bezirk Tiergarten relativ häufig praktiziert, setzt aber natürlich das Vorhandensein und die Zusammenarbeit der BI's mit der AL-Bezirksgruppe voraus. Hier konnte zumal im Bezirk Tiergarten aus dem Vollen geschöpft werden.

Die außerordentlich hohe Anzahl von Anfragen gerade auf dem Sektor der Wohnungsbaupolitik ist diesem Umstand geschuldet.

Bei dieser Form von Anfragen sind die Idealbedingungen einer basisdemokratisch agierenden AL, der Verzahnung außer- und parlamentarischer Arbeit optimal erfüllt nach dem alten AL-Grundsatz, wonach die Betroffenen ihre Interessen in ihre eigenen Hände nehmen.
2. Eine zweite Möglichkeit besteht darin, daß sich Betroffene an die AL wenden mit der Bitte, diese oder jene Anfrage im Parlament einzubringen. Auch hier beruht die parlamentarische Arbeit darauf, daß AL und Betroffene zusammenarbeiten.
3. Die AL-Fraktion stellt von sich aus parlamentarische Anfragen, in gewisser Weise stellvertretend für nicht vorhandene außerparlamentarische Initiativen. Der Zweck dieser Anfragen und das Ziel sind sehr unterschiedlich. Dafür ein paar Beispiele:
– Die AL stellte mehrere Anfragen an das Bezirksamt über das Treiben der faschistischen „Grauen Wölfe", um dieses Problem ins öffentliche Bewußtsein zu rücken und die etablierten Parteien zu Stellungnahmen zu zwingen.
– Die AL stellte bestimmte Anfragen, um bestimmte außerparlamentarische Aktivitäten erst zu initiieren („Geburtshelfer"-Rolle der AL). Dies war z. B. bei parlamentarischen Anfragen über geplante Sanierungsmaßnahmen in der schon erwähnten Stephanstraße der Fall, wo so nach und nach aufgrund der erlangten Erkenntnisse eine MI entstand.
4. Eine weitere Form der Anfragen seitens der AL hat eindeutig „analytischen" Charakter. So stellte die AL eine ganze Reihe von Anfragen, z. B. über die Klassenfrequenzen an den Schulen, über Anzahl der Lehrer an den Schulen, über die Anzahl von Sozialarbeiterstellen in den Kindertagesstätten usw. Diese aus den Anfragen erhaltenen Angaben können dazu führen, daß z. B. betroffene Lehrer oder Sozialarbeiter selbst wiederum aktiv werden und bestimmte Mißstände wie die Unterbesetzung von Planstellen usw. bekämpfen.

Wesentliches Instrument und wichtigster Hebel der parlamentarischen Arbeit war und ist jedoch die kontinuierliche Information der Bürger über die Machenschaften im Parlament.

VIII. Öffentlichkeitsarbeit

Oberstes Prinzip der Tiergartener AL-Bezirksgruppe war und ist es, daß die Parlamentsarbeit öffentlich gemacht wird. Tatsächlich erschienen zu den insgesamt 16 BVV's auch 13 Informationsblätter der AL, die über außerparlamentarische und parlamentarische Aktivitäten berichteten.

Breiten Raum nahmen dabei die Berichte aus dem Rathaus ein, wo nachgezeichnet wurde, was aus parlamentarischen Anfragen bzw. Anträgen der AL wurde. In diesem Zusammenhang wurde über die Machenschaften, Schiebereien, undemokratischen Methoden usw. der etablierten Parteien und ihrer Stadträte berichtet. Das „Info" erschien in einer Auflage von 5.000 Exemplaren – bei 60.000 Tiergartener Einwohnern also eine recht hohe Verbreitungsrate.

Damit ist zugleich auch die Frage beantwortet, wo denn die parlamentarischen Schmiergelder der beiden AL-Bezirksverordneten verblieben: sie dienten zum größten Teil zur Finanzierung des „Infos".

Das „Info" ist somit auch gleichzeitig immer eine Art Rechenschaftsbericht über die parlamentarische Arbeit der AL und den etablierten Parteien ein besonderer Dorn im Auge, denn was nützt die schönste Parlamentsarbeit, wenn die Schweinereien dieser Herrschaften im Parlament verbleiben? ...

IX. Zur Organisierung der Parlamentsarbeit

Mancher Leser mag vermuten – zumal bei Anblick der Abbildung 1 –, daß die parlamentarische Arbeit nur „professionalisiert" erledigt werden könne, zumal nur zwei BVV'ler im Rathaus vertreten waren, die außerdem noch in 17 (!) Ausschüssen anwesend sein mußten.

Dem ist jedoch nicht so. Die Tiergartener Bezirksgruppe der AL hatte sich neben dem regelmäßigen Plenum noch verschiedene Arbeitsgruppen zugelegt (z. B. für Mieten, Umwelt/Verkehr usw.), die sowohl den direkten Kontakt zu den entsprechenden Bürgerinitiativen hielten als auch die parlamentarische Zuarbeit gewährleisteten. Zum großen Teil sah dies in der Praxis so aus, daß in den Arbeitsgruppen eh fachkundige Vertreter der AL bzw. der Bürgerinitiativen zusammenarbeiteten.

Einmal im Monat – rechtzeitig vor jeder BVV-Sitzung – trafen sich AL-Parlamentarier sowie die sie unterstützenden AL-Mitglieder, um alle Anfragen und Anträge zusammenzutragen, gegebenenfalls noch den „letzten Schliff" anzulegen bzw. auch noch brandaktuelle Anfragen zu stellen.

Ein weiteres monatliches Treffen war erforderlich, um die BVV-Sitzung insgesamt vorzubereiten, nachdem den AL-Parlamentariern die gesamte Tagesordnung mit den Anfragen/Anträgen aller Parteien zugegangen waren.

Die Ausschuß-Arbeit der BVV ler wurde ohne großen bürokratischen Aufwand erledigt; Informationen wurden zwischen den AL-Parlamentariern und den Betroffenen bzw. Sachkundigen ausgetauscht und verarbeitet, gegebenenfalls gleich in die Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt.

Problematisch war die Sache dann, wenn die AL-Fraktion ohne allzu viel Federlesens einen ganzen Berg von Anfragen und Anträgen ins Parlament einbrachte, wie dies insbesondere im Mai, Juni und September 1980 (siehe Abb. 1) der Fall war. Hier bestand zum einen die Gefahr der Verzettelung und zum anderen, daß viele Dinge bei einer größeren Anhäufung einfach „untergingen".

Immer dann, wenn sich die AL-Parlamentsarbeit auf wesentliche Schwerpunkte zu den jeweiligen BVV-Sitzungen konzentrierte und sich entsprechend gezielt vorbereitete, sahen die Etablierten besonders schlecht aus: Dann nämlich beherrschte die AL die parlamentarische Tribüne und konnte die Stadträte in Debatten verwickeln und Informationen ans Tageslicht befördern, was den herrschenden Parteien des öfteren Kummer bereitete.

Vorläufiges Fazit

Zieht man Bilanz der rund zweijährigen Parlamentsarbeit in einem Bezirksparlament, dem Nutzen und den Möglichkeiten parlamentarischer Arbeit zur Stärkung bzw. Flankierung der außerparlamentarischen Aktivitäten, so kann man folgende Feststellungen treffen:
1. Die AL ist schon zu einer Art Bezugspunkt und Drehscheibe im Rahmen der gesamten außerparlamentarisch aktiven BI s, Mieterinitiativen und fortschrittlichen Menschen geworden. Es gibt so gut wie keine zentralen außerparlamentarischen Aktivitäten, an denen die AL nicht beteiligt gewesen wäre.
2. Die Parlamentsarbeit der AL hat mit dazu beigetragen, daß kommunalpolitische Probleme im Vergleich zu früheren Jahren stärker sowohl ins Bewußtsein der Linken als auch von Teilen der Bevölkerung gedrungen sind.
3. Die AL hat infolge der politischen Polarisierung im Bezirksparlament bewirkt, die Politik der herrschenden Parteien anhand vieler sehr konkreter Auseinandersetzungen, die die Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen viel direkter betreffen (Beispiel: Sanierung), „auseinanderzunehmen". Gerade dort, wo dies gelungen ist, im Sinne der Betroffenen zu agieren, erzielte die AL auch die überdurchschnittlich hohen Wahlerfolge am 10. Mai: In den Sanierungsgebieten in Tiergarten-Süd und auch in Moabit beispielsweise konnte die AL runde 20 % der Stimmen gewinnen.
4. Die parlamentarische Arbeit selbst hat – bis auf wenige, vereinzelte Ausnahmen – keine wesentlichen Veränderungen bewirken können. Der Hauptgewinn der parlamentarischen Arbeit lag vielmehr darin, den betroffenen Menschen, BI s usw. mehr öffentliches Gehör zu verschaffen und die außerparlamentarischen Aktivitäten parlamentarisch durch Informationsbeschaffung, Aufdecken und Enthüllen der Machenschaften der etablierten Parteien usw. zu unterstützen, wenn nicht gar zu verstärken.

D., Westberlin

Abbildung 3: Über die Anfragen in den ausgewerteten 12 BVV's, nach Sachthemen aufgeschlüsselt (Anm. 8)

Themenbereiche	Anzahl der gestellten Anfragen von AL	FDP	SPD	CDU	Insges
I. Wohnungsbaupolitik/Mieten					
+ Sanierung, Häuserabrisse	22	8	3	4	37
+ Mißstände in Häusern	14	4	1	2	21
+ Modernisierungen	6	4	–	–	10
+ Mietpreise	5	1	–	1	7
+ IBA, Bebauungsplanungen	11	5	5	4	25
Insgesamt:	58	22	9	11	100
II. Umweltschutz/ Verkehr					
+ Parks, Grünanlagen	7	3	1	2	13
+ Bäume, Baumbestand	2	–	1	3	6
+ Luftverschmutzung	1	–	–	1	2
+ Tausalz	1	–	–	–	1
+ Lärmbelästigungen	1	1	–	2	4
+ Straßen, Mängel an Straßen	–	5	–	–	5
+ Verkehrsgefahrenzonen	1	1	1	–	3
+ Verkehrsberuhigung	6	2	–	2	10
+ Fahrradwege	3	3	–	1	7
+ Verkehrsplanungen, Autobahn	1	1	1	–	3
+ Öffentliche Verkehrsmittel	2	–	–	–	2
Insgesamt:	25	16	4	11	56
III. Ausländer	9	2	4	1	16
IV. Schule, Volksbildung					
+ Beschulung, allgemeine Situation	5	11	5	6	27
+ Gesamtschule	3	–	–	1	4
+ Mißstände (wenig Lehrer, Unterrichtsausfälle, usw.)	1	4	–	1	6
+ Volkshochschulen, Berufsschulen	1	1	–	2	4
Insgesamt	10	16	5	10	41
V. Jugend, Kinder					
+ Jugendarbeit, Jugendfreizeit	1	–	1	–	2
+ Drogenproblematik	2	1	1	–	4
+ Kindertagesstätten	8	6	2	2	18
Insgesamt	11	7	4	2	24
VI. Gesundheit, Krankenhäuser	6	8	1	5	20
VII. Arbeitsplätze, Betriebe	2	1	1	1	5
VIII. Kultur, Sport	5	5	3	3	16
IX. Haushalt, Verwaltung	12	3	5	–	20
X. Sonstiges	5	18	13	21	57
Anfragen insgesamt:	143	98	49	65	355

Anmerkungen:

1. Den Bezirksämtern obliegt „die örtliche Durchführung der Gesetze und Verordnungen nach den allgemeinen Anweisungen des Senats" und der „Senat übt die Aufsicht über die Verwaltungen der Bezirke aus". Allerdings ist „den Verwaltungen der Bezirke ... die Möglichkeit zu geben, zu den grundsätzlichen Fragen der Verwaltung und Gesetzgebung Stellung zu nehmen" (Artikel 51 Abs. 2 und 4 sowie Artikel 52 Abs. 1 der Berliner Verfassung, aus: „Die Gesetze über die Berli-der Verwaltung und Gesetzgebung Stellung zu nehmen" (Artikel 51 Abs. 2 und 4 sowie Artikel 52 Abs. 1 der Berliner Verfassung, aus: „Die Gesetze über die Berli-ner Verwaltung").
2. Erst nach den Wahlen vom 10.5.81 gelang der AL ein Einbruch, der selbst der FDP versagt blieb: Aufgrund der sehr guten Wahlergebnisse von durchschnittlich über 12 % der Stimmen beansprucht die AL in den Bezirken Kreuzberg, Schöneberg, Wilmersdorf und Tiergarten jeweils einen Stadtrat.
3. Betroffenenratswahlen sind dann gesetzlich vorgeschrieben, wenn der Senat ein bestimmtes Wohngebiet zum offiziellen Sanierungsgebiet erklärt und damit den öffentlichen bzw. privaten Hausbesitzern staatliche Subventionen in den Rachen schieben kann. Da Sanierungspolitik meist böse Folgen für die Mieter hat (Umsetzungen und Vertreibungen aus den Wohnungen oder aber horrende Mieten nach der Modernisierung), sah sich der Senat veranlaßt, eine gewisse Mitsprache der betroffenen Mieter zuzugestehen. Die Mieter können sich einen dann vom Senat anerkannten Betroffenenrat wählen. Dieser hat Einsichten in Bebauungspläne, kann selbst Alternativvorschläge vorbringen und hat eine gewisse Mitsprache.
4. Der alte und neue Baustadtrat Bubel setzte im übrigen sein makabres Tricksen fort. In zwei weiteren Sanierungsgebieten versuchte er es mit den gleichen Schiebereien noch einmal, allerdings genauso erfolglos wie am Unionplatz: Die Mieter waren vor diesem Spezialdemokraten gewarnt!
5. Zitiert nach dem Tiergartener AL-Info, Mai 1980.
6. Inzwischen entpuppt sich bei einigen dieser gemeinsam abgestimmten Anträge dies als reines Wahlmanöver. Im Falle des Obdachlosenasyls und der zur Verfügung stehenden 10 Millionen DM ist nunmehr völlig fraglich, wo diese 10 Millionen eigentlich geblieben sind. Offensichtlich sind sie dem Spartopf zum Opfer gefallen.
Im Falle der Gesamtschule ist es derzeit so, daß diese ebenfalls der CDU-Sparpolitik zum Opfer fallen soll. Die SPD übt sich mittlerweile darin, wie sie ihre Zustimmung zum Gesamtschulstop am besten verkaufen soll.
7. Beispiele für solche Anträge sind schon genannt worden. Erinnert sei nur an den AL-Antrag zur Einrichtung einer Gesamtschule, um der SPD eine Stellungnahme abzuringen usw.
8. Die Statistiken wurden anhand der vom Tiergartener Bezirksamt herausgegebenen Protokolle ausgewertet.

Ein Reisebericht aus Türkisch-Kurdistan



Aus weißbemaltem Stein gelegtes Propagandaemblem der türkischen Militär-Kommandos in türkisch Kurdistan

Vom 19.-21. Oktober inspizierten der türkische Staatspräsident General Evren, die vier Oberbefehlshaber der Streitkräfte und der von ihnen bestallte Ministerpräsident Ulusu die Städte Malatya, Elazig, Diyabakir und Urfa, zugleich größte Garnisonen der türkischen Panzer-, Artillerie- und Infanteriedivisionen im kurdischen Gebiet, und das Erdölzentrum Batman. Für die Fernsehkamera schwang er die erste Schippe Betonmischung ins Stahlgeflecht einer neuen Fernstraßenbrücke über den Euphrat und streichelte einem Jungen den Kopf, der ihm auf die Frage "Wie heiße ich?" brav mit heller Stimme "Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates und Staatspräsident General Kenan Evren" antwortete. Gerade vorher hatte Evren sich Bombardement-Übungen der Luftwaffe und Panzermanöver in freier Landschaft angesehen. Für die Bürger Malatyas hatte er eine besondere Überrraschung: (Aus der Rede Evrens wörtlich übersetzt. Die türkische Presse veröffentlichte nur Auszüge, redigiert und anders zusammengestellt als in authentischer Rede) *"Liebe Malatyer! Ich habe noch eine gute Nachricht für Euch. Eigentlich müßtet Ihr es wissen, aber laßt es mich wiederholen: Das Hauptquartier der 2. Armee wird 1983 nach Malatya verlegt."* (Dann erklärte Evren strukturelle Aspekte, da die Truppen bereits nach und nach in Malatya stationiert und nur der Stab noch in Konya verblieben ist) *"Das wurde aus diesen Notwendigkeiten geplant, dennoch gibt es einige Verräter, die das auszunutzen versuchen, um zu behaupten, die Verlegung der 2.Armee hätte den Zweck, das Volk dieser Region zu unterdrücken. Meine lieben Landsleute! Wessen Land ist dies, daß wir es für notwendig hielten, dies Land zu unterdrücken? Sind wir nicht alle im Wesen türkische Staatsbürger? Wir alle, aus dem Süden, aus dem Norden, dem Osten und dem Westen, haben wir nicht alle unser Blut für diesen Boden gegeben? Haben wir nicht, durch die Geschichte unseres Landes hindurch, unsere Gefallenen und die Söhne unserer Gefallenen nebeneinander begraben? Also, wenn das so ist, warum sollten wir das Volk dieser Region unterdrücken? Warum? Könntet Ihr Euch einen größeren Verrat vorstellen? ..."*
Hätte Heinrich Lübke als türkischer Staatspräsident intelligenter argumentieren können?

Volk dieser Region unterdrücken? Warum? Könntet Ihr Euch einen größeren Verrat vorstellen? ..."
Hätte Heinrich Lübke als türkischer Staatspräsident intelligenter argumentieren können?

Die türkischen Streitkräfte haben 500 000 Mann unter Waffen, für ein 40 Millionen Volk nicht zu knapp. Die Bevölkerung des kurdischen Gebiets wird auf 8 Millionen geschätzt, dennoch sind zwei der vier türkischen Armeen dort stationiert, und nicht etwa an den Grenzen, sondern in den Zentren. Die Städte Malatya, Elazig, Diyabakir, Urfa und Gaziantep mit einem breiten Ring Armenviertel, in die landflüchtige kurdische Bauernfamilien umzogen, sind die Garnisonen der Infanterie-, Artillerie- und Panzerdivisionen. Hinter dichten Reihen wohlriechender Zypressen und Pinien leidlich neugierigen Blicken verborgen, liegen die Stellplätze an den Ausfallstraßen am Rande der Stadt. Nur in Malatya hat der Zuzug vom Lande diese Vorwerklage angegriffen und die Hauptkaserne mit Armenvierteln umringt. Dafür wurde in einer nahegelegenen Schlucht ein neues Quartier eingerichtet. Die beiderseitigen Felsenhänge dienen Trainingszwecken.

Jede dieser Städte, außer Tatran, hat ihren eigenen Flugplatz. Soweit es bei Start-, Lande- und Tiefflugübungen über der jeweiligen Stadt zu erkennen war, tummeln sich dort Starfighter, Fiat-Jäger und die Typen von Einsatz- und Transporthubschraubern, die bei der letzten großen Brokdorf-Demo aus der Nähe zu genießen waren.

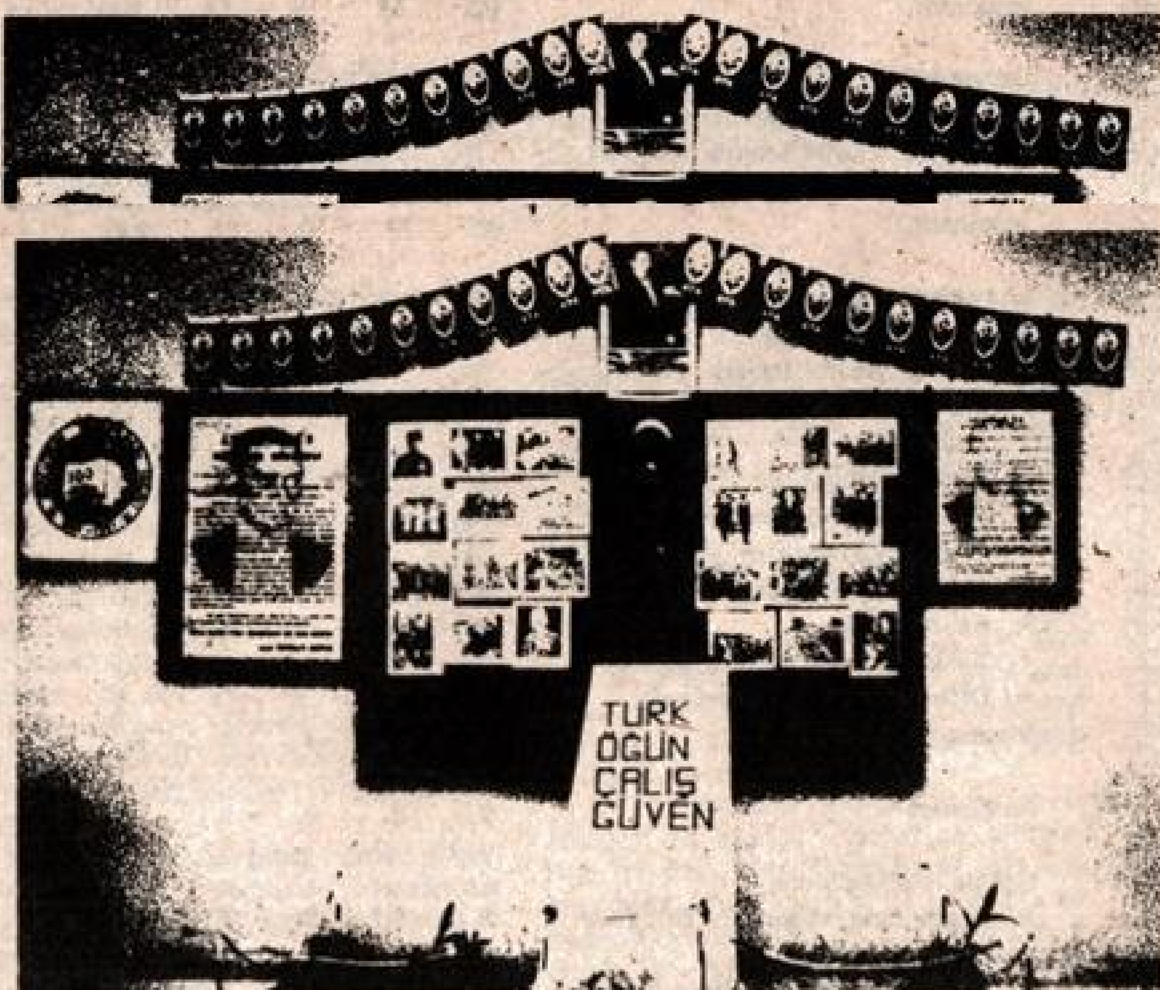
Die Spinne im Netz ...

Über die strategische Bedeutung dieser Waffen- und Truppenanhäufung im Bauch des Mittleren Ostens ist sicher einiges in den Tresoren des Nato-Planungsstabes zu finden. Ein Blick auf die Landkarte und die Verlegung der US-Radarbasen aus dem Iran ins kurdische der Türkei, soweit sie nicht im mongolischen Chinas Platz gefunden haben, verrät etwas davon. 500 km gemeinsame Grenze mit der Georgischen und der Armenischen Sozialistischen Sowjetrepublik; etwa die gleiche Grenzlänge mit dem Iran und der freie Blick von den Dreitausendern des Südost-Taurusgebirges hinab in die mesopotamische Tiefebene durch den Irak bis zum arabischen Golf und durch Syrien bis zum Libanon: Für die Nato ist das der Platz an der Sonne in dieser Region und seit dem Putsch auch sicher.

Fakt ist jedoch, daß die türkische Armee, trotz der idealen geostrategischen Position weder unter Kommando des ehemaligen Cento-Paktes, noch im Namen der Nato in Kriege, Invasionen oder Putsche im Nahen oder Mittleren Osten direkt oder indirekt eingegriffen hat. Weder die türkische Beteiligung am Korea-Krieg noch die Invasion Zyperns hat etwas mit der Stationierung von zwei türkischen Armeen im Kurdischen zu tun. Sie dienten auch nicht dazu, durch "Einnehmen einer drohenden Haltung", Manöver o.ä. Einfluß auf politische oder militärische Entscheidungen in den Nachbarstaaten auszuüben. Dies behielten sich allein die Luftlandekommandos der US-Air Force vor, die die Flugplätze im Süd-Kurdischen benutzten, um bei der Invasion Ägyptens 1958 mitzumischen und während der palästinensischen Aufstände in Jordanien 1970 bzw. später im Libanon auf Abruf vor Ort zu sein.

... oder gemeinsame Treibjagd?

Gegenüber ihren Nachbarstaaten waren die türkischen Regierungen eher mit gemeinsamen Problemen beschäftigt: Abkommen über die Kontrolle der Kurden abzuschließen und sie militärisch abzustützen, denn beiderseits der Grenzen mit dem Iran, dem Irak und Syrien ist kurdisches Wohngebiet. Die Grenzziehung durch die Kolonialmächte bei der Gründung der türkischen Republik ging quer durch verwandte Stämme, trennte für die Herden der Nomaden die Winterweiden von den Sommerweiden und errichtete Schlagbäume auf den natürlichen Handelsstraßen der Kurden. Verwandtenbesuche wurden zum Grenzübertritt, das witterungsbedingte Treiben der Herden zur Ein- und Ausfuhr, ebenso der Verkauf der landwirtschaftlichen und handwerklichen Produkte auf dem nächstgelegenen Markt. Die Grenzen machten aus dem normalen Lebenserwerb Schmuggel, aus den menschlichen Beziehungen Auslandskontakte. Autonomiebestrebungen der in jedem Staat zur Minderheit gewordenen Kurden und erst recht Aktivitäten für ein vereintes Kurdistan wurden als Bedrohung der neu geschaffenen Staaten angesehen, Vertreter dieser Ideen zu Subversiven gestempelt oder zu "Verrätern", "Separatisten", wie Evren das ausdrückt. Allein zur Kontrolle der Grenzen bedarf es eines großen militärischen Aufgebots, die Verhinderung ihrer Aufhebung schafft einen ständig latenten Kriegszustand mit den Kurden.



Türkische „Kultstätte" in einer Schule in türkisch Kurdistan

Militärbesatzung seit Jahrzehnten

So ist die gemeinsame Geschichte der Türken und Kurden seit der Gründung der Türkischen Republik nach dem 1. Weltkrieg für die Kurden voll von Konfrontationen mit der türkischen Armee. Dreimal ließ Atatürk kurdische Aufstände militärisch niederschlagen, 1924, 1930 und 1938. Massaker, in denen insgesamt 2 Millionen Kurden umkamen und auf die jeweils Deportationen ganzer Stämme nach dem Westen der Türkei bzw. Zwangsansiedlungen der Nomaden folgten. Danach wurde die kurdische Region für Jahrzehnte zum Militärgebiet erklärt und mit einem dichten Netz von Jandarma-Stationen überzogen, die in Orten mit mindestens 500 Einwohnern mit einer Einheit bestückt wurden, bei größeren Orten bis zur Batallionsstärke. Die Jandarmas (eigenständiger Teil der Landstreitkräfte, vergleichbar mit BGS) kontrollierten die Straßen und Wege, griffen bei Stammesfehden ein und jagten Banditen, die meist aus Blutrache- oder aus politischen Gründen in die Berge flüchteten und zu Räubern wurden.

Nach Demonstrationen 1968 in Gaziantep für den freien Gebrauch der kurdischen Sprache und andere Autonomierechte, begann der Generalstab zur Zeit der Demirel-Regierung, die Truppen der 2.Armee nach Malatya zu verlegen. Zusammen mit der 1.Armee, den "Kommandos" in Van und den Jandarmas sind damit 2/3 der türkischen Landstreitkräfte im Kurdischen konzentriert, das flächenmäßig ein Drittel der Türkei ausmacht.

"Sprich Türkisch, Du Tier!"

Die Soldaten der Armee - als auch der Jandarma-Einheiten - sind Wehrpflichtige für 20 Monate. Allerdings macht kein Kurde seinen Wehrdienst in heimischem Gebiet, sondern im Westen. In die kurdischen Orte werden Rekruten von der Mittelmeer- oder Schwarzmeerküste geschickt. Sie verstehen kein Kurdisch. Nach den für alle gültigen 4 Monaten Grundausbildung, wo kein Tag ohne Schläge und Beleidigungen seitens der Unteroffiziere vergeht, ohne die Möglichkeit zu haben, sich zu beschweren, geschweige denn zurückzuschlagen, sind diese Soldaten leicht gewillt, ein kurdisches Wort von einem Bauern ebenso mit Schlägen und Beleidigungen zu beantworten.

Das Oberkommando, alias "Nationaler Sicherheitsrat", hat zwar den Befehl erlassen, daß Soldaten, die öffentliche Aufgaben versehen, d.h. ständige Ausweis- und Taschenkontrollen auf den Landstraßen machen, die Landsleute höflich zu behandeln haben. Es hat jedoch die Ursachen für die alltägliche Gewalttätigkeit, die kulturellen, sozialen und ethnischen Gegensätze zwischen den Soldaten aus dem entwickelteren Westen und den Kurden schlichtweg ignoriert. Im Gegenteil wird durch die von oben beorderte Verstärkung türkischer nationalistischer Propaganda bei gleichzeitiger praktischer Einschränkung der ethnischen Rechte der Kurden jedem Soldaten weit vielfältigerer Anlaß gegeben, die im Drill angestaute Wut an den (meist mit schlechter Schulbildung aufgewachsenen) Bauern auszulassen.

"Vergiß, daß Du Kurde bist!"

So hat jeder Kriegsrechtsbefehlshaber Garnisonen und Posten beordert, in den Berghängen ihrer Umgebung weißbemalte Steine zusammenzutragen zu den überdimensionalen Worten *"Once vatan"* (Einziges Vaterland) oder *"Ne mutlu türküm diyene"* (Wie glücklich der, der sich Türke nennt) oder den Halbmond mit Stern und selbst - wie in Bitlis - einen türkischen Soldaten auf Wache. Dazu gehört, daß jede Garnison und jeder Posten seine Atatürk-Statue oder Büste auf Sockel hat, mit Blumenbeeten umzogen oder manchmal nur mit Stacheldraht. Jeden Morgen nimmt die Truppe Aufstellung davor, um die Nationalhymne aus voller Kehle zu brüllen und die Fahne – schön sichtbar zur Straße hin – zu hissen. Auf dem Sockel muß zumindest "Ne mutlu türküm diyene" stehen, zur Straße hin natürlich. Es fehlt nur noch die Grußpflicht für diejenigen, die daran vorbeikommen. Nicht anders in allen Schulen. Die Fahnenzeremonie ist allerdings dort nur zweimal in der Woche Pflicht: montags zum Hochziehen, freitags zum Abnehmen. In jedem Laden, in jeder Amtsstube hängt ein Konterfei von Atatürk, auf dem Tisch eine Minibüste in Schwarz oder Gold, links und rechts das Fähnchen auf der Stange. So hat das Zimmer eines jeden, der in der Verwaltungshierarchie einen übergeordneten Posten bekleidet, das Aussehen eines Offizierszimmers bekommen. Inzwischen ist Evren's Foto und eine Bilderserie mit allen Junta-Mitgliedern mit eingebürgert worden. Jeder Kiosk, der neben Zeitungen auch Postkarten oder Poster verkauft, hat Atatürk und Evren in mannigfaltigster Ausführung auf Lager.

Das erste, was der pensionierte Oberst, der nach dem Putsch Bürgermeister wurde –anstelle des Linken Mehti Zana, der heute noch im Gefängnis sitzt – am Stadttor anbringen ließ, war der Spruch: *"Leute von Diyabakir, von Urfa, von Trapzon, von Istanbul, ihr alle seid Sprößlinge desselben Erzes, ihr seid Kinder der-*

meister wurde –anstelle des Linken Mehti Zana, der heute noch im Gefängnis sitzt – am Stadttor anbringen ließ, war der Spruch: *"Leute von Diyabakir, von Urfa, von Trapzon, von Istanbul, ihr alle seid Sprößlinge desselben Erzes, ihr seid Kinder der-*

selben Rasse". Ein Spruch, den der Oberst aus dem schier nicht endenwollenden Schatz der Aussprüche Atatürks ausgegraben hat. Nach dieser Logik sind alle von den Türken unterschiedlichen ethnischen Gruppen in den Grenzen der Türkei Türken. Allein im Kurdischen der Türkei leben noch Araber, Assyrer und Reste der Armenier. In Städten wie Mardin und Midiyat lernen die Kinder drei Sprachen auf der Straße: Arabisch, Kurdisch und Armenisch. Türkisch lernen sie in der Schule, als einzige Schriftsprache. Der Kriegsrechtsbefehlshaber für Mardin ließ nun gleich nach dem Putsch ausdrücklich verbieten, kurdisch und arabisch zu sprechen, ein militärischer Beitrag zur Vereinheitlichung der Nation über die Sprache. Sein Kollege in Gaziantep übertrumpfte ihn noch, in dem er befehlen ließ, die ethnische Herkunft zu vergessen, wenn sie nicht türkisch ist. Er verbot den Kommunalangestellten, sich selbst als Kurden oder Araber zu bezeichnen und dies auch gegenüber dem Publikum durchzusetzen. In der Kleinstadt Hasankey, in der 90% Araber wohnen, hängen große Schilder im Aufgang der Mittelschule und der Post: *"Es ist verboten, eine andere Sprache als Türkisch zu sprechen!"*.

"Eine Razzia nach der anderen"

Die türkische Armee hält sich jedoch nicht allein mit propagandistischen und administrativen Beweisen ihrer Anwesenheit im Kurdischen auf. Im Metier des direkten Eingreifens sehen sie weit mehr Garantie für durchschlagenden Erfolg. Wie um dies zu bekräftigen, betont Evren in seiner Malatya-Rede: *"Nach dem 12.9. wurden während der Razzien viele der Landesverräter und Feinde des Volkes gefaßt. Als wir herausfanden, daß diejenigen, die nicht gefaßt wurden, anfingen, sich wieder zu rühren, haben wir eine Razzia nach der anderen gemacht und sie gefaßt, einen nach dem anderen, oder in Gruppen."*

Nach den Razzien die von den vor Ort stationierten Armee- oder Jandarma-Einheiten zum Einsammeln der Waffen, die sich in kurdischen Händen befanden, zur Fahndung nach Mitgliedern kurdischer Organisationen und nach kurdischen Schriften, ja selbst nach Kassetten mit kurdischer Folklore durchgeführt wurden, schickte die Junta die nach Ledernacken-Art ausgebildeten Komandos noch einmal quer durchs Kurdische. In Hochburgen der Linken ließen sie sich für längere Zeit nieder.

Sämtliche Berghöhlen, natürliche wie prähistorische, die es an den Randgebirgen Mesopotamiens in Hülle und Fülle gibt, wurden systematisch nach geflohenen Linken durchsucht. In Sieverek (zwischen Diyabakir und Urfa), wo die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) vor dem Putsch stark war, erfanden die Soldaten einen besonderen Trick: In Zivilklamotten entführten abends sieben Offiziere sechs Mädchen im heiratsfähi-

kir und Urfa), wo die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) vor dem Putsch stark war, erfanden die Soldaten einen besonderen Trick: In Zivilklamotten entführten abends sieben Offiziere sechs Mädchen im heiratsfähi-

gen Alter. Sie brachten sie in eine der Höhlen und fragten sie, ob sie verheiratet seien. Eine gab es vor. Freigelassen, lief sie ins Dorf und alarmierte die Väter, Onkel und Brüder der anderen Entführten. Die Männer holten ihre besten Waffen aus dem Versteck und zogen los zur benannten Höhle. Die Offiziere stoppten sie und gaben sich zu erkennen: "Ihr habt doch gesagt, ihr hättet keine weiteren Waffen. Wo habt ihr denn diese hier gefunden?" Danach begann eine neue Welle der Razzien in Sieverek.

Am 20.5. ließen sich die Komandos in Midiyat nieder, eine Hochburg der Organisation "Nationale Befreiung Kurdistans" (KUK). Midiyat ist geteilt zwischen assyrischen Christen und Moslems. Ihre Wohngebiete liegen etwa 3 km auseinander. Genau dazwischen ließen sich die "Blaukäppis" nieder. Einen Tag später war Nationaler Jugendtag. Die Schüler feierten ihren Tag mit Sportwettkämpfen. Neben dem Sportplatz war ein Kornfeld und daneben die Wiese, auf der die Komandos ihre Zelte aufgeschlagen hatten. Mitten in den Wettkämpfen flog ein Hubschrauber an und landete auf dieser Wiese. Hunderte der zuschauenden Schüler rannten wie ein Bienenschwarm durch das Korn auf den Hubschrauber zu. Die Komandos schlugen wie die Gestochenen auf die Kinder ein, um sie von dem Hubschrauber wegzuhalten. Aber das war nur der Einstand dieser Spezialtruppe. Sie blieben zwei Monate lang in der Stadt und ließen selbst das Kloster der assyrischen Christen nicht aus.

Dort gab es einen Zwischenfall: Ein Hauptmann der Blaukäppis näherte sich während der Razzia mit eindeutigen Absichten einer Nonne. Der Abt bekam die Sache mit und setzte sich sofort per Funk mit dem Befehlszentrum des Kriegsrechtskommandanten der Region in Verbindung. Eine Stunde später saß der durchsuchungslüsterne Hauptmann schon im Hubschrauber, der zu seiner Verhaftung geschickt wurde. In solchen Dingen sind die politisch verantwortlichen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 40

Offiziere sehr empfindlich. Doch allein ihrer international anerkannten Minderheitssituation als Christen im Moslemland haben die Assyrer diesen relativen Schutz zu verdanken.

Die Einwohner eines bei Midiyat gelegenen kurdischen Dorfes hatten da weit weniger zu lachen. Nachdem was die Leute selber erzählen, befahlen ihnen die Kommandos, sich nackt auszuziehen und über ein frisch geschnittenes Stoppelfeld zu robben, bis die gesamte Unterseite ihrer Körper blutig gestochen war. Als die Kommandos dadurch auch nicht die erwartete Menge Waffen bekamen, banden sie den alten Männern im Dorf Schnüre um den Penis und zwangen ihre Frauen, sie daran über den Platz zu zerren ...

Nach dem Putsch wurde in der Stadt Mus eine Abteilung Jandarma-Kommandos im Gebäude der Polizei einquartiert. Im Gegensatz zu den Kommandos, deren Einsatz von zentraler Stelle geleitet wird, gehören die Jandarma-Kommandos, im Volksmund "Verschnitt" genannt, den Jandarma-Streitkräften an und unterstehen damit dem örtlichen Kriegsrechtskommandanten. Sie sind für Razzien und Verhaftungsaktionen gebildet und ausgebildet worden. Da in Mus vor dem Putsch die MHP herrschte – durch den hohen Anteil türkischer Bevölkerung relativ zur kurdischen – hatten die Jandarma-Kommandos nicht viel zu tun. Eine gründliche Verhaftungsoperation gegen die MHP vergleichbar mit der Jagd auf die Linken fand im ganzen Land nicht statt. Allein der Vergleich der Angeklagtenzahlen des MHP-Prozesses (ca. 800) und des Devrimci Yol-Prozesses (ca. 10 000) sei angeführt.

Die „Verschnitt"-Kommandos waren derweil in Wartestellung. Eine Gelegenheit, in Aktion gegen Linke zu treten, wurde ihnen durch die Denunziation seitens eines Hotelbesitzers in Mus geboten. Dieser Hotelier war zugleich der reichste Mann eines Dorfes in der Nähe, in dem eine Gruppe Jugendlicher der PKK nahestand. Aufgrund eines Austrittsversuches eines der Mitglieder entstand eine Auseinandersetzung innerhalb der Gruppe, die sich bis zur Schießerei eskalierte. Dem Hotelier war die Gruppe schon seit längerer Zeit ein Dorn im Auge. Er gab dem örtlichen Kriegsrechtskommandanten einen Tip, denn eine Schießerei nach dem Putsch schien ihm ein guter Anlaß, der auch vor den anderen Dorfbewohnern zu vertreten sei, immerhin die Eltern und Verwandten der PKKler. Um sich nicht allzu viel Haß aufzuladen, stellte er im Gegenzug die Bedingung, daß das Militär den anderen Dorfbewohnern kein Haar krümme. Der Kriegsrechtskommandant, obwohl als Militär unanfechtbar, dennoch mehr an der Isolierung der Linken von der Bevölkerung interessiert, gab den Jandarma-Kommandos eine entsprechend „ausgewogenen" Order. Die Soldaten gingen sehr gründlich vor. Sie umzingelten das ganze Dorf, ließen niemanden rein noch raus, durchsuchten jedes Haus, doch verhafteten sie nur die denunzierten Jugendlichen, die inzwischen im berüchtigten Gefängnis von Diyabakir sitzen, das niemand mehr gesund verläßt.

Die beschriebenen Operationen sind nur vereinzelte Beispiele einer nicht enden wollenden Reihe von Einsätzen ähnlicher Art. Durchschnittlich zweimal die Woche berichtet das türkische Fernsehen über die regionalen Ergebnisse umfangreicher Operationen. Die beschriebenen Beispiele sollen nicht nur Evrens treuherzige Frage, wer denn an Unterdrückung denken könne, wenn die türkische Armee ins Kurdische kommt, illustrieren, sondern vor allem die unterschiedliche brutale bzw. politisch umsichtige Vorgehensweise zeigen. Zum Teil hängen diese Unterschiede sogar von der persönlichen Einstellung des befehlshabenden Offiziers ab. Selbst der Fall eines linken Offiziers wurde bekannt, der die Möglichkeit eines gegenteiligen Verhaltens trotz Putsch und anti-kurdischer Gesamtpolitik zeigt, aber auch dessen schnelles Ende.

In einem hochgelegenen Bergdorf bei Malzgirt (zwischen Van und Agri) wurde ein Flüchtiger aufgespürt, der seit einiger Zeit als Räuber in den Bergen lebte. Ein Offizier wurde mit seiner Verfolgung beauftragt, der bei der Dorfbevölkerung, aber auch bei den höheren Offizieren als der Gruppe Halkin Kurtulus nahestehend bekannt war. Er ließ es bei keiner von oben befohlenen Razzia, die er leitete, zu Gewalttätigkeiten seitens der Soldaten kommen, verhinderte Beleidigungen bzw. Verletzungen der Sitten der Kurden durch die Soldaten und nutzte seinen Befehlsspielraum als Offizier zugunsten der Bauern, soweit er selbst nicht dafür belangt werden konnte. In dem Dorf, in das er nun wieder geschickt wurde, hatte er daher bei den Leuten einen Stein im Brett. Für sie war es unter den jetzigen politischen Verhältnissen fast ein Glück, einen solchen Offizier in der Nähe zu haben, denn zumindest gegen die sonst üblichen Übergriffe seitens des Militärs waren sie geschützt.

Seinen Vorgesetzten gefielen diese "Vertraulichkeiten" jedoch keineswegs. Sie fanden allerdings genausowenig eine Handhabe gegen den linken Offizier, da er sich genau an die Vorschriften hielt. Gelegenheit zur Versetzung bestand auch nicht, da seine Beförderung noch nicht dran war. Bereits der Dienst im Kurdischen war schon als Bestrafung gedacht.

Ebenfalls bei der Verfolgung des Flüchtigen ging der Offizier so vor, daß es nicht zum Blutvergießen kommen sollte. Als der Räuber zu seinem Haus zurückkam, um seine Frau nicht in die Hände der Soldaten fallen zu lassen, fand er es bereits umstellt. Er begann zu schießen, die Soldaten schossen zurück. Der Offizier befahl seiner Einheit, das Feuer einzustellen, damit er mit dem Räuber verhandeln könnte. Er ging alleine auf ihn zu und rief ihn an, sich zu ergeben. Im selben Augenblick wurde er von hinten erschossen, von einem der eigenen Soldaten.

Seine Vorgestzten versuchten nun den Fall so darzustellen, als wäre der Offizier von dem Räuber erschossen worden und holte auch von der betreffenden Einheit entsprechende Aussagen für den Gerichtsprozeß ein, der routinemäßig vom Staatsanwalt (allerdings ein Militär) eröffnet wurde. Allein der Obduktionsbefund des zuständigen Gerichtsmediziners, auch ein Militär, belegte unumstößlich, daß die Kugel von einem der Soldaten war. Der Prozeß wurde nach kurzer Zeit ohne Ergebnis eingestellt, weil der Druck der höheren Militärebene sein übriges tat. Um den Fall ganz aus der Welt zu schaffen, ließ der regionale Kriegsrechtsbefehlshaber nach der einfachen, wohl besonders militärischen Hirnen geläufigen Logik: kein Tatort, keine Tat, das Dorf beseitigen. Eine Einheit Soldaten trieb die Bewohner aus ihren Häusern, und Bulldozzer der Pioniere machten die Siedlung dem Erdboden gleich. Das ganze sollte nach einer Strafaktion für den toten Offizier aussehen, was nach ähnlicher Vorgehensweise bei Partisanenverfolgung auch glaubwürdig hätte erscheinen können. Die Leute haben sich mit ihrem Vieh zu Verwandten in die umliegenden Bergdörfer geflüchtet. Von dort dürfen sie sich nicht fortbewegen. Ihr planiertes Dorf hält eine Armeeeinheit besetzt. Informationen über diesen Fall sind aufgrund von Nachforschungen anderer linker Offiziere über einen Lehrer, der in einem der Bergdörfer lehrt, überhaupt nur herausgekommen.

Um zu bekräftigen, daß die Kurden weiterhin mit Aktionen der türkischen Armee zu rechnen haben, solange noch Linke unter ihnen sind oder Aktivitäten gegen die Junta aus ihrer Mitte heraus versucht werden, drohte Evren unmißverständlich: *"Wann immer sie sich rühren werden, und sei es mitten im Winter, werden die türkischen Streitkräfte und die türkischen Polizeiorganisationen ihnen im Nacken sitzen."*

Sigi Yönet

Indonesische Nationalitätenpolitik von 1950 bis heute

Ende 1982/Anfang 1983 wird in den Niederlanden ein Tribunal zur Situation der Minderheitennationalitäten unter indonesischer Herrschaft durchgeführt. Die Vorbereitungen für dieses Tribunal begannen 1978, also etwa gleichzeitig wie die zum Russell-Tribunal für die Indianer Nord-, Süd- und Mittelamerikas, das im November 1980 in Rotterdam veranstaltet wurde. Da dieses Thema der engagierten, kritischen Gegenöffentlichkeit viel schwerer zu vermitteln ist, als das der Indianer und somit auch das geplante Tribunal viel schwerer zu finanzieren ist, nahm die Vorbereitungsphase viel mehr Zeit in Anspruch. Inzwischen ist jedoch ein konkreter Plan zur Realisierung des Tribunals entworfen. Es wird aus vier Phasen bestehen, die von den vier inhaltlichen Schwerpunktthemen bestimmt werden:

1. Die Transmigrationspolitik der indonesischen Regierung, die Arbeiter von Java, Madura und Bali in die Außenprovinzen, besonders West Papua-Neu Guinea umsiedelt.
2. Verhaftungen und Folterungen, besonders in West Papua und Osttimor.
3. Die Unterwerfungskriege der indonesischen Zentralregierung gegen West Papua und Osttimor.
4. Die westliche Unterstützung für Suhartos Militärregime.

Zur Durchführung ist ein 'Stichting West Melanesien Tribunal' gegründet worden, dem Exilorganisationen der Südmolukker, West Papuas und Osttimoresen, sowie Pax Christi Niederlande und die Gesellschaft für bedrohte Völker angehören. Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat die Öffentlichkeitsarbeit und Finanzbeschaffung für den deutschsprachigen Raum übernommen.

Zur langfristigen inhaltlichen Vorbereitung des Tribunals wird die Gesellschaft für bedrohte Völker monatlich in der TAZ einen Beitrag zur Minderheitenpolitik Indonesiens und zur Rolle verschiedener westlicher Staaten bei der Unterstützung dieser Repressionen sowie zum Neokolonialismus Frankreichs und der USA in den von ihnen abhängigen Kolonien und Treuhandgebieten, die z.T. zu Atomversuchsgebieten degradiert sind (Vanuatu, Neu Kaledonien, Mururoa-Atoll), veröffentlichen.

Als erstes folgt ein allgemeiner Bericht über die Praxis der indonesischen Zentralregierung gegenüber Minderheiten und regionalen Mehrheiten:



Die Nachkolonialzeit ...

Als der spätere erste Präsident Indonesiens, Sukarno, am 17.8.1945 die Unabhängigkeit der Kolonie 'Niederländisch-Indien' ausrief, beendete er damit eine über 300jährige Vorherrschaft der Niederländer in Südostasien. Diese waren dort 1596 zum ersten Mal aufgetaucht und hatten 1641 durch die Eroberung von Malakka (die malayische Halbinsel, die heute zu Burma, Thailand und Malaysia gehört), den englischen, portugiesischen und spanischen Einfluß zurückgedrängt und das Gebiet unter ihre Kontrolle gebracht.

Die Niederländer waren 1945, nach dem Zwischenspiel der japanischen Besetzung Indonesiens, jedoch keineswegs bereit, ihre Kolonien in die Unabhängigkeit zu entlassen. So kam es zu vierjährigen kriegerischen Auseinandersetzungen, die ihren Höhepunkt zwischen Juli 1947 und Dezember 1948 hatten. Auf Druck der internationalen Öffentlichkeit, besonders der UNO, mußte die niederländische Regierung am 27.12. 1949 ihre indonesischen Kolonien offiziell in die politische Unabhängigkeit entlassen.

Der neue Staat nannte sich 'Vereinigte Staaten von Indonesien' und bestand formell aus einer Föderation von 16 Staaten. Einzig der Westteil der Insel Papua-Neu Guinea blieb unter niederländischem Protektorat.

Die Niederländer hatten natürlich, wie alle Kolonialisten, ihr Kolonialterritorium völlig unabhängig von rassischen und ethnischen Grenzen errichtet, so daß Völker unter eine gemeinsame Zentralherrschaft geraten waren, die weniger Gemeinsamkeiten haben, als etwa Samen (Lappen) und Sizilianer.

Die dominierende Nation Indonesiens sind die Javaner, die etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung stellen. Um den verschiedenen ethnischen, kulturellen und historischen Unterschieden Rechnung zu tragen, entwarfen die Vereinten Nationen einen Plan, nach dem der Ostteil des heutigen Indonesien (Celebes, Süd- und Nordmolukken, die kleinen Sunda-Inseln, deren größte Timor ist) per Volksentscheid zu einem selbständigen Staat werden sollte. Da dieser Plan jedoch auf Grund machtpolitischer Konstellationen nicht verwirklicht wurde, riefen die Südmolukken am 25.4.1950 selbst die R.M.S. (Republik Maluku Selatan = Republik Süd Molukken) aus. Diese Unabhängigkeitserklärung stützte sich völkerrechtlich auf entsprechende Passagen der Verfassung der ostindonesischen Föderation, die den Einzelstaaten die Möglichkeit zur Unabhängigkeit eröffnete.

Trotzdem zeigte sich schon sehr bald, daß die Zentralregierung in Djakarta keinesfalls gewillt war, den von ihr beherrschten Völkern die Selbstbestimmung zu gewähren, die sie selbst erst wenige Monate vorher von den Niederländern erkämpft hatte.

Truppen der Zentralregierung, kampferprobt durch die jahrelangen Kämpfe gegen die Niederländer und schon damals die Stütze des Staates, brachten die junge Inselrepublik R.M.S. wenige Tage nach der Unabhängigkeitserklärung in ihre Gewalt. Tausende Südmolukker flohen vor der drohenden Inhaftierung und Verfolgung auf die größte südmolukkische Insel, Ceram, von wo sie bis Mitte der sechziger Jahre als Guerillas Widerstand leisteten. Andere, die als südmolukkische Soldaten in der niederländischen Armee waren, wurden durch ein Urteil eines hohen niederländischen Gerichts in den Niederlanden demobilisiert, so daß die Niederlande der geforderten Auslieferung an Indonesien nicht nachkamen. Einschließlich der Familienangehörigen waren das ca. 12.000 Personen, die somit seit über 30 Jahren in Europa leben und heute eine inzwischen auf 40.000 Menschen angewachsene Volksgruppe bilden.

... endet im Blutbad

1962 zogen sich die Niederlande auf US-amerikanischen Druck der Kennedy-Regierung aus West Papua-Neu Guinea zurück. Schon seit Januar desselben Jahres, noch bevor der letzte Niederländer die Insel verlassen hatte, versuchten die Indonesier gewaltsam und gegen den erklärten Willen der Bevölkerung, das Land zu unterwerfen. Weil die Weltöffentlichkeit wegen der gerade stattfindenden Entkolonisierung jedoch sensibilisierter war und viele Länder der „3. Welt" von Indonesien nicht allzusehr provoziert werden durften, wurde West Papua-Neu Guinea durch 'Vermittlung' der USA am 15.8.1962 zunächst unter UN-Aufsicht gestellt, bevor am 1.5. 1963 Indonesien beinah 'legal' die „Verwaltung der Insel übernahm" (Originalton Brockhaus). Diese 'Verwaltung' kostete nach Schätzung international anerkannter West Papua-Experten inzwischen ca. 150.000 Menschen das Leben.

Das dritte eklatante Beispiel des indonesischen Ausdehnungsdranges, der dem europäischer Mächte durchaus ebenbürtig ist, ist die Unterwerfung der ehemals portugiesischen Kolonie Osttimor 1975, die ca. 200.000 von vormals etwa 800.000 Osttimoresen das Leben kostete.

An der Unterwerfung der Südmolukker, West Papuas und Osttimoresen ist deutlich ablesbar, in welcher Form die offizielle indonesische Staatsideologie „Einheit in Verschiedenheit" in die Praxis umgesetzt wird und was an 'Verschiedenheit' von den Machthabern auf Java übrig gelassen wird, wenn Völker ihre Eigenständigkeit erhalten wollen. Die indonesische Militärregierung Suharto, aber auch die 'progressivere' Vorläuferin unter Sukarno hat das Recht der Völker auf Selbstbestimmung mit Füßen getreten und, wo nötig, im Blut erstickt.

Während sich nach Berichten von Amnesty International die allgemeine Menschenrechtssituation etwas entspannt haben soll (weniger politische Gefangene), ist die Politik der Zentralregierung gegenüber Völkern, die sich von der Bevormundung Djakartas befreien wollen, noch genauso rücksichtslos wie 1950 bei der Liquidierung der Republik Süd Molukken. Massiv unterstützt werden die indonesischen Generäle dabei in allen Gebieten (politisch, wirtschaftlich, militärisch) vom Westen, nicht zuletzt auch von der Bundesregierung, für die ein starkes, zentral gelenktes und pro-westliches Indonesien der beste Garant für die Ausbeutung der reichhaltigen Bodenschätze durch multinationale Konzerne und für die Errichtung von Militärbasen im strategisch wichtigen südostasiatischen Raum ist.

Die Bundesrepublik ist inzwischen zum viertgrößten Außenhandelspartner Indonesiens geworden (davor liegen nur noch Japan, USA und Singapur). Der Wert der deutschen Exporte nach Indonesien betrug 1980 685 Mio. Dollar, was einer Steigerung von 48,3 % gegenüber dem Vorjahr entsprach. Die deutschen Importe aus Indonesien machten im gleichen Zeitraum ca. 400 Mio. Dollar aus. Das größte Interesse Indonesiens besteht an deutschen Investitionen in den Bereichen der Automobil-, Chemie- und Papierindustrie, außerdem Schiffbau und Holzverarbeitung und schließlich – nicht ganz so öffentlich – der Nukleartechnologie. Hauptankurbler der deutsch-indonesischen Wirtschaftsbeziehungen ist Minister Lambsdorff persönlich, seit langem bekannt dafür, daß ihm Gewinne der deutschen Wirtschaft wichtiger sind, als Menschenrechte oder das Recht auf Selbstbestimmung. So überreichte Lambsdorff z.B. dem indonesischen Minister für Forschung und Technologie, J. B. Habibie im Industrieclub Düsseldorf am 28.11.1980 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterblatt.

Mehr über die umfassende westliche Unterstützung für Indonesien in einem späteren Artikel.

Klemens Ludwig

(Zwischenüberschriften von uns, Asien-Australien-Kommission)

„Paar Verbindlichkeiten müssen jetzt schnell auf'n Zettel!"

Interview mit Udo Lindenberg



Nach „Lied und Wort", „Jazz" und „Klassik" fand am 8.12. in Frankfurt das vierte Benefizkonzert für das Volksbegehren gegen die Startbahn West statt. Diesmal war Rock (against runway) angesagt. Nach langem Tauziehen war es der Kulturgruppe in der AG Volksbegehren gelungen, dafür die größte Halle Frankfurts, die Festhalle auf dem Messegelände, zu mieten. Das war schwer, da der gegenwärtige Oberbürgermeister in dieser Stadt nur Beton und Bonbon dulden will, aber notwendig, da etwa 10.000 Leute erschienen. Das Frankfurter Kurorchester mit Frank Wolff, Klaus Kiesling u.a. eröffnete mit einigen gezielten Strichen gegen den 0815-Rock, was – darüber soll man aber nicht klagen, sondern sich freuen – widersprüchlich aufgenommen wurde. Die Leute flippten zum ersten Mal aus, als der von Strafverfahren und Berufsverbot bedrohte Alexander Schubart an's Mikrofon trat – die Beifallsstürme waren umwerfend (Fritz Rau hinter der Bühne: *„Den muß ich für eine Tournee haben"* ...). Neben Inga Rumpf, Johnny Tame und einer sehr politischen Moderation von Stefan Viering waren die bots wieder mit von der Partie und rissen alle von den Stühlen. Tip an die bürgerlichen Kulturdiagnostiker, die zur Zeit allenthalben über den Erfolg und die „Gefahr dieser hymnenartigen Musik" rätseln: Vielleicht wollen die Leute einfach wirklich aufstehn...? Zum Schluß Udo Lindenberg und das Panikorchester. Anders als bei Rock gegen rechts 1979 brachten sie weniger Nummern zum Aufheizen, dafür viel Nachdenkliches, von Lindenberg durch einige sehr gelungene Kommentare zum Zeitgeschehen ergänzt. Davon wollten wir mehr hören und besuchten ihn nach dem Auftritt. Noch was zur Form dieses Interviews: Eine Überarbeitung, stilistische Glättung o.ä. haben wir praktisch nicht gemacht. Dies aber nicht, weil wir von jedem einzelnen Wort des Stars hingerissen wären, weil wir des Professionalismus nicht mächtig wären oder auf Krampf Alternatives raushängen wollten. Sondern weil es uns so einfach ganz gut gefallen hat. Es geht also los in einem kleinen Zimmerchen, mit einem Dutzend Leute gut gefüllt, an einem Flur im 1. Stock der Festhalle, wo gemächlich die letzten Flaschen geleert und die Sachen zusammengepackt werden.

Udo Lindenberg: Was is das für 'ne Zeitung, wie oft erscheint die?
AK: Vierzehntägig, wird in Hamburg
da wird da so'n Text untergelegt: Es gab so und so viel verletzte Polizisten und es war ganz gräßlich. Das war

Udo Lindenberg: Was is das für 'ne Zeitung, wie oft erscheint die?

AK: Vierzehntägig, wird in Hamburg rausgegeben.

Udo: In Hamburg? Kannste sehen, was ich alles nich weiß.

AK: Du hast nix dagegen, wenn das auch über LUFTIKUS läuft, das ist so'n wildes Radio hier ...

LUFTIKUS: Piratensender.

Udo: Ja, gut ... Was macht'n so der Hessische Rundfunk an Informationen über die Startbahn West? Ich kenn da 'n paar eigentlich ganz gute Leute.

AK: Die bringen die Polizeimeldungen und drei Tage später können wir das dann richtig stellen. Das bringt dann nix mehr, da ist die Sache gelaufen.

Udo: Hmm.

AK: Anfangs haben die kaum was gebracht, obwohl das Volksbegehren 'ne einmalige Sache in der BRD ist. Dann haben wir mal 'ne Demonstration zum HR gemacht, als sie bei 'nem ganz harten Polizeieinsatz nur den Polizeibericht gesendet haben, und sind da mit 5.000 Leuten hin ...

Punk: Da war'n aber mehr, du, 10.000!

AK: ...also 'ne ziemlich große Demo für Frankfurter Verhältnisse. Nachher haben teilweise Jounalisten angerufen und sich entschuldigt, weil sie so wenig Informationen hätten. Jetzt kommt es drauf an, wer als erster mit 'ner Presseerklärung da ist. Ganz schlimm war es am 15. November, also einen Tag nach der Wiesbadener Demo, wo sie uns da am Flughafen aufgemischt haben. Das ist so richtig gleichgeschaltet gelaufen. Polizei, Presse und Medien haben alle zusammen sich drauf eingeschossen, uns endgültig als die Chaoten, die Gewalttäter, die alles kaputtmachen, darzustellen. Das war ein gewisser Einschnitt und da hat leider auch der HR und die meisten Journalisten mitgezogen.

Udo: Da schalten sich dann auch die höheren Instanzen ein, Intendanz oder so und die ganzen Polittypen da im Rundfunkrat, ne.

LUFTIKUS: Aber davor, als die Räumung vom Startbahndorf war, gab's 'ne ziemlich gute Berichterstattung. Da haben nämlich die Bullen 'ne ziemlich dumme Pressepolitik gemacht. Die ham einfach keinen reingelassen. Das hat die geärgert, und da haben die auch viel O-Ton gemacht, auch von Knüppeleien. Das war gut und das hat auch richtig reingehauen. Das siehste ja bei Demos: Die Bullen hauen den Leuten auf den Kopf, und da wird da so'n Text untergelegt: Es gab so und so viel verletzte Polizisten und es war ganz gräßlich. Das war hier einfach mal richtig rum.

Udo: Ich kenn da nämlich 'n paar Leute im HR, und ich kann mir kaum vorstellen, daß sie da nix sagen, daß sie sich da raushalten. Daß sie da das Rückgrat verstellen, nich.

LUFTIKUS: Also die Generallinie is, daß es nicht gewalttätig sein darf. Wenn es clean ist, wenn die Leute alle einen auf'n Kopp kriegen, dann sind sie vielleicht auch bereit, richtig zu berichten.

AK: In dem Moment, wo's mal was zurückgegeben hat ... dann: Aha, ham wir euch endlich. Ihr tut ja doch bloß nur so. Dann kommt das bei den Journalisten voll raus und dann wird es auch echt bösartig, was sie berichten ... Aber erzähl mal, Startbahn, wieso mischst du da mit?

Aussteigen – Einsteigen

Udo: Ähem. Also erstmal ist das 'ne Sache von wirklich überregionalem Interesse. Hier kann zum erstenmal folgendes praktiziert werden –. es wird ja versucht, ich weiß nicht, ob es gelingt – daß laut Verfassung die Bevölkerung eingreifen kann, wenn irgendwelche Entscheidungen über die Köpfe eines Großteils der Leute hinweg getroffen werden, ne, von irgendwelchen Politikern, die eben die Demokratie ganz anders verstehen, als sie ursprünglich mal gemeint war. Wenn sich also jetzt in so 'ner existenziellen Sache 'ne Bürgerbewegung bildet und sich durchsetzen will, dann hätten wir irgendwie 'ne konsequentere Demokratie. Denn was wir im Moment haben, ist für mich eher 'ne Scheindemokratie. Es ist unheimlich wichtig, daß man immer mehr Leute motiviert, einzusteigen, wenn's um solche Sachen geht, ne? Startbahn, ja so ökologische Sachen, naja, AKWs, Aufrüstung und was es so alles an Themen gibt, Instandbesetzung und so, daß man da immer mehr Leute anspricht und immer mehr Leute so auch in die Mitverantwortung nimmt. Weil, die Verantwortung ham wir irgendwie alle, nur die meisten halten sich raus, d. h. werden rausgehalten durch die Medien, die ständig Zerrbilder liefern oder aber die Bevölkerung einfach politisch blöd halten wollen, anstatt die Leute irgendwie zu motivieren, einzusteigen. Ich mein, wie kann man mit all den Politabstinenzlern, und es gibt ja noch ganz schön viele, 'ne konsequente Demokratie machen? Kann man eben nich. Und deswegen will ich im Rahmen meiner Möglichkeiten irgendwie dafür werben, daß mehr und mehr Leute einsteigen in solche Geschichten, ne, und sich an solchen Entscheidungsprozessen beteiligen. Und wenn die Entscheidung dann getroffen ist wie z.B.: Wir wollen jetzt hier aus den und den Gründen, die nun ganz klar sind, keine Startbahn West, daß sie das dann eben auch durchsetzen. Ich find's nur 'n Horror zu sehen, wie die Landesregierung jetzt reagiert und das jetzt zur Bundessache macht. Nachdem also die Unterschriften bereits eingereicht waren, kamen die dann ja wohl mit dem Trick, denn bundesweit gibt's ja diese Möglichkeit nicht, Volksbegehren oder so. Ich mein, das ist ein solcher Obertrick und wie kann man diesen Leuten überhaupt noch trauen? Ich finde, überhaupt nicht,

gehren oder so. Ich mein, das ist ein solcher Obertrick und wie kann man diesen Leuten überhaupt noch trauen? Ich finde, überhaupt nicht,

ich find, daß alle großen Parteien beendet sind, und daß sie sich demnächst das bunte Wunder holen werden. Das bunte, grüne ... wie auch immer. Also bei den nächsten Wahlen werden die großen Parteien, glaube ich und hoffe ich, sehr verlieren, 'ne Menge Stimmen verlieren.

AK: Vor zwei Jahren warst du bei Rock gegen rechts dabei, das war damals noch'n bißchen kribbeliger als heute abend. Sind wir in der Zwischenzeit weiter gekommen, trampeln wir auf der Stelle oder was?

Udo: Ich glaub schon, daß wir weiter gekommen sind, daß mittlerweile doch viel mehr Leute eingestiegen sind, daß immer mehr Leute anfangen, in'n politisches Leben einzusteigen. Nur eben nicht so, wie die etablierten Politiker sich das vorstellen, die reden da von Aussteigerei oder was, oder von Chaoten. Klar, sie diffamieren das. Ich mein, jede Gewalt, die angewandt wird von uns, auch als Reaktion auf die unheimlich heavye Gewalt, die vom Staat ausgeübt wird in Umkehrung eines ähnlich lautenden Paragraphen „Alle Staatsgewalt muß vom Volke ausgehen" oder so – alle Gewalt gibt natürlich irgendwie den Rechtspolitikern und den Rechtsmedien die Möglichkeit, diese Bewegung zu diffamieren zu Chaoten, Anarchisten, Terroristen undundund. Ganz klar. Ich mein, das ist 'ne unheimliche Preisfrage, nich, Gewalt – ja oder nein? Ich glaube, daß man irgendwie immer mehr Leute für die Sache gewinnen kann, wenn es gelingt, das ohne Gewalt durchzuziehen, wie beispielsweise in Wiesbaden oder in Bonn, daß dann immer mehr Leute sagen: Ah, das is o.k., irgendwie kann man da mitmachen oder so, ne. Sonst wird ihnen Angst gemacht, ich mein, die alten Feindbilder werden immer wieder rausgeholt.

AK: Aber ..., das Problem is ja: Das klingt vielleicht übertrieben, aber allein daß man ein Volksbegehren macht, das ist ja eigentlich 'ne Selbstverständlichkeit. Nun gehen die alle bei: Börner, Wallmann, Gries, auch Willy Brandt usw., alle sagen, hier Volksbegehren, wer so was macht, wer das Volk also irgendwie bestimmen lassen will, das ist ja wie bei den Nazis. Es ist aber umgekehrt. D.h. wenn wir uns irgendwie wehren, dann werden die immer autoritärer. Und da ist für mich jedenfalls die Frage, also 1933, da ist ja manches ähnlich vorher gelaufen, und da find ich das eben den großen Fehler nach wie vor, daß 1933 nicht der ganz große Putz gelaufen ist, sondern die Leute abgewartet haben. Da hätt es endlich mal krachen müssen.

Udo: Ja, und außerdem kamen da 1933 eigentlich nur Pauschalsprüche. Was ja die Regierungen versäumt haben, ist, die Bevölkerung total klar informieren über alles, was so Sache ist. Heute beispielsweise über die Pros und Kontras von Kernenergie oder jetzt über Startbahn West, wie die .B. liegt, ich mein, daß sie, wie ich erfahren hab, für privaten Flugverkehr überhaupt nicht geplant ist oder gar nicht praktikabel ist, weil die in so 'nem Spezialwinkel liegt oder so, daß sie ganz offenbar für militärische Zwekke geplant ist. Ich mein, da muß auch mal Klartext kommen von den

Spezialwinkel liegt oder so, daß sie ganz offenbar für militärische Zwekke geplant ist. Ich mein, da muß auch mal Klartext kommen von den

Politikern, und wenn die nur mit Pauschalsprüchen kommen, dann ist es wirklich ungefähr so wie '33. Da kamen ja auch immer nur ab und zu mal 'n paar Sprüche, ich mein, so bildzeitungsmäßig, und das war's denn auch schon, ne. Aber wirklich total klare Information, sodaß dem Mann auf der Straße und der Frau auf der Straße und überhaupt jedem, also auch ganz Jungen – auch Kinder, find ich, sollten da einsteigen – die Möglichkeit geliefert worden wäre, sich 'ne Meinung zu bilden – sowas wurde ja damals überhaupt nicht in Gang gesetzt und wird heute auch zu wenig gemacht. Und wenn, dann von unsrer Ecke und nicht von den Politikern.

5 vor 12

AK: Wenn du sagst, daß es fünf vor zwölf ist, hast du da Angst? Sind diejenigen mutig, die Angst haben? Oder die, die ihre Angst überwinden? Reicht uns die Zeit überhaupt noch, um das große Chaos abzuwenden?

Udo: Ja, das weiß ich auch nicht so genau. Auf jeden Fall sollte man alles versuchen. Ich schwank auch immer hin und her zwischen Optimismus und Pessimismus, aber ich will mir keinen Pessimismus erlauben oder so. Ich finde, es gibt schon zu viele so nach dem Motto no future, da ist sowieso nix mehr zu machen. Ich find, das kann man irgendwie nich machen. Ich muß doch auch irgendwie an Kinder denken, an Generationen nach uns oder so ...

LUFTIKUS: Hast du Kinder?

Udo: Nee.

LUFTIKUS: Willst du welche haben?

Udo: Ja. Durchaus möglich ... Ne, und ich find, jetzt aufzugeben, naja, noch ham wir vielleicht 'n paar Möglichkeiten, glaub' ich oder hoffe ich, sagen wir mal, obwohl ich manchmal ... Ich glaub, daß schon außerparlamentarisch ganz viel laufen muß, aber auch parlamentarisch sollte was laufen. Denn man muß irgendwie direkt die Finger an die Hebel der Macht kriegen, ne. Und ich glaub, das geht über neue Parteien oder über die formierten Bunten, Grünen, Alternativen oder so. Also die Möglichkeit seh ich und die Hoffnung hab ich. Wenn das nicht gelingt ..., ich glaube kaum, daß bei der SPD oder bei solchen Parteien da wirklich fundamentale Erneuerungen oder andere Denkweisen einführbar sind. Ich mein, da brauchen wir nur Hansen und andere Jungs zu fragen, die ham ja mit dieser Partei auch weitestgehend abgeschlossen. Es ist eigentlich nur 'ne Frage der Zeit, wann die da aussteigen. Denn so können die echt nicht mehr lang mitmachen. Auf der anderen Seite ist natürlich das unheimliche Problem, dieses andere, dieses alternative politische Potential, was ja da ist und was immer größer wird, zu formieren und irgendwie wählbar zu machen. Das is 'ne unheimliche Organisationsfrage ... Ja, es spaltet sich gern, klar, da wird eben bißchen bunter gedacht und weniger im Gleichschritt marsch, ne.

LUFTIKUS: Hättest du Lust, in 'ner alternativen Partei irgend'ne Funktion zu haben und Politiker zu sein?

Udo: Also ich könnt' mich vielleicht 'n bißchen so um kulturelle Belange kümmern, weil ich mich da 'n bißchen auskenne, aber ansonsten, 'nen full time Politikerjob seh ich für mich nich. Ich müßte dann meine andere Arbeit doch ziemlich vernachlässigen, songs und Lieder schreiben, halt ich auch für sehr wichtig.

LUFTIKUS: Also stell dir mal vor, du sitzt in 'nem Ausschuß für psychiatrische Angelegenheiten in Hes-

lässigen, songs und Lieder schreiben, halt ich auch für sehr wichtig.
LUFTIKUS: Also stell dir mal vor, du sitzt in 'nem Ausschuß für psychiatrische Angelegenheiten in Hes-

sen.

Udo: Nee, ich glaub nich, daß ich so'n Job machen kann, glaub ich nich. Und ich glaub auch nicht, daß es erforderlich is, daß ich so'n Job mach, aber ich sollte irgendwie mit dafür sorgen, daß Leute aus unserer Ecke in solche Funktionen reinkommen. Also Leute, die sich dann auch entsprechend auskennen, beispielsweise in Psychiatrie oder was es da alles für Spezialgeschichten gibt, von denen ich echt wenig Ahnung habe.

LUFTIKUS: Mir ist nicht klar, wie unsre gemeinsame Ecke aussieht. Für mich bist du als Musiker auf der Bühne erstmal was ganz anderes als einer, mit dem man Politik macht, mit dem man also in derselben Gruppe sitzt, diskutiert und feststellt, daß man eigentlich ziemlich ohnmächtig ist. Natürlich gibt es auch so ein gegenseitiges Mißtrauen. Also jemandem, der so im Kulturbusiness drin ist, wird von Linken ein gewisses Mißtrauen entgegengebracht ...

Udo: Ja.

LUFTIKUS: ... und ich denk, umgekehrt vielleicht auch, also daß du vereinnahmt wirst oder so. Wär ja schon nicht schlecht, wenn man sich mit einem, der was darstellt, schmükken könnte.

Udo: Es wird mir gelegentlich unterstellt, daß ich mich da auf irgendwelche Züge draufsetz oder so, Lindenberg, der Trendstratege, der immer irgendwie mit dabei ist. Letztes Jahr die Geschichte mit Strauß, ich mein, da kann man eher sagen, daß man auf diese Weise auch 'nen Teil des Publikums verliert, wenn man sich also in so 'ner Aktion gegen Strauß beispielsweise irgendwie exponiert. Ich merk es ja bei vielen Sendern, daß Lindenberg-songs immer weniger laufen. O.k. gut ..., naja egal ist mir das auch nicht, weil ich es für wichtig halte, daß solche Lieder wie meine 'ne maximale Verbreitung finden. Deswegen ist es schon wichtig, daß ich z.B. mit den Medien auch 'n bißchen taktiere oder so.

Ansonsten aber mach ich alles, was ich politisch mache, nicht aus irgendwelchen kommerziellen Erwägungen, sondern weil ich mich da als Mensch hauptsächlich und weniger als Musiker sehe. Ich bin da so 'n Mensch, der irgendwie mitverantwortlich ist für das, was läuft, und den das auch was angeht. Und der da

eben – ja, als Mensch – hingeht, und nebenbei singt der ja auch noch ganz berauschend und dann singt er da mal einen. Auf diese Weise kann er die Sache irgendwie unterstützen. Also ich finde, daß aus meiner Popularität sich dann auch irgendwie sowas wie 'ne Verpflichtung ableitet, da was zu machen und meine Möglichkeiten in den Dienst von diesen Sachen zu stellen. Naja, und wenn es dann nebenbei zur Folge hat, daß paar Leute sagen, das ist ja richtig gut, da kaufen wir uns 'n paar Platten von dem oder so, das ist nicht zu verhindern, aber daraus sollte man mir jetzt irgendwie nix Verkehrtes drehen und sagen, der will nur Kohle oder was, das ist wirklich total ... Das gehört ins Reich der Phantasie. Also ich fühl mich da schon beteiligt.

Bunte Ecke

Unsere Ecke, das ist wirklich eine sehr bunte Ecke, und was uns verbindet, ist hauptsächlich das, was wir nich wollen, weil ... das wird ja immer klarer, was wir nicht wollen, wogegen wir sind. Aber wie man jetzt Alternative aufzäumt, wie man das ganz genau macht, und wie man das programmatisch jetzt irgendwie auf'n Zettel bringt, auf einen für alle verbindlichen ... das is natürlich schwierig, ne. Auch mit K-Gruppen gibt's da, klar, die eine oder andere Rangelei oder Meinungsverschiedenheit oder so. Ich hab Erfahrungen mit der DDR und zwar dahingehend, daß ich nie 'ne Auftrittsgenehmigung erhalten habe, ne, während alle möglichen Schlagerfuzzis rüberkönnen, alle Leute, die die Schnauze halten ...

AK: Solltest du da nicht grade jetzt aktuell mal auftreten?

Udo: Es wird gemunkelt, es wird gemunkelt, ne, aber es gibt also nach wie vor nichts Klares. Es gibt nichts Genaues, was mich echt irgendwie enttäuscht. Ja, ich hab unheimlich Lust, weil ich weiß, wir ham sehr viele Freunde da, und die möcht ich einfach gern mal kennenlernen. Da möcht ich mal hin, und die warten da auf Panikkonzerte. Ich seh echt keinen Grund, weswegen wir da nicht rüber sollten. Ich meine, das sollte also echt stattfinden. Ich bin ja nun wirklich nicht irgendwie der Jubelsänger des goldenen Westens oder so, ich glaube schon, daß ich so integer bin, daß sie mich da rüber lassen können. Udo Jürgens haben sie rüber gelassen mit seinem Lied „Buenas Dias Argentinas" oder was in voller Harmonie mit der Militärdiktatur in Argentinien. Ich mein, da stimmt vieles nicht.

O.k., aber ich meine, Rangeleien sind ja ganz gut oder Kontroversen sind ganz gut, nur: Soviel Zeit, wenn

O.k., aber ich meine, Rangeleien sind ja ganz gut oder Kontroversen sind ganz gut, nur: Soviel Zeit, wenn

wir mal auf die fünf Minuten zurückkommen, die uns noch bleibt , soviel Zeit ham wir irgendwie gar nicht mehr. Deswegen müßte man jetzt irgendwie so 'n paar Verbindlichkeiten auf den Zettel kriegen, und es müßte organisiert werden. Wie, ist die Frage, wie kriegt man das hin? Die anderen marschieren wohl formiert und machen unser Leben immer enger oder überrennen uns und betonieren unser Leben zu oder so, während wir irgendwie inner Ecke sitzen und uns überlegen, ob wir die Welt nun mehr trotzkistisch, lenin-marxistisch oder wie auch immer oder mehr liberalfreizeitlich, demokratisch, Grundordnung ... und spontimäßig, wie wir das denn jetzt alles machen oder so, nich. Und ich glaube, das ist ein gewisses Risiko. Es müßte uns irgendwie gelingen, das jetzt ziemlich schnell zusammenzukriegen, ... das Programm. Aber das kann ich auch nicht machen.

AK: Kleiner Kommentar zu dem alten Cowboy, der uns regiert? Der Schönherr hat gesagt, das ist ein Arschloch, kannste das noch irgendwie übertreffen?

Udo: Ich mach dies Jahr wieder 'nen Film. Ich hätte noch 'ne Rolle frei, und zwar für einen Cowboy. Der reitet in eine weite Wüste rein und kommt niemals wieder zurück. Das könnte man doch machen... Ja ich finde, der Mann ist natürlich echt 'n Risikofaktor, und diese Leute gehören irgendwie echt in die Klapse. Das ist ganz klar.

Aber guck mal, Amerika, ich war 'n paar Mal da, ich hab mir das da angeguckt, ich mein, da kommt man echt auf'n Horror, wenn man sieht, wie unpolitisch die Leute da überhaupt erstmal sind. Da ist ja nur noch Micky Maus. Da ist nur „nice and easy", „Have a nice day" and „Have a good time" und so. Ich mein, da sind die Leute wirklich aus allem irgendwie raus. Da gibt's ja jetzt auch auf Reagan keine besonders starke Reaktion, von den Linken oder so. Also ich hab da irgendwie gesucht und hab festgestellt, so viel ist da nicht. Dagegen sind wir hier, was unsere Ecke betrifft, ein höchst politisches Land. Und da drüben, wirklich, wenn das so weitergeht, da können ja demnächst irgendwelche... Mac Donalds können da regieren.

AK: ... und Leute wie John Lennon knallen sie ab. Wolltet ihr vorhin nicht ein Stück von ihm spielen?

Udo: „Power to the people" oder sowas, es gibt ja 'n paar richtig starke songs von ihm. Das hätt ich eigentlich gut gefunden. Irgendjemand kam vorhin und sagte, warum singen wir nicht 'n Lied von Lennon... heute. (Das Konzert fand am Jahrestag der Ermordung Lennons statt; Anm. AK). Fand ich 'ne gute Idee, aber dann ham wir's auf die Schnelle leider nicht mehr hingekriegt. Der Lennon ist ja auch so'n Verwandter. Wir haben ganz viele Verwandte. Das mein ich mit unsrer Ecke, dazu gehört auch John Lennon.

Keine Ausgewogenheit

LUFTIKUS: Wenn man älter wird, – das muß gar nicht mal unbedingt schlecht sein –, woher kommt dann noch die Kraft und das Interesse, sich weiter gegen die Verhältnisse zu stemmen?

Udo: Es gibt ja viele Leute, die auch bißchen etabliert sind. O.k., gut, ich bin etablierter Sänger und so, aber es sind ja nicht nur Junge, es sind auch Ältere, und zwar immer mehr Ältere, die etabliert sind und trotzdem die Bedrohung einfach sehen. Die Bedrohung durch immer mehr nukleare Waffen z.B. hier, immer mehr von dem Zeug, und dann die Realisierbarkeit des Atomkriegs hier in Europa. Die fangen jetzt an, sich zu wehren. Ich meine, wir hatten zwar vorher auch schon jede Menge Atomzeug hier, aber jetzt wird's natürlich immer riskanter durch diese immer genaueren Waffen und durch diese aggressive Politik der Amis. Wir sollten wirklich nicht einfach nur so der blöde, dreckige Fingernagel an der langen Hand der Amis sein, der irgendwie alles mitmacht. Oder das Schachbrett. Es gibt jetzt immer mehr Leute, die einsteigen, und ich glaub, ich bin da gar nicht so wesentlich anders als diese Leute. Die machen das im Rahmen ihrer Möglichkeiten und ich im Rahmen meiner. Ich glaub, wenn die Regierung so weiter macht, dann hat sie das Ergebnis, daß bei den nächsten Wahlen und bei der Bundestagswahl dann sowieso die SPD unheimlich runterrutscht. Mit der CDU müssen wir mal gucken. Stell'n wir uns mal vor, die kommen ran, ich mein, dann wird's natürlich rauher hier, das Klima. Dann wird's immer rauher und dann ist auch wirklich für nix mehr zu garantieren irgendwie. Daß der Weg also zur gewaltlosen Konfliktlösung dann irgendwie offener wird, halt ich

rantieren irgendwie. Daß der Weg also zur gewaltlosen Konfliktlösung dann irgendwie offener wird, halt ich

auch für nicht sehr wahrscheinlich. Dann, ne. Aber o.k., müssen wir mal gucken, wie sich das so entwickelt.

AK: Ihr hattet Masken von Reagan und Breschnew hinter der Bühne, die wohl heute nicht zum Einsatz gekommen sind. Siehst du das auch so, daß immer ein Schlag gegen Reagan und einer gegen Breschnew geführt werden muß, gegen SS 20 genauso wie gegen Pershing II und Cruise Missiles, und alles muß immer total ausgewogen sein?

Udo: Nee, seh ich nicht. Nach den Informationen, die ich habe, sind die Sowjets immer dazu genötigt worden, nachzurüsten. Also nach den Informationen, die ich habe. Man kriegt viele andere Informationen, sehr widersprüchliche. Aber was ich da zeigen wollte und auch gezeigt hab bei unserer Tour, ist die Tatsache, daß auf beiden Seiten eben jede Menge Raketen stehen, auch auf U-Booten oder wo auch immer, auf jeden Fall viel zu viele, und daß sie weg müssen, zong, ne. Ich mein, einseitig total alles abbauen hier, halt ich auch nicht für 'nen Weg. Ich glaube schon, daß es auf beiden Seiten passieren muß, und deswegen find ich es auch in Ordnung, wenn ich dann beide Figuren zeige, die da stehen mit ihren Raketen. Denn Tatsache ist, daß diese Raketen da sind. Die Frage ist ja nur – was heißt „nur" – wie kriegen wir die weg, wie machen wir das hier zur atomwaffenfreien Zone und so, und da sind ja von den Sowjets, finde ich, konstruktivere Angebote gekommen als von den USA, die mit ihrer Nulloption doch irgendwie eher so 'ne ziemliche Verarsche ausgesprochen haben. Um also hier die etwas einfacheren Gemüter zu beruhigen, die Amis wären ja doch so friedensfreudig und ebenso bereit, den weltweiten Frieden zu sichern und zu stabilisieren. Das halte ich also schon für 'ne ziemliche Finte, und das kann man wirklich nicht erst nehmen, was da die Nulloption bringt.

AK: War das der letzte Auftritt von eurer Tournee?

Udo: Die Tour ist schon seit 'n paar Wochen vorbei. Wir waren jetzt im Studio und ham bißchen die Live-Platte gemixt, die kommt bald. Video ham wir auch aufgenommen. Die Leute ham das heute nur mal so gemacht.

AK: Was nimmste von der Tour mit nach Hause?

Udo: Die letzte Tour, ja, fand ich unheimlich gut, ich fand's auch gut, zu sehen, wie unser Publikum bereit war, auf mehrere politische Geschichten, die wir diesmal gebracht haben, einzugehen. Das wär vor fünf, sechs Jahren oder drei, vier Jahren vielleicht bei uns noch nicht in dem Maße möglich gewesen. Da hätten sie vielleicht gerufen: Komm hier, erzähl nicht so viel, oder... laß hier Musik bauen, laß abgehen, „Rudi Ratlos" oder so, ne. Während heute doch eben Songs wie „Grande finale" oder „Straßenfieber" oder auch die Sachen, die mir dazu so eingefallen sind und die ich dazu gesagt hab, echt gut aufgenommen worden sind und auch viel Diskussionen in Gang gebracht haben. Ich find, die Tour ist sehr gut gelaufen.

Realistische Kinderlieder

AK: Du hast ein Kinderlied gegen den Krieg gemacht. Hast du 'ne Vorstellung, wie man mit Kindern zusammen was machen könnte, wie man da was rüberbringen könnte?

Udo: In unseren Konzerten haben wir oft Kinder, und Kinder mögen das scheinbar auch sehr, was wir so machen. Ich finde, daß wir 'ne Menge Themen haben, die auch Kinder was angehen. So'n Thema wie Frieden geht Kinder was an, denn deren Leben ist auch betroffen. Ich finde es irgendwie wichtig, daß man sowas Kindern auch nicht vorenthält. Wird ja auch nicht, zuhause wird drüber diskutiert, ständig in der Glotze, dauernd die Irritation..., Kinder fragen was ist da los oder so. Und da gibt's Erwachsene, die meinen Kinder soll man mit sowas nicht belasten. Die solln mal lieber singen, „schön ist's, auf der Welt zu sein, sprach der Igel zum Stachelschwein" oder „Mama" und so und all diese bekloppten Sachen. Kinder haben wirklich ganz andere Sachen im Kopp. Wenn man sich mit Kindern unterhält, vielen von denen haben heut mit zehn, elf, zwölf – oder noch jünger – einfach so Gedanken drauf wie die, die in dem Lied drin sind, ne, „Wozu sind Kriege da?". Ich wollte das erst selber singen, ich hatte überhaupt nicht dran gedacht, daß 'n

„Wozu sind Kriege da?". Ich wollte das erst selber singen, ich hatte überhaupt nicht dran gedacht, daß 'n

Kind das singt, dann kam zufälligerweise der Sohn unseres Pianisten, Pascal, ins Studio und sagt: Ej, das ist ja..., das denke ich ja irgendwie, so Gedanken hab ich auch, so Fragen hab ich auch. Hab ich mir gedacht, o.k. gut wenn's 'n Kinderlied ist, kann er das singen. So ist es entstanden. Da gibt's Leute, die sagen: Ein Kind wird da benutzt oder so, einem Kind wird da ein Text übergestülpt. So war das überhaupt nicht. Wir haben über den Text reichlich geredet, und ich würd das nie so machen, also ein Kind irgendwas singen zu lassen, was das Kind irgendwie nicht schnallt oder so. Ja ich finde es wichtig, daß man Kinderlieder macht und zwar andere als die, die es jetzt gibt. Weil die, die es so gibt, sind, finde ich, ziemlich verlogen und ziemlich falsch. Die bedienen so'ne Sehnsucht bei Eltern irgendwie nach 'ner heileren Beziehung mit Kindern, wenn die Beziehung schon längst die ersten Matten zeigt. Wo Eltern dann halt auch anfangen, stur und autoritär zu werden, und dann sehnen die sich nach dem Kind, das „Mama" singt, „es ist doch alles so schön" oder so. Aber da werden dann nur irgendwelche Erziehungspleiten, die die Eltern gebaut haben, glattgebügelt, und das ist nun ganz bestimmt nicht im Interesse der Kinder. Deswegen sollte man realistische Kinderlieder machen, und da möcht ich eben auch mehr machen demnächst... ne. O.k.



bots-Text verändern!

Leserbrief

Lieber Hp. aus Bremen,
zu Deinem Ärger über das bots-Lied „Krüppel" (s. AK 212, S.43) ein paar Zeilen. Gleichzeitig leite ich Deinen Artikel und diesen Brief an den Texter des Liedes, Henning Venske, und an die bots weiter.

1.
„ ... **bin ich denn ein Krüppel, der es nicht versteht, wer gewinnt und wer zahlt ...**" ist sicherlich in zwei unterschiedlichen Möglichkeiten zu verstehen. Einmal so, wie Du es verstanden hast, und – offen gesagt – d i e s e Verständnisvariante wurde uns erst in den letzten Monaten klar (übrigens: die LP „Aufstehn" ist nicht die neue bots-LP, wie Du schreibst, sondern schon über ein Jahr alt; neu ist die LP „Entrüstung" – nur jetzt erst erscheint im AK Deine Kritik zu diesem Lied). „Deine" Verständnisvariante lautet: ein Krüppel versteht nicht, wer gewinnt und wer zahlt ... So was würde nicht einmal Carstens sagen, geschweige denn Venske, und wir konnten uns auch gar nicht beim Produzieren der LP vorstellen, daß jemand eine solche behindertenfeindliche Interpretation unterschiebt.

Die andere Variante ist (vorausgesetzt, das Wort „Krüppel" wird hier entsprechend dem Gesamttext im übertragenen Sinne, also nicht als Behinderten-Synonym, genommen): es handelt sich um einen

im übertragenen Sinne, also nicht als Behinderten-Synonym, genommen): es handelt sich um einen

solchen Krüppel, d e r es nicht versteht ... D.h. d i e s e r Krüppel ist soweit, daß die herrschenden Verwaltungsorgane meinen, ihn für dumm verkaufen zu können. „Bin ich denn ein (=solcher) Krüppel, der es nicht versteht ..."

2.
Das Wort „Krüppel" ist hier absolut unbiologisch-unmedizinisch und nur sozial zu sehen (es geht ja um einen verzweifelten Arbeitslosen, der sich „wie ein Krüppel" fühlt). Diese Gesellschaft schafft Krüppel, seelische, soziale usw. Ein gradgewachsener, blond-blauäugiger SA-Mann kann ein Krüppel sein, und ein körperlich Behinderter ist es nicht. Darum finde ich es auch nicht gut, daß Behinderte in so einer Art Trotz gegen das Behinderten-Jahr sich selbst Krüppel nennen. Bei den Schwulen hat das einen Sinn, denn „schwul" ist besser als „homosexuell"; „schwul" heißt eben „weich, warm und zärtlich" laut Wörterbuch. Aber was heißt: Krüppel? Diese Gesellschaft produziert Krüppel als Opfer, und ich kann beim besten Willen in dem Wort keinen anderen Sinn finden. Diese gesellschaftlich geschaffenen Krüppel gibt es selbst bei den Unterdrückern. Ein kleines Beispiel aus der Alltagssprache: ein Fußballer tritt brutal einen anderen Mitspieler zusammen – Zuschauer schreien: „Du Krüppel", sie meinen aber doch den Tretenden, nicht den Getretenen. Sie meinen es negativ. Auch auf der „Opfer-Seite" werden Krüppel produziert. Auch hier wieder mit negativer Wort-Bedeutung; diese Wort-Bedeutung ins Positive zu wenden, wie einige Behinderte in der Übernahme auf sich selbst dies versuchen, halte ich für undurchführbar, unverbreitbar.

3.
Du schreibst: *„Diese Realität findet sich ansatzweise im Lied wieder, allerdings ohne die Kampfansage dagegen, die von einer Gruppe wie den bots legitimerweise erwartet werden kann".* Zunächst einmal hatte Henning Venske, wenn ich ihn richtig verstanden habe, versucht, das Wort „Krüppel" authentisch, also in seiner vollen - alltäglichen Brutalität, zu zeigen, eben als Synonym für „Opfer" und nicht als Synonym für „Behinderter" (obwohl natürlich auch Behinderte zu Opfern werden, aber durch die gesellschaftliche Realität – gemeinsamer Kampf gegen kapitalistische Sachzwang-Behinderungen vermag dies gegebenenfalls aufzuheben). Der junge Arbeitslose, der sich total fertig fühlt, sagt aber, er will nicht Opfer bleiben: *„Ich muß wohl lauter werden: ich bin auch was wert ..."* Das ist natürlich die Waren-Sprache („was wert"), aber sie ist alltagsauthentisch. Die Kampfansage bleibt also in den alltäglichen Bewußtseins- und Sprachgrenzen (so wie Venskes Übersetzung des bots-Lieds „Ali Kümmeltürke", wo er gängige Vorurteile satirisch zuspitzt: *„ ... Du bist nur geil auf meine Frau ... Fünf auf einer Matraze: das hat noch keinen Türken umgebracht ..."*).

Nun kann man mit recht fragen, und Du tust dies auch: muß nicht ein Lied über die reine Darstellung des Elends hinausgehen? dagegen gäbe es die Position, daß eine bestimmte zugespitzte Darstellung des Elends, brutal und ungeschminkt, beim Zuhörer die Kampfansage auslöst, ohne daß dies auf der Bühne im Lied vorgekaut wird (so etwa geht Brecht mit den politischen Einsichten bei „Mutter Courage" um).

„Die Verwendung des Wortes „Krüppel" in der Venske-Übersetzung soll in diesem Sinne Kampfansage provozieren, auslösen, zustandebringen, während allzuviele Agit-Prop-Stücke politische Erkenntnisse indoktrinieren, also nicht auslösen. (Übrigens ist dies dasselbe Strickmuster der Venske-Texte „Nichtsnutz", „Ali" und „Rechts", „Aberglaube", „Dr. Grossbaum" auf der neuen LP „Entrüstung").

4.
Und nun, was Dich überraschen wird: ich habe bei der Entstehung der LP selbst g e g e n die Verwendung des Wortes „Krüppel" gestimmt; darum gibt es eine Alternativfassung von Peter Tobiasch, wo es stattdessen heißt: *„ ... verdammt, es schnürt mein Hirn zu, daß ich nicht versteh ..."*
Ich hatte einfach Angst vor Mißverständnissen, einfach nur, wenn man das Wort „Krüppel" in den Mund nimmt, was ich übrigens selbst nur mit einer gewissen Hemmschwelle schaffe. Henning setzte seine Position durch, indem er mir entgegenhielt, der gepflegte Umgang mit sprache à la „Behinderte" statt

tion durch, indem er mir entgegenhielt, der gepflegte Umgang mit sprache à la „Behinderte" statt

„Krüppel" ist Heuchelei. Die bots haben das diskutiert und so übernommen; ich habe es schließlich auch eingesehen. Nun gibt es kaum was Besseres für einen Künstler, als wenn das Publikum solidarisch-kritischen Anteil an seiner Arbeit nimmt, so wie Du das z.B. tust. Auch die Veröffentlichung solchen Disputs halte ich für nützlich. Und: es wäre keine Unehre für die bots, auch heute noch etwas in ihrem Programm zu ändern, auf Grund von Mißverständnissen und kritischem Hinweis auf mögliche Mißverständnisse.

Aus all diesen Gründen ist das Ergebnis Deiner Kritik folgendermaßen:
- ich schicke sie und meine teilweise Entgegnung an bots und Henning Venske, den Deutsch-Texter des Werkes, mit der Bitte um Stellungnahme, die sie Euch (AK) zuleiten sollen;
- die Kontroverse werde ich in vollem Umfang an die linke Presse (Städtemagazine, Neue, taz, uz, konkret, pardon, dvz u.ä.) über unseren Presseverteiler schikken. Ich glaube nämlich nicht, daß es irgendeinem der Beteiligten schadet, öffentlich zuzugeben, daß man noch was dazulernt (ein Unterschied zu bürgerlicher Kulturkritik a la Feuilletons);
- ich möchte als Produzent der beiden bots-LPs „Aufstehn" und „Entrüstung", aber auch als Konzertveranstalter, Mittexter oder einfach nur Freund der Gruppe den bots vorschlagen, den Text an den zwei „Krüppel-Stellen" zu ändern (in: „es schnürt mein Hirn zu") oder zumindest in der Moderation zu erläutern.

Ich hoffe, daß Dein Ärger so gemildert werden kann und vor allen Dingen so demonstriert wird, daß solche Art von Kritik wie Deine oder von direkt Betroffenen eine Wirkung bei Künstlern haben kann, was bei bürgerlichen Rock-Stars wohl eher auf Arroganz träfe.

Mit solidarischen Grüßen
Diether Dehm (Lerryn)

KULTUR

„Ich geh kaputt, gehste mit?"

„Und nichts ist routinierter als die Ironie, die den gerührten Teil der Privatmeinung aufgehen läßt wie ein Backmittel. Bedauerlich nur, daß seine (gemeint ist Kästner; Anm. der Verf.) Impertinenz so außer allem Verständnis sowohl zu den ideologischen wie zu den politischen Kräften steht, über die er verfügt. (...) Ihre Funktion ist, politisch betrachtet, nicht Parteien, sondern Cliquen, literarisch betrachtet, nicht Schulen, sondern Moden, ökonomisch betrachtet, nicht Produzenten, sondern Agenten hervorzubringen.

Da hat der gute alte MLer Walter Benjamin nun doch tatsächlich den längst in der Elbe versenkten ML-Hammer gegen die Herren Kästner, Tucholsky etc. geschwungen und ist ihnen gar mit Plattitüden gekommen, daß sie den politischen Kampf *„aus einem Produktionsmittel in einen Konsumartikel"* verwandelt hätten. Oje!

Lieber D.,
die Polemik mag ich nun nicht weiterführen, dies hier nur nochmal als Beitrag zur Klärung der Gedanken und Begriffe, denn daß du mir „ML"-Plattitüden anhängst, hat mich doch sehr amüsiert, genossenschaftlich sozusagen, weil wir aus den Zeiten des Königlichen ja heraus sind. Herr Fassanbass, und ein solcher bin ich, ist ein ursprünglich von Hans Arp geschaffener Kollege, dem das Zertrümmern zarter Eierschalen vordringlichstes Anliegen war. Entstanden ist mein Artikel, der als Provokation gedacht war, aus dem Unmut über die Langweiligkeit der Kulturseiten einerseits, aus dem Interesse heraus, das Vokabular des Walter-Benjamin-Artikels (AK 209) anzuwenden (und dazu bot deine Lindenberg-Interpretation wahrlich Gelegenheit genug) andererseits. Genau auf die hieraus entstehenden Kritikpunkte gehst du in deiner, im ersten Teil sehr gereizten Polemik – die anscheinend aus irgendwelchen innerorganisatorischen Querelen, in die ich keinen Einblick habe, entstand – gar nicht ein: Wie steht es denn mit Starkult bei Udo Lindenberg? Wie mit der „Vergesellschaftung der geistigen Produktionsmittel" (Benjamin)? Wo ist die Präzision, die Nachvollziehbarkeit in seinem Lied? *„Natürlich befriedigt die Kulturindustrie, wie jede andere Industrie, Bedürfnisse. Solche entstehen aus der Notwendigkeit der Massen, die im entfremdeten Arbeitsprozeß verausgabte Arbeitskraft zu reproduzieren; also aus der Notwendigkeit, sich auszuruhen, sich zu erholen, sich zu zerstreuen, um jeden Preis und zu einem billigen"* (Hans Eisler, gesellschaftliche Grundlagen der modernen Musik). Wo verweigert sich Lindenberg dem oder führt diese Funktion dialektisch weiter?

Im Benjamin-Artikel habe ich, auf Literatur bezogen versucht, Ansatzpunkte zu suchen, wie es gelingen kann, die Literatur zum Kampfmittel zu machen, sie – durch eine Literarisierung der Lebensverhältnisse, durch ein Arbeiten der Schriftsteller an ihren Produktionsbedingungen – gegen eine Vereinnahmung durch das Kapital zu schützen. Daher auch die Frage, wo solche Bestrebungen bei Lindenberg bleiben (bei Biermann genauso!!) ... Reaktionär – und das ist natürlich sehr scharf ausgedrückt – ist nicht die Indifferenz des Lindenbergschen Opus, sondern die Selbstverständlichkeit der dort vorgeführten ablaufenden Vorgänge, in die niemand eingreifen kann. (Ganz interessant hierzu sind Brechts Bemerkungen zum Theater Stanislawskis im „Messingkauf"). Überspitzt gesagt werfe ich genau das und die Indifferenz seiner Schilderung (über den Ironiegehalt und dessen Wirkung siehe das Benjamin-Zitat ganz oben, mehr mag ich nun wirklich nicht schreiben, weil ich schließlich kein Literaturwissenschaftler bin!!) dem Star Udo vor, nicht daß in seinem Lied die KB-Analyse und expliziten Ziele nicht drinstecken, weil ich die so 100 %ig nicht kenne. Zitat von mir im AK 211: *„Ganz zweifelsohne sind die Forderungen, die oben gestellt wurden, zu umfassend, um in einem Sechzigzeiler erfüllt zu werden, deshalb stelle ich ja nicht die Forderung nach Vollständigkeit, nur nach präzisen Zielen und nachvollziehbaren Wegen dorthin."* Ende dieser Debatte für mich!

Kein Überbau im Untergrund

„Wann oaner wos net ko is 's koi Kunst und wann 's oaner ko is 's a koi Kunst" (Karl Valentin).

Kunst ist Geworfen-Sein, Darüber-Hinaus-Weisen, Überbau, tendenziös, abzielend, realistisch, formalistisch – ...

Ich frage, aus Interesse an der Motivation von Kulturschaffenden und unseren Anforderungen an sie, was ein Lied bewirken s o l l, und bekomme eine Frage aus der Publikumsforschung zurück, die Statistiken hören möchte: was k a n n ein Lied bewirken? Wurde der Bundestagswahlkampf 1980 durch Günter Grass' Tagebuch von den lahmen Schnecken gewonnen?

Es fehlen die Begriffe. Wir schreiben von „Überbau" und „Ideologie" und D. meint, Marx weiß was, während ich den „ML -Hammer schwinge.* Was ist denn verzerrte Wirklichkeit, was reale? Sind nur ‚Künstler' in der Lage, Wirklichkeit real oder verzerrt (welche Alternative!) darzustellen, oder sind alle, die das können, gleich ‚Künstler'? Klar sind ‚Künstler' widersprüchlich, nur, wen interessiert das, oder wem war das noch nicht klar? Lieber D., du schwingst den Begriffshammer und raus kommen haufenweise Worte, deren Sinn ich teils nicht entschlüsseln kann, teils nicht zu entschlüsseln bereit bin, weil mir die Ergebnisse so egal oder schon lange bekannt sind. Die von dir angestrebte Debatte geht um ML, Gott und die Welt und verändert alles oder nichts, ist belanglos. Was soll denn jemand damit anfangen, wenn du größere Bescheidenheit den Menschen und der Umwelt gegenüber forderst? Meinst du, Herr Lindenberg übersteht die Kritik an sich nicht, weil die zu bewältigenden Probleme so groß sind, oder weil wir so mächtig sind? Kultur hat eine Menge mit Provokation zu tun (These!), die Kritik an den Ergebnissen natürlich auch. Es geht nicht um einen Kampf bis aufs Messer – obwohl der manchmal nicht das Falsche wäre – sondern um große Sprünge vorwärts.

weil die zu bewältigenden Probleme so groß sind, oder weil wir so mächtig sind? Kultur hat eine Menge mit Provokation zu tun (These!), die Kritik an den Ergebnissen natürlich auch. Es geht nicht um einen Kampf bis aufs Messer – obwohl der manchmal nicht das Falsche wäre – sondern um große Sprünge vorwärts.

Deine Kunstthesen beschäftigen sich auffälligerweise im wesentlichen mit der etablierten Kunst, der etablierten linken Kunst vielleicht; mit den Malern, den städtisch subventionierten Theatern, den bei CBS singenden Sängern, den für Suhrkamp oder sogar Rotbuch schreibenden Literaten. Schön. Aber: *„Ich geh kaputt, gehste mit"*, Sprüche, *„Kulturschock"*, *„Dead Kennedys"*, Namen, gesprühte Gestalten, *„Vergiss es"*, Theater ... Eine Masse Mensch, die in einem Bereich aktiv wird, der – betrachtet mensch die Produkte – Kunst ist, der mit Überbau, Darüber-Hinaus-Weisen oder Ideologie schlechtestenfalls wenig zu tun hat.

Du hast dir eine Einäugigkeit zugelegt, die den Herrschenden nur recht sein kann. Für sie zählt nur Kunst, die in dem von Hans Eisler kritisierten Sinne funktioniert. Das aber tun die Sprayer nicht, die Punk-Gruppen nicht und nicht die Hausbesetzertheatergruppen.

Deren Produkte richten sich nicht nach Marktgesetzen, sie entziehen sich dem Anspruch, ‚fertig' zu sein, an einem bestimmten Punkt aus der Produktionsphase heraus zu sein und dann ab ins Konsumstadium. Ganz entscheidend bei dieser heimlichen Kulturrevolution ist, daß sie nicht ein Vorstadium für unsere heutige bürgerliche Kultur ist, sondern einen radikal anderen Ansatz und vollkommen andere Interessen hat. Nicht Genie, sondern Betroffenheit herrscht in der Subkultur vor; im Gegensatz zu der von dir beschriebenen Kunst geht es in ihr nicht um intellektuelle Fertigkeiten der Welterkenntnis oder der Schaffung ideologischen Überbaus, sondern um das Umsetzen einer bestimmten Haltung und Situation in Aktion. Im „Untergrund" entsteht kein abgehobener Kunstsektor, der mit einem Mammutapparat an Sekundärliteratur, Begrifflichkeit und privater Sensibilität betreten werden muß, sondern ein stark kämpferisches und von Zynismus geprägtes Bewegungsumfeld.

Dorthin richtet sich meine Aufmerksamkeit vielmehr als auf den bürgerlichen Kunstbetrieb, den zu observieren und abzuservieren selbstverständlich auch eine wichtige Aufgabe ist, die mir nur derzeit nicht von vordringlichem Interesse zu sein scheint. In ihm bewegt sich wenig; zuviel Wissenschaftsschutt und hohles Vokabular hat sich dort angehäuft, als daß die Diskussion um ihn wirklich wirksam und fruchtbar werden könnte, wenn mensch nicht konkret wird, konkrete Bücher, Filme, Platten oder auch Moden angreift oder verteidigt. Grundsatzdiskussionen um die langsam mahlenden Mühlen des etablierten Kunstapparates und seine Funktionsweisen ohne diesen Bezug arten in intellektuelle Wortklauberein und hohle Begriffsklopperei aus.

Was s o l l Subkultur bewirken?

In diesem, eigentlich nur schlagwortartig umschreibbaren Feld tut sich viel, viel Widersprüchliches, viel Harmonisches, das sich aber der Diskussion um Nutzen und Wirksamkeit gleichwohl nicht entziehen darf. Die Gefahren dieses kaum exakt eingrenzbaren Kulturaktivismus sind deutlich: Abrutschen in die Beliebigkeit, in den Aktionismus, in den Dilettantismus. Allein die Tatsache, daß Leute behaupten, sie machten jetzt Theater, allein ihre weißgeschminkten Gesichter machen sicherlich keine Gegenkultur aus. Guter Wille und gute Produkte sind auch im Bereich von Alltagskultur zwei verschiedene paar Stiefel. Nur: das Vokabular, mit dem ich Hans Neuenfels Inszenierungen verreiße, ist sicher das falsche, um den Leuten, die den „Züri brännt"-Film gedreht haben, am Zeug zu flicken.

Die Techniken von Straßentheatergruppen, Sprayern oder Asphaltliteraten sind einfache, sind auch grobe – sie sind in dem Maße fortschrittlich, wie sich die, die sie benutzen, ihrer Einfachheit bewußt sind. Sprayer also, die die Mona Lisa auf Beton bannen wollen, oder auch die Kreidemaler in der Innenstadt, die Rembrandt auf den Bürgersteig plazieren, sind für uns kaum hilfreicher als ein die ‚Udopia' besingender Lindenberg. Die Leute aber, die mit ihren primitiven Mitteln den Goliath der unmenschlichen Städte angehen und ihn entlarven, indem sie zentnerschwere Eisentüren vor Bunkern mit Fragen besprühen, indem sie den uniformen Großstadtmenschen durch skurrile Männchen oder Weibchen oder gar Hemaphroditen erschrecken, halte ich für wichtiger als Herrn Zadeks vierzehnte provokante Shakespeare-Inszenierung.

Schnell einsetzbar, phantasievoll und unerwartet, so soll Alltagskunst eingesetzt werden. Nicht der Kunstanspruch macht ihre Stärke aus, sondern die Möglichkeit, sie nachzuahmen, ihre Agitationskraft, wenn sie blitzartig überzeugt, ihre Multiplizierbarkeit. Das ist keine intellektuelle Kunst, die da aus der als unpolitisch verschrieenen ‚no future'-scene kommt, keine vermutlich auch, die uns Perspektiven für die nächsten Jahrzehnte weist. Aber eine, die uns im Augenblick zum Lachen bringt, die uns anmacht und anregt, das auch mal zu versuchen. Kunst nicht für ein Publikum, sondern für Leute, die dazu vielleicht auch mal Lust haben.

Eine Kunst also entsteht dort, die nicht nur aus unmittelbarer Aktion entsteht, die sich eben nicht im Überbau abspielt, die dafür aber auch direkt auf das Handeln und Verhalten der Leute Einfluß haben kann.

Auch hier: gerne Debatte, aber möglichst konkret, und nicht wie in deinem „PS" ein „akademisches Geschwätz" über die „Betroffenheit als Basis", wo „Distanz davon" (wovon? Von der Basis oder dem Geschwätz oder was? ‚Kunsttheorie' ersetzt noch keine Grammatik!) „Bewußtsein" als „bewußtes Sein" (ja was denn sonst) und „Trennungen von Dingen, die nicht zu trennen sind" (von wem, warum, oder weshalb???). Salute!

Fassanbass



Erich Fried

Nüchterne Feststellung

Es ist ja nicht so
daß die auf der einen Seite
immer die Wahrheit sagen
und die auf der andern nur lügen

Es ist auch nicht so
als müßte ich mich entscheiden
auf die eine Seite zu schwören
in dieser gespaltenen Welt

Aber der Unterschied
zwischen dem Bangen um Frieden
auf der einen Seite
und dem Versuch auf der andern

die Menschen gefügig zu machen
zum nächsten Krieg
wird dadurch nicht kleiner
und Grau ist heller als Schwarz

Der Einäugige

Der Einäugige
soll mich nicht sehen lehren
Doch auch er sieht immer noch besser
als die Blinden
die blind sein wollen

Zwar wenn mir der Einäugige
die einzig richtige Art
zu sehen erklärt
dann wird mir schwarz
vor den Augen

Wenn aber die Blinden uns warnen:
„Meidet den Einäugigen!"
oder uns auffordern:
„Reißt ihn
sein eines Auge noch aus!"

Dann weiß ich
wer da
das kleinere Übel ist
und sage von den Blinden:
„Unter euch ist er immer noch König."

sein eines Auge noch aus!

Dann weiß ich
wer da
das kleinere Übel ist
und sage von den Blinden:
„Unter euch ist er immer noch König."

In der Friedensbewegung

Auch hier gibt es Ungerechte
die strenge Gerechtigkeit fordern
und Einäugige
wollen uns sehen lehren

Ich zucke die Achseln
aber ich werde ihnen
kein Auge ausschlagen
wenn die Blinden das von mir verlangen

Große Tradition

Die Polizei
das sind nicht einfach nur Bullen
mit Funkgeräten und Waffen
Nein, sie hat Tradition:

Am 2. Juni 1967
als Benno Ohnesorg
in Berlin erschossen wurde
vom Polizisten Kurras
da ging die Nachricht
über den Polizeifunk
daß zwei Polizisten
soeben erstochen wurden
von den Studenten

Und Polizeipräsident
Duensing bestätigte das
noch nach drei Tagen
dem Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister
— Pfarrer Albertz — erklärte später:
„Erst als ich fand
daß das eine Lüge war
merkte ich was das Spiel war
das man da spielte."

Vierzehn Jahre später
als Klaus Jürgen Rattay
vom Leben zum Tode gebracht wurde
sagte die Polizei:
„Ein Polizist
wurde durch Messerstiche
in die Herzgegend schwer verletzt"
Aber diesmal kam schon nach zwei Tagen
die amtliche Meldung
das sei nur ein Irrtum gewesen

Vor vierzehn Jahren
hat es viel länger gedauert
bis die Meldung der Polizei
widerrufen wurde

Wer optimistisch ist
der kann daraus schließen
daß die Polizei in Berlin
traditionsreich ist
doch auch bereit
aus Fehlern die sich wiederholen
immer schneller zu lernen

Wer optimistisch ist
der kann daraus schließen
daß die Polizei in Berlin
traditionsreich ist
doch auch bereit
aus Fehlern die sich wiederholen
immer schneller zu lernen

Damit ihr nichts verpaßt...